

Nicole Zabel

Zur Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts
der DDR. Eine institutionsgeschichtliche Studie.

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt der Philosophischen Fakultät der
Technischen Universität Chemnitz

Tag der Verteidigung: 15.7.2009

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	6
1.1	Forschungsstand	6
1.2	Quellenlage und Anliegen.....	9
2	Die Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts der DDR – 1949 bis 1970.....	13
2.1	Vor- und Gründungsgeschichte des DPZI	13
2.2	Die Anfangsjahre des DPZI 1949 bis 1952/53.....	24
2.2.1	Gründung und Aufbau 1949 bis 1951	25
2.2.1.1	Gesellschaftspolitischer Hintergrund und bildungspolitische Grundlagen.....	25
2.2.1.2	Zweckbestimmung des DPZI.....	29
2.2.1.3	Gründung des Instituts – Struktur, Personal und Aufgaben.....	30
2.2.1.4	Anfänge und Probleme der Institutsarbeit.....	34
2.2.2	Der Ausbau des Instituts 1951 bis 1953.....	44
2.2.2.1	Weichenstellung	44
2.2.2.2	Personelle Turbulenzen	49
2.2.2.3	Strukturelle Wunschvorstellungen und Realitäten.....	55
2.2.2.4	Inhaltliche Arbeit des Instituts und Diskussionen.....	59
2.2.2.4.1	Das Verhältnis des DPZI zur „Sowjetpädagogik“	61
2.2.2.4.2	Schulpolitische Schwierigkeiten der Bildungsadministration.....	66
2.2.2.4.3	Stalin und die Wissenschaft – Von einer geplanten Konferenz zum sozialistischen Erziehungsziel	67
2.2.2.5	Strukturelle Entwicklungen 1952/53 im Umfeld der II. SED-Parteikonferenz	72
2.2.2.6	Personal und Status des Zentralinstituts bzw. seiner Zweigstellen 1952/53.....	79
2.2.2.7	Strukturelle Bestrebungen des DPZI auf dem Weg zum Forschungsinstitut.....	85
2.3	Das DPZI im Aufbruch – 1953 bis 1956.....	90
2.3.1	Der Aufstand am 17.6.1953 und seine Nachwirkungen.....	90
2.3.1.1	Das DPZI vor dem 17.6.1953.....	90
2.3.1.2	Gesellschaftspolitische Entwicklungen in der ersten Hälfte 1953	91
2.3.1.3	Bildungs- und schulpolitische Auswirkungen des 17.6.1953	96
2.3.1.4	Haltung des DPZI nach dem 17.6.1953 – Bilanz und Kritik	103
2.3.1.5	Inhaltliche Arbeit im Institut 1953 – Kontinuitäten und Tendenzen	110
2.3.1.6	Reformresistenz auf struktureller und personeller Ebene	126
2.3.2	Expansion und Stabilisierung 1954-56	132
2.3.2.1	Das neue Statut des DPZI 1954 im Kontext der gesellschaftspolitischen Ereignisse..	132

2.3.2.2	Institutsbetrieb nach dem „Neuen Kurs“ – 1954 bis 1956.....	143
2.3.2.2.1	Diskussionen zur Zehnklassenschule und um die Patriotische Erziehung	143
2.3.2.2.2	Die Psychologie und deren Nutzen für die Pädagogik	148
2.3.2.2.3	Der verschleppte V. Pädagogische Kongress und die Deutschlandfrage	153
2.3.2.3	Kritik am DPZI – Bilanz und Personal 1954-56.....	161
2.4	Das DPZI im Wandel (1957 bis 1959).....	170
2.4.1	Zwischen „Neudogmatikern“ und „Bilderstürmern“ – das Institut auf einem schmalen Grat.....	170
2.4.1.1	Angespannte Entspannung	170
2.4.1.2	Erste Konflikte im Redaktionskollegium der „Pädagogik“	173
2.4.1.3	Die Schulpraxis als Ausweg – Arbeitsschwerpunkte 1957	175
2.4.1.4	Die Gelegenheit zur Expansion – Personal und Struktur des Instituts 1957	177
2.4.1.5	Aufbrechen der Konflikte	179
2.4.2	Wendezeiten 1957/58.....	184
2.4.2.1	Politische Wende.....	184
2.4.2.2	Bildungspolitische Wende – Diskussionsabbruch	185
2.4.3	Die Folgen des „Revisionismusstreits“	190
2.4.3.1	Personalsäuberungen 1958.....	191
2.4.3.2	Veränderungen in den Arbeitsbedingungen 1958/59.....	199
2.4.3.3	Veränderungen in der inhaltlichen Arbeit des DPZI	203
2.4.3.4	Arbeitsorganisation des DPZI 1958/59.....	217
2.4.3.5	Die Umstrukturierung von 1959 – Voraussetzungen und Durchführung.....	221
2.5	Krise und Umbruch: Das DPZI und der Mauerbau (1960/61).....	230
2.5.1	Gesellschaftliche Krise und politische Entwicklungen.....	230
2.5.2	Das Bildungswesen und die pädagogische Wissenschaft im Umbruch.....	233
2.5.3	Neue Leitungsorganisation – Das DPZI zwischen den Stühlen	237
2.5.4	Das DPZI im Dienste von Praxis und Propaganda – Arbeitsschwerpunkte	244
2.5.5	Personal – „Stühlerücken“ nach der Entlassungswelle von 1958.....	254
2.5.6	Strukturelles Tauziehen.....	263
2.6	Die Ökonomisierung des DPZI – Sommer 1962 bis 1964/65	270
2.6.1	„Jedem nach seiner Leistung“ – Reformexperimente in der DDR	270
2.6.2	Die ökonomische Ausrichtung des DPZI auf struktureller und personeller Ebene	274
2.6.2.1	Expansion 1962-64 – Eineinhalb Jahre „Vereinigtes DPZI“	275
2.6.2.1.1	Vorbereitungen und Durchführung.....	275
2.6.2.1.2	Strukturelle und Personelle Bewegungen im „Vereinigten DPZI“	280
2.6.2.1.3	Konsolidierung im „Vereinigten DPZI“	289
2.6.2.2	Das Ende des „Vereinigten DPZI“ – Konsolidierungsabschluss 1964.....	291
2.6.3	Das „Primat der Ökonomie“ in der pädagogischen Arbeit	297
2.6.3.1	Im „Vereinigten DPZI“	298
2.6.3.2	„Wissenschaft als Produktivkraft“ – die Arbeit im DPZI nach der Umstrukturierung (1964/65).....	299
2.7	Das DPZI auf dem Weg zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) – 1965 bis 1970	309
2.7.1	Die Profilierung der inneren Strukturen 1965 bis 1967	309

2.7.1.1	Wirtschaftliche, gesellschaftliche und wissenschaftspolitische Entwicklungen – das Ende der Reformen.....	309
2.7.1.2	Arbeitsbewältigung mit dem und im DPZI.....	313
2.7.1.2.1	Planung der pädagogischen Wissenschaft – „politische Aufgabe ersten Ranges“	313
2.7.1.2.2	Wissenschaftspolitik unter Mitwirkung des DPZI und daran vorbei – der Wissenschaftliche Rat des Ministeriums für Volksbildung	316
2.7.1.2.3	Geplante Arbeit und Arbeit an der Planung	321
2.7.1.3	Personelle und strukturelle Entwicklungen.....	328
2.7.1.3.1	Gesamtsituation und allgemeine Tendenzen.....	328
2.7.1.3.2	Institutionelle Profilierungen von 1965 bis 1967	330
2.7.1.3.3	„Umstrukturierungsmüdigkeit“ und die Probleme der bzw. mit der Belegschaft.....	341
2.7.2	Die Vorbereitungen und Durchführung der APW-Gründung (1968 bis 1970)	344
2.7.2.1	Gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und wissenschaftspolitische Entwicklungen	344
2.7.2.1.1	Gesellschaftspolitische Verhältnisse	344
2.7.2.1.2	Wirtschafts- und wissenschaftspolitische Verhältnisse.....	345
2.7.2.2	Forschungsleitung und Schulpraxis – Schwerpunkte der Institutsarbeit	346
2.7.2.3	Vorbereitungen auf die Akademiegründung – Personal- und Strukturentwicklung in den letzten zweieinhalb Jahren des DPZI	351
2.7.2.4	Das Ende des DPZI und die APW-Gründung.....	360
3	Zusammenfassung/Ergebnisse	365
	Anhang A – Formale Grundsätze.....	373
	Anhang B – Abkürzungen.....	375
	Anhang C – Personenverzeichnis.....	377
	Anhang D – Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	380
	Anhang E – Quellen- und Literaturverzeichnis.....	381
	Anhang F – Personalentwicklungsgrafiken.....	395
	Anhang G – Strukturpläne.....	400

1 Einführung

1949 gegründet, erhielt das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut (DPZI) den Auftrag, sich zum leitenden pädagogischen Forschungsinstitut der DDR zu entwickeln. Bereits seine direkte Anbindung an das Ministerium für Volksbildung sicherte ihm diese zentrale Stellung in der außeruniversitären pädagogischen Wissenschaft der DDR. Seine Entwicklung galt gar als „Indikator“ für die Wissenschaftspolitik der SED.¹ Bis 1970 erfüllte das DPZI verschiedene Funktionen vor allem in der Lehrplanentwicklung, der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Ausarbeitung didaktisch-theoretischer Materialien, der Leitung und Durchführung empirischer Untersuchungen, in erziehungshistorischen und psychologischen Forschungen sowie in der Lehrerbildung bis hin zu theoretischen Zuarbeiten im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen im Bildungsbereich. Dabei geriet das Institut immer wieder in den Zwiespalt zwischen dem Anspruch, sich einerseits als zentrales Forschungsinstitut zu profilieren, andererseits aber als nachgeordnete Dienststelle des Ministeriums fungieren zu sollen und damit den ministeriellen Anweisungen unbedingt Folge leisten und Eingriffe in die Institutsarbeit erdulden zu müssen.

1.1 Forschungsstand

Bislang liegt noch keine quellenbasierte Darstellung der Institutionsgeschichte des DPZI vor, die die Jahre seines Bestehens zwischen 1949 und 1970 umspannt. Neben autobiographischen Selbstzeugnissen leitender DPZI-Wissenschaftler, die letztlich persönliche Erfahrungen mit den Entwicklungen und Wirkmechanismen des Instituts wiedergeben,² existieren einzelne Darstellungen zu bestimmten Entwicklungsabschnitten des DPZI in der Gründungsphase³ und in den 1950er Jahren vor allem von E. Meumann⁴ über die Jahre von 1949 bis 1952. C. Kulosa⁵

¹ Vgl. Rang, Brita: Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR. Entwicklung und Entwicklungsbedingungen der pädagogischen Historiographie 1945-1965. Frankfurt/Main, New York. Campus Verlag: 1982. S. 181.

² Vgl. Neuner, Gerhart: Zwischen Wissenschaft und Politik. – Rückblick aus lebensgeschichtlicher Perspektive. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 61.) und Günther, Karl-Heinz: Rückblick. Nach Tagebuchnotizen aus den Jahren 1938 bis 1990. Von Gert Geißler zur Drucklegung ausgewählt und bearbeitet. (Studien zur Bildungsreform. Bd. 41.) Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Lang: 2002. Siehe dazu auch: Wiegmann, Ulrich: Selbstbiografien ranghöchster DDR-pädagogischer Wissenschaftler im Vergleich: Karl-Heinz Günther und Gerhart Neuner. In: Der Bildungsgang des Subjekts: bildungstheoretische Analysen. Hrsg. von Sonja Häder. Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 48. Weinheim. Beltz: 2004. S. 137-152.

³ Vgl. Geißler, Gert: Zur Gründungsgeschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI). In: Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme. Hrsg. v. Gert Geißler und Ulrich Wiegmann. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. S. 137-148.

⁴ Vgl. Meumann, Eberhard: Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts 1949 bis 1952 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung und Verbreitung der marxistisch-leninistischen Pädagogik in der DDR. Diss. B. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Berlin. (Tag der Verteidigung: 5.2.1982).

⁵ Vgl. Kulosa, Cornelia: Zur Entwicklung und zu den Aufgaben des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1952 bis 1958. Berlin. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Diss.: 1990.

widmete sich dem DPZI im Zusammenhang ihrer Darstellung der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, der Zehnklassenschule und Problemen von Erziehung und Bildung in den Jahren 1952 bis 1958. Dabei blendete sie weitgehend strukturelle und personelle Aspekte aus. Vergleichbare Arbeiten zu den 1960er Jahren liegen nicht vor. Diese Situation spiegelt exemplarisch die generelle Situation bezüglich der Forschungsliteratur zur DDR-Geschichte wider: Bis zum Jahr 2000 beschäftigten sich nur drei Prozent der Forschungsliteratur speziell mit den 1960er und 1970er Jahren, fünf Prozent mit den Jahren vom Mauerbau bis zum Untergang der DDR, 25 Prozent erfassten den gesamten Zeitraum der Existenz dieses Staates.⁶ Zur Geschichte der Nachfolgeinstitution des DPZI, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW), wurde noch 1989 eine Dokumentation herausgegeben.⁷ In jüngerer Zeit entstanden zudem quellenbasierte Einzelstudien im Rahmen des DFG-Projektes „Zur Geschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR – eine institutionsgeschichtliche Studie“.⁸

Von Bedeutung ist auch die Arbeit von R. Mocek⁹, der die Periodisierung der Wissenschaftspolitik mit den jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkten in der Wissenschaftsentwicklung verknüpft und dabei zwischen dem Wissenschaftsverständnis des Marxismus und dem der SED differenziert. Die DDR-Wissenschaftsgeschichte steht auch im Mittelpunkt von Arbeiten in der von Burrichter/Diesener herausgegebenen gleichnamigen Reihe – neben der Darstellung von Formen der Theorieproduktion, der Einbindung der wissenschaftlichen Elite in die Planung der Gesellschaftsentwicklung bzw. des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, der Institutionalisierung staatlicher Wissenschaftspolitik und der Abhängigkeiten von den gesellschaftspolitischen Entwicklungen.¹⁰

⁶ Vgl. Pasternack, Peer: Einheit von Forschung und Lehre? Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 35. Jg. Heft 1/2002. S. 43-51. Pasternack bezieht sich dabei auf Untersuchungen von Ulrich Mählert zu Forschungsprojekten zur DDR-Geschichte: Mählert, Ulrich: Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.). Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des deutschen Bundestages). Bd. VII. Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur – Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung totalitärer Diktaturen. Baden Baden 1999. S. 857-887.

⁷ Vgl. Zur Geschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Erarb. und zsgest. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Eberhard Meumann. APW der DDR, Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik. Berlin. 1989.

⁸ Vgl. Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007. Außerdem: Malycha, Andreas: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der DDR: Funktion und Struktur einer Wissenschaftsinstitution unter Bildungsministerin Margot Honecker 1970-1990. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. 12(2006). S. 205-236.

⁹ Vgl. Mocek, Reinhard: Wissenschaftspolitik in der DDR. In: Deutsche Zeitgeschichte von 1945-2000. Gesellschaft, Staat, Politik. Ein Handbuch. Hrsg. v. Clemens Burrichter. Dietz. Berlin: 2006. S. 947-982.

¹⁰ Vgl. Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Hrsg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Reihe B/Bd. 1. Akademische Verlagsanstalt. Leipzig: 2002. und Reformzeiten und Wissenschaft. Hrsg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Reihe B/Bd. 2. Akademische Verlagsanstalt: 2005.

Die bis zur zweiten Hälfte der 1990er Jahre publizierten Forschungsergebnisse nach dem Mauerfall haben G. Geißler und U. Wiegmann bibliographiert und kommentiert.¹¹

Die darin bereits dokumentierte Vielfalt der Forschungen seit Beginn der neunziger Jahre ist nicht zuletzt der Forderung nach Differenzierung der nach außen monolithisch erscheinenden DDR-Pädagogik zuzuschreiben.¹² Die Öffnung der Archive und die damit verbundene veränderte Quellsituation schuf eine entscheidende Voraussetzung für die Erforschung des „komplexen Ineinander der institutionellen, personellen, methodologischen und gegenstandstheoretischen Ausdifferenzierung der DDR-Pädagogik in ihren unterschiedlichen Perioden“¹³. So entstanden neben Dokumentationen¹⁴ auf machtpolitische Aspekte des institutionalisierten Erziehungs- und Bildungssystems der DDR ausgerichtete Abhandlungen¹⁵, die quellenintensive Arbeit von Geißler zum Schulwesen der SBZ/DDR¹⁶ sowie Beiträge zu Kontroversen in der pädagogischen Theorie der SBZ/DDR¹⁷. Diese Untersuchungen beziehen sich zwar weitgehend auf die universitäre Pädagogik, verschaffen jedoch auch darüber hinaus Einblicke in eine ostdeutsche Pädagogik, die durchaus außerhalb der staatlichen Steuerung zu Reflexion fähig war.¹⁸

Im breiten Spektrum der Ansätze in der Forschung zur DDR-Wissenschaft bietet der deutsch-deutsche Vergleich einen Blick auf die divergierenden Wertauffassungen beider deutscher Staaten.¹⁹ Dabei gab es K. Jarauscz zufolge in der DDR „zwischen Parteilichkeit und Professionalität“ Gelegenheiten und Ansätze für allgemeingültige Wissenschaftsnormen – trotz

¹¹ Vgl. Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Bildungshistorische Forschung zur SBZ/DDR nach der „Wende“. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 397-408.

¹² Vgl. Cloer, Ernst: Theoretische Pädagogik in der DDR. Eine Bilanzierung von außen. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1998. (Bibliothek für Bildungsforschung. Bd. 7); Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung. Hrsg. von Ernst Cloer und Rolf Wernstedt. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1994.

¹³ Vgl. Cloer: Theoretische Pädagogik. S. 47.

¹⁴ Vgl. Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. Basis Druck Verlag: 1996.; Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995.; Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Hrsg., eingeleitet und erläutert von Oskar Anweiler, Hans-Jürgen Fuchs, Martina Dorner, Eberhard Petermann. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung: 1992. (Schriftenreihe Bd. 311. Studien zur Geschichte und Politik.).

¹⁵ Vgl. Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996.

¹⁶ Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2000.

¹⁷ Vgl. Pädagogik in der DDR.; Vgl. auch: Benner, Dietrich/Sladek, Horst: Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946-1961. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1998.

¹⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁹ Vgl. Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005.; Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 41. Jg. Heft 3(2008). S.510-519.; Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990. Hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 9. Akademie-Verlag: 2002.

politischer Instrumentalisierung und Steuerung.²⁰ J. Kocka macht die Grenzen des politischen Steuerungsanspruches z.B. im „Fortleben älterer Traditionen“ und im „Eigensinn der Menschen“ innerhalb der Selbstorganisation von Wissenschaft fest.²¹ In diesem Sinne fordert er die Differenzierung des allgemeinen Befundes der „diktatorisch durchherrschten Gesellschaft der DDR“, da zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Diktatur in der DDR erhebliche Diskrepanzen bestanden.²²

In der Konsequenz solcher Überlegungen entsteht die Frage nach einer Bewertung der DDR-Wissenschaft nach *allgemeingültigen* Kriterien. Zugespielt müsste untersucht werden, welche Teile von dem, was in der DDR als Wissenschaft betrieben worden ist, überhaupt diese Bezeichnung verdient.

Wichtig für die Historiographie des DPZI ist daher auch M. Sabrows These, die er bezogen auf die Geschichtswissenschaft entwickelte. Sabrow stellt nicht die „Okkupation der Wissenschaft durch die Partei im SED-Staat“ ins Zentrum der Betrachtungen, sondern die „unsensationelle Alltäglichkeit, mit der sich die Abkoppelung von der nicht-marxistischen Fachtradition“ vollzog und ebenso die „Selbstverständlichkeit, mit der die neue, sozialistische Disziplin eigene Forschungsfelder definierte, eigene Fragen“ artikuliert und „eigene Kriterien ihrer Beantwortung“ entwickelte.²³ Da die Geschichtswissenschaft hierbei die „Dominanz der Politik in der Wissenschaft“ akzeptierte, jedoch nicht als Dominanz der Politik *über* sie begriff,²⁴ forderte dieses Verständnis von Wissenschaft „Professionalität in der Parteilichkeit“²⁵.

1.2 Quellenlage und Anliegen

Die Darstellung²⁶ der Institutionsgeschichte des DPZI gründet sich auf die Archivbestände der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF)²⁷ des Deutschen Instituts für

²⁰ Anm.: So hätten sich in der Geschichtswissenschaft Historiker durch ihr Quellenstudium einen „begrenzten Freiraum zur halböffentlichen Diskussion, welcher kritische Stellungnahmen zu einzelnen Sachfragen ermöglichte“ erkämpft. Innerhalb der internen Kontroversen „erreichte die DDR-Geschichtswissenschaft eine erhebliche Spannweite von serviler Politikhörigkeit bis hin zu hoch qualifizierter Arbeit“. (Vgl. Jaraus, Konrad H.: Vom Zusammenbruch zur Erneuerung: Überlegungen zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. In: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. von Konrad H. Jaraus. Berlin. Akademie Verlag: 1991. S. 13-32. S. 17.)

²¹ Vgl. Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch/Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung. Hrsg. von Jürgen Kocka und Renate Mayntz. (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 6. Berlin. Akademie Verlag: 1998. S. 435-461. S. 436/437.

²² Vgl. Ebenda.

²³ Vgl. Sabrow, Martin: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969. (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit. Bd. 8. Hrsg. von Dietrich Beyrau, Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael.) München. Oldenbourg Wissenschaftsverlag: 2001. S. 11.

²⁴ Vgl. Ebenda. S. 30.

²⁵ Vgl. Sabrow, Martin: Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989). In: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. von Martin Sabrow und Peter Th. Walther. Leipzig. Leipziger Universitätsverlag: 1995. S. 195-225. S. 202.

²⁶ Anm.: Im Folgenden werden besonders die inhaltlichen und methodischen Aspekte der Studie angesprochen. Zu den formalen Grundsätzen in dieser Arbeit: siehe Anhang A.

²⁷ Anm.: Die Traditionen der BBF reichen bis ins Jahr 1876 zurück, als das Statut der vom Deutschen Lehrerverein gegründeten Bibliothek „Deutsches Schulmuseum“ erschien. Nachdem in den 1890er

Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Diese enthalten die gesamte chronologische archivalische Überlieferung des DPZI. Ergänzend wurden vor allem zeitgenössische Periodika herangezogen.

Außer den ca. 7000 Akten des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts beherbergt das Archiv der BBF unter anderem Personennachlässe von F.A.W. Diesterweg, F.W.A. Fröbel und Robert Alt, Sammlungen sowie Archivalien des 1871 gegründeten Deutschen Lehrervereins und insbesondere der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (1970-1989). Die frei zugänglichen, jedoch noch nicht systematisch aufgearbeiteten Bestände des 1951 eingerichteten zentralen Archivs des DPZI unter anderem mit Archivgut der Direktion, des Wissenschaftlichen Rates, der Verwaltung, der Personalabteilung, der Betriebsgewerkschaftsorganisation, der Sektionen, Abteilungen und Referate, sowie den Aufzeichnungen über die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksbildung und der Staatssekretariate standen für die Untersuchung der Geschichte des DPZI zur Verfügung.

Die angestrebte Institutionsgeschichte kann aber trotz breiter Quellenbasis selbstredend keine lückenlose Gesamtdarstellung aller Aspekte und Bereiche der 21-jährigen DPZI-Vergangenheit leisten. Eine ideologiekritische Arbeit ist ebenso nicht beabsichtigt. Desgleichen sollen systemimmanente und universal geltende Kriterien von Wissenschaft (auf der kognitiven Ebene²⁸) lediglich im Rahmen einer deskriptiven Erörterung in Verbindung mit zeitgebundenen Theoriepositionen und -diskussionen behandelt werden – vor allem zum Schulmodell der Zehnklassenschule und zu den vorherrschenden Forschungsmethoden²⁹ sowie zum Staatsbürgerkundeunterricht³⁰. Der Stellenwert wissenschaftlicher Arbeit und deren Ergebnisse kann vor dem Hintergrund systemimmanenter Wissenschaftskriterien zwar anhand konkreter Fallbeispiele innerhalb des Institutsgefüges erhellt werden – z.B. bezüglich der im Vergleich zur methodischen Sektion oft ranghöher eingeschätzten theoretischen Sektion und der Bedeutung der Sektion Defektologie (Sonderschulwesen). Generell ist dieser Stellenwert im Komplex der pädagogischen Wissenschaft auf der Grundlage des erschlossenen Archivmaterials nicht zu ermitteln. Gleichmaßen soll und kann keine Auflistung retrospektiver Bewertungen wissenschaftlicher Ergebnisse vorgelegt werden.

Für die Institutionsgeschichte herangezogen wurden überlieferte Unterlagen aus den Bereichen *Personal* (z.B. Stellenpläne, Kaderstatistiken, Kadergespräche), *Struktur* (z.B. Beratungen von Strukturkommissionen, Verhandlungen über Struktur-, Stellen- und Haushaltspläne; Strukturpläne); und *wissenschaftlich-inhaltliche Arbeit* im DPZI (z.B. Protokolle zu Beratungen und Diskussionen, Arbeitspläne, Arbeitsberichte). Für den Aufbau der Studie empfahl sich ein

Jahren neben der Sammlung und Erschließung von Materialien zur Lehrerweiterbildung auch zunehmend Handschriften-, Bilder- und Münzsammlungen angelegt worden waren, wurde die Bibliothek 1908 in „Deutsche Lehrerbücherei“ umbenannt und 1950 in die Pädagogische Zentralbibliothek der DDR integriert. 1992 fand schließlich die Neugründung als Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung statt, die institutionell an das Institut für Internationale Pädagogische Forschung angebunden ist. (Vgl. Sammeln, bewahren, forschen. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. Berlin. 2000. Vgl. auch die Homepage der BBF: www.bbf.dipf.de. Stand: 15.3.2009.)

²⁸ Anm.: Zur kognitiven Ebene zählt alles, was im DPZI unter wissenschaftlicher Arbeit verstanden wurde (Lehrplanarbeiten, Lehrplanerprobung, didaktisch-methodische Hilfen, usw.) bzw. sich darauf bezieht (z.B. Protokolle von Diskussionen zu theoretischen Problemen; Arbeitspläne, Arbeitsberichte).

²⁹ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen.

³⁰ Vgl. Gatzemann, Thomas: Das Projekt der ideologisch-verwissenschaftlichten Menschenbildung. Bildungstheoretisch-problemgeschichtliche Analysen zu Indoktrination und politischer Bildung in Deutschland zwischen 1945 und 1970. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2003.

chronologischer Ansatz, der in seiner Binnengliederung und in den Darstellungsschwerpunkten an entscheidende institutionelle Entwicklungsprozesse im DPZI gekoppelt ist.

In dem entstandenen Einblick in die institutionellen Abläufe einer der maßgeblichsten und der Bildungsadministration äußerst nahe stehenden Einrichtungen der pädagogischen Wissenschaft der DDR bilden die wechselhaften gesellschaftspolitischen Gegebenheiten sowie die jeweils herrschenden bildungs-, wissenschafts- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der SED wesentliche Bezugspunkte. Aus diesem Grund erfolgt zu diesen Aspekten jeweils ein kurzer Abriss, der die Einordnung des DPZI in die entsprechenden Umstände ermöglicht.

An einschneidenden gesellschaftspolitischen Ereignissen bzw. darüber hinweg lassen sich Brüche und Kontinuitäten auf der personellen, strukturellen und hiermit meist verbundenen kognitiven Ebene des Instituts nachzeichnen.

Im Zusammenhang damit sind Kernfragen darauf ausgerichtet, inwiefern das Institut den Anforderungen der Politik und der übergeordneten staatlichen Stellen nachkommen konnte, nachgekommen ist und welche Mechanismen es möglicherweise gab, diese zu unterlaufen; außerdem, ob sich das DPZI gegen die Inanspruchnahme durch das Ministerium für Volksbildung wehrte und wenn ja, mit welchen Argumenten. Zudem interessiert, inwiefern das Institut tatsächlich selbst an der Forschungsleitung beteiligt war und in diesem Sinne seinem Anspruch als zentrales leitendes pädagogisches Forschungsinstitut der DDR gerecht wurde.

Der Mauerbau sowie die rigorose Schließung der Grenzen von 1961 stellen in der Institutionsgeschichte des DPZI die deutlichste Zäsur dar, welche durch die sichtbare, endgültig erscheinende deutsche Teilung charakterisiert ist und im Vergleich zu den 1950er Jahren gesellschaftlich fundamental andere Bedingungen mit sich brachte. Denn mit der Abriegelung der DDR sicherte sich die SED-Führung nachhaltig ihre politische und gesellschaftliche Vormachtstellung, erreichte aber auch gleichzeitig eine innenpolitische Stabilität, welche die von Reformbestrebungen flankierte Experimentierphase in den 1960er Jahren erst ermöglichte. Insofern unterscheidet sich auch das DPZI der 1950er Jahre von dem der 1960er Jahre grundlegend.

Diese Unterschiede äußern sich auf der *kognitiven Ebene* in den entsprechenden Arbeitsschwerpunkten, z.B. die ausgewiesenen unmittelbaren Praxisbedürfnisse, „politisch-ideologische“ Schwerpunkte („patriotische“ und „sittlich-moralische“ Erziehung, Staatsbürgerkundeunterricht) sowie die Forschungsleitung und die Ökonomie; auf der *strukturellen Ebene* in der Förderung und dem Ausbau bzw. Abbau bestimmter pädagogisch-wissenschaftlicher Disziplinen; und auf der *personellen Ebene* in der jeweiligen Zuteilung personeller Ressourcen, den wechselnden Prioritäten in kaderpolitischen Anforderungen (z.B. SED-Zugehörigkeit und soziale Herkunft vs. Bildungsabschluss) sowie im Auftreten einzelner wissenschaftlicher Akteure des DPZI.

Aus den Veränderungen im DPZI auf allen drei Ebenen kristallisieren sich vier markante Bereiche heraus, die auch bei der Darstellung der Institutionsgeschichte besondere Aufmerksamkeit erfahren müssen:

Zunächst das jeweilige Wissenschaftsverständnis bzw. das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik; weiterhin die Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit im Institut im Kontext der pädagogischen Wissenschaftsentwicklung in der DDR; ferner die Funktion des DPZI als leitendem Forschungsinstitut und als Verwaltungsdienststelle des Ministeriums; und schließlich, eng daran gekoppelt, die sich durch die ministerielle Behandlung des DPZI als nachgeordnete Dienststelle des MfV und das dem widerstrebende Bemühen des DPZI um den Status eines leitenden Forschungsinstituts verändernde Beziehung zwischen MfV und DPZI.

Nicht unerheblich von dem Personalwechsel auf der Führungsebene des Instituts zu Anfang der 1960er Jahre beeinflusst, veränderte sich dabei tendenziell die Haltung des DPZI als (im Selbstverständnis) Vertreter der Wissenschaft zum MfV als Repräsentant der Bildungsadministration vom Tauziehen „zwischen Parteilichkeit und Professionalität“³¹ zum Arrangement und damit „Professionalität in der Parteilichkeit“³².

³¹ Vgl. Jarausch: Vom Zusammenbruch zur Erneuerung.

³² Vgl. Sabrow: Parteiliches Wissenschaftsideal. S. 202.

2 Die Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts der DDR – 1949 bis 1970

2.1 Vor- und Gründungsgeschichte des DPZI

Bei der Konstituierung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts als außeruniversitäre Institution handelte es sich nicht etwa um ein originäres DDR-typisches oder sozialistisches Phänomen. Obgleich die Ursprünge der außeruniversitären Bildungsforschung zeitlich viel weiter zurückreichen, erfuhr sie besonders zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen beispiellosen Aufschwung, vor allem im Bereich der experimentellen Pädagogik und pädagogischen Psychologie.³³ Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden weltweit Einrichtungen pädagogischer Forschung, die sich aus privaten, gesellschaftlichen und professionellen Initiativen speisten und universitätsnah oder autonom Bildungsforschung betrieben.³⁴ Das DPZI selbst erfasste als Deutschlands Pädagogische Zentralinstitute vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges³⁵ an erster Stelle das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, weiterhin die Diesterweg-Hochschule³⁶, die Reichsstelle für Schulwesen³⁷, die Zentralstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht³⁸, das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik³⁹, das Psychologische Institut Leipzig⁴⁰ und sogar das Pädagogisch-Psychologische Institut des NS-Lehrerbundes Sachsen⁴¹. In der

³³ Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar: Die APW im Kontext außeruniversitärer Bildungsforschung in Deutschland. In: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007. S. 15-38. S. 15.

³⁴ Vgl. Ebenda. S. 16/17.

³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – DPZI. Angaben über Pädagogische Zentralinstitute vor 1945. 13.2.1950. [unpaginiert; im Folgenden jeweils unpaginiert, wenn nicht anders angegeben]

³⁶ Anm.: Dabei soll es sich um ein Lehrerfortbildungsinstitut gehandelt haben, welches neben der „unterrichtspraktischen Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen“ als „Hauptstelle für angewandte Erziehungswissenschaft“ fungiert und den „Ausbau der Schulpraxis auf der Grundlage der wissenschaftlichen Forschung“ vorangetrieben habe. (Vgl. Ebenda. Das Dokument gibt als Quelle an: Das Berliner Schulwesen. Berlin. Wiegant und Grieben: 1928.)

³⁷ Anm.: Diese sei 1899 als „königliche preußische Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Schulunterrichtswesens“ eingerichtet worden. (Vgl. Ebenda. Das Dokument gibt als Quelle an: Deutsche Schulerziehung. Jahrbuch des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. Berlin. Mittler und Sohn: 1940.)

³⁸ Anm.: 1891 als „Einrichtung naturwissenschaftlicher Fahrten für Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten“ gegründet wäre 1914 die „Zentralstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht“ entstanden. (Vgl. Ebenda.)

³⁹ Anm.: Vermeintlich 1922 zur „Verbreitung einer christliche Pädagogik“ gegründet. (Vgl. Ebenda.)

⁴⁰ Anm.: Nach Angaben aus der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher beschäftigte sich das Institut mit der Frage der „Verwendbarkeit der Psychologie für die Pädagogik“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – DPZI. Angaben über Pädagogische Zentralinstitute vor 1945. 13.2.1950.)

⁴¹ Anm.: Dieses Institut hätte den Auftrag gehabt, die „Lehrer aller Schulgattungen zur Forschungsgemeinschaften“ zusammenzufassen, die „Ausleseverfahren in den Schulen auszuarbeiten und neu zu gestalten“. (Vgl. Ebenda. Das Dokument gibt als Quelle an: Deutsche Volksschule. Heft 5/6 [1942].)

Traditionslinie des DPZI stellte von allen diesen Einrichtungen das 1915 gegründete Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht einen „besonderen Bezugspunkt“ dar.⁴² Zunächst unter preußischer Trägerschaft, nach 1918 aber aus der „Jubiläumstiftung“ heraus weiterentwickelt und bis auf Bayern zwischen den Ländern des Reiches geordnet,⁴³ sollte das Institut als zentrale „Sammlungs-, Auskunfts- und Arbeitsstelle für Erziehungs- und Unterrichtswesen“⁴⁴ fungieren. Die Leitung übernahmen jeweils nebenamtlich zuerst Ludwig Pallat bis 1938, kurzfristig Ernst Bargherr (1933/34) und kommissarisch Franz Hilker, schlussendlich der NS-Ministerialrat Rudolf Benze.⁴⁵ Nach 1945 endete die Geschichte des Zentralinstituts.⁴⁶ Aber es gab sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland Bestrebungen, die an dessen Tradition anknüpften – in Westdeutschland durch Hilker inspiriert, in der SBZ begann die Gründungsgeschichte des DPZI.⁴⁷

Heinrich Deiters brachte zu Jahresende 1945 in der SBZ den Stein ins Rollen.⁴⁸ Er richtete an L. Pallat, den früheren Direktor des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, die Frage nach der Wiederbesetzung der leitenden Stellen.⁴⁹ Als H. Deiters jedoch Mitte 1946 für die Leitung des wiederzueröffnenden, *gesamtdeutschen* Instituts vorgesehen war, lehnte er mit dem Verweis auf die hierfür notwendige Zustimmung der „obersten Verwaltungsstellen“ der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ab.⁵⁰

Die leitenden Positionen im Institut wurden in der Folge anderweitig vergeben⁵¹ und ein gesamtdeutsches Institut kam nach den politischen Entwicklungen seit Dezember 1945 von Seiten der Westzonen nicht mehr in Frage.⁵²

⁴² Vgl. Zur Geschichte der APW. S. 4.

⁴³ Vgl. Tenorth; Heinz-Elmar: Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft zwischen Politik, Pädagogik und Forschung. In: Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme. Hrsg. v. Gert Geißler und Ulrich Wiegmann. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. S. 113-135. S. 115.

⁴⁴ Anm.: Das Institut hatte es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, „Forschungen auf dem Gebiete der Jugendkunde und Jugendbildung“ zu betreiben sowie „Material für die wissenschaftliche Forschung und praktische Beratung auf dem Gebiete des deutschen und ausländischen Erziehungs- und Unterrichtswesens“ zu sammeln. (Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. Zweiter Jahrgang. 1920, S. 4. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 117.) Später seien noch die „Unterstützung der Unterrichtsbehörden bei der Durchführung von Verordnungen, Richtlinien, Versuchen und methodischen Neuerungen“, sowie die „Fortbildung der Lehrerschaft“, „Klärung praktischer Schul- und Bildungsfragen“, „Untersuchungen pädagogischer und psychologischer Art“ und Begutachtungsaufgaben hinzugekommen. (Das deutsche Schulwesen. 1930. S. 167. Zitiert nach Ebenda.)

⁴⁵ Vgl. Tenorth; Heinz-Elmar: Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft zwischen Politik, Pädagogik und Forschung. In: Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme. Hrsg. v. Gert Geißler und Ulrich Wiegmann. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. S. 113-135. S. 116.

⁴⁶ Vgl. Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Ebenda.

⁴⁸ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 137. Geißler bezieht sich auf: DIPF-BBF/Arch. Nachlass Deiters 3. Pallat an Deiters. 19.6.1946. Heinrich Deiters war „zu dieser Zeit Leiter des Referats Lehrerbildung in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung“. (Vgl. Ebenda.)

⁴⁹ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 137. Geißler bezieht sich auf: DIPF-BBF/Arch. Nachlass Deiters 3. Pallat an Deiters. 19.6.1946.

⁵⁰ Vgl. DIPF-BBF/Arch. Nachlass Deiters 3. Deiters an Pallat. 5.7.1946. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 137.

⁵¹ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S.138. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. Nachlass Deiters 3. Pallat an Deiters. 11.9.1946.

⁵² Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 138.

Daraufhin entwickelte im Osten Deutschlands Karl Sothmann⁵³ seit März 1946 die konzeptionelle Idee einer „zentral gelenkten pädagogischen Arbeit“, die er als „Methodische Hauptstelle“ bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) mit Filialen in den Ländern plante.⁵⁴ Später erfolgte tatsächlich die Einrichtung von Zweigstellen des DPZI in den Ländern. Anfang 1946 aber barg die Wiederherstellung des 1915 gebildeten Instituts noch nicht zu bewältigende finanzielle und juristische Probleme.⁵⁵ Außerdem gab es in der Zentralverwaltung für Volksbildung Differenzen über die Struktur und die Kompetenzen einer solchen noch zu gründenden Einrichtung.⁵⁶ Letztere müssten von denen der Schulabteilung (DVV), der Hochschulabteilung (DVV) und den Zuständigkeiten der Pädagogischen Fakultäten (der Universitäten) abgegrenzt werden.

Grundsätzlich bestand aber bereits Einigkeit darüber, dass es sich bei der zentral gelenkten pädagogischen Stelle um eine „Einrichtung mit wissenschaftlichen Aufgaben ohne Verwaltungs- und Ausbildungskompetenz“ handeln sollte. Eine „Restauration des alten Zentralinstituts“⁵⁷ stand nun nicht mehr zur Debatte.

Als in der amerikanischen Zone der Aufbau des Zentralinstituts schon weitgehend gediehen war⁵⁸, stellte sich dem Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bzw. DVV⁵⁹ in der sowjetischen Zone Erwin Marquardt überraschend die Frage nach der Rechtsnachfolge des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht⁶⁰. Dessen Bibliothek hatte inzwischen bereits die Zentralverwaltung in der SBZ übernommen.⁶¹ Daher betrieb E. Marquardt eiligst die Konstituierung einer pädagogischen Zentralstelle innerhalb der DVV, welche das pädagogische Arbeitsgebiet des ehemaligen Instituts übernehmen sollte, ohne dieses selbst fortzuführen.⁶² So konnten die Materialien, welche sich im Eigentum des früheren Instituts befanden, weiterhin in der SBZ genutzt werden.

⁵³ Anm.: Karl Sothmann war zu dieser Zeit einer der beiden Referenten Paul Wandels, der das Amt des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ausübte. (Vgl. Ebenda. S. 137/138.)

⁵⁴ Vgl. DIPF/BBF-Arch. 2663/2. Exposé: Ziel und Weg. Methodische Hauptstelle der neuen Schule bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. 17.5.1946. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 137/138.

⁵⁵ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 138. Geißler bezieht sich auf: BArchP. R-2 1009. Bl. 26. Marquardt. Betr.: Vorschlag des Herrn Sothmann. 28.5.1946.

⁵⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 139. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 5. Bemerkungen zum Vorschlag „Wissenschaftliche Hauptstelle für die Schulreform“. 28.9.1946.

⁵⁷ DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 5. Bemerkungen zum Vorschlag „Wissenschaftliche Hauptstelle für die Schulreform“. 28.9.1946. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 139.

⁵⁸ Vgl. DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 5. Marquardt an Wandel. 23.9.1946. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 139.

⁵⁹ Anm.: Die auf der „Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 17 vom 27.7.1945“ gebildete Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung ging ab Mitte 1946 in die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV) über. „Nach der Gründung der DDR ... ging aus der DVV mit dem Aufgabenbereich eines Kultusministeriums das MfV hervor.“ (Geißler, Gert: Sachannotationen. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 283-302. S. 286/287.)

⁶⁰ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 139.

⁶¹ Anm.: Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung übernahm die Bibliothek im Dezember 1945 und brachte sie in Berlin im eigenen Hause unter. Die Bestände dieser Institutsbibliothek lagern heute in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) in Berlin. (Vgl. Anm. 12 in Geißler: Gründungsgeschichte. S. 139/140.)

⁶² Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 140. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 5. Marquardt an Wandel. 23.9.1946.

Da die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) Ende 1946 Stellenbeschränkungen für die DVV verfügte⁶³, gingen die Überlegungen Anfang 1947 dahin, eine „Pädagogische Forschungs- und Planungsstelle bei der Akademie der Wissenschaften“ einzurichten⁶⁴.

In seiner Konzeption⁶⁵ betonte Marquardt die Bedeutung einer „tiefer(n) erziehungswissenschaftliche(n) Begleitung der angewandten Pädagogik“⁶⁶. Dagegen orientierte sich der Präsident der DVV Paul Wandel mehr schulpraktisch und beabsichtigte, die akademische Autorität als gedankliches Ordnungsinstrument für das „viestimmige Lager“ der Schulpraktiker zu nutzen.⁶⁷ In diesem Sinne verkündete er am 30.1.1947 auf der Lehrertagung der SED, an der Akademie der Wissenschaften eine Stelle einzurichten, welche die gesamte pädagogisch wissenschaftliche Tätigkeit zusammenfasst und koordiniert.⁶⁸ Die Vorbereitungsarbeiten für das „zentrale Pädagogische Forschungsinstitut“, das, an die Akademie gebunden, die pädagogische Wissenschaft „systematisch“ zu entwickeln, koordinieren und fördern hatte, begannen mit einer entsprechenden Verfügung P. Wandels am 10.3.1947.⁶⁹

Inzwischen hatte sich die Diskussion um die im Beratungsprozess befindlichen „Grundsätze für die Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ zugespitzt.⁷⁰ Diese waren als Orientierung für die Umsetzung des 1946 erlassenen Gesetzes zur „Demokratisierung der deutschen Schule“ vorgesehen.⁷¹ Auf der Pädagogentagung am 5. und 6.5.1947 kam es zum offenen Streit über die „Grundsätze“.⁷² Im Mittelpunkt des Diskurses von 1946/47 stand die Frage, ob ein Staat überhaupt berechtigt sei, „die Ziele und Aufgaben der pädagogischen Praxis“ zu normieren wie es die „Grundsätze“ beabsichtigten.⁷³ Besonders kontrovers wurden auf der Tagung Themen wie „pluralistische vs. dogmatische Bildungspolitik“, „soziologische Erklärung der Erziehungswirklichkeit oder Kulturpädagogik“, „Einheitsschule mit oder ohne private Schulexperimente“ sowie „staatlich geregelte oder pädagogisch autonome Gestaltung der Erziehungspraxis“ debattiert.⁷⁴

⁶³ Vgl. Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch.). Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 326. DZfV. Abteilung Allgemeine Verwaltung, Finanzen, Statistik. Niederschrift einer Besprechung in Karlshorst. 13.12.1946. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 141. Die Stellenbeschränkungen betrafen die Schulabteilung, „während die Verwaltung in Hochschulsachen gestärkt werden sollte“. (Vgl. SAPMO-BArch. Ebenda. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 141.)

⁶⁴ BArchP. R2 172. Bl. 36-39. Marquardt an Wandel. 17.1.1947. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 141.

⁶⁵ Anm.: Diese Konzeption findet sich in den Papieren Marquardts vom 31.10.1946 und 17.1.1947. BArchP. R2 172. Bl. 36-39. Marquardt an Wandel. 17.1.1947. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 141.

⁶⁶ Geißler: Gründungsgeschichte. S. 141.

⁶⁷ Vgl. Ebenda.

⁶⁸ Vgl. BArchP. Volksbildung IV/2/905/52. Lehrertagung am 30. Januar 1947. Referat Wandels. Bl. 51. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 142.

⁶⁹ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 142. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. 1195. Der Präsident an das Präsidialbüro. 10.3.1947.

⁷⁰ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 63.

⁷¹ Vgl. Ebenda.

⁷² Vgl. Ebenda. S. 69.

⁷³ Vgl. Ebenda. S. 63.

⁷⁴ Vgl. Ebenda. S. 70.

Doch anstatt sich anzunähern, verhärteten sich die Auffassungen insbesondere bezüglich einer gesamtdeutschen Sicht im Programmentwurf.⁷⁵ Inmitten der „sich offenbarenden grundsätzlichen Gegensätzlichkeit gesellschaftspolitischer Entwicklung in Ost- und Westdeutschland“ bahnten sich Entscheidungssituationen auch auf dem Gebiet der Pädagogik an, die eine Positionierung der Erziehungswissenschaftler verlangten.

Die SMAD zog aus der Tagung den Schluss, dass „eine Gruppe marxistischer Wissenschaftler organisiert“ werden müsse, die auf dem Standpunkt „des dialektischen und historischen Materialismus die theoretischen Grundlagen der Pädagogik“ aufzustellen habe.⁷⁶ Außerdem sollten die „Grundsätze“ in eine endgültige Form gebracht und als Basis für den weiteren Meinungs austausch auf dem II. Pädagogischen Kongress (8.-10.9.1947) veröffentlicht werden. Verschiedene Kommissionen bereiteten die entsprechende Resolution in der DVV inhaltlich vor, die letztlich auch auf dem Kongress gebilligt worden ist.⁷⁷ Dabei dominierte jedoch weiterhin das Bemühen, die „Diskussion in der Perspektive einer sozialen Demokratie offen zu halten“ und eine „Vermittlung der Standpunkte“ zu finden.

Unterdessen klagte die SMAD, welche die schulpolitische Linienführung vorgab, fortgesetzt⁷⁸ über die mangelnde ideologische Arbeit mit den Lehrern, unter denen idealistische Philosophie statt Marxismus herrsche.⁷⁹ Vor allem die pädagogisch nicht vorgebildeten Neulehrer griffen, von existentiellen Sorgen und Problemen des Schulalltags überwältigt, nach allen hilfreich erscheinenden pädagogischen Handhabungen.⁸⁰ Da ihnen „die Maßstäbe zum kritischen Umgang mit Lehrangeboten“ fehlten, formten sie eine „individuelle“ Pädagogik. Dabei spielten neben den eigenen Schulerfahrungen und der zur Verfügung stehenden Literatur vor allem die

⁷⁵ Hier und im Folgenden: Geißler, Gert: Die bildungspolitische Tendenzwende 1947-1949. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 41-68. S. 46.

⁷⁶ Hier und im Folgenden: DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 2. Aktenvermerk. 20.5.1947. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 51/52.

⁷⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 52.

⁷⁸ Anm.: Auf einer Besprechung der SMAD mit Vertretern der DVV in Karlshorst im November 1947 forderte die SMAD, die „Erziehungswissenschaft und die Lehrerschaft politisch-ideologisch zu formieren“. Dem traten einige Vertreter der DVV klar entgegen, indem sie eine `einseitige marxistische Schulung durch die staatlichen Organe´ ablehnten, da diese die „Überparteilichkeit der Verwaltung“ aufhebe. Außerdem könne der Vorwurf verstärkt werden, „man wolle die `Ostzone in eine politisch-ideologisch-pädagogische Filialzone der Sowjet-Union verwandeln´“. Daraufhin erklärten die Vertreter der SMAD, dass „der Marxismus seine Anziehungskraft `lediglich durch seine wissenschaftliche Überlegenheit ausüben“ und nicht zwangsweise eingeführt werden solle. (Vgl. Vermerk über die Aussprache mit der SMAD in Karlshorst. 12.11.1947. In: Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. 1996. S. 91f. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. 187/188.) Trotzdem konstatierte Mitropolski (SMAD), dass „die `ideologische Arbeit mit den Lehrern aufgenommen“ werden müsse. (BAB, DR 2/416, Bl. 21, DVfV. Vermerk, Besprechung mit Prof. Mitropolski am 15.11.1947. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 188.)

⁷⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 186f.

⁸⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Lost, Christine: „Ich war gern Lehrer“ – Berufsbiographien in der DDR. In: Hansen-Schaberg, I. (Hrsg.): „etwas erzählen“. Die Lebensgeschichtliche Dimension in der Pädagogik. Baltmannsweiler 1997. S. 74-85. Zitiert nach: Lost, Christine: „Sowjetpädagogik“. Zur Verabschiedung untauglicher Interpretationsmuster von der Bildungs- und Pädagogikgeschichte der SBZ/DDR. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. Hrsg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Weinheim; München. Juventa-Verlag: 1998. S. 299-341. S. 310.

Persönlichkeit der in der Neulehrerausbildung tätigen und betreuenden älteren Lehrer⁸¹ und Lehrerbildner eine entscheidende Rolle.

Die DVV übertrug die politische Bildung der Lehrer im Konflikt mit der SMAD an die von „Altlehrern“ dominierte Gewerkschaft.⁸²

Auch das geplante pädagogische Forschungsinstitut sollte, nach einem Vorschlag vom Dezember 1947, unter anderem von der Lehrgewerkschaft getragen werden.⁸³ Die DVV hätte als Aufsichtsbehörde fungiert.

Bezüglich der Aufgabenschwerpunkte wurde die vorerst als „Deutsches Zentralinstitut für Lehrer-, Bildungs- und Prüfungswesen“⁸⁴ bezeichnete Einrichtung jedoch in erheblich abgewandelter Form konzipiert. Denn in dem aktualisierten Entwurf⁸⁵ stand die Leitung der Lehreraus- und -weiterbildung sowie der Entwicklungen zur Prüfungsmethodik und -praxis im Vordergrund, auch wenn der Gedanke der erziehungswissenschaftlichen und methodisch-didaktischen Forschung im vergleichsweise geringen Umfang erhalten blieb.

Während dieser Entwurf die Lehreraus- und -weiterbildung sowie die erziehungswissenschaftliche und methodisch-didaktische Forschung noch als gemeinsam zu bearbeitende Bereiche verstand, kam im August 1948 bereits die Idee von zwei getrennten Instituten auf⁸⁶. So sprach die Konferenz der Volksbildungsminister der Länder davon, ein Zentralinstitut für Lehrerbildung bei der DVV *und* ein Forschungsinstitut zu bilden.⁸⁷ Letzteres hatte sein Personal, statt aus den Universitäten, vorrangig aus den Pädagogischen Beiräten der Volksbildungsministerien heraus zu rekrutieren.

Parallel zur Konzentration auf die Aufgaben der Lehrerbildung bei der Planung einer eigenen zentralen Stelle nahm die „politisch-ideologisch bedingte Distanz von SMAD, DVV und SED-

⁸¹ Anm.: Diese, größtenteils zum aus der SPD stammenden schul- und pädagogikkundigen Potential gehörende Gruppe war in ihrem Demokratie- und Erziehungsverständnis von der Sozialdemokratie geprägt und brachte mit Gründung der SED reformpädagogisches Gedankengut in die Partei ein. Die ehemaligen SPD-Lehrer stellten in den Nachkriegsjahren nicht nur auf den „verschiedenen Ebenen der Verwaltung“, sondern auch in der Lehrerschaft die größte Gruppe. (Vgl. Geißler, Gert: Das schulpolitische System der SBZ/DDR. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996. S. 1-159. S. 17/18.) Zur Situation der von reformpädagogischen Ansichten geprägten „Altlehrergeneration“ nach dem Kriegsende in der DDR siehe auch: Pehnke, Andreas: Widerständige sächsische Schulreformer im Visier stalinistischer Politik (1945-1959): biografische Skizzen, neue Befunde und eine tschechische sowie ungarische Vergleichsstudie/Andreas Pehnke. (Greifswalder Studien zur Erziehungswissenschaft. Bd. 12). Hrsg. von Andreas Pehnke. Frankfurt/Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2008.

⁸² Geißler: Das schulpolitische System. S. 67/68. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BArch. Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 331. Beschlussprotokoll der Ministerkonferenz vom 27. und 28.1.1948 in Berlin. Punkt C: Politische Bildung der Lehrer.

⁸³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Entwurf eines Deutschen Zentralinstituts für Lehrer-, Bildungs- und Prüfungswesen. Strukturplan. 18.12.1947.

⁸⁴ Vgl. Ebenda. Im daran angehängten Stellenplan und Haushaltsplanentwurf wird das geplante Institut als „Deutsches Zentralinstitut für Lehrerbildungs- und Prüfungswesen“ bezeichnet.

⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Entwurf eines Deutschen Zentralinstituts für Lehrer-, Bildungs- und Prüfungswesen. Strukturplan. 18.12.1947.

⁸⁶ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 144.

⁸⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BARCH. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 143. – Volksbildung IV 2/905/72. – Beschluss der Konferenz der Volksbildungsminister vom 12. August 1948 über die Beteiligung der Volksbildung an der Durchführung des Zweijahrplanes. und Ebd. Beschlussprotokoll Nr. 14 der Ministerkonferenz vom 10. bis 13. August in Kloster auf Hiddensee. Bl. 151.

Führung zur universitären Erziehungswissenschaft⁸⁸ zu. In deren „relativ autonomer Verfügung“ befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch die Entwicklung der Wissenschaft und teilweise auch die Lehrerbildung⁸⁹. „Die Erziehungswissenschaft entzog sich, bedingt auch durch die noch bestehende Länderstruktur, ... zentraler Lenkung und Ergebnisabforderung, war (jedoch, N.Z.) auch ohne nennenswertes geistiges Gegengewicht.“⁹⁰

Aber nicht nur die Lehrerbildung, auch die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehörte zu jenen Obliegenheiten, die das Zentralinstitut übernehmen sollte.⁹¹ Dieser wurde umso dringender benötigt, als das verfügbare wissenschaftliche Potential auf einen Personenkreis zusammenschmolz, der „ohnehin schon mit Aufgaben zugedeckt und in seinen Funktionen für neue Institutionen“ als unabhkömmlich galt.⁹² Denn SMAD und SED-Führung hatten die „bisherige bildungspolitische und erziehungswissenschaftliche Diskussion“ für einen „personellen Umbruch auf allen Ebenen der Schulverwaltung“ genutzt und dabei eine „gezielte Auslese von `Kadern`“ betrieben.

Aufgrund der gesellschaftspolitisch konfliktreichen Entwicklungen 1948 (vor allem das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz), in deren Folge sich die westdeutsche Bi-Zone staatlich ausbildete,⁹³ blieben Schulfragen zunächst hinter anderen, dringlicher erscheinenden politischen Fragen zurück⁹⁴. Die bereits im September 1947 auf dem II. Parteitag der SED geforderte Umformung zur „Partei neuen Typs“ setzte im Sommer 1948 mit aller „ideologischen, disziplinierenden und parteiorganisatorischen Konsequenz auch für die Verwaltungen und die Massenorganisationen“ ein.⁹⁵ Anhänger einer parteipolitischen Ausprägung der Schulpolitik kritisierten, dass in der Schulabteilung der DVV „keine einheitliche Auffassung über den Charakter der sozialistischen Taktik im Zeitalter der demokratischen Schulreform“⁹⁶ bestehe. Entsprechend verlangte der Beschluss zur Konferenz der Volksbildungsminister der Länder am 12.8.1948 die „allgemeine Politisierung der Arbeit der gesamten Verwaltung“, die auch den Austausch unbrauchbarer, „an alten Vorstellungen hängender“ Personen durch „neue Kräfte“ einschloss.⁹⁷

Die SMAD brachte ihre angestaute Frustration über die Arbeitsweise der DVV auf der SED-Lehrertagung im November 1948 öffentlich zum Ausdruck.⁹⁸ Konstantin D. Mitropolski⁹⁹

⁸⁸ Geißler: Gründungsgeschichte. S. 145.

⁸⁹ Vgl. Ebenda.

⁹⁰ Vgl. Ebenda.

⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Entwurf eines Deutschen Zentralinstituts für Lehrer-, Bildungs- und Prüfungswesen. Strukturplan. 18.12.1947.

⁹² Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 145.

⁹³ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 54.

⁹⁴ Anm.: Da die SED „unmittelbar ... in die gesellschaftspolitischen Implikationen der Transformation von Eigentumsverhältnissen in Industrie und Landwirtschaft (verwickelt war, N.Z.), blieb die Kulturarbeit und in diese eingeschlossen die Schulfragen im Allgemeinen ein Gebiet ohne nennenswerte Bedeutung“. (Vgl. Ebenda. S. 59. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BArch-IV/905/77. Bericht über die Arbeit der SED. Anruf Genossin Stachel, Schwerin, vom 21.12.[1947]. Bl. 75f.)

⁹⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 63.

⁹⁶ DIPF/BBF-Arch. Nachlass Sothmann 35. Notizen zu einer Diskussionsrede (vorgesehen für den 3. Pädagogischen Kongress, nicht gehalten). 9.8.1948. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 64.

⁹⁷ Vgl. SAPMO-BArch. IV 2/905/72 – ZPA. Beschluss der Konferenz der Volksbildungsminister vom 22.8.1948 über die Beteiligung der Volksbildung an der Durchführung des Zweijahresplanes. Bl. 140ff. [im Original teilweise kursiv, G.G.]. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 65.

⁹⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 65. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BArch. IV 2/905/53. Protokoll der SED-Lehrertagung. Beitrag von Mitropolski. Bl. 88ff.

⁹⁹ Anm.: Konstantin Dmitrijewitsch Mitropolski leitete den Sektor Allgemeinbildende Schulen in der SMAD. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 66.)

erklärte, dass von der DVV noch keine „klare Linie in den einzelnen Fragen der Pädagogik“, vor allem keine „politische Linie der Pädagogik“ ausgearbeitet worden wäre. Er sprach sogar offen von einem „sozialistischen Umbau der Schule“¹⁰⁰.

In diesem Sinne hatte die SMAD auf einer Aussprache im September auch die Initiative in der Institutsangelegenheit übernommen und den Auftrag erteilt, bis 1.10.1948 einen Befehl zur Konstituierung zu entwerfen.¹⁰¹

Im Verlauf dieser Besprechung wurde eine neue Konzeption des zu errichtenden Pädagogischen Zentralinstituts beraten und „nach dem Vorschlag der DVV befürwortet“.¹⁰²

Ein pädagogischer Beirat sowie eine eigene Abteilung für pädagogische Aufklärung ergänzten dabei die drei bereits früher geplanten Schwerpunkte von Lehreraus- und -weiterbildung, Prüfungswesen und pädagogischer Forschung.¹⁰³

Demgemäß oblägen dem künftigen Institut unter anderem die Vorbereitung von Kursen, Seminaren und Vorträgen zur Fortbildung von Lehrern sowie die Popularisierung der „demokratischen Schule in weitester Öffentlichkeit“.¹⁰⁴ Zu diesem Zweck wurde beabsichtigt, alle Medien zu mobilisieren.¹⁰⁵

Die Idee Wandels vom Januar 1947, die Erfahrungen der Lehrer für die Pädagogik zu verwerten¹⁰⁶, griff der Instituts-Entwurf in dem Anspruch auf, die „wissenschaftliche Methode aufgrund von Erfahrungen der Schularbeit“¹⁰⁷ zu entwickeln.

Aber auch Hans Siebert¹⁰⁸, der im Oktober 1948 sein Amt als Leiter der Schulabteilung in der DVV antrat¹⁰⁹, strebte eine stärkere „Heranziehung von Genossen aus der Schulpraxis“¹¹⁰ auf

¹⁰⁰ SAPMO-BArch. IV 2/905/53. Protokoll der SED-Lehrertagung. Beitrag von Mitropolski. Bl. 88ff. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 65.

¹⁰¹ Vgl. DDPF/BBF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948. Vgl. auch in: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 145.

¹⁰² Vgl. DDPF/BBF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948.

¹⁰³ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Planung zur Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts (Disposition zur Besprechung mit Herrn Artuchin, SMA Karlshorst). 10.9.1948.

¹⁰⁴ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948.

¹⁰⁵ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Planung zur Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts (Disposition zur Besprechung mit Herrn Artuchin, SMA Karlshorst). 10.9.1948.

¹⁰⁶ Vgl. BArchP. Volksbildung IV/2/905/52. Lehrertagung am 30. Januar 1947. Referat Wandels. Bl. 51. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 142.

¹⁰⁷ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948.

¹⁰⁸ Anm.: Hans Siebert (Jg. 1910), als Sohn eines Landarbeiters bei Kassel geboren, trat 1931 in die KPD ein, studierte 1931-32 an der Pädagogischen Akademie Kassel, wo er anschließend bis 1933 als Volksschullehrer tätig war. 1933 aus dem Schuldienst entlassen wurde Siebert politisch aktiv und im April 1933 verhaftet, bis Herbst ins Zuchthaus verbracht, danach ins KZ bis er 1936 nach England emigrierte. Im September 1947 kehrte er nach Deutschland zurück, zunächst als Hauptreferent für Schul- und Erziehungsfragen beim Zentralsekretariat der SED/Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung, später Leiter der Schulabteilung in der DVV. Siebert war der Gründungsdirektor des DPZI, 1950 Leiter der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung im Ministerium für Volksbildung, dann als „Westemigrant“ verdächtigt bis 1952 als freier Verlagsmitarbeiter beschäftigt, ab 1953 als Direktor des Pädagogischen Instituts Dresden tätig. 1959 kurzzeitige Rückkehr ans DPZI, 1960 bis zur Emeritierung 1965 Professor mit Lehrauftrag an der TU Dresden. (Geißler, Gert: Kurzbiographien. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 303-325. S. 321. Siehe auch Punkt 2.5.5.)

¹⁰⁹ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 67.

dem Gebiet der Volksbildung an. Diesen Aspekt strich er besonders auf der SED-Lehrertagung im November 1948 heraus und betonte dessen mangelnde bisherige Berücksichtigung. Zudem breitete er auf der Tagung einen „detaillierten Maßnahmeplan zur politischen Schulung aller SED-Lehrer“ aus, um „die führende Rolle der Partei auf dem Erziehungsgebiet“ voranzutreiben.

Neben der „politischen Erziehung der Lehrer“ sollte das Pädagogische Zentralinstitut jedoch auch die „Vereinigung aller theoretischen Arbeiten“ bei der einheitlichen Gestaltung der pädagogischen Wissenschaft nutzen.¹¹¹ Vor allem der als „idealistisch“ und „hilflos“ bezeichneten Arbeit der Pädagogischen Fakultäten müsse dabei durch die aktive Beteiligung des Instituts an der „Ausarbeitung der pädagogischen Theorie“ entgegen gewirkt werden. Daher dürften die Pädagogischen Fakultäten wie auch die Gewerkschaft nach „eingehender kritischer Prüfung“ lediglich den Status von Mitarbeit erhalten.

Obwohl die Grundlagen für das Institut (Befehlsentwurf, Satzungsentwurf und eine Skizze des Strukturplans) im September 1948 vorlagen¹¹², bestanden doch wesentliche praktische Probleme bei der Umsetzung – bezüglich der Räumlichkeiten, des Personals und der Finanzen. Hierzu fand im Oktober eine Beratung zwischen Marquardt und der SMAD statt, die in den Konsens mündete, dass das Institut „entweder aus kleinen Anfängen“ oder „durch Befehl in größerem Maßstabe zu organisieren“ sei.¹¹³ Somit verzögerte sich die Gründung des Instituts weiter, wenngleich die Vorarbeiten dazu in ihr Endstadium treten konnten.¹¹⁴

Dieses begann mit der „Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben“ vom 31.3.1949.¹¹⁵ Denn damit galt die Bereitstellung der finanziellen Mittel als gesichert. In der Folge entstanden zwischen April und Oktober 1949 acht Entwürfe einer Durchführungsverordnung zu dieser Kulturverordnung, in deren Verlauf das Institut am 22.4.1949 erstmals „Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut“ genannt worden ist.¹¹⁶ Hinsichtlich der Hauptaufgaben des DPZI gab es ab Sommer 1949 keine größeren Veränderungen mehr. Auch die organisatorischen und verwaltungstechnischen Vorbereitungen kamen zum Abschluss: die Räumlichkeiten waren ab 1.9.1949 geklärt, die ersten Mitarbeiter rekrutiert und die Haushalts- und Strukturpläne genehmigt.¹¹⁷

¹¹⁰ Hier und im Folgenden: DDPF/BBF-Arch. Nachlass Hans Siebert 74. SED-Lehrertagung in Leipzig vom 15. bis 17.11.1948. Die Aufgaben des Arbeitsgebietes Schule und Erziehung zur Durchführung des Zweijahresplanes. 12.11.1948. [unpag.] Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹¹¹ Hier und im Folgenden: Vgl. DDPF/BBF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948.

¹¹² Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – 1. Entwurf SMAD – Befehl Nr. ... [sic!] über Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. Heilmann an Marquardt. 17.9.1948.

¹¹³ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Bericht über Verhandlung mit Herrn Tscherbow, SMAD Karlshorst bezüglich der Errichtung des Pädagogischen Zentralinstituts. 7.10.1948.

¹¹⁴ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 146.

¹¹⁵ Vgl. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgewählt von Gottfried Uhlig. Eingeleitet von Gottfried Uhlig und Karl-Heinz Günther. Volk und Wissen Volkseigener Verlag. Berlin 1970 (Monumenta Paedagogica. Bd. VI). Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹¹⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 43ff. Meumann bezieht sich auf das Akademiearchiv, Akten 5, 1195 und 1556.

¹¹⁷ Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 1195. – Briefwechsel innerhalb der DVV zwischen Präsident Wandel vom Präsidialbüro und Siebert von der Schulabteilung die Vorbereitungen zur Errichtung des Pädagogischen Zentralinstituts betreffend. 7.7.1949.

Inzwischen sah der Strukturplan des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ zwei Abteilungen vor: Abteilung 1 (Lehrerweiter- und -fortbildung) und Abteilung 2 (Theorie und Methodik); außerdem den bereits 1948 geplanten Pädagogischen Beirat.¹¹⁸

Bezüglich der Schwerpunktverteilung im Institut rückten damit die „systematische Forschungsarbeit“ sowie die „Entwicklung des demokratischen Schulwesens, einer demokratischen Pädagogik, Didaktik, Methodik und Psychologie“ in die zweite Reihe.¹¹⁹ Sie hatten hinter der dringlicheren Neulehrerausbildung und der Durchführung von Lehrgängen für Ausbildungsleiter und Dozenten zurückzustehen.¹²⁰

Die in den Plänen von 1948 aufgeführte Abteilung für pädagogische Aufklärung schrumpfte zu einem Bereich der „Ständigen Aufgaben“, der in solchermaßen allgemein gehaltener Formulierung in den Strukturplans einging.¹²¹ Pädagogische Aufklärung beschränkte sich auf „Studium, Auswertung und Verbreiterung der Erfahrungen aus der Lehr- und Erziehungspraxis der besten Lehrer und Schulen“.

Die vom Pädagogischen Zentralinstitut nach den Vorstellungen von 1948 zu propagierende demokratische Pädagogik¹²² hatte sich „mit dem Beginn der Arbeit im Institut ständig weiter (zu, N.Z.) entwickeln“; ebenso die demokratische Didaktik, Methodik und Psychologie.¹²³ Umsetzen sollte dies ein Stab von Mitarbeitern mit der erwünschten schulpolitischen Einstellung.¹²⁴

Auch die Besetzung des Pädagogischen Beirats deutete auf eine marginalisierte Rolle der pädagogischen Wissenschaft und auf eine angestrebte Verfügbarkeit der Erziehungswissenschaft im Interesse politischer Macht.¹²⁵ Im Pädagogischen Rat standen die drei Vertreter der Universitäten den vier „Verdienten Lehrern des Volkes“, vier Schulpolitikern, einem Angehörigen des ZK der SED, einer Vertreterin der FDJ, einem Vorstandsmitglied des Demokratischen Frauenbund Deutschlands und schließlich einem Vertreter der Gewerkschaft gegenüber.¹²⁶

Das Interesse der Gewerkschaft an „Mitbestimmung, Vorschlagsrecht und Besetzung der Direktoren- und Leiterstellen“ fand kein Gehör.¹²⁷ Als Direktor des Zentralinstituts wurde, „in Personalunion mit seinem Amt als Leiter der Schulabteilung der DVV“, der „engagierte Verfechter einer stalinistischen Pädagogik“ H. Siebert ernannt.¹²⁸

¹¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Strukturplan des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ (5. Entwurf).

¹¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Schulabteilung an Präsidialbüro die Vorbereitungen zur Errichtung des Pädagogischen Zentralinstituts betreffend. 7.7.1949.

¹²⁰ Vgl. Ebenda.

¹²¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Strukturplan des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ (5. Entwurf).

¹²² Vgl. DIPF/BBF/Archiv, Signatur 1195. – Verhandlungen in Karlshorst über die Errichtung eines Pädagogischen Zentralinstituts. 11.9.1948.

¹²³ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Schulabteilung an Präsidialbüro die Vorbereitungen zur Errichtung des Pädagogischen Zentralinstituts betreffend. 7.7.1949.

¹²⁴ Anm.: Die Rede war von einem „für unsere Methodik aufgeschlossenen Mitarbeiterstab“. (Vgl. SAPMO-BArch. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 331. Beschlussprotokoll der 21. Ministerkonferenz am 26. Juli 1949. S. 5. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 147.)

¹²⁵ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 146.

¹²⁶ Vgl. DIPF/BBF-Arch. – 15. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 146.

¹²⁷ Vgl. SAPMO-BArch. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 68. Protokoll des Geschäftsführenden Zentralverbandes unter Teilnahme der Landesvorsitzenden. 10.5.1949. Zitiert nach: Geißler: Gründungsgeschichte. S. 147.

¹²⁸ Vgl. Geißler: Gründungsgeschichte. S. 147.

„Da weder bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, noch, wie im Frühjahr 1949 geplant, beim Zentralvorstand der SED bzw. an deren Parteihochschule¹²⁹ je ein Pädagogisches Institut zustande kam, fiel dem Zentralinstitut im außeruniversitären Bereich die Monopolstellung zu.“¹³⁰

Bereits in der unmittelbaren Gründungsphase lässt sich zusammengefasst die Absicht erkennen, ein dem Präsidenten der DVV unterstehendes, einflussreiches Institut aufzubauen, das als zentrales Instrument darauf ausgerichtet war, den Pädagogischen Fakultäten der Universitäten sukzessive den Einfluss auf die Entwicklung der Erziehungswissenschaften zu entziehen. Förderlich wirkte hierbei, dass die relative Autonomie der Universitäten in der erziehungswissenschaftlichen Forschung ohnehin mit den sich zu ihren Ungunsten verschiebenden Machtverhältnissen zunehmend zu verschwinden schien.¹³¹ Zum Zeitpunkt der Gründung des DPZI genoss indessen ohnehin die Lehrerbildung Priorität vor den wissenschaftlichen Forschungsaufgaben. Denn, so Wandel rückblickend, eine politisch-pädagogisch neuformierte Lehrerschaft sei eng an die angestrebte neue Pädagogik gebunden gewesen.¹³² Daraus erklärt sich auch der Weg, den das geplante Zentralinstitut von einem anfänglichen Pädagogischen Institut für Forschung ohne Ausbildungskompetenz hin zu einem Institut nahm, in dem Lehrerbildung und (zukünftig) Forschung unter einem Dach und unter der Kontrolle der DVV gebündelt wurden.

¹²⁹ SAPMO-BArch. – Volksbildung IV 2/905/74. Entwurf eines Arbeitsplanes der Pädagogischen Abteilung (ausgearbeitet von Genossin Sigrid Schwarz). 31.3.1949. Bl. 210-219. In: Vgl. Ebenda.

¹³⁰ Geißler: Gründungsgeschichte. S. 147.

¹³¹ Vgl. Ebenda.

¹³² Vgl. BA StAPMO Sg Y 30/1339/ Zentrales Parteiarchiv Bestand Erinnerungen: Paul Wandel/Bl. 1-26. – Die Einheit wurde im Kampf geschaffen. Mskpt. (vermutlich von 1976). Zitiert nach: Lost: „Sowjetpädagogik“. S. 306.

2.2 Die Anfangsjahre des DPZI 1949 bis 1952/53

Die Zeitspanne vom Jahr der DDR-Gründung bis etwa zur II. Parteikonferenz der SED und Stalins Tod prägte vor allem die Durchsetzung der kommunistischen Einparteiensherrschaft in der DDR einschließlich des Meinungsmonopols („Kontrolle von Medien, Bildungswesen und der Kultur“) der SED, die mittlerweile „den Staatsapparat, die Justiz und die Massenorganisationen“ beherrschte.¹³³

Während der Gründung des DPZI bemühte sich die SED um die Durchsetzung ihres Führungsanspruchs sowohl auf wissenschafts- als auch auf schulpolitischem Gebiet. Alle schulpolitischen Entscheidungen wurden dabei auf der Basis des Konzepts vom „wirtschaftlichen `Aufbau aus eigener Kraft´ als Alternative zum Marshallplan“ getroffen und darauf ausgerichtet, sich von der „Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Wertewelt“ in den Westzonen deutlich abzugrenzen.¹³⁴ In diesem Prozess der Abgrenzung verbreitete sich eine „aggressive Sprache und Denkweise“, welche das Zentralsekretariat (ZS) der SED, der „Zwei-Lager-These“ und der „Diktion des Sowjetideologen“ Schdanow folgend, mittels des Parteischulungssystems popularisierte. Einflüsse von sozialdemokratisch geprägten Ideen wurden bis hin zu deren Ächtung zurückgedrängt.

Auch die Politisierung der Wissenschaft zeigte Fortschritte. Mussten in den ersten Nachkriegsjahren¹³⁵ zumindest in Wissenschaftsstreits noch die „tradierten Regeln des Wissenschaftsbetriebes“¹³⁶ beachtet werden, sollte die Wissenschaft nun steuerbar sein und sich rückhaltlos „politischen und ökonomischen Aufgaben“ unterordnen¹³⁷.

Infolge der durch die zentrale Wirtschaftsplanung (Zweijahresplan, 1949-50 bzw. Fünfjahresplan 1951-55) und die anhaltenden Reparationszahlungen an die UdSSR bedingten, wachsenden ökonomischen Anspannung, erreichte der ökonomistische, „auf die Ausbildung von künftigen Arbeitskräften“ gerichtete Grundzug auch die Schulpolitik.¹³⁸

Vor dem Hintergrund einer durch die Installierung von Lenkungsrichtungen¹³⁹ steuerbaren Wissenschaft konstituierte sich das DPZI, das seinerseits die „zentrale Lenkung“ der

¹³³ Vgl.: DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985. Hrsg. von Hermann Weber. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 1986. S. 151.

¹³⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 53.

¹³⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR (1945-1961). In: Gewalten, Gestalten, Erinnerungen: Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945. Hrsg. von Manfred Weißbecker. Jena. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft: 2002. S. 25-47. S. 32ff.

¹³⁶ Anm.: Im Hinblick auf die Forschung bestanden auch bei den SED-Führern zunächst noch „Spuren eines `bürgerlichen´ Wissenschaftsverständnisses“, d.h. eine relative Autonomie und Pluralismus in der wissenschaftlichen Forschung und Auseinandersetzung wurde aus pragmatischen Gründen geduldet (Vgl. Ebenda. S. 32.). Die Parteispitze ging davon aus, dass sich die Ideologie des Marxismus-Leninismus „im Streit der Denkansätze und Theorien“ behaupten könne. Dieser Wissenschaftsstreit spielte sich jedoch niemals „in einem pluralen politischen Umfeld ab, sondern war von Anfang an durch normative politische Prämissen begrenzt“. (Vgl. Ebenda. S. 34.).

¹³⁷ Vgl. Malycha, Andreas: „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus“: Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952. In: Deutschland-Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 34 (2001) 3. S. 410-426. S. 414.

¹³⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 53.

¹³⁹ Vgl. Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. S. 37.

Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Erziehungswissenschaft übernehmen sollte¹⁴⁰. Über die Lehrerbildung und mittels Lehrplanvorgaben beabsichtigte das Institut, die Ausbildung zukünftiger Arbeitskräfte zu beeinflussen.¹⁴¹

2.2.1 Gründung und Aufbau 1949 bis 1951

2.2.1.1 Gesellschaftspolitischer Hintergrund und bildungspolitische Grundlagen

Mit der Etablierung der SED als führende Staatspartei kurz vor der Staatsgründung der DDR kündigte sich die schulpolitische Disziplinierung durch die SED an.¹⁴² In Form eines vom „kleinen Sekretariat“ des Politbüros bestätigten Beschlusses vom Sommer 1949, der bald darauf vom Politbüro verabschiedet worden ist, nahm sie allmählich Gestalt an.¹⁴³ In diesem Beschluss forderte sie die Bildung eines „Pädagogischen Aktivs“, das „aus den auf dem Erziehungsgebiet führenden Genossen bei der Abteilung Kultur und Erziehung“ zusammengesetzt werden müsse.¹⁴⁴ Dem Aktiv sollte es obliegen, die theoretische und ideologische Arbeit „auf dem Gebiet der Erziehungswissenschaft“ zu leiten, koordinieren und kontrollieren. Vordringlich müssten dabei angesichts der „gegenwärtige(n) gesellschaftliche(n) und politische(n) Situation in Deutschland“ die „fortschrittlichen bürgerlichen Traditionen“ weiterentwickelt, „reaktionäre oder opportunistische schulreformerische Theorien und schulpraktizistische Tendenzen“ hingegen abgeschüttelt werden. Überdies galt es, sich die „marxistisch-leninistische Erziehungswissenschaft“ zu eigen zu machen und zu popularisieren. Von enormer Bedeutung seien außerdem „die Auswertung der Pädagogik der UdSSR und der Volksdemokratien“ sowie „die selbständige Anwendung dieser Grundsätze auf die Entwicklung des Erziehungswesens und auf die konkrete Situation in Deutschland“.¹⁴⁵

Diese angekündigten Maßnahmen wären sicherlich nicht erforderlich gewesen, wenn sich die Realität der Schulpraxis nicht der staatlichen Kontrolle teilweise in herrschaftspolitisch bedenklicher Weise entzogen hätte. Vor allem die Reformpädagogik wurde für die von der Partei festgestellten Mängel in der Unterrichtsarbeit verantwortlich gemacht: „Reformpädagogische Unterrichtsansätze, mit denen auch Neulehrer sich zu versuchen begonnen hatten, machten Effekte hinsichtlich der gewünschten Leistungshöhe und Ideologie nicht wahrscheinlich.“¹⁴⁶

¹⁴⁰ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

¹⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.)

¹⁴² Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 86.

¹⁴³ Vgl. Beschluss des Politbüros der SED. 28.6.1949. In: Dietrich, Gert: Politik und Kultur in der SBZ 1945-1949. Bern: 1993. S. 412-418. Vgl. auch Gläser, Lothar: Die Rolle der sowjetischen Pädagogik beim Aufbau der deutschen demokratischen Schule und bei der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (1945-49). Teil II. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte. Band 11, Volk und Wissen Volkseigener Verlag. Berlin 1972, S. 243. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 86.

¹⁴⁴ Hier und im Folgenden: Beschluss des Politbüros. Vgl. Ebenda. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 86ff.

¹⁴⁵ Vgl. Beschluss des Politbüros. Vgl. Ebenda. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 87.

¹⁴⁶ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 86.

So konstatierte ein Bericht über die Pädagogischen Landeskonferenzen 1949, dass teilweise eine „Hierarchie der Altlehrer“ bestünde, die „als Schulräte und Schulleiter das junge fortschrittliche Element“ hemmen würden.¹⁴⁷ Um dem entgegenzuwirken, setzte die Partei ihre Hoffnungen auf die „im Politbüro beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulwesens“ vom Sommer 1949. Auch sollte sich die SED stärker in den Kreisen und Ländern einschalten, um die „auf den Landeskonferenzen in Erscheinung getretenen negativen Tendenzen“ zu unterbinden. In diesem Sinne lehnte Siebert im Rahmen seiner Leitungstätigkeit in der Schulabteilung der DVV den von der Gewerkschaft gestellten Antrag ab, eigenmächtig pädagogische Kreisinstitute einzurichten.¹⁴⁸

Bereits im Februar 1949 sprach Siebert auf einer Zentralvorstandssitzung der Lehrgewerkschaft von einem „neuen Abschnitt“ im Schulwesen, für den er allgemein den „inneren Aufbau“ und die Neugestaltung proklamierte sowie Inhalte und Lehrmethoden in der Schule besonders ins Visier nahm.¹⁴⁹

Siebert favorisierte die Entwicklung der „neue(n) Didaktik, Methodik und ... Psychologie“ aus einer „klaren erziehungswissenschaftlichen Theorie“ heraus.¹⁵⁰ Gleichzeitig erteilte er der Orientierung an „kleinbürgerlicher Pädagogik“ aus der „Verfallsepoche“ eine Absage. Dennoch schlug Siebert die Möglichkeit nicht völlig aus, Anknüpfungspunkte in der deutschen Erziehungsgeschichte zu suchen.¹⁵¹ Namentlich nannte er Diesterweg und Wander. An erster Stelle sollten beim „Aufbau der sozialistischen Schule“ jedoch die „Erfahrungen der Sowjetunion“ stehen.

Damit entsprach Siebert auch Walter Ulbrichts Forderung, sowjetische Erfahrungen beim Sozialismusaufbau zum Vorbild zu nehmen¹⁵², und angeblich „kleinbürgerlich-nationalistische `Abirrungen´ wie in Jugoslawien“¹⁵³ zu vermeiden.¹⁵⁴

¹⁴⁷ Hier und im Folgenden: Pädagogische Landeskonferenzen 21.7.1949. In: SAPMO-BArch. IV 2/905/56. Bl. 4-7. Abgedruckt in: [Dok. Nr. 40] Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 106/107.

¹⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Briefwechsel: 15.7.1949 Kücklich (2. Vorsitzender des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Lehrer und Erzieher) an die DVV/Schulabteilung. und 3.8.1949 DVV/Schulabteilung, Siebert an den Zentralvorstand der Gewerkschaft Lehrer und Erzieher.

¹⁴⁹ Anm.: „Der Aufbau ist ... so weit vorwärtsgetrieben, dass wir uns heute einem neuen Abschnitt zuwenden können, nämlich dem inneren Aufbau und der Neugestaltung des Schulwesens – dem, was in der Schule gelehrt werden soll und wie es gelehrt werden soll.“ (Kollege Siebert: Grundfragen einer neuen demokratischen Pädagogik. Referat auf der Zentralvorstandssitzung der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung am 15./16.2.1949. In: SAPMO-BArch. Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 13. Abgedruckt in: [Dok. Nr. 39] Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 104.)

¹⁵⁰ Hier und im Folgenden: Kollege Siebert: Grundfragen einer neuen demokratischen Pädagogik. Referat auf der Zentralvorstandssitzung der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung am 15./16.2.1949. In: SAPMO-BArch. Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 13. Abgedruckt in: [Dok. Nr. 39] Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 104ff.

¹⁵¹ Anm.: In Form einer Reihe von Fragen wie z.B. „Kann uns der Aufbau der Schule, ... die Pädagogik ausreichen, wie sie vor 1933 existierte? Hilft uns dabei die fortschrittliche Pädagogik, die wir brauchen, um eine neue demokratische Schule aufzubauen?“, die Siebert zusätzlich noch relativiert, indem er in den Raum stellt, ob es hier „nicht ganz neue Probleme“ gäbe, für die „wir andere Theoretiker“ bräuchten, nähert er sich dem Kernproblem: der Suche nach dem Anknüpfungspunkt in der Vergangenheit („Wo muss bei der Schaffung der neuen demokratischen Schule der Anknüpfungspunkt liegen? ... Können wir die Arbeit der Vergangenheit mit heranziehen und welche Arbeit?“; Vgl. Ebenda. S.106.)

¹⁵² Anm.: Ulbricht äußerte dies auf der 13. Tagung des SED-Parteivorstandes (15./16.9.1948). (Scherstjanoi, Elke: Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen. In: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR. Hrsg. v. Dierk Hoffmann und Hermann Wentker. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000. S. 39-54. S. 49/50.)

Nicht nur gesellschaftsstrategisch wurde die Arbeit in der Sowjetunion als Richtschnur betrachtet, auch schulpolitisch kam es im Umkreis der DDR-Gründung zu einer „dogmatischen Zuwendung zur Sowjetpädagogik“ und zur Abkehr von der Reformpädagogik.¹⁵⁵

Die offizielle Proklamierung der SED-Linie erfolgte auf dem IV. Pädagogischen Kongress (23.-25.8.1949) in Leipzig, der als erster mittels Richtlinien der DVV „instruktionsgemäß parteipolitisch“¹⁵⁶ vorbereitet worden war. Dieser einem „ausgewählten Teilnehmerkreis“¹⁵⁷ vorbehaltene Kongress adaptierte den Politbürobeschluss vom Sommer 1949¹⁵⁸ und bildete den Abschluss der sich seit 1947 vollziehenden schulpolitischen Tendenzwende.

Siebert nutzte die Veranstaltung, um erneut seine Auffassungen von der „neuen Phase des inneren Aufbaus unseres Schulwesens“¹⁵⁹ vorzubringen.

Während er noch im Februar 1949 allgemein die „Pädagogik einer Verfallsepoche“ für rezeptionsunwürdig befunden hatte¹⁶⁰, konkretisierte er nun seine Gedanken zum „demokratischen Schulsystem“¹⁶¹ insofern, als er sich ausdrücklich gegen die Reformpädagogik

¹⁵³ Vgl. Ergänzungsbericht zum Bericht des Zentralsekretariats: Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung der Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawien. In: Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10.-15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Hrsg. v. Thomas Friedrich u.a. Berlin. 1995. S. 311-333. Zitiert nach: Scherstjanoi: Vgl. Ebenda. S. 50.

¹⁵⁴ Anm.: Tito nutzte in Jugoslawien „die Vorstellung vom ‚eigenen Weg‘ zum Sozialismus zur Begründung seiner unabhängigen Politik“, woraufhin diese These wieder verworfen wurde und die UdSSR erneut „als alleiniges Modell zu gelten“ hatte. (Vgl. Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000. S. 20.)

In der Folge distanzierte sich die Parteiführung der SED von einem „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus. Unter Ulbricht wurde die SED zu einer so genannten „Partei neuen Typs“ entwickelt und dem Vorbild der KPdSU verpflichtet. (Vgl. Entschließung der Ersten Parteikonferenz der SED [vom 28. Januar 1949]. In: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin [O] 1951. S. 179ff. Zitiert nach: Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 4. ergänzte Auflage. Ulm. Franz Spiegel Buch GmbH: 1986. S. 497ff.) Die Kritik am „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus erfolgte bereits auf der 13. Tagung des SED-Parteivorstandes. Die folgende Parteidiskussion habe unter anderem diese Frage geklärt und gezeigt, dass eine ideologische Einheit in der Partei erreicht wäre. (Vgl. auch: Weber: Die DDR 1945-1990. S. 21.)

In diesem Sinne wurde im Januar 1949 als SED-Führungsgremium das Politbüro geschaffen, das mit „Sekretariat und ZK-Apparat den zentralistischen und hierarchischen Aufbau der Organisation gewährleistete“. (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 21.)

¹⁵⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Günther, Karl-Heinz: Geschichte der Pädagogik in der DDR – Einige Anmerkungen aus der Erinnerung. In: Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung. Hrsg. von Ernst Cloer und Rolf Wernstedt. Mit Beiträgen von Ernst Cloer u.a. Weinheim Deutscher Studien Verlag: 1994. S. 115-128. S. 122ff.

¹⁵⁶ Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 64.

¹⁵⁷ Vgl. Ebenda. S. 64ff.

¹⁵⁸ Vgl. SAPMO-BArch. – IV 2/905/73. – Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulwesens – Richtlinien der Deutschen Verwaltung für Volksbildung als Aufgabenstellung des 4. Pädagogischen Kongresses. – Bl. 256-259. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 87.

¹⁵⁹ BArchP. – R-2 312. – Bl. 43. – Nachlass Siebert 212. – Protokoll über die Pädagogische Arbeitstagung zu Leipzig am 31.3./1.4. 1948. – S. 4. Zitiert nach: Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 64.

¹⁶⁰ Kollege Siebert: Grundfragen einer neuen demokratischen Pädagogik. Referat auf der Zentralvorstandssitzung der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung am 15./16.2.1949. In: SAPMO-BArch. Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 13. Abgedruckt in: [Dok. Nr. 39] Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 104ff.

¹⁶¹ BArchP. – R-2 312. – Bl. 43. – Nachlass Siebert 212. – Protokoll über die Pädagogische Arbeitstagung zu Leipzig am 31.3./1.4. 1948. – S. 12. Zitiert nach: Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 64.

und Arbeitsschule wandte. Die klassische Pädagogik und vor allem die Erfahrungen der Sowjetpädagogik erklärte Siebert zu Leitbildern der Pädagogik in der SBZ/DDR.¹⁶²

Mit der Unterscheidung zwischen rezeptionsunwürdigen Traditionsbeständen und vorbildlicher Überlieferung blieb allerdings ungeklärt, „wie die Schule aussehen“ sollte und wie sie für die geplante Gesellschaft nutzbringend instrumentalisiert werden konnte¹⁶³. Die Entscheidung darüber fiel durch die „Schulpolitischen Richtlinien für die deutsche demokratische Schule“.¹⁶⁴ Sie folgten dem Beschluss des Politbüros und bedeuteten vor allem, dass „politische Aufgaben“, die bislang vorwiegend den *SED*-Lehrern oblagen, nun explizit für *alle* Lehrer bindend wurden.¹⁶⁵ Die Verpflichtung auf den Marxismus-Leninismus und die Freundschaft zur Sowjetunion galt nunmehr für alle Lehrer und Erzieher. Damit stand das Schulwesen erstmals direkt in der „Verfügung der *SED*-Führung“.

Nachdem die DDR, kurz nach der Konstituierung der Bundesrepublik im September 1949, am 7. Oktober des gleichen Jahres gegründet und die „staatsrechtliche Spaltung Deutschlands“ vollzogen war,¹⁶⁶ löste sich der auch im Bildungsbereich weit gefächerte *SMAD*-Apparat auf¹⁶⁷. „Die bisherigen sowjetischen Einflussnahmen und intensiven sowjetisch-deutschen Arbeitsbeziehungen liefen ... aus.“¹⁶⁸ Formal ging die Entscheidungsgewalt an die Verfassungsorgane und den Staatsapparat der DDR über, faktisch hatte sich jedoch die *SED*-Führung die vormaligen Entscheidungsbefugnisse der *SMAD* gesichert.¹⁶⁹

¹⁶² Vgl. BArchP. – R-2 312. – Bl. 43. – Nachlass Siebert 212. – Protokoll über die Pädagogische Arbeitstagung zu Leipzig am 31.3./1.4. 1948. – S. 30ff. Zitiert nach: Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 65.

¹⁶³ BArchP. – R-2 312. – Bl. 43. – Nachlass Siebert 212. – Protokoll über die Pädagogische Arbeitstagung zu Leipzig am 31.3./1.4. 1948. – S. 81. Zitiert nach: Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 66.

¹⁶⁴ Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgew. von Gottfried Uhlig. Eingel. von Karl-Heinz Günther. Berlin 1970. S. 338-342 (Monumenta Paedagogica. Bd. IV; R.C.). Zitiert nach: Geißler: Die bildungspolitische Tendenzwende. S. 66.

¹⁶⁵ Hier und im Folgenden: Geißler: Das schulpolitische System. S. 88.

¹⁶⁶ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 28. Die Konstituierung der BRD wurde „mit den `Londoner Empfehlungen´ vom Juni 1948 eingeleitet, mit der Annahme des Grundgesetzes vom Mai 1949 vorbereitet, mit den Bundestagswahlen im August und der Regierungsbildung im September 1949 abgeschlossen“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁶⁷ Vgl. Geißler, Gert: Vom Zurückbleiben der Schulreform. Bemerkungen zum Bildungswesen im Umkreis der Staatsgründung der DDR. In: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR. Hrsg. v. Dierk Hoffmann und Hermann Wentker. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000. S. 207-220. S. 218.

¹⁶⁸ Vgl. Ebenda. Offiziell ist die Sowjetische Kontrollkommission (*SKK*) gegründet worden, um die Nachfolge der *SMAD* anzutreten, deren Einrichtungen bis zum Frühjahr 1950 liquidiert oder umstrukturiert wurden. „Im Gegensatz zur *SMAD* verfügte die personell drastisch verringerte *SKK* über keine genau fixierte Zuständigkeit für die Bildungseinrichtungen.“ „Schriftverkehr zwischen Ministerium und *SKK* kann nur insofern nachgewiesen werden, als das Ministerium bzw. die Länderministerien der sowjetischen Kontrollinstanz gemäß dem *SKK*-Statut monatlich oder zusätzlich auf deren Anforderung Informationen über Statistik, Verwaltungsstruktur und Arbeitsplanung bereitstellte. Regelmäßig informiert wurde die Informationsabteilung jedoch über die Maßnahmen zur Reorganisation der allgemeinbildenden Schule einschließlich der damit einhergehenden politischen Säuberung unter den Oberschülern und Lehrern im Mai und Juni 1953.“ (Anm. 44, Geißler in Vgl. Ebenda. S. 218/219.)

¹⁶⁹ Vgl. Ebenda. S. 219. (Anm. 45, Geißler: „Alle `Gesetze und Verordnungen von Bedeutung, einschließlich Materialien sonstiger Art, über die Regierungsbeschlüsse herbeigeführt werden sollten, weiterhin Vorschläge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen´ mussten nun `vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer oder die Regierung dem Polit-Büro bzw. Sekretariat des

Damit beschleunigte die SED die Durchsetzung ihres herrschaftlichen Anspruchs. Zudem begünstigte die Staatsgründung¹⁷⁰ das bildungspolitische Zentralisierungsbestreben.

2.2.1.2 Zweckbestimmung des DPZI

Ohne Rücksicht auf die Frage, ob sich die bildungspolitische Strategie durchsetzen ließ, verpflichtete das MfV das DPZI, die Zentralisierung der pädagogischen Forschung voranzubringen.¹⁷¹

Das Institut sollte Aufgaben der Planung und Koordination in der pädagogisch-wissenschaftlichen Forschungsarbeit übernehmen und sie durch eigene Untersuchungen bereichern.¹⁷² Die Funktion des DPZI ordnete sich somit in die des von der SED angestrebten Pädagogischen Aktivs ein, dem die „Leitung, Koordinierung und Kontrolle aller theoretischen und ideologischen Arbeit auf dem Gebiet des Erziehungswesens“¹⁷³ zugesprochen wurde. Das DPZI und seine Mitarbeiter waren beauftragt, eine neue pädagogische Theorie in „Auseinandersetzung mit allen denjenigen“ zu entwickeln, die „das Rad der Geschichte“ in der Pädagogik vermeintlich „nach rückwärts“ zu drehen beabsichtigten.¹⁷⁴ K. D. Mitropolski orientierte in der Eröffnungsfeier überdies auf die bereits in den schulpolitischen Richtlinien und auf dem IV. Pädagogischen Kongress erfolgte Abkehr von der Arbeitsschule und von der Reformpädagogik sowie auf die Hinwendung zur Sowjetpädagogik. Siebert votierte als Gründungsdirektor abermals für die klassische deutsche Pädagogik und verwies besonders auf Diesterwegs Rolle als „Vorkämpfer der deutschen demokratischen Einheitsschule“. Außerdem erneuerte er sein Plädoyer für die „Auswertung der Erfahrungen der besten Lehrer“, für die Sowjetpädagogik und die „Gewinnung der Erkenntnisse der fortschrittlichsten Pädagogik der Gegenwart“. Max Gustav Lange¹⁷⁵ machte sich für die empirische Tatsachenforschung stark.

Polit-Büros zur Beschlussfassung übermittelt werden.“ [SAPMO, DY 30, IV 2/905/73, Bl. 320, Richtlinien über die Fertigstellung von Vorlagen und wichtigen Materialien für die Regierung und Regierungsstellen zur Entscheidung durch die zuständigen Organe des Parteivorstandes sowie über die Kontrolle der Durchführung dieser Entscheidungen, 17.10.1949. In: Vgl. Ebenda. S. 219.]

¹⁷⁰ Anm.: Zunächst bremste Stalin die SED-Führung, die „ihre Hegemonie ausbauen und sich ein eigenes Staatsgebilde schaffen wollte“. Doch nach der Konstituierung der BRD erteilte die Moskauer Führung einer „Delegation der SED-Spitze“ die Erlaubnis zur Gründung der DDR, wodurch die „Angleichung an die Sowjetunion beschleunigt“ werden konnte. (Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 27.)

¹⁷¹ Vgl. Geißler: Vom Zurückbleiben der Schulreform. S. 218.

¹⁷² BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Entwurf Verordnung über Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen. (Am 2.12.1949 vom Minister für Volksbildung an das Ministerium für Finanzen/Hauptabteilung Haushalt übermittelt und am 19.12.1949 mit Einverständniserklärung des Finanzministeriums an den Volksbildungsminister zurückgesandt. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195 – Schreiben des Ministeriums für Finanzen/Hauptabteilung Haushalt an den Minister für Volksbildung, 19.12.1949.)

¹⁷³ Beschluss des Politbüros der SED. 28.6.1949. In: Dietrich, Gert: Politik und Kultur in der SBZ 1945-1949. Bern: 1993. S. 412-418. Vgl. auch Gläser, Lothar: Die Rolle der sowjetischen Pädagogik beim Aufbau der deutschen demokratischen Schule und bei der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (1945-49). Teil II. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte. Band 11, Volk und Wissen Volkseigener Verlag. Berlin 1972, S. 243. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 87.

¹⁷⁴ Hier und im Folgenden: Akademiearchiv, Akte 6431. (Stenographische Niederschrift über die Ansprachen bei der Eröffnungsfeier ...); Vgl. auch Eberhard Meumann: Vor dreißig Jahren – Gründungen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Materialien der Eröffnungsfeier. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte. Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1979, S. 193ff. Zitiert nach: Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 48ff.

¹⁷⁵ Anm.: Max Gustav Lange (1899 geb.), Lehrerausbildung, danach Studium der Geschichte, Pädagogik, Nationalökonomie, Soziologie und Philosophie in Berlin; ab 1927 Lehrer in Neukölln; 1940-43

Vorerst aber wurden alle Pläne bezüglich der führenden Rolle des DPZI bei der Erarbeitung einer neuen pädagogischen Theorie zurückgestellt.¹⁷⁶ Wie Wandel in seiner Gründungsansprache am 15.9.1949 betonte, bestand die vordringliche Aufgabe des DPZI in der „Leitung, Planung und Gestaltung der Lehrerbildung – insbesondere durch die Qualifizierung der Lehrerbildner“.

Diese Hauptaufgabe spiegelte sich im Entwurf vom Sommer 1949¹⁷⁷ wider. Vom Ministerium für Finanzen im Dezember 1949 bestätigt¹⁷⁸, schlug sich dieses Konzept im Statut des DPZI vom Frühjahr 1950 deutlich nieder¹⁷⁹. Unter der Bezeichnung „vordringliche Aufgaben“ standen, wie bereits in den ursprünglichen Gedanken zu einem pädagogischen Zentralinstitut von 1948 konzipiert, die Qualifikation der Lehrer und die Unterstützung der Neulehrer in ihrer Ausbildung und Weiterbildung im Vordergrund.

2.2.1.3 Gründung des Instituts – Struktur, Personal und Aufgaben

Offiziell nahm das DPZI mit den beiden Abteilungen Lehrerweiter- und -fortbildung sowie Theorie und Methodik im September 1949 seine Arbeit auf.¹⁸⁰

Zu den Obliegenheiten der ersten Abteilung gehörte die „Erhöhung der wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikation aller Lehrer, Planung und Organisierung der gesamten Lehrerweiterbildung und -fortbildung“. Diese Aufgabe umfasste vor allem die Gestaltung von zentralen Kursen unter anderem für Fachlehrer, Kindergärtnerinnen, Sonder- und Berufsschullehrer.¹⁸¹ Hinzu kamen die „Planung und Richtlinien für die Organisierung regionaler Kurse für alle Lehrer“, der Ausbau des Lehrerfunks und die Integration des Fernunterrichts in die Lehrerbildung.

Die wissenschaftliche und pädagogische Qualifizierung der Neulehrer genoss demgegenüber oberste Priorität im Institut. Erreicht werden sollte diese durch die „fachliche Planung und

Soldat; 1947 Berufung zum Professor für Soziologie an der Martin-Luther-Universität in Halle, 1949 Berufung zum Dekan der Pädagogischen Fakultät an der Landeshochschule Potsdam; ab 1950 Westberlin. (Vgl. Max Gustav Lange. Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft. Texte zur soziologischen Begründung der Pädagogik 1946-1950. Hrsg. v. Wolfgang Eichler und Horst Sladek. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Lang: 2007. S. 13/14.)

¹⁷⁶ Hier und im Folgenden: Akademiearchiv, Akte 6431. (Stenographische Niederschrift über die Ansprachen bei der Eröffnungsfeier ...); Vgl. auch Eberhard Meumann: Vor dreißig Jahren – Gründungen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Materialien der Eröffnungsfeier. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte. Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1979, S. 193ff. Zitiert nach: Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 48ff.

¹⁷⁷ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949.

¹⁷⁸ Anm.: „Mit dem uns mit Schreiben vom 2.12.1949 übermittelten Entwurf der Verordnung über Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts sind wir einverstanden.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Schreiben der Hauptabteilung Haushalt des Ministeriums für Finanzen an den Minister für Volksbildung. 19.12.1949.)

¹⁷⁹ Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen. Veröffentlicht u.a. in „Pädagogik“, Heft 4/1950, S. 42f. Zitiert nach: Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 60.

¹⁸⁰ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.)

¹⁸¹ Anm.: Außerdem waren Kurse für Schulleiter, Schulräte und Leiter von Arbeitsgemeinschaften vorgesehen. (Vgl. Ebenda.)

Organisierung der Neulehreraus- und Weiterbildung und die Vorbereitung auf die 1. und 2. Lehrerprüfung“.¹⁸² Ein zweiter Aspekt der dringenden Aufgaben stellte die Ausbildung der Dozenten und Ausbildungsleiter für die Fachlehrrausbildung in Zentralfachkursen dar.

Die zweite Abteilung erhielt den Auftrag, das „demokratische Schulwesen“ der DDR mit der Entwicklung einer entsprechenden „demokratischen Pädagogik, Didaktik und Methodik und einer neuen Psychologie“ voranzubringen.¹⁸³ Dabei seien die Pädagogischen Fakultäten, Hochschulen und Institute sowie die Lehrgewerkschaft mit einzubeziehen.

Bei der Konzipierung des „demokratischen Schulwesens“ war sogar an „neue Organisationsformen der demokratischen Schule“ gedacht. Des Weiteren sollten der „fachliche und methodische Leistungsstand“ sowie der „demokratische Inhalt des Unterrichts in allen Altersstufen“ überprüft, außerdem die Praxiserfahrungen von Lehrern und Schulen studiert, ausgewertet und ausgebaut werden.

Erstrangig musste die theoretisch-methodische Abteilung (II) für die Revision der bestehenden Lehrpläne und die Anfertigung neuer Lehrpläne, Lehrbücher sowie Lehr- und Lernmittel sorgen. Daneben hatte sie an „einer fachlich guten, fortschrittlichen Methodik, vordringlich methodischer Grundsätze für die Lehrer“ zu arbeiten. Strukturiert wurde der Bereich Theorie und Methodik in die theoretische Unterabteilung, methodische Fachabteilung, sowie Unterabteilungen für Schulrecht, für Lehrmittel und für berufsbildende Schulen.¹⁸⁴

Der Stellenplan sah für die erste Abteilung vier und für die zweite Abteilung 14 wissenschaftliche Mitarbeiter vor.¹⁸⁵ Hinzu kamen der Direktor und dessen Stellvertreter sowie Mitarbeiter im Sekretariat, der Bibliothek und des Hauspersonals.

¹⁸² Anm.: Im Einzelnen bedeutete dies: „zentrale Schulung für Dozenten und Ausbildungsleiter in der Neulehrerausbildung (Zentralkurse)“, „zentrale Schulung der Leiter der Arbeitsgemeinschaft z. Vorbereitung auf die 1. und 2. Lehrerprüfung (Zentralkurse)“, „Organisierung der Entwicklung von Fachbüchern für die Lehrerschaft, der Studienanforderungen und Ausbildungspläne“ und „Praktische Hilfe bei der Neulehreraus- und Weiterbildung, der Vorbereitung der 1. und 2. Lehrerprüfung“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸³ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.)

¹⁸⁴ Anm.: In der *theoretischen Unterabteilung* war die Pädagogische Theorie, Geschichte der Pädagogik und die Psychologie untergebracht. Zur *methodischen Fachabteilung* zählte: Geschichte und Gegenwartskunde, Geographie und Heimatkunde, Mathematik und Physik, Biologie und Chemie, Deutsch, Russisch, neue Sprachen, alte Sprachen, Kunsterziehung, Leibeserziehung, Vorschulische Erziehung, Sonderschulen und Pädagogik und Psychologie der defektiven Kinder. Die *Unterabteilung für Schulrecht* beschäftigte sich mit Schulrecht und Schulverwaltung, Schulkunde sowie Schulhygiene und Schulbauwesen. Der *Unterabteilung für Lehrmittel* gehörten die Bereiche Lehr- und Lernmittel, Film – Bild – Funk und Lehrbücher an. In die *Unterabteilung für berufsbildende Schulen* gliederten sich die Gebiete Industrie und Gewerbe, Betriebsberufsschulen und Betriebsfachschulen, Landwirtschaft, Wirtschaft und Verwaltung, Hauswirtschaft sowie Fachschulen ein. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸⁵ Anm.: Gezählt wurden für die erste Abteilung der Abteilungsleiter, ein Hauptreferent und zwei Oberreferenten; für die zweite Abteilung: der Abteilungsleiter und 13 Hauptreferenten. In der ersten Abteilung sollten zusätzlich zwei, in der theoretisch-methodischen Abteilung elf Sachbearbeiter zur Verfügung stehen. (Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Minimalplan. Stellenplan für 1949. II. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. [Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.]

Die personelle Situation in den ersten drei Monaten des Instituts lässt sich aus den Arbeitsbesprechungen im Oktober 1949 so rekonstruieren, dass zukünftige Mitarbeiter, die noch anderweitig tätig waren, bereits Anteil an der Institutsarbeit nahmen.¹⁸⁶ Zu diesem Zeitpunkt konzentrierte sich das DPZI vorrangig auf Organisatorisches.¹⁸⁷ Das bedeutet, dass das Personal, welches 1950 eingestellt wurde, unter anderem gemeinsam mit Mitarbeitern der Zweigstellen des DPZI, Angehörigen der DVV und der SMAD sowie dem Vertreter des Hauses der Kinder und der Gesellschaft zur Förderung der deutsch-sowjetischen Freundschaft vor allem bei der Erstellung der ersten Arbeitspläne für 1950 mitwirkte.¹⁸⁸

Der provisorische Charakter des Instituts und der Institutsarbeit, der den ersten drei Monaten des Bestehens des Instituts anhaftete, bestätigt sich auch in der kurzen Amtszeit des Gründungsdirektors Siebert, der im Januar 1950 von Else Zaisser abgelöst wurde und anschließend im neu gebildeten Ministerium für Volksbildung der DDR die Hauptabteilung Unterricht und Erziehung leitete¹⁸⁹.

Arbeitsplanentwicklungen und -beratungen fanden zwischen Oktober 1949, als der vorläufige Entwurf des Arbeitsplanes für 1950 besprochen wurde,¹⁹⁰ und Anfang 1950 statt.

¹⁸⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 423-425. Beschlussprotokoll der ersten Arbeitsbesprechung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 10./11.10.1949. Laut Beschlussprotokoll der Sitzung am 11.10.1949 waren von den 17 aufgeführten Anwesenden sieben spätere Mitglieder des DPZI und vier Angehörige verschiedener Zweigstellen des DPZI aufgeführt (Vgl. Ebenda. Bl. 424.).

¹⁸⁷ Anm.: Bei Meumann finden sich im Bereich der Tätigkeiten des DPZI für das Jahr 1949: Zentralfachkurs zum Biologieunterricht (10.-21.10.1949), Erfahrungsaustausch der Verdienten Lehrer des Volkes im DPZI (25./26.11.1949), Konferenz mit Schulräten zu Fragen der Leistungssteigerung in der deutschen demokratischen Schule (28.11.-3.12.1949) und ein Zentralfachkurs für Dozenten und Seminarleiter der Pionierleiterausbildung (10.-22.12.1949). (Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 214.)

Davon wurde der Zentralfachkurs für Dozenten in der Pionierleiterausbildung vom Vertreter des Hauses der Kinder und der Gesellschaft zur Förderung der deutsch-sowjetischen Freundschaft auf der Arbeitsbesprechung des DPZI im Oktober 1949 vorgeschlagen, auf welcher der Arbeitsplan des DPZI und seiner Zweigstellen für 1950 diskutiert worden ist. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 423-425. Beschlussprotokoll der ersten Arbeitsbesprechung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 10./11.10.1949. Bl. 423.).

¹⁸⁸ Anm.: Die Anwesenden berieten „Bemerkungen, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge“ für den ersten Entwurf des „Arbeitsplans des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950“, der „im Wesentlichen gebilligt“ wurde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 423-425. Beschlussprotokoll der ersten Arbeitsbesprechung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 10./11.10.1949. Bl. 423.) Als Vertreter der SMAD war A.D. Danilow präsent, der letzte Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD, der in der am 5.11.1949 offiziell gegründeten Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) (Nachfolgeeinrichtung der SMAD) die „Kontrollaufgaben hinsichtlich Bildung und Kultur in der Informationsabteilung“ wahrnahm. (Vgl. Nikitin, Pjotr I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Berlin 1997. S. 214f. und Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet von Elke Scherstjanoi, München 1998. S. 21ff. Zitiert nach: [Anm. 44 von Geißler] Geißler: Vom Zurückbleiben der Schulreform. S. 218/219.)

¹⁸⁹ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 321 und 324.

¹⁹⁰ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 423-425. Beschlussprotokoll der ersten Arbeitsbesprechung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 10./11.10.1949. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die „Verlesung des 1. Entwurfs des Arbeitsplans des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950“.

Ende November 1949 legte Siebert die Aufgaben des DPZI und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950 fest.¹⁹¹ Darauf aufbauend reichten einzelne Mitarbeiter im Dezember erste Vorschläge für ihre persönlichen Arbeitspläne ein.¹⁹² Eine Neufassung des Arbeitsplans gab es datiert auf den 8.2.1950.¹⁹³

Der von Siebert im November 1949 erstellte Arbeitsplan war allgemeiner gehalten. Die genannten Hauptarbeitsgebiete hatten deutlich Bezug auf die Aufgaben des DPZI genommen, wie sie das Statut festschrieb bzw. der achte Entwurf der Durchführungsverordnungen zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949.¹⁹⁴

Der Plan von Februar 1950 erklärte zur Grundaufgabe, die Lehrer dazu zu erziehen, durch „persönliche Initiative“ eine „Masseninitiative“ zu entfalten, um das Kulturleben zu reformieren.¹⁹⁵ Gestützt auf diesen Formierungsanspruch an die Lehrerschaft folgten die Arbeitsgebiete – im Vergleich zum Plan von 1949 aber dann nur wenig verändert¹⁹⁶. Lediglich die Reihenfolge wich voneinander ab. So rückte die pädagogische Forschungsarbeit von der dritten an die zweite Stelle. Hintan stand die nur noch als „Anbahnung“ gekennzeichnete Vorbereitung einer „systematischen Massenarbeit mit der Lehrerschaft“. Vermutlich sollte diese durch die „Eigeninitiativerziehung“ der Lehrer innerhalb der Aus- und Weiterbildung kompensiert werden. Im Kontrast zum Entwurf von 1949 vermerkte der 1950er Plan für die „konkreten Aufgaben“ zumindest teilweise Termine – auch wenn sich das bezog auf die pädagogischen Forschungsaufgaben nur für die „Vorbereitung und Durchführung einer wissenschaftlichen Tagung über Fragen der Begabung“ nachweisen lässt; ein Punkt, der im Übrigen neu hinzugetreten war. Außerdem wurde die ursprünglich beabsichtigte umfassende „Tatsachenforschung“¹⁹⁷ auf die „Anbahnung einer pädagogischen Tatsachenforschung“ eingeschränkt.

¹⁹¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 414-417. Siebert: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950. 21.11.1949.

¹⁹² BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – DPZI/Abteilung Lehrerweiterbildung/Schul- und Lehrerfunk: Arbeitsplan für das Jahr 1950. 16.12.1949. und Vgl. Ebenda. – DPZI/Abteilung Weiterbildung der Lehrer/Fachgebiet: Vorbereitung auf die 1. und 2. Lehrerprüfung: Arbeitspläne für 1950. Dezember 1949. (Beide Fachgebiete aktualisierten ihre Arbeitspläne im Januar 1950. Vgl. Ebenda.)

¹⁹³ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.

¹⁹⁴ Anm.: Siebert zitierte wortwörtlich, dass es „Aufgabe des zentralen Instituts und seiner Zweigstellen“ sei, „für die Erhöhung der wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikation aller Lehrer und für die Verbesserung des Unterrichts zu sorgen, die schulpraktischen Erfahrungen aus der Lehrtätigkeit und Erziehungsarbeit der besten Lehrer und Schulen zu studieren, auszuwerten und zu verbreiten, die wissenschaftliche Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Erziehungswesens zu planen, zu koordinieren und durch eigene Untersuchungen zu fördern“. Vordringlich wären aber „die Neulehrer in ihrer Ausbildung und Weiterbildung mit allen gebotenen Mitteln zu unterstützen.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 414-417. Siebert: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950. 21.11.1949.) Exakt dieser Passus findet sich im Achten Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949 (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. 8. Entwurf Durchführungsverordnung [...] . 28.10.1949.)

¹⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.

¹⁹⁶ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 414-417. Siebert: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950. 21.11.1949. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.

¹⁹⁷ Anm.: Angedacht war die Tatsachenforschung in der „pädagogischen Theorie, der Geschichte der Pädagogik, der Psychologie, der Schulkunde“ sowie für die aus der strukturell veränderten Zusammensetzung der Lehrerschaft resultierenden Probleme, für „Probleme im Rahmen der Neugestaltung des Erziehungsprozesses, insbesondere durch die Tätigkeit der FDJ und der Jungen

Insgesamt schien auch der Begriff der Forschungsarbeit enger gefasst zu sein. Lehrplan- und Lehrbucharbeiten, 1949 noch innerhalb der Forschungsaufgaben zu finden, wurden dem Bereich der Unterrichtsarbeit zugeordnet. Unverändert blieben die umfangreichen Arbeiten in der Lehreraus- und Weiterbildung sowie der Anspruch auf die Zeitschrift „Pädagogik“ bestehen, welche das DPZI ab 1.1.1950 nunmehr als zentrales, wissenschaftlich-theoretisches Organ herausgab¹⁹⁸.

2.2.1.4 Anfänge und Probleme der Institutsarbeit

Damit solchermaßen ehrgeizige Ziele erfüllt werden konnten, machte sich entsprechend qualifiziertes Personal erforderlich.

Darin bestand zugleich eines der Hauptprobleme des Instituts in den Anfangsjahren. Um dennoch die gestellten Aufgaben zu bewältigen, wurde im Widerspruch zu den eigenen personalpolitischen Prioritäten nun doch den fachlichen Qualitäten potentieller Mitarbeiter der Vorrang vor politischen Kriterien eingeräumt.¹⁹⁹ Da, so jedenfalls der Personalleiter, den jungen, nach 1945 „herangebildeten“ Mitarbeitern meist die fachliche Qualifikation fehle, griff das Institut zunächst auf die „bürgerliche Intelligenz“ zurück²⁰⁰; ein Vorgehen, das dann allerdings nicht mehr mit den „Forderungen nach der sozialen Herkunft aus der Arbeiterklasse“²⁰¹ übereinstimmte.

Ein weiteres Problem in der Personalarbeit verursachte der Umstand, dass diese Angelegenheiten lange Zeit von der Abteilung Allgemeine Verwaltung „so nebenbei mit erledigt“²⁰² werden mussten und ein Personalleiter erst Mitte 1950 eingestellt wurde²⁰³.

Pioniere, sowie außerschulischen Faktoren“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 414-417. Siebert: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950. 21.11.1949.)

¹⁹⁸ Vgl. Zum neuen Jahrgang. In „Pädagogik“, Heft 1/1950. S. 1. Zitiert nach: Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 90.

¹⁹⁹ Anm.: „Es müssen deshalb vorerst im Interesse der Lösung der dem Institut gestellten Aufgaben mehr die fachlichen Qualitäten der in Aussicht genommenen Mitarbeiter beachtet werden, als die Erfordernisse der personalpolitischen Zusammensetzung.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das II. Quartal 1952. 8.7.1952.)

²⁰⁰ Anm.: „Es ist immer noch nicht erreicht, dass die Arbeiterklasse, die führende Kraft in unserem Staate, besonders in den leitenden Stellungen der Verwaltung, der sozialen Herkunft nach stark genug ist. Im DPZI bestehen hier ganz besondere Schwierigkeiten. Die Intelligenz kommt in der Hauptsache aus bürgerlichen Kreisen und den jungen, nach 1945 herangebildeten Wissenschaftlern fehlt es zumeist an der fachlichen Qualifikation.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsplan der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das 3. Vierteljahr 1951.)

²⁰¹ Anm.: Für „die Durchführung der dem Institut gestellten Aufgaben (sind, N.Z.) fachlich hoch qualifizierte Mitarbeiter erforderlich ..., die zur Zeit nur in einem geringen Umfange den Forderungen nach der sozialen Herkunft aus der Arbeiterklasse entsprechen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das I. Quartal 1952. 31.3.1952.)

²⁰² BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsplan für das 1. Vierteljahr 1951 der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 3.1.1951. (Für Verwaltungs- und Personalfragen war laut Stellenplan von 1949 ein Verwaltungssachbearbeiter beschäftigt, der zusätzlich noch Etatangelegenheiten, Kassenwesen und Haushaltsangelegenheiten zu regeln hatte. [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Minimalplan. Stellenplan für 1949. II. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut.]

²⁰³ Anm.: Laut Stellenüberwachungsliste wurde dieser zum 7.8.1950 angestellt. Ein Jahr später (zum 1.7.1951) kam eine Sachbearbeiterin für Personal hinzu. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.)

1950 nahmen außer der neuen Direktorin E. Zaisser, die Personalabteilung und die Verwaltung sowie die Abteilungsleiter Werner Dorst und K. Sothmann ihre Arbeit auf.²⁰⁴ Außerdem wurden in der Lehrerbildung (Abteilung I) die Referate „Hilfe bei der 1. und 2. Lehrprüfung“, Pionierleiterausbildung/Heimerziehung, Schul- und Lehrerfunk, Ausbildung und Weiterbildung von Kindergärtnerinnen, Didaktik der Unterstufe, Fernstudium zur Weiterbildung der Lehrer und das Sachgebiet Lehrerkonsultation besetzt.²⁰⁵

Die theoretisch-methodische Abteilung (Abteilung II) verfügte über Mitarbeiter in den Referaten Vorschulerziehung, Marxismus-Leninismus, Deutsch/Grammatik, Deutsch/Literatur, Russisch, Geschichte und Gegenwartskunde, Geographie, Kunsterziehung und im Hauptreferat Naturwissenschaften.²⁰⁶ Zudem arbeiteten Wissenschaftler in den Referaten Theorie der

²⁰⁴ Anm.: Abteilungsleiter der Abteilung Lehrerbildung war der spätere (ab 1951) Direktor Werner Dorst. (Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 85.)

Die theoretisch-methodische Abteilung leitete (bis 31.1.1952) Karl Sothmann. Der Bereich Verwaltung wurde ab 1.1.1950 mit einem Leiter, vier Sachbearbeitern/innen und einer Stenotypistin besetzt. Eine weitere Sachbearbeiterin kam einen Monat später hinzu. Die Personalabteilung bestand zu diesem Zeitpunkt aus dem Personalleiter. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.)

²⁰⁵ Anm.: *Hilfe bei der 1. und 2. Lehrprüfung* wurde mit einer Mitarbeiterin besetzt (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 52/53. Entwurf der 2. Konferenz von 40 Schulräten im DPZI in Berlin. 6.2.1950.), die vom 1.1.1950 bis 31.3.1952 im DPZI tätig war (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). *Pionierleiterausbildung/Heimerziehung*: Das Referat Pionierleiterausbildung wurde bis Sommer 1950 von E. M. geleitet. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Bericht über die Arbeit im Monat Mai und Juni [II. Quartal]. 29.7.1950) Außerdem stand in Abteilung II im Bereich der Pionierarbeit ein weiterer Mitarbeiter zur Verfügung. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 192. Brief Sothmann an Dorst: Tagesordnung zur Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung. 22.4.1950.) E. M. ist zum 1.5.1950 eingestellt worden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.) Ab 1.8.1950 übernahm er jedoch das neu gegründete Referat Heimerziehung (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 97/98. Brief E. M. an Dorst betreffs Aufnahme von Vertretern der Heimerziehung in den wissenschaftlichen Nachwuchs an der Pädagogischen Fakultät.); bis zum 30.11.1951, als er ins Ministerium für Volksbildung delegiert wurde. Ein Referat für FDJ- und Pionierfragen wurde 1951 wieder besetzt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.) Der *Schul- und Lehrerfunk* war mit einer Stelle ausgestattet. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Arbeitsplan für das Jahr 1950 des Fachgebietes Schul- und Lehrerfunk der Abteilung Lehrerweiterbildung im DPZI. 13.1.1950) Dem Gebiet der *Ausbildung und Weiterbildung von Kindergärtnerinnen* widmeten sich zwei Mitarbeiter. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Abteilung Lehrerbildung. Arbeitsbericht über das 3. Quartal 1950. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Lehrerbildung/Referat Ausbildung und Weiterbildung der Kindergärtnerinnen. Arbeitsplan für das II. Quartal 1950.) Für die *Didaktik der Unterstufe* arbeitete spätestens ab September 1950 ein Wissenschaftler (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 203. Mitteilung Dorst an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und Sachbearbeiter.), der offiziell jedoch erst ab 1.1.1951 als DPZI-Mitglied geführt wurde (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). Im *Fernstudium der Lehrer* war ab November 1950 G.G. tätig (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Abteilung Lehrerbildung. Arbeitsbericht über den Monat November. [„Entwurf eines Themenplans für das Fernstudium zur Weiterbildung der Lehrer im Fach Geschichte“]), der im April 1952 ins Ministerium für Volksbildung delegiert worden ist (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). Ein Mitarbeiter wurde im *Sachgebiet Lehrerkonsultation* eingesetzt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Sachgebiet Lehrerkonsultation. Arbeitsplan für das 2. Quartal 1950.)

²⁰⁶ Anm.: *Referat Vorschulerziehung* (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 72. Mitteilung der theoretisch-methodischen Abteilung an den Direktor: Beiliegend Arbeitsplan-Entwürfe der Abteilung II für das 2.

Pädagogik/Pädagogik des Auslandes, Geschichte der Pädagogik, Psychologie und Neue Sprachen.²⁰⁷

Über das gesamte Jahr 1950 gesehen, beschäftigte das DPZI schätzungsweise insgesamt 29 wissenschaftliche Mitarbeiter.²⁰⁸ Dabei müssen jedoch erhebliche personelle Schwankungen

Quartal mit Schwerpunkt April. 29.3.1950.) *Referat Marxismus-Leninismus*: zum 1.7.1950 mit H. M. besetzt (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.), der im Weiteren 1952 die Leitung der Zweigstellen übernahm (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.) und, nach Abkoppelung der Zweigstellen des DPZI, 1953 Aufgaben im Bereich der Schulpolitik und Schulstruktur bearbeitete (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438 – Bl. 82-85. Abteilung V-Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953. 14.7.1953. Bl. 84.). *Referate für Deutsch*: zwei Wissenschaftler (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 146. Theoretisch-methodische Abteilung, Sothmann, an Frau Professor Zaisser: Betreff Stoffplanentwurf Deutsch. 22.6.1950. und Vgl. Ebenda. – Bl. 207. Zaisser: Zur Kenntnisnahme an die unten aufgeführten wissenschaftlichen Mitarbeiter. 9.5.1950.). Für das *Referat Russisch* war bis 31.7.1951 Professor B. verantwortlich (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). Das *Referat Geschichte und Gegenwartskunde* hatte der Hauptreferent Emil Hruschka inne, bis er zum 1.2.1952 die Aufgaben des Abteilungsleiters, Sothmann, weiterführte, der am 31.1.1952 aus dem Institut ausschied (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). *Referat Geographie*: Nachdem Herr W. sein Gesuch, am DPZI zu arbeiten, zurückzog (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 66. Brief W. an Sothmann. 31.3.1950.), wurde ab Juni 1950 eine Hauptreferentin für Geographie angestellt (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). *Referat Kunsterziehung*: (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 128. Brief Hauptreferat Kunsterziehung an Frau Direktor Zaisser. 13.7.1950.). Das *Hauptreferat Naturwissenschaften* umfasste die Bereiche Biologie/Chemie und Mathematik/Physik. Geleitet wurde das Hauptreferat bis 30.4.1951 von Dorothea Möller-Krumbholtz (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 57-60. Theoretisch-methodische Abteilung: Protokoll-Notiz. 19.4.1950. Bl. 57.), die ab Mai 1951 im Alter von 65 Jahren aus dem Institut ausschied (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief Personalabteilung des DPZI an das Ministerium für Volksbildung: Betreff Antrag auf Gewährung einer Personalpension für Frau Möller-Krumbholtz. 22.6.1951. und Vgl. Ebenda. – Brief Dorst an Wandel: Betreff Gewährung einer Personalpension an Frau Möller-Krumbholtz. 7.5.1951.).

²⁰⁷ Anm.: Der Hauptreferent für *Pädagogik des Auslandes* im Referat *Theorie der Pädagogik* beabsichtigte, im Oktober 1950 der Pädagogischen Fakultät der Universität Berlin seine Dissertation vorzulegen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 126. Brief der theoretisch-methodischen Abteilung/Referat Theorie der Pädagogik an Frau Professor Zaisser. 26.7.1950. und Vgl. Ebenda. – Bl. 123-125. Arbeitsplan für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. 26.7.1950. Bl. 123.) Die Referentinnen für *Geschichte der Pädagogik* und *Psychologie* waren ebenfalls als wissenschaftlicher Nachwuchs im DPZI tätig (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 123-125. Arbeitsplan für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. 26.7.1950. Bl. 123.) und sollten ab 1.10.1950 als Hauptreferentinnen eingestuft werden (Vgl. Ebenda. – Bl. 118. Brief Theoretisch-methodische Abteilung an die Direktion des DPZI. 18.9.1950.). *Referat Neue Sprachen*: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Dorst an den Leiter der Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. 4.8.1950.

²⁰⁸ Anm.: Diese Zahl beschreibt, exklusive Direktor, alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abteilung Lehrerbildung und der theoretisch-methodischen Abteilung sowie die Abteilungsleiter, die im Laufe des Jahres 1950 im DPZI eingestellt worden sind. Zweigstellenmitarbeiter, auch die der Zweigstelle Berlin, sowie Sachbearbeiter etc. wurden nicht mit einbezogen.

Ermittelt wurde diese Summe aus: Hausmitteilung der Direktorin an alle *wissenschaftlichen* Mitarbeiter. Dabei ergibt sich eine Zahl von 24 (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 206. Zaisser: Zur Kenntnis an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter im Hause. 27.4. 1950.), abzüglich der drei hier mit aufgeführten Mitarbeiter der Zweigstelle Berlin (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 153-155.

aufgetreten sein – gemessen an den Statistiken vom 30.6.1950 und 30.9.1950.²⁰⁹ Im Juni war das Institut mit 15 wissenschaftlichen Mitarbeitern²¹⁰, zwei Abteilungsleitern und der Direktorin ausgestattet. Im September stieg die Belegschaft im wissenschaftlichen Fachpersonal auf 23 an, die leitenden Funktionen blieben konstant.

Die Gesamtzahl der vorgesehenen Stellen lag 1950 bei 72. Damit die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter erhöht werden konnte, strich das DPZI sieben Büroangestellte. Das „Soll“ der wissenschaftlichen Mitarbeiter wuchs somit von 28 im Juni auf 35 im September. Die tatsächliche Besetzung lag laut den Statistiken aber in beiden Fällen weit hinter dem Stellenplan:

Theoretisch-methodische Abteilung: Protokoll-Notiz. 19.6.1950. Bl. 153.). Hinzu kommen acht Mitarbeiter, die im weiteren Verlauf eingestellt worden sind: *Geographie* 1.6.1950, *Pionierleiterausbildung/Heimerziehung* 1.5.1950, *Mathematik/Physik* 1.9.1950, *Marxismus-Leninismus* 1.7.1950, *Fernstudium zur Weiterbildung der Lehrer* 1.11.1950 (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.), *Vorschulerziehung in Abteilung II* („Es fehlt der Plan Vorschulerziehung infolge Erkrankung von Frau C.“ [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 72. Mitteilung der theoretisch-methodischen Abteilung an den Direktor: Beiliegend Arbeitsplan-Entwürfe der Abteilung II für das 2. Quartal mit Schwerpunkt April. 29.3.1950.] Frau C., immer noch erkrankt, wird als zu Abteilung II gehörig entschuldigt [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 176-178. Theoretisch-methodische Abteilung. Protokoll-Notiz. 16.5.1950.]. Vermutlich war die lange Krankheit der Grund dafür, dass sie nicht mit in der Hausmitteilung von Frau Zaisser erwähnt wurde [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 206. Zaisser: Zur Kenntnis an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter im Hause. 27.4. 1950.]), *Deutsch in Abteilung II* (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 146. Theoretisch-methodische Abteilung, Sothmann, an Frau Professor Zaisser: Betreff Stoffplanentwurf Deutsch. 22.6.1950. und Vgl. Ebenda. – Bl. 207. Zaisser: Zur Kenntnisnahme an die unten aufgeführten wissenschaftlichen Mitarbeiter. 9.5.1950.) und *Ausbildung von Kindergärtnerinnen in Abteilung I* (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Abteilung Lehrerbildung. Arbeitsbericht über das 3. Quartal 1950. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 203. Dorst, Abteilung Lehrerbildung: An alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und Sachbearbeiter. 21.9.1950. Der im ersten Dokument hinzugekommene Mitarbeiter findet sich im zweiten Dokument in einer Reihe von Namen, die zur Kenntnisnahme unterzeichnen sollten. Dabei handelt es sich ausschließlich um bereits als wissenschaftliche Mitarbeiter identifizierte Personen, weshalb der Schluss nahe liegt, dass es sich bei dem betreffenden neuen Mitglied des DPZI ebenfalls um einen wissenschaftlichen Mitarbeiter handelt.).

²⁰⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 30.6.1950. und Vgl. Ebenda. – Personalstatistik vom 30.9.1950.

²¹⁰ Anm.: Die wissenschaftlichen Sachbearbeiter sind hier sehr wahrscheinlich mit eingerechnet. Die Personalstatistik vom Juni ist nach „Büroangestellten“, „Gewerblichen Angestellten“ sowie den einzelnen Gehaltsgruppen des Verwaltungstarifs gegliedert. Aus dem Vergleich der beiden Statistiken vom Juni und vom September lässt sich schließen, dass in der Gruppe „Ia“ und „Ib-II“ die wissenschaftlichen Mitarbeiter, in der Gruppe „E II-E IV“ die Direktorin und in der Gruppe „E V-E X“ die beiden Abteilungsleiter erfasst worden sind.

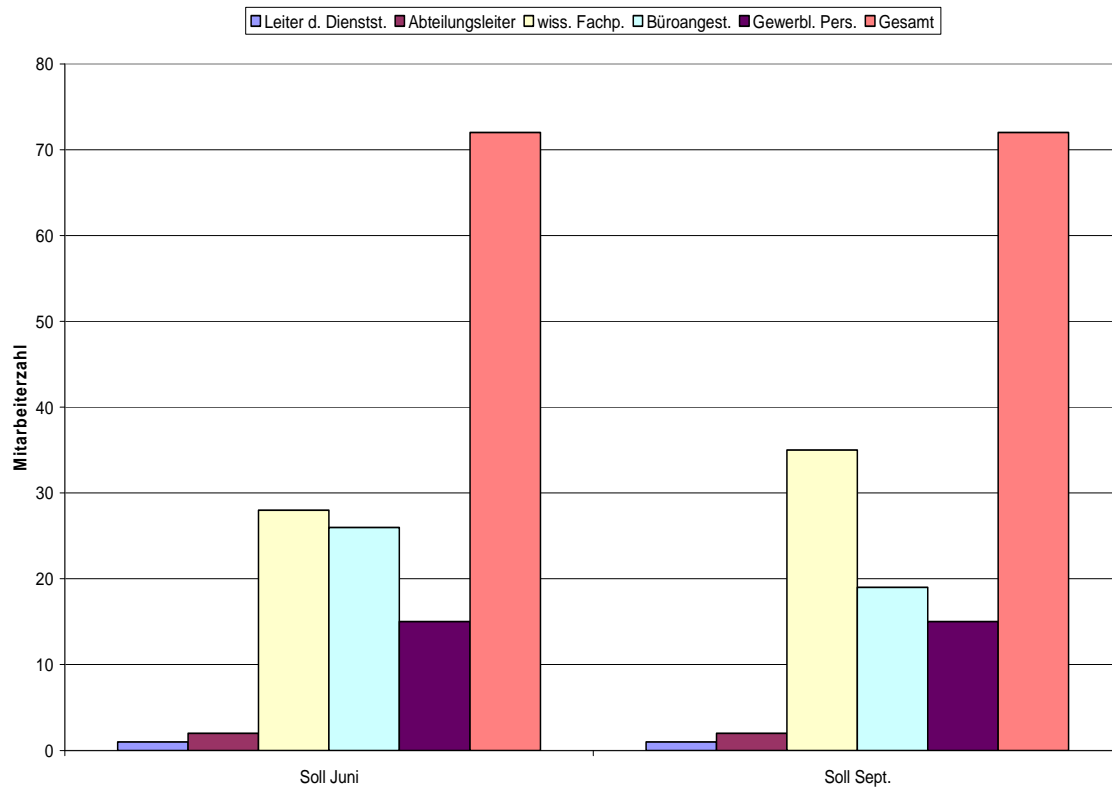


Abbildung 1: Angestrebter Personalbestand im DPZI von Juni und September 1950

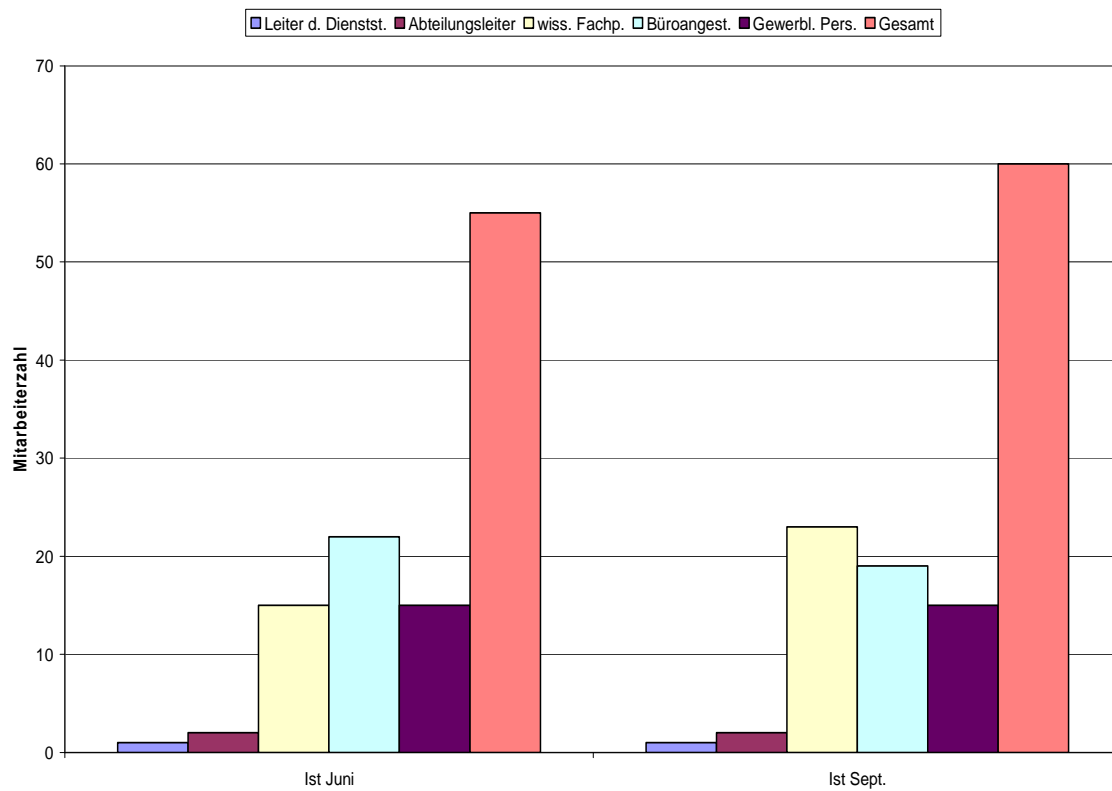


Abbildung 2: Tatsächliche personelle Besetzung im DPZI von Juni und September 1950

Auffallend ist Mitte 1950 der hohe Frauenanteil, vor allem im wissenschaftlichen Bereich, der in den folgenden Jahren rapide sank²¹¹.

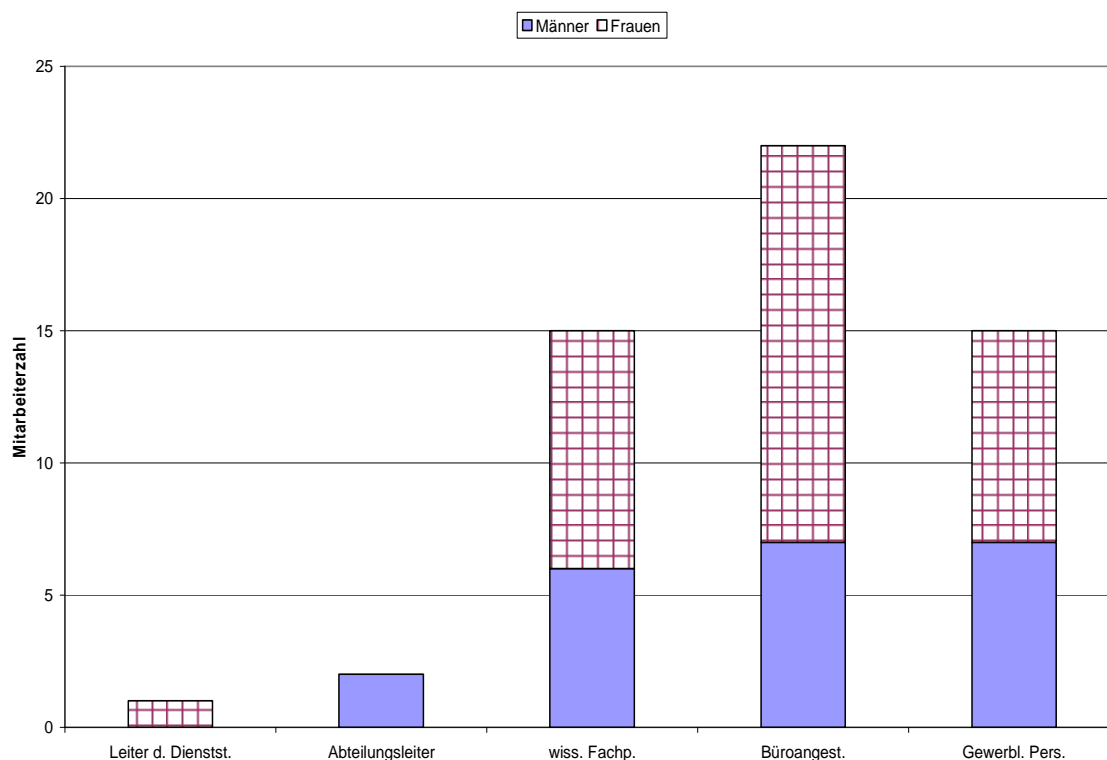


Abbildung 3: Anteil der im DPZI beschäftigten Frauen, 1950

In der Ausbildung standen die Frauen ihren männlichen Kollegen nicht wesentlich nach.²¹²

²¹¹ Anm.: Im Bereich wissenschaftliches Fachpersonal lag der Frauenanteil im Juni 1950 (Grafik) bei 60 Prozent, ebenso im gesamten DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 30.6.1950.) Ende 1950 fiel er bereits auf 50 Prozent und schon im Folgejahr sank der Frauenanteil auf 20 Prozent ab. (Vgl. Ebenda. – Personalbewegung im Jahre 1951. Hier ist der Kaderstand vom 31.12.1950 vermerkt. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht über die Arbeit der Personalabteilung des DPZI im II. Quartal 1951. 2.7.1951.) 1953 lag er bei nur noch 16 Prozent. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. [März 1953].)

²¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 30.9.1950.

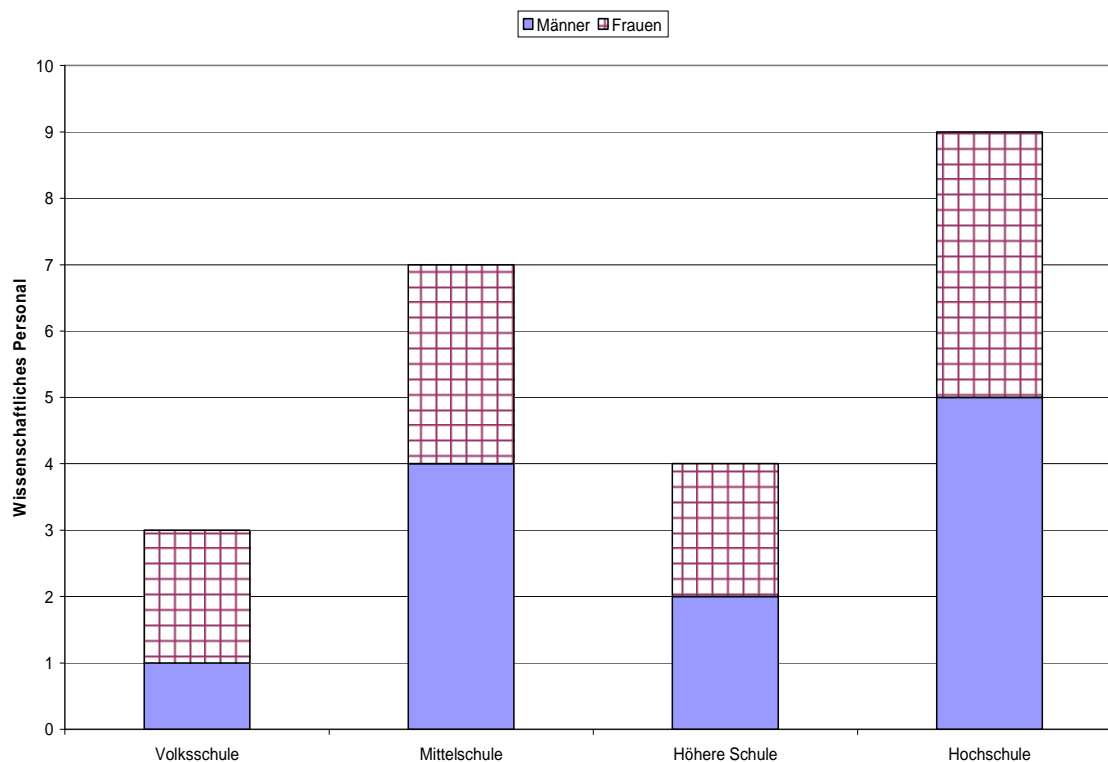


Abbildung 4: Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen im DPZI, 1950

Insgesamt verfügten im September 1950 ca. 39 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter über den Hochschulabschluss, ebenso wie einer der Abteilungsleiter.²¹³ Die Direktorin und der zweite Abteilungsleiter konnten den Abschluss einer höheren Schule vorweisen.

Die Mehrheit des wissenschaftlichen Fachpersonals, das waren 16 Personen, gehörte der SED an, ein Mitarbeiter der CDU, zwei der LDP und vier waren parteilos; zwei Wissenschaftler zählten zu ehemaligen NSDAP-Mitgliedern.²¹⁴

Trotz der personalpolitischen Kompromisse blieben im September 1950 zwölf der 35 vorgesehenen Stellen im wissenschaftlichen Bereich unbesetzt.²¹⁵

In dem Bemühen, das Arbeitspensum eines zentralen pädagogischen Instituts mit 18 bis 23 Wissenschaftlern zu erfüllen, wurden im Rückgriff auf die bereits im Arbeitsplan für 1950 verankerte Zusammenarbeit unter anderem mit den „demokratischen Organisationen“ und „namhaften Fachwissenschaftlern“²¹⁶ externe Einrichtungen hinzugezogen.

²¹³ Vgl. Ebenda.

²¹⁴ Vgl. Ebenda.

²¹⁵ Vgl. Ebenda.

²¹⁶ Anm.: „Die Arbeit auf diesen drei Gebieten ist in ständiger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher, der FDJ, dem Verband der Jungen Pioniere, dem DFD und den übrigen demokratischen Organisationen (Freunde der neuen Schule) – den Universitäten, insbesondere den Pädagogischen Fakultäten, der Akademie der Wissenschaften und namhaften Fachwissenschaftlern sowie mit den ‚Verdienten Lehrern des Volkes‘ und den aktiven Lehrern zu verwirklichen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.) Dieser Aspekt bestand in ähnlicher Form bereits in den ursprünglichen Plänen zum DPZI von 1948. (Vgl.: „Das Zentralinstitut soll in engster Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen sowie mit den demokratischen Organisationen, vor allem mit der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher, alle Fragen der Pädagogik als umfassendes

An den Lehrplänen für Körpererziehung arbeiteten im Rahmen einer vom Institut gebildeten Kommission beispielsweise Vertreter der Abteilung Wissenschaft des Deutschen Sportausschusses und des „Amtes für Jugendfragen beim stellvertretenden Ministerpräsidenten“ W. Ulbricht mit; und das in einem Maße, dass, wie W. Dorst meinte, diese Lehrpläne „am wenigsten das Produkt des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts selbst“ gewesen seien.²¹⁷ Auch im Fall des Musiklehrplans griff das DPZI auf die Hilfe durch eine von institutsfremden Fachwissenschaftlern geleitete Kommission zurück.²¹⁸ Allerdings konnte hier nicht das gewünschte Ergebnis erzielt werden. Der Lehrplan wurde „nach vielen Diskussionen als unzulänglich“ abgesetzt. Der Termin des Entwurfs für die 1.-4. Klasse, den eine neu gegründete Kommission realisieren sollte, wurde auf den 30.4.1951 verschoben, für die Klassen 5 bis 8 auf den 31.5.1951.

Die Zusammenarbeit in den Kommissionen erwies sich für das DPZI überdies als Gelegenheit, geeignete neue Mitarbeiter anzuwerben.²¹⁹ Außerdem rekrutierte das Zentralinstitut Wissenschaftler aus seinen Zweigstellen.²²⁰ Die Länderfilialen standen zudem ohnehin besonders in der Pflicht, das zentrale Institut bei der Arbeit zu unterstützen.²²¹

Arbeitskollektiv bearbeiten.“, BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Vorlage für die Sitzung der Abteilungsleiter der Länder am 22.9.1948. 10.9.1948.)

²¹⁷ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Ministerium für Volksbildung, Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 17.4.1951.

²¹⁸ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Ministerium für Volksbildung, Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 17.4.1951.

²¹⁹ Anm.: In diesem Fall sollte ein Mitglied der Kommission Körpererziehung als Oberreferent für Körpererziehung herangezogen werden. Der Betreffende bat jedoch um Bedenkzeit. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 73. Theoretisch-methodische Abteilung: Aktennotiz. 24.3.1950.) Aus den Stellenplanüberwachungslisten von 1951 geht hervor, dass er, zumindest in der zentralen Stelle des DPZI, nicht eingestellt worden ist. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.)

Eines der Mitglieder der Musikkommission, Dozent einer Musikhochschule, wurde bereits im April 1950 als freier Mitarbeiter an das Institut gebunden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 186. Theoretisch-methodische Abteilung. Aktennotiz. 24.4.1950.)

²²⁰ Anm.: Bewährte Wissenschaftler wurden z.B. aus den Zweigstellen Halle und Dresden übernommen. Exemplarisch kann genannt werden: aus Halle ab 1.12.1951 der Biologiereferent O. K., der vom 1.10.1950 bis 30.11.1951 in der Zweigstelle tätig war. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) Außerdem wechselte Gertrud Klauß, seit 1.9.1949 in Halle als Hauptreferentin für Deutsch angestellt (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des DPZI an das Ministerium für Volksbildung: Betreff Abschluss von Einzelverträgen.), und übernahm ab 1.4.1952 die Leitung der Abteilung Fernstudium des DPZI (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.). Aus Dresden: Friedrich-Theodor Scholze, von 1949-1951 in der Zweigstelle Dresden als Dozent, wechselte zum 1.7.1951 ans DPZI (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.).

²²¹ Anm.: „Die schulpolitische, fachliche und theoretische Leitung und Führung der Zweigstellen obliegt dem Direktor des DPZI. Die Zweigstellen führen ihre Arbeit nach den Richtlinien, Arbeitsplänen und Lehrplänen des DPZI durch.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Entwurf Verordnung über Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen. [Am 2.12.1949 vom Minister für Volksbildung an das Ministerium für Finanzen/Hauptabteilung Haushalt übermittelt und am 19.12.1949 mit Einverständniserklärung des Finanzministeriums an den Volksbildungsminister zurückgesandt. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195 – Schreiben des Ministeriums für Finanzen/Hauptabteilung Haushalt an den Minister für Volksbildung, 19.12.1949.]

Sechs Zweigstellen gehörten zur zentralen Einrichtung des DPZI in Berlin.²²² Fünf davon verteilten sich auf die Länder: Mecklenburg/Schwerin, Brandenburg/Potsdam, Sachsen-Anhalt/Halle, Thüringen/Weimar und Sachsen/Dresden.

Eine Sonderstellung kam der Zweigstelle Berlin²²³ zu, welche trotz bestehender Skepsis²²⁴ neben der zentralen Stelle in der Hauptstadt eingerichtet worden war. Die entsprechenden Mitarbeiter waren durch ihre räumliche Nähe direkter in das Geschehen am DPZI eingebunden und nahmen auch an Besprechungen der Zentrale teil.²²⁵ Der enge Kontakt, der sich sogar auf eine gemeinsame Betriebsgruppe der SED, der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und der

²²² Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Gesamtüberblick Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut und seine Zweigstellen. Organisationsschema. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.) und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951. Hier: „Der Direktor des Instituts, ..., ist ... gezwungen, den gesamten Verkehrsverkehr des Instituts und der *sechs* Zweigstellen allein mit einer Sekretärin zu führen.“ (Hervorhebung N.Z.), siehe auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 369. Sekretariat des DPZI an die Zweigstelle Mecklenburg, Zweigstelle Brandenburg, Zweigstelle Sachsen, Zweigstelle Sachsen-Anhalt, Zweigstelle Thüringen, *Zweigstelle Berlin*: Betreff Arbeitsplan für das zweite Quartal 1951. 22.3.1951. (Hervorhebung N.Z.)

²²³ Anm.: Vor dem Auszug der Zweigstelle Berlin aus dem Gebäude des DPZI im September 1951 wird das Zweigstelleninstitut durchweg als „Zweigstelle (Berlin)“ bzw. „Institut Berlin“ benannt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.) Nach dem Umzug findet sich die Bezeichnung „Pädagogisches Institut Großberlin“, das aber in seiner Dienstpflicht den gleichen Rang einnahm wie die Zweigstellen. So wurde beanstandet, dass einige wissenschaftliche Mitarbeiter des Pädagogischen Instituts Großberlin zu der Auffassung neigen würden, „dass dem Pädagogischen Institut Großberlin im Vergleich zu den Zweigstellen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts auf Grund der `besonderen Berliner Verhältnisse` eine Sonderstellung eingeräumt werden müsse“. Außerdem fand die „individuelle Anleitung“ durch den Leiter des Instituts, Leo Regener (derselbe, der vorher das Institut als Zweigstelle leitete), Kritik. Diese Arbeitsweise entspräche nicht „den Forderungen des Beschlusses ...“, der am 11.10.1951 in Berlin auf der Tagung der verantwortlichen Mitarbeiter des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen gefasst wurde“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Bericht über die Durchführung der Überprüfung des Pädagogischen Instituts Großberlin [Teil I]. 15.12.1951.) Das heißt, das Pädagogische Institut Großberlin hatte sich an dieselben Bestimmungen zu halten, die für das DPZI und seine Zweigstellen galten, auch wenn es nicht mehr offiziell zu den Zweigstellen zählte. Letzteres zeigt sich daran, dass, nach dem Auszug des Instituts aus dem Gebäude des zentralen DPZI, im Schriftwechsel nur noch fünf Zweigstellen genannt werden (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief des Verwaltungsleiters an das Ministerium für Volksbildung/Abteilung Haushalt. 17.11.1951.).

²²⁴ Anm.: In dem „5. Entwurf eines Gesamtüberblicks der Organisationsstruktur“ ist vom Rezipienten neben der Aufzählung der Zweigstellen handschriftlich „6 ?“ vermerkt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Zu Sch 5450/49 II. [Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.]

²²⁵ Anm.: Mitarbeiter der Zweigstelle Berlin nahmen, als einzige Zweigstellenmitglieder, z.B. an den Sitzungen der theoretisch-methodischen Abteilung des DPZI am 19.6. und 26.6.1950 teil. Im Protokoll werden sie mit dem Zusatz „(Berlin)“ aufgeführt, während alle anderen Teilnehmer der Besprechung den Zusatz „(DPZI)“ erhielten. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 151. Theoretisch-methodische Abteilung. Protokoll-Notiz. 26.6.1950 und Vgl. Ebenda. – Bl. 153-155. Theoretisch-methodische Abteilung. Protokoll-Notiz. 19.6.1950.)

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erstreckte, gründete sich darauf, dass sich die Zweigstelle Berlin bis September 1951 im gleichen Gebäude befand wie die Zentrale.²²⁶ Dennoch wurden die institutionellen Zuständigkeiten getrennt. In diesem Sinne erhielt die Zweigstelle Berlin unter anderem einen eigenen Leiter sowie einen gesonderten Arbeitsplan. Ebenso erfuhr der wissenschaftliche Nachwuchs eine von der Zentrale gesonderte Behandlung.²²⁷

Innerhalb der Zentrale hatten sich alle Referate dem Primat der Lehrerbildung zu beugen. Ganz selbstverständlich bezog beispielsweise die Abteilung Lehrerbildung Referenten der theoretisch-methodischen Abteilung in ihre Arbeitspläne ein.²²⁸ Besonders bei den Funksendereien und den Zentralfachkursen für Lehrerbildung war die Fachkompetenz der Abteilung II in den einzelnen Disziplinen gefragt. Überdies wurden wiederum Kommissionen eingesetzt, um die Arbeitsplanerfüllung zu gewährleisten. Dabei leisteten externe Mitwirkende gemeinsam mit DPZI-Mitgliedern der beiden Abteilungen ihren Beitrag zur Lehrerbildung.²²⁹

Obwohl das Ministerium die Arbeit des Instituts durch die sehr kurzfristigen Änderungen der Studentafel für die Grundschule zusätzlich erschwerte, konnten auf der Basis solcher kooperativer Arbeitsweisen und vor allem mit Hilfe der Kommissionen die geforderten Lehrplanarbeiten erledigt werden²³⁰. Hinsichtlich des heimatkundlichen Unterrichts machten sich

²²⁶ Anm.: Eine „Betriebsgruppe der SED, eine Betriebsgruppe der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und eine Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ... bestehen selbständig erst seit dem Umzug aus dem Gebäude des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in das neue Dienstgebäude Mauerstraße (September 1951).“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Bericht über die Durchführung der Überprüfung des Pädagogischen Instituts Großberlin (Teil I). 15.12.1951.)

²²⁷ Anm.: Herr St. ist „Angestellter der Zweigstelle Berlin des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und wird seinen Arbeitsplan mit dem Direktor der Zweigstelle, Herrn Regener, vereinbaren.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 123-125. Arbeitsplan für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. 26.7.1950. Bl. 125.)

²²⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Abteilung Lehrerbildung. Arbeitsplan für das 3. Quartal 1950. 30.6.1950. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Lehrerbildung/Referat Schul- und Lehrerfunk. Arbeitsplan für das 2. Quartal 1950. Siehe auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 1-4. Abteilung Lehrerbildung. Protokoll der Besprechung mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern beider Abteilungen am 5.8.1950. Im Beschluss werden die Referenten verpflichtet, „bis zum 15.9. einen Plan der Gesamtkonzeption der Ausbildung in dem betreffenden Fach für das 1. bis 6. Semester der neuen 3-jährigen Lehrerbildung“ abzugeben. (Vgl. Ebenda. und Vgl. Ebenda. – Bl. 52/53. Entwurf der 2. Konferenz von 40 Schulräten im DPZI in Berlin. 6.2.1950. Im Verhältnis zur Abteilung Lehrerbildung wirkten an dieser Konferenz doppelt so viele Mitarbeiter der theoretisch-methodischen Abteilung mit. Diese Konferenz fiel in den Arbeitsbereich des Leiters der Abteilung I [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 413. Aufgaben laut Arbeitsplan des Ministeriums.]) Den Zentralfachkurs für Biologie plante die Hauptreferentin für Naturwissenschaften der theoretisch-methodischen Abteilung. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 180. Möller-Krumboltz an Frau Direktor Professor Zaisser: Betrifft Nichtteilnahme an den wichtigen politischen Veranstaltungen des Hauses. 26.4.1950.)

²²⁹ Anm.: Externe Mitarbeiter zur Vorbereitung des Programms eines 10-14-tägigen Zentralfachkurses für Musikpädagogen: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 186. Theoretisch-methodische Abteilung. Aktennotiz. 24.4.1950. Sowohl DPZI-Mitglieder als auch externe Mitarbeiter: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Abteilung Lehrerbildung. Arbeitsplan für das 3. Quartal 1950. 30.6.1950. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Lehrerbildung/Referat Schul- und Lehrerfunk. Arbeitsplan für das 2. Quartal 1950.

²³⁰ Anm.: Unter dem Punkt „Verbesserung der Unterrichtsarbeit“, fordert der Arbeitsplan für 1950 die „Aufstellung neuer überarbeiteter Lehrpläne für die Grundschulen“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950.)

infolge der ministeriellen Maßnahmen jedoch tiefgreifendere, qualitative Veränderungen erforderlich, weil diese die „Didaktik und Methodik der Unterstufe“ nachhaltig beeinflusst hätten.²³¹ Eine quantitative Aufteilung der Aufgaben hätte in diesem Fall keine ausreichende Lösung geboten.

2.2.2 Der Ausbau des Instituts 1951 bis 1953

2.2.2.1 Weichenstellung

Die ersten Überlegungen zu strukturellen Veränderungen gab es bereits im Sommer 1950, ein Dreivierteljahr nach Gründung des Instituts. Ausschlaggebend war unter anderem der Umstand, dass die Aufgabenkoordinierung zwischen den beiden Abteilungen nicht optimal verlief.²³²

Laut Sothmann sollte die Umgestaltung der theoretisch-methodischen Abteilung mit einer Gesamtstrukturänderung des DPZI einhergehen. Vor allem würde die Abteilung Lehrerbildung dringend eigene Referenten für Pädagogik (Theorie und Geschichte) und Psychologie, sowie für die Unterrichtsfächer Geschichte/Gegenwartskunde/Erdkunde, Deutsch, Russisch und Naturwissenschaften/Mathematik benötigen, um in diesen Bereichen nicht mehr die Referenten der Abteilung II in Anspruch nehmen zu müssen.

Auch Dorst beklagte den Zustand, dass die Abteilung Lehrerbildung ihre Arbeit nur mit Hilfe der theoretisch-methodischen Abteilung erledigen konnte und verlangte eigene Fachreferenten für Deutsch, Geschichte, Russisch und Naturwissenschaften.²³³ Mehr als die Hälfte der Arbeitszeit von Mitarbeitern der Abteilung II sei in die inhaltliche „Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Zentral- und Landesfachkurse“ geflossen. Dies habe dazu geführt, dass die Abteilung II eigene Aufgaben, wie z.B. die „Ausarbeitung der Lehrpläne, Hilfe bei der Bearbeitung der Lehrbücher“, Festlegung von „Thematik und Beurteilungsmaßstäbe(n) für die Abschlussprüfung in den 8. Klassen“, „Besuch der Abschlussprüfungen an Grund- und Oberschulen“ sowie „Auswertung der Abschlussprüfungen“, nicht systematisch und zu den gestellten Terminen bewältigen konnte.

Besonders negativ wirkte sich das auf die Erarbeitung der Lehrpläne aus, die schon nicht mehr der „gegenwärtigen Situation in den Schulen“ entsprechen würden bzw. als inhaltlich

8.2.1950. Bl. 2.) 1951 legt das DPZI dem Ministerium für Volksbildung „die Lehrpläne für die Grundschule zur Bestätigung vor“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Ministerium für Volksbildung, Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 17.4.1951.)

²³¹ Anm.: „Die im Ministerium neu ausgearbeitete Studententafel für die Grundschule und die Erläuterungen dazu haben bezüglich des heimatkundlichen Unterrichts in der Unterstufe einige recht wesentliche Änderungen ergeben, die sich auf Didaktik und Methodik der Unterstufe deutlich und umfassend auswirken. Um eine einheitliche und übereinstimmende Auffassung sämtlicher Referenten des Instituts, ..., herbeizuführen, wird es notwendig sein, eine Sitzung ... einzuberufen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 100. Schreiben an die Leitung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts: Betrifft Einberufung einer Sitzung zur Beratung grundsätzlicher Fragen auf dem Gebiete des Heimatkundlichen Anschauungsunterrichts. 23.10.1950.)

²³² Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. (Anm.: Der erste Entwurf hierzu entstand am 3.7.1950. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 26-30. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. Entwurf. 3.7.1950.)

²³³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 31-33. Abteilung Lehrerbildung an den Direktor Frau Professor Zaisser: Betreff Änderung der Struktur und des Stellenplans der Abteilung I des DPZI. 19.6.1950.

überfrachtet galten.²³⁴ Aufgrund der Arbeitsüberlastung der Abteilung II sei das „Studium der praktischen Tätigkeit der Lehrer“ vernachlässigt worden und auch zukünftig stark gefährdet.²³⁵ Aber auch in der Lehrerbildungsarbeit gab es Anlass zur Kritik. Hier bemängelte Dorst „ideologische“, aber auch „wissenschaftlich-fachliche Flachheiten einiger Vorträge und Seminare, ungenügende vorbereitende Arbeit mit den Lektoren, schwache politische und erzieherische Arbeit mit den Kursus- und Konferenzteilnehmern“.²³⁶

Die anhaltende Arbeitsüberlastung der DPZI-Mitarbeiter, vor allem in der theoretisch-methodischen Abteilung, ergab sich größtenteils aus der kurzfristigen Erteilung neuer Aufträge nicht nur an die einzelnen Mitarbeiter,²³⁷ sondern auch an das Institut als Ganzes.

So band die Pionier- bzw. Pionierleiterarbeit, die weder im ursprünglichen Stellenplan noch im Strukturplan explizit vorgesehen war²³⁸, weitere Kapazitäten. In den Schulpolitischen Richtlinien zum IV. Pädagogischen Kongress eingefordert²³⁹ und der Arbeitsbesprechung des DPZI²⁴⁰ im Oktober wieder aufgegriffen, bahnte sie sich ihren Weg in den Arbeitsplan für 1950²⁴¹.

²³⁴ Anm.: „Die wichtigste Aufgabe des Jahres, nämlich die Ausarbeitung von Lehrplänen für die Grund-, Zehnjahr- und Oberschulen, wurde erfüllt.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 139-142. Methodische Abteilung. Bericht über die Erfüllung der Aufgaben nach dem Arbeitsplan im Jahre 1951. 20.12.1951. Bl. 139.) Die Ausarbeitung für die Lehrpläne der Grundschulen begann 1950 (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950. Bl. 2.) und wurde bis April 1951 fortgesetzt (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Ministerium für Volksbildung, Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 17.4.1951.).

²³⁵ Anm.: „Bei der augenblicklichen Zusammensetzung und Belastung der Abteilung II besteht die allerernsteste Gefahr, dass das Studium der praktischen Tätigkeit der Lehrer und die Auswertung ihrer Erfahrungen *wiederum* zu kurz kommen wird.“ (Hervorhebung N.Z.) (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 139-142. Methodische Abteilung. Bericht über die Erfüllung der Aufgaben nach dem Arbeitsplan im Jahre 1951. 20.12.1951. Bl. 139.)

²³⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 31-33. Abteilung Lehrerbildung an den Direktor Frau Professor Zaisser: Betreff Änderung der Struktur und des Stellenplans der Abteilung I des DPZI. 19.6.1950.

²³⁷ Anm.: Exemplarisch sei der Wochenplan der Hauptreferentin für Naturwissenschaften angeführt, der mit kurzfristigen Aufträgen „ergänzt“ worden ist: „Der Auftrag, den Herr Sothmann mir gestern Mittag erteilte, bis spätestens Sonnabend, den 29. April, 40 Aufgaben für die mündliche Biologieprüfung, 40 Aufgaben für die mündliche Mathematik-Prüfung und 24 Aufgaben für die schriftliche Mathematikprüfung der 8. Klassen abzugeben (ursprünglich war ein späterer Termin vorgesehen), bedeutet neben den anderen Terminarbeiten dieser Woche: Fertigstellung eines Plans für den Zentralfachkursus für Biologie, Bericht über die Erfüllung des Arbeitsplanes, Weiterführung der Lehrplanarbeit über Wesen und Ziele der Fächer Mathematik, Chemie, Physik, Biologie etc. , eine so starke Überlastung, dass ich nur bei Ausnutzung jeder Minute versuchen kann, diese Anforderung zu erfüllen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 180. Möller-Krumbholtz an Frau Direktor Professor Zaisser: Betrifft Nichtteilnahme an den wichtigen politischen Veranstaltungen des Hauses. 26.4.1950.)

²³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. und Vgl. Ebenda. – Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Minimalplan. Stellenplan für 1949. II. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.)

²³⁹ Anm.: „V. Wesen und Aufgaben der demokratischen Volksbildungsorgane und der demokratischen Organisationen beim Aufbau des demokratischen Schulwesens ... Von besonderer Bedeutung ist dabei die Arbeit der FDJ und des Verbandes der Jungen Pioniere, ... Gerade ihre Mitarbeit zu fördern und ihre Entwicklung zu unterstützen ist Pflicht eines jeden fortschrittlichen Lehrers.“ (Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule. Der 4. Pädagogische Kongress vom 23. bis 25. August 1949. Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung der Deutschen

Die Bedeutung der Pionierorganisation wuchs parallel zu dem schulpolitischen Bemühen, im Interesse akuter volkswirtschaftlicher Zielstellungen, die Leistungssteigerung im Unterricht voranzutreiben.²⁴² Dazu wurden nicht nur im Februar 1950 die Anforderungen in den Reifeprüfungsbestimmungen für die Oberschulen erhöht und im Mai die Abschlussprüfungen an Grundschulen neu geregelt²⁴³, sondern auch die Pionierorganisation erhöhte den Leistungsdruck, indem sie zusätzlich „an einer zunehmenden Anzahl von Schulen“ einen „innerschulischen Wettbewerb“ initiierte.²⁴⁴ Die Kontrolle darüber übertrug das Ministerium für Volksbildung der Direktorin des DPZI, welche die Wettbewerbsergebnisse „für die Leistungssteigerung in der Schule“, speziell für die Abschlussprüfung, auszuwerten hatte.²⁴⁵

In den Jahren 1950 bis 1952 stabilisierten die Pionierorganisation und die FDJ ihre Position an den Schulen.²⁴⁶ Dazu trug auch das 1. Jugendgesetz der DDR bei, das die Kommunen dazu verpflichtete, dem Jugendverband in den Schulen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.²⁴⁷

Die Aufnahme der Pionierleiterausbildung in das Programm des DPZI war dem Umstand geschuldet, dass seit 1950 an größeren Grundschulen hauptamtliche Pionierleiter arbeiteten.²⁴⁸

Neben der noch relativ zu Anfang in das institutionelle Aufgabenfeld integrierten Pionierarbeit, griffen zudem immer wieder neue Aufträge in den laufenden Betrieb ein.

Annähernd zeitgleich zum III. Parteitag der SED (20.-24.7.1950), auf dem die SED den Fünfjahrplan verkündete,²⁴⁹ erging die Verordnung über die Unterrichtsstunde (4.7.1950)²⁵⁰.

Demokratischen Republik. Berlin/Leipzig. Volk und Wissen Verlag: 1949. S. 126-131 [gekürzt]. In: Quellen zur Geschichte der Erziehung. Ausgewählt von Karl-Heinz Günther, Franz Hofmann, Gerd Hohendorf, Helmut König, Heinz Schuffenhauer. 7. Auflage. Berlin. Volk und Wissen: 1975. S. 498.)

²⁴⁰ Anm.: Der Vertreter des Hauses der Kinder und der Gesellschaft zur Förderung der deutsch-sowjetischen Freundschaft forderte hier, dass „die Dozenten zur Ausbildung der Pionierleiter in einem besonderen Zentralfachkursus geschult werden“ und „der besseren Auswertung der Arbeit der Jungen Pioniere in den Schulen Beachtung zu schenken ist“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 423-425. Beschlussprotokoll der ersten Arbeitsbesprechung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 10./11.10.1949. Bl. 423.)

²⁴¹ Anm.: Die Pionierarbeit fand im Rahmen der Arbeit zur Theorie der Pädagogik, der Tatsachenforschung und Pionierleiterausbildung sowohl in den Arbeitsplan von Siebert (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 414-417. Siebert: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen für das Jahr 1950. 21.11.1949.) als auch im Rahmen der Forschungsarbeit und ebenfalls Pionierleiterausbildung in den Arbeitsplan vom 8.2.1950 Eingang, der unter dem Direktorat von Frau Zaisser entstand (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.).

²⁴² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 280.

²⁴³ Verordnung zur Durchführung von Abschlussprüfungen in den Grundschulen der deutschen Demokratischen Republik. 5.5.1950. In: „die neue schule“, 5(1950)13. und Verordnung über die Abschlussprüfung an Oberschulen (Reifeprüfungsordnung). 27.2.1950. In: „die neue schule“. 5(1950)8. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 281. „Die Prüfung war nicht bestanden bei unzureichenden Leistungen im Fach Deutsch oder bei den Noten 5 oder 4`in zwei wissenschaftlichen fächern´.“ (Vgl. Ebenda. S. 281. Anmerkung 1251, Geißler)

²⁴⁴ Vgl. Ebenda. S. 281/282.

²⁴⁵ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 413. Aufgaben laut Arbeitsplan des Ministeriums.

²⁴⁶ Vgl. Krüger, Heinz-Hermann: „Wie Ernst Thälmann treu und kühn ...“. Zur Politisierung des Studien- und Forschungsalltags in der DDR am Beispiel der Pionierleiterausbildung. In: Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität. Hrsg. von Heinz-Hermann Krüger und Winfried Marotzki. Opladen. Leske und Budrich: 1994. S. 275-294. S. 277. Krüger bezieht sich auf: Reck, J.: FDJ und Schule. In: Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V.: Jahresbericht 1992. S. 65-76. S. 74.

²⁴⁷ Vgl. 1. Jugendgesetz vom 8.2.1950. S. 27. In: Krüger: Vgl. Ebenda.

²⁴⁸ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 348. (Anmerkung 1546, Geißler)

Diese Verfügung lag als Entwurf bereits im September 1949 vor,²⁵¹ wurde von der SMAD in einer Denkschrift erneut gefordert²⁵² und 1950 in den Arbeitsplan des DPZI aufgenommen²⁵³. Bei der Arbeit an der Verordnung²⁵⁴ stützte sich das Institut auf den Entwurf der „Didaktischen Grundsätze“,²⁵⁵ an denen das DPZI eigenen Angaben nach seit Beginn des Jahres 1950 mitwirkte²⁵⁶.

Durch die Verordnung sollte die „Gefahr des Praktizismus in der Lehrplanarbeit“ abgewendet werden.²⁵⁷ In diesem Sinne diente sie als Maßnahme gegen das akute Sitzenbleiberproblem, das in der Hauptsache der „Bildungs- und Erziehungsarbeit der Lehrer“ zugeschrieben wurde, die

²⁴⁹ Anm.: Im Rahmen des Fünfjahrplans sollte die industrielle Produktion im Vergleich zum Jahr 1936 verdoppelt, im „Verhältnis zum Stand des Jahres 1950 ein Ausmaß von 190 Prozent“ erreicht werden. (Beschluss des Dritten Parteitages der SED [vom 20. bis 24. Juli 1950]. Dokumente der SED. Bd. 3. Berlin [O]. 1952. S. 132f. Zitiert nach: Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. S. 503.)

²⁵⁰ Vgl. Verordnung über die Unterrichtsstunde als Grundform der Schularbeit, die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Unterrichtsstunde und die Kontrolle und Beurteilung der Kenntnisse der Schüler. Vom 4. Juli 1950. Vgl. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgewählt von G. Uhlig. Eingeleitet von K.-H. Günther. Berlin 1970. (Monumenta Paedagogica, Bd. IV) S. 365-367. Zitiert nach: (Anmerkung 5) Geißler, Gert: Dokumente. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 207-281. S. 269.

²⁵¹ Anm.: „Als `Anweisung über die Unterrichtsstunde als Einheit des Unterrichtsprozesses, über die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Unterrichtsstunde und über die Kontrolle der Leistungen der Schüler im Unterricht´ lag der Ministerkonferenz am 23.9.1949 ein erster Entwurf dieser Verordnung vor (BArchP-R-2 1950. – Bl. 342-351).“ Zitiert nach: Geißler: Dokumente. S. 269.

²⁵² Anm.: „2. Dem Ministerium für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik ist vorzuschlagen: ... Die Unterrichtsstunde mit ihren verschiedenen Methoden ist als die Grundform der Arbeit der Schule festzuschreiben.“ (Denkschrift der SMAD [1950]. BArchP. – R-2 1001. – Bl. 16-19. [pamjatnaja zapiska. – undat., ungez., russ; Übersetzung G.G.]. Zitiert nach: [Dokument Nr. 10.] Geißler: Dokumente. S. 269.)

„Das Schriftstück ist nicht datiert, entstand aber offensichtlich im Zusammenhang mit der Auflösung der SMAD und deren Volksbildungsabteilung nach dem Oktober 1949. Der Leiter dieser Abteilung, Mitropolski, verließ am 31. Juli 1950 die DDR, Bei seiner Abreise hatte Mitropolski erklärt, dass die Hauptaufgabe der Schulentwicklung in der DDR nach wie vor in der Weiterentwicklung der Grundschule bestehe. Vgl. `die neue schule´. – Berlin 5(1950)27, S. 18-19.“ (Anmerkung 1 zu Denkschrift der SMAD [1950]. Vgl. Ebenda. Zitiert nach: [Dokument Nr. 10.] Geißler: Dokumente. S. 267.)

²⁵³ Anm.: Unter anderem sollte die Anweisung über die Durchführung der Unterrichtsstunde im Rahmen der „Verbesserung der gesamten Unterrichtsarbeit“ konkretisiert, außerdem innerhalb der „Qualifizierung der Lehrer“ mittels Konferenzen durch die Schulräte und Schulleiter konkretisiert und realisiert werden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950. Bl. 2.)

²⁵⁴ Anm.: In diesem Dokument wird die Formulierung des Entwurfes „einer Verordnung `über die Unterrichtsstunde, ihre Vorbereitung ... (sic!)´“ als kurzfristiger Auftrag des Ministeriums von Mitte Juni beschrieben, obwohl diese Aufgabe im Arbeitsplan 1950 vorgesehen war (s.o.). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6428. – Bl. 54-74. Theoretisch-methodische Abteilung. Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. Bl. 61/62.)

²⁵⁵ Vgl. Ebenda. Mehr hierzu in 2.2.2.4.1.

²⁵⁶ Anm.: Ein Entwurf zu den „Didaktischen Grundsätzen“ des MfV wurde nach Bearbeitung durch eine Kommission übernommen, in der unter anderem der Abteilungsleiter der theoretisch-methodischen Abteilung des DPZI und Robert Alt saßen. Außerdem legte ein anderer Mitarbeiter des DPZI einen weiteren Entwurf vor. Zu beiden fand eine Beratung in Form der Konferenz vom 1.-3.2.1950 im Institut statt, an der beispielsweise Frau Prof. Zaisser, Herr Dorst, Prof. Alt, Hans Feuer und Sothmann teilnahmen. (Vgl. Ebenda.)

²⁵⁷ Vgl. Ebenda.

das „adäquate Abbild der Qualität und der äußeren Bedingungen der Lehrerarbeit“ sei.²⁵⁸ Die Verordnung verpflichtete die Lehrer einerseits auf eine didaktische Vorbereitung des Unterrichts sowie dessen Gliederung in einzelne Arbeitsschritte.²⁵⁹ Andererseits enthielt sie einige ideologische Passagen, welche auf die politische Gleichschaltung der Lehrerschaft abzielten, indem sie den Pädagogen vorzuschreiben versuchten, als „Lehrer des Volkes“ die Rolle eines „Staatsfunktionärs und eines Vertreters der marxistisch-leninistischen Ideologie und Wissenschaftsauffassung“ einnehmen zu müssen.²⁶⁰

Im Zusammenhang mit den in der Sowjetunion beobachteten didaktischen Diskussionen²⁶¹ erwuchs dem DPZI, speziell der theoretisch-methodischen Abteilung die neue Aufgabenstellung, auf der Grundlage der „Verordnung über Unterrichtsstunden“ eine „theoretisch-methodische Diskussion“ über die didaktischen Grundsätze und „über die wichtigsten methodischen Probleme des Unterrichts“ zu entwickeln²⁶². Dabei strebte das DPZI eine didaktische Diskussion an, die „nicht in Form offizieller Dokumente oder Verordnungen“, sondern „in Form von Beiträgen verschiedener Autoren zu den einzelnen Problemen der Didaktik“ erfolgen sollte.²⁶³

Auch die ebenfalls in der Denkschrift der SMAD erwünschte²⁶⁴ Neuplanung der Lehrerbildung²⁶⁵, durch die „sämtliche Dozenten, Assistenten, Seminarleiter und Nachwuchskräfte der Lehrerausbildung durch Kurse des Deutschen Pädagogischen

²⁵⁸ Vgl. Wolf, W.: Untersuchungen über das Zurückbleiben einzelner Schüler im Unterricht. Berlin. 1955. S. 18f. Zitiert nach: Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 92.

²⁵⁹ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 93f. Benner/Sladek beziehen sich auf: Verordnung über die Unterrichtsstunde. In: Pädagogik 5 (1950) 6, S. 27-32.

²⁶⁰ Vgl. Ebenda.

²⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6428. – Bl. 54-74. Theoretisch-methodische Abteilung. Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. Bl. 62.

²⁶² BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. Bl. 131.

²⁶³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6428. – Bl. 54-74. Theoretisch-methodische Abteilung. Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. Bl. 62.

²⁶⁴ Anm.: „Auf der Grundlage von Lehrerkursen sind ... zweijährige pädagogische Institute zur Ausbildung für Lehrer für die Klassen 1-4 zu organisieren.“ (Denkschrift der SMAD [1950]. BArchP. – R-2 1001. – Bl. 16-19. [pamjatnaja zapiska. – undat., ungez., russ.; Übersetzung G.G.]. In: [Dokument Nr. 10.] Geißler: Dokumente. S. 270.)

²⁶⁵ Anm.: Die Anweisung über die „Reorganisation der Ausbildung von Lehrern für die Klassen 1-4 der Grundschule im Jahre 1951“ (I) erließ das Ministerium für Volksbildung am 5.12.1950 (II). (I: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgew. von Gottfried Uhlig. Eingel. von Karl-Heinz Günther. Berlin 1970. S. 379-382. [Monumenta Paedagogica. Bd. IV; R.C.] Zitiert nach: [Anmerkung 8] Geißler: Dokumente. S. 270.; II: Vgl. SAPMO-BArch. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 335. Zitiert nach: [Anmerkung 8] Geißler: Dokumente. S. 270.).

„Im Vorgriff auf diese Verordnung waren die ersten Institute (für Lehrerbildung, N.Z.) schon zum 1.9.1950 eröffnet worden.“ (Geißler: Dokumente. S. 270. [Anmerkung 8.]) Das DPZI war für die Ausarbeitung der Lehrpläne für die Lehrerbildung zuständig. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 31-33. Abteilung Lehrerbildung an den Direktor Frau Professor Zaisser: Betreff Änderung der Struktur und des Stellenplans der Abteilung I des DPZI. 19.6.1950. Bl. 31.)

Zentralinstituts“ qualifiziert werden mussten²⁶⁶, stellte eine erhebliche zusätzliche Aufgabe des Instituts dar²⁶⁷.

Hinzu kam, dass das DPZI nur kurze Zeit nach der damit im Juni 1950 verbundenen Organisation von vierwöchigen „Vorbereitungs- und Qualifizierungskurse(n) für alle Dozenten der *neuen zweijährigen* Ausbildung“ und der „Ausarbeitung von Lehrplänen für die *zweijährige* Lehrerbildung“ schon im August/September 1950 „Lehrpläne für das 1. und 2. Semester der *neuen dreijährigen* Lehrerausbildung“ anzufertigen hatte.²⁶⁸ (Hervorhebungen N.Z.)

Solche Arbeitsbedingungen zogen nicht nur Forderungen hinsichtlich eines erweiterten Stellen- und Strukturplans nach sich, sondern auch nach Langfristigkeit und Systematik in der Arbeitsplanung²⁶⁹.

2.2.2.2 Personelle Turbulenzen

Der Zeitpunkt der geplanten Umstrukturierung und Stellenplanerweiterung fiel in eine Phase größerer personeller Umbrüche.

Die von Geißler beschriebene „Säuberung“ von Seiten der Parteiführung setzte Ende 1950 bereits für die Mitglieder und Kandidaten der SED ein, von denen etwa 500 000 aus der Partei entfernt wurden.²⁷⁰ Für „Westemigranten“ bedeutete dies unter Umständen sogar den Verlust zentraler Positionen, so z.B. für Siebert. Die Säuberungen fanden analog zu „Schauprozessen in anderen kommunistisch regierten Ländern“ statt.²⁷¹ Die besondere Verfolgung von „Westemigranten“ wurde in einer „Erklärung vom ZK und der Zentralen Parteikontrollkommission der SED“ begründet.²⁷² Demnach befürchtete die SED-Führung „politische Zersetzung, Sabotage und Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion“ und die angebliche „Verbindung des amerikanischen Nachrichtendienstes“ zu Parteimitgliedern.²⁷³

Die personellen Disziplinierungsaktionen reihten sich in die internationale Blockkonfrontation ein, die der „im Juni 1950 mit einer Invasion des Nordens begonnene Korea-Krieg“ dramatisch vorantrieb²⁷⁴. Die „reale Gefahr eines Dritten Weltkrieges“ beschleunigte die massiven Aufrüstungen auf Seiten der USA wie auch der UdSSR.

²⁶⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 30. Ministerium für Volksbildung an die Herren Volksbildungsminister der Länder, Weimar, Dresden, Schwerin, Potsdam, Halle. Qualifizierung von Dozenten in den Lehrerausbildungsinstituten. 13.9.1950.

²⁶⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 31-33. Abteilung Lehrerbildung an den Direktor Frau Professor Zaisser: Betreff Änderung der Struktur und des Stellenplans der Abteilung I des DPZI. 19.6.1950. Bl. 31.

²⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 1-4. Abteilung Lehrerbildung. Protokoll der Besprechung mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern beider Abteilungen am 5.8.1950. Bl. 1.

Siehe auch: „Die Ausbildungszeit (für Lehrer der Grundschulen an den Instituten für Lehrerbildung, N.Z.) umfasste zunächst zwei, später drei Jahre.“ (Geißler: Dokumente. S. 270. [Anmerkung 8.]

²⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. Bl. 131.

²⁷⁰ Hier und im Folgenden: Geißler: Das schulpolitische System. S. 99.

²⁷¹ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 34.

²⁷² Aus der Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission der SED zu den Verbindungen ehemaliger politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field, 24. August 1950. In: Dokumente der SED. Bd. III. Berlin [Ost] 1952. S. 197 u. 210ff. Abgedruckt in [Dokument Nr. 92.]: DDR. Dokumente. S. 177-179. S. 178.

²⁷³ Vgl. Ebenda.

²⁷⁴ Hier und im Folgenden: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 359.

Die SED-Führung rief in der DDR die „Verschärfung des Klassenkampfes“²⁷⁵ aus und das am 8.2.1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit²⁷⁶ erhielt 1951 den Auftrag, „Spionage und Sabotage“ sowie „politische Opposition im eigenen Land“ zu bekämpfen.²⁷⁷

Auf einer innerbetrieblichen Schulung am 28.6.1950 schlug die „gesamte Belegschaft“ des DPZI eine „Protest-Resolution gegen die amerikanische Aggression in Korea“ vor.²⁷⁸ Diejenigen, die sich nicht eindeutig im Sinne der Parteilinie positionierten, wurden gemäß der Vorgaben des III. Parteitages der SED ob ihrer „reaktionäre(n) Ausfälle ... scharf zurückgewiesen“²⁷⁹, d.h. versetzt bzw. entlassen.

So beantragte Dorst beim MfV die Versetzung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des DPZI, der mit der Begründung, dass „man ja noch nicht wissen könne, wie sich die ganze Sache verhalte“, gegen diese Resolution stimmte.²⁸⁰ Außerdem habe er auf den innerbetrieblichen Schulungen (z.B. die am 28.6. und 5.7.1950) „unter weniger bewussten Angehörigen des Instituts ideologische Verwirrung“ stiften wollen und verschiedene Kollegen bereits am 28.6. „zynisch diskreditiert“, die sich „für die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze zur Volksrepublik Polen besonders positiv äußerten“. Des Weiteren finde er wegen seiner „nicht genügenden speziellen Qualifikation kein ausreichendes Arbeitsfeld“ mehr im DPZI.²⁸¹

Dieses Schreiben ist allerdings im Zusammenhang mit einem „Vorschlag“ der Personalabteilung des MfV an E. Zaisser zu sehen.²⁸² Darin legte das Ministerium der Direktorin nahe, aufgrund des Verlaufs der Schulung am 5.7.1950, zwei anderen Mitgliedern des DPZI das Arbeitsverhältnis zum 31.7.1950 zu kündigen und zu diesem Vorfall eine Stellungnahme zu verfassen.

Offenbar hatte aber Dorst´s Darstellung der Ereignisse vom 28.6. und 5.7.1950, der anscheinend die „ideologische Verwirrung“ von den zur Entlassung „vorgeschlagenen“ DPZI-Mitarbeitern als Folge des Verhaltens eines einzelnen auszulegen versuchte, keinerlei Auswirkung mehr auf die vom Ministerium angeordnete Herauslösung der beiden betreffenden Mitarbeiter. Alle drei,

²⁷⁵ Aus der Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission der SED zu den Verbindungen ehemaliger politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field, 24. August 1950. In: Dokumente der SED. Bd. III. Berlin [Ost] 1952. S. 197 u. 210ff. Abgedruckt in [Dokument Nr. 92.]: DDR. Dokumente. S. 177-179. S. 178.

²⁷⁶ Anm.: Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde zum wesentlichen Instrument der SED und unterstand als eigenständiger Apparat dem Politbüro der SED. (Vgl. Weber, Hermann: DDR: Grundriss der Geschichte. Vollst. überarb. u. erg. Neuauflage. Hannover. Fackelträger-Verlag: 1991. S. 44.)

²⁷⁷ Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 359.

²⁷⁸ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. Brief Dorst an den Leiter der Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung der DDR. 4.8.1950.

²⁷⁹ Anm.: „An den Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik hat weder die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit unwissenschaftlichen Auffassungen reaktionärer Hochschullehrer, noch der unversöhnliche Kampf gegen reaktionäre Einflüsse, ... richtig begonnen. Selbst offen reaktionäre Ausfälle einzelner Professoren werden nicht scharf zurückgewiesen.“ Hier war lediglich auf die Universitäten Bezug genommen. Umso mehr galt dieser Aufruf für ein dem Ministerium für Volksbildung unterstehendes zentrales Institut. (Aus der Entschließung des III. Parteitages der SED [gegen den „Formalismus“ in der Kunst], 24.7.1950. In: Protokoll des III. Parteitages der SED. Berlin [Ost]. 1951. Bd. 2. S. 264. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 91] DDR. Dokumente. S. 176/177.)

²⁸⁰ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief Dorst an den Leiter der Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung der DDR. 4.8.1950.

²⁸¹ Anm.: Das von diesem Mitarbeiter besetzte Referat blieb im DPZI jedoch bis November 1951 verwaist. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.)

²⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung an das DPZI, z.Hd. Frau Prof. Zaisser. 11.7.1950.

sowohl der von Dorst für die Versetzung als auch die vom Ministerium zur Kündigung vorgesehenen Wissenschaftler, waren ab spätestens 1951 nicht mehr im DPZI beschäftigt.²⁸³

Die Anzahl der Wissenschaftler des DPZI dezimierte sich jedoch nicht nur durch die politisch veranlassten Maßregelungen, die in den Zweigstellen fortgesetzt wurden.²⁸⁴ Überdies zog das Ministerium für Volksbildung dem Institut für eigene strukturelle Veränderungen Personal ab²⁸⁵, besonders für seine neu gegründete Hauptabteilung Lehrerbildung²⁸⁶.

So schrumpfte der Personalbestand, exklusive Direktor, bis zum Juli 1951 auf 19 wissenschaftliche Mitarbeiter.²⁸⁷ Davon verfügten der Direktor selbst sowie acht Wissenschaftler über einen Hochschulabschluss, fünf hatten eine höhere Schule, drei die Mittelschule und ebenfalls drei lediglich die Volksschule besucht. Neben einem parteilosen Mitarbeiter schlossen sich 17 der SED an, außerdem jeweils einer der CDU und der LDP. Einer Erhebung des DPZI zufolge gab es zu diesem Zeitpunkt im Institut vier ehemalige NSDAP- und zwei vormals KPD-Angehörige sowie ein früheres SPD-Mitglied, daneben 13 Mitarbeiter, die vor Kriegsende in keiner Partei organisiert waren.

²⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.

²⁸⁴ Anm.: Bis zum 20.5.1951 sollten alle Unterlagen der Zweigstellenmitarbeiter überprüft werden, um die „fachliche und politische Eignung“ zu ergründen. Es sollten weiterhin Auskünfte über jeden DPZI-Angehörigen, inklusive der Zweigstellen, eingeholt werden, um „politische Klarheit über jeden Mitarbeiter“ zu erlangen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsplan für das 2. Vierteljahr 1951 der Personalabteilung des DPZI.) Im III. Quartal gelang es jedoch lediglich, die Zweigstelle Weimar zu überprüfen. Dort wurden fünf Mitarbeiter, die „in fachlicher und politischer Hinsicht den Anforderungen nicht genügten“, entlassen. Die Neubesetzung der Referate erfolgte durch Mitarbeiter, die „fachlichen, politischen und in Bezug auf die soziale Herkunft den gestellten Forderungen“ entsprachen. (Vgl. Ebenda. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das III. Quartal 1951. 28.9.1951.) Der Grund für die Arbeitsverschleppung lag sicherlich darin, dass die Personalabteilung, immer noch mit nur einem Mitarbeiter, unterbesetzt war und der Zentrale bei der Arbeitsplanerfüllung den Vorrang vor den Zweigstellen einräumte. (Vgl. Ebenda. – Bericht über die Durchführung des Arbeitsplanes der Personalabteilung des DPZI für das I. Quartal 1951. 24.4.1951.)

²⁸⁵ Anm.: 1951 wurden zwei wissenschaftliche Mitarbeiter ins Ministerium für Volksbildung delegiert (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.). Aus gesundheitlichen Gründen schied unter anderem Frau Möller-Krumbholtz aus (Vgl. Ebenda. – Brief Dorst an Wandel. Betreff Gewährung einer Personalpension an Frau Möller-Krumbholtz. 7.5.1951). Nach einer Rücksprache des Direktors mit einer Mitarbeiterin erklärte sich das DPZI mit deren Versetzung an den Verlag Volk und Wissen einverstanden (Vgl. Ebenda. – Brief des Personalleiters [des DPZI, N.Z.] an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. 26.11.1951.). Zwei vormals als wissenschaftliche Mitarbeiter aufgeführte DPZI-Mitglieder fanden einen neuen Arbeitsbereich in der Bibliothek des DPZI (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 206. Zaiser: Zur Kenntnis an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter im Hause. 27.4.1950. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.).

²⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.

²⁸⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht über die Arbeit der Personalabteilung des DPZI im II. Quartal 1951. 2.7.1951.

Insgesamt bilanzierte das Institut, dass von den Ende 1950 angestellten Wissenschaftlern im Folgejahr die Hälfte (!) ausgeschieden war.²⁸⁸ Gleichzeitig gab es 28 Neueinstellungen in diesem Bereich, von denen allerdings sechs Personen das DPZI noch im selben Jahr wieder verließen.²⁸⁹ Trotz der Entlassung von 50 Prozent der Belegschaft, ließ sich im Zuge der gleichzeitigen Neueinstellungen bis Ende 1951 ein erheblicher Anstieg des wissenschaftlichen Personals verzeichnen²⁹⁰:

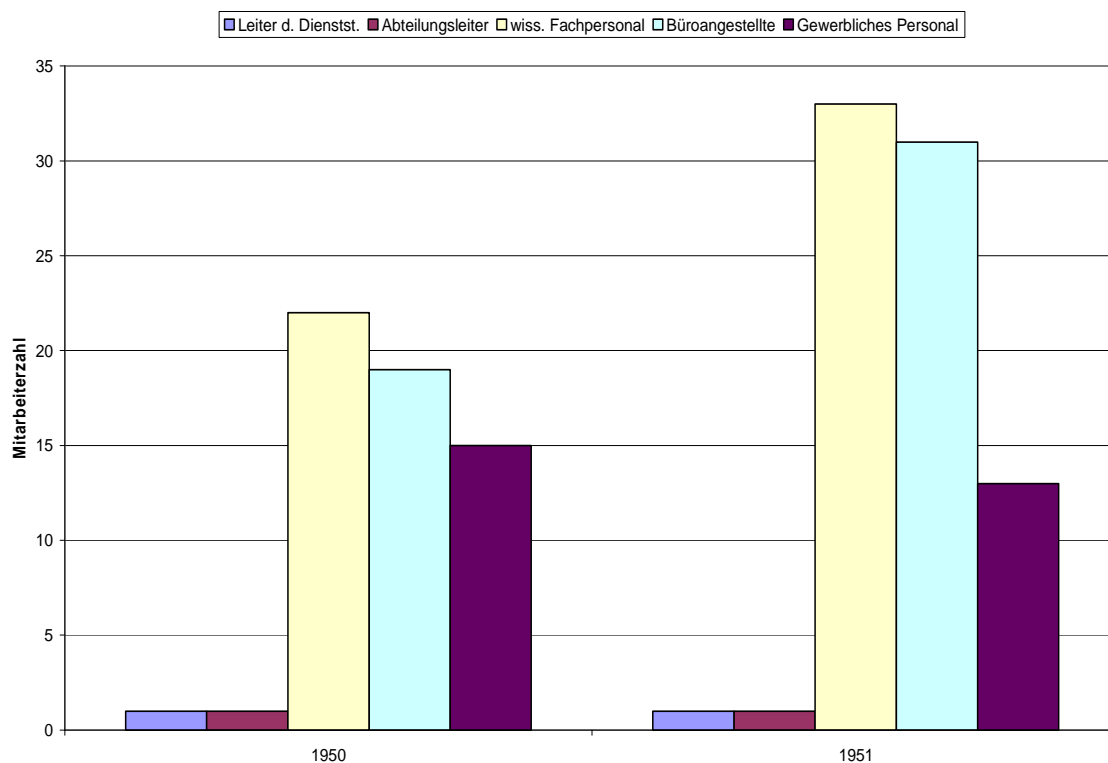


Abbildung 5: Personalbestand des DPZI von 1950 und 1951 im Vergleich

Sechs Stellen im wissenschaftlichen Bereich blieben 1951 vakant, ebenso die Position eines Abteilungsleiters.²⁹¹

E. Zaisser, die Direktorin des DPZI und Ehefrau des Ministers für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser²⁹², stieg am 1.1.1951 zur Staatssekretärin ins Ministerium für Volksbildung auf²⁹³. Die Stelle des Institutsleiters füllte Dorst ab 1.12.1950 kommissarisch aus; zum 1.5.1951 wurde er

²⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalbewegung im Jahre 1951. Ausgehend vom Kaderstand des 31.12.1950.

²⁸⁹ Vgl. Ebenda.

²⁹⁰ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 31.12.1951.

²⁹¹ Anm.: Siehe „Soll“-„Ist“-Vergleich der Mitarbeiter in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 31.12.1951.

²⁹² Anm.: Wilhelm Zaisser war von Februar 1950 bis zur Systemkrise 1953, als er aller Funktionen enthoben worden ist, Minister für Staatssicherheit und Mitglied des ZK sowie des Politbüros der SED (Vgl. Weber: DDR: Grundriss der Geschichte. S. 282/283.)

²⁹³ Anm.: Nachdem Else (Elisabeth) Zaisser zur Staatssekretärin im MfV der DDR und am 14.8.1952 zur Volksbildungsministerin ernannt worden ist, trat sie am 31.10.1953 infolge der Amtsenthebung ihres Mannes Wilhelm Zaisser zurück und war größtenteils als Übersetzerin tätig. (Geißler: Kurzbiographien. S. 324/325.)

zum Direktor berufen.²⁹⁴ Ab Oktober 1951 übernahm Dorst außerdem vorübergehend die Leitung der Abteilung Theorie, als Robert Alt sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage dazu sah und ebenfalls aus dem DPZI ausschied.²⁹⁵ 1952 löste ihn der 24jährige Werner Uhlmann in der Abteilungsleitung ab.²⁹⁶

Der Leiter der theoretisch-methodischen bzw. methodischen Abteilung²⁹⁷ und einstiges KPD-Mitglied Sothmann, der seinerzeit die ersten Ideen für ein zentrales pädagogisches Institut entwickelte, verließ das DPZI Anfang 1952²⁹⁸, um die Redaktion der Zeitschrift „Elternhaus und Schule“ zu übernehmen.²⁹⁹ An seine Stelle trat Emil Hruschka, der zuvor Referent für Geschichte und Gegenwartskunde in der Abteilung Methodik war.³⁰⁰

Noch 1952 war das DPZI den als „besondere personalpolitische Erscheinungen“ beschriebenen „Fluktuationen“ ausgesetzt.³⁰¹ Sie waren vor allem dadurch veranlasst, dass vorgeblich viele Institutsangehörige ohne „genügende Qualifikation“ den Wunsch geäußert hätten, „wieder in die Schulpraxis“ zurückkehren zu wollen.

Im Ministerium für Volksbildung bot die Personalsituation ein ähnliches Bild. Hier führten „Delegierung zu Verwaltungslehrgängen und politischen Qualifikationsmaßnahmen mit anschließendem Wechsel in Funktionen außerhalb des Ministeriums“ zu ständigen „Personalturbulenzen“.³⁰² Verglichen mit dem DPZI waren im Volksbildungsministerium prozentual sogar mehr „seitens der Personalabteilung als unzureichend qualifiziert“ eingeschätzte Mitarbeiter beschäftigt. Ende 1950 verfügten nur vier Prozent der Angestellten des MfV, aber fast die Hälfte der DPZI-Mitarbeiter (inklusive Direktor) über einen Hochschulabschluss sowie 16 Prozent im MfV und 25 Prozent im DPZI über das Abitur.³⁰³

Die rigiden personalpolitischen Maßnahmen, die sich noch bis in das Jahr 1952 hinein erstreckten, bewirkten, dass im Ministerium für Volksbildung, den Länderministerien und in den

²⁹⁴ Vgl. Zur Geschichte der APW. S. 57/58.

²⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief Dorst an Minister für Volksbildung Herrn Paul Wandel. 28.11.1951.

²⁹⁶ Anm.: W. Uhlmann (1928-1960), Besuch der Lehrerbildungsanstalt in Frankenberg/Sa. von 1942-1945; Studium an der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig von 1946-1949, bis 1950 Lehrer; nach langjähriger Tätigkeit im DPZI wechselte Uhlmann ins MfV. (Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 208.) Ins Institut kam Uhlmann zum 1.9.1951 in das Hauptreferat für Allgemeine Pädagogik der Abteilung Theorie und ging 1957 ans MfV. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951. Siehe auch Punkt 2.4.1.4.)

²⁹⁷ Anm.: Im Sommer 1951 gingen aus der theoretisch-methodischen Abteilung die Abteilung Theorie und die Abteilung Methodik hervor. (Vgl. BBF/DIPF/Signatur 45. – Bl. 36-55. Theoretisch-methodische Abteilung: Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Schreiben der theoretischen Abteilung an Dorst. Betreff Haushalt. 24.7.1951. sowie BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 168-170. Arbeitsplan der methodischen Abteilung für das zweite Halbjahr 1951. 7.8.1951.)

²⁹⁸ Anm.: Laut Stellenplanüberwachungsliste schied Sothmann zum 31.1.1952 aus dem Institut aus (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.).

²⁹⁹ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 321/322.

³⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.

³⁰¹ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952.

³⁰² Hier und im Folgenden: Geißler: Das schulpolitische System. S. 108.

³⁰³ Anm.: Die Zahlen des Ministeriums für Volksbildung entstammen einer Auflistung zum 30.9.1950 (BArchP. – R-2/1264. – Stellenübersicht. – Bl. 7. In: Vgl. Ebenda. S. 109.). Die Zahlen des DPZI: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht über die Arbeit der Personalabteilung des DPZI im II. Quartal 1951. 2.7.1951.

Schulverwaltungen ein massiver Kaderaustausch zugunsten des Neulehrerbestandes einsetzte.³⁰⁴ Damit riss die personelle Verbindung zur Schulreform nach 1945 und ihren Ideen nach und nach ab.³⁰⁵

Um die auf dem III. Parteitag kritisierte Kaderarbeit einheitlich zu reglementieren, besonders hinsichtlich der „Auswahl neuer leitender Kader“³⁰⁶, erließ das Ministerium des Inneren (MdI) der DDR Ende 1951 „Richtlinien zur Führung von Personalakten“³⁰⁷. Diese schrieben vor, dass für „jeden Angestellten und Arbeiter der staatlichen Verwaltung, der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für jeden Angestellten und entwicklungsfähigen Arbeiter der volkseigenen Wirtschaft“ eine Personalakte angelegt werden sollte. Als Ziel nannte das MdI die Erfassung aller Arbeiter in Personalakten. In diesen Akten waren alle Vorgänge zu dokumentieren, die „zur fachlichen, charakterlichen und gesellschaftlichen Beurteilung des Mitarbeiters notwendig“ erschienen.

Auch im Nomenklatursystem, bei dem die jeweils übergeordnete Behörde über die „Kader“ entschied³⁰⁸, trat eine Regelung zur Führung der Akten in Kraft³⁰⁹. Angestellte, die zur Nomenklatur gehörten, hatte sowohl die Personalabteilung der Arbeitsstelle als auch die der Nomenklaturstelle „besonders sorgfältig zu beobachten“. Deshalb trug die Nomenklaturstelle auch unabhängig von der Personalabteilung der Arbeitsstelle Bemerkungen zur Entwicklung des Mitarbeiters auf einer Nomenklaturkarte ein.

Dies wirkte sich auch auf die Arbeit in der Personalabteilung des DPZI aus, welche sich durch die „in dem Arbeitsseminar für Personalleiter ... gegebenen neuen Richtlinien“ verpflichtet wähnte, „eine wirkliche Kaderarbeit“ im Sinne von „Kaderauslese, Kaderpflege und Kaderentwicklung“ zu betreiben.³¹⁰

Mit der Erstellung einer Entwicklungskartei begann das DPZI bereits *Anfang* 1951.³¹¹ Kurz nach dem Erlass der „Richtlinien zur Führung von Personalakten“ im Dezember, richtete das DPZI die Zentrale Kartei ein, welche Professoren, Dozenten, Mentoren, Lehrer und Kindergärtnerinnen verzeichnete.³¹² Die Kartei hatte die Aufgabe, den „Kreis der potentiellen Mitarbeiter“ für die Abteilungen des DPZI noch effektiver und schneller erweitern zu können. Die (offizielle) Nomenklaturkartei baute das Institut erst ab 1953 auf.³¹³

Dass die Führungsspitze der Partei (Politbüro und Sekretariat) sowohl über Kaderangelegenheiten als auch über „alle Bereiche von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, (und, N.Z.) Kultur“ uneingeschränkt herrschen wollte³¹⁴, evozierte eine Antragsflut, die den Beschlussfassungsbetrieb lahm legte. Die staatliche Verwaltungsarbeit wurde durch diese

³⁰⁴ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 108.

³⁰⁵ Vgl. Ebenda.

³⁰⁶ Aus dem Bericht des Parteivorstandes der SED an den III. Parteitag, Juni 1950. Berlin [Ost]. 1950. S. 175f. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 89.] DDR. Dokumente. S. 173-175. S. 174.

³⁰⁷ Hier und im Folgenden: Aus den Richtlinien zur Führung von Personalakten, 1. Dezember 1951. In: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. Akten Ostbüro der SPD. 0344 I. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 96.] DDR. Dokumente. S. 182/183.

³⁰⁸ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 33.

³⁰⁹ Hier und im Folgenden: Aus den Richtlinien zur Führung von Personalakten, 1. Dezember 1951. In: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. Akten Ostbüro der SPD. 0344 I. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 96.] DDR. Dokumente. S. 182/183.

³¹⁰ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Personalabteilung. Arbeitsplan – II. Quartal 1952. 31.3.1952.

³¹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Bericht über die Durchführung des Arbeitsplanes der Personalabteilung des DPZI für das I. Quartal 1951. 24.4.1951.

³¹² Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 145. Hausanweisung III/1951. Betreff Einrichtung der zentralen Kartei des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 4.12.1951.

³¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Personalabteilung. Arbeitsplan für das I. Quartal 1953. 31.12.1952.

³¹⁴ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 33.

Vorgehensweise erheblich blockiert³¹⁵, was auch das DPZI bei Personalanträgen, die gemäß Nomenklatursystem an das MfV weitergeleitet werden mussten, zu spüren bekam. So konnten z.B. Einstellungen der in Ermangelung einer erforderlichen Kaderreserve ohnehin schwer zu findenden Mitarbeiter nicht vorgenommen werden, da die für die Genehmigung zuständigen Stellen, in diesem Fall die Personalabteilung des MfV, über entsprechende Anträge „Wochen oder Monate“ nicht entschied.³¹⁶

2.2.2.3 Strukturelle Wunschvorstellungen und Realitäten

Um im wissenschaftlichen Bereich zukünftig auf Kaderreserven zurückgreifen zu können, schlug das DPZI in einem Perspektivplan vor, die „wissenschaftliche Aspirantur für den pädagogischen Nachwuchs“ enger an das DPZI zu binden und auf „bestimmte Mitarbeiter des Instituts auszudehnen“.³¹⁷ Überdies sei dem DPZI „eine führende Rolle bei der Anleitung“ desselben zuzusprechen, vor allem da im Jahr 1950 deutlich geworden wäre, dass die Mitarbeiter erst für die wissenschaftliche Arbeit „qualifiziert und erzogen“ werden müssten. Durch die im Jahre 1953 für die wissenschaftlichen Mitarbeiter beginnende Aspirantur am DPZI sollte die „immer auftretende Fluktuation“ von Mitarbeitern „überwunden“ werden.³¹⁸

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses stellte jedoch nur *eine* Forderung dar, die auf die Anweisung Wandels vom März 1951³¹⁹ folgte. Diese Anweisung, welche erneut vom DPZI eine „planmäßige und zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung“ verlangte, wurde darüber hinaus genutzt, um die weitere strukturelle Entwicklung des DPZI in Richtung Forschungsinstitut voranzutreiben. Nach den hier skizzierten Vorstellungen sollten zwei Abteilungen, Theorie und Methodik, im Institut fortbestehen.³²⁰ Angedacht war, dass sich diese beiden Abteilungen „nach dem Vorbild der Sowjetunion“ zu eigenständigen Instituten einer späteren „Akademie der Pädagogischen Wissenschaften“ weiterentwickeln. Die Abteilung Lehrerbildung mit den daran gekoppelten und bislang vorrangigen Ausbildungsaufgaben würde herausgelöst. Deren Arbeitsfeld, einschließlich des Fernstudiums der Lehrer, könnte künftig an die als Weiterbildungsinstitute der Länder zu konstituierenden Zweigstellen abgegeben werden, welche der Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV zu unterstellen seien. Dadurch verblieben im DPZI, das sich weiterhin dem Volksbildungsministerium nachordne, ausschließlich der Bereich der wissenschaftlichen Forschungsaufgaben und die Lehrplanarbeiten.

³¹⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 93.

³¹⁶ Anm.: Die im DPZI und seinen Zweigstellen freien 38 Planstellen beim wissenschaftlichen Fachpersonal konnten mangels einer erforderlichen „Kaderreserve“ nicht besetzt werden. Durch die Verzögerungen in der Personalabteilung des MfV konnten auch mögliche Einstellungen für die neu zu gründende Abteilung Sorbische Schulen nicht vorgenommen werden. Anträge hierzu lagen seit 14.6.1952 vor. „Anträge auf Umgruppierung von Wissenschaftlern“ bestanden seit 6.6.1952 und „Anträge auf Abschluss von Einzelverträgen“ mit sechs Wissenschaftlern sogar seit 26.5. 1952. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das II. Quartal 1952. 8.7.1952.)

³¹⁷ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

³¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952.

³¹⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

³²⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

Die im MfV gegründete Hauptabteilung Lehrerbildung, welche die Aufgaben der Abteilung I des DPZI auf diesem Gebiet übernehmen sollte, befand sich jedoch offenbar nicht in der Lage, diese allein zu lösen.³²¹ Denn kurz darauf übertrug das Ministerium erneut Lehreraus- und -weiterbildungsaufgaben an das Institut. Da aber aufgrund der strukturellen Veränderungen im Ministerium sowie infolge der Erstellung des neuen Stellen- und Strukturplans des DPZI³²² (nach der Genehmigung des Haushaltsplans Ende April 1951³²³) neben den Abteilungen für Theorie und Methodik, im Institut keine Abteilung für Lehreraus- und -weiterbildung mehr gebildet worden ist³²⁴, musste das DPZI die diesbezüglichen Aufgaben ohne die erforderlichen strukturellen Kapazitäten für diesen Bereich wahrnehmen. Primär arbeitete deshalb fortan das Referat Marxismus-Leninismus der neuen Abteilung I (Theorie) auf dem Gebiet der Lehrerbildung.³²⁵ Aber auch die übrigen Referate der theoretischen Abteilung sowie die methodische Abteilung mussten sich gezwungenermaßen an der Lehrerbildung beteiligen und dafür andere Verpflichtungen zurückstellen.³²⁶

³²¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.

³²² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.

³²³ Anm.: „Mit dem Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1951 vom 13. April 1951 wurde der Haushaltsplan der DDR verabschiedet. Wir sind deshalb erst jetzt in der Lage, Ihnen die endgültig bestätigten Haushaltspläne zu übersenden. In der Anlage erhalten Sie den Haushaltsplan Rechnungsjahr 1951 für Ihr Institut.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Schreiben der Abteilung Haushalt des Ministeriums für Volksbildung an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut. 28.4.1951.).

³²⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951. Bis März/April war die Abteilung Lehrerbildung als Abteilung I des DPZI vorhanden (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].).

³²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.

³²⁶ Anm.: Die theoretisch-methodische Abteilung gab es in dieser Form vermutlich bis Ende April 1951. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 36-55. Theoretisch-methodische Abteilung: Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Ministerium für Volksbildung, Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 17.4.1951.). Sehr wahrscheinlich erfolgte die Teilung im Mai 1951. Zu diesem Zeitpunkt sind im Stellenplan die Abteilungen I (Theorie) und II (Methodik) verzeichnet. Die Mitarbeiter der Abteilungen „Lehrerbildung“ sowie „Theorie und Methodik“ wurden danach auf die neuen Abteilungen „ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend“ aufgeteilt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1951. 30.4.1951.) Die theoretische Abteilung musste, als die Abteilung Lehrerbildung im DPZI noch nicht bestand, im Bereich der Lehrerbildung vornehmlich die „unmittelbare Aus- und Weiterbildung von Nachwuchskräften der pädagogischen Wissenschaften und Dozenten der Institute für Lehrerbildung, Ausarbeitung von Plänen und Materialien zur Aus- und Weiterbildung“ gestalten. Z.B. arbeitete sie Lehrpläne der Institute für Lehrerbildung in den Fächern Allgemeine Pädagogik, Psychologie und Geschichte der Pädagogik aus und führte Qualifizierungslehrgänge durch. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952.) Zur Lehrerbildung in der methodischen Abteilung: siehe BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 168-170. Arbeitsplan der methodischen Abteilung für das zweite Halbjahr 1951. 7.8.1951.

Die Lehrerbildungsaufgaben beanspruchten die Abteilung Theorie derart, dass, trotz zusätzlich beantragter Mittel³²⁷ eigene Aufgaben nicht mehr erfüllt werden konnten³²⁸. Außerdem brachte die späte Bereitstellung der finanziellen Mittel in der Personalabteilung des Instituts wiederum Probleme bei der endgültigen personellen Besetzung der Zweigstellen mit sich.³²⁹

Durch die gescheiterte Übergabe aller Lehrerbildungsaufgaben an das MfV und aufgrund des Gesetzes zum Fünfjahrplan vom 31.10.1951³³⁰, welches die Lehrerbildung enorm stärkte³³¹, wurde eine neue Abteilung Lehrerbildung (III) am DPZI geplant. Ab November 1951 war diese arbeitsfähig.³³² Dennoch musste die erneut gegründete Lehrerbildungsabteilung von den beiden anderen Abteilungen unterstützt werden.³³³

Neben der *Abteilung Lehrerbildung (III)*³³⁴ bestanden damit im zweiten Halbjahr 1951 die *theoretische Abteilung (I)* mit den Referaten:

³²⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Brief der theoretischen Abteilung an Dorst. Betreff: Haushalt. 24.7.1951.

³²⁸ Anm.: „Bisher hatte die Theoretische Abteilung noch eine Reihe von Aufgaben zu lösen ..., die in den Tätigkeitsbereich der jetzt bestehenden Abteilung Lehrerbildung gehören. Dadurch war es in der Vergangenheit noch nicht möglich, die Hauptaufgaben der Abteilung in vollem Umfange in Angriff zu nehmen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952.).

³²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Bericht über die Durchführung des Arbeitsplanes der Personalabteilung des DPZI für das I. Quartal 1951. 24.4.1951.

³³⁰ Vgl. Weber: DDR: Grundriss der Geschichte. S. 291.

³³¹ Anm.: Die Lehrerbildung sei mit dem Gesetz zum Fünfjahrplan „in den Mittelpunkt der gesamten Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung“ getreten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.)

³³² Anm.: Die „Ausarbeitung eines Teiles der Materialien zur Weiterbildung aller Lehrer und Erzieher (bis zur Gründung der Abteilung III – November 1951)“ hatte bis dahin die Abteilung Theorie zu übernehmen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952.). Es findet sich jedoch Folgendes in einem nicht datiertem Dokument ohne Titel: „Die Abteilung Lehrerbildung wurde am 1.1.1952 gegründet. Ihre Hauptaufgaben bestanden darin, der Lehreraus- und -weiterbildung zu dienen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 46-51. Bl. 46.). Auf jeden Fall ist die Abteilung Lehrerbildung als Abteilung III für 1952 in den Stellen- und Arbeitsplan des Instituts integriert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 116-122. Stellenplanentwurf für 1952. und Vgl. Ebenda. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.)

³³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.

³³⁴ Anm.: Da die Abteilung Lehrerbildung zunächst quasi von der Abteilung Theorie aus arbeitete, d.h. dass die zwei Referate, Marxismus-Leninismus und Didaktik vornehmlich Aufgaben der Lehrerbildung erfüllten, bestanden hier keine eigenen Referate. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 451. Abteilung I/Referat Didaktik: Arbeitsplan für das III. und IV. Quartal 1951.) Ab 1952 finden sich Tätigkeitsbereiche für die Herausgabe der Lehrprogramme für das Institut für Lehrerbildung, Pionierleiterausbildung, Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Heimerziehern, Herausgabe von Lehrmaterialien für die 1. und 2. Lehrerprüfung, Marxismus-Leninismus, Aus- und Weiterbildung der Russischlehrer, Weiterbildung der Pionierleiter und Lehrerweiterbildung (Im Dokument wurde Sowjetpädagogik auf Lehrerweiterbildung abgeändert. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 116-122. Stellenplanentwurf für 1952.)

Geschichte der Pädagogik, Sowjetpädagogik, Psychologie, Vorschulerziehung, Heimerziehung, Schule und Jugendorganisation bzw. FDJ- und Pionierfragen, Pädagogik in Gesamtdeutschland, Allgemeine Pädagogik³³⁵, Schule und Elternhaus³³⁶, (Didaktik, Marxismus-Leninismus)³³⁷ und die *methodische Abteilung* (II) mit den Referaten:

Deutsch, Russisch, Englisch-Französisch, Geschichte und Gegenwartskunde, Geographie, Mathematik und Physik, Biologie und Chemie, Didaktik der Unterstufe,³³⁸ (Musik und Kunsterziehung)³³⁹.

Die Arbeit auf dem Gebiet des Fernstudiums wurde im März 1951³⁴⁰ in einer entsprechenden, an die sächsische Zweigstelle angegliederten Abteilung aufgenommen³⁴¹. Die *Abteilung Fernstudium* (IV) befand sich auch nach der Übernahme in das zentrale DPZI ab 1952 zunächst weiterhin in Dresden³⁴². Eigenen Angaben nach gab die Abteilung seit Anfang 1951 monatlich Fernstudienbriefe für die Lehrer in den Fächern Deutsch, Geschichte, Mathematik, Biologie,

³³⁵ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.

³³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 461-464. Abteilung I/Referat Schule und Elternhaus: Arbeitsplan für II. Halbjahr 1951. Ausschlaggebend für die Beantragung einer Hauptreferentenstelle für das Referat Schule und Elternhaus war die „Durchführungsverordnung `Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau´, § 27 vom 31.1.1951 (Gesetzesblatt 51/118, § 4/5/6)“, die dem DPZI „Aufgaben für die Ausarbeitung von Lehrplänen für die Elternseminare“ stellte (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.).

³³⁷ Anm.: Diese beiden Referate arbeiteten vorzugsweise im Bereich der Lehrerbildung, gehörten aber noch zur Abteilung Theorie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 451. Abteilung I/Referat Didaktik: Arbeitsplan für das III. und IV. Quartal 1951.)

³³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.

³³⁹ Anm.: Die Referate Kunsterziehung und Musik bestanden am DPZI, waren aber zu diesem Zeitpunkt unbesetzt. Für Musik ist in der Stellenplanüberwachungsliste von 1951 kein Mitarbeiter eingetragen, jedoch gab es kurzzeitig eine Mitarbeiterin für Kunsterziehung (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.), die ab dem zweiten Halbjahr 1951 die Aufgaben im Referat Schule und Elternhaus der Abteilung I übernahm (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 461-464. Abteilung I/Referat Schule und Elternhaus: Arbeitsplan für II. Halbjahr 1951.).

³⁴⁰ Anm.: „Seit dem März des Jahres 1951 begannen die Vorbereitungen zum Fernstudium. Sie wurden vom Ministerium für Volksbildung gemeinsam mit dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut begonnen und durchgeführt. Das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut übernahm die Ausarbeitung der Lehrbriefe und richtete hierfür in Dresden [sic!] eine neue Abteilung ein.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 317-321. Abteilung Fernstudium. Bl. 318. [Sommer 1952])

³⁴¹ Anm.: Der Bereich Fernstudium wurde auch vom Zweigstellenleiter der sächsischen Zweigstelle gelenkt. (Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 202.)

³⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 70. Brief Dorst an das Ministerium für Volksbildung. 1.10.1952. Im Arbeitsbericht der Personalabteilung kommt zum Ausdruck, dass die Abteilung Fernstudium erst im Jahr 1952 gebildet wurde. („Da der Stellenplan 1952 erst am Schluss des II. Quartals mit einer Erhöhung der Stellenzahl ... genehmigt wurde und die Bildung von 2 neuen Abteilungen [Lehrerbildung und Fernstudium] erfolgte, war die Besetzung während des alten Schuljahres nicht mehr möglich.“ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das II. Quartal 1952. 8.7.1952.) Eine eigene kommissarische Leiterin erhielt die Abteilung Fernstudium als Abteilung IV des DPZI mit Frau Klauß zum 1.3.1952. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben an das Ministerium für Volksbildung. Betreff Abschluss von Einzelverträgen.)

Chemie, Physik, Geographie und Russisch heraus, um bis 1954 ca. 15 000 „Lehrer der deutschen demokratischen Schule zu guten Fachlehrern“ auszubilden.³⁴³

Die Aufgaben der Zweigstellen beim Fernstudium lagen darin, die Immatrikulationslisten zu führen, in denen die Studenten, Mentoren und Konsultationspunktleiter erfasst wurden, die Konsultationen zu besuchen, die Mentoren anzuleiten sowie die „Arbeit in den Konferenzen der Abteilung Fernstudium“ zu lenken.³⁴⁴

Zusätzlich zu den Fachabteilungen richtete das DPZI nach einer Anweisung des Direktors vom 25.10.1951 ein zentrales Archiv mit den Abteilungen „Wissenschaftliches Archiv“, „Verwaltungsarchiv“, „Zeitungsarchiv“ sowie „Chronik des DPZI und seiner Zweigstellen“ ein.³⁴⁵

2.2.2.4 Inhaltliche Arbeit des Instituts und Diskussionen

Die Anweisung Wandel vom 9.3.1951 über die „planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit“³⁴⁶ sollte grundlegend für die thematische Schwerpunktbildung im Institut für die folgenden drei Jahre werden³⁴⁷. Die Anweisung und die dokumentierte Reaktion der Institutsleitung³⁴⁸ spiegeln das Unterstellungsverhältnis ebenso wider wie den Anspruch des DPZI auf eine relativ souveräne, pädagogische Kompetenz.

So hatte der Volksbildungsminister beispielsweise gefordert, sich der bürgerlichen Reformpädagogik und der „gegenwärtigen imperialistischen Pädagogik“ entgegen zu stellen.³⁴⁹

In diesem Punkt hielt sich das DPZI an die im Arbeitsplan³⁵⁰ festgelegte Differenzierung. Danach sollte zwischen klassischer bürgerlicher Pädagogik³⁵¹, welche für die pädagogisch-theoretische Arbeit in Betracht käme, und „imperialistischen, schulreformerischen Ideen und

³⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 90-96. Schreiben der persönlichen Referentin des Direktors an das Amt für Information/Abteilung Ausstellung. Zahlenmaterial des Deutschen Pädagogischen Instituts für die Wanderausstellung „Unser Fünfjahrplan“. 3.5.1952. Bl. 94.

³⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 317-321. Abteilung Fernstudium. Bl. 318. [Sommer 1952]

³⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Hausanweisung I/1951. Betreff Einrichtung des zentralen Archivs des DPZI. 25.10.1951.

³⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

³⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

³⁴⁸ Vgl. Ebenda.

³⁴⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

³⁵⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 230-238. Arbeitsplan für das Jahr 1951. 13.2.1951.

³⁵¹ Anm.: Hierzu zählte die DDR-Pädagogik „die Pädagogik der deutschen Klassik und des Neuhumanismus (etwa 1770-1830); meist aber i. w. S. (im weiteren Sinne, N.Z.) verstanden als die antifeudalen und insofern progressiven Forderungen, die die bürgerliche Klasse während ihrer Aufstiegsphase, d.h. etwa zwischen 1400 und der Revolution von 1848, erhebt.“ „Zu ihren hervorragenden Repräsentanten zählen im deutschsprachigen Raum z.B. Ratke, Francke, die Philanthropisten, die Neuhumanisten, Pestalozzi, Herbart, Fröbel und Diesterweg; außerhalb Deutschlands z.B. die Renaissanceutopisten, Komensky, Locke, Rousseau, die Vertreter der Pädagogik der französischen Revolution (Aufklärung), die russischen revolutionären Demokraten wie Uschinski.“ (Pädagogisches Wörterbuch. Hrsg. von H.-J. Laabs, Edgar Drefenstedt, K.-H. Günther, u.a.. Berlin [Ost]. Volk und Wissen: 1987. S. 201.)

Anschauungen“ (freier Unterricht, „Pädologie“, Heimatkunde, Gesamtunterrichts)³⁵² deutlich unterschieden werden. Bei der „Klärung des Charakters, der Ziele, Aufgaben, Methoden und Organisationsformen des Unterrichts in der Unterstufe der deutschen demokratischen Schule“, so der Arbeitsplan weiter, seien Letztere „auszumerzen“.³⁵³

Ebenfalls spiegelt sich diese Haltung in den „Perspektiven“³⁵⁴ des DPZI in der *kritisch* durchzuführenden Verarbeitung der „fortschrittlichen pädagogischen Traditionen der Vergangenheit“ wider. Die wiederum geforderte „Erziehung zum Patriotismus“ wurde als erledigt angesehen, die Entwicklung neuer Fachmethodiken hingegen akzeptiert.³⁵⁵ Das verlangte Studium von Stalins Arbeit über Marxismus und die Sprachwissenschaft nahm das DPZI in sein Arbeitsprogramm mit auf.

Einigkeit bestand zwischen dem MfV und dem Institut im übergreifenden Punkt „Hebung des wissenschaftlichen Niveaus im gesamten Schul- und Bildungswesen“, der unter anderem beinhaltete, dem akuten „Sitzenbleiberproblem“³⁵⁶ in den Schulen entgegen zu wirken.

³⁵² Anm.: Zur imperialistischen Pädagogik wurde unter anderem die in die Reformpädagogik eingeordnete Arbeitsschulbewegung gerechnet. Die im Imperialismus entstandene Reformpädagogik wird als Gegenbewegung zum „preußisch-herbartianischen Unterrichtsbetrieb“ verstanden (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 318.). Beide Unterrichtsformen kritisierte die DDR-Pädagogik (Vgl. Ebenda. S. 167 und 318.). Der Reformpädagogik wurde vor allem angelastet, dass sie die „führende Rolle des Lehrers“ ablehne, das Pädagogische überbewerte sowie die Methode gegenüber dem Inhalt zu stark betonen würde. Dennoch fand die „sozialistische Pädagogik“ im Laufe der Zeit auch (wenige) brauchbare „progressive Elemente“ in der Reformpädagogik, die sie nach eigenen Angaben „dialektisch aufhob“. (Vgl. Ebenda. S. 29 und 318.) „Schulreformerische Ideen und Anschauungen“ spielt auf einen Zweig der Arbeitsschulpädagogik an („Produktionsschule des Bundes Entschiedener Schulreformer“, Vgl. Ebenda. S. 338 und 29.). Dieser propagiere „die manuelle Betätigung als eine Möglichkeit zur harmonischen Ausbildung aller Seiten der Persönlichkeit“. Als positiv wertete die DDR-Pädagogik innerhalb der Arbeitsschulbewegung einzig den in der Sowjetunion entstandenen Typ, in dem sie „das marxistisch-leninistische Prinzip der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit (polytechnische Bildung)“ verwirklicht sah. Insgesamt werden der übrigen Arbeitsschulbewegung nur anregende Momente eingeräumt. (Vgl. Ebenda. S. 29 und 318.) Mit „Pädologie“ ist z.B. „gewaltlose Erziehung“ gemeint, welche die Anwendung von Leistungstests ablehne bzw. „verschämt“ anwende (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 446/447. Theoretische Abteilung/Referat Heimerziehung. Tätigkeitsbereich des Referats Heimerziehung. 1.11.1951.). Das Prinzip des Gesamtunterrichts stand dem des in der DDR präferierten Fachunterrichts entgegen (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 147.). Der Heimatkundeunterricht, hier sicherlich wegen seiner fachübergreifenden, an den Gesamtunterricht erinnernden Konzeption kritisiert und wegen der Gefahr nationalistischer Tendenzen beargwöhnt, konnte sich in der zukünftigen Entwicklung der DDR-Pädagogik im Rahmen des Deutschunterrichts in der Unterstufe durchsetzen und sich von „der kleinbürgerlichen Enge der Heimatauffassung“ sowie von „national-chauvinistischen Auffassungen“ der „imperialistischen Länder(n)“ absetzen (Vgl. Ebenda. S. 167/168.).

³⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 230-238. Arbeitsplan für das Jahr 1951. 13.2.1951.

³⁵⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

³⁵⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

³⁵⁶ Anm.: „Von den im Jahre 1954 aus der Grundschule Entlassenen hatten nur 68,4 Prozent die achte Klasse erreicht und die Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt. ... Am höchsten lag die Quote des Sitzenbleibens mit vollem Einsetzen des Fachunterrichts in Klasse 5. Das Ziel dieser Klasse wurde von 13,18 Prozent der Schüler nicht erreicht ...“ (BArchP. – R-2 5841. – Bl. 268-271. – Analyse zur Schuljahresendstatistik. – 16.10.1954. Zitiert nach: [Anmerkung 10] Geißler, Gert: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion 1955-1958. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 69-104. S. 73.).

Bei der vom Ministerium verordneten „Anwendung der Leitsätze des dialektischen und historischen Materialismus in Erziehung, Bildung und Unterricht“ sollte die Sowjetpädagogik als „Vorbild einer fortschrittlichen demokratischen Erziehung, Bildung und des Unterrichts“ dienen.³⁵⁷ Auch wenn das DPZI die Sowjetpädagogik und die Sowjetschule als „Vorbild und Leitstern“ prinzipiell anerkannte³⁵⁸, schien doch unklar, wie mit diesem Ideal umzugehen sei bzw. wie dessen „Erkenntnisse und Erfahrungen“ anzuwenden wären.

2.2.2.4.1 Das Verhältnis des DPZI zur „Sowjetpädagogik“

Außer der Frage, wie „Sowjetpädagogik“ zu handhaben sei, drängte sich eine weitere nach deren Substanz und Begriff auf. Diese sei, mit „verschiedenen Inhalten belegt“³⁵⁹ und nicht eindeutig definiert, dazu bestimmt, sich gegen die als imperialistisch bezeichnete Reformpädagogik durchzusetzen.³⁶⁰ Grundlagen der „Sowjetpädagogik“ sollten „die `Prinzipien´ der sowjetischen Pädagogik“³⁶¹ liefern, mit denen versucht worden wäre, eine sozialistische Pädagogik zu formieren.³⁶²

Mit der dabei einsetzenden verstärkten Rezeption pädagogischen Denkens aus der Sowjetunion kehrten im Laufe der 1950er Jahre jedoch neben den „nationale(n) Traditionslinien des Herbartianismus“, der Anfang des 20. Jahrhunderts enormen Einfluss auf Russland ausübte und in der sowjetischen Pädagogik nachwirkte³⁶³, auch diejenigen pädagogischen Ansätze wieder

³⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

³⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

³⁵⁹ Anm.: Nach Lost wurde zwischen Mitte der 1920er und Ende der 1960er Jahre als „Sowjetpädagogik“ bezeichnet: „(1) die Pädagogik, Bildungspolitik und Bildungspraxis in Sowjetrussland bzw. in der Sowjetunion ...; (2) der gesellschaftliche bzw. politisch-weltanschauliche Typus sozialistischer bzw. marxistisch-leninistischer Pädagogik in seiner sowjetrussischen bzw. sowjetischen Realisierungsform (auch: ... einzig wissenschaftliche Pädagogik, letzteres begründet mit langjähriger Existenz, marxistisch-leninistischer Grundlage und der Funktion als parteipolitischem Instrument der Gesellschaftsentwicklung); (3) ein in sich relativ geschlossenes Konstrukt und Lehrsystem.“ (Lost: „Sowjetpädagogik“. S. 300.)

³⁶⁰ Vgl. Lost: „Sowjetpädagogik“. S. 303.

³⁶¹ Anm.: Siebert nennt die „Einheit von Schule und Politik“. Weiter beschreibt Siebert, dass Sowjetpädagogik kein Versuch, sondern ein „System der Pädagogik als einer Wissenschaft“ wäre. Sie würde, gemäß den Weisungen Lenins und Stalins, „das fortschrittliche Erbe der Geschichte der Erziehung und die Lehren und Gedanken der besten Pädagogen der Menschheit“ kritisch überprüfen, weiterentwickeln und auf eine „höhere Stufe“ heben. Weiterhin behaupte sie nicht „lügnerisch“ von sich, „außerhalb der Politik, außerhalb des Lebens“ zu stehen, sondern erkläre offen, dem Volke zu dienen, damit es „zu den lichten Höhen der Kultur und des Wissens emporzusteigen“ vermag. (BA StAPMO DY 30/IV 2/9.05/69, Bl. 84-103: Einige aktuelle Probleme der Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Pädagogik in der SU [Sowjetunion, N.Z.]. Manuskriptentwurf vom Mai 1950. In: Vgl. Ebenda. S. 315.)

³⁶² Vgl. Lost: „Sowjetpädagogik“. S. 310. Siebert beabsichtigte, aus seinem Prinzipiensystem, Pädagogik-Lehrbüchern von Jessipow/Gontscharow und Ogorodnikow/Schimbirjew sowie weiteren übersetzten Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenartikeln eine „Sowjetpädagogik“ als geschlossene Lehre zu formieren (Vgl. Ebenda. S. 315.).

³⁶³ Vgl. Neuner, Gerhart: Die Lehrplanarbeit in der DDR. In: Geschichte und Gegenwart des Lehrplans. Josef Dolchs „Lehrplan des Abendlandes“ als aktuelle Herausforderung. Hrsg. von Rudolf W. Keck und Christian Ritzi. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2000. S. 279-300. S. 281. Neuner bezieht sich auf: Waterkamp, D.: Curriculumentwicklung im internationalen Vergleich – eine Skizze. In: Hörner, W./Waterkamp, D. (Hrsg.): Curriculumentwicklung im internationalen Vergleich. Weinheim und Basel 1981. S. 280-305.

nach (Ost-) Deutschland zurück, bei denen das „nationale klassisch-humanistische Erbe“ als „dialektisch aufgehoben“ galt.³⁶⁴

Zu Beginn der 1950er Jahre sorgte die Definition von „Sowjetpädagogik“ hingegen weitgehend für Ratlosigkeit. Die Bemühungen um die Ergründung von deren Gehalt standen noch am Anfang. Selbst dem späteren Direktor des DPZI Dorst blieb 1950 verborgen, worum es sich bei „Sowjetpädagogik“ handle und „was eigentlich studiert werden sollte, wenn vom `Studium der Sowjetpädagogik´ die Rede war.“³⁶⁵

Das Institut spürte dieser Problematik deshalb zunächst mittels Literatur aus der Sowjetunion nach. Für deren Auswahl, Beschaffung und Popularisierung unter den Mitarbeitern des DPZI, den Autoren von Lehrbüchern und Bearbeitern von Forschungsaufträgen, den Dozenten und Professoren in der Lehrerbildung und der Masse der Lehrer und Erzieher zeichnete das Referat Sowjetpädagogik verantwortlich.³⁶⁶ Neben der Information über psychologische und pädagogische Veröffentlichungen in der Sowjetunion gehörten auch die Zusammenfassung wichtiger Diskussionen der pädagogischen Wissenschaft, Erstellung von pädagogisch relevanten Auszügen aus der sowjetischen Tagespresse sowie Vorstellung und Angabe der inhaltlichen Charakteristik von Büchern, Lehrprogrammen, Prüfungsordnungen usw. zu den Aufgaben dieses Referats. Weiterhin hatte es die „Inhaltliche und redaktionelle Überprüfung und Korrektur der Übersetzungen“ vorzunehmen; außerdem Schulen, Institute für Lehrerbildung und Pädagogische Fakultäten zu besuchen.

Dabei stellte sich auf einer Weiterbildungskonferenz heraus, dass auch dort Schwierigkeiten bei der Anwendung von Sowjetpädagogik bestanden.³⁶⁷ Die Diskussion sei formal und schließlich festgefahren gewesen, da in diesem Fall nicht deutlich gemacht worden wäre, „wie die Pionierorganisation in der Sowjetunion der Schule und dem Lehrer hilft, noch wie diese Hilfe bei uns konkret aussieht oder aussehen könnte“.

Eventuell von solchen Problemen veranlasst, gab es 1952 zwei Referate für Sowjetpädagogik im Institut – eines in der Abteilung Theorie (I) und eines in der Abteilung Lehrerbildung (III).³⁶⁸ Letzteres hatte die Ausbildung von sowjetischen Lehrern und Erziehern zu studieren und zu popularisieren.³⁶⁹

³⁶⁴ Vgl. Cloer: Theoretische Pädagogik. S. 275. Cloer führt Waterkamp (BRD) und Franz Hofmann (DDR) an, die beide gezeigt haben, dass „nationale Traditionslinien“ aus der Sowjetunion reimportiert wurden. „Empirisch evident wird Hofmanns These an den 67 historisch-pädagogisch relevanten Habilitationen und Dissertationen der Jahre 1949 bis 1957, die sich – von drei Ausnahmen abgesehen – auf das nationale klassisch-bürgerliche Erbe des 17./18. Jahrhunderts, die Pädagogik und Bildungspolitik der deutschen Arbeiterbewegung sowie die Reformpädagogik bezogen.“ (Vgl. Ebenda.)

³⁶⁵ BA StAPMO DY 30/IV 2/9.05/69, Bl. 107-111. Zitiert nach: Lost: „Sowjetpädagogik“. S. 316.

³⁶⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 379/380. Theoretische Abteilung/Referat Sowjetpädagogik: Tätigkeitsbereich. 14.12.1951. Für den Neukauf durch die Bibliothek des DPZI wurden z.B. vorgeschlagen: Gesammelte Werke von Uschinskij (zehn Bände), Gesammelte Werke von Makarenko (vier Bände), Grundlagen der Pädagogik von Gontscharow sowie Fragen der Erziehung und des Unterrichts von Grusdjew (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 480-482. Schreiben des Referats Sowjetpädagogik an den Direktor. Betreff Aufstellung eines Planes sowjetischer pädagogischer Werke, die zu übersetzen sind. 23.2.1951. Bl. 482.).

³⁶⁷ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 335-338. Referat Sowjetpädagogik: Bericht über den Besuch einer Weiterbildungskonferenz. 28.2.1952. Bl. 337.

³⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.

³⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 341. Referat Sowjetpädagogik: Arbeitsplan für das I. Halbjahr 1952. 4.1.1952.

In dem Bemühen, Sowjetpädagogik kennen und verstehen zu lernen, lud das DPZI sowjetische Pädagogen (z.B. Jessipow³⁷⁰ und Gontscharow³⁷¹) und Bildungspolitiker (z.B. Volksbildungsminister der RSFSR: Kairow³⁷²) ein.

Während des Besuchs von Gontscharow am 6.12.1950 im DPZI ging es vornehmlich um das Problem der Übertragbarkeit sowjetischer Erkenntnisse auf andere gesellschaftliche Verhältnisse³⁷³ – was im Rahmen der pädagogischen Diskussionen der DDR eine der Kernfragen darstellte. Gontscharow betonte in seiner Antwort, dass jede „wirkliche“ Wissenschaft „Bedeutung für die ganze Menschheit“ habe und dass die Sowjetunion ebenso keine ausländischen „Forschungen und Wissenschaften“ aus Gegenwart oder Vergangenheit ablehnen würde, sondern sie sich zunutze mache.³⁷⁴

Auf der Schweriner Gontscharow-Konferenz im Februar 1951³⁷⁵, die auf den Besuch des sowjetischen Pädagogen vom Dezember 1950 folgte, wurde zur Vermeidung von „Irrwegen“ die These von der „Leittheorie Sowjetpädagogik“ empfohlen³⁷⁶ – gleichsam als ideologisches Regulierungsinstrument. Bei der Adaption von sowjetischer Pädagogik auf deutsche Verhältnisse mussten jedoch die klassische deutsche Pädagogik und die „Erfahrungen unserer fortschrittlichen Lehrer und Aktivisten“ hinzugezogen werden, um „zu einer neuen pädagogischen Theorie unserer deutschen demokratischen Schule“ zu gelangen. In diesem Sinne sprach der Hauptreferent der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung des MfV auf der Konferenz ganz offen darüber, dass Teile der sowjetischen Pädagogik bisher „zu mechanisch“ auf die deutschen Verhältnisse übertragen worden seien.³⁷⁷

³⁷⁰ Anm.: Am 29.4.1950 fand im DPZI eine Aussprache mit Professor Jessipow über Grundfragen der Didaktik statt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 206. Mitteilung von Direktorin Zaisser an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter. 27.4.1950.) Sein Vortrag diente später zur Vorbereitung der Prüfungsbeobachtungen im Sommer 1950. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokoll-Notiz. Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung am 5.7.1950.)

³⁷¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 361-368. Theoretisch-methodische Abteilung. Protokoll über den Besuch Gontscharows im DPZI. 7.12.1950.

³⁷² Anm.: Die sowjetische Delegation mit ihrem Leiter, dem Volksbildungsminister der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) Kairow, stattete dem DPZI am 7.11.1950 einen Besuch ab. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 21-24. Bericht der theoretisch-methodischen Abteilung. 8.11.1950.)

³⁷³ Anm.: In diesem Fall wurde die Anwendbarkeit auf die „kapitalistischen Länder“ mit einbezogen: „Haben die Ergebnisse der sowjetischen Psychologie nur Geltung für den Sowjet-Menschen, oder auch für den Menschen in den noch kapitalistischen Ländern?“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 361-368. Theoretisch-methodische Abteilung. Protokoll über den Besuch Gontscharows im DPZI. 7.12.1950. Bl. 361.)

³⁷⁴ Vgl. Ebenda. Bl. 361/362.

³⁷⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 281/282. Arbeitsvorschlag an das Ministerium für Volksbildung aus der Gontscharow-Konferenz am 10. und 11.2.1951 in Schwerin.

³⁷⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 270-279. Abschrift Fortsetzung der Diskussion der Gontscharow-Konferenz am 11.2.1951. und Vgl. Ebenda. – Bl. 283-288. Abschrift Beginn der Diskussion im Anschluss an den Vortrag des Minister Laabs (Volksbildungsminister Land Schwerin, N.Z.) am 10.2.1951.

³⁷⁷ Anm.: „Viele Kollegen haben das Gesagte zu mechanisch übertragen. Man glaubt, was in der Sowjetunion nach 33 Jahren möglich ist, müsste bei uns auch möglich sein.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 270-279. Abschrift Fortsetzung der Diskussion der Gontscharow-Konferenz am 11.2.1951. Bl. 275.) Des Weiteren stellte der Hauptreferent des MfV sogar die politische Organisiertheit der Lehrer in Frage. Er postulierte, dass die von den Lehrern verlangte gesellschaftliche Arbeit nicht auf die Mitgliedschaft in einer Partei reduziert werden dürfe, verwies auf deren Unzweckmäßigkeit, wenn „sie nicht ideologisch gefestigt“ wäre und forderte dazu auf, die Lehrer zukünftig nicht „durch zu viele Funktionen“ zu überlasten. (Vgl. Ebenda. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 294. Schreiben des Ministeriums für Volksbildung/

Beim Besuch von *Kairow* im November 1950 standen neben dem sowjetischen System der Lehrerbildung und dem Lehrplanbegriff auch die Grundlagen der Didaktik im Mittelpunkt des Interesses.³⁷⁸ Am ausdrücklich wichtigsten erschien die Antwort des Gastes auf die Frage nach den didaktischen Prinzipien der demokratischen bzw. sozialistischen Schule. Professor Kairow nannte folgende: „Erzieherischer Unterricht – Bewusstheit, Anschaulichkeit – Aktivität – Fertigkeit, Fasslichkeit“.

Diese Antwort wurde als wesentliche Anregung aufgenommen, um die Überlegungen und Entwürfe zu den aus der sowjetischen Pädagogik entlehnten³⁷⁹ und in Zusammenarbeit mit dem DPZI im ersten Halbjahr 1950 bearbeiteten didaktischen Prinzipien zu ergänzen. Die dabei gefundene Formulierung der didaktischen Prinzipien wiederum diente nicht nur als Grundgerüst für die Verordnung über die Unterrichtsstunde vom Juli 1950, sondern wurde sogar als das „theoretische Rückgrat“ der „gesamten Arbeit der theoretisch-methodischen Abteilung“ bezeichnet.³⁸⁰ Vorgesehen war ursprünglich, die Ausarbeitung der „didaktischen Grundsätze“ bis Ende April 1950 zum Abschluss zu bringen.³⁸¹ Die vermeintlich in der Sowjetunion aufbrechenden didaktischen Auseinandersetzungen boten jedoch die Gelegenheit, auch für die Entwicklung der Pädagogik in der DDR den Weg der Diskussion über didaktische Fragen einzuschlagen und die Abfassung der „Grundsätze“ in Form eines offiziellen Dokuments auszusetzen.³⁸² Dem Institut kam dabei die Aufgabe zu, diese Debatte in Gang zu setzen.³⁸³

Aber auch zwei Jahre nach der entfachten Diskussion konnte weder von einer originären „deutschen (demokratischen, N.Z.) Pädagogik“³⁸⁴ bzw. wenigstens Didaktik, noch von gar originären selbständigen Vorstellungen pädagogisch-theoretischer Art gesprochen werden³⁸⁵. Diesbezügliche Fragen seien erst noch von einer marxistischen Grundhaltung aus zu durchdenken. Eine „allgemeine Kritik vom bürgerlichen Standpunkt aus“ blieb unerwünscht. Da „viele pädagogische Wissenschaftler“ in der Sowjetunion „einen eigenen Standpunkt“ vertreten würden, sollten auch die DDR-Pädagogen ihre Meinung öffentlich verteidigen. Der fehlende

Hauptabteilung Unterricht und Erziehung an Dorst. 31.1.1951.) Denn die „meisten Lehrer haben 4, 5, 6 gesellschaftliche Funktionen neben ihrer Lehrtätigkeit“, unter anderem waren ca. 90 Prozent der Lehrer gleichzeitig auch Pionierleiter (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Bericht über den Besuch des Lehrganges für Lehrer und Pionierleiter in Halle [24. bis 25.10.1950]. 27.10.1950.).

³⁷⁸ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 21-24. Bericht der theoretisch-methodischen Abteilung. 8.11.1950.

³⁷⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 282. Bei der „sowjetischen Pädagogik“ verweist Geißler auf Ogorodnikow, I.P./Schimbirjew, P.N.: Lehrbuch der Pädagogik. Berlin/Leipzig, 1949. und auf „einschlägige Veröffentlichungen in *die neue schule* 5(1950).“ (Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 282. [Anmerkung 1256, Geißler]). Zu „entlehnter didaktischer Prinzipien“ erläutert er: „Verbindung der Wissenschaftlichkeit des Unterrichts mit der Erziehung der Schüler zu ‚fortschrittlichen Demokraten‘; Systematik des Unterrichts; Verbindung von Theorie und Praxis; Bewusstheit und schöpferischer Charakter der Arbeit der Schüler bei führender Rolle des Lehrers, Fasslichkeit des Unterrichts und individuelles Eingehen auf die Schüler auf der Grundlage der Arbeit mit dem Schülerkollektiv.“ (Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 282.).

³⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6428. – Bl. 54-74. Theoretisch-methodische Abteilung. Übersicht über die Tätigkeit und deren Ergebnisse im ersten Halbjahr 1950. 24.4.1951. Bl. 61/62.

³⁸¹ Vgl. Ebenda. Bl. 62.

³⁸² Vgl. Ebenda.

³⁸³ Vgl. Punkt 2.2.2.1 und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. Bl. 131.

³⁸⁴ Anm.: So der spätere Abteilungsleiter der methodischen Abteilung, Dr. Hruschka, auf einer Abteilungsbesprechung zur Vorbereitung einer theoretischen Konferenz im Januar 1952. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 255-265. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Theorie: Protokoll zur Abteilungsbesprechung am 29.1.1952. Bl. 262/263.)

³⁸⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.

Mut, Stellung zu beziehen, sei auf die ungenügende Fundierung der pädagogischen Grundlagen in der DDR zurückzuführen. Um nun auch in der DDR eine entsprechende pädagogische Diskussion entfalten zu können, rückten Ansätze empirischer Forschung vermehrt ins Blickfeld. Hinsichtlich der didaktischen Prinzipien lautete deshalb der Aufruf: „Untersucht die Praxis und entwickelt von dort didaktische Prinzipien!“.³⁸⁶

Das Referat Sowjetpädagogik, seit April 1952 unbesetzt³⁸⁷, verschwand 1953 ganz aus der Struktur des Instituts³⁸⁸. Übrig blieb ein Bereich für die Sowjetunion im „Büro zur Auswertung der Erfahrungen unserer besten Lehrer und zur Auswertung der pädagogischen Erfahrungen im Auslande“. Die Idee zu dieser Neukonstruktion entstand im September 1953.³⁸⁹ 1954 sollte sich das zweite Fachgebiet der geplanten Dienststelle als eigenständiges Büro für Pädagogik im Auslande konstituieren.³⁹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt übernahmen die einzelnen Referate in der Abteilung Theorie die Aufgaben des ehemaligen Referats Sowjetpädagogik³⁹¹, und zwar sowohl zum Teil die Informationsbeschaffung als auch die Auswertung einzelner sowjetischer pädagogischer Literatur³⁹².

³⁸⁶ Vgl. Ebenda.

³⁸⁷ Anm.: Der Hauptreferent für Sowjetpädagogik schied zum 31.3.1952 aus dem Institut aus (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.) und noch Ende 1952 war in Abteilung Theorie kein Hauptreferent für *sowjetische Pädagogik* vorhanden; für die Abteilung Lehrerbildung war keine entsprechende Hauptreferentenstelle mehr vorgesehen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.).

³⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953. In diesem nach Abteilungen geordneten Stellenplan ist kein Referat für Sowjetpädagogik vorgesehen.

³⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Bl. 36. (Das 16. Plenum des ZK der SED fand vom 17.-19.9.1953 statt.) Ein „Büro zur Auswertung der besten Erfahrungen der Lehrer“ bestand bereits Anfang 1953 im Institut (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.).

³⁹⁰ Anm.: Das Büro war vor allem für die „Auswertung der Erfahrungen ausländischer Pädagogen, insbesondere aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien“ geplant. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954.)

³⁹¹ Anm.: So hatte das Referat *Heimerziehung* unter anderem die Aufgabe, „sämtliche Neuerscheinungen aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien“ zu studieren und zu popularisieren (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 288/289. Abteilung Theorie/Referat Heimerziehung. Tätigkeitsbereich. 17.10.1952.), ebenso die Referate *Schule und Jugendorganisation* (Vgl. Ebenda. – Bl. 290/291. Abteilung Theorie/Referat Schule und Jugendorganisation. Tätigkeitsbereich. 17.10.1952.), *Allgemeine Pädagogik* (Vgl. Ebenda. – Bl. 292/293. Abteilung Theorie/Referat Allgemeine Pädagogik. Tätigkeitsbereiche. 17.10.1952.), *Psychologie* (Vgl. Ebenda. – Bl. 294/295. Abteilung Theorie/Referat Psychologie. Tätigkeitsbereiche. 17.10.1952.), *Allgemeine Didaktik* (Vgl. Ebenda. – Bl. 296/297. Abteilung Theorie/Referat Allgemeine Didaktik. Tätigkeitsbereich. 17.10.1952.), *Vorschulerziehung* (Vgl. Ebenda. – Bl. 298/299. Abteilung Theorie/Referat Vorschulerziehung. Tätigkeitsbereich. 17.10.1952.) und *Geschichte der Pädagogik* (Vgl. Ebenda. – Bl. 300/301. Abteilung Theorie/Referat Geschichte der Pädagogik. Tätigkeitsbereich. 17.10.1952.).

³⁹² Anm.: Hier war vor allem das Werk von Makarenko von Bedeutung. Wurde dies 1951/1952 noch „in Wort und Schrift“ propagiert (Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 383. Abteilung Theorie/Referat Heimerziehung. Tätigkeitsbereich. 11.12.1951.), sollte es 1953 auch ausgewertet werden (Vgl. Aufgabengebiet des neu gegründeten Referats Sittliche Erziehung der Abteilung I. In: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.).

Die sowjetische Pädagogik floss auf diese Weise sukzessive in die Theoriearbeit des DPZI ein – zunächst institutionalisiert in den Referaten der Abteilungen I und III (s.o.), dann als *eine* vorgebliche Grundlage für die Arbeit aller Referate.

2.2.2.4.2 Schulpolitische Schwierigkeiten der Bildungsadministration

Angesichts des diagnostizierten Entwicklungsdefizits der pädagogischen Theorie vom Jahr 1952, verwundert es nicht, dass die Bewertung des Einflusses der SED-Führung auf die Schularbeit ähnlich pessimistisch betrachtet worden ist.

Die „Verordnung über die Durchführung des Schuljahres 1950/51“, insbesondere die Verordnung über die Unterrichtsstunde als „Grundform der Schularbeit“ habe die Praxis nicht im angestrebten Maße verändert.³⁹³ Beklagt wurde vor allem die partielle bzw. vollständige Ignoranz der Lehrer gegenüber bestimmten Gesetzen, Verordnungen und Anweisungen zur „Weiterführung der demokratischen Schulreform“.³⁹⁴ Ebenso hätte die Schulverwaltung bei der Überwachung von deren Umsetzung versagt.³⁹⁵ Der Unterricht sei „nicht parteilich“, stattdessen „formal“ und ausschließlich als Wissensvermittlung konzipiert. Politisch erwünschte gesellschaftliche Erkenntnisse wären dem Geschichts- und Gegenwartskundeunterricht überlassen geblieben.³⁹⁶ Dieses angeblich oft gezeigte Desinteresse gegenüber der „Einheit von Unterricht und Erziehung im Lehrprozess“, auch als „objektivistische Tendenzen“ beschrieben, unterstellte das MfV ebenso der Arbeit des Instituts an den Themen und Fragen der Abschlussprüfungen 1951³⁹⁷.

Den dabei erhobenen Vorwurf des Unvermögens wies Dorst vehement von sich. Mussten doch alle wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI im Juli des Jahres 1950³⁹⁸ an den mündlichen Prüfungen teilnehmen sowie deren Verlauf beobachten und auswerten.³⁹⁹

Um die von der Schulpolitik verordnete erzieherische Komponente der Schularbeit zu intensivieren, rückte die Erziehung zum demokratischen Patriotismus in den Mittelpunkt des Schuljahres 1951/52⁴⁰⁰. Im herrschenden bildungspolitischen Selbstverständnis zählte dazu auch

³⁹³ Anm.: „Die Bedeutung dieser Verordnung (Verordnung über die Durchführung des Schuljahres 1950/51 vom 4.7.1950, N.Z.) für die Planung und Arbeit im Einzelnen wurde oft unterschätzt. Teilweise wurde versucht, die Schularbeit ausserhalb (sic!) der gegebenen Richtlinien zu entwickeln. Dies zeigt sich insbesondere in der nicht genügenden Beachtung der Verordnung über die Unterrichtsstunde als Grundform der Schularbeit.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Richtlinien für die Durchführung des neuen Schuljahres. S. 1. [Sommer 1951])

³⁹⁴ Vgl. Ebenda. S. 8.

³⁹⁵ Vgl. Ebenda.

³⁹⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 6.

³⁹⁷ Anm.: Dorst erfuhr über den damaligen Minister für Volksbildung des Landes Schwerin, Herrn Laabs, dass Rebisch (zu diesem Zeitpunkt Hauptreferent für Grundschulen im MfV der DDR) „objektivistische Tendenzen“ im Material der Abschlussprüfungen entdeckt habe und deshalb eine völlige Umarbeitung der Fragen und Themen wünsche, wodurch auch der Prüfungstermin gefährdet würde. Daraufhin wendete sich Dorst an die ehemalige Direktorin des DPZI, Frau Zaisser (nunmehr Staatssekretär im MfV), mit der Bitte, die Forderung Rebischs nach vollständiger Überarbeitung zurückzuweisen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben Dorst an Frau Staatssekretär Prof. Zaisser. 14.4.1951. Zu den Biographischen Daten: Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 303ff.)

³⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Theoretisch-methodische Abteilung: Übersicht über geplante Reisen zur Beobachtung der Abschlussprüfungen. 22.6.1950.

³⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokoll-Notiz. Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung am 24.5.1950.

⁴⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Richtlinien für die Durchführung des neuen Schuljahres. S. 9ff. [Sommer 1951] Der demokratische Patriotismus habe seine „Quelle in der Liebe zum eigenen Volk, im Glauben an die schöpferischen Kräfte des Volkes“. Daher würde die Erziehung zum

die Erziehung zu einem „echten Internationalismus“, der sich unter anderem in der „Liebe zu dem besten Freund des deutschen Volkes, zu Stalin“ äußere.

Auch die Lehrplanarbeit richtete sich verstärkt auf das sowjetische Vorbild aus, trotz der zeitgleich diskutierten Kritik an der mechanischen Übertragung von sowjetischer Pädagogik auf deutsche Verhältnisse⁴⁰¹. Vermutlich mangels greifbarer Alternativen setzte sich die preußisch-herbartianisch geprägte Lernschule „sowjetischer Provenienz“⁴⁰² (zunächst) in der DDR durch. Nach der Systemkrise 1953 musste sie jedoch, zumindest in dieser extremen Form, wieder zurückgenommen werden, weil Lehrer und Schüler von den 1951 vorgenommenen Veränderungen in den „Lernschulplänen“ und Lehrbüchern – Erhöhung des naturwissenschaftlichen Stundenanteils in Anlehnung an die sowjetrussische Praxis – völlig überfordert waren.⁴⁰³ Der Grund hierfür wurde unter anderem in der Stofffülle⁴⁰⁴ der Pläne gesucht, die reduziert werden sollte.⁴⁰⁵ Damit änderte sich jedoch nichts am Muster der Lernschule.⁴⁰⁶

2.2.2.4.3 Stalin und die Wissenschaft – Von einer geplanten Konferenz zum sozialistischen Erziehungsziel

Die in Gesellschaft und Schulwesen massiv vorangetriebene Stalinisierung⁴⁰⁷ erstreckte sich auch auf die pädagogische Wissenschaft. Mit der theoretischen Konferenz der SED im Juni 1951 zum Thema „Die Bedeutung der Arbeiten des Genossen Stalin ‘Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft’ für die Entwicklung der Wissenschaften“ wurde erstmals der marxistische Wissenschaftsbegriff proklamiert.⁴⁰⁸ Überdies definierte die Konferenz die „Rolle der Wissenschaft für den Aufbau des Sozialismus in der DDR“ neu und erklärte den Marxismus-Leninismus zur Grundlage allen wissenschaftlichen Arbeitens überhaupt.⁴⁰⁹

Wenngleich diese Maximen das Verständnis von Wissenschaft nicht fundamental dominierten, zeichneten sich hier einschneidende Veränderungen im Wissenschaftsverständnis derjenigen

demokratischen Patriotismus „die Erziehung zum Hass gegen die Feinde des Fortschritts, des Friedens und der nationalen Befreiung“ implizieren; außerdem die „Erziehung zu einer neuen Einstellung zur Arbeit als der Quelle des nationalen Reichtums“ und „zu einem bewussten Verhalten zum gesellschaftlichen Eigentum“. Weiterhin schließe es ein „kameradschaftliches und freundschaftliches Verhältnis zu den Mitmenschen, ... zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Besonderen zu unserem Staatspräsidenten Wilhelm Pieck“ mit ein. Verbunden sei die Erziehung zum Patriotismus mit der „Erziehung zu einem echten Internationalismus“, das hieße in diesem Fall unter anderem die „Freundschaft zu den friedliebenden Kräften in allen Völkern, insbesondere den Völkern der Volksdemokratien, an der Spitze die ruhmreiche Sowjetunion“ sowie die „Liebe zu dem besten Freund des deutschen Volkes, zu Stalin“. (Vgl. Ebenda. S. 10.)

⁴⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 270-279. Abschrift Fortsetzung der Diskussion der Gontscharow-Konferenz am 11.2.1951. Bl. 275.

⁴⁰² Vgl. Geißler, Gert: Perioden einer Bildungsgeschichte der SBZ und DDR. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 1-24. S. 18.

⁴⁰³ Vgl. Neuner: Lehrplanarbeit. S. 280ff.

⁴⁰⁴ Vgl. Hruschka, E.: Einige Bemerkungen zu der Gestaltung unserer neuen Lehrpläne für den Fachunterricht in der Grundschule und zu ihrer Verbesserung. In: Pädagogik 7 (1952). S. 481-491. S. 488ff. Zitiert nach: Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 92.

⁴⁰⁵ Anm.: Außerdem machen Benner/Sladek weitere in der DDR vermutete Gründe für das Schulversagen bzw. die Überforderung der Schüler aus: „vorübergehende Transformationsprobleme beim Übergang in die neue gesellschaftliche Ordnung“, der unterschiedliche „Bildungsstand der Herkunftsfamilien“ der Schüler sowie „alte Klassenstruktur und deren Sozialisierungseffekte“; außerdem der methodische „Ausbildungsstand der Lehrerschaft“. (Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 91.)

⁴⁰⁶ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 121.

⁴⁰⁷ Vgl. Neuner: Lehrplanarbeit. S. 280/281.

⁴⁰⁸ Vgl. Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. S. 37f.

⁴⁰⁹ Vgl. Ebenda.

Funktionäre ab, die „im Parteiapparat und in den Ministerien wissenschaftspolitische Entscheidungen fällten“.⁴¹⁰

Den mit Stalins Arbeit verbundenen marxistischen Wissenschaftsbegriff auf die pädagogische Wissenschaft zu übertragen, oblag dem DPZI.

Auf Anregung Wandels vom 9.3.1951⁴¹¹ mussten im Anschluss an die theoretische Konferenz Stalins Ausführungen „Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ von den Mitarbeitern des Instituts verbindlich studiert werden.⁴¹² Die Auswertung sollte nach einzelnen Fachgebieten erfolgen.⁴¹³ 1952 schrieb der Arbeitsplan des Instituts sogar die Vorbereitung einer theoretischen Konferenz zur Anwendung der Arbeiten Stalins im Bereich der Erziehung durch die Abteilung Theorie vor.⁴¹⁴ Als Anknüpfungspunkt diente die theoretische Konferenz der SED vom Juni 1951.⁴¹⁵ Gemeinsam mit dem MfV bereitete das DPZI die Veranstaltung für Mai 1952 vor. Sie stand unter dem Leitgedanken: „Die Arbeiten Stalins über den Marxismus-Leninismus und die Fragen der Sprachwissenschaft und ihre Bedeutung für die pädagogische Wissenschaft oder die Pädagogik.“. Geplant war eine zentrale Tagung, an deren Vorbereitung zusätzlich zu den DPZI-Mitarbeitern ca. 50 bis 60 Pädagogen beteiligt werden sollten.

Im Vorfeld wurden seitens der Abteilung Theorie fünf Bedeutungsdimensionen zur Diskussion gestellt:

„I. Die Erziehung als gesellschaftliche Erscheinung.“

„II. Gegenstand der pädagogischen Wissenschaft“ (Grundlagen; Lehre von der Erziehung, des Unterrichts, Fragen der Methodik; Gegenstand der Geschichte der Pädagogik)

III. Muttersprachenunterricht in der allgemeinbildenden Schule, im Kindergarten und im Heim

IV. Fremdsprachenunterricht

V. Rolle der Erziehung und der pädagogischen Wissenschaft bei der Entwicklung der Gesellschaft (vom gesamtdeutschen Standpunkt aus).

Die Grundgedanken während der Debatte zur Konferenzvorbereitung kreisten vor allem darum, ob bei der Behandlung der Arbeiten Stalins deduktiv oder induktiv vorzugehen sei. Ersteres meinte, dass aus den Erkenntnissen Stalins Rückschlüsse für die pädagogische Praxis gezogen

⁴¹⁰ Vgl. Ebenda.

⁴¹¹ Anm.: Hier ist die Verwendung von Stalins Arbeit zur Sprachwissenschaft im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Methodiken erwähnt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.) In dem darauf Bezug nehmenden Schreiben des DPZI „Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des DPZI“ wird noch allgemein von einer Anwendung der Erkenntnisse der „bedeutsamen Arbeiten des Genossen Stalin“ auf die „wichtigsten pädagogischen Probleme unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ gesprochen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].)

⁴¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 166/167. Arbeitsplan der theoretischen Abteilung für das zweite Halbjahr 1951. 7.8.1951.

⁴¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 465-467. Theoretische Abteilung: Arbeitsplan für das III. und IV. Quartal 1951. 21.7.1951. (Anm.: So geschehen in den Referaten Didaktik [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 451. Abteilung I/Referat Didaktik: Arbeitsplan für das II. und IV. Quartal 1951.], Vorschulerziehung, mit besonderem Augenmerk auf „Inhalt und Methode der Spracherziehung im Vorschulalter“ [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 442/443. Referat Vorschulerziehung: Arbeitsplan Tätigkeitsbereich des Referats Vorschulerziehung für 1952. 8.11.1951.]; sowie bereits in Vorbereitung der theoretischen Konferenz 1952: Psychologie [BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 352/353. Referat Psychologie: Arbeitsplan für das Jahr 1952.].)

⁴¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.

⁴¹⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 255-265. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Theorie: Protokoll zur Abteilungsbesprechung am 29.1.1952.

werden müssten. Bei der induktiven Vorgehensweise müssten viele Probleme der Praxis aufgegriffen und anhand der Theorie, in diesem Fall entlang der Stalinschen Texte, Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Ursache für diese doppelgleisigen Überlegungen war die noch unklare Funktion der theoretischen Konferenz. E. Hruschka brachte das Problem mit der Frage auf den Punkt, ob es bei dieser Tagung um praktische Hilfe für Lehrer oder um die Vorbereitung der Entwicklung einer deutschen Pädagogik gehen solle. Die fehlende Klarheit erwuchs Hruschka zufolge aus der grundsätzlichen Schwierigkeit, dass „eine deutsche Pädagogik“ fehle. Es mangle an einem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule, ebenso wie an Methoden der Erziehung und der davon abzuleitenden Erziehungsprinzipien. Im Verlauf der Besprechung kristallisierte sich heraus, dass die Frage der konkreten Fassung des Erziehungszieles und der Prinzipien und Methoden der Erziehung auf jeden Fall in die Vorbereitung der Konferenz mit aufgenommen werden müsse.⁴¹⁶ Vor dem Hintergrund solcher prinzipieller Ungewissheiten wurde zunächst beschlossen, die Konferenz zu verschieben. Abhilfe sollte die Auswertung von „Erfahrungen der Delegation deutscher Pädagogen“ von ihrer Reise in die Sowjetunion (Juni 1952) schaffen, die deshalb unbedingt abzuwarten sei.⁴¹⁷ Letztendlich fand die Konferenz dann aber nicht mehr unter ihrem ursprünglichen Leitgedanken statt.

Stalins Arbeiten über die Sprachwissenschaft und den Marxismus-Leninismus konnten in der Folge zwar einzelne Erkenntnisse abgerungen werden.⁴¹⁸ Aber insgesamt gelang es weder in der DDR noch anderswo, „aus Stalins Vorgaben eine wissenschaftliche Theorie der Erziehung abzuleiten“⁴¹⁹. Somit war dem erhofften „geschlossene(n) System einer marxistisch-leninistischen Wissenschaft von der Erziehung“ das gleiche Schicksal wie der Sowjetpädagogik beschieden: es entstand ein Konstrukt.⁴²⁰ Analog zum Referat Sowjetpädagogik im DPZI verschwand auch das Referat Marxismus-Leninismus nach einer kurzfristigen Ausdehnung 1952⁴²¹ im Jahr darauf ganz aus der Struktur des Instituts⁴²².

⁴¹⁶ Anm.: Weitere Punkte waren: „Der Komplex Junge Pioniere“, „Wann ist der Unterricht erzieherisch wertvoll?“, „Rolle der Grammatik“, „Rolle der Literatur“ und „Frage der Fremdsprache“ (Vgl. Ebenda. Bl. 265.).

⁴¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952.

⁴¹⁸ Anm.: Eigenen Angaben nach wurden, in Übereinstimmung mit Fred Oelßners Darstellung des Themas (Stalins Arbeiten) auf der II. Parteikonferenz der SED, Stalins Ausführungen nach der Bedeutung für die Sprachwissenschaften – besonders den Grammatikunterricht, der für den richtigen Ausdruck der Gedanken wichtig sei – und der Bedeutung für die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus analysiert. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 91-94. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung V – Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 31.3.1953.)

⁴¹⁹ Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 126.

⁴²⁰ Anm.: Benner und Sladek betonen, dass „Staatspädagogik als deformierte Wissenschaftspraxis möglich“ wäre, jedoch fraglich sei, „ob Staatspädagogik jenseits der Simulation eines theoretisch-geschlossenen Begründungszusammenhangs und der gegenseitigen Versicherung orthodoxer Gesinnungen und Einstellungen auch als wissenschaftliche Theorie und Forschung gelingen kann“. Anhand eines Promotionsprotokolls von 1951 zeigen Benner/Sladek die „Simulation von Staatspädagogik“ auf. (Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 124ff.)

⁴²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 116-122. Stellenplanentwurf für 1952.

⁴²² Anm.: Bereits Ende 1952 war das Referat Marxismus-Leninismus der Abteilung Theorie unbesetzt, das der Abteilung Lehrerbildung nicht mehr vorhanden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.) Im Mai 1953 war kein Referat mehr für Marxismus-Leninismus vorgesehen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

Die konkrete Fassung des Erziehungsziels im Kontext der gesellschaftspolitischen Strategie der SED seit dem Anfang der 1950er Jahre lenkte indessen das Politbüro der SED per Beschluss⁴²³ Ende Juli 1952 in die erwünschten Bahnen. Im Anschluss an die II. Parteikonferenz fiel hier die Entscheidung zugunsten des Begriffs der „allseitig entwickelten Persönlichkeit“. Der Auftrag an das DPZI lautete nunmehr, dieses Erziehungsziel bei der Neukonzipierung der ursprünglich der Bedeutung der Arbeiten Stalins für die pädagogische Wissenschaft gewidmeten theoretischen Konferenz zu erläutern, d.h. theoretisch zu fundieren.⁴²⁴

Die Überlegungen für diese neuerliche Konferenz Anfang Januar 1953 zum Problem „Die Konkretisierung des Erziehungsziels in der deutschen demokratischen Republik“ setzten der schriftlichen Überlieferung nach im September 1952 ein.⁴²⁵ Daraufhin entwickelte sich eine Grundsatzdiskussion über die Definition des Gegenstandes von Erziehungswissenschaft. Im November wurde dazu im Rahmen einer siebenstündigen Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie beraten.⁴²⁶ Am Schluss der Aussprache resümierte Dorst, dass alles, „was an zielstrebigem und organisierten Einwirkungen der Bildung und Herausbildung vor sich geht“ zum Gegenstand der pädagogischen Wissenschaft gehöre – „gleichgültig, ob zu Hause, in der Jugendorganisation usw.“. Diese Einwirkungen „auf den heranwachsenden Menschen oder Generation“ würden durch die „Vermittlung von Wissen und Kenntnissen“ und den Beitrag der Politik⁴²⁷ erfolgen, wobei die „politische, weltanschauliche, charakterliche Erziehung auf ein bestimmtes Ziel“ hin der Hauptaspekt dieses Systems sei.

Die Forderung des Beschlusses vom 29.7.1952, auch die Methoden der polytechnischen und ästhetischen Erziehung zu erforschen, wurde im Rahmen einer Beratung zur Konkretisierung des Erziehungsziels im DPZI hingegen zunächst nur zur Kenntnis genommen.⁴²⁸ Doch kurz darauf sollten, zusätzlich zu der für Januar 1953 geplanten theoretischen Konferenz, jeweils eine Konferenz zu Fragen der polytechnischen und ästhetischen sowie monatlich zur patriotischen Erziehung abgehalten werden.⁴²⁹

⁴²³ Aus dem Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen (29. Juli 1952). In: Die neue Schule, Heft 34/1952, S. 2f. (gekürzt) Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 499.

⁴²⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952.

⁴²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952.

⁴²⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 133-172. Protokoll über die Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie am 7.11.1952.

⁴²⁷ Anm.: „Koll. Dir. Dr. Dorst: ... Wir haben gesagt, diese Einwirkungen gehen vor sich durch die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, und jetzt fehlt noch etwas: die Politik muss mit hinein.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 133-172. Protokoll über die Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie am 7.11.1952. Bl. 171/172.)

⁴²⁸ Anm.: „Als an dem Beschluss (vom 29.7.1952, N.Z.) bemerkenswert wurde weiterhin hervorgehoben die Verbindung von Bildung und Unterricht sowie die Forderung einer Diskussion über Methoden und Aufgaben der polytechnischen und auch der ästhetischen Erziehung.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin – am 6.9.1952. Bl. 189.)

⁴²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 416. Die Termine hierfür standen allerdings noch nicht fest und auch die Verantwortlichkeiten für die Vorbereitung und Durchführung der Konferenzen wurden noch hin- und hergeschoben. Zunächst ging der Auftrag der Konferenzvorbereitungen an die Abteilung Methodik (Vgl. Ebenda.), die dabei von der Abteilung Theorie nur unterstützt werden sollte (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin – am 6.9.1952. Bl. 190.). 1953 verschob sich dieses Verhältnis dann aber ins Gegenteil. (Vgl.

In den folgenden Monaten rückte dann vor allem die Polytechnisierung der Allgemeinbildung im Zusammenhang mit der „Einführung der allgemeinen Mittelschulbildung“ in den Blickpunkt.⁴³⁰ Mit dem polytechnischen Unterricht in den Schulen sollte noch 1953 begonnen werden. Vorgesehen war, Polytechnik nicht nur als fächerübergreifendes Prinzip zu etablieren, sondern als eigenes Fach im Lehrplan der allgemeinbildenden Schulen zu verankern. In diesem Sinne sei die Schulorganisation weiterzuentwickeln und vor allem die Zehnklassenschule auszubauen⁴³¹, da dieser Schultyp zur Fachschulreife führen und insbesondere der Vorbereitung auf die technischen Fachschulen dienen müsse.

Da nun speziell die polytechnische Seite des Erziehungsziels einen solchen Bedeutungszuwachs erfahren hatte, fand wiederum die geplante Konferenz zur Konkretisierung des Erziehungsziels ein neues Thema, und zwar zunächst in der „Entwicklung der allgemeinbildenden Schule beim Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Verwirklichung ihres allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziels“.⁴³²

Daraufhin folgten in Vorbereitung dieser Konferenz Auseinandersetzungen darüber, „ob die Realisierung des neuen Erziehungsziels eine neue Schulstruktur voraussetze (Hruschka, Dorst) oder aber sich die neue Schulstruktur aus den Bildungs- und Erziehungsanforderungen ergebe (Rücker)“.⁴³³ In Anlehnung an das sowjetische Bildungsmodell wurde außerdem der direkte Übergang von den Zehnklassenschulen an die Universitäten gefordert.⁴³⁴

Die bereits Ende 1952 im Rahmen der Verwirklichung des Politbüro-Beschlusses vom 29.7.1952 beratenen Veränderungen in der Schulstruktur hinsichtlich einer Elfklassenschule mit polytechnischem Unterricht⁴³⁵ ab dem Schuljahr 1953/54⁴³⁶ führten zu erneuten Unsicherheiten

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁴³⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.

⁴³¹ Anm.: Als problematisch wurde betrachtet, dass „von der im Fünfjahrplan vorgesehenen Zahl von 60000 Kindern, die 1955 in Zehnklassenschulen lernen sollen, im Jahre 1952 erst 9 000 diesen neuen Schultyp besuchten und in diesem Jahre noch nicht die Hälfte der vorgesehenen Zahl erreicht werden wird“. (Vgl. Ebenda.)

⁴³² Vgl. Lost, Christine: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR – Seine Entwicklung an Beispielen. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 139-148. S. 142. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. o.O. DPZI: Protokolle der Direktionsberatungen. Abteilungsleitersitzung am 8.1.1953.

⁴³³ Vgl. Ebenda. Fritz Rücker war ab „1952 Leiter der Hauptabteilung Pädagogik, danach Pädagogischer Direktor des Verlags `Volk und Wissen´.“ (Geißler: Kurzbiographien. S. 319.).

⁴³⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 142. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. o.O. DPZI: Protokolle der Direktionsberatungen. Abteilungsleitersitzung am 8.1.1953.

Der Vorschlag wurde auf der Sitzung am 8.1.1953 von Uhlmann, Leiter der Abteilung Theorie, eingebracht, der meinte, damit den Forderungen Ulbrichts und Grotewohls nach einer Angleichung an das sowjetische Bildungsmodell zu folgen.

⁴³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Mitteilung Dorst an Hruschka: Betreff Verwirklichung des Politbüro-Beschlusses vom 29. Juli 1952. 12.12.1952. (Nach einer Aussprache mit Ministerin Zaisser am 11.12. wurde Hruschka beauftragt, Pläne für ein 11. Schuljahr vorzubereiten.)

Bei der Umstellung auf die Elfklassenschule sollte die „Zehnklassenschule auf elf Jahre erweitert und die Zwölfklassenschule auf elf Jahre herabgesetzt werden“. Sie habe „nicht nur die Grundlagen der Wissenschaft“ zu vermitteln, es sei auch den „elementaren Grundlagen der Produktion, d.h., der polytechnischen Bildung“ mehr Raum „in den neuen Lehrplänen“ einzuräumen. (BBF/DIPF/Archiv,

in der Konferenzvorbereitung. Von der Behandlung dieser Probleme wurde auf der neu geplanten Konferenz schließlich abgesehen und letztendlich im Mai 1953 eine „theoretisch-praktische Konferenz zu Fragen der polytechnischen Bildung“⁴³⁷ durchgeführt.

In der Bildungshistorie der DDR galt diese Konferenz als Meilenstein der sozialistischen Schulentwicklung, denn sie rückte die polytechnische Bildung als Teil der Allgemeinbildung wirkungsvoll in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.⁴³⁸ Die Polytechnisierung der Allgemeinbildung avancierte im Folgenden zu einem signifikanten und Identität bildenden Merkmal der Schule in der DDR.⁴³⁹

Hauptaufgabe der Polytechnischen Konferenz war die „Darstellung der polytechnischen Bildung als Bestandteil der marxistischen Pädagogik“ sowie der Nachweis der „politischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten der polytechnischen Bildung“ in Verbindung mit dem Fünfjahrplan.⁴⁴⁰ In diesem Sinne hatte die Konferenz überwiegend *politische* Bedeutung, was auch in der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zum Ausdruck kam.⁴⁴¹

Auch die DDR-pädagogische Sicht konstatierte, dass die *fachwissenschaftliche* Relevanz eher gering ausfiel, da die „Grundfrage der Integration der polytechnischen Bildung in Ziel und Inhalt der allseitigen Bildung und Erziehung“ nicht berührt wurde.⁴⁴² Die Ursache hierfür sah die pädagogische Geschichtsschreibung der DDR in den zu diesem Zeitpunkt vorgeblich noch fehlenden Rahmenbedingungen für die Einführung des polytechnischen Unterrichts.⁴⁴³ Trotz des „vorhandenen praktischen Fundus in der Methodik der naturwissenschaftlichen Fächer“ bestanden noch zu viele Unsicherheiten in der inhaltlichen Definition von polytechnischer Bildung und ihres Stellenwertes im Unterricht.⁴⁴⁴

2.2.2.5 Strukturelle Entwicklungen 1952/53 im Umfeld der II. SED-Parteikonferenz

Die verstärkte Zuwendung zur Polytechnik im Zuge der Neufassung des Erziehungsziels beeinflusste die Struktur des DPZI nachhaltig. 1953 wurde ein eigenes Referat für Polytechnische Erziehung innerhalb der Abteilung Theorie geschaffen.⁴⁴⁵ Obwohl das Referat

Signatur 6438. – Bl. 87. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung V – Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V für den Monat April am 7.5.1953.)

⁴³⁶ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 143. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. 495.

Im Februar 1953 wurde in der Leitung des MfV ein „Vorschlag zur Reorganisation der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und der Lehrerbildung“ vorgelegt (Vgl. Ebenda.).

⁴³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁴³⁸ Vgl. Kulosa: Entwicklung. S. 78 und 82.

⁴³⁹ Vgl. Ebenda. S. 82.

⁴⁴⁰ Vgl. Ebenda. S. 74/75.

⁴⁴¹ Vgl. Ebenda. S. 75. Zur Eröffnungstagung waren „führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft“ eingeladen. Die Konferenz wurde von Aufklärungsarbeit in der Tages- und pädagogischen Presse, sowie im Rundfunk begleitet“. (Vgl. Ebenda.)

⁴⁴² Vgl. Drefenstedt, Edgar: Sozialistische Unterrichtstheorie. Entwicklung in der DDR von 1945-1965. Berlin (Ost). Volk und Wissen: 1977. (Hrsg. Von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR). S. 120.

⁴⁴³ Vgl. Geschichte der Erziehung. Hrsg.-Kollegium: Karl-Heinz Günther (Leiter). 16. Auflage. Berlin (Ost). Volk und Wissen: 1988. S. 706.

⁴⁴⁴ Vgl. Anweiler, Oskar: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen. Leske und Budrich: 1988. S. 61.

⁴⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.

zunächst unbesetzt blieb,⁴⁴⁶ war die theoretische Abteilung in Vorbereitung der Konferenz auf diesem Gebiet tätig.⁴⁴⁷

Aber auch die Anstrengungen des Instituts zur Begriffsbestimmung des Erziehungsziels, die außerhalb der Ansprüche einer Polytechnisierung lagen, wirkten sich auf den strukturellen Aufbau aus.

So fanden die „verschiedenen Seiten der Erziehung“⁴⁴⁸ in den Referaten Intellektuelle Erziehung und Bildung, Sittliche Erziehung, Körperliche Erziehung und Ästhetische Erziehung der Abteilung Theorie Platz⁴⁴⁹. Damit institutionalisierten sich auf strukturellen Ebene im DPZI die anfänglichen Arbeitsschwerpunkte des Arbeitsplans 1952⁴⁵⁰, die sich nach dem Julibeschluss der SED in den Vorbereitungen der Konferenz zur Konkretisierung des Erziehungsziels noch intensiviert hatten⁴⁵¹.

⁴⁴⁶ Vgl. Ebenda. Ab 1.7.1953 wurde das Referat mit dem ehemaligen Mitarbeiter des Referats Chemie in Abteilung II besetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 82-85. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung V – Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953. Bl. 85.)

⁴⁴⁷ Anm.: „Die Abteilung Theorie hat ... bei der Durchführung der Forschungsaufgaben und anderen wissenschaftlichen Arbeiten im Berichtsjahr ihr Hauptaugenmerk der Klärung von Fragen der polytechnischen Bildung und der patriotischen Erziehung angewandt.“ Außerdem habe es sich mit dem nationalen pädagogischen Erbe und der Psychologie beschäftigt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 260/261.) „Die Abteilung Theorie hat verantwortlich die Vorbereitung und Durchführung einer theoretisch-praktischen Konferenz zu Fragen der polytechnischen Bildung geleitet.“ (Vgl. Ebenda. Bl. 262.)

⁴⁴⁸ Anm.: „Gegenwärtig ist eine Aufgliederung der Erziehung nach fünf Seiten verbreitet, ...: geistige (oder *intellektuelle*), weltanschauliche und moralische (oder ideologische, oder ideologisch-politische, oder *sittliche*), *polytechnische*, *ästhetische* (oder ästhetisch-kulturelle) und *körperliche* Erziehung.“ (Pädagogisches Wörterbuch. S. 342. Hervorhebungen: N.Z.)

⁴⁴⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953. Die Referate Körperliche Erziehung und Ästhetische Erziehung blieben zunächst unbesetzt, bis sie 1954 in der Abteilung bzw. zu diesem Zeitpunkt Sektion Theorie aufgegeben und lediglich in Sektion „Unterrichtsfächer und ihre spezielle Methodik“ als Fachgebiete in der Abteilung „Kunsterziehung, Musik und Körpererziehung“ bearbeitet worden sind (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des DPZI für das Jahr 1954.). Das Referat Intellektuelle Erziehung und Bildung hatte unter anderem die Aufgabe, grundlegende Fragen der intellektuellen Erziehung „in allen Institutionen der Volksbildung sowie in den gesellschaftlichen Organisationen“ zu untersuchen und ein System auszuarbeiten, das „die Kontinuität der Ausbildung in den aufeinander folgenden Einrichtungen unseres Volksbildungswesens sichert“. Die Sittliche Erziehung sollte „Fragen der patriotischen Erziehung und die Erziehung zur sozialistischen Moral“ untersuchen und dabei das pädagogische Erbe Makarenkos auswerten. Das Referat Körperliche Erziehung war unter anderem beauftragt, Hauptprobleme einer „Theorie der Körpererziehung und der sozialistischen Körperkultur“ sowie Grundsätze der „Hygiene in der Arbeit, der Einrichtungen und Gebäude aller Schularten“ zu entwickeln. Schließlich hatte das Referat für Ästhetische Erziehung die „Fragen der Erziehung zur sozialistischen Kultur der Persönlichkeit“ zu untersuchen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

⁴⁵⁰ Anm.: Hauptaufgaben der Erziehungstheorie: „Die wissenschaftliche Klärung der hauptsächlichen Fragen auf dem Gebiet der Theorie und der Geschichte der Erziehung, insbesondere der Prinzipien und Methoden der Erziehung in den wichtigsten Bestandteilen der intellektuellen, der körperlichen, der polytechnischen, der sittlichen, einschließlich der patriotischen und der ästhetischen Erziehung“. (APW/A 0.0.0. DPZI Akte 6429. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952. S. 3. Zitiert nach: Kulosa: Entwicklung. S. 17/18.)

⁴⁵¹ Anm.: „Das DPZI hat davon ausgehend (von den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED und dem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 29.7.1952, N.Z.) seinen Arbeitsplan überprüft und für das letzte Quartal des Jahres 1952 folgende vordringliche Arbeiten geplant: ... Abteilung 1 (Theorie) 1. Vorbereitung der pädagogisch-theoretischen Konferenz mit dem Thema: Die

Aber nicht nur die Abteilung Theorie sah sich genötigt, ihren Arbeitsplan nach dem gesellschafts- und bildungspolitischen Weichenstellung der II. Parteikonferenz der SED im Juli zu korrigieren. Auch die Abteilungen Fernstudium, Lehrerbildung und Methodik und die neu gegründete Abteilung Sorbische Schulen⁴⁵² waren davon betroffen.⁴⁵³ Bei den drei letztgenannten wirkte sich besonders die Umstrukturierung des Ministeriums für Volksbildung aus, die gleichfalls durch die II. Parteikonferenz der SED angestoßen worden war.⁴⁵⁴

Mit dem auf dieser Parteitagung verkündeten Aufbau des Sozialismus „in allen Bereichen der Gesellschaft“⁴⁵⁵ setzte eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen im Verwaltungsaufbau der DDR ein. Die Länderstruktur wurde zugunsten der Aufteilung in 14 Bezirke beseitigt, in deren Räten ausschließlich SED-Mitglieder die Leitungsfunktion ausübten.⁴⁵⁶ Dadurch entstand ein zentralistischer Einheitsstaat, in dem das Ministerium für Volksbildung der DDR die „oberste Leitungsinstanz nahezu des gesamten öffentlichen Schulwesens“ darstellte.⁴⁵⁷

In der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung des Ministeriums, welche die Angelegenheiten der allgemeinbildenden Schulen führte, wurden ab 1.9.1952 die „Abteilungen Methodik (zuständig vor allem für Lehrplanangelegenheiten, das Prüfungswesen und Fachpublikationen), Schulorganisation (zuständig für Schulentwicklung, Vorschulische Erziehung, Grundschulen, Oberschulen, Sonderschulen) und Schulinspektion“ eingerichtet.⁴⁵⁸

Konkretisierung des neuen Erziehungsziels und die Besonderheit der körperlichen, intellektuellen, polytechnischen, sittlichen, ästhetischen Erziehung in der deutschen demokratischen Schule.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Schreiben Dorst an den Minister für Volksbildung, Frau Prof. Zaisser. Betreff Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI. 9.9.1952.)

⁴⁵² Die Gründungsfeierlichkeiten der Abteilung Sorbische Schulen fanden am 18. und 19.7.1952 statt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Brief Dorst an Wandel. 10.7.1952.) Mehr dazu im Folgenden.

⁴⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Schreiben Dorst an den Minister für Volksbildung, Frau Prof. Zaisser. Betreff Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI. 9.9.1952. Die Abteilung Lehrerbildung hatte daraufhin z.B. die Thematik von neun Lehrbriefen zu überprüfen, die Abteilung Fernstudium der Lehrer musste unter anderem „von den neuen Aufgaben bei der Verwendung der Lehrpläne für Grund-, Zehnklassen- und Oberschulen“ ausgehend, die vorgesehene Thematik und den „Inhalt der Lehrbriefe aller acht Studienfächer nochmals“ prüfen.

⁴⁵⁴ Anm.: „Durch die Strukturveränderung im Ministerium für Volksbildung, insbesondere durch die Bildung methodischer Abteilungen beim Ministerium(,) ergeben sich für die Abteilung Lehrerbildung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Änderungen in der Aufgabenstellung und Änderungen der Tätigkeitsbereiche der Mitarbeiter.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Tätigkeitsbereiche der Mitarbeiter der Abteilung III. 15.10.1952. [Abteilung III war zu diesem Zeitpunkt die Abteilung Lehrerbildung. N.Z.] „Durch die in Ausführung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 29.7.1952 durchzuführende Strukturänderung in der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung des Ministeriums für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik ergeben sich für das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut Abänderungen des Arbeitsplanes. ... Aus dieser Sachlage ergibt sich für die Abteilung V ... des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts die Schlussfolgerung, Aufgaben ähnlichen Charakters für die sorbischen Schulen ebenfalls an die Abteilung Methodik der Hauptabteilung ... abzugeben.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Abteilung V – Sorbische Schulen. Aktennotiz über eine am 18.9.1952 stattgefundene Besprechung.)

⁴⁵⁵ Günther, Karl-Heinz: Über pädagogische Traditionen. Aus Schriften und Reden zur Geschichte der Erziehung. Berlin. Volk und Wissen: 1988. S. 388.

⁴⁵⁶ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 39/40.

⁴⁵⁷ Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 349.

⁴⁵⁸ Vgl. Ebenda. S. 352. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/1099, Bl. 4, MfV, Zaisser an die Sowjetische Kontrollkommission, 30.10.1952.

Der nun bestehenden methodischen Abteilung im MfV, die ehemalige DPZI-Aufgaben im Bereich der Methodik übernehmen sollte⁴⁵⁹, oblagen jetzt die Korrekturen *an* und die Anweisungen *zu* den gültigen Lehrplänen⁴⁶⁰. Die neuen Lehrpläne für das Schuljahr 1953/54 blieben weiterhin Angelegenheit des Instituts.⁴⁶¹ Gleiches galt, allerdings zeitverzögert ab 1953, für die Abteilung Sorbische Schulen (V) des DPZI, da im Ministerium noch keine entsprechenden Mitarbeiter vorgesehen waren.⁴⁶²

Bei den ständig wechselnden Anforderungen an das Institut, besonders an die Abteilung Theorie⁴⁶³, gestaltete sich eine konstante wissenschaftliche Arbeit schwierig. Die bereits 1950 geäußerte Forderung Sothmanns nach einer systematischen Tätigkeit, die einem „langfristig aufgestellten Arbeitsplan“ zu erfolgen habe⁴⁶⁴, konnte nicht erfüllt werden.

Unter diesen Bedingungen und im Hinblick auf die erst Mitte 1952 genehmigten Stellenpläne⁴⁶⁵ schienen größere Strukturveränderungen im DPZI undenkbar; zumal bereits die personelle Besetzung der nur einen, neu zu gründenden Abteilung Sorbische Schulen in Frage stand⁴⁶⁶.

Nach monatelanger Vorarbeit kam es letztendlich im Juli 1952 zur Gründung dieser Abteilung im DPZI. Ihre Entstehung geht bereits auf das Jahr 1948 zurück, als der Sächsische Landtag das „Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung“⁴⁶⁷ verabschiedet hatte. Als

⁴⁵⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Abteilung V – Sorbische Schulen. Aktennotiz über eine am 18.9.1952 stattgefundene Besprechung.

⁴⁶⁰ Anm.: Erste Korrekturen an den Lehrplänen wurden durch die am 9.6.1952 vom MfV verfügte Stundenkürzung für allgemeinbildende Schulen ausgelöst. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 425-429. Abteilung Methodik. Protokoll über die Abteilungssitzung am 12.7.1952.) Die „Ausarbeitung von Prüfungsmaterialien, Korrekturen an Lehrplänen, Imprimatur für Lehrbücher, Anweisungen zu Lehrplänen übernimmt ab sofort die Abt. (sic!) Methodik des Min.f.V. (Ministerium für Volksbildung, N.Z.)“. (Vgl. Ebenda. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 411.)

⁴⁶¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 412. „Ab sofort ist mit den Arbeiten an den neuen Lehrplänen lt. Terminplan begonnen (sic!) und zwar für die Fächer Geschichte, Deutsch ..., Biologie, Russisch, Körpererziehung, Kunsterziehung und Musikerziehung.“ (Vgl. Ebenda. Bl. 414.)

⁴⁶² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Abteilung V – Sorbische Schulen. Aktennotiz über eine am 18.9.1952 stattgefundene Besprechung.

⁴⁶³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952. Siehe auch Vorbereitungen der theoretischen Konferenz.

⁴⁶⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. Der erste Entwurf hierzu entstand am 3.7.1950. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 26-30. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. Entwurf. 3.7.1950.)

⁴⁶⁵ Anm.: „Da der Stellenplan 1952 erst am Schluss des II. Quartals ... genehmigt wurde ...“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das II. Quartal 1952. 8.7.1952.)

⁴⁶⁶ Anm.: Knapp zwei Wochen vor Gründung der Abteilung war in der Personalabteilung des MfV noch nicht über die Einstellung der betreffenden Wissenschaftler entschieden worden. (Vgl. Ebenda.)

⁴⁶⁷ Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung – Beschlossen vom Sächsischen Landtag am 23. März 1948 auf Antrag der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Schriftenreihe über die Sorben „Die Deutsche Demokratische Republik auch das Vaterland der Sorben“. Heft 4, 1954. S. 173. Abgedruckt in: Cyž, Beno: Die DDR und die Sorben. Eine Dokumentation zur Nationalitätenpolitik in der DDR. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1969. S. 367/368.

Vorbild diente die so genannte sowjetische Nationalitätenpolitik⁴⁶⁸, die auf die Sorben⁴⁶⁹ in der DDR Anwendung finden sollte. In diesem Gesetz war unter anderem festgelegt, dass Grund- und weiterführende Schulen mit sorbischer Unterrichtssprache und deutschem Sprachunterricht sowie ein dem MfV zu unterstellendes sorbisches Kultur- und Volksbildungsamt in Bautzen einzurichten sei.

Ein entsprechender Regierungsbeschluss in Brandenburg folgte im September 1950.⁴⁷⁰

Nachdem sich auch Wilhelm Piek und Otto Grotewohl für die nationale Minderheit der DDR engagierten, im September 1951 an der Universität Leipzig ein sorbisches Institut gebildet worden war und sich die Vereinigung der Sorben, die Domowina, zur DDR bekannt hatte,⁴⁷¹

⁴⁶⁸ Anm.: „Eine große Hilfe und Unterstützung bei der Herausarbeitung der Nationalitätenpolitik gegenüber den Sorben ... erwiesen auch verantwortliche Offiziere der SMAD, ..., die aus den Erfahrungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik viele praktische Anregungen vermitteln konnten. ... Für die Domowina und auch für die KPD/SED waren ... die Lehren der Leninschen Nationalitätenpolitik und die Kenntnisse der sowjetischen Offiziere ... von großem Wert.“ (Domowina. Ein geschichtlicher Abriss. Verfasst von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Jurij Grós. Gekürzte und bearb. deutsche Fassung von Manfred Thiemann. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1977. S. 39.) Die Domowina bildet die Organisation der Lausitzer Sorben, die 1912 in Hoyerswerda konstituiert, im Nationalsozialismus ab 1937 verboten und im Mai 1945 wieder gegründet worden ist (Vgl. Ebenda. S. 13, 30 und 34.).

⁴⁶⁹ Anm.: Die Sorben sind „Reste der seit dem 8./9. Jahrhundert zwischen Elbe, Oder und Saale siedelnden Slawen; mit eigener Sprache (Ober- und Niedersorbisch)“. Damit stellen sie eine westslawische Volksgruppe in der Lausitz dar, die aus der Oberlausitz (Sachsen) und Niederlausitz (Brandenburg) bestand. (Bertelsmann Universal Lexikon. Hrsg. vom Lexikon-Institut Bertelsmann. Gütersloh. Bertelsmann Lexikon Verlag: 1990. S. 834.)

⁴⁷⁰ Anm.: Etwas zurückhaltender wird hier, Bezug nehmend auf den im Artikel 11 der Verfassung der DDR festgelegten Schutz der „fremdsprachigen Volksteile“, unter anderem beschlossen, dass in den Grund- und weiterbildenden Schulen der Orte, in denen der „Wunsch besteht und sorbische Bevölkerung in genügender Anzahl vorhanden ist, der zweisprachige Unterricht für sorbische Kinder einzuführen“ sei. Auch wurde lediglich an die Bildung eines sorbischen Referats in der Landesregierung gedacht, das dem Volksbildungsminister unterstehen sollte. (Regierungsverordnung der Regierung des Landes Brandenburg vom 12. September 1950 zur Förderung und Entwicklung der sorbischen Kulturbestrebungen. In: Schriftenreihe über die Sorben „Die Deutsche Demokratische Republik auch das Vaterland der Sorben“. Heft 4, 1954. S. 74/75. Abgedruckt in: Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S. 387/388.)

⁴⁷¹ Anm.: Wilhelm Piek beriet sich als Vorsitzender der SED Ende 1947 mit den Vertretern des Hauptvorstandes der Domowina über die „Grundsätze der gesetzlichen Bestimmungen zur Förderung der sorbischen Bevölkerung“. (Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S. 128. Cyž bezieht sich auf: Nowa doba. – Deutschsprachige Beilage Nr. 2, 1950.) 1950 empfing er als Staatspräsident eine „repräsentative sorbische Delegation unter Leitung des Domowina-Vorsitzenden“. Bei dieser Gelegenheit, wie auch auf dem sorbischen Volkstreffen im Juli 1950, zu dem Piek eingeladen worden ist, haben sich aus DDR-Perspektive die Sorben zur DDR bekannt. (Šolta, Jan: Abriss der sorbischen Geschichte. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1976. S. 219.) Im Nachklang des III. Parteitages der SED ist die Domowina nach „harten Auseinandersetzungen“ zur Massenorganisation nach den „Grundsätzen des demokratischen Zentralismus“ reorganisiert worden, welche die führende Rolle der SED anerkannte. (Vgl. Ebenda. S. 220ff.)

Ein Jahr später empfing Piek den im März 1951 neu gewählten Bundesvorstand der Domowina. (Vgl. Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S. 174/175. Cyž bezieht sich auf: Nowa doba – 10.4.1951.) Im gleichen Jahr besuchte Ministerpräsident Grotewohl das sorbische Kulturtreffen in der Niederlausitz, auf dem er über die „Stellung der Regierung der DDR zu den Sorben“ referierte. (Rede des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, auf dem sorbischen Kulturtreffen in Burg/Spreewald am 1.7.1951. Zitiert nach: Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S. 390-401.)

Das Sorbische Institut der Universität in Leipzig wurde im September 1951 mit den Fachrichtungen Sprache, Literatur und Geschichte gegründet. (Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S.

besuchte Sothmann als Leiter der methodischen Abteilung des DPZI im November 1951 die Lausitz⁴⁷². Ihn interessierte vor allem das Problem von Lehrplänen im zweisprachigen Gebiet. Einer mehrstündigen Besprechung im Sorbischen Volksbildungsamt Bautzen entnahm Sothmann, dass die verbindlichen Stundentafeln und Lehrpläne der deutschen Schulen nicht ohne Weiteres von den gemischtsprachigen Schulen übernommen werden könnten, da, laut Übergangsbestimmungen zum Gesetz von 1948 obligatorisch Sorbischunterricht erteilt werden müsse. Den Vorwürfen von Vertretern des Volksbildungsamtes bezüglich der Ignoranz⁴⁷³ des Ministeriums für Volksbildung gegenüber den sorbischen Schulen, schloss sich die Forderung an, alle „mit dem Unterricht in sorbischen Schulen zusammenhängenden Fragen zentral und auf wissenschaftlicher Grundlage“ zu klären. Konkret habe dies ein „Kollektiv unter der Anleitung des DPZI“ umzusetzen.

Bereits im Februar 1952 fand eine Besprechung mit dem Minister für Volksbildung statt, in deren Ergebnis eine Zusammenarbeit von sorbischem Volksbildungsamt und dem DPZI hinsichtlich der Entwicklung neuer Stundentafeln sowie bezüglich der Bildung einer dem DPZI zu unterstellenden pädagogischen Abteilung beschlossen wurde.⁴⁷⁴

Im April einigten sich das Institut und die Hauptabteilung Sorbische Volksbildung im MfV des Landes Sachsen darauf, für die zu bewältigenden Aufgaben eine Außenstelle des DPZI in Bautzen zu konstituieren.⁴⁷⁵ Bis dahin sollten die Lehrpläne bzw. Richtlinien für sorbische Schulen von einem Kollektiv in Bautzen unter Anleitung und Kontrolle des DPZI und unter Berücksichtigung der Anweisung Wandels vom 9.4.1952 über Schulverhältnisse im zweisprachigen Gebiet⁴⁷⁶ ausgearbeitet werden.⁴⁷⁷

Im Juni desselben Jahres erfolgte der Auftrag zur Bildung einer Abteilung Sorbische Schulen mit Sitz in Bautzen.⁴⁷⁸ Die Gründungsfeierlichkeiten fanden am 18. und 19. Juli statt.⁴⁷⁹

178/179. Cyž bezieht sich auf: Mlynk, J., „Serbski institut Lipsčanskeje uniwersity“, Rozhľad – 2. Jg., S. 29/30.)

⁴⁷² Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Methodische Abteilung. Bericht über die Dienstreise nach Bautzen, Görlitz, Dresden vom 5.-10.11.1951.

⁴⁷³ Anm.: „Des Weiteren wurde von den Vertretern des Sorbischen Volksbildungsamtes darauf verwiesen, dass in den amtlichen Verfügungen und Anweisungen des Ministeriums für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik die Existenz sorbischer Schulen so gut wie ignoriert wird, weil beispielsweise in den amtlichen Stundentafeln keine Hinweise auf die Besonderheiten in den sorbischen Schulen gemacht werden.“ (Vgl. Ebenda.)

⁴⁷⁴ Vgl. Ebenda. – Methodische Abteilung, Dr. Hruschka. Aktennotiz über die Besprechung der Fragen der sorbischen Schulen bei Herrn Minister Wandel am 19.2.1952. Die Abteilung sollte aus dem Ausbau der pädagogischen Abteilung des Instituts für sorbische Volksforschung hervorgehen (Vgl. Ebenda.). Dieses Institut wurde am 1.5.1951 in Bautzen gegründet. (Vgl. Domowina. S. 87.)

⁴⁷⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Aktennotiz vom 15.4.1952.

⁴⁷⁶ Anm.: „1. Für die sorbischen Kinder sind Grundschulen mit sorbischer Unterrichtssprache ... an allen Orten einzurichten, an denen die Voraussetzungen dafür gegeben sind. 2. An allen sonstigen Grundschulen in zweisprachigen Gebieten wird für die sorbischen Kinder die sorbische Sprache als obligatorisches Unterrichtsfach eingeführt. ... 4. Der Unterricht an den oben genannten Schulen ist nach besonderen Stundentafeln und Lehrplänen für die einzelnen Schularten zu erteilen,“ (Anweisung zur Regelung der Schulverhältnisse in den sorbischen Sprachgebieten der Länder Sachsen und Brandenburg vom 9. April 1952. Abgedruckt in: Cyž: Die DDR und die Sorben. Dokumentation. S. 401/402.)

⁴⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Aktennotiz vom 15.4.1952. Vor Gründung der Abteilung Sorbische Schulen waren für die Erledigung dieser Aufgaben Mitarbeiter des Ministeriums für Volksbildung des Landes Sachsen nach Bautzen delegiert worden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief des Personalleiters des DPZI an die Personalabteilung des MfV. 14.6.1952.)

⁴⁷⁸ Anm.: „Um die Ausbildung in den sorbischen Schulen der Republik zu verbessern und die noch benötigten Schulen einzurichten, ist es nötig, eine entsprechende Forschungsabteilung zu bilden. Sie werden daher beauftragt, eine Abteilung `Sorbische Schulen` beim DPZI aufzubauen. ... Ich bitte Sie

Die Aufgaben⁴⁸⁰ der neuen Abteilung entsprachen denen, die das DPZI auch für die deutschsprachigen Schulen wahrzunehmen hatte.⁴⁸¹ Der Abteilung Sorbische Schulen kam dabei die Transmissionsfunktion der Arbeit des Instituts für das sorbische Gebiet zu.⁴⁸² Demgemäß baute sich deren Struktur auf⁴⁸³: Referat Sorbisch, Referat Russisch, Referat Geschichte, Referat Vorschulerziehung und das Referat Lehreraus- und -weiterbildung⁴⁸⁴.

Im Ergebnis der Neuordnung des Instituts existierten Ende 1952 fünf Abteilungen⁴⁸⁵:

Abteilung 1 – Theorie (Referate: Allgemeine Pädagogik, Geschichte der Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Allgemeine Psychologie, Vorschulerziehung, Heimerziehung, sowie

deshalb, spätestens bis zum 1.8.1952 die Abteilung `Sorbische Schulen` zu konstituieren.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Schreiben von Minister Wandel an Hruschka, DPZI. Betreff Aufbau einer Abteilung `Sorbische Schulen` beim DPZI. 6.6.1952.)

⁴⁷⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Brief Dorst an Wandel. 10.7.1952.

⁴⁸⁰ Anm.: Die Abteilung Sorbische Schulen hätte „die Probleme wissenschaftlich zu untersuchen ..., die sich aus der Tatsache ergeben, dass es ... Schulen gibt, in denen ... sorbische Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden“ – z.B. Probleme der „Pflege des sorbischen kulturellen Erbes“ im Muttersprachen- und Geschichtsunterricht. Außerdem sollten theoretisch-wissenschaftliche Grundlagen für die Qualifikation aller sorbischen Lehrer und Erzieher“ sowie „Materialien für die qualitative Verbesserung des Unterrichts in den sorbischen allgemeinbildenden Schulen“ ausgearbeitet werden. Dabei galt ebenfalls die Verpflichtung auf die „Forschungsergebnisse der fortschrittlichen Pädagogik, der Sowjetpädagogik, ... sowie die praktischen Erfahrungen in den volksdemokratischen Ländern“. Zunächst seien aber „vordringliche Aufgaben“ wahrzunehmen: „1. Ausarbeitung von Lehrplänen für die sorbischen allgemeinbildenden Schulen auf der Grundlage der Lehrpläne für die allgemeinbildenden Schulen der DDR. 2. Anleitung bei der Abfassung neuer bzw. bei der Übersetzung vorhandener deutscher Lehrbücher für die sorbischen allgemeinbildenden Schulen in Übereinstimmung mit den Lehrplänen. 3. Ausarbeitung von Lehrplänen für das sorbische Institut für Lehrerbildung in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung III (Lehrerbildung, N.Z.) des DPZI. 4. Ausarbeitung von Methodischen Anleitungen für die Arbeit mit den neuen Lehrplänen. 5. Studium der Unterrichtspraxis in den sorbischen Schulen ... 6. Eingehende Untersuchungen und Analysen von Unterrichtsstunden“, um methodische Handreichungen für die Lehrer zu entwickeln. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 101/102. Aufgaben der Abteilung V-Sorbische Schulen. 14.7.1952.)

⁴⁸¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 247. – Schreiben von Hruschka an den Präsidenten der Domowina. 10.6.1952.

⁴⁸² Anm.: „Zu all diesen genannten Aufgaben kam in diesem Jahr die besondere Betreuung der sorbischen Schulen durch das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut hinzu. Die Abteilung V hat die Aufgabe, alle bis hierher aufgezeigten Arbeiten für die sorbischen Schulen anzuwenden und auszuwerten.“ Die in diesem Dokument vorher genannten Aufgaben entsprechen denen der übrigen Abteilungen des DPZI. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.)

⁴⁸³ Anm.: „Aus diesen Aufgaben ergibt sich die besondere Struktur der Abteilung `Sorbische Schulen` als einer wissenschaftlichen Forschungsabteilung des DPZI.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 101/102. Aufgaben der Abteilung V-Sorbische Schulen. 14.7.1952.)

⁴⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 425-429. Abteilung Methodik. Protokoll über die Abteilungssitzung am 12.7.1952. Allerdings findet sich in der personellen Besetzung ein Mitarbeiter für ein weiteres Referat („Weniggegliederte Grundschulen“) und ab August erweiterte sich die Abteilung Sorbische Schulen um das Referat „Didaktik der Unterstufe“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.)

⁴⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952. Die Bezeichnungen für die Abteilung 1 bis 3 gründen sich auf: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.

Schule und Organisation; Referat Didaktik, Sowjetische Pädagogik, Pädagogik Westdeutschlands und Marxismus-Leninismus waren unbesetzt),

Abteilung 2 – Methodik (Referate: Didaktik der Unterstufe/Deutsch, Deutsch/Grammatik, Deutsch/Literatur, Russisch, Englisch-Französisch, Geschichte, Geographie, Körpererziehung, Mathematik, Biologie, Chemie; Referat Didaktik der Unterstufe/Rechnen, Musikerziehung, Kunsterziehung und Physik waren unbesetzt),

Abteilung 3 – Lehrerbildung (Referate: Lehrprogramm für Institut für Lehrerbildung, Heimerziehung, Schule und Elternhaus; Referat Kindergärtner, Pionierleiter, Materialien für die 1. und 2. Lehrerprüfung und Aus- und Weiterbildung der Russischlehrer waren unbesetzt),

Abteilung 4 – Fernstudium (Referate: Geschichte, Biologie, Mathematik, Physik, Chemie, Russisch, Geographie; Referat Deutsch war unbesetzt) sowie

Abteilung 5 – Sorbische Schulen in Bautzen;

außerdem die Abteilung Verwaltung sowie Abteilung Personal und Schulung⁴⁸⁶.

2.2.2.6 Personal und Status des Zentralinstituts bzw. seiner Zweigstellen 1952/53

Bis Mitte 1954⁴⁸⁷ entsprach der Rang des DPZI einerseits dem einer Verwaltungsinstitution, andererseits sah es sich dem Anspruch gegenüber, die Funktion einer zentralen Leiteinrichtung für pädagogische Forschung zu übernehmen.

Bezeichnend hierfür war, dass trotz der Weisung⁴⁸⁸ von Minister Wandel an das Institut, die gesamte „Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Unterrichts und der Erziehung“ zu lenken, die Mitarbeiter des DPZI weiterhin nach dem Tarif „Verwaltungen-Banken-Versicherungen“ bezahlt wurden⁴⁸⁹.

Nach der personellen Regeneration des DPZI, in dessen Ergebnis Ende 1951 der Personalbestand des Vorjahres sogar übertroffen worden war⁴⁹⁰, äußerte der Direktor seinen Unmut darüber, dass dem Institut nach wie vor durch die schlechte Besoldung der Institutsmitarbeiter erhebliche

⁴⁸⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.

⁴⁸⁷ Anm.: Zum Hochschultarif wurde Ende 1953 beraten. Bezug nehmend auf den §22 der „Verordnung vom 12. Juli 1951 über die Vergütung der Hochschullehrer sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten und über die Emeritierung der Professoren“ wurde „im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ bestimmt, dass diese Verordnung sinngemäß Anwendung auf das Institut und seine Zweigstellen zu finden hätte. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vergütung der Hochschullehrer sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten und über die Emeritierung der Professoren. DPZI und seine Zweigstellen vom ... [sic!]. 21.9.1953.) Im Stellenplan für 1953 galt noch der Verwaltungstarif. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.) Während die beantragten Stellen für 1954, nach den ab September 1954 bestehenden Sektionen aufgegliedert, im Hochschultarif aufgelistet wurden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.)

⁴⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.

⁴⁸⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].

⁴⁹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 31.12.1951. Zu den personellen Bedingungen 1950 siehe Punkt 2.2.2 – Personelle Entwicklung. Danach war 1950 wissenschaftliches Fachpersonal in einer Belegschaftsstärke zwischen 18 und 23 Personen vorhanden, Ende 1951 waren 22 Wissenschaftler und elf wissenschaftliche Sachbearbeiter im DPZI angestellt.

Probleme bei der Personalbesetzung entstünden⁴⁹¹. Angesichts der vorgeblich häufig mangelnden Qualifikation der potentiellen Mitarbeiter in fachlicher und politischer Hinsicht⁴⁹², stelle dies eine zusätzliche Barriere in der Personalarbeit dar. Vor allem im Hinblick auf die personellen Expansionsbestrebungen des DPZI⁴⁹³ betrachtete Dorst die Eingruppierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Verwaltungstarif als „Hemmnis“⁴⁹⁴. Wissenschaftler des Instituts verdienten demnach nicht annähernd so viel wie Hochschullehrer der Universitäten, obwohl sie gleichwertige Aufgaben zu erfüllen hätten, und immer noch weit weniger als Lehrer.⁴⁹⁵ Überdies würde die Berufung ins DPZI für Lehrer einen Privilegienverlust bedeuten⁴⁹⁶ – ein Umstand, der die Anwerbung von Lehrern für die Arbeit im DPZI erschwerte und dazu geführt haben dürfte, dass das Institut seinerseits Wissenschaftler mit Forschungsaufträgen für ein Jahr in die Schulpraxis delegierte⁴⁹⁷. Auch Angelegenheiten wie die Wohnungsbeschaffung für (potentielle) wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts, die bei der Besetzung der freien Stellen eine wesentliche Rolle spielte, waren aufgrund des Verwaltungstarifs für DPZI-Mitglieder nicht realisierbar, weil diese nicht dem „Förderungsausschuss als bevorzugte Intelligenz“ unterstanden.⁴⁹⁸

⁴⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.

⁴⁹² Vgl. z.B. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952. sowie: Vgl. Ebenda. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das I. Quartal 1952. 31.3.1952.

⁴⁹³ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951. Das Institut sei aufgrund neuer Anforderungen erweiterungsbedürftig. Besonders sollte der Direktor durch einen Stellvertreter in seiner Arbeit unterstützt sowie die Abteilung Theorie und Lehrerbildung (welche neu zu bilden war) personell aufgestockt werden.

⁴⁹⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.

⁴⁹⁵ Anm.: „Die wissenschaftlichen Mitarbeiter beider Abteilungen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts haben Aufgaben zu erfüllen, die einer wissenschaftlichen Anleitung anderer pädagogischer Institutionen, darunter auch der Pädagogischen Fakultäten und Hochschulen, gleichkommen. ... Dadurch, dass die Mitarbeiter des Instituts schlechter bezahlt werden als Lehrer, Schulleiter und Schulräte und viel schlechter als Assistenten, Dozenten und Professoren der Pädagogischen Fakultäten, wird es nicht mehr gelingen, Planstellen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts mit geeigneten Mitarbeitern zu besetzen. ... Ich bin auch der Meinung, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts, soweit sie zur Zeit Hauptreferate vertreten, in ihrer wissenschaftlichen Qualifikation durchaus den ordentlichen Professoren der Pädagogischen Fakultäten oder anderen Fakultäten gleichgestellt werden können.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.)

⁴⁹⁶ Anm.: „So z.B. besaßen und besitzen einige wissenschaftliche Mitarbeiter die als hervorragende Lehrer in das Institut berufen wurden, nicht die Vergünstigungen, die ihnen als Lehrer zustehen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].)

⁴⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952. und Vgl. Ebenda. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das II. Quartal 1952. 8.7.1952.

⁴⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.

In dieser kritischen Situation wirkte die Nachricht, dass die Zweigstelle Berlin vor der Zentrale des Instituts den Hochschultarif erhielt, wie eine Provokation auf Dorst.⁴⁹⁹ Die Entscheidung darüber fällten der Magistrat und die Landesleitung der SED gemeinsam.⁵⁰⁰ Das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen dem Leiter der Zweigstelle Berlin, Leo Regener, und dem Direktor des DPZI, Dorst,⁵⁰¹ spitzte sich noch weiter zu, als unter anderem auf Dorsts Anordnung hin das Berliner Institut⁵⁰² im Dezember des gleichen Jahres inspiziert werden sollte.⁵⁰³

Im Mittelpunkt stand laut Bericht die Überprüfung der politisch-pädagogischen und organisatorischen Arbeit⁵⁰⁴ des Pädagogischen Instituts. Das Ergebnis fiel nicht unerwartet aus. Beklagt wurden Mängel in der Arbeitsplanerfüllung⁵⁰⁵, in der Leitung des Instituts bzw. Planung

⁴⁹⁹ Anm.: „Wie mir ... der Leiter des Instituts Berlin mitteilt, hat das Institut Berlin ... erwirkt, dass die Mitarbeiter des Berliner Instituts mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in den Hochschultarif überführt werden. Ich glaube, dass diese Überführung in den Hochschultarif, wie sie bereits für eine Zweigstelle des Instituts (Berlin) vorgenommen wurde, in noch höherem Maße für das zentrale Institut selbst zutrifft, da es gegenüber seinen Zweigstellen viel mehr einen wissenschaftlichen Charakter trägt.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.)

⁵⁰⁰ Vgl. Ebenda.

⁵⁰¹ Anm.: „Kollege Regener ... brachte ... zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit zwischen Herrn Direktor Dorst und ihm auf Grund persönlicher Momente, auf die er nicht näher eingehen wolle, nicht immer glücklich verlaufen sei.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Bericht über die Durchführung der Überprüfung des Pädagogischen Instituts Großberlin [Teil I]. 15.12.1951.)

⁵⁰² Anm.: Ausführliches zur Sonderstellung der Zweigstelle Berlin: siehe auch Punkt 2.2.1. Bis September 1951 wird das Zweigstelleninstitut durchweg als „Zweigstelle (Berlin)“ bzw. „Institut Berlin“ benannt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.) Nach dem Auszug aus dem Gebäude des DPZI findet sich die Bezeichnung „Pädagogisches Institut Großberlin“, das aber in seiner Dienstpflicht den gleichen Rang einnahm wie die Zweigstellen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Bericht über die Durchführung der Überprüfung des Pädagogischen Instituts Großberlin [Teil I]. 15.12.1951.) Das Pädagogische Institut Großberlin hatte denselben Leiter, wie vorher die Zweigstelle des DPZI in Berlin und musste sich an dieselben Bestimmungen halten, die für das DPZI und seine Zweigstellen galten, auch wenn es nicht mehr offiziell zu den Zweigstellen zählte.

⁵⁰³ Anm.: „Auf Anordnung des Stadtrates für Volksbildung beim Magistrat von Großberlin ... und des Direktors des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Herrn Dorst, wurde in der Zeit vom 4. bis 7.12.1951 das Pädagogische Institut Großberlin überprüft.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Bericht über die Durchführung der Überprüfung des Pädagogischen Instituts Großberlin [Teil I]. 15.12.1951.)

⁵⁰⁴ Anm.: Bereiche der Überprüfung waren: die „Arbeit der Fachreferate“; die technischen Mitarbeiter; die Verwaltung, insbesondere „die Arbeit des Sekretariats ..., der Stellenplan, der Haushaltsplan, die Zimmerverteilung und die Bücherei“; sowie die „demokratischen Organisationen (SED, Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft)“. (Vgl. Ebenda.)

⁵⁰⁵ Anm.: Die Arbeitspläne von 1951 seien nur ungenügend als Arbeitsgrundlage benutzt worden, Einzelinitiativen der Mitarbeiter würden für allgemeine Verbesserungsmaßnahmen des Unterrichts und der Erziehung gehalten, wobei diese vorgeblich falsche Arbeitsweise beim Institutsleiter auf Uneinsichtigkeit stöße. Im Arbeitsplan stünden Aufgaben, die nicht zum Aufgabenbereich des Instituts gehören würden (z.B. die „Entwicklung eines Systems der Fachberatung der Berliner Lehrer im Hause des Instituts“). Diejenigen Aufgaben, die bei der Erfüllung des Arbeitsplanes konkret gestellt und erfüllt worden wären, ergingen nicht von der Institutsleitung, sondern vom Hauptschulamt. Andere Aufgaben (z.B. die „Weiterführung der Untersuchungen über das Zurückbleiben von Kindern in den Schulen“) sei „zweitrangig mitbehandelt“, ein großer Teil des Arbeitsplanes sei aufgrund abstrakter und ungenügender Aufgabenstellung „nicht oder nur sporadisch in Angriff genommen“ worden. (Vgl. Ebenda.)

der Arbeit⁵⁰⁶ und in der politisch-pädagogischen Arbeit in Westberlin⁵⁰⁷. Für all dies wurde in der Hauptsache L. Regener als Leiter des Instituts verantwortlich gemacht.⁵⁰⁸

Dorst's Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI in den Hochschultarif, in dem er auch nicht davor zurückschreckte, die Vorzugsbehandlung der Zweigstelle Berlin anzuprangern, fand Zustimmung bei Minister Wandel.⁵⁰⁹

Davon ermutigt, spekulierte der Direktor für das Jahr 1952 auf die Anbahnung einer „einheitlichere(n) Lenkung der pädagogischen Forschungsarbeit“.⁵¹⁰ Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Thematik und die „Begrenzung des Umfangs der Arbeit“ nach den „vorhandenen Kräfte(n) und Möglichkeiten“ festgesetzt werden müsse.

Aber auch die Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen nährte die Hoffnung auf eine künftige zentrale Leitung. Das Staatssekretariat bemühte sich um die Entwicklung eines pädagogischen Forschungsplans für 1952, für den es die eingegangenen Forschungsanträge der Pädagogischen Fakultäten als Grundlage betrachtete.⁵¹¹ Die Anträge waren weisungsgemäß vom DPZI zu beurteilen⁵¹² und gemeinsam mit den Dekanen der Fakultäten sowie mit dem Staatssekretariat zu besprechen⁵¹³. Im Weiteren entstand im Institut

⁵⁰⁶ Anm.: Hier schob der Bericht die Schuld besonders dem Institutsleiter zu: dieser habe die Mitarbeiter nicht gut angeleitet, erteile Anordnungen „wenig konkret und klar“, leite zu individuell an und laut Bericht seien die „meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter“ der Auffassung, „Kollege Regener“ habe „nicht die ausreichenden speziellen Fachkenntnisse“. (Vgl. Ebenda.)

⁵⁰⁷ Anm.: Besonders wird die mangelnde Breitenwirkung kritisiert, die daraus entstünde, dass einzelne Mitarbeiter „Verbindung mit ihnen bekannten westberliner Lehrern aufgenommen“ hätten, „um mit ihnen auf pädagogisch-fachlicher Grundlage Gespräche über politische Probleme anzubahnen“. (Vgl. Ebenda.)

⁵⁰⁸ Anm.: In der Zusammenfassung des Berichts wird neben der „Hauptschwäche“ (fehlende „Breitenwirkung auf das politisch-pädagogische Leben von Großberlin“) konstatiert, dass Regener nicht in der Lage gewesen sei, die organisatorischen Voraussetzungen für die Erfüllung der gestellten Aufgaben des Instituts zu schaffen. Außerdem habe er seine Mitarbeiter nicht zu einer „systematischen und zielgerichteten kollektiven Arbeit“ anleiten können, sowie weder der Nachwuchsfrage noch der „Heranziehung freier Mitarbeiter“ genug Aufmerksamkeit geschenkt. Selbst die „meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter“ hätten die Forderung nach einer strafferen Leitung und konkreten Aufgabenstellung erhoben (aber von sich aus nichts gegen die „Mängel“ unternommen). (Vgl. Ebenda.)

⁵⁰⁹ Anm.: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 27. Juli 1951 erkläre ich mich mit den vorgetragenen Gedanken grundsätzlich einverstanden und bitte Sie, einen entsprechenden Stellenplan ... auszuarbeiten und mir vorzulegen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief Wandel an Dorst. Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 1.8.1951.)

⁵¹⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Staatssekretariat für Hochschulwesen. Betreff Pädagogische Forschungsarbeit im Jahre 1952/53. 13.12.1951.

⁵¹¹ Vgl. Ebenda.

⁵¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an Dorst. Betreff Forschungsplan 1952. 27.11.1951.

⁵¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an Dorst. Betreff Aufstellung des pädagogischen Forschungsplanes für 1952. 27.11.1951. Einen Tag vor der geplanten Besprechung am 4.12.1951 (Vgl. Ebenda.) gingen institutsintern die Forschungsanträge der einzelnen Referate an Direktor Dorst (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Referat Geschichte der Pädagogik an Direktor Dorst. Betreff Forschungsanträge für das Jahr 1952. 3.12.1951. Außerdem: Vgl. Ebenda. – Referat Psychologie. Vorschlag von Forschungsthemen.; Vgl. Ebenda. – Referat Vorschulerziehung an Direktor Dorst. Vorschläge für Forschungsarbeiten im Jahre 1952. 3.12.1951.; Vgl. Ebenda. – Referat Heimerziehung. Betreff Forschungsaufgaben. 3.12.1951.; Vgl. Ebenda. – Referat Schule und Jugendorganisation. Vorschlag für die pädagogische Forschung.).

die Idee, dem Pädagogischen Beirat des DPZI gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen die zentrale Forschungslenkung zu übertragen.⁵¹⁴ Eingedenk der schulpolitischen Verunsicherung auch innerhalb der Spitze der Volksbildungsadministration⁵¹⁵ bot sich damit für das DPZI eine zweite Möglichkeit, über die Funktion als Verwaltungsinstanz hinaus zu gelangen; besonders, da das Ministerium für Volksbildung keineswegs den Gipfel von „zentralistisch-hierarchisch organisierten“ Volksbildungsorganen darstellte⁵¹⁶. Gebunden war das MfV an die „Verfügungen des Innenministeriums und die Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED“, ebenso an die „Abstimmung mit weiteren Zentralinstanzen des Staates und der Partei“.⁵¹⁷ Die ZK-Abteilungen ihrerseits durften lediglich Vorschläge ausarbeiten und in der Parteizentrale zur Beschlussfassung vorlegen, wo sich die eingereichten Anträge bald stauten und sich das MfV daher zu „vorgreifenden Entscheidungen“ genötigt sah.⁵¹⁸

In diesem Kontext hatte sicherlich auch Wandel der Entscheidung durch die Parteizentrale vorgegriffen, als er Dorsts Antrag auf Überführung der Mitarbeiter des DPZI in den Hochschultarif genehmigte. Trotz dessen standen aber offenbar die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung und an der Lohnpolitik im Institut änderte sich auch weiterhin nichts. Vergebens wiederholten sich im Februar, September und November 1952 die Forderungen von Dorst und dem Personalleiter nach einem Wechsel vom Verwaltungs- in den Hochschultarif.⁵¹⁹ Die „Vergünstigungen für die schaffende Intelligenz“ wurden vom Förderausschuss des Ministerpräsidenten abgelehnt.⁵²⁰ Die Privilegierung der Wissenschaftler als Erscheinung der Wissenschaftspolitik als Förderpolitik⁵²¹ traf auf die Angestellten des DPZI (noch) nicht zu. Wegen des „untragbaren Tarifs“ seien mehrere Stellen⁵²², im wissenschaftlichen Bereich des gesamten DPZI 36⁵²³, nicht zu besetzen gewesen, so dass im Jahr 1952 nur 63 Prozent des

⁵¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Schreiben von Dorst an das Staatssekretariat für Hochschulwesen. Betreff Pädagogische Forschungsarbeit im Jahre 1952/53. 13.12.1951.

⁵¹⁵ Anm.: „Oft wurde die verabredete schulpolitische Linie `ohne vorherige Verständigung zwischen allen Beteiligten geändert`. Durch die `Verzögerung wichtiger Beschlüsse` entstanden `starke Hemmungen in der Verwaltung`, für die letztere seitens der Partei dann verantwortlich gemacht werde. Bereits die Spitze der Volksbildungsadministration war damit schulpolitisch verunsichert, ...“ (Geißler: Das schulpolitische System. S. 100. Geißler bezieht sich dabei auf: BArchP. – R-2/3995. – MfV. Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. An Herrn Minister Wandel. Betr.: Unterstützung der Schularbeit durch die Partei. Vertraulich. – 8.1.1951. – Bl. 159.)

⁵¹⁶ Geißler: Das schulpolitische System. S. 93. Geißler bezieht sich dabei auf: Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR. Band 2. Lexikon der Organisationen und Institutionen. S. 701.

⁵¹⁷ Geißler: Das schulpolitische System. S. 94.

⁵¹⁸ Vgl. Ebenda. S. 93.

⁵¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 109-113. Schreiben Dorst an Wandel. Entwurf für einen Punkt zur Vorlage des Ministeriums für Volksbildung beim ZK der SED über die Verbesserung des Unterrichts und der Lehrerbildung mit der Bitte um Aufnahme in die Vorlage des Ministeriums. 6.2.1952. Außerdem: Vgl. Ebenda. Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952. Weiterhin: Vgl. Ebenda. Signatur 1172. – Personalabteilung des DPZI an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952. Hinzu kommt die nicht genau datierbare „Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ von Ende 1952 (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a.).

⁵²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].

⁵²¹ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990: Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Deutschland-Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 38 (2005) 4. S. 650-659. S. 652.

⁵²² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].

Personal-Etats verbraucht worden waren.⁵²⁴ Speziell im zentralen Berliner Institut blieben 18 Wissenschaftlerstellen vakant.⁵²⁵ Bei wachsender Belegschaftsstärke (von 34 auf 46 Mitarbeiter) im wissenschaftlichen Fachpersonal nahmen die unbesetzten Arbeitsplätze im Laufe des Jahres 1952 weiter zu, da die hier geforderte Stellenzahl ebenfalls kontinuierlich anstieg.⁵²⁶

Für die ab 1953 angestrebten Vergütungsänderungen veranschlagte das Institut über 100 000 DM mehr im Haushaltsplan, ohne dabei „eine zahlenmäßige Erweiterung des Stellenplans“ zu berücksichtigen.⁵²⁷ Angesichts ausstehender Strukturentscheidungen war es dem Personalleiter noch nicht möglich, endgültige Aussagen zur Besoldung im Jahr 1953 zu treffen.⁵²⁸

Die Umstellung auf den Hochschultarif verzögerte sich indessen weiter; die vergleichsweise niedrige Bezahlung nach Verwaltungstarif sowie die damit verbundenen Probleme für das Institut dauerten bis 1954 an.⁵²⁹ Dorst konstatierte, dass eine „ernste wissenschaftliche Arbeit“ unter diesen Umständen nicht möglich sei.⁵³⁰ Die materiellen Arbeitsbedingungen des DPZI in den ersten drei Jahren seines Bestehens würden nicht einmal dem „Charakter seiner ersten Aufgaben“ entsprechen und erst recht nicht denen, die 1952 als Beginn originärer wissenschaftlicher Forschungsarbeit eingeschätzt wurden.⁵³¹

⁵²³ Anm.: „Beim wissenschaftlichen Fachpersonal sind von 127 Stellen 36 unbesetzt.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.) Dabei handelt es sich um die Gesamtzahl der wissenschaftlichen Stellen inklusive der Zweigstellen. Im zentralen DPZI in Berlin waren zu diesem Zeitpunkt 44 Personen im wissenschaftlichen Bereich (d.h. Hauptreferenten, Oberreferenten, Referenten und wissenschaftliche Sachbearbeiter) beschäftigt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.9.1952.)

⁵²⁴ Anm.: „Im Haushaltplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952 waren für die Vergütung der wissenschaftlichen Mitarbeiter ... insgesamt DM 752 610, 60 bewilligt. Davon wurden nur etwa DM 474 838, 20 verbraucht, ...“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].)

⁵²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.9.1952.

⁵²⁶ Anm.: Im März 1952 waren im Bereich wissenschaftliches Fachpersonal 39 Stellen vorgesehen (davon 34 besetzt), im Juni 54 (davon 35 besetzt), im September 62 (davon 44 besetzt), im Dezember wieder 62 (davon 46 besetzt). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 31.3.1952.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 30.6.1952.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.9.1952. und Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.12.1952.)

⁵²⁷ Anm.: Für 1953 wurden 872 150, - DM gefordert (im Vergleich zu den für 1952 bewilligten 752 610, 60 DM). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].)

⁵²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung des DPZI an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.

⁵²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953. und: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.

⁵³⁰ Anm.: Dorst stellte dies für sich selbst sowie für die beiden Abteilungsleiter fest. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951.)

⁵³¹ Anm.: Zu den „ersten Aufgaben“ wurden vor allem Tätigkeiten im Bereich der Lehrerweiterbildung gezählt (z.B.: zentrale Fachkurse, Lehrgänge, Herausgabe von Schriftenreihen, Popularisierung der Sowjetpädagogik, usw.). Im Laufe des Jahres 1952 habe das Institut erstmals „größere Kraft auf die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten legen können“. Mit der II. Parteikonferenz Mitte 1952 sah sich das DPZI „neue(n), noch umfangreichere(n) Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Pädagogik“ gegenüber. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].)

2.2.2.7 Strukturelle Bestrebungen des DPZI auf dem Weg zum Forschungsinstitut

Ende 1952 unternahm das DPZI Anstrengungen, sich deutlich stärker als wissenschaftliche Forschungsinstitution zu profilieren. Nachdem das Institut seine „ersten Aufgaben“ in den drei Anfangsjahren trotz der als unzureichend geschilderten Gesamtsituation zumindest als „in den hauptsächlichsten Punkten“ erfüllt beurteilt hatte, nahm es die vorgeblich mit der II. Parteikonferenz zugewiesenen *neuen* Pflichten zum Anlass, eine veränderte Struktur zu konzipieren.⁵³² Diese sollte dem erwarteten Hauptauftrag des DPZI, der „wissenschaftliche(n) Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Pädagogik“, entsprechen.⁵³³

Von kurzfristigen „Gegenwartsaufgaben“ beabsichtigte sich das Institut zugunsten von „stabilen, langfristigen wissenschaftlichen“ Arbeiten zu lösen.⁵³⁴ Dabei war vor allem daran gedacht, die Obliegenheiten der Lehrpläne und Prüfungsfragen,⁵³⁵ sowie der Lehrerbildung⁵³⁶ nicht mehr im Institut zu erledigen.

Gelegenheit, das DPZI von der Lehrplan- und Prüfungsmaterialerarbeitung zu entlasten, boten die Umstrukturierungsmaßnahmen im Ministerium für Volksbildung hinsichtlich der bereits erwähnten neuen methodischen Abteilung. Auch wenn es nicht gelang, die Lehrplanarbeiten abzustößeln, vollzog sich zunächst tatsächlich die Herauslösung der Prüfungsmaterialaufgaben⁵³⁷. Auch die Lehrerbildung wurde im Zuge der Zweigstellenabkoppelung vom zentralen Institut abgelöst.⁵³⁸

⁵³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.

⁵³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952. Diese neuen Aufgaben legte das DPZI in der Begründung zur Änderung des Statuts dar: „Im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeiten stehen die Konkretisierung des obersten Bildungs- und Erziehungsziels, die Erforschung des planmäßigen Bildungs- und Erziehungsprozesses, die patriotische Erziehung der Schüler, deren planmäßige, ästhetische und polytechnische Erziehung und Ausbildung und die sorgfältige Ausarbeitung neuer Lehrpläne“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].)

⁵³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts – am 6.9.1952.

⁵³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.

⁵³⁶ Anm.: „Nach den vorliegenden Vorschlägen werden ... die bisher angeschlossenen Zweigstellen vom Zentralinstitut gelöst, die Aufgaben in der Lehrerweiterbildung gestellt bekommen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung des DPZI an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.)

⁵³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 411.

⁵³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung des DPZI an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952. Mehr zur Herauslösung des Schwerpunktes Lehrerbildung aus dem DPZI im folgenden Punkt.

Sich der Zweigstellen zu entledigen war bereits ab 1951 erwogen worden.⁵³⁹ Denn die Zusammenarbeit mit den Zweigstellen hatte sich angesichts der räumlichen Distanz von jeher nicht gerade unproblematisch gestaltet.⁵⁴⁰ Noch 1951 konnte von einer engen Verbindung nicht gesprochen werden. Aufgrund der unzureichenden personellen Besetzung seien die Länderinstitute „für die Erfüllung der Aufgaben“ des gesamten DPZI nicht „arbeitsfähig“ gewesen. Die Mecklenburger Filiale in Schwerin habe wegen der schlechten materiellen Bedingungen sogar ein „Schattendasein“ geführt.⁵⁴¹ Auch die Personalarbeit innerhalb der Außenstellen stieß auf Kritik; besonders der Umstand, dass ein Mitarbeiter des Schweriner DPZI nach Westberlin geflüchtet war.⁵⁴²

In Weimar führte die Zentrale eine personalpolitische Überprüfung durch, in deren Konsequenz fünf Entlassungen erfolgten – angeblich aufgrund „fachlicher und politischer“ Mängel bei den betreffenden Mitarbeitern.⁵⁴³

Vor dem Hintergrund der Überlegungen zu einer gesamtstrukturellen Umgestaltung des Instituts im Jahr 1953 kam 1952 die Idee einer Loslösung der Zweigstellen 1952 wieder verstärkt ins Gespräch.⁵⁴⁴ Die Pläne und Entwürfe hierzu waren Ende 1952 so weit gediehen, dass zwei Leitungsposten neu besetzt⁵⁴⁵ und die Zweigstellen umfassend über die beabsichtigten Veränderungen informiert werden konnten⁵⁴⁶. In der Folge bezogen die Länderfilialen des DPZI ihre neuen Aufgaben bereits in die Verwaltung und in Fragen der Aspirantur mit ein.⁵⁴⁷

⁵³⁹ Anm.: „Die Struktur dahingehend zu ändern, dass ... (die, N.Z.) Abteilung Lehrerbildung nach Konstituierung der Zweigstellen als Weiterbildungsinstitute der Länder ... aus dem Institut herauszulösen“ ist. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].)

⁵⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsplan für das 2. Vierteljahr 1951 der Personalabteilung des DPZI.

⁵⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Zweigstelle Mecklenburg/Schwerin an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut. Betreff Kassen- und Wirtschaftsprüfung der Zweigstelle Mecklenburg. 13.11.1950.

⁵⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsplan der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das IV. Quartal 1951. 28.9.1951.

⁵⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das III. Quartal 1951. 28.9.1951.

⁵⁴⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung an MfV, Personalabteilung: Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.

⁵⁴⁵ Anm.: Dies betraf die Zweigstellenleiter von Schwerin und Weimar. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Brief des Ministeriums für Volksbildung, Persönlicher Referent des Ministers an Direktor Dorst. Betreff Personelle Veränderungen in den Zweigstellen Schwerin und Weimar. 24.11.1952.) Beide Posten wurden mit SED-Mitgliedern aus der Arbeiterklasse besetzt. Der Leiter der Zweigstelle Schwerin schied vorgeblich aus gesundheitlichen Gründen aus. In Weimar sei der Austausch im Einverständnis mit dem bisherigen Leiter vorgenommen worden, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins zentrale DPZI wechselte. (Vgl. Ebenda. – Schreiben von Direktor Dorst an Minister Professor Zaisser im Ministerium für Volksbildung. 15.10.1952.)

⁵⁴⁶ Anm.: Hierzu führte das DPZI unter Teilnahme von Dorst eine Zweigstellenleiterkonferenz durch, „in der die Umwandlung der Zweigstellen in Weiterbildungsinstitute besprochen wurde“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 248. – Schreiben des Leiters des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in Dresden an den Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Dr. Dorst. 8.11.1952.)

⁵⁴⁷ Anm.: In Schwerin leitete das Institut entsprechend der neuen Aufgaben Raumänderungen ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 248. – Schreiben der persönlichen Referentin des Direktors des DPZI an die Zweigstelle Schwerin. 11.11.1952.) An den Vereinbarungen zur Teilnahme verschiedener Mitarbeiter der Zweigstellen (in diesem Fall Dresden) an der Aspirantur des DPZI sollte sich nach Umwandlung der Außenstellen in Weiterbildungsinstitute nichts ändern. (Vgl. Ebenda. – Schreiben der persönlichen Referentin des Direktors des DPZI an die Zweigstelle Dresden. 14.11.1952.)

Nach den dabei entwickelten Vorstellungen sollten die Zweigstellen gemäß dem sowjetischen Vorbild in „Bezirkseinstitute für Lehrerbildung“ umgewandelt werden.⁵⁴⁸ Deren zukünftige Hauptaufgabe wurde als „unmittelbare methodische Anleitung der Lehrer“ beschrieben.⁵⁴⁹ Außerdem sollten die Weiterbildungsinstitute auf Vorschlag der (neuen) Leitungsbesetzung der Zweigstellen nicht mehr dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut, sondern dem Ministerium für Volksbildung direkt unterstellt werden.

Die vorgesehene Abkoppelung der Länderinstitute und die damit verbundene Übernahme von Aufgaben der Lehrerweiterbildung durch die Zweigstellen nährte in der Berliner Zentrale die Hoffnung, dass die zukünftige wissenschaftliche Arbeit im DPZI „mehr den Charakter einer pädagogischen Forschungsarbeit“ annehmen könne.⁵⁵⁰

Zunächst blieben die Zweigstellen jedoch unter dieser Bezeichnung dem Berliner Institut unterstellt.⁵⁵¹ Die Abteilungen Theorie, Methodik und Fernstudium des zentralen DPZI leiteten sie weiterhin an.⁵⁵² Überdies existierte ab Ende 1952 ein Referat eigens für die Zusammenarbeit mit den Länderinstituten.⁵⁵³ Erst als 1954 ein neues Statut genehmigt worden war, konnte die Loslösung der Zweigstellen gemeinsam mit den übrigen Strukturänderungen vollzogen werden.⁵⁵⁴

⁵⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952].

⁵⁴⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 248. – Schreiben des Leiters des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in Dresden an den Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, Dr. Dorst. 8.11.1952.

⁵⁵⁰ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung an MfV, Personalabteilung: Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.

⁵⁵¹ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vergütung der Hochschullehrer sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten und über die Emeritierung der Professoren. DPZI und seine Zweigstellen vom ... [sic!]. 21.9.1953. siehe auch: „Auf der Herbstkonferenz der Abteilungs- und Zweigstellenleiter des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts wurden Maßnahmen beraten und beschlossen, die einer entschiedenen Verbesserung der Arbeit des zentralen Instituts und seiner Zweigstellen dienen werden.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. [Das 16. Plenum des ZK der SED fand vom 17.-19.9.1953 statt.]

⁵⁵² Anm.: In der Abteilung Theorie hatte das Referat Vorschulerziehung die „Arbeiten, die in den Zweigstellen verantwortlich durchgeführt werden“, anzuleiten und zu überprüfen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954.) Das Referat für die Fragen der wenig gegliederten Landschulen in der Abteilung Methodik leitete die Landschulreferate in den Zweigstellen an. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.) Die Abteilung Fernstudium erarbeitete „Anleitungen zur Durchführung von Lehrgängen, Exkursionen und Tagungen mit Mentoren und studierenden Lehrern in den Zweigstellen und Konsultationspunkten.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953. Bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁵⁵³ Anm.: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952. Der zuständige Mitarbeiter war bis Mitte 1953 im Referat Anleitung der Zweigstellen tätig, dann wurde er in die Abteilung I ins Referat für Fragen der Schulpolitik und der Schulstruktur versetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 82-85. Abteilung V-Sorbische Schulen. Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953.)

⁵⁵⁴ Anm.: Schon in den Beratungen zum neuen Statut wurde festgelegt, dass die Außenstellen aus dem Statut zu streichen seien. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.) Im Vergleich zum Statut von 1950 finden die Zweigstellen im Statut von 1954 auch keine Erwähnung mehr. (Vgl. Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen. Vom 2. März 1950. In: Gesetzblatt der

Auch die Bildung eines Wissenschaftlichen Rates, der die Ambitionen des Instituts hinsichtlich der erwünschten Funktion als leitendes Forschungsinstitut widerspiegelte, verzögerte sich. Vorläufer des Wissenschaftlichen Rates war der im DPZI von Beginn an existierende Pädagogische Beirat.⁵⁵⁵ Ihm fiel unter dem Vorsitz des Direktors des Instituts eine *beratende* Funktion zu – bei „allen grundsätzlichen Entscheidungen in wissenschaftlichen und pädagogischen Angelegenheiten“.⁵⁵⁶

Im Sinne der angestrebten wissenschaftlichen Profilierung des DPZI als Leitungsinstitution betrachtete das Statut von 1954 den noch zu gründenden Wissenschaftlichen Rat hingegen als das *führende* „Kollektiv auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft“⁵⁵⁷. Durch ihn seien „grundsätzliche Dokumente und Publikationen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ zu besprechen und zur Drucklegung zu empfehlen. Außerdem habe er die Forschungsarbeiten von Institutionen und Einzelpersonen zu beurteilen.

Obwohl mit der Bildung eines Wissenschaftlichen Rates im DPZI, der bereits 1951 von Minister Wandel zur Anleitung der Wissenschaft gefordert worden war⁵⁵⁸, schon für 1953 gerechnet wurde⁵⁵⁹, fand die konstituierende Sitzung erst im Mai 1955 statt⁵⁶⁰.

Im Gegensatz zu diesen (mehrfach) verschobenen strukturellen Veränderungen, welche das DPZI über den Status einer Verwaltungsinstitution hinaus führen sollten, gelang zumindest die Unterstellung der Hauptabteilung Pädagogik des Verlages Volk und Wissen schon 1952⁵⁶¹.

Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 23. Berlin. 14.3.1950. S. 155/156. und: Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Anlage zur Anordnung über das Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Vom 30. Oktober 1954. In: Zentralblatt. Nr. 44. 6.11.1954. S. 534-538.) Das Statut von 1954 hob das von 1950 auf. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.)

⁵⁵⁵ Anm.: Bereits in den Entwürfen zum Strukturplan des DPZI von 1949 ist der Pädagogische Beirat vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1556. – Strukturplan des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ [5. Entwurf].)

⁵⁵⁶ Vgl. Statut des DPZI. 1950. S. 155/156. Konkret wurden im Pädagogischen Beirat, der vom Direktor einzuberufen war, unter anderem die Arbeitspläne der Abteilungen des DPZI und seiner Zweigstellen besprochen sowie die „Verteilung der Forschungsaufträge“ festgelegt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, Abteilung Lehrerbildung. Aktennotiz über die Besprechung zwischen Herrn Dorst und Herrn Sothmann am 6.1.1950.)

⁵⁵⁷ Hier und im Folgenden: Statut des DPZI. 1954. S. 534-538.

⁵⁵⁸ Anm.: Danach sollte beim DPZI ein Wissenschaftlicher Rat gebildet werden, der die Lenkung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit unterstützt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.)

⁵⁵⁹ Anm.: Im Stellenplan für 1953 wurden die Verantwortlichkeiten des Direktors und des Wissenschaftlichen Sekretärs in Bezug auf den Wissenschaftlichen Rat festgeschrieben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.) Außerdem berücksichtigten die Festlegungen der jährlichen Amtsvergütungen die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des DPZI. (Vgl. Ebenda. – Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vergütung der Hochschullehrer sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten und über die Emeritierung der Professoren. DPZI und seine Zweigstellen vom ... [sic!]. 21.9.1953.)

⁵⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1026. – Protokoll über die Konstituierung des Wissenschaftlichen Rates beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut am 13.5.1955. Die erste Sitzung fand am 31.10./1.11.1955 statt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – [Handschriftliches] Protokoll: 1. Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 31.10. und 1.11.55.)

⁵⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Schreiben des Ministeriums für Volksbildung, Minister Zaisser an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut, Direktor Dorst. Betreff Unterstellung der Hauptabteilung Pädagogik des Volk und Wissen volkseigenen Verlags unter das DPZI. 27.10.1952.

Damit besaß das DPZI die Kontrolle über die „inhaltlich-wissenschaftliche Anleitung“ der Hauptabteilung Pädagogik des Verlages und über die „Erteilung von Druckgenehmigungen“.⁵⁶²

⁵⁶² Anm.: Dies fiel in den Aufgabenbereich des stellvertretenden Direktors. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

2.3 Das DPZI im Aufbruch – 1953 bis 1956

2.3.1 Der Aufstand am 17.6.1953 und seine Nachwirkungen

2.3.1.1 Das DPZI vor dem 17.6.1953

Darüber, dass 1953 eine neue und stabile Struktur im Institut geschaffen werden müsste, bestanden im DPZI keinerlei Zweifel.⁵⁶³ Kurzfristige „Gegenwartsaufgaben“ wie die Lehrerbildung sollten zugunsten einer „langfristigen wissenschaftlichen Arbeit“ aufgegeben werden. Verknüpft wurde diese Entwicklung wiederholt mit der Vision von der Umwandlung des Instituts in eine „pädagogische Akademie“.

Vorerst aber, für 1953, sollten bei der geplanten Neustrukturierung offenbar lediglich neue Forschungsschwerpunkte – die Geschichte der Erziehung und die Psychologie – auf Sektions-ebene im DPZI entstehen.⁵⁶⁴ Über den in der Struktur vorgesehenen Aufstieg der ehemaligen Referate schien im Ministerium jedoch noch nicht entschieden.⁵⁶⁵ Hingegen verdeutlichte das MfV klar seine Absicht, die bestehende Gliederung des Instituts in Abteilungen beizubehalten – statt der dort geplanten Sektionen. Die Bereiche Geschichte der Pädagogik und Psychologie tauchen im vom Ministerium bestätigten Rahmenarbeitsplan ranggleich zu den Abteilungen auf, ohne aber als solche bezeichnet zu werden. Angesiedelt sind sie zwischen der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung und der Abteilung Theorie des Unterrichts (Methodik). Trotz der prinzipiellen Aufwertung von Bildungsgeschichte und Psychologie war der Platz beider Gebiete im Institut noch ungeklärt.⁵⁶⁶

Demzufolge scheiterte das DPZI zu Beginn 1953 größtenteils mit seinen Forderungen nach einer neuen Struktur ebenso wie nach einer Tarifänderung⁵⁶⁷ und arbeitete entsprechend den Bedingungen der vergangenen Jahre weiter. Inzwischen kam es aber in der Sowjetunion zu bedeutsamen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, deren Folgen sich auch auf die Verhältnisse in der DDR auswirkten.

⁵⁶³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin – am 6.9.1952. Bl. 191.

⁵⁶⁴ Anm.: Im Rahmenarbeitsplan für 1953 waren folgende Sektionen vorgesehen: Sektion I (Theorie der Erziehung und Bildung), Sektion II (Geschichte der Pädagogik), Sektion III (Psychologie), Sektion IV (Theorie des Unterrichts), Sektion V (Fernstudium) und Sektion VI, die an dieser Stelle zwar nicht näher bezeichnet ist, aber Aufgaben im Bereich sorbische Schulen hatte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Entwurf Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953.)

⁵⁶⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953 bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁵⁶⁶ Anm.: Aus dem Stellenplan vom Mai 1953 geht hervor, dass die Bereiche Psychologie und Geschichte der Pädagogik als Referate in die Abteilung Theorie der Erziehung integriert wurden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

⁵⁶⁷ Anm.: Die Lehrerbildung wurde 1953 erfolgreich aus dem Institut ausgegliedert, durch die Abteilung Fernstudium aber weiterhin angeleitet. Die Umstellung vom Verwaltungs- in den Hochschultarif erfolgte erst 1954. Vgl. Punkt 2.2.2.

2.3.1.2 Gesellschaftspolitische Entwicklungen in der ersten Hälfte 1953

Stalins Tod am fünften März 1953 erschütterte die kommunistische Welt. Auch die DDR-Führungsspitze zeigte sich verunsichert. Zunächst betrieb sie den auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 beschlossenen „Aufbau des Sozialismus“ unbeirrt weiter.⁵⁶⁸ Im Beileidsschreiben des ZK der SED an die KPdSU⁵⁶⁹ nach Stalins Tod zeichnete sich sogar eine Verschärfung der Stalinisierung ab. Das ZK kündigte an, seine „Anstrengungen“ zu „vervielfachen“, um „die Sache von Marx und Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege zu führen“.⁵⁷⁰ Die Vorhaben⁵⁷¹ zum „Aufbau des Sozialismus“ mussten jedoch trotz unverminderter Reparationszahlungen an die UdSSR finanziert werden.⁵⁷² Darunter fielen etwa Aufwendungen von 1,5 Mrd. Mark allein für die neuen Streitkräfte. Dafür war geplant, bei Sozialversicherung und -fürsorge sowie beim Konsum der Bevölkerung Einsparungen vorzunehmen und die Besitz- und Einkommenssteuern zu erhöhen. Anfang 1953 wurden die Steuern für private Industrie- und Handwerks- sowie Einzelhandelsbetriebe nochmals angehoben. Auch die Abgabeauflagen für die nichtgenossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe wurden erhöht.⁵⁷³ Parallel zum wirtschaftlichen Druck nahmen auch schulpolitische Repressionen zu. Das zielte besonders auf die Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ ab, die vielerorts vom Unterricht an den Oberschulen ausgeschlossen wurden. Der verschärfte kirchenpolitische Kurs⁵⁷⁴ der SED mündete in den Politbürobeschluss vom Januar 1953⁵⁷⁵, der harte Repressionsmaßnahmen gegen die „Jungen Gemeinden“ vorsah. Aktive Gemeindemitglieder sollten demnach vom Zugang zu den Hoch- und Fachschulen ausgeschlossen werden. Schon „die Kandidatur von solchen Elementen“ müsse „bei den Prüfungen in den Oberschulen“⁵⁷⁶ unterbunden werden. Auf Initiative der FDJ und SED auf Kreis- und Bezirksleitungsebene⁵⁷⁷ lagen dem MfV Anfang Juni Bestätigungsanträge für den Schulausschluss von republikweit fünf bis acht Prozent der

⁵⁶⁸ Vgl. Podewin, Norbert: Ulbrichts Weg an die Spitze der Macht. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 49. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1998. S. 30.

⁵⁶⁹ Aus dem Beileidsschreiben des ZK der SED an die KPdSU zum Tode Stalins, 6. März 1953. In: Neues Deutschland. 8. Jahrgang. Nr. 56 vom 7.3.1953. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 105] DDR. Dokumente. S. 193/194.

⁵⁷⁰ Vgl. Ebenda. S. 194.

⁵⁷¹ Anm.: Entsprechende Beschlüsse waren z.B.: „Beschluss des Ministerrats über Bildung der Kasernierten Volkspolizei (1.7.1952), Aufhebung der Länderstruktur: statt 5 Länder künftig 14 Bezirke; 217 an der Stelle bisheriger 132 Kreise (23.7.1952); Gründung der Organisation `Dienst für Deutschland` (24.7.1952); Gründung der `Gesellschaft für Sport und Technik` (7.8.1952); Landesrundfunkanstalten gehen im `Staatlichen Rundfunkkomitee beim Ministerrat der DDR` auf (1.9.1952); ...“ (Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 27.)

⁵⁷² Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 27/28.

⁵⁷³ Vgl. Ebenda. S. 32.

⁵⁷⁴ Anm.: An einzelnen Oberschulen kam es seit Ende 1952 zum „massiven Vorgehen gegen kirchlich gebundene Schüler“. (Über den Stand der Schulen, 1.10.1952. In: Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. 1996. S. 271. und „Junge Gemeinde in Oelsnitz, 12.1.1953. In Vgl. Ebenda. S. 272ff. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 367.)

⁵⁷⁵ Maßnahmen gegen die „Junge Gemeinde“. Beschluss des Politbüros, 27.1.1953. In: Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates. Hrsg. von Hoffmann, Dierk/Schmidt, Karl-Heinz/Skyba, Peter. München/Zürich. 1993. S. 138ff. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 367.

⁵⁷⁶ BAB, DR 2/1171, Bl. 77, Beschluss der Kommission, Administrative Maßnahmen. In: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 367.

⁵⁷⁷ Anm.: Die Kreis- und Bezirksleitungen der FDJ und SED wurden dabei von der Abteilung Allgemeinbildende Schulen (vor 1953: Abteilung Volksbildung) des ZK der SED unterstützt. (Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 112.)

Oberschüler vor⁵⁷⁸. Spitzenwerte erreichten die Bezirke Gera mit 500 Ausschlüssen bei insgesamt 3500 Schülern und Suhl, wo 150 von 2000 Schülern von Schulverweisen betroffen waren.⁵⁷⁹ Diese Zahlen entsprachen der jeweiligen Anzahl von Mitgliedern der „Jungen Gemeinde“.⁵⁸⁰ Da als negatives Auslesekriterium ganz offensichtlich nahezu ausschließlich die Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde galt, monierte sogar die Abteilung Schulinspektion des MfV das Fehlen einer „klare(n) politische(n) Linie“ bei der Überprüfung der „Schülerkader“.⁵⁸¹ Die ebenfalls von Kreis- und Bezirksleitungen der FDJ und SED initiierten Entlassungen von Oberschullehrern betrafen knapp zehn Prozent des Lehrpersonals (553 von insgesamt 5893).⁵⁸² Weitere 317 Pädagogen erteilte die Versetzung an Grundschulen – angeblich „aus fachlichen Gründen“.

Diese Entwicklung korrespondierte mit der Reorganisation der Oberschulen, die für diese Art ideologisch-politischer und sozialstruktureller „Überprüfung“ der Oberschulen eine günstige Gelegenheit bot.⁵⁸³

Die Reorganisationspläne des Ministeriums für Volksbildung beabsichtigten die Abschaffung von Zehnklassen- und Oberschulen zugunsten einer Elfklassenschule nach sowjetischem Muster.⁵⁸⁴ Für den neuen Schultyp stand die Revision und Korrektur der bestehenden Lehrpläne der Oberschulen auf der Tagesordnung.⁵⁸⁵ Daran arbeitete das DPZI nach Absprache mit der Volksbildungsministerin seit Dezember 1952.⁵⁸⁶ Neben den „Grundlagen der Wissenschaft“ sah das Elfklassen-Konzept zwei Fremdsprachen vor. Dabei wäre Russisch als erste Fremdsprache verpflichtend geworden.⁵⁸⁷ Unter dem Begriff polytechnische Bildung wurden die „elementaren Grundlagen der Produktion“ gefasst.⁵⁸⁸ Zusätzlich sollte Unterricht in dem neu einzuführenden Fach „Technisches Zeichnen“ erteilt werden. Darüber hinaus sah das Reorganisationskonzept Spezialschulen für Musik, Sport, Kunsterziehung und Sprachen vor.⁵⁸⁹ Die bisherige

⁵⁷⁸ Vgl. Min. Else Zaisser an Walter Ulbricht. 6.6.1953. In: BArchP. R-2. – 2113. Bl. 61-62. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 182) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 324.

⁵⁷⁹ Vgl. Ebenda.

⁵⁸⁰ Vgl. MfV. Reorganisation der allgemeinbildenden Schulen. 4. Zwischenbericht. 6.6.1953. In: BArchP. R-2. 2113. Bl. 76-78. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 180) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 320.

⁵⁸¹ Vgl. Ebenda.

⁵⁸² Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 317.

⁵⁸³ Anm.: „Selbstverständlich muss und wird die Reorganisation mit einer Überprüfung der Oberschulen verbunden sein, ...“. Im Hinblick auf die „ideologisch-politische Beschaffenheit“ der Schulen verweist Ministerin Zaisser auf die vorgeblich aus der Presse hinlänglich bekannte „Wühlarbeit, ja sogar ... verbrecherische Tätigkeit der so genannten Jungen Gemeinde“. (Vgl. MfV. Zu den Oberschulen. Pressekonferenz des Ministeriums für Volksbildung. 19.5.1953. In: BArchP. R-2. 2643. Bl. 28-60. Abgedruckt in: [Dok. Nr. 56] Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 129.)

⁵⁸⁴ Vgl. Ebenda.

⁵⁸⁵ Vgl. Ebenda. S. 128/129.

⁵⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Mitteilung Dorst an Hruschka: Betreff Verwirklichung des Politbüro-Beschlusses vom 29.7.1952. 12.12.1952. (Nach einer Aussprache mit Ministerin Zaisser am 11.12. wurde Hruschka beauftragt, Pläne für ein 11. Schuljahr vorzubereiten.) Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁵⁸⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 87-89. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V für den Monat April am 7.5.1953. Als Zweitsprachen waren Englisch, Französisch, Tschechisch, Spanisch, Polnisch und Chinesisch vorgesehen (Vgl. Ebenda. Bl. 87.).

⁵⁸⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁵⁸⁹ Vgl. Ebenda.

„Dreizügigkeit“⁵⁹⁰ der Oberschule wurde gestrichen. Als Einführungstermin für die Elfklassenschule war der Schuljahresbeginn 1953/54 vorgesehen.⁵⁹¹

Während die SED-Führung auch nach Stalins Tod mit der in der „Oberschul-Reorganisation“ geplanten Ausrichtung der Schule auf die Volkswirtschaft sowie mit schulpolitischen und wirtschaftlichen Repressionen den „Aufbau des Sozialismus“ rücksichtslos vorantrieb, hatte das Ableben Stalins für die Arbeit der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin-Karlshorst gravierende Folgen.

Verunsichert über die noch unbekanntedeutschlandpolitische Linie der neuen Führung im Kreml wurden alle Lageberichte über die Situation in der DDR ungeschönt nach Moskau weitergeleitet.⁵⁹² Das dort gezogene Fazit klang ernüchternd: „Bei weiterem Gewährenlassen dieser Art `Aufbau des Sozialismus`“ ginge die DDR in kurzer Zeit bankrott.⁵⁹³ Alle fünf Anwärter auf die Nachfolge Stalins waren sich darin einig, dass der „marode Zustand der DDR“ beendet werden müsse.⁵⁹⁴ In dem eilig gefassten Beschluss „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 2.6.1953 zog der Ministerrat der UdSSR die verheerende Bilanz der SED-Politik seit der II. Parteikonferenz im Juli 1952.⁵⁹⁵ Dabei wies die sowjetische Führung besonders kritisch auf die „massenhafte Flucht der Einwohner der DDR nach Westdeutschland“⁵⁹⁶ hin. Zurückgeführt wurde diese auf den Unmut breiter Massen der Bevölkerung hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen in der DDR. Davon sind im Maßnahmenpapier die Repressalien gegen Privatunternehmer und die Kirche, die Vernachlässigung der politischen Arbeit unter der Intelligenz sowie die Beschleunigung der schwerindustriellen Entwicklung ohne Sicherung der entsprechenden Rohstoffquellen explizit benannt. Unfreiwillig gegründete sowie nicht „lebensfähige“ landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften sollten wieder aufgelöst, Privatkapital in der „kleinen und Gewerbeindustrie, in der Landwirtschaft sowie auf dem Gebiet

⁵⁹⁰ Vgl. MfV. Zu den Oberschulen. Pressekonferenz des Ministeriums für Volksbildung. 19.5.1953. In: BArchP. R-2. 2643. Bl. 28-60. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 56) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 128.

⁵⁹¹ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 143. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. 495.

⁵⁹² Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 35.

⁵⁹³ Vgl. Ebenda. S. 36. Podewin bezieht sich auf veröffentlichte Dokumente u.a. in: Wettig, Gerhard: Zum Stand der Forschungen über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953. In: Deutschland Archiv. Köln. Nr. 6/1993./Wettig, Gerhard: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. In: Deutschland Archiv. Köln. Nr. 7/1993./Otto Wilfriede: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme. In: Deutschland Archiv. Köln. Nr. 8/1993.

⁵⁹⁴ Anm.: Wie nach Lenins Tod, drängten sich auch nach Stalins Ableben mehrere Kandidaten um den einen Führungsposten. „Ernstzunehmende Chancen“ hatten nach Podewin mindestens fünf Bewerber: Berija, Bulganin, Chruschtschow, Kaganowitsch und Malenkov. (Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 36.)

⁵⁹⁵ Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 36. Podewin bezieht sich auf: Otto Wilfriede: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme. In: Deutschland Archiv. Köln. Nr. 8/1993. S. 952. Der Ministerrat arbeitete auf der Grundlage der Vorschläge von der Sowjetischen Kontrollkommission und des UdSSR-Außenministeriums. (Vgl. Ebenda.)

⁵⁹⁶ Hier und im Folgenden: SAPMO BArch. NY 4090/699. Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik. Wiedergegeben nach der Erstveröffentlichung: Rolf Stöckigt: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 5/1990. Zitiert nach: Benser, Günter: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 75. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 2002. S. 59. Nach diesem Dokument sind zwischen Januar 1951 und April 1953 447 000 Personen aus der DDR nach Westdeutschland geflüchtet.

des Handels“ akzeptiert werden. Außerdem sollte das „überspannte Tempo“ in der „Entwicklung der Schwerindustrie“ gebremst werden. Weitere „Empfehlungen“ an die SED-Führung waren die Gewinnung der Intelligenz für die Beteiligung an der „Durchführung der Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Ordnung“ und die Einstellung der „groben Einmischung“ in Kirchenfragen. Dazu gehörte auch, die Verfolgung von Mitgliedern der „Jungen Gemeinde“ zu beenden.

Am 2. und 3.6.1953 reisten Fred Oelßner, O. Grotewohl und Ulbricht nach Moskau. Nachdem die Kreml-Führer eine „rasche, kräftige, offene Korrektur, eine Wende in der Politik“ mit Wirkung auf ganz Deutschland forderten, übergaben sie das Papier an die deutsche Delegation.⁵⁹⁷

Am 9. Juni veröffentlichte das Politbüro den bereits in Moskau erarbeiteten und genehmigten Korrekturbeschluss.⁵⁹⁸ Am 11. Juni legte sich auch der Ministerrat auf die Politik des „Neuen Kurses“ fest.⁵⁹⁹ Beide Dokumente kritisierten die Arbeit der Volksbildungsorgane und verfügten die Rücknahme der im Zuge der „Reorganisation der Oberschule“ ausgesprochenen Entlassungen, Versetzungen und Pensionierungen von Lehrern.⁶⁰⁰ Überdies müssten die vom Unterricht ausgeschlossenen Schüler mit sofortiger Wirkung wieder zugelassen werden. Das rigide Vorgehen gegen die Junge Gemeinde, das den offenen Kirchenkampf eingeläutet hatte, wurde nach einem Treffen zwischen Staats- und Kirchenvertretern am 10.6.1953 für beendet erklärt⁶⁰¹. Bereits im Vorfeld des 10. Juni reagierte die mit dem Staatssicherheitsminister W. Zaisser verheiratete Volksbildungsministerin E. Zaisser – vermutlich in Kenntnis der neuen bildungspolitischen Linie – auf den sich abzeichnenden Wechsel in der Haltung gegenüber der Jungen Gemeinde. Hatte sie noch im Mai die Überprüfung der Oberschulen mit dem Hinweis auf die „verbrecherische Tätigkeit“ der Jungen Gemeinde verteidigt,⁶⁰² so sah sie sich am 6.6.1953 außer Stande, die vom ZK vorgeschlagenen Ausschlüsse zu bestätigen⁶⁰³.

Die von Grotewohl am 12.6.1953 gehaltene und im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Rede zum „Tag des Lehrers“ kündigte die Aufhebung der seit Jahresbeginn betriebenen bildungspolitischen Linie der SED an.⁶⁰⁴ Darin befürwortete er zwar die Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus durch „alle auf dem Gebiet der Volksbildung tätigen Menschen“. Gleichzeitig gab er aber zu Bedenken, dass die Anstellung im Schuldienst nicht von der Zustimmung zum Marxismus-Leninismus abhängen dürfe.

Ebenso wie die anderen Maßnahmen erfolgte jedoch auch das schulpolitische Einlenken zu spät, um den sich „mit einer Streikwelle und Unruhen abzeichnenden“ Aufstand noch verhindern zu können.⁶⁰⁵ Vor allem der Arbeiterschaft gegenüber verhielt sich die Regierung der DDR

⁵⁹⁷ Vgl. Ebenda.

⁵⁹⁸ Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 41.

⁵⁹⁹ Vgl. Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates. Hrsg. von Hoffmann, Dierk/Schmidt, Karl-Heinz/Skyba, Peter. München/Zürich. 1993. S. 158-160. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 114.

⁶⁰⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁶⁰¹ Gespräche Kirche – Ministerrat, 10.6.1953. In: Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. 1996. S. 440ff. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 379.

⁶⁰² Vgl. MfV. Zu den Oberschulen. Pressekonferenz des Ministeriums für Volksbildung. 19.5.1953. In: BArchP. R-2. 2643. Bl. 28-60. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 56) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 129.

⁶⁰³ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 113. Geißler bezieht sich dabei auf: BArchP. – R-2/2113. – Zaisser an Ulbricht. – 6.6.1953. Bl. 61. Anm. Geißler: „Informiert über diesen Brief war auch die SKK, von der zu dieser Zeit die Ablösung Ulbrichts erwogen wurde.“

⁶⁰⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 114. Geißler bezieht sich dabei auf: Grotewohl, Otto: Erzieht aufrechte und standhafte Patrioten. In: Neues Deutschland. Nr. 136/1953. S. 3.

⁶⁰⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 115.

unnachgiebig.⁶⁰⁶ Sie lehnte die von Arbeitern geforderte Revidierung der im Mai erhöhten Arbeitsnormen ab. Die Zugeständnisse, die mit dem „Neuen Kurs“ für einen großen Teil der DDR-Bevölkerung erfolgten, blieben damit für die Arbeiterschaft aus. Aber auch in anderen Schichten der Bevölkerung gelang es der SED-Führung kurzfristig nicht, die Unzufriedenheit zu beseitigen. Die durch die Repressionen der vergangenen Monate angestaute Frustration unter Arbeitern, Künstlern, Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Ärzten⁶⁰⁷ gipfelte schließlich in dem Volksaufstand⁶⁰⁸ am 17.6.1953, bei dem es in mehr als 500 Orten zu Streiks und Demonstrationen kam⁶⁰⁹. Weil die DDR-Führung den Juniereignissen hilflos gegenüber stand, schlugen sowjetische Panzer den Aufstand nieder.⁶¹⁰

Im Nachhinein versuchte das ZK der SED, die Ereignisse als „faschistischen Putsch“ darzustellen, machte die „Rädelsführer“ ausfindig (über 8000 Verhaftungen bis zum 1. Juli),⁶¹¹ und suchte nach Sündenböcken. Gemaßregelt wurden in den eigenen Reihen insbesondere diejenigen Mitglieder des Politbüros, die vor allem einen „veränderten innerparteilichen Führungsstil und die Ablösung Ulbrichts“ verlangt hatten, wie z.B. Rudolf Herrnstadt und W. Zaisser.⁶¹² Beide verloren im Juli 1953 ihre Ämter und wurden im Januar 1954 aus der Partei ausgeschlossen.⁶¹³

Die Juni-Krise wirkte für die Regierung wie ein „Lernschock“⁶¹⁴. Die SED bemühte sich in der Folge stärker um die „Verankerung des Regimes in der eigenen Bevölkerung“, statt sich nur auf eine eigene „Basis in der sowjetischen Führung“ zu konzentrieren. Erstmals wendete die SED konsequent die Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ bei dieser „realsozialistischen Krisenbewältigung“ an.⁶¹⁵ D.h. einerseits übte die Regierung mit der sowjetischen Schutzmacht

⁶⁰⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 42.

⁶⁰⁷ Vgl. Malycha, Andreas: Die Intellektuellen und der 17. Juni 1953. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 115-140. Malycha beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Intellektuellen und zählt im Speziellen Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler, Hochschullehrer und Ärzte auf. (Vgl. Ebenda. S. 124.)

⁶⁰⁸ Anm.: Hierzu verweist Malycha u.a. auf: Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003; Rolf Steininger: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR. München 2003; Ulrich Mählert (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand und seine Vorgeschichte. Bonn 2003; Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der Aufstand vom 17. Juni 1953. München 2003. (In: Vgl. Ebenda. S. 125.)

⁶⁰⁹ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 42.

⁶¹⁰ Vgl. Ebenda.

⁶¹¹ Vgl. Ebenda.

⁶¹² Vgl. Bollinger, Stefan: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR. Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Konfliktmanagements. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 30. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1996. S. 44. Nachdem in Moskau Berija, ehemaliger sowjetischer Geheimdienstchef, gestürzt wurde, „war das das Signal für Ulbricht, die innerparteiliche Auseinandersetzung zu seinen Gunsten zu entscheiden“. (Vgl. Ebenda. Bollinger bezieht sich auf: Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni. Berlin. 1991. S. 220-327.) Bei dem Besuch der deutschen Delegation am 2. und 3.6. in Moskau, habe Berija Ulbricht angeschrien und „hauptverantwortlich für die Misere der DDR“ genannt. (Vgl. Podewin: Ulbrichts Weg. S. 39. Podewin bezieht sich auf: Müller-Enbergs, Helmut: Vgl. Ebenda. S. 174.)

⁶¹³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 43.

⁶¹⁴ Hier und im Folgenden: Jänicke, Martin: Krise und Entwicklung in der DDR – Der 17. Juni 1953 und seine Folgen. In: Innere Systemkrisen der Gegenwart. Ein Studienbuch zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Elsenhans, Hartmut/Jänicke, Martin. Reinbek bei Hamburg. 1975. S. 148. Zitiert nach: Bollinger: Konflikte. S. 41.

⁶¹⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Bollinger: Konflikte. S. 41.

im Hintergrund Druck auf die Bevölkerung aus, andererseits sorgte sie für ein breiteres Angebot an Konsumgütern und an formaler politischer Teilhabe.

Möglich machten die vermehrte Erzeugung von Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern die Drosselung der schwerindustriellen Produktion sowie der Verzicht der UdSSR auf Reparationszahlungen und die Begrenzung der Besatzungskosten auf fünf Prozent des Staatshaushalts der DDR.⁶¹⁶ Die im Oktober 1953 einsetzenden Preissenkungen in den Geschäften um zehn bis 25 Prozent trugen zur Entspannung der Situation und Verbesserung der Lebenslage der DDR-Bürger bei.⁶¹⁷

2.3.1.3 Bildungs- und schulpolitische Auswirkungen des 17.6.1953

Die Gleichzeitigkeit von Repression und Zugeständnissen fand nach den Juniereignissen nicht nur auf staatspolitischem Gebiet Anwendung, sondern setzte sich auch im bildungs- und schulpolitischen Bereich durch. Staatsloyale Intellektuelle sollten unbehelligt in der DDR leben können.⁶¹⁸ Loyalität oder zumindest Zurückhaltung zeigten die meisten Wissenschaftler⁶¹⁹ und die neue Lehrerschaft⁶²⁰ in ihrer weitgehend abwartenden Haltung am 17.6.1953. Wo sich hingegen keine Loyalität erkennen ließ, wurde weiterhin mit Druck gearbeitet.⁶²¹

Das „Verhalten jedes Einzelnen während der Junitage“⁶²² diente als Gradmesser für die den gesamten Parteiapparat betreffende Säuberungswelle⁶²³ nach dem Aufstand. Auch an Universitäten und Hochschulen kam es zu Verhaftungen, Entlassungen aus dem Hochschuldienst, beruflichen Herabstufungen, Parteiausschlüssen und Parteistrafen.⁶²⁴

Eine umfangreiche Säuberung widerfuhr ebenso der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, die im Zusammenhang mit dem „Neuen Kurs“ ihre Unabhängigkeit vom Ministerium für Volksbildung beanspruchte. Sie hatte sich geweigert, nur ein „Exekutivorgan der Verwaltung“

⁶¹⁶ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 43. Wirksam wurden die finanziellen Erleichterungen für die DDR ab 1.1.1954 (Vgl. Ebenda.).

⁶¹⁷ Vgl. Ebenda.

⁶¹⁸ Vgl. SAPMO BArch. NY 4182/424. „Konferenz mit Angehörigen der Intelligenz“ am 27. Mai 1953. Zitiert nach: Malycha: Die Intellektuellen. S. 139.

⁶¹⁹ Anm.: „Viele verhielten sich abwartend und demonstrierten eine Art von Neutralität des Wissenschaftlers, die dem tradierten Berufsethos entsprach.“ (Malycha: Die Intellektuellen. S. 125.) Es wurde berichtet, dass sich „die Professoren öffentlich zurückhalten, doch unter vorgehaltener Hand den Rücktritt der Regierung fordern würden.“ (Vgl. SAPMO BArch. DY 30/IV 2/9.04/426. Informationsbericht über die Leipziger Universität für die ZK-Abteilung Wissenschaften vom Juli 1953. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 126.)

⁶²⁰ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 116. Geißler bezieht sich hierbei auf: BArchP.-R-2/1289. – Protokoll über die am 4.9.1953 durchgeführte Dienstbesprechung. – Bl. 27. Dabei sei die „vom MfV nach dem 17. Juni den Lehrern angebotene ‚Diskussion‘“ kaum zustande gekommen. „Aus 25 Inspektorenberichten über die Kreislehrerkonferenzen im September 1953 ergab sich die Feststellung, dass, obwohl dazu aufgefordert, in den Diskussionen ‚fast kein Lehrer gesprochen‘ habe.“ Teilweise engagierten sich die Lehrer wieder, anderen hofften auf den Zusammenbruch der DDR. (Vgl. Ebenda. S. 120.)

⁶²¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 402. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5699, Bl. 2. Überprüfung der Oberschule Herzberg. 12.12.1954. Bei dieser Überprüfung erfolgten weiterhin „politisch motivierte Personalveränderungen“.

⁶²² Malycha: Die Intellektuellen. S. 139. Malycha bezieht sich auf: SAPMO BArch. DY 30/IV 2/904/8. Protokoll der Hochschulkonferenz vom 31. Oktober/1. November 1953.

⁶²³ Anm.: „Von den 1952 amtierenden Mitgliedern der SED-Bezirksleitungen schieden bis 1954 über 60 Prozent aus, von den 1. und 2. Kreissekretären sogar über 70 Prozent.“ (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 43.)

⁶²⁴ Vgl. Malycha: Die Intellektuellen. S. 139.

zu sein.⁶²⁵ Die Forderung in einigen Verbänden des FDGB nach Kontrolle des Staates durch die Gewerkschaft⁶²⁶ sowie die Distanz des Gewerkschaftsvorsitzenden zu den „innergewerkschaftlichen Säuberungen“⁶²⁷ nach dem 17. Juni wurden mit einer Auswechslung des Gewerkschaftsvorstands bis Mitte März 1954 beantwortet. Damit war die Frage nach dem Verhältnis von MfV und Gewerkschaft dauerhaft entschieden.⁶²⁸

Hinter den Ablösungen stand die Abteilung Allgemeinbildung beim ZK der SED⁶²⁹, die auch den „Rücktritt“ der Volksbildungsministerin E. Zaisser⁶³⁰, Ehefrau des im Juli 1953 entlassenen W. Zaisser, im Oktober 1953 initiierte. Nachfolgend nahm vorübergehend Hans-Joachim Laabs den Ministerposten ein, den Fritz Lange im Dezember 1954 ablöste.⁶³¹

Parallel zu solchen repressiven Maßnahmen verschwand hingegen der auf Schüler, Lehrer und Wissenschaftler ausgeübte „weltanschauliche Bekenntniszwang“.⁶³² Überdies sollten die Intellektuellen verstärkt zur Staatsverwaltung herangezogen und ihnen künftig „größere Toleranz“ entgegengebracht werden.⁶³³

Damit fand auch der „Stalinisierungsschub“ ein vorläufiges Ende⁶³⁴, und der Gedanke von verschiedenen „nationalen Wegen zum Sozialismus“ rückte wieder ins Blickfeld⁶³⁵.

⁶²⁵ Anm.: Ein Brief der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung an das MfV fasste die Kritiken zusammen, die „durch das Sekretariat in Auswertung der Gewerkschaftswahlen vom Frühjahr“ festgestellt worden waren. (SAPMO-BArch.-ZPA – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 17. – Die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und der neue Kurs. Referat zur Zentralvorstandssitzung am 10./11.9.1953. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 117.)

⁶²⁶ Vgl. SAPMO-BArch. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 335. – MfV. Abt. Schulinspektion. Bericht über die Durchführung der Kreislehrerkonferenzen 1953. 3.9.1953. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 117.

⁶²⁷ SAPMO-BArch. – Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 19. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 118.

⁶²⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 118.

⁶²⁹ Vgl. SAPMO-BArch.-IV 2/905/9. – SED, ZK, Abt. Allgemeinbildenden Schulen. Bericht an Fred Oelßner. Über die Arbeit der Abteilung Allgemeinbildende Schulen zur Erfüllung der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums, insbesondere des Arbeitsplanes der Abteilung im IV. Quartal 1953. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 118.

⁶³⁰ Anm.: Vorgeworfen wurde Else Zaisser „administrativer Leitungsstil“ und „schematische Übertragung der Erfahrungen der Sowjetpädagogik und Sowjetschule“ (BArchP. – R-2/4292. – MfV. Entwurf der Resolution [der SED-Betriebsparteiorganisation des MfV]. – Bl. 48ff. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 118.). „Tatsächlich aber wurden mit dieser Entscheidung Machtrivalitäten in der SED ausgetragen.“ (Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 118.).

⁶³¹ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 311/312.

⁶³² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 401.

⁶³³ Vgl. Ebenda. S. 402. Geißler bezieht sich auf: ZK-Beschluss über den neuen Kurs und den Umgang mit Intellektuellen. 26.7.1953. In: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Hrsg. von Matthias Judt. Berlin. 1997. S. 320.

⁶³⁴ Häder, Sonja: Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins. In: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin. Akademie-Verlag: 1993. S. 191-213. S. 213.

⁶³⁵ Geißler, Gert: Zäsuren in der Schulpolitik der SBZ und der DDR 1945-1965. In: Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 1. Die Teilung der Pädagogik (1945-1965). Hrsg. von Dietrich Hoffmann und Karl Neumann. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1994. S. 41-55. S. 50.

Die ursprünglich am sowjetischen Vorbild orientierte Reorganisation der Oberschule⁶³⁶ wurde aus Gründen der ins Auge gefassten eventuellen Wiedervereinigung Deutschlands zurückgenommen.⁶³⁷ Im Ministerium einigten sich die Verantwortlichen schnell darauf, dass die mittleren Kader nicht aus einer Schule gewonnen werden könnten, die „weder eine Grundschule noch eine Oberschule“ sei.⁶³⁸ Die vierjährige Oberschule blieb bestehen, vorhandene Zehnklassenschulen galten vorerst als „unausgebaute Oberschulen“⁶³⁹, die damit faktisch die Funktion von „Zubringerschulen für die Oberschulen“ übernahmen.⁶⁴⁰

Auch die stark sowjetisch geprägten Lehrpläne erfuhren Korrekturen. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Stoffentlastungen,⁶⁴¹ die bereits weit vor dem 17. Juni im DPZI feststanden⁶⁴². Am Kernaufbau der Lehrpläne änderte sich hingegen nichts. Wie Geißler einschätzte, bewahrte sich damit „eine Pädagogik unter Dominanz von Vermittlung, von Wissen, eine Lernschule nahezu preußisch-herbartianischer Provenienz mit einseitiger Betonung der Rolle des Lehrers, ..., der auch vulgärmaterialistische sowjetische Psychologie zuarbeitete.“⁶⁴³

Trotz der Abschwächung oder Rücknahme einzelner bildungspolitischer Maßnahmen, die noch vor der Junikrise eingeleitet worden waren,⁶⁴⁴ erklärte Volksbildungsministerin E. Zaissler, dass „auch auf dem Gebiete der Schulpolitik die Generallinie richtig war und bleibt“⁶⁴⁵.

⁶³⁶ Anm.: Nach sowjetischem Vorbild sollte der „Übergang zu den Hochschulen und Universitäten sofort nach dem Abschluss der zehnten Klasse“ ermöglicht werden. (Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 142. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. o.O. DPZI: Protokolle der Direktionsberatungen. Abteilungsleitersitzung am 8.1.1953.) Dieser Gedanke mündete wenig später in den „Vorschlag zur Reorganisation der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und der Lehrerbildung“, in der durch die Reduzierung der Oberschule auf drei Jahre das Konzept der Elfklassenschule entstand. (Vgl. Ebenda. S. 143. Lost bezieht sich hierbei auf: Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Sign. 495.)

⁶³⁷ Anm.: „So nützlich und vorteilhaft die Einführung der dreijährigen Oberschule gewesen wäre, konnte diese Maßnahme aus prinzipiellen politischen Erwägungen im Hinblick auf die Herbeiführung der Einheit Deutschlands nicht aufrechterhalten werden.“ (Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Mappe 708. – Abteilung Schulinspektion. Die Ergebnisse des Schuljahres 1952/53. 17.7.1953. Zitiert nach: Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 144.) Die „Verordnung über die Reorganisation der allgemeinbildenden Schule“ war bereits am 15.6.1953 aufgehoben worden. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 391.)

⁶³⁸ BAB, DR 2/275, Bl. 139, MfV, Erste Vorberatung über Gestaltung der Oberstufe der allgemeinbildenden Schule in der HA Unterricht und Erziehung. 18.6.1953. In: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 391.

⁶³⁹ BAB, DR 2/275, Bl. 139, MfV, Erste Vorberatung über Gestaltung der Oberstufe der allgemeinbildenden Schule in der HA Unterricht und Erziehung. 18.6.1953. In: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 391.

⁶⁴⁰ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 391.

⁶⁴¹ Vgl. Geißler: Zäsuren. S. 49.

⁶⁴² Anm.: So hält das Schlusswort einer Kommissionssitzung vom zuständigen DPZI-Mitarbeiter des Fachbereichs Deutsch für die zukünftige Arbeit an den Lehrplänen fest: „Denken Sie an die wichtigste Aufgabe: Überwindung des Maximalismus in den Stoffplänen.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 607. – Protokoll über die Sitzung der Ständigen Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut vom 19.2.1953.)

⁶⁴³ Geißler: Zäsuren. S. 49.

⁶⁴⁴ Vgl. Geißler: Zäsuren. S. 49.

⁶⁴⁵ Vgl. Der 17. Juni – eine Bewährungsprobe auch für unsere Schule. Rechenschaftsbericht E. Zaissers auf der Zentralen Konferenz des Ministeriums für Volksbildung zur Vorbereitung des neuen Schuljahres. In: Die neue Schule 8, 1953. S. 6. Zitiert nach: Häder: Von der „demokratischen Schulreform“. S. 209.

In diesem Sinne wurde auch die Reorganisation der Lehrerbildung nicht zurückgenommen, sondern konstant weitergeführt.

Die seit Herbst 1952 vorbereitete⁶⁴⁶ Verordnung über die Neuregelung der Lehrerausbildung betrachtete noch im Dezember 1952 den *Zehnklassenabschluss* für die angehenden Unterstufenlehrer (Klasse 1-4) als unumgänglich⁶⁴⁷. Sie seien gemeinsam mit Pionierleitern, Heim- und Horterziehern sowie den Mittelstufenlehrern (Klasse 5-8) für musische Fächer und Körpererziehung an Instituten für Lehrerbildung auszubilden.⁶⁴⁸ Die Ausbildung der übrigen Mittel- und aller Oberstufenlehrer (Klasse 9-12) blieb noch den Pädagogischen Hochschulen und Pädagogischen Fakultäten der Universitäten vorbehalten.⁶⁴⁹ Mit der stärkeren Anlehnung an sowjetische Vorbilder im Verlauf der Vorbereitungen⁶⁵⁰ und der damit einhergehenden Gründung der Pädagogischen Institute⁶⁵¹ entfernte sich die Lehrerausbildung jedoch immer weiter von den Universitäten. Zudem sollten Unterstufenlehrer, Pionierleiter und Heimerzieher ihre vierjährige Ausbildung an den Instituten für Lehrerbildung⁶⁵² nun bereits nach erfolgreichem Abschluss der *achten Klasse*⁶⁵³ antreten können. Das zweijährige Studium der Mittelstufenlehrer oblag den neuen Pädagogischen Instituten.⁶⁵⁴ Lediglich die Oberschullehrer absolvierten ihr vierjähriges Studium weiterhin an den Universitäten⁶⁵⁵ und zunehmend an den Pädagogischen Hochschulen⁶⁵⁶. Als Zugangsvoraussetzung benötigten sowohl Mittelstufen- als auch Oberschullehrer den Oberschulabschluss.⁶⁵⁷

⁶⁴⁶ Vgl. SAPMO, FDGB, Gewerkschaft Unterricht und Erziehung 327, Niederschrift über die am 4.11.1952 durchgeführte Fachbesprechung über die Reorganisation der Lehrerausbildung. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 392.

⁶⁴⁷ Anm.: Alternativ wäre auch ein Nachweis einer der Zehnklassenschulbildung entsprechendes Allgemeinwissen möglich gewesen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 802. – Deutsche Demokratische Republik/Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Lehrerbildung. 2. Entwurf Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter und der Erzieher in Heimen und Horten in der DDR vom ... [sic!]. 12.12.1952.)

⁶⁴⁸ Vgl. Ebenda. Die musischen Fächer umfassen hier Kunst- und Musikerziehung.

⁶⁴⁹ Vgl. Ebenda.

⁶⁵⁰ Anm.: In einer Besprechung der Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV regte einer der Teilnehmer an, für die „Ausarbeitung einer Verordnung zur Einrichtung Pädagogischer Institute ... die Übersetzung des entsprechenden sowjetischen Manuskripts zugrunde zu legen“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 480-486. Protokoll der Dienstbesprechung der Hauptabteilung Lehrerbildung am 3.2.1953.)

⁶⁵¹ Anm.: Die nach „Schulstufen qualitativ differenzierte Ausbildung“ folgte dem sowjetischen Lehrerausbildungsmodell. Die hierfür vorgesehenen Pädagogischen Institute wurden zum 1.9.1953 eröffnet. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 392/393.)

⁶⁵² Vgl. Ebenda. S. 393.

⁶⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 87-89. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V für den Monat April am 7.5.1953. Bl. 88.

⁶⁵⁴ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 393.

⁶⁵⁵ Anm.: Die Auflösung der Pädagogischen Fakultäten war am 7.4.1953 beschlossen worden. Die pädagogische Ausbildung sollte nach deren Schließung von neu zu gründenden Instituten für Pädagogik an den Philosophischen Fakultäten übernommen werden. (Vgl. BAB, DR 2/2112, MfV, HA Lehrerbildung. Ergebnisse der Besprechung am 7.4.1953 über Fragen der Regelung der Lehrerausbildung an Universitäten und der Pädagogischen Hochschule Potsdam. In: Vgl. Ebenda. S. 394.)

⁶⁵⁶ Anm.: Zunächst existierte nur in Potsdam eine Pädagogische Hochschule, die 1949 gegründet worden ist. Später wurden die Pädagogischen Institute zu Pädagogischen Hochschulen ausgebaut. (Pädagogisches Wörterbuch. S. 227.) Als Fachhochschulen unterstanden sie dem Ministerium für Volksbildung. (Vgl. Ebenda. S. 283.) „Die Ausbildung von Berufsschullehrern erfolgte an der Technischen Hochschule Dresden, die von Sportlehrern seit 1955 hauptsächlich an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig und am Institut für Körpererziehung in Karl-Marx-Stadt, die von Musiklehrern am Institut für Musikerziehung der Karl-Marx-Universität in Leipzig und seit 1955

Die Pädagogischen Fakultäten der Universitäten, die zum 1.9.1953 geschlossen werden sollten, unterstanden seit 1951 dem Staatssekretariat für Hochschulwesen.⁶⁵⁸ Damit entwickelte sich spätestens ab diesem Zeitpunkt die „an akademische Logiken gebundene und von bürgerlichen Eliten ausgefüllte Strukturform“⁶⁵⁹ der Fakultäten für das Volksbildungsministerium zum Störfaktor.⁶⁶⁰ Die Fakultäten entzogen sich jedoch nicht nur dem Einfluss des Ministeriums, sondern nahmen auch den Rahmenforschungsplan des Staatssekretariats für Hochschulwesen sehr selektiv wahr. Die vornehmlich „stark schulpolitisch ausgerichtete(n) Forschungsschwerpunkte wie `Untersuchungen zum Erziehungs- und Bildungsziel der deutschen demokratischen Schule in der Phase des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ und „Begründung und Erläuterung der pädagogischen Prinzipien und Methoden bei der Erziehung eines sozialistischen Menschen in Familie, Kindergarten und Erziehungsheimen“ wurden beispielsweise nicht entsprechend in die Arbeit der Fakultäten aufgenommen.⁶⁶¹ Forschungsprojekte im Bereich der Geschichte der Erziehung waren hingegen umfangreich vertreten.⁶⁶² Die darauf folgenden Bemühungen des MfV hinsichtlich der Auflösung der Pädagogischen Fakultäten zielten letztendlich darauf ab, die Lehrerausbildung vollends unter ministerielle Kontrolle zu bringen.

Wenngleich sich die Pädagogischen Fakultäten gegen die Reorganisationsvorhaben zur Wehr setzten⁶⁶³, konnten sie ihre Schließung lediglich um zwei Jahre verzögern⁶⁶⁴.

auch an der Musikhochschule in Weimar, die von Kunsterziehern am Institut für Kunsterziehung der Karl-Marx-Universität und an der Hochschule der Bildenden Künste in Dresden.“ (Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 393. [Anm. 1758.]) Zum Ende der DDR fand Lehrerausbildung an 24 Instituten für Lehrerbildung, neun Pädagogischen Hochschulen sowie neun Universitäten und Hochschulen statt. (Pädagogisches Wörterbuch. S. 227.)

⁶⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 87-89. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V für den Monat April am 7.5.1953. Bl. 88.

⁶⁵⁸ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 394.

⁶⁵⁹ Wilhelm, Jürgen: Die Stammeskultur der Ordinarienuniversität. In: Martin Baethge/Wolfgang Essbach (Hrsg.): Soziologie. Entdeckungen im Alltäglichen. Festschrift für Hans Paul Bahrtd zum 65. Geburtstag. Frankfurt a. M. 1983. S. 477-495. Zitiert nach: Häder, Sonja: Kollektiver Protest. Das „Memorandum der Pädagogischen Fakultäten in der DDR zur Lehrerbildung“ vom 9.12.1953 im Kontext der Ereignisse vom Juni 1953. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 39-67. S. 46.

⁶⁶⁰ Anm.: Paul Wandel konstatierte 1951 den „größten Rückstand“ im „ideologischen Kampf gegen feindliche und falsche Auffassungen“ bei den Pädagogischen Fakultäten. (Minister Wandel über die Aufgaben der Schule im Fünfjahrplan. In: die neue schule 6 [1951] 8, S. 176-178. S. 176. Zitiert nach: Häder: Kollektiver Protest. S. 46.)

⁶⁶¹ Vgl. DIPF/BBF/Arch, Nachlass Deiters 25, Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Gesellschaftsw. Grundstudium, Pädagogik. Langfristiger Rahmenforschungsplan für Pädagogik, beschlossen vom Wissenschaftlichen Beirat für Pädagogik am 6.2.1953, ergänzt am 20.11.1953. Zitiert nach: (Fußnote 1766.) Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 396.

⁶⁶² Anm.: „Von insgesamt dreizehn genannten Forschungsschwerpunkten war der zur Geschichte der Pädagogik mit zehn Einzelprojekten am stärksten untersetzt. Diese Projekte wurden im Gegensatz zu fast allen übrigen Vorhaben später auch weitgehend realisiert.“ (Vgl. Ebenda.)

⁶⁶³ Anm.: Zu den Hauptargumenten des Protests gehörte unter anderem, dass die „vorgesehenen Änderungen eine gesamtdeutsche Perspektive“ blockieren würden. (Vgl. Ebenda. S. 394. Geißler bezieht sich auf: BAB DR 2/6054, Protokoll der am 1.7. um 11 Uhr bei Herrn Minister Dr. Wandel stattgefundenen Besprechung mit dem Pädagogischen Beirat über den Ministerbeschluss „Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten.“) In Verbindung mit dem gesamtdeutschen Argument spielte auch die „befürchtete Sowjetisierung der ostdeutschen

Infolgedessen gelangte die Lehrerbildung fast vollständig in den Verfügungsbereich des Ministeriums.⁶⁶⁵ Die Mehrheit der Lehrer und Lehrerinnen wurde zukünftig „von einer ideologische vergleichsweise gefestigten Dozentenschaft in strukturell überschaubaren Einrichtungen ausgebildet und damit vom noch immer relativ offenen akademischen Lehrbetrieb und den vielfältigen Einflüssen der Universitäten getrennt“.⁶⁶⁶

Insgesamt bewirkte die Politik des „Neuen Kurses“ zwar eine Abschwächung der bis dahin betriebenen massiven Indoktrination im Bereich der Schule und der Erziehungswissenschaft und es eröffneten sich nun wieder Möglichkeiten für „konstruktives, sachgerechtes Denken und für Fachkompetenz“.⁶⁶⁷ Allerdings handelte es sich dabei lediglich um eine „größere geistige Bewegungsfreiheit im ideologisch abgeschotteten Raum“⁶⁶⁸. Es setzte sich ein Prozess in Gang, bei dem die „extensive Ideologisierung“ der pädagogischen Wissenschaft einer „intensiven Ideologisierung“ wich.⁶⁶⁹ D.h. im Sinne der verordneten „Letztbegründungstheorie“⁶⁷⁰ besaß der Marxismus-Leninismus ungebrochen Geltung, jedoch war dieser Umstand auf den ersten Blick nicht mehr zu entdecken. Noch im ersten Halbjahr 1953 hatten pädagogisch-wissenschaftliche Arbeiten die „marxistisch-leninistisch-stalinistische(n) Autoritäten“ monoton nach dem Muster zitiert: „Stalin sagte (schrieb, erklärte, forderte, lehrte)“.⁶⁷¹ Bei immer gleicher Semantik variierte lediglich der Klassikernamen. Nach dem 17.6.1953 vollzog sich jedoch abrupt eine stilistische Wandlung, bei der die unbeholfene Namensnennung im Text entfiel und die

Lehrerbildung“ eine Rolle. Dabei wurde „vor der `mechanischen Übertragung der Formen der sowjetischen Lehrerbildung auf die DDR““ gewarnt. Brisant war in diesem Fall, die „nach DDR-Ansprüchen hinterherhinkende Ausbildung der sowjetischen Lehrer als solche darzustellen, ohne sie zu diffamieren und quasi so zu tun, als ob demnächst in der Sowjetunion `die Universitäten bei der Lehrerausbildung ... stärker herangezogen werden“. In diesem Sinne sei für die Ausgliederung der Lehrerbildung aus den Universitäten eine Niveausenkung zu prognostizieren. (Memorandum der Pädagogischen Fakultäten der Universitäten in der DDR zur Lehrerbildung [incl. drei Anlagen: 1. Die akademische Lehrerbildung in Deutschland: Zur Geschichte der Pädagogischen Fakultäten; 2. Können die Pädagogischen Fakultäten den Bedarf an Lehrern decken?; 3. Zu den Argumenten gegen die Pädagogische Fakultät]. In: UAH Rep. 21B/134. [Universitätsarchiv Halle Repositor, N.Z.] Zitiert nach: Häder: Kollektiver Protest. S. 63/64.)

⁶⁶⁴ Anm.: „Mit dem Auslaufen der universitären Grundschullehrerausbildung seit dem Studienjahr 1953/54 kam schließlich die Auflösung der Pädagogischen Fakultäten.“ Nur die Fakultät der Humboldt-Universität blieb erhalten, um der Lehrerausbildung den erforderlichen wissenschaftlichen Nachwuchs zuzuführen. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 395. Geißler bezieht sich auf: Verordnung über die weitere Verbesserung der Ausbildung der Mittel- und Oberstufenlehrer für die allgemeinbildenden Schulen und die Qualifizierung der wissenschaftlichen Kader für die Lehrerbildung 5.8.1955 [GBl. 1, S. 573].)

⁶⁶⁵ Vgl. Ebenda.

⁶⁶⁶ Vgl. Ebenda.

⁶⁶⁷ Vgl. Geißler: Zäsuren. S. 50.

⁶⁶⁸ Wiegmann, Ulrich: Der 17. Juni und die pädagogische Wissenschaft in der DDR. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 17-37. S. 28.

⁶⁶⁹ Vgl. Ebenda. S. 27.

⁶⁷⁰ Vgl. Bollenbeck, Georg: Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „semantischer Umbau der Geisteswissenschaften“. In: Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945. Hrsg. von Georg Bollenbeck und Clemens Knobloch. Heidelberg. Universitätsverlag Winter: 2001. S. 9-40. S. 29.

⁶⁷¹ Hier und im Folgenden: Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 27ff. Wiegmann analysierte hierfür die Zeitschriftenjahrgänge der „Pädagogik“ von 1953 bis 1955.

„Klassikeraussagen geläufig in die Argumentation eingebettet“ wurden.⁶⁷² Das zeugt einerseits von einer zunehmenden Professionalisierung der pädagogischen Wissenschaft in der DDR, andererseits zeichnete sich dadurch auch die Wende von der „personifizierten Doktrin zur komplexen Weltanschauung, von der textlichen (Über-) Sättigung mit autoritativen ... Einzelaussagen zum Theorem und von hier aus zum fundierenden ideologischen System“ ab. Die Ideologisierung erfuhr zwar eine sprachliche Dämpfung, zugleich verfestigte sich jedoch das „doktrinäre Fundament pädagogischer Wissenschaft“. In der Folgezeit entwickelte sich der Marxismus-Leninismus auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet zur verbindlichen Grundlage. Bezüglich der Sowjetisierung in der pädagogischen Wissenschaft lässt sich ein ähnliches Phänomen beobachten.⁶⁷³ Die Schilderungen pädagogischer Entwicklungen in der Sowjetunion reduzierten sich ebenso unvermittelt wie die Anzahl von Texten sowjetischer Autoren.⁶⁷⁴ Insofern war die Sowjetisierung rückläufig. Dennoch beherrschten weiterhin die Arbeiten zweier sowjetischer Wissenschaftler die Veröffentlichungen: Makarenko und Pawlow.⁶⁷⁵ Beide sollten für die Verbesserung der schulpädagogischen Praxis nutzbar gemacht werden. Die stilistische Wende und die Rückläufigkeit der Sowjetisierung bildeten den öffentlichen Schlusspunkt einer sich seit Beginn der 1950er Jahre vollziehenden Entwicklung innerhalb der Diskussionen im DPZI⁶⁷⁶. Die holprigen Bemühungen, „Sowjetpädagogik“ unter anderem mit sowjetischer Literatur zu ergründen und als *übergreifendes System* unverändert auf DDR-Verhältnisse anzuwenden, scheiterten und endeten in der Erkenntnis, dass Elemente sowjetischer Pädagogik nur neben bzw. unter Bezugnahme auf die klassische deutsche Pädagogik sowie die pädagogischen Erfahrungen der Lehrer Berücksichtigung finden könnten.⁶⁷⁷ Ebenso gelang es nicht, aus dem Marxismus-Leninismus wie auch aus Stalins Vorgaben ein „geschlossene(s) System einer marxistisch-leninistischen Wissenschaft von der Erziehung“ zu generieren.⁶⁷⁸ Trotz dieser Entwicklung und trotz der Tatsache, dass die beiden Referate Sowjetpädagogik und Marxismus-Leninismus bereits vor dem 17. Juni nominell aus der Institutsstruktur verschwunden waren⁶⁷⁹, bildete der Marxismus-Leninismus jedoch die unbezweifelte ideologische Grundlage

⁶⁷² Anm.: Die Zitate wurden durch Anführungszeichen und Fußnotennummer angegeben. „Der jeweilige Ideengeber wurde erst im Anmerkungsapparat offenbart. Schritt für Schritt setzte sich damit ein Stilmittel durch, das charakteristisch ist für die moderne schriftliche Wissenschaftssprache.“ (Vgl. Ebenda. S. 28.)

⁶⁷³ Vgl. Ebenda. S. 30/31. Gezählt wurden von Wiegmann die Heftseiten, auf denen sich „Texte sowjetischer Autoren“ befanden oder von „Entwicklungen in der Sowjetunion“ die Rede war.

⁶⁷⁴ Anm.: Im ersten Halbjahr 1953 war die Hälfte der Heftseiten mit sowjetpädagogischen Beiträgen gefüllt, nach der Systemkrise nur noch elf Prozent. (Vgl. Ebenda. S. 31.)

⁶⁷⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁶⁷⁶ Vgl. die Ausführungen zum Umgang mit „Sowjetpädagogik“ und mit dem Marxismus-Leninismus in der Inhaltlichen Arbeit des DPZI unter Punkt 2.2.2.

⁶⁷⁷ Siehe Punkt 2.2.2.4.1.

⁶⁷⁸ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 124ff. Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁶⁷⁹ Vgl. auch Punkt 2.2.2. Bereits Ende 1952 war das Referat Marxismus-Leninismus der Abteilung Theorie unbesetzt, das der Abteilung Lehrerbildung nicht mehr vorhanden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.) Der Hauptreferent für Sowjetpädagogik schied zum 31.3.1952 aus dem Institut aus (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.) und noch Ende 1952 gab es in der Abteilung Theorie keinen Hauptreferent für sowjetische Pädagogik; für die Abteilung Lehrerbildung war keine Hauptreferentenstelle mehr vorgesehen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.). 1953 wurde das Referat in letzter Konsequenz gestrichen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

allen wissenschaftlichen Arbeitens im DPZI⁶⁸⁰. Auch Werke sowjetischer Pädagogen manifestierten sich wie selbstverständlich als Bestandteil der wissenschaftlichen Tätigkeit im Institut.⁶⁸¹ Daneben stellten vor allem Pawlows pädagogisch relevante Thesen⁶⁸² einen weiteren wichtigen thematischen Schwerpunkt dar – auch über die Systemkrise hinweg. Insofern hatte sich im DPZI schon *vor*, spätestens aber *mit* den Juniereignissen 1953 ein vergleichbarer Trend von der „extensiven“ zur „intensiven Ideologisierung“ durchgesetzt.

2.3.1.4 Haltung des DPZI nach dem 17.6.1953 – Bilanz und Kritik

Die einsetzende Professionalisierung in der pädagogischen Wissenschaft, die sich in einem zunehmend wissenschaftlicheren Stil der Veröffentlichungen abzeichnete, forderte das DPZI nun auch für seine institutionelle Entwicklung ein. Bereits seit Jahren verlangte das Institut vom MfV mehrfach, die Voraussetzungen für die Anerkennung als pädagogisches Forschungsinstitut zu

⁶⁸⁰ Anm.: Anfang 1952 proklamierte das Institut, dass der Marxismus „in allen Fragen der Erziehungswissenschaft fest zu verankern“ sei. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 109-113. Schreiben Dorst an Wandel. Entwurf für einen Punkt zur Vorlage des Ministeriums für Volksbildung beim ZK der SED über die Verbesserung des Unterrichts und der Lehrerbildung mit der Bitte um Aufnahme in die Vorlage des Ministeriums. 6.2.1952.) In der Folgezeit war der Marxismus-Leninismus von den verschiedenen Abteilungen zu studieren und in die Arbeit zu integrieren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 91-94. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung V – Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 31.3.1953.) Zum Jahresende zementierte die Abteilung Theorie den Marxismus als ideologisches Fundament aller pädagogischen Entwicklungen, indem sie erklärte, dass sich „Auseinandersetzungen auf pädagogischem Gebiet“ nur vom „marxistischen Standpunkt“ aus führen ließen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.)

Auch im Jahr 1955 stand die Nutzbarmachung der Marxschen Theorie für die wissenschaftliche Pädagogik noch auf dem Arbeitsplan. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.) Außerdem stellten Werke des Marxismus-Leninismus Grundlagenliteratur im Fernstudium der Lehrer dar. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Stellungnahme zu dem Schreiben der Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle. 20.10.1955.)

⁶⁸¹ Anm.: Die Abteilung Sorbische Schulen wandte sich der Sowjetpädagogik besonders unter dem Aspekt „nationale Schulen“ zu. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 101/102. Aufgaben der Abteilung V-Sorbische Schulen. 14.7.1952) Die Referate der Abteilung Theorie hatten sowjetische Literatur für ihre Arbeit zu rezipieren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Tätigkeitsbereiche der Referate Heimerziehung, Schule und Jugendorganisation, Allgemeine Pädagogik, Psychologie, Allgemeine Didaktik, Vorschulerziehung und Geschichte der Pädagogik. Sämtlich vom 17.10.1952. Bl. 288ff.) Namentlich genannt werden *Makarenko* (Vgl. Ebenda. – Bl. 374-376. Theoretische Abteilung/Referat Heimerziehung. Arbeitsplan 1952. sowie in BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.) und *Pawlow* (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952. und Vgl. Ebenda. – Bl. 352/353. Referat Psychologie. Arbeitsplan für das Jahr 1952.). *Makarenko* war Pflichtliteratur im Studienplan für Allgemeine Pädagogik. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 48. – Studienplan und Studienprogramm für Allgemeine Pädagogik. Pflichtliteratur. 13.2.1956.)

⁶⁸² Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 171. Sektion Psychologie. Rahmenarbeitsplan für das Jahr 1955. Aber auch weitere sowjetische Literatur wurde nach wie vor rezipiert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438 – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr. 30.6.1955.)

schaffen.⁶⁸³ Dies wurde aber wieder und wieder verschoben und in diesem Zusammenhang vor allem finanzielle Personalmittel sowie bessere materielle Bedingungen verweigert.⁶⁸⁴

Nach den Juniereignissen verschärfte sich der Tonfall in den Forderungen. Der Konflikt zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem Institut brach offen aus. Im Zentrum stand dabei die Art der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und seiner nachgeordneten Dienststelle, die sich erneut darum bemühte, von der „ministeriellen Verpflichtung loszukommen und die verwehrte Reputation universitärer Einrichtungen zu erlangen“.⁶⁸⁵

Die Schuld an der als ungenügend beschriebenen wissenschaftlichen Methodik und damit indirekt an der „geringen Wirksamkeit der pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeit“ des DPZI gab das Institut den ministeriellen Eingriffen in die Arbeit des Instituts.⁶⁸⁶ Durch kurzfristig erteilte „Sofortaufträge“ würde keine Zeit bleiben, empirische Forschungen zu betreiben, und es wäre bei wissenschaftlichen Arbeiten infolge dessen auf allgemeingültige „Leitsätze“ und Einzelerfahrungen zurückgegriffen worden.⁶⁸⁷

Die Ursachen für Defizite in der wissenschaftlichen Arbeit suchte das Institut somit nicht länger in dem Bestand an noch unqualifizierten Mitarbeitern⁶⁸⁸, sondern in dem diesem Umstand nicht angepassten Arbeitsplan⁶⁸⁹. Vorwürfe adressierte das DPZI nun direkt an seine übergeordnete Dienststelle. So wurde der zaghafte Hinweis auf zusätzlich erteilte Arbeiten in der Mängelliste des Vorjahresberichts⁶⁹⁰ durch eine weit weniger unterwürfige, sachliche Ausdrucksweise abgelöst:

⁶⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben Dorst an Wandel: Betreff Antrag auf Überführung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif. 27.7.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952. Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁶⁸⁴ Vgl. Punkt 2.2.2.

⁶⁸⁵ Geißler: Das schulpolitische System. S. 123.

⁶⁸⁶ Anm.: Als Hauptursache für die geringe Wirksamkeit der Arbeit des DPZI wurde das „Fehlen einer konkreten wissenschaftlichen Analyse der tatsächlichen Schulwirklichkeit“ betrachtet. Diese Ursache geht aus dem an zweiter Stelle genannten Grund für den als zu klein beschriebenen Wirkungsbereich des DPZI hervor, dass es aufgrund der „Sofortmaßnahmen“ und „Sofortaufträge“ nicht möglich gewesen wäre, die Praxis zu erforschen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953].)

⁶⁸⁷ Vgl. Ebenda.

⁶⁸⁸ Anm.: So geschehen im Bericht von 1952: „Die Methoden der wissenschaftlichen Untersuchung mussten sich die Mitarbeiter erst während der Arbeit selbst aneignen. ... Die Abteilung ... (besteht, N.Z.) nahezu ausschließlich aus jungen Mitarbeitern ..., die sich alle noch am Anfang ihrer wissenschaftlichen Laufbahn befinden.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952.)

⁶⁸⁹ Anm.: „Ausserdem (sic!) standen die Fülle und der Umfang der im Arbeitsplan vorgesehenen Aufgaben in einem Missverhältnis zu Zahl und Ausbildungsstand der wissenschaftlichen Mitarbeiter.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.)

⁶⁹⁰ Anm.: „Darüber hinaus sind einige umfangreiche Aufgaben gelöst worden, die der Abteilung im Verlaufe des Jahres gestellt wurden.“ Z.B.: „Nach der II. Parteikonferenz der SED, ... und nach dem Beschluss des Politbüros der SED vom 29.7.1952 stellte der Minister für Volksbildung, ..., einer theoretischen Konferenz deutscher Pädagogen eine neue Aufgabe. ... Die Abteilung Theorie hat daraufhin ihre Arbeit umgestellt.“ oder auch: „Über die Aufgaben des Arbeitsplanes hinaus haben die wissenschaftlichen Mitarbeiter allein im letzten halben Jahr 9 Manuskripte pädagogischer Werke verantwortlich bis ins Einzelne vor der Drucklegung überprüft.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952.)

„Die Abteilung Theorie ging in das Berichtsjahr ohne klar umrissene Aufgabenstellung hinein. Das liegt zu einem großen Teil darin begründet, dass ein Widerspruch besteht zwischen den Aufgaben, die eine zentrale pädagogische Forschungsinstitution zu erfüllen hat und den in der Hauptsache vom Gesichtspunkt der augenblicklichen Notwendigkeit diktierten Aufträgen, die dem Institut als nachgeordneter Verwaltungsdienststelle im Laufe des Jahres erteilt wurden.“⁶⁹¹

Der hier ausgeführte Rundumschlag richtete sich nicht nur auf die Zusammenarbeit des MfV mit dem Zentralinstitut. Auch der versprochene Status des DPZI als „zentrale pädagogische Forschungsinstitution“ musste sich den Vergleich mit der Realität einer „Verwaltungsdienststelle“ gefallen lassen.

Die nicht klar definierte Identität und Funktion des DPZI korrespondierte auch mit der unklaren Struktur Anfang 1953. Es fehle an einer „präzisen zentralen, ... verbindlichen Aufgabenstellung“.⁶⁹² In der Konsequenz konnten „verschiedene geplante Arbeiten nicht oder nicht im geplanten Umfang durchgeführt“ werden.⁶⁹³

Die vom Ministerium unternommenen Bestrebungen, eine „befriedigende Zusammenarbeit mit dem DPZI“ herzustellen,⁶⁹⁴ verfehlten im Oktober ihr Ziel. Zu diesem Zeitpunkt betrieben beide Seiten hinsichtlich des gespannten Arbeitsverhältnisses zunächst Schadensbegrenzung.⁶⁹⁵ Das DPZI hatte zwar weiterhin nach dem Arbeitsplan des Ministeriums zu arbeiten,⁶⁹⁶ zeigte sich jedoch bei der „Abstimmung der Arbeitspläne“ im Hinblick auf den bestehenden Termindruck in der Lehrplanerarbeitung unnachgiebig⁶⁹⁷. Das Ministerium wies offenbar jede Verantwortung für die „irrealen“ Fristen von sich. Denn im Ergebnis der Diskussion wusste angeblich keiner der Beteiligten, „wer überhaupt diese Termine als verbindlich erklärt“ hatte.

Nach wie vor stellte der Druck, unter den das Institut durch die „kurzfristigen Terminstellungen“ in der wissenschaftlichen Arbeit bei einer verordneten Vielzahl gleichzeitig zu bearbeitender Themen geraten war,⁶⁹⁸ neben der ungeklärten Funktion und Struktur des Instituts einen wesentlichen Streitpunkt im Verhältnis zum Ministerium dar. Sowohl die Aufgabenvielfalt als auch der Termindruck sollten als dringlichste Probleme unter allen Umständen und damit auch unabhängig von der zukünftigen Struktur und Funktion des DPZI gelöst (bzw. abgeschafft)

⁶⁹¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁶⁹² Vgl. Ebenda.

⁶⁹³ Vgl. Ebenda.

⁶⁹⁴ Vgl. BArchP. – R-2/275. – MfV, HA Unterricht und Erziehung. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 29.9.53. – Bl. 43. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 123.

⁶⁹⁵ Anm.: „Nach längerer Aussprache wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass ... (die, N.Z.) bestehenden Spannungen durch das heutige Gespräch nicht beseitigt“ worden sind. Jedoch sollten „neue Spannungen“ verhindert werden, „um dadurch Auswirkungen früherer Missverständnisse zum Verschwinden zu bringen“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 1. Aktennotiz einer Besprechung mit Vertretern der Abteilung Methodik des MfV über Fragen der Zusammenarbeit und des Arbeitsplans. 15.10.1953.)

⁶⁹⁶ Vgl. BArchP. – R-2/275. – MfV, HA Unterricht und Erziehung. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 29.9.53. – Bl. 43. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 123.

⁶⁹⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 1. Aktennotiz einer Besprechung mit Vertretern der Abteilung Methodik des MfV über Fragen der Zusammenarbeit und des Arbeitsplans. 15.10.1953.

⁶⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 13-26. Schlussfolgerungen für die Arbeitsweise des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in Auswertung des Artikels von Jessipow „Stand und Aufgaben der Pädagogik im Lichte der Beschlüsse des XIX. Parteitages“. Ohne Datum [Ende 1953/Anfang 1954]. Bl. 25.

werden.⁶⁹⁹ Das DPZI bestand in dieser Situation vehement auf der Befreiung des Instituts von allen Verwaltungsarbeiten und auf „ungestörte wissenschaftlich-theoretische Arbeit“.⁷⁰⁰

Auch in den „selbstkritischen“ Betrachtungen des DPZI nach dem 17.6.1953 stand der als administrativ bezeichnete Arbeitsstil, wie ihn das Institut dem MfV vorwarf, im Mittelpunkt der Kritik. In der Folge unterzog das DPZI sowohl die Arbeit innerhalb der einzelnen Abteilungen als auch die Zusammenarbeit von Zentralinstitut und Zweigstellen einer gründlichen Beurteilung.⁷⁰¹ Vor allem der mangelnde „persönliche Kontakt“ der wissenschaftlichen Mitarbeiter „einiger Referate“ habe zu dem besagten „administrativen“ Arbeitsstil geführt. Bei dieser Gelegenheit beschuldigte auch die Abteilung Sorbische Schulen die „Kollegen in Berlin“, „wenig Aufgeschlossenheit“ und Klarheit bezüglich des sorbischen Schulwesens zu zeigen und beanspruchte mehr Resonanz und Anerkennung für die eigene Arbeit im gesamten DPZI.⁷⁰²

Die Kritik an den *Arbeitsmethoden* führte indessen nicht zu einer entscheidenden Veränderung der politisch-ideologischen Grundlagen der Institutsarbeit. Nach wie vor waren die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die sowjetische Pädagogik als Fundament für die theoretische Wissenschaft akzeptiert.⁷⁰³ Dass die „sowjetischen Erfahrungen“ zu mechanisch auf das Schulwesen der DDR übertragen worden seien, stieß dabei zwar auf Kritik.⁷⁰⁴ Diskussionen hierzu hatte es im DPZI aber schon mehr als zwei Jahre zuvor gegeben.⁷⁰⁵ Zukünftig sollte vor der Anwendung von „sowjetischen Erfahrungen“ die Analyse der DDR-Schulwirklichkeit abgewartet werden.⁷⁰⁶ Stalins weltanschauliche Autorität blieb unberührt.⁷⁰⁷

⁶⁹⁹ Vgl. Ebenda.

⁷⁰⁰ Anm.: Sollte die Verwaltungsarbeit weiterhin Bestandteil der Institutsarbeit sein, also eine „Vermischung von Verwaltungsarbeit mit wissenschaftlichen Aufgaben“ stattfinden, würde dies den „Untergang ... der Wissenschaft“ bedeuten. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 34.)

⁷⁰¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 82-85. Abteilung V-Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953. Bl. 84.

⁷⁰² Vgl. Ebenda. In dem veröffentlichten Arbeitsbericht des DPZI findet sich zu dem intern kritisierten administrativen Umgang der Zentrale mit der Abteilung Sorbische Schulen eine wesentlich positivere Einstellung. Dort heißt es, die Mitarbeiter dieser Abteilung hätten sich für die „vor ihnen stehenden ungewohnten Probleme“ noch qualifizieren müssen. „Die Zentrale in Berlin hat den Mitarbeitern der Abteilung `Sorbische Schulen` dabei alle nur mögliche Hilfe zuteil werden lassen.“ Die Mitarbeiter seien von der Zentrale in Berlin „mit den Methoden wissenschaftlicher Arbeit bekannt gemacht“ worden und hätten „wertvolle Hinweise für die Lösung der besonderen, von ihnen zu bearbeitenden Fragen“ erhalten. (Vgl. Kurz, Ernst-Otto: Kritische Einschätzung der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Jahre 1953 [Schluss]. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 2/1954. S. 155-161. S. 156.)

⁷⁰³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 34.

⁷⁰⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. Ebenda. Bl. 36.

⁷⁰⁵ Anm.: „Viele Kollegen haben das Gesagte zu mechanisch übertragen. Man glaubt, was in der Sowjetunion nach 33 Jahren möglich ist, müsste bei uns auch möglich sein.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 270-279. Abschrift Fortsetzung der Diskussion der Gontscharow-Konferenz am 11.2.1951. Bl. 275.)

⁷⁰⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 36.

⁷⁰⁷ Anm.: So ist es Stalins offenbar als unangreifbar geltende „Beweisführung“, die belegen soll, dass die „Vermischung von Verwaltungsarbeit mit wissenschaftlichen Aufgaben“ zum „Untergang der ... Wissenschaft“ führen würde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. Ebenda. Bl. 34.)

Auch die vom Ministerium beibehaltene „bildungspolitische Generallinie“⁷⁰⁸ kritisierte das DPZI nicht. Die Institutsleitung bekannte sich zum „Neuen Kurs“, der auf der als richtig und unumstößlich bewerteten „Generallinie“ der Partei basierte.⁷⁰⁹ Bezug nehmend auf das 15. und 16. Plenum des ZK der SED erklärte sich die Institutsleitung bereit, an der konsequenten „Verwirklichung des neuen Kurses“ mitzuwirken.⁷¹⁰ Dabei beabsichtigte das DPZI nicht nur, in Parallelität zum von der SED-Führung vorangetriebenen Aufbau der eigenen Basis in der Bevölkerung,⁷¹¹ das Verhältnis der pädagogischen Theorie zur Praxis zu verbessern⁷¹². Es knüpfte mit seiner Haltung auch an Ulbrichts Argumentationsmuster von (Kritik und) Selbstkritik auf der 15. ZK-Tagung an.⁷¹³ Wie im Anschluss in der zur Schau getragenen selbstkritischen Haltung des Instituts hatte Ulbricht sich kurz zuvor zu seinem falschen Arbeitsstil bekannt.⁷¹⁴ In der von ihm geprägten EntschlieÙung⁷¹⁵ der Führungsspitze des ZK des 15. Plenums wurde in diesem Sinne die Anwendung von „Methoden des Administrierens“ angeprangert⁷¹⁶. Aber auch hier war von einer grundlegend veränderten politischen Linie der SED nicht die Rede.

Deutlicher noch als in der internen Beurteilung zeigte sich diese taktisch geprägte Vorgehensweise in einer öffentlichen Stellungnahme des DPZI zur Arbeit im Jahr 1953. Dort wies das Zentralinstitut bei missbilligender Betrachtung der „bisher angewandten Arbeitsmetho-

⁷⁰⁸ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 397.

⁷⁰⁹ Anm.: „Der Versuch der Feinde des deutschen Volkes, die Partei ... von der Durchführung des neuen Kurses abzubringen, ist gescheitert ... Diese Generallinie war und bleibt richtig.“ (Aus der EntschlieÙung des ZK der SED zum 17. Juni 1953. 26.7.1953. In: EntschlieÙung der 15. Tagung des ZK der SED. Dokumente der SED. Bd. IV. Berlin [Ost]. 1954. S. 453f, 457 u. 467. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 110] DDR. Dokumente. S. 200/201.)

⁷¹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953.]. Bl. 36.

⁷¹¹ Anm.: „In dem Maße, in dem die SED-Führung als eine Hauptursache der am 17. Juni 1953 eskalierten Krise die eigene Entfremdung von der (werktätigen) Bevölkerung einräumte, diagnostizierten die Repräsentanten der pädagogischen Wissenschaft eine wachsende Abwendung der pädagogischen Basis von den weithin praxisfernen Leistungen der pädagogisch-wissenschaftlichen Elite.“ (Wiegmann: Der 17. Juni. S. 36.)

⁷¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953.].

⁷¹³ Anm.: Ulbricht adaptierte seinerseits die Vorgehensweise, welche die Moskauer Führung zum Sturz des Geheimdienstchefs und Bewerber um Stalins Nachfolge Berijas anwendete. Schwerwiegendster Vorwurf bei Berijas Festsetzung war der „Verrat am Sozialismus“, der am Beispiel des „Bruderlandes DDR“ demonstriert wurde. Berija habe geplant, nicht nur „den Aufbau des Sozialismus zu stoppen – das hatte man den deutschen Genossen ja noch einen Monat früher kollektiv verordnet – sondern diesen Staat dem Kapitalismus auszuliefern“. Ulbricht wendete dieses Schema auf der 15. Tagung des ZK der SED gegen seine innerparteilichen Gegner. Vor allen anderen brachte er Herrstadt und Zaisser in Verbindung mit dem als „Volksfeind“ für „Verrat am Sozialismus“ verurteilten Berija. (Podewin: Ulbrichts Weg. S. 49ff.)

⁷¹⁴ Vgl. Ebenda. S. 54.

⁷¹⁵ Anm.: Redaktionell hatte Oelßner die EntschlieÙung zu verantworten, die der 15. ZK-Tagung vorgelegt werden sollte. Doch „Stoßrichtung und zugespitzte Anklagen waren Ulbricht anzulasten“. (Vgl. Ebenda. S. 52.)

⁷¹⁶ Aus der EntschlieÙung des ZK der SED zum 17. Juni 1953. 26.7.1953. In: EntschlieÙung der 15. Tagung des ZK der SED. Dokumente der SED. Bd. IV. Berlin [Ost]. 1954. S. 453f, 457 u. 467. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 110] DDR. Dokumente. S. 200/201.

den“ ausdrücklich darauf hin, dass die „Prinzipien der Planung“, d.h. die Arbeit nach dem Plan des MfV, als generell rechtmäßig angesehen und beibehalten werden müssten.⁷¹⁷

Insgesamt hielt sich das Institut in der öffentlichen Kritik am MfV vergleichsweise zurück.⁷¹⁸ Missstände, besonders in der Arbeitsweise, wurden zwar benannt, die Verantwortlichkeit aber nur angedeutet und durch eigene Schuldeingeständnisse abgeschwächt.⁷¹⁹ Das DPZI fand verschiedene Ursachen für Mängel in der Arbeitsplanerfüllung und speziell der Lehrplanarbeit. Die konstruierte „Schuldkette“ ist in einer Mischung aus selbstkritischen und kritischen Argumenten am Beispiel der Lehrplanerarbeitung gleichsam exemplarisch dokumentiert: Die Erarbeitung der Lehrpläne sei schlecht gewesen, da das DPZI eine „unzureichende Verbindung“ zur Praxis hergestellt habe.⁷²⁰ Den Kontakt zur pädagogischen Basis hätten die in zu „kurzen Abständen“ erfolgten Veränderungen in der Lehrplanarbeit vereitelt. Teilweise seien aus diesem Zeitdruck heraus sowjetische Lehrpläne unreflektiert für die DDR-Schule kopiert worden.⁷²¹ Der Termindruck seitens des Ministeriums läge in der schlechten Zusammenarbeit des MfV mit dem DPZI begründet.⁷²² Dabei habe das Ministerium in der Lehrplanerarbeitung Forderungen gestellt, die sich nicht mit „dem Charakter der wissenschaftlichen Arbeit“ vereinbaren ließen.⁷²³ Dies wiederum erkläre sich aus der Unfähigkeit der Institutsmitarbeiter, die „Bedeutung der theoretischen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Pädagogik ausreichend klar und deutlich herauszustellen und die Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaft in der Praxis durchzusetzen“.⁷²⁴ Deshalb wäre es dem Ministerium nicht möglich gewesen, das Institut als „pädagogisches Zentrum“ zu betrachten.⁷²⁵

Die Quelle der „unzureichenden“ Arbeitsplanerfüllung *im Ganzen*⁷²⁶ verortete das DPZI ebenfalls in der vorgeblich aus dem fehlenden Durchsetzungsvermögen des Instituts resultierenden ungunstigen Kooperation mit dem Ministerium, welches das Institut noch immer als Verwaltungsdienststelle ansah. Dieser Ursachenkomplex wurde indirekt über drei Hauptgründe für das Missverhältnis zwischen geplanten Vorhaben und tatsächlich ausgeführten Arbeiten ermittelt. Die „verantwortliche(n) Stellen“ hätten die „Zielsetzung der Arbeit beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut“ verkannt⁷²⁷ und damit die unklaren strukturellen Verhältnisse

⁷¹⁷ Vgl. Kurz, Ernst-Otto: Kritische Einschätzung der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Jahre 1953. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 1/1954. S. 69-77. S. 70.

⁷¹⁸ Anm.: Das Ministerium für Volksbildung wird nur im Kontext der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen dem DPZI und dem MfV erwähnt. Die Ursache für diesen Umstand schrieb das Institut jedoch sich selbst zu. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 160.)

⁷¹⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁷²⁰ Anm.: „Die unzureichende Verbindung mit der Schulpraxis wirkte sich auch bei der Ausarbeitung der Lehrpläne für die allgemeinbildenden Schulen aus.“ (Vgl. Ebenda.)

⁷²¹ Anm.: „Die Veränderungen der Lehrpläne erfolgten in so kurzen Abständen, so dass diese Überarbeitungen der wissenschaftlichen Gründlichkeit entbehrten.“ „Die Lehrpläne wurden nicht ... auf ihre Eignung geprüft, ...“ „Sie (die Lehrpläne, N.Z.) berücksichtigten den Stand der pädagogischen Entwicklung in der deutschen demokratischen Schule zuwenig und studierten die Schulwirklichkeit nicht genügend.“ „Die Mitarbeiter des DPZI begnügten sich in einigen Fällen damit, die Pläne der sowjetischen Schulen zu kopieren.“ (Vgl. Ebenda.)

⁷²² Anm.: „Dieser Mangel hat seine Ursache aber auch darin, dass die Zusammenarbeit des DPZI mit dem Ministerium für Volksbildung im vergangenen Jahre nicht immer so gut war, wie es im Interesse unserer Schule hätte sein müssen.“ (Vgl. Ebenda.)

⁷²³ Vgl. Ebenda.

⁷²⁴ Vgl. Ebenda.

⁷²⁵ Vgl. Ebenda.

⁷²⁶ Vgl. Ebenda. S. 158.

⁷²⁷ Vgl. Ebenda.

bedingt.⁷²⁸ Das Ausmaß der Arbeitsvorhaben sei aber dennoch an die *erwartete*, umfangreichere Struktur für 1953 angepasst worden,⁷²⁹ die jedoch nicht umzusetzen war. Zudem überforderte das Institut eigenen Angaben zufolge eine zusätzliche „Reihe von Arbeitsaufträgen“, welche die „Erfüllung der eigentlichen Aufgaben“ verhindert habe.⁷³⁰ Mitarbeiter sind (in üblicher Arbeitspraxis) aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels für unzählige verschiedene Einzelaufgaben abgezogen worden, was sich angeblich vor allem auf die Vorbereitung und Durchführung der Polytechnischen Konferenz ausgewirkt habe.⁷³¹ Diesem Umstand schrieb das Institut auch das Ausstehen der Konferenzauswertung zu.

Den verbliebenen und als „entscheidend“ bezeichneten Anteil mussten die überlasteten Mitarbeiter auf sich nehmen, die durch die Beanspruchung mit Verwaltungsarbeiten ihre Weiterbildung nicht hätten vorantreiben können.⁷³²

Letztendlich kam das Eingeständnis der Durchsetzungsunfähigkeit in der pädagogischen Wissenschaft einem Schuldbekenntnis für die Schwächen in der eigenen Arbeit gleich. Dabei hatte noch die Besprechung der Abteilungs- und Zweigstellenleiter im Herbst 1953 die „mangelnde Wirksamkeit der Pädagogik in der Praxis“ allein auf die ministeriellen Eingriffe in die Institutsarbeit zurückgeführt.⁷³³ Öffentlich unerwähnt blieb zudem, dass diese Verhältnisse zwischen MfV und DPZI bereits seit Jahren⁷³⁴ von Seiten des Instituts bemängelt worden waren.⁷³⁵

Mit der in der öffentlichen Rechenschaftslegung an den Tag gelegten moderateren Tonart demonstrierte das DPZI seine Loyalität zur SED-Politik. Untermauert wurde das Bekenntnis zur führenden Rolle der SED in dem Zeitschriftenbeitrag durch ein Bildnis Stalins, das einem Statement gleich neben dem Artikel abgedruckt wurde und den Untertitel trägt: „Ist doch

⁷²⁸ Anm.: Die Zielsetzung der Arbeit des Instituts bezieht sich auf die Stellung des DPZI als „zentrales pädagogisches Forschungsinstitut“ (Vgl. Ebenda. S. 160.). Der Erfüllung dieser Funktion galten die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen verbunden mit der anvisierten Tarifänderung Anfang 1953. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung des DPZI an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung. Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.)

⁷²⁹ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 75.

⁷³⁰ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 160.

⁷³¹ Anm.: „Als großer Mangel wirkte sich die Tatsache aus, dass die Mitarbeiter, denen die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz übertragen war, für andere Aufgaben eingesetzt werden mussten und dass mit der Bearbeitung des Protokolls und der Diskussionsbeiträge ein völlig unzureichend besetztes Büro beauftragt wurde.“ (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 76.)

⁷³² Anm.: „So klagten die Mitarbeiter der Zweigstellen besonders darüber, dass die Verwaltungsarbeiten überhand nahmen. Die technische Vorbereitung der Sonderprüfung nach der Verordnung 33/53 beanspruchte wochenlang die Arbeitszeit von 80 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter.“ (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 158.)

⁷³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 34.

⁷³⁴ Anm.: Bereits die Arbeitsbedingungen 1950 riefen Forderungen nach Langfristigkeit und Systematik in der Arbeitsplanung hervor. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 130-135. Strukturplan der theoretisch-methodischen Abteilung. 2. Entwurf. 22.7.1950. Bl. 131. Siehe auch Punkt 2.2.2.)

⁷³⁵ Anm.: In den diesbezüglichen Ausführungen wird lediglich erwähnt, dass das Institut bei seiner Gründung „eine Reihe von Aufgaben übernommen (habe, N.Z.), die zum Teil administrativen Charakter“ getragen hätten. Damit habe sich das DPZI „von seinem eigentlichen Auftrag, die theoretischen Grundzüge für eine pädagogische Wissenschaft in Deutschland zu entwickeln und die Gesetzmäßigkeiten des Erziehungs- und Unterrichtsprozesses in unserer deutschen demokratischen Schule zu erforschen“ entfernt. Dass dieser Prozess nicht ohne Gegenwehr seitens des Instituts ablief, wird in dieser Darstellung ausgeklammert. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 75.)

Bildung eine Waffe, deren Wirksamkeit davon abhängt, in wessen Hand sie sich befindet und wer durch diese Waffe getroffen werden soll.“⁷³⁶.

Verbunden mit dieser Haltung spekulierte das Institut offenkundig für 1954 auf den Rang eines „zentralen pädagogischen Forschungsinstituts“ und die daran gekoppelten Veränderungen in struktureller und tariflicher Hinsicht. Dabei wurde eine vorbehaltlose Unterstützung seitens des Ministeriums für Volksbildung erwartet.⁷³⁷

2.3.1.5 Inhaltliche Arbeit im Institut 1953 – Kontinuitäten und Tendenzen

In der inhaltlichen Arbeit des Instituts in der Zeit nach dem 17.6.1953 lässt sich Kontinuität nachweisen. Der Aufschwung, den die Polytechnik seit September 1952 im DPZI erlebte,⁷³⁸ verstärkte sich zu Beginn des neuen Jahres zusehends. Zu diesem Zeitpunkt konzentrierte das Institut seine Arbeit so stark auf die Vorbereitung der Polytechnischen Konferenz, dass sogar die Ereignisse um die ursprünglich geplante Reorganisation der Oberschule die Mitarbeiter kaum beschäftigte.⁷³⁹

Vermutlich fiel den umfangreichen organisatorischen Vorbereitungen der Polytechnischen Konferenz auch jene Tagung zum Opfer, die für das Gebiet der Ästhetischen Erziehung vorgesehen war.⁷⁴⁰ Diese von der Abteilung Theorie zu verantwortende Konferenz taucht im

⁷³⁶ Anm.: Dieser Untertitel wird als Zitat in Anführungszeichen aufgeführt. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 161.) Vermutlich geht dieses Zitat zurück auf: „Bildung ist eine Waffe, deren Wirkung davon abhängt, welche Hand sie geschmiedet hat, wessen Hand sie führt.“ (J.W. Stalin: Unterredung mit dem Englischen Schriftsteller H.G. Wells. 23.7.1934. In: Werke. Bd. 14. Februar 1934-April 1945. Nach der Ausgabe J.W. Stalin. Werke. Dortmund. 1976. Zitiert nach: www.marxistische-bibliothek.de/band14.pdf. Zugriff: 25.4.2007.)

⁷³⁷ Anm.: „Die zu dieser Frage eingeleiteten Aussprachen lassen erwarten, dass dem DPZI im kommenden Jahre die Möglichkeiten eröffnet werden, seine Aufgaben als zentrales pädagogisches Forschungsinstitut voll zu erfüllen. Es ist die Aufgabe des Ministeriums für Volksbildung, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.“ (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 160.)

⁷³⁸ Vgl. auch Punkt 2.2.2. Erste Berührung mit dem Thema Polytechnik hatten Mitarbeiter des DPZI bereits 1950, als Kairow das Institut besuchte und das sowjetische Verständnis von Polytechnik erläuterte: „Das Poly-technische Prinzip, wie es die sowjetischen Pädagogen und die sowjetische Schulen verstehen, ist folgendes: Die Voraussetzung der technologischen Grundlage der Industrie und der Landwirtschaft und die Beherrschung von einigen elementaren technischen Fertigkeiten.“ Kairow war Volksbildungsminister der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und der Leiter der sowjetischen Delegation, die am 7.11.1950 die DDR bereiste (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 21-24. Bericht der theoretisch-methodischen Abteilung. 8.11.1950.). Hier wurde die Polytechnik noch als Prinzip, nicht als spezielles Unterrichtsfach dargestellt. Aufgegriffen wurde das Thema vom Institut erst zwei Jahre später im Zuge der Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI im September 1952 und der damit verbundenen Vorbereitung der Konferenz „Die Konkretisierung des neuen Erziehungsziels und die Sonderheit der körperlichen, intellektuellen, polytechnischen, sittlichen, ästhetischen Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Schreiben Dorst an den Minister für Volksbildung, Frau Prof. Zaisser. Betreff Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI. 9.9.1952.)

⁷³⁹ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 143.

⁷⁴⁰ Anm.: Die Forderung der Partei nach einer Diskussion sowohl über die polytechnische als auch die ästhetische Erziehung wurde im September 1952 vom DPZI zur Kenntnis genommen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin – am 6.9.1952. Bl. 189.) Wenig später plante die Abteilung Methodik die „Vorbereitung und Durchführung zweier theoretischer Konferenzen über die polytechnische und ästhetische Erziehung“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die

Arbeitsbericht für das Jahr 1953 nicht mehr auf.⁷⁴¹ Stattdessen konstatierte die Abteilung, dass „sowohl der Schwierigkeitsgrad als auch der Umfang der organisatorischen Arbeiten“ im Zusammenhang mit dieser Konferenz unterschätzt worden seien.

Mit der Vorarbeit für die Polytechnische Konferenz beschäftigten sich die Abteilungen für Theorie und Methodik.⁷⁴² Überdies wurden zusätzlich die Zweigstellen des DPZI mit einbezogen.⁷⁴³

Im Rahmen der umfangreichen Konferenzvorbereitungen beabsichtigte das Institut die Durchführung von verschiedenen Untersuchungen über die „Verwirklichung der allgemeinen polytechnischen Bildung“ in der DDR und speziell in den „außerschulischen Arbeitsgemeinschaften und Heimen“.⁷⁴⁴ Außerdem versuchte die Abteilung Theorie, industrielle und landwirtschaftliche Ansprüche pädagogisch zu verifizieren.⁷⁴⁵ Ferner hatte das DPZI eine Ausstellung und die Broschüre „Materialien zu Fragen der polytechnischen Bildung“ für die Teilnehmer geplant.⁷⁴⁶ Als ehrgeiziges Ziel strebte die Tagung nicht weniger an, als die gegenwärtigen und zukünftigen „gesellschaftlich-politischen“ sowie „theoretisch-wissenschaftlichen Grundlagen der polytechnischen Bildung“ zu klären.⁷⁴⁷ Noch im November 1953 war das Büro der Konferenz nach eigenem Bekenntnis allerdings mit der Auswertung von Diskussionsbeiträgen ausgelastet, die in einem Nachtrag⁷⁴⁸ zu der für März 1954 vorgesehenen Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz publiziert werden sollten.

Letztendlich gelang es auf der Konferenz zugegebenermaßen zwar nicht, den hohen Erwartungen zu genügen, aber immerhin konnte ein „erster Schritt“ in die gewünschte Richtung

Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 416.) Die Verantwortung für die Planung und Durchführung dieser Konferenz ging wie auch die für die Polytechnische Konferenz 1953 an die Abteilung Theorie über. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁷⁴¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁷⁴² Anm.: Hauptverantwortlich war die Abteilung Theorie für die „Vorbereitung und Leitung einer wissenschaftlichen Konferenz über die polytechnische Bildung.“ und für die „Untersuchungen über die Verwirklichung der allgemeinen polytechnischen Bildung in der Deutschen Demokratischen Republik.“. Jedoch sollten bei den „Untersuchungen über die Verwirklichung der polytechnischen Bildung in den außerschulischen Arbeitsgemeinschaften und Heimen“ die entsprechenden Referate der Abteilung Methodik zur Zusammenarbeit herangezogen werden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁷⁴³ Anm.: „Bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Konferenz und der Ausstellung wurde die Abteilung Theorie durch Mitarbeiter aus den Zweigstellen des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts unterstützt.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.)

⁷⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁷⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁷⁴⁶ Anm.: Diese gebe die „entscheidenden Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur polytechnischen Bildung“, die „Diskussion zur Frage der polytechnischen Bildung in der Sowjetunion und schließlich Hinweise auf Veröffentlichungen in deutschsprachigen Zeitschriften und Lehrbüchern“ wieder. (Vgl. Ebenda. Bl. 263.)

⁷⁴⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁷⁴⁸ Anm.: Der Nachtrag zum Konferenzprotokoll wurde im Folgenden als Broschüre „Beiträge zur Verwirklichung der polytechnischen Bildung“ geplant und sollte am 31.3.1954 druckfertig vorliegen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 64-68. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll der Abteilungsbesprechung am 4.3.1954 der Abteilung Theorie. Bl. 64.)

verzeichnet werden.⁷⁴⁹ Die weitere inhaltliche Bestimmung von polytechnischer Bildung sollte in der Folge das zuständige Referat der Abteilung Theorie übernehmen. Beabsichtigt wurde, eine endgültige Klärung dieser Thematik bis Ende 1954 zu erzielen.

Die personellen Voraussetzungen dafür waren jedoch denkbar ungünstig. Das ab 1.7.1953 besetzte Referat zählte bis September 1954 einen Mitarbeiter,⁷⁵⁰ der sich nicht nur den drängenden Fragen der polytechnischen Bildung widmen, sondern sich überdies an der Lehrplanüberarbeitung für Mathematik und Naturwissenschaften beteiligen sollte⁷⁵¹. Zudem hatte er sich mit mehreren Publikationen auf seine Aufnahmeprüfung für die Aspirantur vorzubereiten.⁷⁵² Unterstützung erhielt er lediglich aus der Abteilung II.⁷⁵³

Die personelle Ausstattung des Referats für polytechnische Bildung lässt allerdings keine Rückschlüsse auf die der Forschung zur polytechnischen Bildung und Erziehung zugemessenen Bedeutung zu. Vielmehr dokumentiert die Überlieferung des DPZI, dass über die Konferenz im Mai und den Aufstand am 17. Juni hinaus Interesse an der Klärung des Zusammenhangs von polytechnischer Bildung und Erziehung und Allgemeinbildung kontinuierlich weiter bestand.⁷⁵⁴ Im Gegensatz dazu verlor der „übergreifende Gedanke der Polytechnik“ im Ministerium für Volksbildung mit der Zurücknahme der Verordnung über die Reorganisation der Oberschulen und dem damit verbundenen Rückzug von der Idee der Zehnklassenschule an Gewicht.⁷⁵⁵

⁷⁴⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁷⁵⁰ Anm.: Das Referat wurde mit dem ehemaligen Mitarbeiter des Referats Chemie der Abteilung II besetzt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 82-85. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung V – Sorbische Schulen: Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953. Bl. 85.)

⁷⁵¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 64-68. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll der Abteilungsbesprechung am 4.3.1954 der Abteilung Theorie. Bl. 64. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 222. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Referat Polytechnische Bildung. Persönlicher Arbeitsplan bis 1.9.1954.

⁷⁵² Vgl. Ebenda.

⁷⁵³ Anm.: So war die Abteilung II verpflichtet, das Gebiet der Energetik zu bearbeiten, während der Mitarbeiter des Referats Polytechnische Bildung in der Abteilung Theorie den Inhalt polytechnischer Bildung auf den Gebieten der chemischen sowie der landwirtschaftlichen und mechanischen Produktion übernahm. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954.)

⁷⁵⁴ Anm.: Der ab Juli tätige Mitarbeiter trat zum 1.9.1954 in die Aspirantur ein, war aber weiterhin (eingeschränkt) in die Arbeit des DPZI eingebunden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) Dafür wurde ein neuer Wissenschaftler im Bereich Polytechnik eingestellt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 186/187. Polytechnische Bildung. Persönlicher Arbeitsplan für das 1. Halbjahr 1955. Derselbe Mitarbeiter bereits nachweisbar in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Telefonverzeichnis. Stand: 22.9.1954.); ein weiterer in dem verwandten Gebiet der Berufspädagogik. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) 1956 wurde eine selbständige Abteilung für Polytechnik geplant, in der alle auf dem Gebiet der Polytechnik tätigen Mitarbeiter des DPZI zusammengefasst werden sollten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.)

⁷⁵⁵ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 392.

Stattdessen fand im Ministerium offenkundig eine Verlagerung des Interesses auf den Themenschwerpunkt „sittliche Erziehung“ statt.⁷⁵⁶

Die „sittliche“ bzw. „patriotische Erziehung“⁷⁵⁷ war institutsintern seit 1952 im Gespräch. Ein Vorschlag Dorsts zur Verbesserung des Unterrichts sah vor, hauptsächlich die Prinzipien und Methoden der „patriotischen Erziehung“ zu erforschen und in die Bildungs- und Erziehungsarbeit von Lehrern und Erziehern zu integrieren.⁷⁵⁸ Unter anderem sollte sich die für Mai 1952 geplante theoretische Konferenz auch diesem Problem widmen.⁷⁵⁹ Sehr wahrscheinlich beeinträchtigten jedoch die Turbulenzen um die Durchführung dieser Veranstaltung⁷⁶⁰ sowie die Ausweitung des Arbeitsfeldes des „nationalen pädagogischen Erbes“⁷⁶¹ die weitere Beschäftigung mit der „patriotischen Erziehung“ erheblich. So ist im Arbeitsbericht der theoretischen Abteilung für 1952 kein Hinweis mehr darauf zu finden⁷⁶².

Doch bereits im Herbst 1952 bezog das Institut den Bereich der patriotischen Erziehung wieder in die Planung mit ein.⁷⁶³ Ausschlaggebend dafür könnte die Überprüfung der Arbeitspläne nach der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 gewesen sein, in deren Folge die „patriotische Erziehung“ anlässlich von „Unterrichtsbesuchen“ verstärkt beobachtet werden sollte.⁷⁶⁴

⁷⁵⁶ Vgl. Ebenda. Geißler geht davon aus, dass die polytechnische Bildung „möglicherweise auch aufgrund sowjetischer Hinweise“ zugunsten der „sittlichen Erziehung“ in der Arbeit des MfV zurückgenommen wurde. Er bezieht sich auf: SAPMO, Y 30, IV 2/4/392, Bl. 44, Memorial von E. Zaisser an den V. Parteitag der SED, Juni 1957. und Uhlig, Christa: Elisabeth Zaisser – Pädagogin zwischen Dogma und Widerspruch. Berlin (1999, 20 S., unveröffentlicht).

⁷⁵⁷ Anm.: Das Referat „sittliche Erziehung“ umfasste Aufgaben im Bereich der „patriotischen Erziehung“ und der „sozialistischen Moral“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.) Noch Anfang 1952 wurden in einer Abteilungsbesprechung die „sittliche“ und „patriotische“ Erziehung von Dorst offenbar synonym verwendet: „Das andere Problem: die Prinzipien und Methoden der sittlichen oder patriotischen Erziehung.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 255-265. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Theorie: Protokoll zur Abteilungsbesprechung am 29.1.1952. Bl. 264.)

⁷⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 109-113. Schreiben Dorst an Wandel. Entwurf für einen Punkt zur Vorlage des Ministeriums für Volksbildung beim ZK der SED über die Verbesserung des Unterrichts und der Lehrerbildung mit der Bitte um Aufnahme in die Vorlage des Ministeriums. 6.2.1952.

⁷⁵⁹ Vgl. Ebenda.

⁷⁶⁰ Anm.: Die Konferenz wurde zunächst verschoben und nach der II. Parteikonferenz im Juli 1952 neu definiert. Erneute schulpolitische Entwicklungen führten abermals zu Unsicherheiten in den Vorbereitungen, so dass letztendlich im Mai 1953 auf eine theoretisch-praktische Konferenz zu Problemen der Polytechnik ausgewichen wurde. (Vgl. Punkt 2.2.2)

⁷⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952.

⁷⁶² Vgl. Ebenda.

⁷⁶³ Anm.: Im Arbeitsbericht des gesamten DPZI ist als eine der „neuen Perspektiven der Arbeit“ der Abteilung Theorie an erster Stelle die „Erarbeitung der Prinzipien und Methoden der sittlichen Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ festgehalten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.) Nach dem Beschluss des ZK der SED vom 29.7.1952 sollten die Lehrpläne für Deutsch, Russisch, Geschichte, Biologie, Kunsterziehung, Musikerziehung und Körpererziehung „verbessert und neu aufgestellt“ werden. Dabei sei im Fach Deutsch-Literatur darauf zu achten, dass die Schüler „mehr mit dem wertvollen Kulturerbe des deutschen Volkes bekannt gemacht“ würden, damit den Schülern „das patriotische Bewusstsein ... nahe gebracht“ werden könne. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 411/412.)

⁷⁶⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Schreiben Dorst an den Minister für Volksbildung, Frau Prof. Zaisser. Betreff Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI. 9.9.1952.

Außerdem wurde eine Publikation zum Thema anvisiert.⁷⁶⁵ Für 1953 gelangte das Problem der patriotischen Erziehung zwar nicht in den Arbeitsplan des DPZI,⁷⁶⁶ fand aber trotzdem in Ansätzen Berücksichtigung⁷⁶⁷.

Eine enorme Ausdehnung erfuhr die „patriotische Erziehung“ hingegen in Verbindung mit dem aus den Juniereignissen 1953 resultierenden Bemühen der SED-Spitze um eine breitere Basis in der Bevölkerung. 1954 sollten umfangreiche „wissenschaftliche Untersuchungen zur Klärung“ des „Inhalts, der Formen und Methoden“ der patriotischen bzw. sittlichen Erziehung angeschoben und durchgeführt werden.⁷⁶⁸ Um bereits begonnene Forschungsvorhaben weiterführen zu können, vernetzte die Abteilung Theorie des DPZI die geforderte Bearbeitung der „patriotischen Erziehung“ mit annähernd jedem Fachgebiet.⁷⁶⁹ So wurden beispielsweise Forschungsthemen kreiert wie: „Die Unterstützung der patriotischen Erziehung durch die Anschaulichkeit“ (Referat Intellektuelle Erziehung), „Herausgabe der `Ausgewählten pädagogischen Schriften Herders´ mit einer einleitenden Abhandlung `Erziehung zu Patriotismus und Humanität“ (Referat Geschichte der Pädagogik), „Untersuchungen über Möglichkeiten, die patriotische Gesinnung der Eltern durch die Schule zu beeinflussen“ (Referat Familienerziehung).

Neben den verschiedenen Konferenzvorbereitungen füllten 1953 vor allem die mit dem Karl-Marx-Jahr verbundenen Veranstaltungen die Arbeitszeit im Institut aus.⁷⁷⁰ Die Bedeutung der Marxschen Lehre für die pädagogische Wissenschaft sollte durch Analyse seiner Schriften auf den wissenschaftlichen Sonnabend-Konferenzen des DPZI ermittelt werden.⁷⁷¹ Diese

⁷⁶⁵ Vgl. Ebenda.

⁷⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953 bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁷⁶⁷ Anm.: Dabei handelte es sich um die Einleitung einer „Forschungsarbeit über Mittel und Wege der patriotischen Erziehung“, die als Vorbereitung späterer „grundlegender Untersuchungen zur Frage der patriotischen Erziehung“ dienen sollte. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.)

⁷⁶⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954.

⁷⁶⁹ Anm.: Weitere Beispiele sind: „Überarbeitung der Broschüre `Ziele und Aufgaben der vorschulischen Erziehung´ ... Schwerpunkt Überprüfung des Abschnitts `Sittliche Erziehung, insbesondere patriotische Erziehung“ (Referat Vorschulerziehung), „Erarbeitung einer Broschüre über die patriotische Erziehung in der Pionierorganisation“ (Referat Schule und Jugendorganisation), „Erfahrungen der Lehrer bei der patriotischen Erziehung“ (Referat Schulpolitik und Organisation), „Eingehende schriftliche Anleitung mehrerer Heimleiter und Erzieher zur Anstellung und Fixierung von Beobachtung bei der Durchführung der patriotischen Erziehung in den Heimen“ (Referat Heimerziehung), „Möglichkeiten für die patriotische Erziehung“ in wissenschaftlichen Untersuchungen des Referats Polytechnik. Hinzu kommt selbstverständlich das Referat Sittliche Erziehung, das „Mittel und Methoden der patriotischen Erziehung an allgemeinbildenden Schulen“ zu untersuchen hatte. Das einzige Referat ohne explizit genannte wissenschaftliche Aufgaben im Bereich der patriotischen Erziehung war das Referat Psychologie, das unter anderem die „Bedeutung exakter Kenntnisse und emotionaler Momente bei der Bildung von Überzeugungen“ erforschen sollte. (Vgl. Ebenda.)

⁷⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953 bestätigt vom Ministerium für Volksbildung. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

⁷⁷¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 263.

beabsichtigte das Institut nach den Juniereignissen 1953 im November gleichen Jahres wieder abzuhalten.

Eine Wiederbelebung erfuhr auch der Bereich Pionierarbeit, der seine im Arbeitsplan 1953 festgelegten Aufgaben⁷⁷² teilweise vernachlässigte.⁷⁷³ Verantwortlich gemacht wurde dafür die zeitweilige Arbeitsunfähigkeit des Referats „Schule und Jugendorganisation“,⁷⁷⁴ denn der einzige Mitarbeiter des Referats, Gerhart Neuner⁷⁷⁵, fiel spätestens ab Juli 1953 aufgrund seiner Weiterqualifikation aus⁷⁷⁶. Der als Lehrer in seinem Praxisjahr an einer Zehnklassenschule befindliche frühere Wissenschaftler auf diesem Gebiet⁷⁷⁷ kehrte erst ab September in den Bereich „Schule und Jugendorganisation“ zurück⁷⁷⁸. Vorgesehene Untersuchungen zum Thema waren daher „nicht durchgeführt“ worden.⁷⁷⁹ Anfang 1953 fand zwar eine von der Abteilung Theorie geplante Exkursion nach Gerbstedt statt, an der neben sieben weiteren Mitarbeitern⁷⁸⁰ auch G. Neuner teilnahm⁷⁸¹ und im Rahmen dessen das DPZI Einzeluntersuchungen anstellte. Als Erfolg wurde diese Exkursion jedoch lediglich in der öffentlichen Rechenschaftslegung über die Institutsarbeit 1953 dargestellt.⁷⁸² Davon deutlich abweichend musste sich die Exkursion

⁷⁷² Anm.: In Zusammenarbeit von Abteilung Theorie und Methodik sollten „Untersuchungen über die Methoden der Pionierarbeit, insbesondere über Fragen der selbständigen Arbeit der Pioniere in den Zirkeln und Gruppen und über die thematischen Versammlungen“ angestellt werden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953 bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁷⁷³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 264.

⁷⁷⁴ Anm.: „Die Arbeit des Referats `Schule und Jugendorganisation´ wurde erst vor zwei Monaten wieder aufgenommen. Die im Jahresarbeitsplan 1953 vorgesehenen Untersuchungen über die Methoden der Pionierarbeit konnten daher bisher nicht durchgeführt werden; ...“ (Vgl. Ebenda.)

⁷⁷⁵ Anm.: Späterer Direktor des DPZI (ab 1961) und ab 1970 Präsident der Nachfolgeeinrichtung Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW).

⁷⁷⁶ Anm.: Neuner nahm an einem „Lehrgang des Staatssekretariats für Hochschulwesen in Halle“ teil. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 82-85. Abteilung Sorbische Schulen. Protokoll der Abteilungssitzung der Abteilung V am 11.7.1953.) Ab September 1953 bis 1956 absolvierte er die Aspirantur am Pädagogischen Institut in Leningrad. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 317.)

⁷⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.

⁷⁷⁸ Anm.: „Die Arbeit des Referats `Schule und Jugendorganisation´ wurde erst vor zwei Monaten wieder aufgenommen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 264.) Oder auch: „Im Referat Schule und Jugendorganisation wurde die Arbeit erst im September wieder aufgenommen, ...“ (Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 76.)

⁷⁷⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 264.

⁷⁸⁰ Vgl. Ebenda. Bl. 261.

⁷⁸¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 69-72. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Abteilungssitzung vom 4.3.1953.

⁷⁸² Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 72. Hier wurde die Exkursion besonders als Erfolg der Verbindungsarbeit zwischen Theorie und Praxis gefeiert. (Vgl. Ebenda, bes. S. 72-74.)

intern als irrationell und im Ablauf unklar kritisieren lassen.⁷⁸³ Und auch die dabei angestellten Untersuchungen seien nur teilweise gründlich ausgewertet worden.⁷⁸⁴

Der methodischen Abteilung bescheinigte der Arbeitsbericht hinreichende Praxiskontakte, schränkte diese Bewertung aber auf das Gebiet der Lehrplanerarbeitung ein.⁷⁸⁵ Begründet wurde dieser Umstand damit, dass neben der Beteiligung an den Vorbereitungen zur Polytechnischen Konferenz die nicht vorhersehbaren Neubearbeitungen der Lehrpläne die Abteilung in Anspruch genommen hatte. Der Arbeitsplan⁷⁸⁶ hatte zwar eine Neufassung der Lehrpläne für die Fächer Deutsch⁷⁸⁷, Geschichte, Russisch, Biologie, Körper-, Kunst- und Musikerziehung ausgewiesen. Die Rücknahme der Oberschulreorganisation stellte das Institut jedoch unvermittelt vor die Situation, innerhalb von 14 Tagen zusätzlich Lehrpläne der Oberschule für die Klassen 9-12 neu abzufassen⁷⁸⁸ – ein Verfahren, das sogar der öffentliche Bericht als übereilt kritisierte⁷⁸⁹. Erschwerend kam hinzu, dass angesichts der Kürze der verfügbaren Zeit keine entsprechenden Lehrbücher bereitgestellt werden konnten.⁷⁹⁰ Überdies war die methodische Abteilung kurzfristig auch beauftragt worden, die Abteilung III in der Lehrbriefentwicklung für das Fernstudium zu unterstützen.⁷⁹¹

„Unstimmigkeiten“ zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem DPZI hatten Anfang 1953 dazu geführt, dass die Zuständigkeit für das Mittelstufenlehrerstudium zwischen beiden Institutionen ungeklärt blieb.⁷⁹² Im Rahmen einer „Aussprache“ zwischen Dorst und der Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV wurde diese jedoch vollständig auf Seiten des DPZI

⁷⁸³ Anm.: „Zur Organisation der Vorbereitung und Durchführung der Exkursion wurde bemerkt, dass eine straffe Ordnung nicht in genügendem Maße eingehalten wurde. Die ursprünglich geplanten täglichen Besprechungen und die Berichterstattung der einzelnen Mitarbeiter erfolgten nicht, ferner war die Kräfteverteilung nicht rationell genug.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 69-72. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Abteilungssitzung vom 4.3.1953. Bl. 72.)

⁷⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 261.

⁷⁸⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 72/73. Dazu zählten fachmethodische Konferenzen mit Lehrern und Kommissionen zur Lehrplanerarbeitung, an der unter anderem auch Fachlehrer beteiligt waren.

⁷⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁷⁸⁷ Anm.: Die Neubearbeitung, zumindest für den Lehrplan Deutsch, stand unter der Maxime der Stoffentlastung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 607. – Protokoll über die Sitzung der Ständigen Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut vom 19.2.1953.). Noch am 17.6.1953 beriet die Deutschkommission am DPZI die Stoffplanentwürfe für die Klassen 5-8. Nur ein Lehrer war anwesend (Vgl. Ebenda. – Protokoll der 2. Sitzung der Ständigen Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts am 17.6.1953.); – vermutlich, weil an diesem Tag Prüfungen an den Oberschulen stattfanden (Vgl. Ebenda. – Betr. 2. Sitzung der Ständigen Kommission für Deutsch am 17.6.1953. Entschuldigungsschreiben einer Lehrerin. 16.6.1953.).

⁷⁸⁸ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 77.

⁷⁸⁹ Anm.: „Nachteilig wirkte sich die kurzfristige Terminstellung bei der Erarbeitung von Lehrplänen aus. Für die Überarbeitung der Lehrpläne des neunten bis zwölften Schuljahres standen nur vierzehn Tage zur Verfügung. ... Es steht fest, dass die übereilte Herausgabe von Lehrplänen ohne ausreichende Berücksichtigung der Schulpraxis ein Fehler ist, ...“ (Vgl. Ebenda. S. 73.)

⁷⁹⁰ Vgl. Ebenda.

⁷⁹¹ Anm.: „Die Mitarbeiter der Abteilung Methodik waren an der Überprüfung und auch Bearbeitung der Lehrbriefe für das Fernstudium in hohem Maße beteiligt. In den Fächern Deutsch und Geschichte mussten sie mit der Ausarbeitung einiger Fernbriefe beauftragt werden.“ (Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 155.)

⁷⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 480-486. Protokoll der Dienstbesprechung der Hauptabteilung Lehrerbildung am 3.2.1953.

verortet und endgültig festgelegt.⁷⁹³ Für das Institut bedeutete das eine weitere, nicht einkalkulierte Mehrarbeit.

Von den für 1953 vorgesehenen Untersuchungen zu den didaktischen Prinzipien⁷⁹⁴, die 1952 noch im Zentrum der Diskussionen um die Entwicklung einer eigenen deutschen Pädagogik gestanden hatten⁷⁹⁵, blieb am Jahresende kaum etwas zu berichten übrig⁷⁹⁶. In den folgenden Jahren knüpfte das DPZI jedoch wieder an dieses für originär befundene Forschungsinteresse an.⁷⁹⁷

Wegen der zahllosen Mehrbelastungen mussten 1953 zudem die Arbeiten an den methodischen Handreichungen stark eingeschränkt werden.⁷⁹⁸ Diese waren unter der Voraussetzung geplant worden, dass im DPZI weniger Lehrplanarbeiten anfallen würden, da diese teilweise vom MfV übernommen werden sollten.⁷⁹⁹ Damit hätten sich unter anderem „Korrekturen an

⁷⁹³ Vgl. Ebenda.

⁷⁹⁴ Anm.: Abteilung Methodik: „Untersuchungen zur Theorie des Lehrplans und über die didaktischen Prinzipien der deutschen demokratischen Schule.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.)

⁷⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952. Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁷⁹⁶ Anm.: Mit „Untersuchungen über Wesen und Bedeutung der Anschaulichkeit“, eines der didaktischen Prinzipien, *begann* die Abteilung Theorie. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 264.) Vermutlich fanden diese Untersuchungen im Rahmen der didaktischen „Vorarbeiten zur Herausgabe von methodischen Handbüchern durch Abteilung II“ statt. (Zu den Perspektiven für das Jahr 1953. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.) Im öffentlichen Jahresbericht ist lediglich von einem Referat „Über die Notwendigkeit der Anschauung und der Denkentwicklung im Unterricht“ die Rede. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 74.)

⁷⁹⁷ Anm.: Im Jahr 1954 standen im Referat Intellektuelle Erziehung der Abteilung Theorie „Besuche an Kindergärten und Schulen zum Studium der Anschaulichkeit“, eine „Disposition und Thesen zur Anschaulichkeit“ sowie eine „Konzeption der Arbeit über die Anschaulichkeit“ auf dem Arbeitsplan. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 220. Referat Intellektuelle Erziehung und Bildung. Persönlicher Arbeitsplan für das Jahr 1954.) Im Rahmenarbeitsplan für 1954 war sogar die Rede von „Wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Anschaulichkeit und ihre Bedeutung für Erziehung, Bildung und Unterricht“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954.) Diese wurden noch mit in den Rahmenarbeitsplan für 1955 übernommen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.)

⁷⁹⁸ Anm.: Im Arbeitsplan vorgesehen waren die „Ausarbeitung und Veröffentlichung methodischer Anleitungen für einzelne Fächer“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.) Im Bericht blieben davon noch „Beiträge zur Methodik des Russischunterrichts“ und Vorbereitungen zur Veröffentlichung von Beiträgen zur „Methodik des Deutschunterrichts in der Unterstufe“; außerdem Vorbereitungen für Handreichungen für den Erdkundeunterricht im vierten, Geschichtsunterricht im fünften und sechsten sowie den Mathematikunterricht in der Mittelstufe. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 155.)

⁷⁹⁹ Anm.: „Sie (die Abteilung Methodik, N.Z.) stellt sich für die kommende Arbeit das Ziel, ... methodische Handbücher für den Unterricht zu erarbeiten. ... Durch die Schaffung einer methodischen Abteilung bei der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung des Ministeriums für Volksbildung, die ... laufende Korrekturen an den Lehrplänen u.ä. übernimmt, wird es der Abteilung Methodik möglich, sich ausschließlich dieser Arbeit zu widmen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.)

Oberschullehrplänen“ für das Institut erübrigt.⁸⁰⁰ Aber bereits im Arbeitsplan für 1953 war die „Neubearbeitung der Lehrpläne“ wieder zur Angelegenheit des Instituts erklärt worden.⁸⁰¹ Auch im weiteren Verlauf der 1950er Jahre blieben Lehrplanangelegenheiten Sache des DPZI.⁸⁰² Mit den methodischen Anleitungen beabsichtigte das Institut, „unmittelbar“ ins Schulleben einzugreifen und den Lehrern „direkte Hilfe“ zu bieten.⁸⁰³ Auch wenn dies Anfang 1954 als noch nicht erreicht galt⁸⁰⁴, zeigt es doch das im Institut auf die Problemlösefunktion⁸⁰⁵ fixierte Verständnis der eigenen pädagogisch-theoretischen Arbeit. Die musste sich bereits vor dem 17.6.1953 an ihrem Gebrauchswert für die Praxis messen lassen.⁸⁰⁶ Aber obgleich die „gebrauchspädagogische Tendenz“ in der DDR auch allgemein Ausdruck des auf den Erziehungswissenschaftlern lastenden „Diktat(s) der gesellschaftlichen Relevanz“ war⁸⁰⁷, nahm im Nachklang der Junikrise die „Legitimationsproblematik der DDR-pädagogischen Wissenschaft“ noch in bedrückender Weise zu⁸⁰⁸.

⁸⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 411. Explizit erwähnt wird, dass „Korrekturen an Oberschullehrplänen und Zehnklassenschullehrplänen für Mathematik, Physik, Chemie, Erdkunde“ mit sofortiger Wirkung im Institut ausbleiben sollten. An gleicher Stelle sind die Aufgaben der neuen Abteilung Methodik im MfV ausgeführt, zu denen unter anderem allgemein „Korrekturen an Lehrplänen“ und „Anweisungen zu Lehrplänen“ gehörten. Lediglich die Erstellung von neuen Lehrplänen hatte weiterhin das DPZI wahrzunehmen. (Vgl. Ebenda. Bl. 411/412.)

⁸⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁸⁰² Anm.: Mitte der 1950er Jahre gehörte die Erstellung von Direktiven zu den Lehrplänen zu den „vordringlichen Aufgaben“ des Instituts. (Erste Vorschläge waren unter Leitung der methodischen Sektion des DPZI bis Ende Mai 1955 auszuarbeiten. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Plan für die wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Pädagogik in den Jahren 1955-60.) Diese „Anweisungen zu den Lehrplänen“ sollten ursprünglich ebenfalls vom MfV übernommen werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 411/412.) Zusätzlich hatte das DPZI Lehrpläne auszuarbeiten, deren Entwürfe jedoch fast deckungsgleich zu den Direktiven waren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben Dorsts an das MfV/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. 20.9.1955.)

⁸⁰³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.

⁸⁰⁴ Anm.: Die Anleitungen des DPZI seien der praktischen Arbeit nicht zugute gekommen, weil den Lehrern keine Anleitung zur Umsetzung der „Theorie in die Praxis“ gegeben worden wäre. (Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 74.)

⁸⁰⁵ Anm.: Dass die Rolle der Wissenschaft in der DDR „für die gesellschaftliche Entwicklung und die Lösung der gesellschaftlichen Probleme“ die einer „systemischen Problemlösungsinstanz“ war, äußerte sich besonders in den Überlegungen über die „Produktivkraft Wissenschaft“. (Vgl. Malycha, Andreas: Neue Forschungen zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Aspekte des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik. In: Archiv für Sozialgeschichte. 41 [2001]. S. 663-676. S. 664. Malycha bezieht sich auf: Das Wissenschaftssystem in der DDR. Hrsg. v. Institut für Gesellschaft und Wissenschaft Erlangen. Frankfurt/Main. 1977. und Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hrsg. v. Hans Laden/Clemens Burrichter. Hamburg. 1970.)

⁸⁰⁶ Anm.: „Die wichtigste Aufgabe des DPZI ist aber die theoretisch-methodische Vertiefung der Probleme, die in der Praxis des Schullebens zur Verbesserung und Vertiefung des Unterrichts führen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokollnotiz zur Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung am 24.5.1950.)

⁸⁰⁷ Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 31. Wiegmann bezieht sich dabei auf: Cloer, Ernst: Pädagogische Wissenschaft und Allgemein Pädagogik in der DDR. Anmerkungen zur aktuellen Lage und Diskussion. Oskar Anweiler zum 60. Geburtstag. In: Cloer, Ernst: Theoretische Pädagogik in der DDR. Eine Bilanzierung von außen. Weinheim 1998, S. 136.

⁸⁰⁸ Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 35.

Zu den praxisrelevanten Aufträgen des DPZI gehörte es sowohl vor als auch nach dem 17.6.1953, Schülerregeln und Benotungsmaßstäbe für die Lehrer zu erarbeiten.⁸⁰⁹ Und nach wie vor blieb die Ergründung „pädagogischer Gesetze“ eines der wissenschaftlichen Hauptziele des Instituts, vor allem im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von methodischen Anleitungen.⁸¹⁰ Allerdings lag der Fokus bei der Erforschung der pädagogischen Gesetze vor dem 17.6.1953 gänzlich anders als danach.

Den Ausgang nahm die Diskussion am 7.11.1952 mit der Debatte zur angeblich herausragenden Bedeutung von Stalins Ausführungen über „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ für die pädagogische Wissenschaft.⁸¹¹ An diesem Tag hatte die Abteilung Theorie im Rahmen einer Arbeitsbesprechung die Gesetzmäßigkeit in der Wissenschaft, insbesondere den Gegenstand der pädagogischen Wissenschaft diskutiert.⁸¹² Daran schloss sich im Folgemonat die „Diskussion über die Gesetzmäßigkeiten in Erziehung und Bildung“ an.⁸¹³ Schnell waren sich damals die Beteiligten einig geworden, einen sowjetischen Experten zu Rate zu ziehen. Nach übereinstimmender Meinung sei es Makarenko gewesen, „der erklärte, wie man pädagogische Gesetze finden kann. Er hat ... auch real pädagogische Gesetze gefunden und formuliert.“ Da also pädagogische Gesetze schon als gefunden galten, schien es sich Ende 1952 noch für das DPZI zu erübrigen, verstärkt nach eigenen pädagogischen Gesetzen zu fahnden. Vielmehr sollten die Bedingungen erforscht und geschaffen werden, welche das Funktionieren der „von Makarenko gefundenen und formulierten pädagogischen Gesetzmäßigkeiten“⁸¹⁴ auch in der DDR gewährleisten würden.⁸¹⁵

⁸⁰⁹ Anm.: Die Schülerregeln (Gesetze der Jungpioniere), von der Pionierorganisation in der Sowjetunion zu übernehmen, sollten 1952 die Arbeit in der Schule unterstützen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 335-338. Referat Sowjetpädagogik: Bericht über den Besuch einer Weiterbildungskonferenz. 28.2.1952. Bl. 337.) Anfang 1953 wurde das DPZI vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend darum gebeten, eigene Regeln für Schüler auszuarbeiten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 69-72. Protokoll über die Abteilungssitzung vom 4.3.1953. Bl. 70.) Diese Bestrebungen avancierten 1954/55 zum festen Bestandteil der Institutsarbeit. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr der wissenschaftlichen Mitarbeiter. 30.6.1955.)

„Bewertungsmaßstäbe für alle Zwischen- und Abschlussprüfungen“ arbeitete das DPZI 1952 aus. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Bericht über die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 12.11.1952.) 1954 folgten „Untersuchungen über die objektive Bewertung und Benotung von Schülerleistungen“ unter Leitung des DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954.)

⁸¹⁰ Anm.: „Gelänge es, alle pädagogischen Gesetzmäßigkeiten zu entdecken und sie richtig in Gesetzen zu formulieren, so müsste es möglich sein, pädagogische Grundsätze abzuleiten und methodische Anleitungen auszuarbeiten, deren genaue Befolgung die gewünschte Hebung unserer Erziehungs- und Bildungsarbeit sicherstellen.“ (Diskussion. Über pädagogische Gesetze. In: Pädagogik 8 [1953]11. S. 853-862. Zitiert nach: Wiegmann: Der 17. Juni. S. 33.)

⁸¹¹ Vgl. Über pädagogische Gesetze. Bericht von der Fortsetzung der Diskussion über die Bedeutung der letzten Arbeit Stalins für die Pädagogik. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 7/1953. S. 539-542. S. 539.

⁸¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 133-172. Protokoll über die Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie am 7.11.1952. Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁸¹³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.

⁸¹⁴ Anm.: Da aber Makarenko ebenfalls festgeschrieben habe, dass sich die Erziehungsgesetze „aus dem allgemeinen Leben der Sowjetunion und im Besonderen aus dem Leben des Kollektivs“ ergäben und es unnötig sei „über sie zu klügeln“, musste sich das DPZI in seiner Besprechung mit der Suche nach „pädagogischen Grundsätzen“ in Makarenkos Werken begnügen. Bei einer Analyse der „Vollversammlung“ aus „Der Marsch des Jahres Dreißig“ stieß die theoretische Abteilung des Instituts auf drei dieser auf den gesellschaftlichen Bedingungen der Sowjetunion beruhenden,

Sechs Monate später, nach der Junikrise, gelangte das DPZI hingegen in einem veröffentlichten Artikel und unter Rückgriff auf Stalin wie bereits im Vorfeld bei den didaktischen Prinzipien⁸¹⁶ zu der Ansicht, auf jeden Fall eigene pädagogische Gesetze für die DDR entdecken zu müssen.⁸¹⁷ Maßgeblich für diesen Sinneswandel war dabei die Einsicht, dass Makarenko die Gesetze aus der Lebenswirklichkeit der UdSSR geschöpft habe.⁸¹⁸ Stalins Aussage, jedes Gesetz könne nur „auf der Grundlage bestimmter Bedingungen“ wirken, wurde nun zur Bestärkung dieser These herangezogen,⁸¹⁹ statt sie wie vorher offenbar zum Anlass zu nehmen, die Bedingungen in der DDR für das Funktionieren von Makarenkos pädagogischen Gesetzen umgestalten zu wollen. Im Institut wurde nunmehr erneut die prinzipielle Frage der Übertragbarkeit von sowjetischen Erfahrungen und Erkenntnissen auf DDR-Verhältnisse aufgeworfen.⁸²⁰ Daraus entstand dem DPZI die Aufgabe, die „Gesetzmäßigkeiten der Erziehung und Bildung“ zu ergründen und entsprechende handlungsleitende Gesetze zu formulieren.⁸²¹ Aber auch gegen Jahresende 1954 konnte in dieser zentralen Forschungsfrage noch kein Durchbruch erzielt werden.⁸²²

pädagogischen Grundsätze: „1. Forderungen von der Persönlichkeit und Achtung vor dieser“, „2. die Vielzahl der pädagogischen Einwirkungen von verschiedenartigsten Seiten aus“, „3. die Logik des Systems der pädagogischen Mittel“. Die Frage, ob „hier nun pädagogische Gesetze wirksam“ seien, fand auf der Abteilungsbesprechung im Dezember 1952 Zustimmung. (Vgl. Ebenda.)

⁸¹⁵ Anm.: „In unserem Staat steht die besonders dringliche Aufgabe vor uns, so schnell wie möglich die Bedingungen zu schaffen, die nötig sind, damit die von Makarenko gefundenen und formulierten pädagogischen Gesetzmäßigkeiten wirken können.“ Auffallend widersprüchlich ist, dass in dieser Besprechung, in der die pädagogischen Gesetze Makarenkos unbesehen für die DDR übernommen bzw. die Verhältnisse in der DDR entsprechend angepasst werden sollten, kurz vorher gefordert worden ist, endlich einen eigenen Standpunkt hinsichtlich der didaktischen Prinzipien zu entwickeln. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.)

⁸¹⁶ Anm.: Dass didaktische Prinzipien aus der Praxis heraus entwickelt werden sollten, stand schon im Dezember 1952 fest. (Vgl. Ebenda. Siehe auch Punkt 2.2.2.)

⁸¹⁷ Anm.: Die pädagogischen Gesetzmäßigkeiten wurden wie im Dezember 1952 als solche anerkannt, aber im Gegensatz zum Dezember zog das Institut diesmal einen anderen Schluss daraus. Nicht die Bedingungen für die erzieherische Arbeit sollten so umgestaltet werden, dass diese Gesetze Makarenkos wirken könnten, sondern aus den gegebenen Bedingungen „auf dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Republik“ heraus müssten die „Gesetzmäßigkeiten der Erziehung und Bildung“ erforscht und entsprechende Gesetze formuliert werden. (Vgl. Ebenda. und Vgl. Über pädagogische Gesetze. S. 541/542.)

⁸¹⁸ Vgl. Ebenda. S. 539/540.

⁸¹⁹ Vgl. Ebenda. S. 540.

⁸²⁰ Anm.: Im Artikel wurde zunächst klargestellt, dass die „Sowjetgesellschaft ... nicht nur eine der Grundlagen für das Wirken sozialistischer Erziehungsgesetze neben anderen“, sondern die entscheidende sei, die „den Inhalt dieser Gesetze weitgehend“ bestimme. Es folgen Beispiele der „notwendigen Bedingungen“ und es wurde erneut beschworen, dass die „Gesetze der sozialistischen Erziehung ... nur dort voll zur Wirksamkeit“ kämen, „wo die notwendigen Bedingungen für diese Wirksamkeit bereits geschaffen“ worden seien. Daran anschließend expliziert der Artikel zwar nicht wörtlich, dass dies in der DDR nicht der Fall wäre. Es folgt jedoch der Hinweis, dass Makarenko den Erziehungswissenschaftlern in der DDR „vor allem auch den Weg gezeigt“ habe, „wie man pädagogische Gesetzmäßigkeiten“ erforschen und „zur Formulierung pädagogischer Gesetze“ gelangen könne. Die hierfür vorgeschlagene Vorgehensweise wird daran anknüpfend ausgebreitet und als Aufgabe dem DPZI übertragen. (Vgl. Ebenda.)

⁸²¹ Vgl. Ebenda. S. 541.

⁸²² Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 34.

Als Quelle zur Erforschung der eigenen „pädagogischen Gesetze“ für die DDR sollte in der Folge zum einen das pädagogische Erbe dienen.⁸²³ Darüber hinaus wurde, ähnlich wie bei den didaktischen Prinzipien, auch dem so genannten „induktiven Weg“ eine bedeutende Rolle zugemessen, bei dem „langfristige pädagogische Experimente“ durchzuführen wären.⁸²⁴

Damit war die Debatte zu Fragen der Methodologie in der pädagogischen Forschung wieder eröffnet, an der sich dieses Mal auch das DPZI beteiligte.⁸²⁵

Zwei Ansatzpunkte standen sich dabei gegenüber – zum einen die in Jena entwickelte Tatsachenforschung, insbesondere vertreten durch Schrader/Radzioch, und auf der anderen Seite das DPZI, speziell Direktor Dorst.⁸²⁶ Beide Standpunkte sahen ihre „leitenden und verbindlichen Vorgaben“ in den „durch Schulsystem und Lehrpläne vorgegebenen `objektiven Bedingungen aller Bildungs- und Erziehungsarbeit in unserer Gesellschaft`, einschließlich der `Bildungs- und Erziehungsziele` und der `Grundsätze der Organisation und der Methoden`.“⁸²⁷ Aber während die Jenenser Tatsachenforscher dem „Ideal einer vollständigen Gesamtaufnahme“⁸²⁸ des Unterrichts folgten, band Dorst seine Vorstellungen von empirischer Forschung an das hypothesengeleitete Experiment⁸²⁹.

Den Anspruch von Schrader/Radzioch, das pädagogische Feld über Unterrichtsprotokolle und -aufnahmen zu erforschen und die Unterrichtssituationen dabei zu mindestens 80 Prozent zu erfassen⁸³⁰, kritisierte Dorst als nicht realisierbar.⁸³¹

⁸²³ Anm.: Hierbei war an „fortschrittliche Pädagogen der Vergangenheit“ gedacht, namentlich Komensky, an dessen Ansichten vor allem der „systematische und planmäßige Unterricht in einer Schulklasse“ geschätzt wurde. (Vgl. Über pädagogische Gesetze. S. 539.)

⁸²⁴ Vgl. Ebenda. S. 541.

⁸²⁵ Anm.: Diskussionen hierzu gab es schon zwischen 1946 und 1949. Hier ging es vorrangig darum, „ob und wie sich eine experimentell forschende Erziehungswissenschaft jenseits von normativer Pädagogik und erziehungswissenschaftlicher Technologie begründen lässt“. Benner und Sladek nennen dies die erste Phase der „Diskussion zum Pädagogischen Experiment“. (Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 127.) Der Streit wurde, den Quellen Benners und Sladeks folgend, vor allem in der Zeitschrift „Pädagogik“ geführt – damals noch von einem freien Wissenschaftlerkollegium herausgegeben (Vgl. Ebenda. S. 148). Als Hauptprotagonisten werden hier M.G. Lange, H. Mieskes (Jena), P. Petersen (Jena) und H. Deiters genannt (Vgl. Ebenda. S. 128.). Ab 1950 wurde die „Pädagogik“ jedoch vom DPZI übernommen (Vgl. Ebenda. S. 148). Das Institut setzte es sich zum Ziel, die „pädagogischen Kräfte ... in der einheitlichen Arbeit an der Verbesserung der pädagogischen Theorie zusammenzufassen.“ (Vgl. Ebenda. Unter Bezug auf: Zum neuen Jahrgang. In: Pädagogik 5 [1950] 1. S. 1.)

Die zweite Phase dieser Diskussion verorteten Benner und Sladek in den Jahren zwischen 1954 und 1957. Sie wurde ebenfalls in der Zeitschrift „Pädagogik“ ausgetragen. (Vgl. Ebenda. S. 149.)

⁸²⁶ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 149.

⁸²⁷ Vgl. Ebenda. S. 149/150. Benner/Sladek beziehen sich auf: Dorst, Werner: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. In: Pädagogik 9 (1954) 629-641. S. 629.

⁸²⁸ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 153.

⁸²⁹ Anm.: Nach Benner/Sladek bindet Dorst die „Konzeptionalisierung, Durchführung und Auswertung“ „experimenteller pädagogischer Situationen“ daran zurück, dass in ihnen „hypothesengeleitet gehandelt, experimentiert und interpretiert“ wird. (Vgl. Ebenda.)

⁸³⁰ Vgl. Ebenda. S. 152/153. Benner/Sladek beziehen sich auf: Schrader, K./Radzioch, W.: Unterrichtsaufnahme und das Unterrichtsprotokoll als Teile des Verfahrens der Unterrichtsforschung. In: Pädagogik 10 (1955) 188-213. S. 190.

⁸³¹ Anm.: Bei der minutiösen Erfassung aller Einzelheiten blieben „wichtige Momente der pädagogischen Einwirkung des Lehrers“ unberücksichtigt und die pädagogische Tatsachenforschung würde in diesem Verfahren ausschließlich auf eine Wiedergabe von Beobachtetem beschränkt. Eine „theoretisch-empirische Erfassung der Wirklichkeit“ sei somit nicht mehr möglich. (Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 154/155. Benner/Sladek beziehen sich auf: Dorst, Werner: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. In: Pädagogik 9 [1954] 629-641. S. 632f.)

Im Gegenzug ließ es sich Jena nicht nehmen, an Dorsts Konzeption Kritik zu üben.

Dorst unterschied in seiner Konzeption in das „einfache natürliche Experiment“ und das „höhere Experiment“, die beide im realen pädagogischen Feld durchgeführt werden sollten.⁸³² Das „einfache Experiment“ wollte Dorst als Untersuchung verstanden wissen, bei der der alltägliche Bildungs- und Erziehungsprozess unter wissenschaftlicher Anleitung von den jeweiligen pädagogisch Handelnden selbst erforscht werden sollte.⁸³³ Im „höheren Experiment“ sollten unter Zugrundelegung einer Ausgangshypothese die einzelnen Bedingungen im Bildungs- und Erziehungsprozess variiert werden. Dadurch beabsichtigte Dorst, „neue pädagogische Mittel und Wege“⁸³⁴ zu erproben und „objektive“ pädagogische „Gesetzmäßigkeiten“⁸³⁵ aufzudecken. Beide Experimentierformen waren prinzipiell dem Nutzen für die Praxis verpflichtet.⁸³⁶

Genau darauf schien sich auch der Vorwurf Radziocs zu richten, als er kritisierte, dass Dorst mit seiner Experimentalkonzeption lediglich der Leistungsoptimierung in der pädagogischen Praxis diene, aber die „didaktische Grundstruktur unterrichtlicher Lehr-Lernsituationen“ nicht erfasst habe.⁸³⁷ Dorsts Experimentalforschung überprüfte letztendlich weder pädagogische Theorien, noch optimierte sie diese. Als eine „Optimierungshypothesen prüfende empirische Unterrichtsforschung“ blieb es bei Dorst eine Lehrplanerfüllungsforschung.⁸³⁸

Auf der Suche nach einem geeigneten Praxisfeld zur Untersuchung pädagogischer Gesetze und neuer pädagogischer Methoden arbeitete das DPZI daran, eigens hierfür Schulen, Kindergärten und Heime ans Institut anzugliedern.⁸³⁹ In diesen Schulen sollten unter Anleitung des Zentralinstituts günstige Bedingungen „sowohl materieller als auch personeller Art“ geschaffen werden.⁸⁴⁰

Die Idee, so genannte Basenschulen bzw. Basisschulen strukturell an das DPZI zu binden, ist seit Ende 1952 nachweisbar. Zu diesem Zeitpunkt war deren Funktion explizit auf die Lehrplanerprobung ausgerichtet.⁸⁴¹ Auch stellte es 1952 noch ein Auswahlkriterium dar, dass die Schulen bereits „gut ausgestattet“ zu sein hatten.⁸⁴²

⁸³² Vgl. Dorst, Werner: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 9/1954. S. 629-641. S. 631.

⁸³³ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 630f.

⁸³⁴ Vgl. Ebenda.

⁸³⁵ Vgl. Ebenda. S. 632.

⁸³⁶ Anm.: „Es bestehen ... schon viele Voraussetzungen, um ... die Pädagogik aus einer nur beschreibenden oder deduzierenden Wissenschaft zu einer exakten Wissenschaft zu machen, die sich auf experimentell erwiesene und in der Praxis erprobte Fakten und Gesetze stützt. Dabei ist unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die brennenden praktischen Probleme und Erfordernisse gerichtet, deren Bewältigung unseren Lehrern, Kindergärtnerinnen, Heimerziehern, Pionierleitern und Eltern gegenwärtig und in nächster Zukunft die größten Schwierigkeiten bereitet und bereiten wird.“ (Vgl. Ebenda. S. 629.)

⁸³⁷ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 157. (Benner/Sladek vergleichen die gegenseitigen Kritiken und gelangen zu dem Ergebnis, dass „jede von ihnen auf die jeweils kritisierte Position durchaus zutrifft“. Hier wird das auf Radziocs Kritik zurückgehende Resümee von Benner und Sladek wiedergegeben. Dem Vergleich auf Seiten der Kritik durch Radzioc liegt bei Benner/Sladek zugrunde: Radzioc, W.: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. Bemerkungen zu der Arbeit von Werner Dorst 10 [1955] 292-300.)

⁸³⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 157. Benner/Sladek beziehen sich auf: Radzioc, W.: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. Bemerkungen zu der Arbeit von Werner Dorst 10 (1955) 292-300.

⁸³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung.

⁸⁴⁰ Vgl. Über pädagogische Gesetze. S. 541.

⁸⁴¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 415.

⁸⁴² Vgl. Ebenda. Bl. 412.

In der Vorbereitung der Arbeitsplanaufgaben für 1953 wurde der Zweck der Basenschulen auf weitere Forschungsfragen ausgedehnt.⁸⁴³ Es schien nahe liegend, bei der Suche nach geeigneten pädagogischen Einrichtungen auf diejenigen zurückzugreifen, zu denen sich schon Beziehungen entwickelt hatten, z.B. im Ergebnis von Studienexkursionen.⁸⁴⁴ Eine Angliederung an das Institut gelang im Jahr 1953 aber noch nicht.⁸⁴⁵

Bis September 1954 wurde im Rahmen der Diskussionen zum neuen Statut des DPZI nach Möglichkeiten gesucht, die Basisschulen strukturell an das Institut anzubinden.⁸⁴⁶ Letztendlich stimmte das Ministerium für Volksbildung im Statut des DPZI von 1954 der Angliederung zu.⁸⁴⁷ Allerdings behielt es sich das Ministerium vor, die betreffenden Schulen auf Vorschlag des DPZI auszuwählen und zu bestätigen.⁸⁴⁸ Anstatt Basis- bzw. Basenschulen setzte das MfV die Bezeichnung „angegliederte Schulen“ durch.⁸⁴⁹ Intern blieb der Begriff „Basisschule“ jedoch erhalten.⁸⁵⁰

Die Einrichtung von Basenschulen stellte im Arbeitsplan des DPZI aber lediglich *eine* der gesamtinstitutionellen Aufgaben für 1953 dar – und war dann auch nur eine unter anderen, die in

⁸⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952.

⁸⁴⁴ Anm.: „Die Arbeit mehrerer Kindergärten wurde in mehrtägigen Hospitationen studiert. Einige dieser Kindergärten sollen dem DPZI künftig als Basenkindergärten zu Forschungszwecken zur Verfügung stehen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 264.)

⁸⁴⁵ Anm.: Unter der Auflistung von „Aufgaben zentralen Charakters“, zu denen die Einrichtung von anzugliedernden Schulen, Kindergärten und Heimen zählte, aus dem Arbeitsplan für 1953 ist vermerkt, dass „die genannten Aufgaben nicht erfüllt werden konnten“. (Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 75.)

⁸⁴⁶ Anm.: Dies betraf unter anderem die „Möglichkeit, Versuche auch an anderen als den angegliederten Schulen anzustellen“ sowie die Frage, wer zur „Auswahl und Bestätigung der anzugliedernden Schulen“ berechtigt sei. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.)

⁸⁴⁷ Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 538.

⁸⁴⁸ Vgl. Ebenda. Anm.: In den Besprechungen zum neuen Statut wurde beschlossen, einen entsprechenden Zusatz in das Statut mit aufzunehmen. Die Teilnehmer dieser Sitzung setzten sich zusammen aus: neun Mitarbeitern des MfV, vier DPZI-Mitgliedern, drei Professoren, zwei Staatssekretärinnen, einer Mitarbeiterin der Zentralen Kontrollkommission, dem Direktor des IfL Potsdam, einer Vertreterin des Zentralvorstands der Lehrgewerkschaft und einem Oberschuldirektor. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.)

⁸⁴⁹ Anm.: In der Beratung zum Statut wurde eindringlich davor gewarnt, aus den Schulen eine „Art `koloniales Ausbeutungsobjekt´ der Ausbildungseinrichtungen“ zu machen. Sie sollten weder „Übungsschulen“ noch „Musterschulen“ genannt werden. In diesem Zusammenhang wurde auf den sowjetischen Namen „Basisschulen“ verwiesen. Am Ende der Debatte erging der Beschluss, dass „kein besonderer Name für die Schulen zu wählen“ sei. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.) Im Statut von 1954 sind die geplanten Basisschulen unter der Beschreibung „anzugliedernde Schulen“ im Paragraph „Angegliederte Institutionen“ zu finden. (Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 538.)

⁸⁵⁰ Anm.: In der (ab Herbst 1954 bestehenden) Sektion Psychologie wurden 1955 Vorarbeiten zur „Entwicklung der Basisschule“ vorgenommen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 172. Sektion Psychologie. Persönlicher Arbeitsplan für das Jahr 1955.) Integriert waren diese Schulen in die (ebenfalls ab Herbst 1954 bestehende) Sektion Theorie, in der „Ausgangsthesen für eine wissenschaftliche Forschungsarbeit in der Basisschule“ aufgestellt werden sollten. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr der wissenschaftlichen Mitarbeiter. 30.6.1955. Bl. 197.)

diesem Jahr wiederum nicht erledigt wurden. Insgesamt erfüllte das Institut eigenen Angaben folgend nur fünf von zehn Arbeitsschwerpunkten.⁸⁵¹

Zu den erfüllten Aufträgen gehörten: „Vorbereitung und Durchführung von pädagogischen Lesungen“ im DPZI, „Besuche von Schulen, Kindergärten, Heimen und anderen Einrichtungen der Volksbildung“; die „Herausgabe der Zeitschrift `Pädagogik`“, inklusive monatlicher „Leserkonferenzen mit Lehrern und Erziehern“; die „inhaltliche Anleitung der Arbeit der Hauptabteilung `Pädagogik`“ beim Verlag Volk und Wissen, einschließlich der Manuskriptprüfung und „Erteilung der Druckgenehmigung“; sowie die „Rechenschaftslegung“ des DPZI für 1953.

Bei den Pädagogischen Lesungen übte das DPZI anleitende und beratende Funktion aus. Die Berichterstattung (Lesung) samt der ihr vorausgegangenen Beobachtung und Schlussfolgerung oblag engagierten Lehrern.⁸⁵² Überdies gibt es Anhaltspunkte, dass diese Lesungen erst infolge der Herbstkonferenz des DPZI ab Oktober 1953 durchgeführt worden sind.⁸⁵³

Die Hospitationen in Schulen, Kindergärten und Heimen wurden im Wesentlichen⁸⁵⁴ von der Abteilung Theorie auf der intern stark kritisierten Exkursion nach Gerbstedt durchgeführt⁸⁵⁵.

Als nicht erledigt galten neben der fehlgeschlagenen Einrichtung der Basisschulen: die „Anleitung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit auf pädagogischem Gebiet“; „Regelmäßige Aussprachen ... über aktuelle wissenschaftliche Fragen auf pädagogischen Gebiet“ unter anderem mit Lehrern sowie den Referaten und Zweigstellen des DPZI; Herstellung

⁸⁵¹ Anm.: Die als erfüllt geltenden Aufgaben werden aus einem Vergleich des Arbeitsplanes für 1953 und dem Bericht über die Institutsarbeit im Jahr 1953 ersichtlich. Im Bericht werden die nicht erledigten Aufgaben explizit benannt (als Zitat aus dem Arbeitsplan des Instituts). Auch wenn zwei der hier unter den fertig gestellten Arbeiten aufgelisteten Punkte (Verlagsarbeit und Herausgabe der Zeitschrift) nicht im Bericht auftauchen, kann davon ausgegangen werden, dass diese in irgendeiner Form von Institutsmitarbeitern wahrgenommen worden sind. Die „Rechenschaftslegung“ zu erwähnen erübrigt sich, da diese durch den Bericht selbst abgeschlossen wird. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953, bestätigt vom Ministerium für Volksbildung. und: Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 75.) Dem Bericht ging die „Herbstkonferenz der Abteilungs- und Zweigstellenleiter des DPZI“ voraus, auf der intern die Rechenschaftslegung und die zukünftigen Aufgaben besprochen worden sind. Dort ist die institutionelle „Mitarbeit an den Lehrbüchern und Zeitschriften“ aufgeführt. Besonders wurde darauf hingewiesen, dass die „Zeitschrift des DPZI `Pädagogik`“ von der Oktoberausgabe an mit einem „besonderen Teil `Pädagogische Diskussion`“ erscheinen sollte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 32 und 36.)

⁸⁵² Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 70/71.

⁸⁵³ Anm.: „Noch im Jahre 1953 wird mit den Pädagogischen Lesungen begonnen. Im Oktober, November, Dezember werden etwa 35 Pädagogische Lesungen gehalten.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 35.)

⁸⁵⁴ Anm.: Auch in der Abteilung Methodik gab es Kontakte zur Praxis. Diese waren jedoch von der Lehrplanarbeit geprägt und äußerten sich besonders in der Durchführung von Konferenzen und der Kommissionsarbeit zu den Lehrplänen, an der Lehrer beteiligt waren. (S. 72/73.) „Ausflüge“ in die Praxis, wie es hier gedacht war, fanden laut Bericht in der Abteilung Methodik aber nicht statt. Im Punkt zu den Zweigstellen wird allgemein erklärt, sie hätten „eine enge Verbindung mit den Lehrern, den Schulen und den Pädagogischen Kabinetten“, wobei die Konstituierung der Kreiskabinette den Schwerpunkt gebildet habe (S. 73.). (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 69-77.) Ähnliches gilt für die Abteilung Sorbische Schulen: „Die Mitarbeiter der Abteilung führten laufend Schulbesuche durch, studierten die Praxis, standen in einem regen Erfahrungsaustausch mit den Lehrern ...“. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 156.)

⁸⁵⁵ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 72.

persönlicher „Verbindungen zu der Pionierfreundschaft einer Schule oder eines Heimes“ durch die Mitarbeiter des DPZI; und die „Ausbildung der Aspiranten“ im Institut.⁸⁵⁶ Erklärungen für diese Defizite bot einerseits die Überlastung der einzelnen Abteilungen, z.B. mit den Arbeiten zur Polytechnischen Konferenz und den Lehrplänen (s.o.), und auf der anderen Seite das Ausbleiben der für 1953 geplanten Strukturweiterung.⁸⁵⁷

Insgesamt zeigt die schriftliche Überlieferung des DPZI, dass in der ersten Jahreshälfte 1953 die Polytechnische Konferenz und kurzfristige Lehrplanarbeiten im Mittelpunkt der Institutsarbeit gestanden hatten. Nach dem 17.6.1953 bemühte sich das DPZI zunehmend darum, die explizit praxisrelevante Forschungsarbeit zu profilieren. Zwar war die Funktion des DPZI als Verwaltungsdienststelle des Ministeriums von Anfang an darauf gerichtet, die pädagogische Praxis zu erforschen und zu gestalten.⁸⁵⁸ Auch die Rolle des DPZI als Problemlöseanstalt war unbestritten.⁸⁵⁹ Dennoch erachtete es das Institut im Nachklang der Junikrise für nötig, die institutionellen Ziele betont in die allgemein herrschenden Erwartungen an die pädagogische Wissenschaft im „Dienst (schul-) pädagogischer Praxis“ einzufügen.⁸⁶⁰ In diesem Zusammenhang bot das Institut Hilfeleistungen für die Praxis im Rahmen von Exkursionen und „Pädagogische Lesungen“ an.⁸⁶¹ Dazu plante das DPZI eine entsprechende Broschürenreihe.⁸⁶² Auch die neue Rubrik „Pädagogische Diskussion“ in der Zeitschrift des DPZI, der „Pädagogik“, wurde dem Ziel verpflichtet, pädagogische Wissenschaft in den Dienst der pädagogischen Praxis zu stellen. Gedacht war an ein Forum, in dem „wichtige Fragen der Schulpraxis im freien Meinungsstreit“ erörtert werden könnten.⁸⁶³ In der Folge führte diese schulpraktische Fixierung zumindest zu einer „wachsenden Themenvielfalt“ der Zeitschriftenbeiträge.⁸⁶⁴

Vor allem durch den Bedeutungszuwachs des pädagogischen Experiments⁸⁶⁵ veränderte sich die Art und Weise der Praxisbeziehungen und insbesondere der -erforschung, die bis dahin vorwiegend in der Delegation von Wissenschaftlern und sporadischen Schulbesuchen⁸⁶⁶

⁸⁵⁶ Vgl. Ebenda. S. 75.

⁸⁵⁷ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 158.

⁸⁵⁸ Anm.: „Aufgabe des Instituts ist es, für die Erhöhung der wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikationen aller Lehrer und für die Verbesserung des Unterrichts zu sorgen;“ (Statut des DPZI. 1950. S. 155) Im Tätigkeitsbereich der Psychologie ist 1951 z.B. zu lesen: „Planung, Lenkung und inhaltliche Kontrolle der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Psychologie (Ausgehend von den Erfordernissen der Praxis).“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 377/378. Theoretische Abteilung/Referat Psychologie: Tätigkeitsbereich. 14.12.1951. Bl. 377.)

⁸⁵⁹ Anm.: „Die wichtigste Aufgabe des DPZI ist aber die theoretisch-methodische Vertiefung der Probleme, die in der Praxis des Schullebens zur Verbesserung und Vertiefung des Unterrichts führen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokoll-Notiz. Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung am 24.5.1950.)

⁸⁶⁰ Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 37.

⁸⁶¹ Anm.: Diese Exkursionen sollten ab 1.10.1953 von mehreren Mitarbeitern des zentralen DPZI durchgeführt werden. Diese hatten die Aufgabe, längere Zeit eine Schule zu besuchen, zu unterrichten und in Erziehungs- und Bildungsfragen zu beraten. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 34/35.)

⁸⁶² Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. Bl. 35/36.

⁸⁶³ Vgl. Ebenda. Bl. 36.

⁸⁶⁴ Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 35/36.

⁸⁶⁵ Anm.: Die Exkursionen sollten auch nach der Etablierung der Basisschulen zur Durchführung pädagogischer Experimente erhalten bleiben, um die „gegenwärtige Schulwirklichkeit nicht aus dem Auge zu verlieren“. (Vgl. Über pädagogische Gesetze. S. 541/542.)

⁸⁶⁶ Anm.: Bei den Delegationen handelt es sich um ein Praxisjahr im Schuldienst, welches die Qualifikation der Mitarbeiter erhöhen sollte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952.) Laut Überlieferung erstmals

bestanden hatten. Gleichzeitig setzte das DPZI in der Theorie-Praxis-Beziehung neue Akzente. Wurden vormals vorrangig Lehrer in Kommissionen ans DPZI berufen⁸⁶⁷, um die theoretische Arbeit durch Praktiker zu bereichern, sollten sich nun umgekehrt die Mitarbeiter regelmäßig und langfristig an bestimmten Schulen betätigen.

Offenbar sah die Institutsleitung nach der Gesellschaftskrise die Möglichkeit, der Argumentationslinie der SED vom „verlorenen Basiskontakt“ folgend⁸⁶⁸, die seit Ende 1952 existierende Idee der Basisschulen und den damit verbundenen Forschungsperspektiven durchzusetzen.

2.3.1.6 Reformresistenz auf struktureller und personeller Ebene

Inmitten des krisengeschüttelten Jahres 1953 erreichte das DPZI erstmals eine bemerkenswerte personelle Stabilität. Die verhältnismäßig geringen personellen Veränderungen erstreckten sich fast ausschließlich auf die Abteilung Theorie und waren zudem nicht politisch motiviert.⁸⁶⁹ Vielmehr stellten die Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeiter den Grund für den Personalwechsel dar. Diese absolvierten ihr Praxisjahr im Schuldienst bzw. kehrten aus diesem zurück.⁸⁷⁰

Ansonsten hielt sich die Zahl der Wissenschaftler im Institut relativ konstant: Von März bis Dezember 1953 schwankte die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter zwischen 36 und 38.⁸⁷¹

im September 1952 umgesetzt. Beobachtungen im Rahmen von Schulbesuchen wurden, um die „enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis“ herzustellen, bereits 1950 in Angriff genommen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokoll-Notiz. Sitzung der theoretisch-methodischen Abteilung am 24.5.1950.)

⁸⁶⁷ Anm.: Die Kommissionstätigkeit hatte 1952 offenbar überhand genommen. Zur Eindämmung wurde der Beschluss gefasst, die „Einberufung von Kommissionen aus Lehrern in das DPZI nur in ganz dringenden Fällen“ vorzunehmen und darauf zu achten, dass „die Sitzungen in den Ferien stattfinden“, um die Lehrer nicht zu überlasten. Stattdessen sollten beispielsweise vermehrt Schulbesuche und „Beobachtungen an den Basen-Schulen“ durchgeführt werden. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 409-417. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik: Protokoll über die Abteilungssitzung am 11.9.1952. Bl. 415.)

⁸⁶⁸ Anm.: „In dem Maße, in dem die SED-Führung als eine Hauptursache der am 17. Juni 1953 eskalierten Krise die eigene Entfremdung von der (werktätigen) Bevölkerung einräumte, diagnostizierten die Repräsentanten der pädagogischen Wissenschaft eine wachsende Abwendung der pädagogischen Basis von den weithin praxisfernen Leistungen der pädagogisch-wissenschaftlichen Elite.“ (Wiegmann: Der 17. Juni. S. 36.)

⁸⁶⁹ Anm.: Mitte des Jahres 1953: Ein Mitarbeiter kehrte aus dem Schuldienst in die Abteilung Methodik zurück, zwei in die Abteilung Theorie. Drei (aus der Abteilung Theorie) wurden wiederum in den Schuldienst delegiert. Zwei Wissenschaftler (aus der theoretischen Abteilung) schieden ganz aus dem DPZI aus. Drei Mitarbeiter wurden in die Abteilung Theorie neu eingestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Protokoll über die Abteilungs- und Zweigstellenleiterkonferenz des DPZI vom 25.-27.9.1953 in der Zweigstelle Potsdam.) Hinzu kamen in die Abteilung Theorie zwei Mitarbeiter aus der aufgelösten Abteilung III – Lehrerbildung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 69-72. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Abteilungssitzung vom 4.3.1953.)

⁸⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Protokoll über die Abteilungs- und Zweigstellenleiterkonferenz des DPZI vom 25.-27.9.1953 in der Zweigstelle Potsdam.

⁸⁷¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. (März 1953). Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.6.1953. Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.9.1953. Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.12.1953. Gezählt wurde hierbei der „Ist-Stand“ von Hauptreferenten, Oberreferenten und Referenten. Wissenschaftliche Sachbearbeiter sind nicht mit

Unter Einbeziehung der wissenschaftlichen Sachbearbeiter ergab sich die folgende Personalstatistik⁸⁷²:

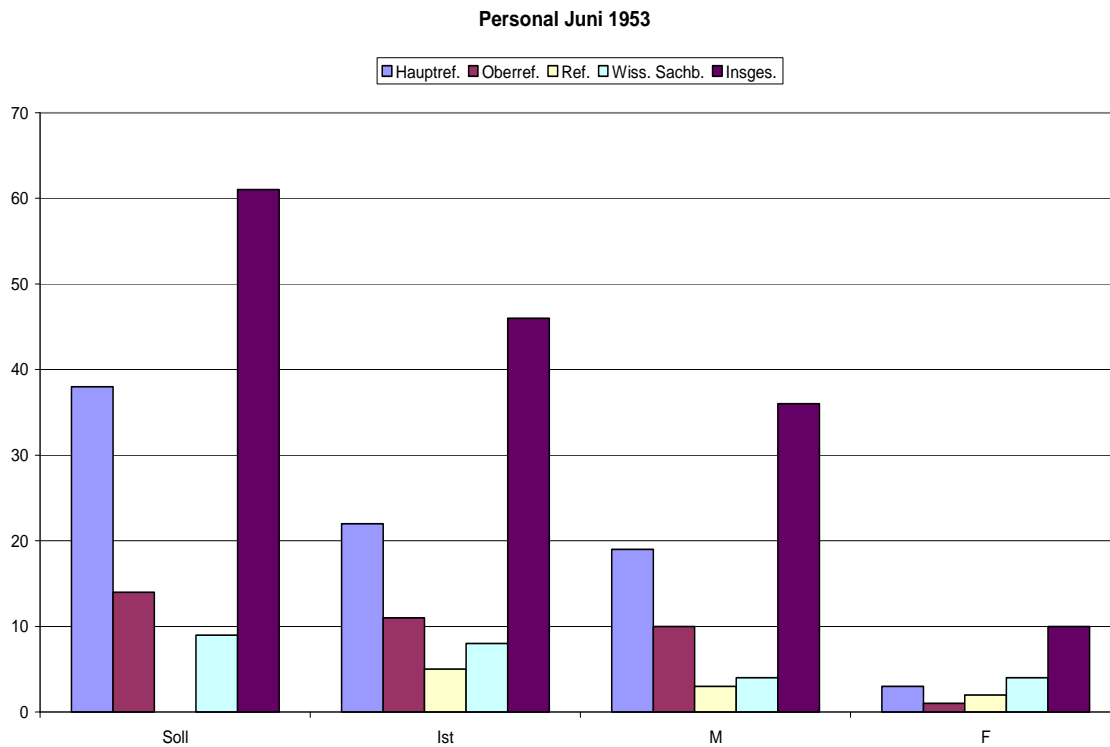


Abbildung 6: Stellenplan und tatsächliche personelle Besetzung des DPZI im Vergleich, Juni 1953

einbezogen. Daraus ergeben sich folgende Zahlen: März 37, Juni 38, September 37 und Dezember 36 Mitarbeiter.

⁸⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.6.1953. und Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.9.1953.

Der niedrige Frauenanteil (Grafik „F“) hatte sich prozentual betrachtet im Vergleich von 1951 (20 Prozent) und 1953 (16 Prozent) verringert. 1951 waren insgesamt 20 Wissenschaftler (Direktor, Hauptreferenten, Oberreferenten und Referenten) im DPZI beschäftigt. Zwei der damals vier Frauen hatten einen Hochschulabschluss, zwei die Mittelschule besucht. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht über die Arbeit der Personalabteilung des DPZI im II. Quartal 1951. 2.7.1951.) Im März 1953 gab es unter den 37 wissenschaftlichen Mitarbeitern sechs Frauen, von denen drei die Hochschule, eine die Mittelschule und zwei die Volksschule absolviert hatten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. [März 1953].)

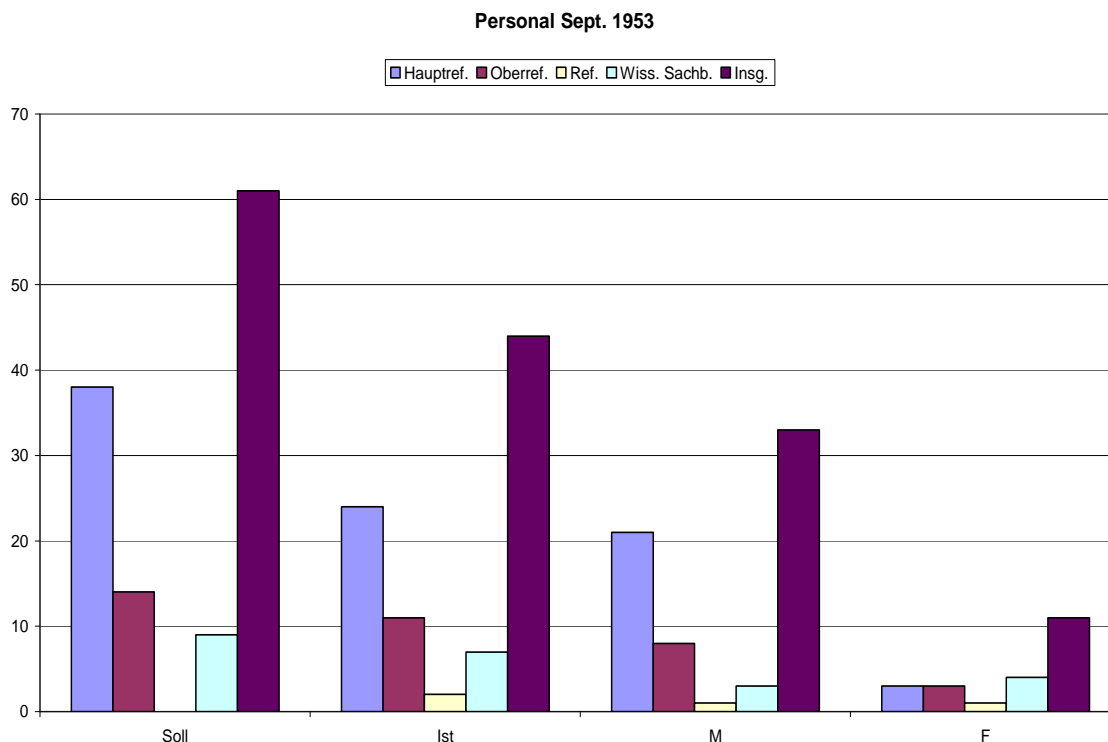


Abbildung 7: Stellenplan und tatsächliche personelle Besetzung des DPZI im Vergleich, September 1953

Offenbar blieb das DPZI 1953 von personellen Säuberungen verschont. Eine etwaige im DPZI seit der Institutsgründung vorgenommene strenge Auswahl des Personals nach politischen Kriterien, wie Parteizugehörigkeit und NSDAP-Vergangenheit, kann hierfür jedoch nicht verantwortlich gewesen sein. Bei der wachsenden Mitarbeiterzahl konnte der im Juli 1951 erreichte Anteil von 85 Prozent an SED-Mitgliedern unter den Wissenschaftlern nicht gehalten werden und sank auf 78 Prozent im März 1953.⁸⁷³ Gleichzeitig verdoppelte sich die Anzahl ehemaliger NSDAP-Angehöriger.⁸⁷⁴ Den Vorrang bei den Neueinstellungen gewannen Ausbildungsaspekte. Hochschulabschlüsse konnten vergleichsweise nun mehr als doppelt so viele Institutsmitarbeiter vorweisen. Das bedeutete innerhalb von zwei Jahren eine Erhöhung um 20 Prozent.⁸⁷⁵

Angesichts des Umstandes, dass das „Verhalten jedes Einzelnen während der Junitage“⁸⁷⁶ zum Gradmesser für die personalpolitischen Säuberungen⁸⁷⁷ nach dem 17. Juni erklärt worden war,

⁸⁷³ Hier und im Folgenden wurden Zahlen verglichen aus: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht über die Arbeit der Personalabteilung des DPZI im II. Quartal 1951. 2.7.1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. (März 1953). Wie oben wurde dabei die Anzahl der Hauptreferenten, Oberreferenten und Referenten zugrunde gelegt. Wissenschaftliche Sachbearbeiter sind nicht inbegriffen.

⁸⁷⁴ Anm.: Prozentual fällt dies bei der angestiegenen Mitarbeiterzahl zwar nicht ins Gewicht: von 20 Prozent (Juli 1951) auf 21,6 Prozent (März 1953). Personell wurden jedoch zu den bereits vier beschäftigten ehemaligen NSDAP-Mitgliedern weitere vier eingestellt. (Vgl. Ebenda.)

⁸⁷⁵ Anm.: Im Juli 1951 besaßen neun der 20 Mitarbeiter einen Hochschulabschluss – das entspricht 45 Prozent. Im März 1953 waren es 24 von 37 Wissenschaftlern (64,8 Prozent). (Vgl. Ebenda.)

⁸⁷⁶ Malycha: Die Intellektuellen. S. 139. Malycha bezieht sich auf SAPMO BArch. DY 30/IV 2/904/8. Protokoll der Hochschulkonferenz vom 31. Oktober/1. November 1953.

⁸⁷⁷ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 43.

lässt sich erahnen, weshalb die Mitarbeiter des Instituts diese Krise trotz des spannungsreichen Verhältnisses zum Ministerium⁸⁷⁸ unbehelligt überstanden hatten. Wenn sie eingedenk ihrer Arbeitsüberlastung im Vorfeld des Aufstandes überhaupt von den gesellschaftlichen Ereignissen Notiz nahmen⁸⁷⁹, so verhielten sie sich vermutlich wie die meisten anderen Wissenschaftler eher abwartend⁸⁸⁰. Die auf die Juniereignisse folgende Loyalitätsdemonstration des DPZI zur SED-Politik (s.o.) unterstrich diese Haltung.

Wie schon in personeller Hinsicht blieb auch die strukturelle Entwicklung 1953 überschaubar. Parallel zur unaufhaltsamen Reorganisation der Lehrerbildung wurde die Abkoppelung der Abteilung Lehrerbildung vom DPZI vollzogen. Voraussetzung dafür war, dass sich die Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV nun in der Lage befand, die Aufgaben der Abteilung Lehrerbildung des DPZI – anders als noch zwei Jahre zuvor – zu übernehmen. Nachdem die Maßnahmen zur Reorganisation der Lehrerbildung in die Wege geleitet worden waren, in deren Konsequenz die Lehrerbildung fast vollständig in den Verfügungsbereich des Ministeriums für Volksbildung geriet⁸⁸¹, sollte nun auch die Entlastung des DPZI von Lehrerbildungsaufgaben zugunsten der Forschung erfolgen.

Allerdings vollzog sich dieser Prozess nicht ganz den ursprünglichen Vorstellungen des DPZI entsprechend. Denn obwohl die Abteilung Lehrerbildung aufgelöst worden ist⁸⁸² und ihre Mitarbeiter im Mai 1953 in die Abteilung I (Theorie) übernommen wurden⁸⁸³, zerstreute sich im Institut bald die Hoffnung, auch die Verantwortung für das Fernstudium abgeben zu können.⁸⁸⁴ Dieser Komplex verblieb im DPZI. Die Zweigstellen nahmen dabei umfangreiche organisatorische Aufgaben wahr, während die Zentrale weiterhin Lehrbriefe ausarbeitete.⁸⁸⁵ In

⁸⁷⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 1. Aktennotiz einer Besprechung mit Vertretern der Abteilung Methodik des MfV über Fragen der Zusammenarbeit und des Arbeitsplans. 15.10.1953.

⁸⁷⁹ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 143. Lost geht davon aus, dass das Institut in so starkem Maße von der Vorbereitung der Polytechnischen Konferenz in Anspruch genommen war, dass es die Ereignisse um die Reorganisation der Oberschule nicht bemerkte. Und auch am 17.6.1953 nahm die Arbeit in der Deutschkommission am DPZI ihren gewohnten Gang. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 607. – Protokoll der 2. Sitzung der Ständigen Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts am 17.6.1953.)

⁸⁸⁰ Vgl. Malycha: Die Intellektuellen. S. 125.

⁸⁸¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 395. Geißler bezieht sich auf: Verordnung über die weitere Verbesserung der Ausbildung der Mittel- und Oberstufenlehrer für die allgemeinbildenden Schulen und die Qualifizierung der wissenschaftlichen Kader für die Lehrerbildung, 5.8.1955. (GBl. 1, S. 573.)

⁸⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6430. – Fünf Jahre Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 18.9.1954.

⁸⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Arbeitsbericht der Abteilung III Lehrerbildung auf die Zeit Januar bis April 1953. Das Referat Heimerziehung der Abteilung Lehrerbildung wurde bereits im Januar 1953 in die theoretische Abteilung eingegliedert.

⁸⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951]. Bl. 134. Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁸⁸⁵ Anm.: Die Zweigstellen immatrikulierten die Fernstudenten und erfassten sie „karteimäßig“. Außerdem übernahmen sie die Überwachung der Auslieferung des Studienmaterials, die „Organisation der besonderen Lehrgänge, der Exkursionen und der Zwischenprüfungen. Die „technische Vorbereitung der Sonderprüfung“ beanspruchte „wochenlang die Arbeitszeit von 80 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter. (Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 157/158.) „Das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut übernahm es, das Material für die acht Studienfächer des Fernstudiums in je zwanzig Lehrbriefen auszuarbeiten.“ (Vgl. Ebenda. S. 156.)

diesem Zusammenhang kam es im Laufe des Jahres 1953 erneut⁸⁸⁶ zu „Unstimmigkeiten“ zwischen dem Institut und dem Ministerium;⁸⁸⁷ es herrschte Unklarheit über die Zuständigkeit in der Frage des Mittelstufenlehrerstudiums. Im Ergebnis einer diesbezüglichen „Aussprache“ übernahm das DPZI „vollverantwortlich“ diese Aufgabe mit der Konsequenz, dass die methodische Abteilung wiederum helfend in den Prozess der Lehrbriefbearbeitung eingreifen musste.⁸⁸⁸

Weitere Ambitionen des DPZI zur Strukturentwicklung fanden keine Berücksichtigung. Hier scheiterten nach wie vor – wie auch in der Tarifffrage – alle Bemühungen⁸⁸⁹, die Situation des Instituts und seiner Mitarbeiter zu verbessern.⁸⁹⁰

Nach der Auflösung der Abteilung Lehrerbildung ab Mai 1953 besaß das Institut folgende Struktur⁸⁹¹:

1. Abteilung Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts

Referate:

Intellektuelle Erziehung und Bildung, Sittliche Erziehung, Polytechnische Erziehung (unbesetzt), Körperliche Erziehung (unbesetzt), Ästhetische Erziehung (unbesetzt), Schulpolitik und -organisation, Geschichte der Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Vorschulische Erziehung, Pionierorganisation und FDJ (unbesetzt), Heimerziehung, Familienerziehung

2. Abteilung Methodik der Unterrichtsfächer

Referate:

Didaktik der Unterstufe – Deutsch, Didaktik der Unterstufe – Rechnen, Deutsch/Grammatik, Deutsch/Literatur, Russisch, Englisch-Französisch, Geschichte, Geographie, Musikerziehung, Kunsterziehung, Körpererziehung, Mathematik, Physik (unbesetzt), Biologie, Chemie, Weniggegliederte Landschulen (unbesetzt)

3. Abteilung Fernstudium⁸⁹²

Referate:

Deutsch, Russisch/Literatur, Russisch/Grammatik (unbesetzt), Geschichte, Geographie, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie

4. Abteilung Sorbische Schulen

⁸⁸⁶ Anm.: Wie auch schon bei den Terminen zu den Lehrplänen (s.o.). (Vgl. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 1. Aktennotiz einer Besprechung mit Vertretern der Abteilung Methodik des MfV über Fragen der Zusammenarbeit und des Arbeitsplans. 15.10.1953.)

⁸⁸⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 480-486. Protokoll der Dienstbesprechung der Hauptabteilung Lehrerbildung am 3.2.1953. Bl. 480/481.

⁸⁸⁸ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung [Schluss]. Heft 2/1954. S. 155.

⁸⁸⁹ Anm.: Geplant wurden Sektionen für Theorie der Erziehung und Bildung (Sektion I), Geschichte der Pädagogik (Sektion II), Psychologie (Sektion III), Theorie des Unterrichts (Sektion IV), Fernstudium (Sektion V) und Sektion VI, die an dieser Stelle zwar nicht näher bezeichnet ist, der aber Aufgaben im Bereich sorbische Schulen gestellt waren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Entwurf Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953.)

⁸⁹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953. und: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.

⁸⁹¹ Vgl. Stellenplan 1953. Ebenda.

⁸⁹² Anm.: Nunmehr vermutlich bereits nach Potsdam verlegt. Einen entsprechenden Antrag, das in Potsdam frei werdende Gelände des VWV für die Abteilung Fernstudium des DPZI nutzen zu dürfen, richtete Dorst bereits im Oktober 1952 an Staatssekretär Laabs im MfV. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 70. Brief Dorst an das Ministerium für Volksbildung. 1.10.1952.) Spätestens aber 1954 war die Abteilung Fernstudium in Potsdam tätig. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Aufgliederung des Gesamtstellenplans nach der neuen Struktur. Ohne Datum [1954].)

Referate:

Deutsch, Sorbische Sprache, Niedersorbisch (unbesetzt), Russische Sprache, Geschichte (unbesetzt), Didaktik der Unterstufe, Weniggegliederte Grundschulen, Vorschulerziehung.

Parallel zu dieser Struktur wurde nach dem 17.6.1953 die so genannte Kommissionstätigkeit auf beispiellose Weise ausgebaut. Im Herbst 1953 beschloss das DPZI in Verbindung mit den selbstkritischen Betrachtungen zum mangelhaften Praxiskontakt und administrativen Arbeitsstil die Gründung von vier „besonderen“ Kommissionen, die zusätzlich zu den bereits existierenden „Kommissionen für methodische Fragen“ eingerichtet werden sollten.⁸⁹³ Bis Mitte der 1950er Jahre entwickelten sich die Kommissionen zum festen Bestandteil der Institutsarbeit.⁸⁹⁴ Die seit Jahresbeginn 1953 bestehenden „Ständigen Kommissionen“⁸⁹⁵ erhielten zu diesem Zeitpunkt sogar ein eigenes Statut⁸⁹⁶.

Ebenfalls im Nachklang des 15. und 16. Plenums des ZK der SED vom Herbst 1953 entstanden die Büros zur „Auswertung der Erfahrungen unserer besten Lehrer“⁸⁹⁷ und zur „Auswertung der pädagogischen Erfahrungen im Auslande, insbesondere in der Sowjetunion“.⁸⁹⁸

⁸⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Die verschiedenen Aufgaben der vier Kommissionen lauteten: „Vorschläge für eine objektive Bewertung und Benotung von Schülerleistungen ausarbeiten“ (1), „Erarbeitung von Vorschlägen für Schülerregeln“ (2), „Bearbeitung von Landschulfragen“ (3) und „Auswertung der theoretisch-praktischen Konferenz zur polytechnischen Bildung in den allgemeinbildenden Schulen“ (4). Um verbesserte Praxiskontakte zu gewährleisten, sollten „bewährte Lehrer“ in die Kommissionsarbeit integriert werden. (Vgl. Ebenda. Bl. 35.)

⁸⁹⁴ Vgl. die verschiedenen Kommissionen zur Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses, wie die Kommission „Kampf gegen Schund- und Schmutzliteratur“, „Patriotische Erziehung“, usw. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 75. – Protokoll über die Beratung am 14.6.1955.) Vgl. außerdem: Kommission für Fragen der Anschaulichkeit (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 220. Referat Intellektuelle Erziehung und Bildung. Persönlicher Arbeitsplan für das Jahr 1954.); des Weiteren: Kommission zur sittlichen Erziehung, Kommission für Pionierarbeit und Kommission für Basisschulen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr der wissenschaftlichen Mitarbeiter. 30.6.1955.); Besondere Bedeutung erlangte vermutlich die Pawlow-Kommission des DPZI, für welche die Sektion Psychologie verantwortlich war (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 171. Sektion Psychologie. Rahmenarbeitsplan für das Jahr 1955.).

⁸⁹⁵ Anm.: Anfang 1953 arbeiteten diese sehr wahrscheinlich *ausschließlich* auf dem Gebiet der Lehrplanerarbeitung („Kommissionen für methodische Fragen der Fächer“, Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 35.) – zum Beispiel die „Ständige Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 607. – Protokoll über die Sitzung der Ständigen Kommission für die Fragen des Deutschunterrichts beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut vom 19.2.1953.). Die Konstituierung der „Ständigen Kommission für alle Fragen des Deutschunterrichts“ wurde für Januar 1953 angesetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 384. – Aktennotiz. Betreff: Lehrplanarbeiten im Referat Deutsch und persönliche Angelegenheiten. 24.12.1952.)

⁸⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Statut der „Ständigen Kommissionen beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut“. 4.8.1954.

⁸⁹⁷ Anm.: Das „Büro zur Auswertung der Erfahrungen erfolgreicher Lehrer“ wurde aus dem neuen Statut 1954 *gegen* die Stimme von Direktor Dorst gestrichen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.)

2.3.2 Expansion und Stabilisierung 1954-56

Der 17.6.1953 hatte zwar einen gleichermaßen von der Kritik des Instituts wie auch dem Bekenntnis zum Staat getragenen Prozess in Gang gesetzt, der in letzter Konsequenz zu einer neuen Struktur 1954 führen sollte. Die bereits um ein Jahr verschleppte Umstrukturierung ließ aber auch noch 1954 lange auf sich warten. Erst nach der Wiederherstellung und Konsolidierung von Ulbrichts Vormachtstellung in der SED-Führung sowie der sich abzeichnenden Entwicklung der DDR zum souveränen Staat schien die politische Lage sicher genug, um die strukturellen Neuerungen umzusetzen.

2.3.2.1 Das neue Statut des DPZI 1954 im Kontext der gesellschaftspolitischen Ereignisse

Nach der gescheiterten Annäherung in der Deutschlandfrage auf der Außenministerkonferenz der Großmächte Anfang 1954, infolge derer die DDR weitere Souveränitätsrechte von der Sowjetunion bekam,⁸⁹⁹ steuerte der „Neue Kurs“ seinem Ende entgegen. Eine umfassende personelle Reinigung des gesamten Parteiapparates⁹⁰⁰ und die Bemühungen um die Konservierung von Grundstrukturen des stalinistischen Systems in der DDR auf dem IV. Parteitag der SED im Frühjahr 1954 leiteten den Strukturwandel in der DDR ein, den die Wahlen im Oktober 1954 fortführten.⁹⁰¹

Die im „Neuen Kurs“ vorgenommenen Änderungen in der Wirtschaftspolitik hinsichtlich der Schwerindustrie wurden revidiert, so dass diese ab 1955 wieder den Vorrang erhielt.⁹⁰²

Trotz der unter schwierigen Bedingungen gesteigerten Industrieproduktion waren am Ende des ersten Fünfjahrplanes die Planziele nicht erreicht worden. Der Lebensstandard der Bevölkerung stieg nicht wie von der „Führung versprochen“ an.⁹⁰³ Zumindest aber verbesserte sich 1954, vermutlich angestoßen durch den erklärten Verzicht der UdSSR auf Reparationszahlungen und die Einschränkung der Besatzungskosten, teilweise die Situation der DDR-Bevölkerung.⁹⁰⁴ In diesem Jahr sanken jedenfalls zwischenzeitlich die Flüchtlingszahlen.⁹⁰⁵

Im Vorfeld des IV. Parteitages arbeitete das Ministerium für Volksbildung im Auftrag des Ministerrats an einer Verordnung zur „Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der

⁸⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 36.

⁸⁹⁹ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 46/47.

⁹⁰⁰ Anm.: „Von den 1952 amtierenden Mitgliedern der SED-Bezirksleitungen schieden bis 1954 über 60 Prozent aus, von den 1. und 2. Kreissekretären sogar über 70 Prozent.“ (Vgl. Ebenda. S. 43.)

⁹⁰¹ Vgl. Ebenda. S. 43/44. Nach den „kaum noch geheimen“ Wahlen gehörten 20 der 28 Minister in der Regierung der DDR der SED an sowie neun der 13 Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates. „Fünf Regierungsmitglieder waren gleichzeitig im Politbüro der SED, 11 im ZK der Einheitspartei.“ Zu dieser Personalunion, d.h. „Verschmelzung von Parteifunktionen mit der Staatsführung“ kam die „Reglementierung der Verwaltung durch die SED-Grundorganisationen und Parteigruppen“ hinzu. (Vgl. Ebenda. S. 44.)

⁹⁰² Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 44.

⁹⁰³ Vgl. Ebenda. S. 45.

⁹⁰⁴ Vgl. Ebenda. S. 43.

⁹⁰⁵ Anm.: 1953 flüchteten über 331.000, 1954 ca. 184.000 und 1955 rund 252.000 Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. (Vgl. Ebenda.)

Volksbildung“⁹⁰⁶, die dann im März 1954 erlassen wurde⁹⁰⁷. Die Rohdisposition dieser Verordnung hatte das DPZI Ende 1953 diskutiert.⁹⁰⁸ Von besonderer Bedeutung für die Institutsentwicklung schien das darin angekündigte neue Statut zu sein, einschließlich der neuen Aufgabengebiete.⁹⁰⁹ Aber auch die Anordnung zur Gründung des Zentralinstituts für Lehrerweiterbildung zog die Aufmerksamkeit des DPZI auf sich, besonders im Zusammenhang mit der nun (endlich) greifbar nahen⁹¹⁰ Abkoppelung der Zweigstellen.⁹¹¹ Bei dieser Gelegenheit beabsichtigte das Zentralinstitut auch, das Fernstudium an die Pädagogischen Institute weiterzudelegieren, und zwar schon ab 1.1.1955. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Umwandlung der Zweigstellen in Weiterbildungsinstitute abgeschlossen sein, die zukünftig die „methodische Qualifizierung aller Lehrer und Erzieher“ zu übernehmen hätten.⁹¹²

Nach dem Erlass der Ministerratsverordnung vom 4.3.1954 gewann das DPZI aufgrund seines nunmehr administrativ gesicherten Status´ als zentrale „Forschungsstätte auf pädagogischen Gebiet“ ein Selbstbewusstsein, das zudem dazu ermutigte, erneut die Zusammenarbeit mit dem Ministerium zu kritisieren.⁹¹³ Dabei ging es wiederum um die Gefährdung wissenschaftlicher Arbeiten durch „irreale“ Terminstellung des MfV. Aber auch der Verlag Volk und Wissen wurde in diesem Zusammenhang nicht geschont. Er übe finanziellen und wirtschaftspolitischen Druck auf die Lehrplanarbeiten aus und bestimme in Terminfragen. Dadurch befände sich das Ministerium inzwischen gar im „Schlepptau des Verlages“. Dem Verlag warf das Institut vor, „seine Arbeit mit Hilfe der Mitarbeiter des DPZI“ zu leisten, wodurch die eigenen Aufgaben nicht mehr erledigt werden könnten und das Ansehen des Zentralinstituts Schaden nähme – und das, obwohl es sich aufgefordert fühlte, der pädagogischen Wissenschaft die bis dahin verweigerte Anerkennung in der akademischen Welt zu erkämpfen.⁹¹⁴ Außerdem fasste das Institut ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Autoren in der Lehrbucharbeitung sowie ein „Vetorecht“ vor der Bestätigung der Lehrbücher ins Auge.⁹¹⁵ Mit diesen Grundsätzen steuerte das DPZI 1954 die „Verhandlungen über das neue Statut, die neue Struktur“ und das

⁹⁰⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹⁰⁷ Anm.: Am 4.3.1954 erlassen als: „Verordnung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen“. (Vgl. Zur Verordnung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen vom 4. März 1954. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 5/1954. S. 321.)

⁹⁰⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹⁰⁹ Vgl. Ebenda.

⁹¹⁰ Anm.: Erwogen wurde die Abkoppelung der Zweigstellen bereits 1951. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].) Im Kontext mit den gesamtstrukturellen Neuplanungen des DPZI für 1953 griff das Institut diese Idee wieder auf. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung DPZI an MfV, Personalabteilung: Analyse zum Volkswirtschaftsplan 1953 – Arbeitskräfte und Lohn. 26.11.1952.) Siehe auch Punkt 2.2.2.

⁹¹¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹¹² Vgl. Ebenda.

⁹¹³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Leitungsbesprechung am 6.3.1954.

⁹¹⁴ Vgl. Ebenda.

⁹¹⁵ Vgl. Ebenda.

„Gehaltsgefüge“ an.⁹¹⁶ Noch vor der Sommerpause sollte der von Dorst zu überarbeitende Statut-Entwurf vom Kollegium im MfV beschlossen werden.⁹¹⁷

Bezüglich des geplanten Statuts rückten Fragen einer eigenen „vollwertigen“ Aspirantur am DPZI besonders in den Fokus.⁹¹⁸ Im Gegensatz zum Staatssekretariat für Hochschulwesen bestand das DPZI darauf, die Aufnahme nicht vom akademischen Abschluss (Hochschulabschluss), sondern von den Leistungen der Kandidaten abhängig zu machen.⁹¹⁹

Bezüglich der Weiterbildung von Institutsmitarbeitern, die im Interesse eines Prestigegewinns des DPZI verstärkt akademische Grade erwerben sollten⁹²⁰, stellte dies einen nicht unerheblichen Aspekt dar; vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass acht der zwölf zwischen Juni und September 1954 neu eingestellten wissenschaftlichen Fachkräfte lediglich über den allgemeinbildenden Schulabschluss, zwei über einen Fachschulabschluss und lediglich zwei über den vom Staatssekretariat für die Aspirantur geforderten Hochschulabschluss verfügten⁹²¹.

Dementsprechend sollte die Aspirantur am DPZI⁹²² also nicht nur in ihrer Ausrichtung auf pädagogische wissenschaftliche Kader einen besonderen Charakter tragen, sondern auch in ihren Aufnahmebedingungen.⁹²³ Vom Status her rangierte sie jedoch gleichauf zur Aspirantur an den Universitäten.⁹²⁴ Das Habilitationsrecht kam daher zunächst nicht Frage⁹²⁵, das angestrebte

⁹¹⁶ Vgl. Ebenda.

⁹¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954. Der vorgeschlagene Termin zur Beschlussfassung war der 19.5.1954.

⁹¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹¹⁹ Vgl. Ebenda.

⁹²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Leitungsbesprechung am 6.3.1954.

⁹²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Fluktuationsstatistik DPZI. Berichtsperiode vom 15.6. bis 15.9.1954. 15.9.1954. Die Erfassungsgruppen sind hier aufgegliedert nach: „Leiter der Dienststelle“, „Sonstige leitende Angestellte“, „Übrige Verwaltungsangestellte“, „Wissenschaftliches Fachpersonal“ und „Technisches Fachpersonal“. Üblicherweise waren im Bereich „Wissenschaftliches Fachpersonal“ die wissenschaftlichen Sachbearbeiter inbegriffen.

⁹²² Anm.: Im Ausbildungsjahr 1954/1955 beinhaltete die Aspirantur: Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Konsultationen) in den Fachdisziplinen Geschichte der Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Russische Sprache, Gesellschaftswissenschaften und Systematische Pädagogik; außerdem Prüfungen, Teilnahme an „zentralen Aspiranten-Tagungen“ bzw. „Aspirantenseminaren“ und „Lektionen durch die Aspiranten im Rahmen der Lehreraus- und -weiterbildung“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für das Jahre 1955.) Sie diente der Bildung von Kadern für die wissenschaftliche Arbeit in Lehre und Forschung und sollte in der Regel mit der Promotion A bzw. B (Habilitation, N.Z.) abschließen. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 31.) Zum Zeitpunkt der Einrichtung der Aspirantur am DPZI stand die diesbezügliche Arbeit noch am Anfang. Es wurden erste Erfahrungen mit der Aspirantur gesammelt, die Ausbildung ausgewertet und überdacht und Verbesserungsvorschläge gemacht; z.B., dass die Aspiranten, die vormals „bewährte Grund- bzw. Oberschullehrer“ waren, zunächst ein Assistenzjahr im DPZI absolvieren sollten, da sie meist vor dem Eintritt in die Aspirantur keinen Kontakt mit wissenschaftlicher Arbeit gehabt hätten und deshalb mit großen Schwierigkeiten kämpfen würden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Entwurf an die Stellenplanverwaltung beim Ministerium für Finanzen. Betreff Erweiterung des Stellenplanes des DPZI um sechs wissenschaftliche Planstellen für wissenschaftliche Assistenten. 19.10.1956.)

⁹²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹²⁴ Anm.: „Beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut wird ... die wissenschaftliche Aspirantur auf der Grundlage der Verordnung vom 15. November 1951 über die wissenschaftliche Aspirantur an den

Promotionsrecht erhielt das DPZI auch erst 1963⁹²⁶. In die Aspirantur aufgenommen werden sollten Lehrer, Erzieher und Pionierleiter mit dem Ziel, sie zu „qualifizierten Hochschullehrern und Forschern“ zu entwickeln.⁹²⁷ Die wissenschaftliche Aspirantur stellte einen Meilenstein im Bemühen des DPZI um den Rang als wissenschaftliches Forschungsinstitut dar. Damit konnte es nun in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit den Universitäten gleichziehen. Die Aufgaben, die der Prorektor an den Universitäten bezüglich der Aspirantenausbildung wahrnahm, übertrug das Institut dem stellvertretenden Direktor⁹²⁸ – eine Funktion, die eigens für die Aspirantur geschaffen wurde.⁹²⁹ Außerdem zielte diese Regelung auf die Entlastung des Direktors von weiteren Obliegenheiten.⁹³⁰

Die Einrichtung der Aspirantur gehörte zu einer der langjährigen Anstrengungen des Instituts im Kontext seiner Bestrebungen, sich zu einem Forschungsinstitut zu profilieren. Bereits ab 1951 hatte das Institut den Wunsch geäußert, stärker an der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses beteiligt zu werden.⁹³¹ Nach den Julibeschlüssen 1952 manifestierte sich diese Idee in deutlichen Forderungen.⁹³² Es sollten aber noch zwei Jahre bis zu ihrer tatsächlichen Realisierung vergehen.

Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 1091) sowie der zu dieser Verordnung ergangenen Durchführungsbestimmungen eingerichtet.“ (Statut des DPZI. 1954. S. 538.)

⁹²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.

⁹²⁶ Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 82.

⁹²⁷ Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 538.

⁹²⁸ Vgl. Ebenda.

⁹²⁹ Anm.: In Erwartung der Aspirantenausbildung wurde unter „Stellvertreter des Direktors“ bemerkt: „Einrichtung der wissenschaftlichen Aspirantur erfordert die Schaffung dieser Planstelle.“ Zu diesem Zeitpunkt (Mai 1953) war diese Stelle noch unbesetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

⁹³⁰ Anm.: Schon im Mai war vorgesehen, dass der stellvertretende Direktor nicht nur als Prorektor für die wissenschaftliche Aspirantur zu fungieren hat, sondern auch noch die Vertretung des Direktors in Abwesenheit in allen Angelegenheiten und die inhaltlich-wissenschaftliche Anleitung der Hauptabteilung Pädagogik des volkseigenen Verlages Volk und Wissen sowie die Erteilung von Druckgenehmigungen übernehmen sollte. (Vgl. Ebenda.) Im Statut von 1954 hatte er neben der Aspirantenausbildung gleichfalls die Unterstützung des Direktors bei der Leitung des Instituts zu verantworten und zusätzlich selbst auf dem Gebiet der pädagogischen Forschung zu arbeiten. (Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 536.)

⁹³¹ Anm.: „Es wird deshalb vorgeschlagen, die wissenschaftliche Aspirantur für den pädagogischen Nachwuchs enger mit dem DPZI zu verbinden und ... dem Institut eine führende Rolle bei der Anleitung des wissenschaftlichen Nachwuchses einzuräumen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951]. Bl. 135.)

⁹³² Anm.: Nach den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED und dem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 29.7.1952 legte das DPZI im Zuge der Überprüfung des gesamtinstitutionellen Arbeitsplanes die Einrichtung einer Aspirantur fest. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Schreiben Dorst an den Minister für Volksbildung, Frau Prof. Zaisser. Betreff Überprüfung des Arbeitsplanes des DPZI. 9.9.1952.) Verhandlungen dazu wurden mit der später, im Herbst 1953, abgesetzten Volksbildungsministerin Zaisser und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen geführt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.) Wie auch im Fall der neuen Sektionsstruktur ging das Institut davon aus, dass die Aspirantur am DPZI ab 1.1.1953 beginnen würde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des DPZI für das IV. Quartal 1952. 31.12.1952.)

Ebenfalls 1954 erfolgte vor dem Hintergrund der Neuregelung zur Vergütung der Kreis- und Bezirksräte als pädagogische Kräfte⁹³³ die angestrebte Umstellung des Lohngefüges vom Verwaltungstarif in den Hochschultarif⁹³⁴.

Und schließlich legte die Institutsleitung Wert darauf, die Bedeutung des „Wissenschaftlichen Rates“ zu stärken.⁹³⁵ Diese Maßnahme schien wichtig, um auf dem Entwicklungsweg zur führenden „Forschungsstätte auf pädagogischem Gebiet“ voranzukommen.⁹³⁶ Dorst beabsichtigte, ihn „zur Führung der Arbeit“ in die neue Direktion zu integrieren. Bezüglich der personellen Besetzung hatte jedoch, wie auch schon bei der Berufung der Mitglieder in den Pädagogischen Beirat – aus dem der Wissenschaftliche Rat hervorgegangen war – das Ministerium für Volksbildung das letzte Wort.⁹³⁷ Die Vorsitzfunktion behielt der Direktor des DPZI.⁹³⁸ Da der Wissenschaftliche Rat im Gegensatz zum Pädagogischen Beirat nicht nur „beratende Funktion“ innerhalb des DPZI ausüben, sondern die pädagogische Wissenschaft in der DDR führen sollte,⁹³⁹ erachtete es das Ministerium für besonders wichtig, die Kompetenzen des Rates vor dessen Konstituierung genau abzuklären⁹⁴⁰. In den Verhandlungen zum neuen Statut des DPZI wurde dementsprechend betont, dass der Rat vom Minister zu berufen sei.⁹⁴¹ Der Vorschlag Dorsts, den Wissenschaftlichen Rat monatlich zusammen treten zu lassen⁹⁴², mündete im Statut in die Verpflichtung auf einen vierteljährlichen Beratungsturnus⁹⁴³.

Die während der Verhandlungen zum Statut des DPZI zu Tage getretenen Spannungen in der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Institut setzten sich auch in der Folge fort – diesmal in Form von Kritik des MfV am DPZI. Anlässlich der Fünfjahrfeier des DPZI räumte der Volksbildungsminister zwar ein, dass die Aufgabenstellung des MfV ans Institut unklar gewesen

⁹³³ Anm.: „Bis zum 1.4.1954 ist eine Neuregelung der Vergütung der pädagogischen Kräfte in den Abteilungen Volksbildung der Räte der Bezirke und Kreise, auf der Grundlage der Verordnung über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte und Pionierleiter an allgemeinbildenden Schulen sowie Lehrkräfte für die Lehrer- und Erzieherausbildung vom 19.12.1952 (GBl. S. 1359.), durchzuführen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsweise und -bedingungen der Volksbildungsorgane. Ohne Datum [Ende 1953/Anfang 1954].)

⁹³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954. Der Stellenplan ist nach Sektionen aufgegliedert, die erst ab September 1954 bestanden.

⁹³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹³⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Leitungsbesprechung am 6.3.1954.

⁹³⁷ Anm.: In den betreffenden Bestimmungen heißt es: „Die Mitglieder des Pädagogischen Beirats werden nach Vorschlag des Direktors des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts vom Minister für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik berufen.“ und: Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats werden „vom Direktor aus dem Kreis der Leiter der Sektionen, größeren Sektionsabteilungen, hervorragender pädagogischer Wissenschaftler sowie der verdienten Lehrer des Volkes und anderer bewährter Lehrer und Erzieher mit Zustimmung des Ministeriums für Volksbildung ... berufen“. (Vergleich: Statut des DPZI. 1950. S. 155. und Statut des DPZI. 1954. S. 537.)

⁹³⁸ Vgl. Ebenda.

⁹³⁹ Vgl. Ebenda.

⁹⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.

⁹⁴¹ Vgl. Ebenda.

⁹⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Außerordentliche Abteilungs- und Zweigstellenleitersitzung am 19.12.53. Betreff: Vorlage für den Ministerrat zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung bis zum 10.1.1954.

⁹⁴³ Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 537.

sei.⁹⁴⁴ Zugleich betonte er aber, dass das DPZI die Schuld für Mängel der eigenen Arbeit schnell bei anderen suche.⁹⁴⁵ Rückblickend listete Laabs sodann Fehler des Instituts auf, an deren Verursachung die mangelnde Unterstützung des Ministeriums allerdings nicht unerheblich beteiligt war. So beanstandete Laabs die Kaderarbeit als „ungenügend“.⁹⁴⁶ Im Besonderen wäre es nicht gelungen, „planvoll“ einen Kadernachwuchs zu schaffen. Unerwähnt ließ er dabei jedoch die zunächst vergeblichen Bemühungen des DPZI um eine eigene Aspirantur seit 1951.⁹⁴⁷ Auch mit dem Vorwurf von unzureichend ausgewerteten „pädagogischen Erfahrungen unserer besten Lehrer“⁹⁴⁸ ignorierte er den Umstand, dass eine strukturelle Veränderung durch die Schaffung eines entsprechenden „Büros“ gegen die Stimme von Dorst in den Beratungen zum neuen Statut abgelehnt worden war⁹⁴⁹. Weiterhin kritisierte Laabs die Arbeitsplanung des DPZI als „unzulänglich“⁹⁵⁰, obwohl sich das Institut nach dem Arbeitsplan des Ministeriums zu richten hatte, der Plan des DPZI vom MfV bestätigt werden musste und ministerielle Eingriffe in Form kurzfristiger Aufgabenerteilung die Tätigkeit des Instituts wiederholt gestört hatten⁹⁵¹. Ferner beanstandete Laabs, dass sich die Arbeitsplanung „nicht genügend nach den praktischen Bedürfnissen der Schule“ gerichtet habe und überdies zu kurzfristig erfolgt wäre.⁹⁵² In diesem Sinne beklagte der Minister auch in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung Defizite, obgleich das Institut diese gar nicht hatte eigenmächtig festlegen können. Als Beispiele für Versäumnisse in der Planung führte er die Heimerziehung, die Psychologie, die Pionierarbeit, die „Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern“, die „gesamtdeutsche Arbeit“ und das Sonderschulwesen an.⁹⁵³ Referate für Heimerziehung (seit 1950)⁹⁵⁴, Psychologie (seit 1950)⁹⁵⁵, Pionierarbeit (seit 1951)⁹⁵⁶, sowie Schule und Elternhaus“ bzw. Familienerziehung (seit 1951)⁹⁵⁷

⁹⁴⁴ Vgl. Laabs, Hans-Joachim: Fünf Jahre Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 9/1954. S. 617-629. S. 625.

⁹⁴⁵ Vgl. Ebenda. S. 627.

⁹⁴⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 626.

⁹⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951]. Bl. 135. Zu den Verhandlungen über die Einrichtung der Aspirantur: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952. (Siehe auch oben.)

⁹⁴⁸ Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 626.

⁹⁴⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.

⁹⁵⁰ Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 626.

⁹⁵¹ Vgl. Punkt 2.3.1.4.

⁹⁵² Hier und im Folgenden: Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 626.

⁹⁵³ Vgl. Ebenda. S. 626/627.

⁹⁵⁴ Anm.: Das Referat arbeitete ab 1.8.1950. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 46. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Rahmenarbeitsplan des Referats Heimerziehung für das Jahr 1951. 13.12.1950.)

⁹⁵⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 123-125. Arbeitsplan für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. 26.7.1950. Bl. 123.

⁹⁵⁶ Anm.: Forschungsarbeit und Pionierleiterausbildung war in den Arbeitsplan 1950 eingebettet. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.) Im Referat Schule und Jugendorganisation wurden ab September 1951 die FDJ- und Pionierfragen bearbeitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 167. – Theoretische Abteilung/Referat Schule und Jugendorganisation. Derselbe Mitarbeiter wurde ab September 1951 als Oberreferent für Pionierfragen eingestellt. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.)

⁹⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 461-464. Abteilung I/Referat Schule und Elternhaus: Arbeitsplan für II. Halbjahr 1951. Ausschlaggebend für die Beantragung einer Hauptreferentenstelle für das Referat Schule und Elternhaus war die „Durchführungsverordnung `Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau´, § 27 vom 31.1.1951 (Gesetzesblatt 51/118, § 4/5/6)“, die

stellten aber seit Jahren Bestandteile des Instituts dar, ebenso wie der Bereich „gesamtdeutsche Pädagogik“ und das Sonderschulwesen.

Die west- bzw. gesamtdeutsche Pädagogik⁹⁵⁸ sollte ursprünglich nur als kleines Aufgabengebiet im Rahmen der „Beobachtung und Bekämpfung der reaktionären pädagogischen Theorie des Westens“ in der theoretisch-methodischen Abteilung vom Hauptreferenten für pädagogische Theorie bearbeitet werden.⁹⁵⁹ Auch später war dieser Komplex strukturell als eigenständiges Referat in der theoretischen Abteilung verblieben⁹⁶⁰, wenngleich es personell zwischenzeitlich unbesetzt war⁹⁶¹.

Im Zuge der nach 1953⁹⁶² aufkommenden „Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche Bildungsreform“ und die Wiedervereinigung Deutschlands, versachlichte sich zwischenzeitlich die „Auseinandersetzung mit der westdeutschen Schule und Pädagogik“.⁹⁶³ Dessen ungeachtet richteten sich die gesamtdeutschen Kontakte gegen die weitere Westintegration der Bundesrepublik.⁹⁶⁴ In diesem Sinne war das Institut beauftragt worden, eine „Diskussion zur Widerlegung und Zerschlagung reaktionärer pädagogischer Theorien in Westdeutschland“ einzuleiten.⁹⁶⁵ Das Material hierzu hatte das neu gegründete Büro für gesamtdeutsche Fragen aus den „Untersuchungen über die Entwicklung der Pädagogik und des Schulwesens in Westdeutschland“ zu generieren.⁹⁶⁶ Ähnliche Aufgaben hatten jedoch auch schon die Arbeitspläne von 1951/52 vorgesehen.⁹⁶⁷

dem DPZI „Aufgaben für die Ausarbeitung von Lehrplänen für die Elternseminare“ stellte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Schreiben des Direktors an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Betreff Antrag auf Bewilligung zusätzlicher Planstellen zum genehmigten Stellenplan des DPZI Berlin und seiner Zweigstellen. 27.11.1951.)

⁹⁵⁸ Anm.: Im Stellenplänenwurf von 1952 war zunächst eine Stelle für „Probleme der Pädagogik und Schule in Gesamtdeutschland“ vorgesehen, die aber auf „Probleme der Pädagogik und Schule in Westdeutschland“ abgeändert worden ist. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 116-122. Stellenplänenwurf für 1952.) Im Arbeitsplan taucht dieser Bereich als Referat für Gesamtdeutschland auf. (Vgl. Ebenda. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.)

⁹⁵⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Minimalplan. Stellenplan für 1949. II. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. (Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.)

⁹⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951. Hier ist ab 1.9.1951 ein Hauptreferent für Pädagogik in Gesamtdeutschland belegt. Außerdem: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 116-122. Stellenplänenwurf für 1952. und Vgl. Ebenda. – Bl. 124. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1952.

⁹⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.

⁹⁶² Anm.: Nach dem Tod Stalins kam die Idee vom eigenen nationalen Weg zum Sozialismus wieder auf. „Unter diesen Bedingungen gewann auch die bildungspolitische und erziehungswissenschaftliche Diskussion in der DDR eine neue Dynamik.“ Reformpädagogische Ansichten konnten wieder diskutiert werden und die „Beziehung zur deutschen Schulgeschichte und Pädagogik“ in der DDR verbesserte sich. (Vgl. Geißler: Zäsuren. S. 50.)

⁹⁶³ Vgl. Ebenda.

⁹⁶⁴ Vgl. Ebenda.

⁹⁶⁵ Vgl. Aufgaben der Sektion Geschichte der Pädagogik in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954.

⁹⁶⁶ Vgl. Ebenda.

⁹⁶⁷ Anm.: „Unterstützung der westdeutschen Lehrer in ihrem Kampf um die Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes auf dem Gebiete der Schulpolitik und der Erziehung. Veröffentlichung von Berichten über die Lage der Schule und der Pädagogik in Westdeutschland.“ (BBF/DIPF/Archiv,

Laabs' Kritik am DPZI hatte im Hinblick auf den Bereich Sonderschulpädagogik eine deutlich größere Berechtigung. Im Strukturplan von 1949 noch vorgesehen⁹⁶⁸, war dieses Fachgebiet schnell in Vergessenheit geraten⁹⁶⁹.

Vor und in der Gründungszeit des Instituts hatten die Bestrebungen der DDR im Sonderschulwesen vor allem auf die Abgrenzung von der Behindertenpolitik des Nationalsozialismus abgezielt.⁹⁷⁰ Später dienten sie der DDR in der „ideologischen Offensive“ zur Distanzierung von „nicht-sozialistischen Ländern“.⁹⁷¹

Im ersten Fünfjahresplan (1951-1955) bezogen sich sodann die Perspektiven des Sonderschulwesens hauptsächlich auf die „Entwicklung von Zentralhilfsschulen in ländlichen Gebieten, selbständige Schulen für Schwerhörige und Sprachgestörte, die Ausdifferenzierung der Blindenschulen zu Blinden- und Sehschwachenschulen sowie die erstmalige Einrichtung von Schulen für Körperbehinderte“.⁹⁷² Um die Erforschung des Sonderschulwesens zu unterstützen, besonders hinsichtlich der Anwendungsmöglichkeiten der Pawlowschen Lehre, der Kollektiverziehung sowie der ideologischen und ästhetischen Erziehung und der

Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952.) Außerdem lag im Tätigkeitsbereich des Referats Pädagogik in Gesamtdeutschland unter anderem die „Sichtung des gesamten westdeutschen Materials (Bücher, Zeitschriften, Verordnungsblätter u.a.)“ und die „Lenkung der Korrespondenz mit westdeutschen Instituten, Schulen, Lehrern und Redaktionen bzw. Verlagen.“ (Vgl. Ebenda. – Bl. 403. Theoretische Abteilung/Referat Pädagogik in Gesamtdeutschland. Tätigkeitsbereich. 11.12.1951.)

⁹⁶⁸ Anm.: Der Bereich Sonderschulen, d.h. „Pädagogik und Psychologie der defektiven Kinder“, gehörte der methodischen Fachabteilung in der theoretisch-methodischen Abteilung des DPZI an. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. [Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.]

⁹⁶⁹ Anm.: Im Arbeitsplan für 1950 ist kein Hinweis auf eine Tätigkeit des DPZI in diesem Bereich zu finden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6429. – Bl. 1/2. Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1950. 8.2.1950.) Ebenso ist kein Referat für Sonderschulen im Stellenplan für 1951 aufgeführt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951.), auch nicht 1952 (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952.) oder 1953 (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953.)

⁹⁷⁰ Vgl. Ellger-Rüttgardt, Sieglind: Das Sonderschulwesen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 233-254. S. 234. Bereits das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ von 1946 enthielt einen Hinweis auf das Sonderschulwesen. (Baske, S./Engelbert, M. [Hg.]: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. 2. Bde. Band I. Berlin 1966. S. 26. In: Vgl. Ebenda.) 1947 wurde in der DVV ein Referat für Sonderschulen in der Schulabteilung eingerichtet. (Becker, K.-P. u.a.: Rehabilitationspädagogik. Berlin 1984. S. 60. In: Vgl. Ebenda.)

⁹⁷¹ Anm.: „Die Entwicklung des Sonderschulwesens in der deutschen Demokratischen Republik wird ... nur dann richtig verstanden werden können, wenn der grundlegende qualitative Unterschied erkannt wird, der zwischen dem Sonderschulwesen in einem kapitalistischen Staat und dem in einem Staate der Arbeiter und Bauern besteht.“ (Winde, K./Becker, K.-P./Hammer, L. [Hg.]: Organisation des Sonderschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Beiträge zu Theorie und Praxis der Sonderschulpädagogik. Berlin 1955. Zitiert nach: Ellger-Rüttgardt: Das Sonderschulwesen. S. 238/239.)

⁹⁷² Vgl. Ellger-Rüttgardt: Das Sonderschulwesen. S. 238.

Sprachentwicklung,⁹⁷³ erließ das Ministerium schließlich am 9.9.1954 die vierte Durchführungsbestimmung zur „Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen“.⁹⁷⁴ Darin verfügte das MfV, dass am DPZI eine Sektion Defektologie „zu gründen und mit qualifizierten Fachkräften der Sonderschulpädagogik zu besetzen“ sei.⁹⁷⁵ Die seit 1.9.1954 existierende Sektion Defektologie (V) sollte im Januar 1955 mit einer (!) Mitarbeiterin besetzt werden – der „Verdienten Lehrerin des Volkes“ Käthe Winde.⁹⁷⁶ Eigenen Angaben nach hatte sie in den folgenden Jahren, neben ihrer Funktion als „Abgeordneter der Volksvertretung Groß-Berlin“ und ihren Aufgaben als Sektionsleiterin, allein⁹⁷⁷ die Probleme in Forschung und Lehre von „Kindergärten, Grundschulen, Oberschulen, Berufsschulen, Internaten und sonstigen außerschulischen Einrichtungen“ zu bearbeiten.⁹⁷⁸ Dabei wären über die Didaktik und Methodik der Unterrichtsfächer hinaus auch „therapeutische Maßnahmen und solche zum Ersatz und Ausgleich der Defekte“ zu erforschen und in Schulen zu erproben gewesen. Alle diese Pflichten seien einzeln für sieben Sonderschularten wahrzunehmen: den Gehörlosenschulen, Schwerhörigenschulen, Sprachheilschulen, Hilfsschulen, Blindenschulen, Sehschwachenschulen und Schulen für Körperbehinderte.⁹⁷⁹ In einer Sektions- und Sektionsabteilungsleiterkonferenz des DPZI zum Bericht über den Arbeitsplan 1956 sprach die Sektionsleiterin diese Überbelastung an und verdeutlichte, dass die „experimentelle Forschungsarbeit in den Sonderschulen“ mangelhaft sei.⁹⁸⁰ Angesichts der Masse der Aufgaben verwundern die anschließend geäußerten Zweifel an der Qualität der in der Sektion Defektologie geleisteten Arbeit nicht.⁹⁸¹ Auf dieses Thema ging die Konferenz aber nicht näher ein.⁹⁸² Dorst verschob es auf die nächste Sektionsleiterkonferenz, um sich bis dahin ein genaueres Bild von der Arbeit der Sektion V zu machen.⁹⁸³

Vor dem Hintergrund solcher Verhältnisse wird klar, wie wenig Aufmerksamkeit auch nach 1954 der Sonderschulpädagogik gewidmet wurde – im DPZI und in der Pädagogik der DDR insgesamt.⁹⁸⁴ Diese pädagogische Teildisziplin war ökonomisch weithin bedeutungslos und

⁹⁷³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Allgemeine Probleme der Erziehung und Bildung. Letzte Fassung 13.5.1955 (handschriftlich vermerkt, N.Z.).

⁹⁷⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Brief Dorst an die Regierung der DDR/Staatliche Stellenplankommission. Betreff Antrag auf Genehmigung einer Planstelle für die zu gründende Sektion „Defektologie“ beim DPZI. 5.1.1955.

⁹⁷⁵ Vgl. Ebenda.

⁹⁷⁶ Vgl. Ebenda. Käthe Winde (1899 geb.), 1916-18 Lehrerinnenseminar, 1923/24 Diesterweg-Hochschule, Sonderschullehrerin, ab 15.1.1955 im DPZI in der Sektion Defektologie tätig. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

⁹⁷⁷ Anm.: „Die Sektion Defektologie hat bisher nur einen wissenschaftlichen Mitarbeiter.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Sektion Defektologie, Sektionsleiterin Winde an die Kaderabteilung. Betreff Mitarbeiter für die Sektion Defektologie. 17.11.1956.)

⁹⁷⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

⁹⁷⁹ Vgl. Ebenda.

⁹⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

⁹⁸¹ Vgl. Ebenda.

⁹⁸² Vgl. Ebenda.

⁹⁸³ Vgl. Ebenda. Vorrangig waren hier die Probleme in der Sektion Psychologie, die geplante Gründung der polytechnischen Abteilung und die schnelle Veröffentlichung von vorliegenden praktischen Untersuchungsarbeiten in den einzelnen Sektionen.

⁹⁸⁴ Vgl. Ellger-Rüttgardt: Das Sonderschulwesen. S. 237. Ellger-Rüttgardt macht dies am deutsch-sowjetischen Gemeinschaftswerk „Pädagogik“ von 1978 fest. (Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR: Pädagogik. Berlin 1978. S. 108 und 422. In: Vgl. Ebenda.)

vergleichsweise von „begrenztem quantitativen Gewicht“ als die allgemeine Schule, lässt somit aber auch mehr Möglichkeiten zur selbst bestimmten wissenschaftlichen Arbeit vermuten.⁹⁸⁵

Neben der kurzfristig verfügbaren Einrichtung⁹⁸⁶ der Sektion Defektologie (V) genehmigte Laabs im Strukturplan zum Statut im Herbst 1954 die Sektionen „Geschichte der Pädagogik und Volksbildung“ (II) und „Pädagogische Psychologie“ (III).⁹⁸⁷

Die für die Sektion I (Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts) festgelegten Abteilungen schienen geeignet, institutseigene Interessen zu bedienen. Die ursprünglich als Sektion „vorgeschlagene“⁹⁸⁸ Abteilung für Schulrecht, Schulverwaltung und Schulorganisation wurde wie die Sektion Defektologie mit nur einem Mitarbeiter ausgestattet; ebenso die Abteilung für Berufs-, Fach- und Hochschulbildung, die einen Mitarbeiter für Berufsschulen vorsah.⁹⁸⁹ Am flexibelsten erwies sich die Sektionsabteilung 1 – Bestandteile des Erziehungs- und Bildungsprozesses. Hier brachte das DPZI Personal für Intellektuelle Erziehung, Sittliche Erziehung, Körpererziehung und Schulhygiene sowie die Polytechnische Erziehung unter.⁹⁹⁰ In Sektionsabteilung 3 – „Schule und Jugendorganisation“ fand der Fachbereich Familienerziehung Platz.⁹⁹¹

Das Fernstudium, vom DPZI zunächst als Sektion V vorgesehen,⁹⁹² aber aus dem ministeriell bestätigten Strukturplan völlig verschwunden⁹⁹³, verteilte seine Arbeitskräfte kurzerhand auf die

⁹⁸⁵ Vgl. Ellger-Rüttgardt: Das Sonderschulwesen. S. 237.

⁹⁸⁶ Anm.: „Die vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen – Bestimmung über das Sonderschulwesen – vom 9. September 1954 ..., erlassen vom Ministerium für Volksbildung, sieht im § 16, Absatz 1, vor, dass beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut mit Wirkung vom 1. September 1954 eine Sektion `Defektologie` zu gründen“ ist. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Brief Dorst an die Regierung der DDR/Staatliche Stellenplankommission. Betreff Antrag auf Genehmigung einer Planstelle für die zu gründende Sektion „Defektologie“ beim DPZI. 5.1.1955.) Von Seiten des Instituts wurde diese Sektion nicht zur Sprache gebracht. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Begründung zur Verordnung zur Änderung des Statuts des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Ende 1952]. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.)

⁹⁸⁷ Anm.: Der genehmigte Strukturplan des DPZI sah vor: 1. Leitung; 2. Wissenschaftlicher Rat; 3. Wissenschaftliche Sektionen: *Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts* (mit den fünf Sektionsabteilungen: Bestandteile des Erziehungs- und Bildungsprozesses; Vorschulerziehung; Schule und Jugendorganisation; Schulrecht, Schulverwaltung und Schulorganisation; Berufs-, Fach- und Hochschulbildung), *Sektion Geschichte der Pädagogik und Volksbildung*, *Sektion Pädagogische Psychologie*, *Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer* (mit den sechs Sektionsabteilungen: Sprache und Literatur; Mathematik und Naturwissenschaften; Geschichte und Geographie; Kunst und Musik; Körpererziehung; Landschulfragen), *Sektion Defektologie* und *Sektion Sorbische Schulen*; 4. Büros für zentrale Aufgaben (Publikationen; Gesamtdeutsche Fragen; Auslandspädagogik; Dokumentationen von wissenschaftlichen Veröffentlichungen nach den Richtlinien des Zentralinstituts für wissenschaftliche Literatur); 5. Archiv und Bibliothek; 6. Kaderabteilung; 7. Abteilung Verwaltung und Haushalt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Schreiben von Minister Laabs an Direktor Dorst. Betreff Strukturplan. 4.11.1954.)

⁹⁸⁸ Anm.: Bemerkung zum Punkt 3 der Tagesordnung „Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ nach Direktor Dorsts Begründung der Vorlage: „Es fehlt eine Sektion über wissenschaftliche Fragen der Schulverwaltung, der Anleitung der Volksbildungsorgane, der staatlichen Verwaltung und des Schulrechts.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.)

⁹⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.

⁹⁹⁰ Vgl. Ebenda.

⁹⁹¹ Vgl. Ebenda.

⁹⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Aufgliederung des Gesamtstellenplans nach der neuen Struktur. Ohne Datum [1954].

verschiedenen Abteilungen der methodischen Sektion⁹⁹⁴. Außerdem waren unter den „Technischen Mitarbeitern“ immerhin acht wissenschaftliche Stenotypistinnen und zwei Korrektoren für das Fernstudium bestimmt.⁹⁹⁵ Für die Koordinierung der verstreuten Fernstudium-Mitarbeiter zeichnete der wissenschaftliche Sekretär in der Direktion verantwortlich.⁹⁹⁶ Spätestens ab 1955 existierte dann aber de facto wieder eine eigenständige Abteilung Fernstudium im DPZI.⁹⁹⁷ Im Übrigen blieb die Struktur 1955 weitgehend stabil.⁹⁹⁸ Die Besetzung der Sektionen Geschichte der Erziehung und Psychologie fiel in Relation zu der Tatsache, dass es sich dabei um lang gehegte Institutswünsche handelte, eher mager aus. Diesen *Sektionen* gestand das DPZI zwei (Geschichte der Erziehung) und drei (Psychologie) wissenschaftliche Mitarbeiter zu, einschließlich der eingeplanten Sektionsleiter⁹⁹⁹ – ein Zustand, den zumindest Gerda Mundorf¹⁰⁰⁰, die Sektionsleiterin der Geschichte der Erziehung, zwei Jahre später als untragbar beklagte¹⁰⁰¹.

Laabs bezeichnete anlässlich des fünfjährigen Bestehen des Instituts das neue Statut als geeignetes Arbeitsmittel, mit dem das DPZI seine Tätigkeit auf die pädagogische Forschung konzentrieren könne.¹⁰⁰² Er versäumte es dabei jedoch nicht, zugleich die sich nach dem

⁹⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018. – Schreiben von Minister Laabs an Direktor Dorst. Betreff Strukturplan. 4.11.1954.

⁹⁹⁴ Anm.: Zwei Mitarbeiter waren für die Fernstudienbriefe im Bereich Deutsch Literatur und Grammatik zuständig sowie jeweils einer für Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte und Geographie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.)

⁹⁹⁵ Vgl. Ebenda. 16 wissenschaftliche Stenotypistinnen wurden insgesamt für die übrigen wissenschaftlichen Sektionen und Büros eingeplant.

⁹⁹⁶ Vgl. Ebenda.

⁹⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – MfV/Hauptabteilung Lehrerbildung/Abteilung Methodik: Aktennotiz. Betreff „Besprechung über die Einbeziehung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums in das Fernstudium für Mittelstufenlehrer beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut“. 18.2.1955. (Unter den Teilnehmern sind hier zwei Mitarbeiter der Abteilung Fernstudium des DPZI aufgeführt.)

⁹⁹⁸ Anm.: Die Büros für Publikationen, Gesamtdeutsche Fragen und Dokumentationen bestanden fort; ebenso *Sektion I* (Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts) mit den „Bestandteilen des Erziehungs- und Bildungsprozesses“ (Intellektuelle Erziehung, Sittliche Erziehung, Körperliche Erziehung, Polytechnische Bildung) sowie mit den Bereichen Familienerziehung, Schule und Jugendorganisation; Vorschulerziehung und Berufsbildung; weiterhin *Sektion II* (Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung); *Sektion III* (Psychologie); *Sektion IV* (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer) mit den Bereichen: Sprache und Literatur; Mathematik und Naturwissenschaften; Geschichte, Gegenwartskunde und Geographie; Kunsterziehung und Musikerziehung; Landschulen; *Sektion VI* (Sorbische Schulen) mit den Bereichen: Sorbische Sprache und Literatur, Deutsche Sprache und Literatur; Vorschulerziehung; Russische Sprache; Weniggegliederte Grundschulen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.) Dazu kam die 1954 gegründete *Sektion V* für Defektologie, die nun besetzt worden ist. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

⁹⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1954.

¹⁰⁰⁰ Anm.: Gerda Mundorf (1913 geb.), Neulehrerin; nach einem Fachstudium Psychologie und dem Staatsexamen in Pädagogik, seit 1951 im DPZI, zunächst in der Zweigstelle Dresden, dann in der Zentrale tätig. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

¹⁰⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Brief von Mundorf an die Kaderabteilung. Hausmitteilung. Betreff: Die per 1.9.1957 angeforderte Planstelle eines wissenschaftlichen Assistenten. 7.11.1956.

¹⁰⁰² Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 628.

17.6.1953 nachhaltig durchsetzende¹⁰⁰³ gebrauchspädagogische Funktion der pädagogischen Forschungsarbeit zu zementieren.¹⁰⁰⁴

2.3.2.2 *Institutsbetrieb nach dem „Neuen Kurs“ – 1954 bis 1956*

2.3.2.2.1 *Diskussionen zur Zehnklassenschule und um die Patriotische Erziehung*

Mit dem Ende des „Neuen Kurses“ forderte Ulbricht auf dem IV. Parteitag den (Wieder-) Aufbau der Zehnklassenschule, der durch „Fehler des Ministeriums für Volksbildung“ behindert und somit nur sporadisch durchgeführt worden wäre.¹⁰⁰⁵ Als allgemeinbildende Mittelschule sollte diese ursprünglich den Unterricht der Grundschule „auf der Grundlage eines verstärkten Fachunterrichts“ vertiefen und an die Fachschulen heranführen.¹⁰⁰⁶ Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die Nachwuchsentwicklung mittlerer Kader für die „Industrie und Landwirtschaft“, die „staatlichen Verwaltungen und für den kulturellen Aufbau“ voranzutreiben.¹⁰⁰⁷ In Ausnahmefällen konnte der Übergang in die 11. Klasse der Oberschule genehmigt werden.¹⁰⁰⁸ Später erwog die Betriebsparteiorganisation der SED im DPZI überdies Maßnahmen, den „Abgängern der 10. Klasse“ Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft zu übertragen.¹⁰⁰⁹ Davon ausgehend, dass es sich dabei vorrangig um Arbeiter- und Bauernkinder handle, war damit beabsichtigt, das „proletarische Element bei der Leitung und Lenkung des Staats- und Wirtschaftsapparats“ zu stärken.¹⁰¹⁰

Aber auch wenn Ulbrichts Forderung sogleich im Zuge der Einführung einer „Prüfung der mittleren Reife“ noch 1954 erfüllt wurde, entstand statt eines neuen Schultyps nur eine zweistufige Oberschule.¹⁰¹¹ Die „mittlere Reife“ fungierte als „mögliche Abgangsprüfung im unverändert belassenen Lehrgang der Oberschule“.¹⁰¹²

¹⁰⁰³ Vgl. Wiegmann: Der 17. Juni. S. 37.

¹⁰⁰⁴ Anm.: „Hier ist es also deutlich ausgesprochen, die pädagogische Forschungsarbeit kann nur entwickelt werden, wenn sie die Ergebnisse der täglichen Arbeit in der Praxis schnell und gründlich anwendet. Sie steht nicht im leeren Raum, sondern sie hat die Aufgabe, Bedürfnisse der Praxis zu befriedigen und als Leitfaden für die Entwicklung der Schule zu dienen.“ (Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 619.)

¹⁰⁰⁵ Vgl. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgew. von Gottfried Uhlig. Eingel. von Karl-Heinz Günther. Berlin 1970. S. 501 (Monumenta Paedagogica. Bd. VI; R.C.). Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 71/72.

¹⁰⁰⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 126. – Protokoll über die Sitzung im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut am 5.10.1950. Bezüglich der Einrichtung der Zehnklassenschulen wurden hier als Ergebnis einer Diskussion zwischen Vertretern des Ministeriums für Volksbildung, des ZK der SED und dem DPZI diese Gesichtspunkte der „Zielsetzung für die neu zu schaffende 10-Klassen-Schulen“ festgelegt.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Protokoll über die außerordentliche Parteileitungssitzung am 17.3.1954.

¹⁰¹⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁰¹¹ Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955. Ausgew. von Gottfried Uhlig. Eingel. von Karl-Heinz Günther. Berlin 1970. S. 502 (Monumenta Paedagogica. Bd. VI; R.C.). Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 424.

¹⁰¹² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 425.

In der Folge kam es innerhalb des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“ zur Diskussion um Allgemeinbildung und Schulstruktur.¹⁰¹³ Obwohl die Regelung zur „Mittleren Reife“ übereinstimmend abgelehnt wurde¹⁰¹⁴, konnte ansonsten kein Konsens erzielt werden. Deiters schlug eine Verlängerung der Schulzeit von acht auf zehn Jahre vor.¹⁰¹⁵ Der Übergang in die Berufsausbildung sollte durch eine Differenzierung der möglichen allgemeinbildenden Abschlüsse gewährleistet werden. Dorst plädierte dafür, innerhalb der vorhandenen Schulstruktur eine Lösung zu finden und zunächst die Lehrpläne zu revidieren.¹⁰¹⁶ Er befürchtete, dass mit einer bloßen Schulzeitverlängerung die Reformaufgaben vernachlässigt und zugleich die „Investitionsspielräume des Staates“ überdehnt würden. Während Deiters in seiner Reformstrategie das Vorrecht der allgemeinen vor der beruflichen Bildung unterstrich, richtete Dorst die schulische Bildung „stärker auf die gesellschaftlichen Abnehmerbedürfnisse und -erwartungen“ aus.¹⁰¹⁷ Einen weiteren Vorschlag brachte Hruschka ein, mit dem er die Gedanken von Deiters und Dorst zurückwies und zur „Überprüfung des gesamten Systems der Allgemeinbildung“ aufrief.¹⁰¹⁸

Als es im Februar 1955 zwischen den Redaktionsmitgliedern erneut zu Unstimmigkeiten kam, beantragte Laabs, inzwischen Staatssekretär beim Minister für Volksbildung, die Debatte abubrechen.¹⁰¹⁹

Allen Unklarheiten zum Trotz nötigte die SED-Führung mit einem Beschluss zum verstärkten Zehnklassenschulenaufbau¹⁰²⁰ das MfV, eine Anordnung zu verfügen, durch welche dieser Schultyp obligatorisch werden sollte¹⁰²¹.

Das DPZI erhielt nachfolgend den Auftrag vom Ministerium, kurzfristig die entsprechenden Lehrpläne auszuarbeiten.¹⁰²² Noch im gleichen Monat, in dem die Anordnung erlassen wurde, fand im Institut die Beratung zur Studentafel und den Lehrplänen für die Zehnklassenschulen

¹⁰¹³ Vgl. Ebenda.

¹⁰¹⁴ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 75.

¹⁰¹⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 94-96. Benner/Sladek beziehen sich auf: Protokoll der Diskussion über das Problem der Allgemeinbildung vom 17.12.1954. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 0.4.05/43. Nachlass Heinrich Deiters.

¹⁰¹⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹⁰¹⁷ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 95/96.

¹⁰¹⁸ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 96. Benner/Sladek beziehen sich auf: Protokoll der Diskussion über das Problem der Allgemeinbildung vom 17.12.1954. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 0.4.05/43. Nachlass Heinrich Deiters.

¹⁰¹⁹ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 97. Benner/Sladek beziehen sich auf: Protokoll der Sitzung des Redaktionskollegiums vom 18.2.1955, S. 9. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2676.

¹⁰²⁰ Vgl. BAB, DR 2/4899, Bl. 1ff. Beschluss-Entwurf. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 430.

¹⁰²¹ Anm.: Zunächst griff das Ministerium auf Improvisationen zurück. In „Kreisen ohne vollständige Oberschulen“ waren ab dem Schuljahr 1955/56 die dort vorhandenen „unvollständigen Oberschulen“ wieder als Zehnklassenschule zu führen; „in Kreisen mit mehreren voll ausgebauten Oberschulen sollte ein Teil dieser Schulen künftig nur noch als Zehnklassenschulen fortbestehen“. (Vgl. BAB, DR 2/5248, Bl. 3ff. Maßnahmen zur Regelung der zehnklassigen Schulausbildung zum Beginn des Schuljahres 1955/56. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 430.) Im Mai 1955 wurde dann die „Anordnung über die Umwandlung von Oberschulen in Zehnklassenschulen“ erlassen, in der es hieß, dass die „zehnklassige Ausbildung `künftig obligatorisch` sein“ würde. (Vgl. Günther, Karl-Heinz [Hrsg.]: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956-1967/68, 1. Halbband. [Monumenta Paedagogica. Band VII/1]. Berlin 1969. S. 512ff. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 430.)

¹⁰²² Anm.: Die bestehenden Klassen der voll ausgebauten Oberschulen konnten noch bis zum Abitur weitergeführt werden. Für die neuen Anfangsklassen (9. Schuljahr) waren vom DPZI bis Juni 1955 neue Lehrpläne auszuarbeiten. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 430. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5248, Bl. 3ff. Maßnahmen zur Regelung der zehnklassigen Schulausbildung zum Beginn des Schuljahres 1955/56.)

statt.¹⁰²³ Bei der Übersendung der fertiggestellten Lehrpläne an das Ministerium für Volksbildung wies Hruschka ausdrücklich auf die „außergewöhnlich“ kurze Frist hin.¹⁰²⁴ Dadurch wäre es nicht mehr möglich gewesen, umfassend Gutachten einzuholen. Hruschka gab sich jedoch zuversichtlich und äußerte, dass die „Pläne den Erfordernissen und dem Charakter der Zehnklassenschule“ gerecht würden. Neben den Unterrichtsfächern wie Deutsch, Geschichte, Russisch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Erdkunde und Musik sahen die Curricula auch ein polytechnisches Praktikum sowie die Unterweisung in Stenografie vor. Für das Fach Turnen empfahl Hruschka, denselben Lehrplan wie in der Oberschule der 9. und 10. Klasse zu verwenden. Kunsterziehung wollte er hingegen nochmals überarbeitet und über die Deutsche Lehrerzeitung veröffentlicht wissen.

Parallel zur Lehrplanerarbeitung sollten der nach Fächern aufgeschlüsselte Bildungs- und Erziehungsinhalt sowie der Charakter und die Struktur von Zehnklassenschulen erforscht werden. Zu diesem Zweck wurde unter Leitung von Hruschka ein Arbeitskreis gebildet, der bis Ende Mai 1955 entsprechende Vorschläge auszuarbeiten hatte.¹⁰²⁵ Außerdem seien langfristig die inhaltlichen Aspekte der Allgemeinbildung hinsichtlich ihrer Nützlichkeit für die „Vorbereitung auf die Arbeit und Tätigkeit in der Gesellschaft“ zu prüfen und geeignete schulstrukturelle Reformen vorzuschlagen.¹⁰²⁶ Die nähere Erörterung des Problems der „Zehnklassigen allgemeinbildenden Schule“ verschob Staatssekretär Laabs nach der von ihm im Februar vorerst abgebrochenen schulstrukturellen Diskussion auf den V. Pädagogischen Kongress.¹⁰²⁷

Die Einführung der Zehnklassenschule als eigenständiger Schultyp fand auch beim neuen Volksbildungsminister F. Lange¹⁰²⁸ Unterstützung.¹⁰²⁹ Er forderte, dass diese weder eine „abgebrochene Oberschule“ noch eine „verlängerte Grundschule“ sein dürfe.¹⁰³⁰ Im Interesse einer Verbesserung der Volksbildungsarbeit in den Schulen suchte der – seit Institutsbestehen mittlerweile vierte – Minister für Volksbildung auf der „Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI“ den Weg zu einer Verständigung mit dem Institut. Er deutete die vergangenen Zwistigkeiten als „gewisse Rivalität in der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und dem DPZI“ und räumte zudem eine „gewisse Selbstzufriedenheit“ des MfV ein, infolge dessen „Kritik und Selbstkritik wenig entwickelt“ gewesen wären.¹⁰³¹ Anschließend bat er „alle wissenschaftlichen Mitarbeiter, ihm zu helfen, die Arbeit ... zu verbessern“. Dabei

¹⁰²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Beschlussprotokoll über die Beratung der Studentafel und der Lehrpläne für die Zehnklassenschule am 20.5.1955.

¹⁰²⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an den Leiter der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung im MfV. Betreff: Lehrpläne Zehnklassenschule, 9. Klasse. 30.6.1955.

¹⁰²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Plan für die wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Pädagogik in den Jahren 1955-60. I. Vordringliche Aufgaben. 10.3.1955.

¹⁰²⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Plan für die wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Pädagogik in den Jahren 1955-60. II. Langfristige Forschungsvorhaben. 10.3.1955.

¹⁰²⁷ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 76. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676.

¹⁰²⁸ Anm.: F. Lange, seit 1919 Lehrer, nach Kriegsende Oberbürgermeister von Brandenburg und Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, löste im Dezember 1954 Laabs im Amt ab, der wieder als Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung tätig wurde. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 311/312.)

¹⁰²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1026. – Protokoll über die Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI am 25.2.1955.

¹⁰³⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁰³¹ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

dachte der frühere Abgeordnete der KPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung¹⁰³² sogar daran, auf eigentümliche Weise von der „alten reaktionären Schule“ zu lernen¹⁰³³:

„Die alte reaktionäre Schule entsprach hundertprozentig dem reaktionären Staat und der reaktionären Gesellschaft. Sie erfüllte bis 1945 die ihr gestellten Aufgaben. Wir müssen erreichen, dass unsere demokratische Schule unserem Staat in der gleichen Weise hilft und auch dazu beiträgt, unserem Staat tatsächlich zu entsprechen.“

Besonders hinsichtlich der patriotischen Erziehung verlangte er, „aus der alten Methode“ zu lernen. So forderte F. Lange, dass die „Überintellektualisierung der Schule“ wieder verschwinden müsse, die das „Gefühl“ in der Schule und die Liebe zur Heimat „totgeschlagen“ habe. Um die Verteidigungsbereitschaft zu mobilisieren¹⁰³⁴, seien den Kindern Erlebnisse und Heimatkenntnisse zu vermitteln. Welchen Typus von Schule, der bis zum Ende des zweiten Weltkrieges – also auch während der NS-Zeit – in Deutschland existiert haben soll, F. Lange dabei genau im Sinn hatte, bleibt an dieser Stelle noch unklar. Später konkretisierte er aber seinen Standpunkt, indem er dazu aufrief, sich auf den „didaktischen und methodischen Erfahrungsschatz der deutschen Reformpädagogik“ zu besinnen.¹⁰³⁵

Hingegen mahnte er bei der „Verwertung von wissenschaftlichen Arbeiten aus der Sowjetunion“ vor einer Kopie¹⁰³⁶ – und stützte damit die im DPZI verbreitete Skepsis gegenüber einer kritiklosen Adaption sowjetpädagogischer Erfahrungen¹⁰³⁷.

Bereits vier Tage vor der „Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter“ war dem DPZI der Entwurf des „Plan(s) zur Verbesserung der patriotischen Erziehung“ zugesandt worden.¹⁰³⁸ Die angeforderte Stellungnahme des Instituts ging dem MfV wenige Tage nach dieser Konferenz zu.¹⁰³⁹

In der Kritik des DPZI wurde schon die Präambel missbilligend kommentiert.¹⁰⁴⁰ Die Aussage, dass „die Verbesserung der patriotischen Erziehung abhängig ... von der Erziehungs- und Bildungsarbeit in Schule, Jugendorganisation und Elternhaus und von den in diesen Institutionen tätigen Erzieherpersönlichkeiten“ ist, sei nicht neu. Außerdem würde die hier getroffene

¹⁰³² Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 311.

¹⁰³³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1026. – Protokoll über die Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI am 25.2.1955.

¹⁰³⁴ Anm.: „Der Minister sagte, dass es ohne Liebe zur Heimat auch keine Verteidigungsbereitschaft gibt. Um die Liebe zu Heimat zu wecken, muss der Lehrer ...“ den Kindern „Erlebnisse“ vermitteln. (Vgl. Ebenda.)

¹⁰³⁵ Anm.: Dies verkündete F. Lange auf einer Konferenz im DPZI am 15.12.1955. (Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 80. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1455.)

¹⁰³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1026. – Protokoll über die Konferenz aller wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI am 25.2.1955.

¹⁰³⁷ Anm.: „Viele Kollegen haben das Gesagte zu mechanisch übertragen. Man glaubt, was in der Sowjetunion nach 33 Jahren möglich ist, müsste bei uns auch möglich sein.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 270-279. Abschrift Fortsetzung der Diskussion der Gontscharow-Konferenz am 11.2.1951. Bl. 275.) Weitere Kritik an einer zu mechanischen Übertragung sowjetischer Pädagogik auf das deutsche Schulwesen: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 36. Siehe auch Punkt 2.3.1.4.

¹⁰³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des Ministeriums für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung an Dorst. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. 21.2.1955.

¹⁰³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an das Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. Bezug Ihr Schreiben vom 21.2.1955. 1.3.1955.

¹⁰⁴⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

Feststellung für „alle Seiten des Erziehungs- und Bildungsprozesses“ gelten. Dass das Ministerium aus einem solchen veralteten und unvollständigen Befund die „Maßnahmen zur Verbesserung der patriotischen Erziehung“ generieren wolle, führte das DPZI auf eine oberflächlich oder überhaupt nicht durchgeführte Analyse der Erziehungsarbeit zurück. Grundsätzlich stünde auch außer Frage, dass patriotisch erzogen werden müsse – dies galt als allgemein anerkannt – vielmehr interessiere, wie patriotisch erzogen werden soll. Als Fehler identifizierte das Institut in diesem Zusammenhang die vom Ministerium vorgenommene Beschränkung der Qualifizierung der Lehrer hinsichtlich der patriotischen Erziehung auf die politisch-ideologische Schulung. Die Ursache „schlechter Erziehungsarbeit“ sah das DPZI in der ungenügenden pädagogischen und methodischen Qualifizierung der ansonsten „politisch bewussten“ und „ideologisch klaren“ Lehrer. Auch bezüglich der weiter geplanten Maßnahmen des Ministeriums wurde mit Kritik nicht gespart.¹⁰⁴¹

Auf die eigens aufgeworfene Frage, wie Patrioten zu erziehen seien, verwies das DPZI als mögliche Antwort auf die Kollektiverziehung.¹⁰⁴² So könnten sich „Kinder nur zu Patrioten“ entwickeln, „wenn sie sich als Teile des Kollektivs fühlen und auch verantwortlich an der Lösung kollektiver Aufgaben“ mitwirken. Dem „gemeinsamen Erleben und Handeln“ wurden dabei besonders „starke Erziehungsimpulse“ zugesprochen, weshalb sie in den Vordergrund gestellt werden müssten.

Was die Aufträge betraf, die das DPZI dabei übernehmen sollte, so berief sich das Institut darauf, dass Minister F. Lange bereits wichtige, „vordringliche“ Aufgaben formuliert habe, die „in ihrer Gesamtheit ebenfalls die Verbesserung der patriotischen Erziehung“ zum Inhalt hätten.¹⁰⁴³ Zusätzlich wären diese Arbeitsvorhaben auf der „Konferenz der wissenschaftlichen Mitarbeiter“ am 25.2.1955 durch den Minister noch erweitert worden.¹⁰⁴⁴ Unter diesen Bedingungen solle sich das Ministerium bei der Überarbeitung des „Entwurfs zur Verbesserung der patriotischen Erziehung“ überlegen, ob diese dem DPZI „übertragenen Forschungsaufgaben dem beabsichtigten Zweck zur Verbesserung der patriotischen Erziehung“ entsprächen.¹⁰⁴⁵

Zum besseren Verständnis dieser heftigen Kritik muss gesagt werden, dass die Erforschung des „Inhalts, der Formen und Methoden der patriotischen Erziehung“ bereits im Arbeitsplan der

¹⁰⁴¹ Anm.: Ein häufig erhobener Vorwurf war, dass das Ministerium keine konkreten Maßnahmen vorschlagen bzw. sich an alt hergebrachte Vorschläge halten würde. Ersteres betraf z.B. die Anweisungen: „Die Lehr- und Anschauungsmittel sind zur Verstärkung der patriotischen Erziehung zu verbessern.“ und „Die Anleitung der Schulinspektoren bei der Kontrolle der Erziehungsarbeit in der Schule ist zu verbessern.“. Letzteres bezog sich unter anderem auf: „Die Schulfeiern und Gedenkstunden sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass patriotische Gefühle geweckt werden. Dabei müssen besonders die patriotischen Traditionen des Heimatortes gepflegt werden.“ und „Schulwanderungen und Exkursionen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass sie der patriotischen Erziehung dienen.“. Zu den beiden letzten wurde zusätzlich angemerkt, dass hier wiederum konkrete Vorschläge fehlen würden, wie die Umsetzung erfolgen solle. Auf die Forderung des MfV hinsichtlich einer Überarbeitung der gültigen Lehrpläne reagierte das DPZI mit dem Verweis auf die Direktiven zu den Lehrplänen. (Vgl. Ebenda.)

¹⁰⁴² Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹⁰⁴³ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁴⁴ Anm.: Diese, ebenfalls wissenschaftliche Untersuchungen erfordernden Aufgaben, waren laut DPZI: „1. Verbesserung der demokratischen Erziehung unserer Jugend in unseren allgemeinbildenden Schulen, in Heimen und Internaten; Untersuchungen über Möglichkeiten und Formen der demokratischen Selbstverwaltung der Schüler und Jugendlichen. 2. Verbesserung der Erziehungsarbeit in unseren Jugendwerkhöfen. 3. Untersuchungen über Möglichkeiten, den Einfluss des fortschrittlichen Teils der deutschen Arbeiterklasse auf die Erziehung unserer Jugend zu verstärken. 4. Intensive Mitarbeit bei der inhaltlichen Vorbereitung des Pädagogischen Kongresses im August dieses Jahres.“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁰⁴⁵ Vgl. Ebenda.

Abteilung Theorie von 1954 an erster Stelle stand.¹⁰⁴⁶ Um die patriotische Erziehung in der Schule umzusetzen, hatte das DPZI an Direktiven zu den gültigen Lehrplänen gearbeitet, die den Lehrern die Möglichkeit einräumen sollten, „ihren Unterricht elastischer zu gestalten und dadurch Schwerpunkte der Erziehungsarbeit auf Kosten weniger bedeutsamer Stoffgebiete stärker zu betonen sowie Höhepunkte zu schaffen“.¹⁰⁴⁷ Analysen des DPZI zufolge herrschte in den Schulen der DDR im Bemühen um maximale Erfüllung der stofflich überlasteten Lehrpläne eine rein „intellektualistische Ausrichtung auf die Bildungsaufgaben“ und „einseitiges Einpauken“ auf eine Prüfung hin.¹⁰⁴⁸ Spätestens mit dem Einsetzen des Fachunterrichts in den 5. Schuljahren führe dies zu einem „pädagogischen Notstand“.¹⁰⁴⁹ Dem sollte jedoch nicht nur mittels der patriotischen Erziehung entgegen gewirkt werden, sondern auch durch eine stärkere Berücksichtigung psychologischer Einsichten. Vor allem das Sitzenbleiberproblem in den 5. Klassen beabsichtigte das DPZI auch unter psychologischen Gesichtspunkten zu untersuchen.¹⁰⁵⁰

2.3.2.2.2 Die Psychologie und deren Nutzen für die Pädagogik

Um die unterschiedlichen Charaktere von Schülern in der Schulpraxis in den Arbeitsplänen mehr zu berücksichtigen, rückte das Institut die Erforschung der „verschiedenen Schülertypen“¹⁰⁵¹ in den Vordergrund. Die verantwortliche Sektion Psychologie sollte sich dabei vor allem auf die „Typenlehre Pawlows“ stützen.¹⁰⁵²

Pawlows Lehre, welche schon 1950 im Rahmen des Besuchs von Gontscharow im Institut diskutiert worden war¹⁰⁵³, und der pädagogische Umgang mit Pawlows physiologischen Erkenntnissen bildeten thematische Schwerpunkte auf der sowjetischen Psychologie-Konferenz im Sommer 1952¹⁰⁵⁴, die das DPZI mit Interesse verfolgt hatte. Ein halbes Jahr nach der

¹⁰⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954. Bl. 233.

¹⁰⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an das Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. Bezug Ihr Schreiben vom 21.2.1955. 1.3.1955.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 428/429. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DPZI 1653. Bericht über Schulbesuche in Neugersdorf und Ebersbach/Sa. am 8.-12.3.1955, Scholze.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁵⁰ Anm.: Dieser Themenkreis war in den Forschungsplan unter „Langfristige Forschungsvorhaben“ mit aufgenommen worden: „In vielen Klassen und insbesondere in den 5. Klassen bleiben zu viele Schüler zurück.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – II. Langfristige Forschungsvorhaben. Allgemeine Probleme der Erziehung und Bildung. Letzte Fassung 13.5.1955.) Im DPZI wurde er ab 1954 innerhalb der Sektion Psychologie bearbeitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹⁰⁵¹ Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 428/429. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DPZI 1653. Bericht über Schulbesuche in Neugersdorf und Ebersbach/Sa. am 8.-12.3.1955, Scholze.

¹⁰⁵² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 173/174. Sektion Psychologie. Persönlicher Arbeitsplan bis 31.8.1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.

¹⁰⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 361-368. Protokoll über den Besuch Gontscharows im DPZI. 7.12.1950. Gontscharow hielt anlässlich seines Besuches im DPZI ein Referat über Psychologie. Die sich daran anschließenden Fragen wurden protokolliert.

¹⁰⁵⁴ Anm.: Die „vom Präsidium der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR einberufene Konferenz“ fand vom 30.6. bis zum 5. 7.1952 in Moskau statt. (Vgl. Teplow, B.M.: Über die

Konferenz veröffentliche die Zeitschrift „Pädagogik“ das dort gehaltene Referat zur „Lage der Psychologie und ihre Umgestaltung auf der Grundlage der Lehre I.P. Pawlows“ sowie die Ergebnisse und Beschlüsse der Tagung.¹⁰⁵⁵ Als Ziel hatte sich das Symposium gesetzt, „einen freien Meinungs-austausch“ über „die grundlegenden Fragen bei der Umgestaltung der Psychologie“ anzuregen.¹⁰⁵⁶ Hinsichtlich Pawlows Lehre bestand auf der sowjetischen Konferenz Einigkeit darüber, dass sie als „die naturwissenschaftliche Grundlage der Psychologie“ in der Sowjetunion zu Unrecht ignoriert worden sei.¹⁰⁵⁷ Insofern wurde die „Überarbeitung der Theorie der Psychologie und die Neufassung der psychologischen Begriffe“ basierend auf der „Lehre Pawlows von der höheren Nerventätigkeit“¹⁰⁵⁸ fortan zu einer Hauptaufgabe der Psychologie erklärt.¹⁰⁵⁹

Da die Ergründung der pädagogischen Bedeutung von Pawlows Lehre und deren Verbreitung im Arbeitsplan des DPZI seit längerem einen festen Bestandteil bildete, vor allem im Bereich Psychologie,¹⁰⁶⁰ wurde in der Abteilung Theorie Anfang 1954 die Gründung einer speziellen Pawlow-Kommission erwogen¹⁰⁶¹. Als Mitglieder waren Vertreter der Staatlichen Pawlow-Kommission beim Ministerium für Gesundheitswesen, Mitarbeiter des DPZI und weitere

objektive Methode in der Psychologie. [Gekürzt] In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 6/1953. S. 440-452. S. 440.)

¹⁰⁵⁵ Vgl. Teplow: Über die objektive Methode. Deutsche Übersetzung des in „Sowjetskaja pedagogika“ (Heft 7/1952, S. 66-86.) erschienenen Referats. Außerdem: Smirnow, A.A.: Die Lage der Psychologie und ihre Umgestaltung auf der Grundlage der Lehre I.P. Pawlows. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 2/1953. S. 106-138. Weiterhin: Mentschinskaja, N.A./Sokolow, M.W./Schemjakin, F.N.: Die Ergebnisse der Konferenz über Fragen der Psychologie. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 1/1953. S. 1-14. und Beschluss der Konferenz über Fragen der Psychologie. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 1/1953. S. 14-19.

¹⁰⁵⁶ Vgl. Mentschinskaja/Sokolow/Schemjakin: Ergebnisse. S. 1.

¹⁰⁵⁷ Anm.: Es sei „unzulässig, dass die physiologische Lehre Pawlows als die naturwissenschaftliche Grundlage der Psychologie viele Jahre hindurch ignoriert“ worden wäre. Ebenso wurde es als „unverantwortlich“ befunden, dass „die Psychologen bis heute keine einzige Forschungsarbeit veröffentlicht haben, die die Bedeutung der genialen Werke J.W. Stalins über die Fragen der Sprachwissenschaft für die psychologische Wissenschaft behandelt“. (Vgl. Beschluss der Konferenz über Fragen der Psychologie. S. 14/15.)

¹⁰⁵⁸ Anm.: Die Lehre der Nerventätigkeit wurde von Gontscharow als das „Wichtigste bei der Lehre Pawlows“ bezeichnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 361-368. Protokoll über den Besuch Gontscharows im DPZI. 7.12.1950.) Die Lehre von der höheren Nerventätigkeit wird wie folgt beschrieben: Pawlow gliederte die „Typen der höheren Nerventätigkeit“ nach den „Grundeigenschaften der Nervenprozesse“ (Stärke, Beweglichkeit und Ausgeglichenheit). So gäbe es z.B. den starken, ausgeglichenen, beweglichen Typ (wird dem hippokratischen Sanguiniker zugeordnet) oder den starken, unausgeglichenen, unbeweglichen Typ (entspräche dem hippokratischen Choleriker). „Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Typensysteme, ...“. (Pädagogisches Wörterbuch. S. 376.)

¹⁰⁵⁹ Vgl. Beschluss der Konferenz über Fragen der Psychologie. S. 16.

¹⁰⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 322-326. Zur Arbeit der Abteilung I des DPZI. Die Aufgaben in den Planjahren 1951/52. 10.6.1952. und Vgl. Ebenda. – Bl. 352/353. Referat Psychologie. Arbeitsplan für das Jahr 1952. Weiterhin: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1017. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1953 bestätigt vom Ministerium für Volksbildung. (hier besonders: „Studium der physiologischen Lehre I.P. Pawlows und ihrer Anwendung in der Psychologie“) und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954.

¹⁰⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 54-57. Protokoll über eine Besprechung der Abteilung Theorie am 25.3.1954. Bl. 56.

pädagogische Wissenschaftler vorgesehen.¹⁰⁶² Am 23.9.1954 fand schließlich die offizielle Gründung statt.¹⁰⁶³

Die Aufsicht über die Kommission übernahm zunächst W. Uhlmann, Leiter der Sektion Theorie im DPZI.¹⁰⁶⁴ Ab 1955 oblag die inhaltliche Anleitung und Organisation der Sektion Psychologie (III).¹⁰⁶⁵ Da die Kommission unter anderem die Lehre Pawlows zu popularisieren hatte, bereitete sie für Juli 1955 einen dreiwöchigen Lehrgang vor, zu dem aus jedem Bezirk ein bis zwei Teilnehmer einzuladen wären; insgesamt maximal 50 Personen.¹⁰⁶⁶ Diese sollten später in ihren Bezirken weitere Pawlow-Arbeitsgemeinschaften und Lehrgänge leiten.¹⁰⁶⁷

Die Ansichten des russischen Psychologen avancierten im Zuge dessen schnell zum Hoffnungsträger der pädagogischen Forschungsmethoden. Eine „kaum zu überschätzende Hilfe“ für die „Entwicklung von objektiven Methoden zur Untersuchung der pädagogischen Wirklichkeit“ wurde erwartet.¹⁰⁶⁸ In diesem Sinne bezog sich Dorst in seinen Ausführungen zum pädagogischen Experiment in der Septemberausgabe der „Pädagogik“ auf Pawlows Auffassungen zur Tatsachenforschung.¹⁰⁶⁹ Und auch die Aufgaben der Pawlow-Kommission beim DPZI, welche die Beratung pädagogischer „Wissenschaftler bei der Wahl der Themen und Methoden ihrer Forschungsarbeit“ einschloss,¹⁰⁷⁰ weisen in diese Richtung.

¹⁰⁶² Vgl. Ebenda. Bei der Gründung gehörten der Pawlow-Kommission an: Prof. Dr. Becker (Direktor des Instituts für Systematische Pädagogik und Geschichte der Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Dr. Dorst (Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts Berlin), Herr Eymann (Direktor der Gehörlosen-Berufsschule Leipzig), Herr Klemm (Leiter des Lehrstuhls für Psychologie am Pädagogischen Institut Leipzig), Herr Löwicke (Dozent an der Pädagogischen Schule Dresden), Dr. Pickenhain (Sekretär der Staatlichen Pawlow-Kommission beim Ministerium für Gesundheitswesen), Herr Reimann (Leiter an der Zentralschule in Booßen), Herr Uhlmann (Leiter der Abteilung Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts beim Deutsche Pädagogischen Zentralinstitut), Dr. Wachter (Direktor des Psychologischen Instituts an der Universität Greifswald), Dr. Zehner (Direktor des Psychologischen Instituts an der Pädagogischen Hochschule Potsdam). (Vgl. Pawlow-Kommission beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 12/1954. S. 990/991.)

¹⁰⁶³ Vgl. Pawlow-Kommission. Heft 12/1954. S. 990/991.

¹⁰⁶⁴ Anm.: Unter den Hauptaufgaben des DPZI wird der Leiter der Sektion I (Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts) als Verantwortlicher für die von der Pawlow-Kommission zu erledigenden Aufträge genannt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954.) Zu diesem Zeitpunkt war dies W. Uhlmann. (Vgl. Pawlow-Kommission. Heft 12/1954. S. 990/991.)

¹⁰⁶⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.

¹⁰⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des Sekretärs der Pawlow-Kommission an das MfV/Hauptabteilung Lehrerbildung. Betreff Durchführung eines Lehrgangs zur Anwendung der Lehre Pawlows in der Pädagogik. 25.3.1954. Die 50 Teilnehmer sollten sich auf 35 vom MfV und 15 vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung aufgliedern.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Pawlow-Kommission. Heft 12/1954. S. 990/991.

¹⁰⁶⁹ Anm.: So seien nach Pawlow (und Dorst) die pädagogischen Tatsachen „Einzelfakten des Bildungs- und Erziehungsprozesses, die erst im Zusammenhang mit der Erkenntnis ihrer Entstehung und der sie bestimmenden Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten wissenschaftlichen und praktischen Wert erhalten“ würden. (Vgl. Dorst: Besonderheiten. S. 632.)

¹⁰⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954. Siehe auch: „Die Kommission wird die pädagogischen und psychologischen Wissenschaftler bei ihren Forschungsarbeiten, insbesondere bei der Wahl ihrer Forschungsmethoden, auf Grund der Erkenntnisse und Erfahrungen Pawlows unterstützen.“ (Pawlow-Kommission. Heft 12/1954. S. 990/991.)

Neben der Pawlow-Kommission betreute die Sektion Psychologie noch weitere (institutionalisierte) Projekte; so z.B. im Zusammenhang mit der Auflösung der Pädagogischen Fakultäten 1956 das „traditionell in Beziehung zu Kirchenkreisen stehende“ Universitätsinstitut für „Wissenschaftliche Erziehungsberatung und Pädagogische Therapie“ in Jena¹⁰⁷¹ – obwohl schon bald darauf die Frage aufkam, was „das DPZI in der kommenden Zeit mit dieser Einrichtung anfangen“ könne¹⁰⁷². Die Leitung übernahm ein Mitarbeiter der Sektion Psychologie provisorisch, da sich sonst kein anderer im Hause fand, dem diese Aufgabe kurzfristig übertragen werden konnte.¹⁰⁷³

Das Jenaer Institut war bereits 1953 stark in die Kritik geraten.¹⁰⁷⁴ Beklagt wurden insbesondere die „übersteigerten Ansprüche“ des „Instituts“, die jeder „realen pädagogischen Grundlage“ entbehren würden.¹⁰⁷⁵ Es sei versucht worden, die Tatsachenforschung als autonome Disziplin der pädagogischen Wissenschaft zu konstruieren und wiederum innerhalb der Tatsachenforschung die Erziehungsberatung als eine Teildisziplin zu etablieren.¹⁰⁷⁶ Beides lehnten die Autoren des in der „Pädagogik“ erschienenen Artikels „Zur Frage der `Pädagogischen Tatsachenforschung´ an der Universität Jena – eine kritische Stellungnahme.“ kategorisch ab.¹⁰⁷⁷ Besonders dem Direktor des Instituts, Hans Mieskes¹⁰⁷⁸, wurde vorgeworfen, eine Einrichtung

¹⁰⁷¹ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 315.

¹⁰⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹⁰⁷³ Vgl. Ebenda. Im Jahr 1957 wurde die Abteilung Wissenschaftliche Erziehungsberatung offiziell in den Stellenplan des DPZI „neu aufgenommen“. Diese Abteilung, die vorher der Universität in Jena angegliedert war, „ist dem DPZI vom Staatssekretariat für Hochschulwesen in Vereinbarung mit dem Ministerium für Volksbildung zugeordnet worden“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Kaderleiters an das ZK der SED/Abteilung Allgemeinbildende Schulen. 21.12.1956.)

¹⁰⁷⁴ Anm.: Insbesondere setzten sich Kath und Manthey mit zwei in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena veröffentlichten Artikeln über die „Stellung der pädagogischen Psychologie zur pädagogischen Tatsachenforschung bzw. über grundlegende Ansichten zur Namensänderung der Erziehungsberatungsstelle der Universität Jena“ von den Professoren Dr. Winnefeld und Dr. Mieskes auseinander. Sie beziehen sich auf: Winnefeld, Friedrich: Von der pädagogischen Psychologie zur pädagogischen Tatsachenforschung. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jg. 1951/52, Heft 2. S. 85ff. und Mieskes, Hans: Nomen est omen! Ebd. S. 91ff. (Vgl. Kath, Werner/Manthey, Hubert: Zur Frage der „Pädagogischen Tatsachenforschung“ an der Universität Jena – eine kritische Stellungnahme. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 2/1953. S. 144-155.) Winnefeld (1911-1968) habilitierte sich 1948 unter Peter Petersen an der Sozialpädagogischen Fakultät Jena, 1950 Berufung als Professor an die Sozialpädagogische Fakultät Jena, zum 1.5.1952 Berufung als Professor für Psychologie an die Universität Halle. (Vgl. Cloer: Theoretische Pädagogik. S. 225.)

¹⁰⁷⁵ Vgl. Kath/Manthey: Zur Frage der „Pädagogischen Tatsachenforschung“. S. 155.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Ebenda. Außerdem: Winnefelds Schema von der „Einordnung der einzelnen Bereiche der pädagogischen Wissenschaft“ würde „keine genügend klaren Einsichten in die Vielfalt der Beziehungen und Abhängigkeiten, die dem Erziehungsprozess und der pädagogischen Theorie ihren gesellschaftlichen Charakter“ gäben, vermitteln. Hinzu kam die Ablehnung der Ansicht, dass die pädagogische Tatsachenforschung „aus sich heraus nach eigener Gesetzlichkeit den Erziehungs- und Bildungsprozess untersuchen“ solle, „unabhängig vom Einfluss ökonomischer Bedingungen“. (Vgl. Ebenda. S. 148.) Die „Methode der Behandlung des Problems Erziehungsberatung“ von Mieskes hielten die Autoren für verfehlt, da Mieskes von dabei „von der Pädagogik des qualitativ andersartigen Kindes“ ausgehe und dies in den Bereich der Sonderpädagogik gehöre. (Vgl. Ebenda. S. 149.)

¹⁰⁷⁸ Anm.: Hans Mieskes (1915 geb.) promovierte 1941 bei Peter Petersen in Jena; 1946 Habilitation ebenfalls bei Petersen. Ab 1947 war er Direktor des Universitätsinstituts für „Wissenschaftliche Erziehungsberatung und Pädagogische Therapie“; 1949 SED-Parteiausschlussverfahren, 1956 Wechsel nach Westdeutschland. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 315.)

nach dem Muster einer im bürgerlich-kapitalistischen System entstandenen Institution zu betreiben.¹⁰⁷⁹

In der Konsequenz setzte sich der Standpunkt durch, dass „im Rahmen einer pädagogischen Fakultät kein wissenschaftlich-organisatorischer Raum“ für ein solches Institut bleiben dürfe.¹⁰⁸⁰ Da auch H. Mieskes nicht aus der Schusslinie kam¹⁰⁸¹, erfüllte sich diese Prognose letztendlich im Jahr 1956.

Die diesem Konflikt innewohnende Frage nach dem Verhältnis von Pädagogik und Psychologie musste laut Forschungsplan als eine der „Grundlagen der pädagogischen Wissenschaft“ noch geklärt werden.¹⁰⁸² Außerdem sollte untersucht werden, in welcher Weise sich die „pädagogischen Grundanschauungen“ der DDR von denen der „bürgerlich-imperialistischen Gesellschaft“ unterscheiden¹⁰⁸³ und welche Forschungsmethoden „weltanschaulich“¹⁰⁸⁴ ausgeschlossen werden müssten. „Feindliche Auffassungen“, besonders von Pädagogen in Westdeutschland sollten angefochten,¹⁰⁸⁵ die „humanistischen, nationalen und demokratischen Traditionen der deutschen Pädagogik“ hingegen herausgearbeitet werden¹⁰⁸⁶. Dabei hatte das Fachgebiet der Geschichte der Pädagogik nicht nur gleichsam der Psychologie seine Nützlichkeit für die pädagogische Erkenntnisgewinnung unter Beweis zu stellen¹⁰⁸⁷, sondern auch einen Beitrag im Dienste des offiziellen Ziels der deutschen Wiedervereinigung zu leisten¹⁰⁸⁸.

¹⁰⁷⁹ Anm.: Gemeint ist eine „Child-Guidance-Clinic in den USA“. (Vgl. Kath/Manthey: Zur Frage der „Pädagogischen Tatsachenforschung“. S. 152. Kath/Manthey beziehen sich auf: Heigl, Ruth: Eine Child-Guidance-Clinic in den USA: The Judge Baker Guidance Centre. „Praxis der Kinderps. und Kinderpsychiatrie“, 1. Jg. Göttingen 1952. Heft 5/6. S. 160/61.)

¹⁰⁸⁰ Vgl. Kath/Manthey: Zur Frage der „Pädagogischen Tatsachenforschung“. S. 155.

¹⁰⁸¹ Anm.: Auf einer Kollegiumssitzung beim Ministerium für Volksbildung am 4.11.1955 wurde im Zusammenhang mit der Erörterung von Fragen zur Überprüfung der Ausbildung der Lehrer an der Universität Jena und Halle beschlossen, die „weitere Verwendung des Herrn Prof. Dr. Mieskes zu erörtern und festzulegen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Schreiben des MfV/Sekretär des Kollegiums an den Direktor des DPZI. Betreff Auszüge aus dem Protokoll der Kollegiumssitzung am 4.11.1955.)

¹⁰⁸² Anm.: „Wodurch unterscheidet sich der Gegenstand der Pädagogik von dem der Psychologie, der Physiologie und der Erkenntnistheorie? Wie berühren sich diese Wissenschaften?“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Spezielle Probleme. Letzte Fassung 13.5.1955 [handschriftlich vermerkt, N.Z.]

¹⁰⁸³ Anm.: Vorher war aber zunächst zu klären: „Welches sind die pädagogischen Grundanschauungen unserer Gesellschaft?“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁰⁸⁴ Anm.: „Welches sind die objektiven Methoden der pädagogischen Forschung (der Erforschung des Unterrichtsprozesses usw.)? Welche Methoden müssen abgelehnt werden, da ihre weltanschauliche Grundlage unwissenschaftlich ist?“ Deutlich werden die Hoffnungen in diesem Fall auf Pawlow gesetzt: „Welches sind die methodischen Grundsätze der Bildungs- und Erziehungsarbeit unter Berücksichtigung der Lehre Pawlows?“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁰⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.

¹⁰⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Spezielle Probleme. Letzte Fassung 13.5.1955 (handschriftlich vermerkt, N.Z.).

¹⁰⁸⁷ Anm.: Die Psychologie hatte ihren Gebrauchswert für die „pädagogische Forschung und Praxis“ zu beweisen, indem sie die „Erkenntnisse der Pawlowschen Lehre in die Unterrichtsarbeit einführt“. Darüber hinaus war auch die Psychologie dazu aufgefordert, „noch verbreitete idealistische Auffassungen“ zu bekämpfen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.)

¹⁰⁸⁸ Anm.: „Dabei kann die historisch-pädagogische Forschung auch den Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Wiedervereinigung unterstützen, ...“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Spezielle Probleme. Letzte Fassung 13.5.1955 [handschriftlich vermerkt, N.Z.]

2.3.2.2.3 Der verschleppte V. Pädagogische Kongress und die Deutschlandfrage

Trotz „beiderseitiger Wiedervereinigungsrhetorik“ vertiefte sich 1955 die deutsche Teilung im Gefolge „fortschreitender militärischer und wirtschaftlicher Blockintegration“.¹⁰⁸⁹ Nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Mai 1955 unterzeichnete die DDR den Warschauer Vertrag.¹⁰⁹⁰

Zum endgültigen Wendepunkt in der Deutschlandfrage entwickelte sich der Besuch der sowjetischen Führer Nikolai A. Bulganin und Nikita S. Chruschtschow in Ost-Berlin anlässlich ihrer Rückreise von der Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte im Juli 1955 nach Moskau.¹⁰⁹¹ Dort verkündeten sie die „Zwei-Staaten-Theorie“, d.h. eine Wiedervereinigung wurde nur unter Wahrung der „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR in Betracht gezogen. Ein Vertrag, in dem die DDR zum souveränen Staat erklärt wurde, folgte im September 1955.

Vor diesem Hintergrund beschloss das Sekretariat des ZK der SED im Mai 1955, den „seit 1950 anstehenden, mehrfach verschobenen“¹⁰⁹², aktuell für August 1955 geplanten¹⁰⁹³ V. Pädagogischen Kongress nochmals zu verlegen – auf das Jahr 1956¹⁰⁹⁴.

Laabs erwartete, dass sich die DDR bis dahin nachweislich zum „Träger der fortschrittlichen pädagogischen Wissenschaft Deutschlands“ entwickelt haben würde.¹⁰⁹⁵ Westdeutsche Pädagogen mussten in diesem Zusammenhang davon überzeugt werden, dass „eine richtige und fortschrittliche Pädagogik letzten Endes nur in der DDR“ zu verwirklichen sei. Geistige Grundlagen für diese „neue fortschrittliche“, in letzter Konsequenz sozialistische Pädagogik würden die „großen deutschen fortschrittlichen Pädagogen“ bieten. Hinsichtlich der geforderten Auswertung des nationalen pädagogischen Erbes¹⁰⁹⁶ schienen nun „Korrekturen an der bisherigen Darstellung deutscher Erziehungs- und Schulgeschichte“ notwendig¹⁰⁹⁷, besonders bei der Bewertung von Reformpädagogik.

In Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses konstituierten sich acht Fachkommissionen, die ihre Entschließungsentwürfe nach einer Beratung auf der Pädagogischen Konferenz im Herbst 1955 dem Kongress zur Annahme zuleiten sollten.¹⁰⁹⁸ Die Richtlinien, nach denen die Kommissionen dabei arbeiteten, stellte das DPZI nach den so genannten Thesen des

¹⁰⁸⁹ Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 432.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁹¹ Hier und im Folgenden: Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 47.

¹⁰⁹² Vgl. DIPF/BBF-Arch – DPZI 1849 – Protokoll der Sitzung des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 18.9.1953, S. 5. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 77. Außerdem: Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses im Jahr 1951: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 289-293. Arbeitsplan für das I. Quartal 1951 (Referat Sowjetpädagogik, N.Z.). 31.1.1951. Vorarbeiten für den V. Pädagogischen Kongress im Jahr 1952: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 374-376. Theoretische Abteilung/Referat Heimerziehung. Arbeitsplan 1952. 18.12.1951.

¹⁰⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an das Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. Bezug Ihr Schreiben vom 21.2.1955. 1.3.1955.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Gläser, Lothar; Lost, Christine: Zur Entwicklung des Volksbildungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1981, S. 29 (Monumenta Paedagogica. Bd. XI, R.C). Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 77.

¹⁰⁹⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. DIPF/BBF/Arch, DPZI 2676. (Bericht Laabs im Redaktionskollegium der Zeitschrift Pädagogik am 7.6.1955.) Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 433.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁹⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 433.

¹⁰⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Entschließungsentwürfe der Fachkommissionen zum V. Pädagogischen Kongress, Herausgegeben vom Organisationsbüro zur Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses. Verlag Volk und Wissen. Berlin. [Ende 1955]

Ministeriums auf.¹⁰⁹⁹ Aber auch an der inhaltlichen Vorbereitung hatte das Institut eigenen Angaben nach „intensiv“ mitzuwirken.¹¹⁰⁰ Die Vorarbeiten erstreckten sich hauptsächlich auf das Jahr 1955¹¹⁰¹ und dabei wiederum vorrangig auf das zweite Halbjahr¹¹⁰² mit einer Reihe von Forschungsprojekten z.B. in den Bereichen Psychologie¹¹⁰³, Körperliche Erziehung¹¹⁰⁴, Intellektuelle Erziehung¹¹⁰⁵, Sittliche Erziehung¹¹⁰⁶ sowie Schule und Jugendorganisation¹¹⁰⁷. Einen weiteren Schwerpunkt stellten Fragen zur Verbesserung der Lehrerbildung dar.¹¹⁰⁸ Vorgesehen war, dass sie auf dem V. Pädagogischen Kongress in ein verbindliches Dokument einmünden und beschlossen werden.¹¹⁰⁹

Im September 1955 ordnete das ebenfalls für die Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongress verantwortliche¹¹¹⁰ Ministerium für Volksbildung die Bildung von vier Arbeitskreisen am DPZI

¹⁰⁹⁹ Anm.: „Richtlinien für Kommissionen ist Angelegenheit des DPZI“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 75. – Protokoll über die Beratung am 14.6.1955 zum V. Pädagogischen Kongress.) Für die Kommission „Zehnklassenschule“ stellte z.B. Hruschka unter anderem folgende Richtlinien auf: „Ausgehend von den Thesen des Ministeriums für Volksbildung zur Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses sollte die Kommission folgende Fragen erörtern und folgende Vorschläge prüfen: Das Ziel der Zehnklassenschule ist die Heranbildung eines gut qualifizierten Nachwuchses für die Industrie und Landwirtschaft, für die Kasernierte Volkspolizei und für den Erzieherberuf.“ (Vgl. Ebenda. – Stellvertretender Direktor des DPZI, Hruschka: Richtlinien für die Kommission Zehnklassenschule.)

¹¹⁰⁰ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an das Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. Bezug Ihr Schreiben vom 21.2.1955. 1.3.1955. Außerdem: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955. (Vorwort)

¹¹⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.

¹¹⁰² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438 – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr. 30.6.1955.

¹¹⁰³ Anm.: „Fertigstellung einer Arbeit mit dem Thema: `Die Typenlehre Pawlows, die wissenschaftliche Grundlage einer individuellen Förderung der Schüler´. Termin: Pädagogischer Kongress“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 173/174. Sektion Psychologie. Persönlicher Arbeitsplan bis 31.8.1955.)

¹¹⁰⁴ Anm.: „Erarbeitung und Auswertung einiger Hauptlinien der körperlichen Erziehung in der allgemeinbildenden Schule aus der Analyse des deutschen Erbes von 1800 bis heute zur Vorbereitung auf den V. Pädagogischen Kongress.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438 – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr. 30.6.1955. Bl. 195.)

¹¹⁰⁵ Vgl. Ebenda. Bl. 197.

¹¹⁰⁶ Anm.: „Teilnahme an der Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses; Beitrag zu einer umfassenden Diskussion über die Arbeit des Klassenleiters. Lenkung und Auswertung der Diskussion in Zusammenarbeit mit den Redaktionen unserer pädagogischen Fachzeitschriften“ (Vgl. Ebenda. Bl. 194.)

¹¹⁰⁷ Vgl. Ebenda. Bl. 199.

¹¹⁰⁸ Anm.: Unter anderem sollten Probleme des Profils von Unter-, Mittel- und Oberstufenlehrern diskutiert werden; außerdem die „Verbesserung der pädagogischen, methodischen und praktischen Ausbildung der Lehrer mit dem Ziel, einen Lehrer auszubilden, der sowohl im Unterricht als auch in der außerunterrichtlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit den an ihn gestellten Forderungen gerecht wird“ und die „Veränderung der Formen und Methoden der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Lehrerausbildungseinrichtungen“; Eine „falsche Akademisierung und Intellektualisierung in der Ausbildung“ müsse unterbunden werden. Zur Diskussion über diese Punkte, welche den „Ausgangspunkt für die Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses auf dem Gebiet der Lehrerbildung“ darstellen sollte, lud die Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV Direktor Dorst ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des MfV/Hauptabteilung Lehrerbildung an Dorst. 17.3.1955.)

¹¹⁰⁹ Vgl. Ebenda.

¹¹¹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Ministerium für Volksbildung. Arbeitsplan für das II. Quartal 1955. Außerdem: Vgl. Ebenda. – Ministerium für Volksbildung/Ministersekretariat an

an¹¹¹¹. Deren Auftrag lautete, „Thesen zur Geschichte der deutschen Pädagogik“ zu erarbeiten.¹¹¹² Abschließend beraten wurden die Ergebnisse auf einer DPZI-Konferenz am 15.12.1955.¹¹¹³ Dabei äußerte sich Minister F. Lange erneut kritisch, besonders hinsichtlich der von ihm wahrgenommenen „Ignoranz gegenüber den Veränderungen in den westlichen Ländern“¹¹¹⁴ und gegenüber dem Erbe der deutschen Pädagogik. Vor allem den „didaktischen und methodischen Erfahrungsschatz der deutschen Reformpädagogik“ gelte es wieder zu entdecken und zu nutzen.

Entgegen des von Minister F. Lange diagnostizierten Mangels an Beschäftigung mit dem pädagogischen Erbe konstatierte der Forschungsbericht von 1955 einen Überhang an bildungshistorischen Themen in der wissenschaftlichen Arbeit.¹¹¹⁵ Allerdings vollzog sich dieser Prozess mehrheitlich an den für westdeutsche Pädagogen gesprächsbereiten¹¹¹⁶ Universitäten¹¹¹⁷ sowie in der Lehrerausbildung¹¹¹⁸.

Da die bildungshistorischen Themen stärker in den Arbeiten zur Lehrerbildung berücksichtigt wurden, arbeitete auch die Sektion Geschichte der Erziehung des DPZI in diesem Zeitraum auf dem Gebiet der Lehrerbildung¹¹¹⁹. Dennoch bewahrte sich der Bereich Geschichte der Erziehung im Institut wie auch schon in den Vorjahren bezüglich der Themen und des Umfangs seiner Arbeit sowie in seiner personellen Besetzung weitgehend Konstanz.¹¹²⁰ Auch die

Direktor Dorst. Betreff Rahmenarbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung für das Jahr 1956. 20.12.1955.

¹¹¹¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 435.

¹¹¹² Vgl. Grundprobleme der deutschen Pädagogik. Beiheft der „Pädagogik“ 1956. Berlin 1956. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 78.

¹¹¹³ Hier und im Folgenden: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 79/80. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1455. [sämtlich unpaginiert]

¹¹¹⁴ Anm.: Lange kritisierte in diesem Zusammenhang auch die nunmehr als politisch unergiebig geltende Meinung, dass westdeutsche Lehrer „eine einzige reaktionäre Masse“ seien. (Vgl. Ebenda. S. 80.)

¹¹¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Bericht über die pädagogische Forschung im Jahre 1955. (Der Bericht umfasst sowohl die im DPZI geleistete Forschungsarbeit als auch die „an anderen wissenschaftlichen Institutionen“.)

¹¹¹⁶ Anm.: „Einer Anregung von Deiters folgend, waren die Dekane der Pädagogischen Fakultäten schon im November 1953 übereingekommen, in der gesuchten Aussprache mit westdeutschen Pädagogen auf die Thematisierung theoretischer Probleme der Pädagogik und schulpolitischer Fragen zu verzichten und statt dessen mit konkreten Arbeitsergebnissen aufzuwarten, unter anderem mit `wissenschaftlichen Abhandlungen auf dem Gebiet der Geschichte der Pädagogik´.“ (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 434. Anm. 1920. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, Nachlass Deiters 25, Kurzprotokoll der 6. ordentlichen Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats für Pädagogik am 20. 11.1953.)

¹¹¹⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 188.

¹¹¹⁸ Vgl. Mebus, Sylvia: Zur Entwicklung der Lehrerausbildung in der SBZ/DDR 1945 bis 1959 am Beispiel Dresdens. Pädagogik zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999. S. 239f. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 434.

¹¹¹⁹ Anm.: „Lehrbuch, Geschichte der Pädagogik für Institute für Lehrerbildung ...“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 216. DPZI/Sektion II Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung, Gerda Mundorf: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.7.1955-31.12.1955.)

¹¹²⁰ Anm.: Die thematische Schwerpunktsetzung sah 1952/53 das „pädagogische Werk Friedrich Fröbels“ vor. 1953 wurde eine „umfangreiche Forschungsarbeit, die sich mit der Untersuchung des pädagogischen Wirkens und Werk des großen Denkers und Humanisten Joh. Gottfried Herder befasst“ begonnen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953. Bl. 265.) Noch 1955 und 1956 wurde an der Herausgabe von pädagogischen Schriften Herders gearbeitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 216. DPZI/Sektion II Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung, Gerda Mundorf: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.7.1955-31.12.1955. und

bildungsgeschichtliche Ausrichtung des V. Pädagogischen Kongresses bzw. dessen Vorbereitungen schienen daran nichts zu ändern. Jedenfalls fand dieses Ereignis im Arbeitsplan¹¹²¹ keine besondere Erwähnung. Lediglich die „Erschließung und Popularisierung des pädagogischen Erbes durch eigene Forschungsarbeiten und Publikationen“¹¹²² besaßen neben der eigenen Qualifizierung¹¹²³ für die zuständige wissenschaftliche Mitarbeiterin/Sektionsleiterin G. Mundorf 1955 Priorität. Publikationen zur (deutschen) Geschichte der Erziehung gehörten jedoch von jeher zum Aufgabenfeld der Sektion.¹¹²⁴

Im Interesse verstärkter Kontakte zu westdeutschen Pädagogen und der auf Wiedervereinigung orientierten Beschäftigung mit dem pädagogischen Erbe war das Büro für gesamtdeutsche Fragen weit mehr in die Vorbereitungen des V. Pädagogischen Kongresses involviert. Denselben Mitarbeiter, der im Jahr zuvor im Rahmen des Referats Schulpolitik und -organisation der Abteilung Theorie die „westdeutsche Schulsituation“ zu analysieren und einen „Erfahrungsaustausch mit westdeutschen Lehrern“ einzuleiten hatte¹¹²⁵, wurden diese Angelegenheiten 1955 im Büro für gesamtdeutsche Fragen übertragen¹¹²⁶. Thematische Schwerpunkte der Untersuchungen bildeten die „Rolle Kerschensteiners“¹¹²⁷ und die „Konfessionsschule“.¹¹²⁸ Außerdem sollten gesamtdeutsche Fachexkursionen und -beratungen

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.) Personell waren bis mindestens 1957 nicht mehr als ein bis zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, Sektionsleiterin inbegriffen, im Referat Geschichte der Pädagogik beschäftigt. (Vgl. 2.2.1.4. Außerdem: Jeweils ein Mitarbeiter in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1184. – Personalabteilung. Stellenüberwachungslisten, Berlin und Zweigstellen. 1951. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Personalabteilung: Besetzung der Nomenklaturstellen des DPZI und seiner Zweigstellen. 18.10.1952. Zwei Mitarbeiter sind vorgesehen in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1161. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1953. 31.5.1953. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Brief von Mundorf an die Kaderabteilung. Hausmitteilung. Betreff: Die per 1.9.1957 angeforderte Planstelle eines wissenschaftlichen Assistenten. 7.11.1956.)

¹¹²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955. Sektion Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung.

¹¹²² Vgl. Ebenda.

¹¹²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 216. DPZI/Sektion II Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung, Gerda Mundorf: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.7.1955-31.12.1955.

¹¹²⁴ Anm.: Siehe z.B. Gedenkschrift zu Fröbel (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 280-287. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahre 1952. 23.12.1952. Bl. 283.); oder Veröffentlichungen zu Herder (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 216. DPZI/Sektion II Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung, Gerda Mundorf: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.7.1955-31.12.1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.).

¹¹²⁵ Anm.: Außerdem waren von diesem Referat die „Sammlung und Auswertung der Literatur aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu Fragen der patriotischen Erziehung“ wahrzunehmen; und die „Vorbereitung und Einrichtung einer zentralen Sammelstelle zur Auswertung der Erfahrungen der besten Lehrer und Erzieher“ (Dies hätte das von Dorst geforderte Büro zur Auswertung der Erfahrungen von unseren besten Lehrern ausgeführt, wenn die entsprechende Gründung nicht abgelehnt worden wäre. Vgl. Punkt 2.3.1.6.). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 233-242. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf eines Rahmenarbeitsplans der Abteilung Theorie der Erziehung und Bildung für das Jahr 1954. Bl. 239/240.)

¹¹²⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.

¹¹²⁷ Anm.: Kerschensteiner, als Vertreter der Arbeitsschulpädagogik, wurde von der pädagogischen Wissenschaft der DDR angelastet, dass er in seinem Konzept unter Betonung der manuellen Betätigung „zum Zweck der Berufsorientierung und -bildung“ die wissenschaftliche Allgemeinbildung vernachlässige. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 29.)

¹¹²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.

wissenschaftlich-organisatorisch unterstützt werden.¹¹²⁹ Angestrebt wurde ein Anteil von 30 Prozent an westdeutschen Teilnehmern des V. Pädagogischen Kongresses.¹¹³⁰

Im Jahr 1956 bildete die Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses zwar einen von neun „Mittelpunkt(en) der wissenschaftlichen Arbeit“.¹¹³¹ Jedoch spiegelte sich im Arbeitsplan wider, dass sich das DPZI eher dem zentralen Forschungsplan zu widmen schien, und den eigenen Konferenzen.¹¹³² Als die „fünf hauptsächlichen Aufgaben des Forschungsplans“ machte das Institut die patriotische und die polytechnische Erziehung, den Inhalt der Allgemeinbildung in der Zehnklassenschule, neue Forschungsmethoden sowie die Geschichte der Pädagogik bzw. die „Auswertung des pädagogischen Erbes“ aus.¹¹³³ Zu jedem Komplex sollte eine Arbeitsgruppe gebildet werden; zwei davon innerhalb der Sektionen¹¹³⁴.

Hinsichtlich der Arbeiten für den Pädagogischen Kongress war vor allem an die „Diskussion und Überarbeitung des Entwurfs einer Grundkonzeption des Lehrplans für die zehnklassige allgemeinbildende Mittelschule“ sowie an die „Fertigstellung, Publizierung und Diskussion“ von den Thesen zur deutschen Pädagogik der vier Arbeitskreise gedacht.¹¹³⁵

In den wissenschaftlichen Debatten vor der Pädagogentagung¹¹³⁶ zeigte sich, dass die Einstellung zur Reformpädagogik einen der sensibelsten Punkte verkörperte; und das vor allem,

¹¹²⁹ Anm.: An erster Stelle des Arbeitsplanes für das Büro für gesamtdeutsche Fragen stand die „Mitarbeit bei der Vorbereitung des 5. Pädagogischen Kongresses“. Des Weiteren sollten „Schulgesetze und -verordnungen der Länder Westdeutschlands“ gesammelt und eine „Liste westdeutscher pädagogischer Institutionen, Ständiger Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsausschüsse und führender Personen auf dem Gebiet der Pädagogik“ fortgeführt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.)

¹¹³⁰ Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. – Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 2.7.1954. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 78.

¹¹³¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956. Weiterhin erachtete das DPZI die Bildung der „Arbeitsgruppen zur Erforschung spezieller Themen aus den fünf hauptsächlichen Aufgaben des Forschungsplans“, Untersuchungen über das Prüfungswesen der Schule, Erarbeitung eines Handwörterbuches für die Pädagogik, Herausgabe des Jahrbuchs des DPZI (1. Band), die Konferenz zu neuen pädagogischen Forschungsmethoden, die „Unterstützung und Publikation von pädagogischen Lesungen“, die „Ausarbeitung von Studienprogrammen“ für die PI, IfL und Pädagogische Schulen sowie die Gestaltung von „vier Sitzungen der Pawlow-Kommission“ für wesentlich.

¹¹³² Vgl. Ebenda. Es war eine Konferenz zu neuen pädagogischen Forschungsmethoden „zusammen mit Gästen aus der Sowjetunion, aus Polen, der CSR, aus Ungarn und aus der Bundesrepublik“ durchzuführen; eine Konferenz zum Thema Vorschulerziehung und eine zu „Fragen der Erziehung in Jugendwerkhöfen“.

¹¹³³ Vgl. Ebenda.

¹¹³⁴ Anm.: Dies betraf die Arbeitsgruppe der patriotischen Erziehung in Sektion I (Theorie) und die Arbeitsgruppe für polytechnische Bildung in Sektion IV (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer). (Vgl. Ebenda.)

¹¹³⁵ Vgl. Ebenda.

¹¹³⁶ Anm.: Die Diskussion wurde durch Veranstaltungen und Presseveröffentlichungen weiter geöffnet. So rief Paul Wandel auf einer Berliner Lehrerversammlung im November 1955 „zum Kampf gegen Formalismus, gegen Formeln und Formulare im staatlichen Leben auf“. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 436. Geißler bezieht sich auf: Paul Wandel vor Berliner Lehrern, in: Deutsche Lehrerzeitung 2[1955]47, S. 1.) Die Zeitschrift „Pädagogik“ richtete ab Ende 1953 die Rubrik „Diskussion“ ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 32-36. Die Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Lichte der Beschlüsse des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. Ohne Datum [Ende September/Anfang Oktober 1953]. Bl. 36.) Infolge solcher Entwicklungen konstatierte eine Analyse vom 13.1.1956, dass „die so lange vorhandene Angst vor offener

weil es „eine neue Pädagogik und Schule“ mittels Synthesen zu generieren galt¹¹³⁷, was die „Koexistenz von Konzepten“ ausschloss. Letztlich lief diese Entwicklung darauf hinaus, dass „theoretische und praktische Bezugnahmen“ einheitswissenschaftlich und autoritativ definiert werden mussten.¹¹³⁸

Von Reformpädagogik war daher weder im Arbeitsplan des DPZI von 1955 noch in dem von 1956 ausdrücklich die Rede.¹¹³⁹ Als Ziel vorgegeben wurde lediglich die Aufarbeitung des pädagogischen Erbes im Rahmen von Projekten, die jeweils auf der Grundlage des zentralen Forschungsplans festzulegen waren.¹¹⁴⁰ Dieser differenzierte deutlich zwischen dem deutschen pädagogischen Erbe als „wichtige Quelle der pädagogischen Wissenschaft“ und gewissen, offensichtlich in die Riege der „pseudowissenschaftlichen Auffassungen“ eingereihten¹¹⁴¹, „schulreformerischen Bestrebungen“ bzw. bestimmten arbeitsschulpädagogischen Ansätzen¹¹⁴². Denn in gleichem Maße, wie ersteres zum „lebendigen Besitz der deutschen Lehrer und Erzieher“ zu entwickeln sei, wären letztere zu „widerlegen und zu zerschlagen“.¹¹⁴³ Um dennoch die Geschichte der Berufsbildung für die „gegenwärtige Arbeit nutzbar“ machen zu können, tastete sich der Forschungsplan vorsichtig daran, diese „Bestandteile aus dem pädagogischen Erbe“ zu durchleuchten; insbesondere aber die „berufspädagogischen Forderungen der deutschen Arbeiterklasse“.¹¹⁴⁴ Auch hinsichtlich der „bürgerlichen Pädagogen“ sind Nuancen wahrnehmbar. So sollten z.B. das Werk von Ratke, Leibniz, Diesterweg sowie die pädagogischen Ansichten ausgewählter klassischer Dichter untersucht, dargestellt und eingeschätzt; hingegen Herbarts Auffassungen wie auch die „philanthropistische Bewegung“ *kritisch* untersucht und beurteilt bzw. sich *kritisch* damit auseinandergesetzt werden.¹¹⁴⁵

Diskussion endgültig zu schwinden“ beginne. (Vgl. DIPF/BBF/Arch, 2676. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 436.)

¹¹³⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 436.

¹¹³⁸ Vgl. Ebenda.

¹¹³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955. (Hier lediglich die Untersuchung zur „Rolle Kerschensteiners“ als Vertreter der Arbeitsschulpädagogik in der westdeutschen Schule.) und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.

¹¹⁴⁰ Anm.: „Festlegung detaillierter Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Geschichte der Pädagogik und der Volksbildung gemäß des vom MfV bestätigten Forschungsplans“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.); und „Untersuchungen zu einem wichtigen Problem des 5. Hauptgebietes des Forschungsplans“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.);

¹¹⁴¹ Anm.: Unter demselben Punkt Nr. 50 wird zunächst gefordert, diese „feindlichen“ Auffassungen zu zerschlagen und „den volksfeindlichen und antidemokratischen Charakter der Volksbildungseinrichtungen im kapitalistischen und imperialistischen Deutschland zu entlarven“. Direkt an diesen Satz schließt sich an: „Vor allem ist eine kritische, differenzierte Auseinandersetzung mit den schulreformerischen Bestrebungen notwendig.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Spezielle Probleme. Letzte Fassung 13.5.1955 [handschriftlich vermerkt, N.Z.])

¹¹⁴² Anm.: „Schulreformerische Bestrebungen“ spielt offenbar auf einen Zweig der Arbeitsschulpädagogik an („Produktionsschule des Bundes Entschiedener Schulreformer“), welcher die pädagogische Wissenschaft der DDR insgesamt im Höchstfall anregende Momente zugestand. Die Arbeitsschulpädagogik wurde der Reformpädagogik zugeordnet. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 29, 318 und 338.) Vgl. auch Punkt 2.2.2.4.

¹¹⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Langfristige Forschungsvorhaben. Spezielle Probleme. Letzte Fassung 13.5.1955 (handschriftlich vermerkt, N.Z.).

¹¹⁴⁴ Vgl. Ebenda.

¹¹⁴⁵ Vgl. Ebenda.

Ein ähnlich selektives und ambivalentes Rezeptionskonzept entwarf auch R. Alt,¹¹⁴⁶ als er 1956 proklamierte, dass es „nicht angehe“, „die Reformpädagogik in Bausch und Bogen zu verdammen“, es aber ebenso wenig angebracht sei, „sie durchweg“ als fortschrittlich zu bezeichnen“.¹¹⁴⁷ Obwohl er die Reformpädagogik prinzipiell ablehnte, führte er Bestandteile an den „doktrinär eng limitierten Traditionsbestand der DDR-Pädagogik heran“.¹¹⁴⁸

Mitten in diese pädagogisch-wissenschaftlichen Entwicklungen im Vorfeld des V. Pädagogischen Kongresses platzte im Februar 1956 der XX. Parteitag der KPdSU, welcher mit der Ächtung des Personenkults um Stalin und seiner Herrschaftsmethoden zwar scheinbar „innenpolitisches Tauwetter“ auch für die DDR¹¹⁴⁹ ankündigte, in der SED jedoch für erhebliche „Irritationen und politische Differenzen“ sorgte.¹¹⁵⁰ Nachdem Ulbricht zunächst Stalin öffentlich von den „Klassikern des Marxismus“ ausgeschlossen hatte¹¹⁵¹, wich die SED-Führung in der Folge einer Auseinandersetzung mit dem Stalinismus aus.¹¹⁵² So befasste sich die III. Parteikonferenz der SED, welche die parteinterne Verwirrung beseitigen sollte, im März 1956 vorrangig mit Wirtschaftsfragen.¹¹⁵³ In diesem Zusammenhang tadelte Ulbricht das Ministerium für Volksbildung für die mangelnde Verbindung der Erziehung mit der Produktion und empfahl die Verstärkung der polytechnischen Erziehung.¹¹⁵⁴ Er rief aber auch dazu auf, „einen breiten wissenschaftlichen Meinungsstreit in den Fragen der Pädagogik zu entfalten“.¹¹⁵⁵ Analog der Junikrise von 1953 machte die SED-Spitze Zugeständnisse, vor allem hinsichtlich der Rechtssicherheit¹¹⁵⁶, hielt aber an ihrer politischen Generallinie fest.¹¹⁵⁷ Einerseits erklärte das Politbüro im „Neuen Deutschland“ am 29.4.1956, es hätte niemals einen Personenkult um Stalin oder Massenrepressionen in der SED gegeben, und eine „rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion“ sei deshalb nicht zu dulden.¹¹⁵⁸ Andererseits postulierte die 28. ZK-Tagung im Juli 1956 die „Überwindung des Dogmatismus in der ideologischen Arbeit“.¹¹⁵⁹

¹¹⁴⁶ Vgl. Wiegmann, Ulrich: Robert Alt – Reformpädagogik und Erziehungsbegriff. In: Reformpädagogik in Berlin – Tradition und Wiederentdeckung. Hrsg. von Wolfgang Keim und Norbert H. Weber. (Studien zur Bildungsreform, Bd. 30). Frankfurt am Main; Berlin; Bern; New York; Paris; Wien. Lang: 1998. S. 291-320. S. 311.

¹¹⁴⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 436/437. Geißler bezieht sich auf eine Sitzung des Redaktionskollegiums der Pädagogik am 20.1.1956. In: DIPF/BBF/Arch, 2676.

¹¹⁴⁸ Vgl. Wiegmann: Robert Alt. S. 311/312.

¹¹⁴⁹ Anm.: Die Verurteilung Stalins schien auch für die UdSSR, Polen und Ungarn „innenpolitisches Tauwetter“ zu bedeuten. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 437.)

¹¹⁵⁰ Vgl. Ebenda.

¹¹⁵¹ Anm.: Ulbricht schrieb bereits in einem Artikel vom 4.3.1956 im „Neuen Deutschland“: „Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.“. (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 48.)

¹¹⁵² Vgl. Ebenda.

¹¹⁵³ Vgl. Ebenda.

¹¹⁵⁴ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 81. Geißler bezieht sich auf: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956-1967/68, 1. Halbband. Berlin: 1969. S. 29. (Monumenta Paedagogica. Bd. VII/1, R.C.).

¹¹⁵⁵ Vgl. Ebenda.

¹¹⁵⁶ Anm.: „Die SED musste eingestehen, dass zahlreiche Strafurteile der Vergangenheit `in ihrem Strafmaß zu hoch` gewesen seien. Das Recht der Verteidigung vor Gericht sollte nun erweitert und mit Funktionären, die die Gesetze verletzen, `streng verfahren` werden. Im Juni wurden über 11.000 Personen begnadigt und bis Oktober 1956 insgesamt rund 21.000 Häftlinge freigelassen.“ (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 48.)

¹¹⁵⁷ Vgl. Ebenda.

¹¹⁵⁸ Vgl. Ebenda.

¹¹⁵⁹ Vgl. Ebenda.

In diesem „politischen Spannungs- und Schwebestand“ fand der V. Pädagogische Kongress statt.¹¹⁶⁰ Die in den dortigen Beiträgen oftmals betonten gesamtdeutschen Perspektiven und die „Kritik an Erstarrungen des Schullebens“ erzeugten eine Stimmung,¹¹⁶¹ in der es möglich schien, „an alle pädagogischen Probleme wirklich kritisch – erneut in Frage stellend – herangehen zu können und alles das zu beseitigen, was diesem vorurteilslosen Messen an der Wirklichkeit und am Zukunftsbild der sozialistischen Schule nicht standhält“¹¹⁶². Tatsächlich erfolgte später die Rücknahme einiger besonders beengender Vorschriften.¹¹⁶³ Es entfaltete sich 1956/57 eine thematisch weit gefächerte Diskussion, unter anderem zu „methodischen Fragen des Unterrichts und der Erziehung“, zum Verhältnis zur Reformpädagogik und zur patriotischen Erziehung.¹¹⁶⁴ Doch jede über den von Minister F. Lange festgelegten „Problemkreis“ hinausgehende Kritik wurde zurückgewiesen.¹¹⁶⁵

Dieser machte sich speziell mit Hinblick auf die „Erhöhung des Bildungsniveaus“ für den „Aufbau der zehnklassigen Mittelschule“ stark und bekräftigte wiederum die patriotische Erziehung als „zentrale Aufgabe“ der Erziehung.¹¹⁶⁶ Damit hielt der Kongress weiterhin am „doktrinären staatlichen Erziehungsanspruch“ fest.¹¹⁶⁷

Wie patriotische Erziehung aussehen bzw. was sie beinhalten sollte, dazu lieferte der Arbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung von 1956, nach dem sich das DPZI richten musste,¹¹⁶⁸ im Gegensatz zum ministeriellen „Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung“¹¹⁶⁹ vom Vorjahr sogar entsprechende Anhaltspunkte für das Institut. Unter anderem sei die „Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Jugendorganisation in allen Fragen der Erziehung“ zu stabilisieren.¹¹⁷⁰ Demgemäß nahm sich das DPZI für 1956 vor, den vierten Band

¹¹⁶⁰ Vgl. Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses. Berlin 1956. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 83.

¹¹⁶¹ Vgl. Anweiler: Schulpolitik. S. 53.

¹¹⁶² Pädagogik. 12(1957). S. 3. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹¹⁶³ Anm.: Dies betraf vor allem die Lockerung des „formal-verbindlichen Charakters der Lehrpläne“, die zudem stoffentlastet wurden. Auch ist der Klassenleiterplan, der vom „Lehrer die Festlegung aller einzelnen Erziehungsmaßnahmen forderte“, abgeschafft worden. Die Schüler erhielten einen hausaufgabenfreien Nachmittag, der eingedenk der Korrekturbelastung auch den Lehrern zugute kam. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 438. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5142, MfV, Staatssekretär Laabs an Herrn Minister Lange, 26.11.1956.)

¹¹⁶⁴ Vgl. Anweiler: Schulpolitik. S. 53.

¹¹⁶⁵ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 439. Geißler verweist dabei insbesondere auf die von Trinks vorgebrachte Kritik am monopolisierten Publikationswesen. (Vgl. Mebus, Sylvia: Zur Entwicklung der Lehrerbildung in der SBZ/DDR 1945 bis 1959 am Beispiel Dresdens. Pädagogik zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999. S. 263f. In: Vgl. Ebenda.)

¹¹⁶⁶ Vgl. Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses. Berlin 1956. S. 60 und 65. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 83/84.

¹¹⁶⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 439.

¹¹⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Ministerium für Volksbildung/Ministersekretariat an Direktor Dorst. Betreff Rahmenarbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung für das Jahr 1956. 20.12.1955.

¹¹⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des Ministeriums für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung an Dorst. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. 21.2.1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben des stellvertretenden Direktors Hruschka an das Ministerium für Volksbildung/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. Betreff Plan zur Verbesserung der patriotischen Erziehung. Bezug Ihr Schreiben vom 21.2.1955. 1.3.1955. Siehe auch oben.

¹¹⁷⁰ Anm.: Die anderen Aspekte waren: „Die Sicherung des stetigen Einflusses der Arbeiterklasse auf die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit“, „Die Entwicklung und Stärkung des politisch-

der Reihe „Über die pädagogische Tätigkeit in der Pionierorganisation `Ernst Thälmann`“ und eine „Abhandlung über die Arbeit der Elternbeiräte“ herauszugeben.¹¹⁷¹ Die entsprechenden Untersuchungen fanden laut Arbeitsplan 1955 statt.¹¹⁷² Insgesamt schien eine Anleitung der Elternbeiräte durchaus willkommen zu sein.¹¹⁷³ Besonders im Verhältnis von Pionierorganisation und Elternbeirat war dies von Seiten der Beiräte und im Hinblick auf die mit den Thesen des V. Pädagogischen Kongresses erwarteten künftigen Verpflichtungen gegenüber der patriotischen Erziehung erwünscht.¹¹⁷⁴ Dass auch die Elternbeiräte über die Thesen zum Kongress informiert waren, spricht dafür, dass im Vergleich zu den vorangegangenen Kongressen ein größeres öffentliches Interesse bestand.¹¹⁷⁵ Um aber die Stimmung der Öffentlichkeit auch unter Kontrolle zu halten, erwuchs den in der Folgezeit des V. Pädagogischen Kongresses vom MfV veranlassten Beratungen und Veranstaltungen die Aufgabe, zwar einige „bislang geltende Maximen zu relativieren“, gleichzeitig aber auch die „entsprechenden Erörterungen in den machtpolitisch gebotenen Bahnen zu halten“.¹¹⁷⁶ Die für die theoretische Arbeit bedeutsame Schlüsselfunktion bei diesem Balance-Akt fiel dem DPZI zu.¹¹⁷⁷

2.3.2.3 Kritik am DPZI – Bilanz und Personal 1954-56

Kurz nachdem sich das DPZI im September 1954 durch das neue Statut und den Hochschultarif zum zentralen pädagogischen Forschungsinstitut aufgewertet sah, geriet es intern enorm in die Kritik¹¹⁷⁸. Laut Kontrollbericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle vom November 1954 befand sich das DPZI noch nicht in der Lage, dem Ministerium verlässliche Forschungsergebnisse zukommen zu lassen. Zu wenige Mitarbeiter seien promoviert, nur eine Monographie läge inzwischen vor – „die erweiterte Promotionsarbeit des Direktors“. Bei den Fachpublikationen in Zeitschriften würden unter Dominanz von Deutsch und Geschichte Gebiete wie die Körpererziehung und die künstlerische Erziehung vernachlässigt, ebenso die Vorschulerziehung und die außerunterrichtliche Erziehung. Die Praxiserfahrung des Personals ließe zu wünschen übrig und ein Drittel habe keinen Hochschulabschluss. Bei den Themen zur

ideologischen Bewusstseins der Lehrer und Erzieher“ und „Die Pflege und Entwicklung von Traditionen“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Ministerium für Volksbildung/Ministersekretariat an Direktor Dorst. Betreff Rahmenarbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung für das Jahr 1956. 20.12.1955.)

¹¹⁷¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.

¹¹⁷² Anm.: „Untersuchungen über die bisherige Tätigkeit von Elternbeiräten, insbesondere über Inhalt, Umfang und Formen ihrer Arbeit und ihr Zusammenwirken mit der Schule“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für 1955.)

¹¹⁷³ Anm.: „Vor allem vermischen die Elternbeiräte die Anleitung durch die staatlichen Organe.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1403. – Protokoll über die am 12.7. durchgeführte Besprechung mit Elternvertretern im DPZI in Berlin.)

¹¹⁷⁴ Anm.: „Zur Zeit fehlt auch auf dem Gebiet der Unterstützung der Pionierarbeit durch den Elternbeirat eine entsprechende Anleitung übergeordneter Dienststellen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1380. – Schreiben des Elternbeirates der Goetheschule in Großenhain. Betreff Unterstützung der Pionierarbeit durch den Elternbeirat. 12.8.1955.)

¹¹⁷⁵ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 81.

¹¹⁷⁶ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 439.

¹¹⁷⁷ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 84.

¹¹⁷⁸ Hier und im Folgenden: BAB, DR 2/5615, Bl. 434ff. Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Arbeitsgruppe Kultur und Erziehung. Bericht über die Überprüfung der Durchführung der in der Verordnung vom 4.3.1954 zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen angeordneten Maßnahmen im Aufgabenbereich des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI), 2.11.1954. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 428.

Sowjetunion seien die historischen Problemkreise zwar stark vertreten, neuere Erfahrungen jedoch unterrepräsentiert. Angegriffen wurde auch die politische Vergangenheit einzelner DPZI-Angehöriger. Unter den Mitarbeitern des DPZI befanden sich fünf frühere NSDAP-Mitglieder, jeweils ein ehemaliger NAPOLA-Anwärter und NAPOLA-Schüler sowie ein Berufssoldat der Wehrmacht. Die vormalig in der NSDAP organisierten Mitarbeiter würden ausgerechnet für Deutsch, Didaktik der Unterstufe, für Familienerziehung, Geschichte und Russisch verantwortlich zeichnen. Daher wurde kategorisch nach einem „Kaderaustausch“ bis zum 31.12.1955 verlangt, um am DPZI „führende fortschrittliche Wissenschaftler“ einzusetzen.¹¹⁷⁹ Im Dezember 1955 zählte das DPZI unter dem „wissenschaftlichen Fachpersonal“ sogar sieben ehemalige NSDAP-Mitglieder.¹¹⁸⁰ Insgesamt war die Zahl der im Bereich „wissenschaftliches Fachpersonal“ tätigen Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr um zehn Mitarbeiter, von 43 auf 53 angewachsen.¹¹⁸¹ Der größte Personalzuwachs an Wissenschaftlern fand ab Sommer 1954 statt.¹¹⁸² Möglicherweise wirkte sich hier bereits der in Aussicht gestellte Hochschultarif aus.

Nachdem im Frühjahr 1955 Werner Neugebauer die Leitung der Abteilung Allgemeinbildende Schulen beim ZK der SED übernahm und vom ZK der SED bereits im Mai erste Kaderveränderungen für das MfV vorgeschlagen wurden¹¹⁸³, begannen auch im DPZI von der Betriebsparteioorganisation (BPO) initiierte Aussprachen mit Institutsangehörigen unter anderem über ihre „fachliche und politische Qualifikation“¹¹⁸⁴.

Im Ergebnis des Kaderaustauschs 1955 wurden ca. 20 Prozent des Personals zugunsten neuer Mitarbeiter mit einer Hochschulbildung ausgewechselt; die frühere NSDAP-Zugehörigkeit schien hingegen keinen Entlassungsgrund darzustellen.¹¹⁸⁵ Alle 15 Neueingestellten verfügten über einen Hochschulabschluss.¹¹⁸⁶ Dass der Personalwechsel aber nicht nur durch das Fehlen von Hochschulabschlüssen begründet werden konnte, belegt die Tatsache, dass von den elf Entlassenen immerhin sechs ebenfalls einen Hochschulabschluss vorweisen konnten und die übrigen fünf über die Fachschulreife verfügten.¹¹⁸⁷ Keiner der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die vormalig in der NSDAP waren, schied aus dem DPZI aus.¹¹⁸⁸ Der Personalwechsel bewirkte,

¹¹⁷⁹ Vgl. Ebenda.

¹¹⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. Stand vom 15.12.1954. In das „wissenschaftliche Fachpersonal“ sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die wissenschaftlichen Sachbearbeiter einbezogen; der „Leiter der Dienststelle“ (Direktor) sowie „Sonstige leitende Angestellte“ (Sektionsleiter, usw.) sind extra aufgeführt.

¹¹⁸¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.12.1953. und Vgl. Ebd. – Statistischer Berichtsbogen A. Stand vom 15.12.1954.

¹¹⁸² Anm.: Noch im März 1954 waren im DPZI nur 45 Mitarbeiter im „wissenschaftlichen Fachpersonal“ verzeichnet. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.3.1954.)

¹¹⁸³ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 126. Geißler bezieht sich auf: BArchP. – R-2/743. – MfV. Kaderabteilung an Minister. Vorschlag für Veränderung bei der Besetzung der Hauptabteilungen und Abteilungen des Ministeriums für Volksbildung entsprechend dem Beschluss des Zentralkomitees. 16.5.1955. Bl. 29.

¹¹⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Betriebsparteioorganisation der SED Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Maßnahmen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit im DPZI. [1955]

¹¹⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1955 bis 15.12.1955. Stand 15.12.1955. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Statistischer Berichtsbogen A. Stand vom 15.12.1954.

¹¹⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1955 bis 15.12.1955. Stand 15.12.1955.

¹¹⁸⁷ Anm.: Von den elf Ausgeschiedenen wurden fünf aus Gründen der fachlichen Weiterentwicklung, zwei wegen „ungenügender fachlicher Qualifikation“, eine Person wegen „ungenügender gesellschaftlicher Qualifikation“, eine aus „gesundheitlichen oder familiären Gründen“, eine wegen „Berufung“ und eine wegen „ungesetzlicher Änderung des Wohnsitzes“ entlassen. (Vgl. Ebenda.)

¹¹⁸⁸ Vgl. Ebenda.

dass Ende 1955 von den 52 Mitarbeitern im „wissenschaftlichen Fachpersonal“ 48 einen Hochschulabschluss und vier eine erfolgreich absolvierte Fachschulbildung „von über einem Jahr Dauer“ vorweisen konnten.¹¹⁸⁹

Trotz des erreichten Qualifikationsniveaus ging der Kaderaustausch im Folgejahr weiter. Diesmal betraf es ca. 15 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter.¹¹⁹⁰ Die Anzahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder blieb konstant: die Entlassung eines früheren NSDAP-Mitgliedes wurde durch die Einstellung eines Mitarbeiters mit derselben NS-Vergangenheit aufgewogen.¹¹⁹¹ Auch hinsichtlich des Bildungsniveaus bewirkte der neuerliche Personalaustausch keine positiven Effekte. Von den acht Ausgeschiedenen hatten fünf einen Hoch- und drei einen Fachschulabschluss; bei den 16 Neueingestellten lag das Verhältnis bei elf zu fünf.¹¹⁹² Sieben Mitarbeiter verließen das Institut im Alter von unter 29 Jahren, für fünf begann die Aspirantur am DPZI, zwei nahmen ein Studium auf (bzw. einen „langfristigen Lehrgang“).¹¹⁹³ Auch der Sektionsleiter der Sektion IV (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer) Hruschka schied offenbar aus dem DPZI aus. Denn nachdem mit ihm und mit dem stellvertretenden Direktor „Aussprachen“ vor der Parteileitung geführt worden waren¹¹⁹⁴, verließ 1956 ein leitender Angestellter aus angeblich „gesundheitlichen“ bzw. „familiären Gründen“ das Institut – vermutlich handelte es sich dabei um Hruschka¹¹⁹⁵. Spätestens ab Juni 1956 übernahm Gertrud Klauf¹¹⁹⁶, ehemals Abteilung Fernstudium, die Leitung der Sektion Methodik.¹¹⁹⁷ Hruschka verstarb im Oktober 1957.¹¹⁹⁸

¹¹⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1955. Von den zehn „sonstigen leitenden Angestellten“ hatten sieben einen Hochschul- und einer einen Fachschulabschluss. Der Leiter des Instituts verfügte ebenfalls über den Hochschulabschluss. (Vgl. Ebenda.)

¹¹⁹⁰ Anm.: Leitende Angestellte und Direktor nicht mitgerechnet, sind die Kaderstatistik vom 15.12.1956 und die Fluktuationsstatistik des Zeitraums vom 16.6. bis 15.12.1956 zugrunde gelegt. Daraus ergibt sich, dass 1956 im Juni 53 „wissenschaftliche Mitarbeiter“ im DPZI beschäftigt waren, von denen acht ausschieden. 16 Personen wurden in diesem Bereich bis Jahresende eingestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1956. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1956 bis 15.12.1956. Stand 22.12.1956.)

¹¹⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1956 bis 15.12.1956. Stand 22.12.1956.

¹¹⁹² Vgl. Ebenda.

¹¹⁹³ Anm.: Die achte ausgeschiedene Person war eine Mitarbeiterin zwischen 30 und 39 Jahren. (Vgl. Ebenda.)

¹¹⁹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Betriebsparteiorganisation der SED Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Maßnahmen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit im DPZI. [1955]

¹¹⁹⁵ Anm.: Aus der Kaderstatistik Ende 1955 geht hervor, dass bereits zu diesem Zeitpunkt ein leitender Angestellter „zur Veränderung“ vorgesehen war. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1955.) Im Jahr darauf ist ein männlicher leitender Angestellter entlassen worden, der sich im Alter zwischen 40 und 50 Jahren (Hruschka war zu dieser Zeit 45 Jahre alt) und ehemals in Kriegsgefangenschaft „kapitalistischer Länder“ befand. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1956 bis 15.12.1956. Stand 22.12.1956.) Hruschka war einst in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 310.)

¹¹⁹⁶ Anm.: Frau Klauf, war nach 1922 als Lehrerin in Dessau, Coswig und Dresden tätig, 1946/47 als Dozentin im Lehrerbildungsinstitut Köthen, dann im Kreisschulamt Dessau als Weiterbildungsleiter, 1948/49 als Schulrat beschäftigt; 1949 Hauptreferentin für Deutsch in der Zweigstelle Halle des DPZI (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1172. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Personalabteilung. Betreff Altersversorgung der Intelligenz. 23.10.1951.); ab 1.4.1952 Leiterin der Abteilung Fernstudium des DPZI (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.).

Zusätzlich zu den insgesamt 149 Angestellten¹¹⁹⁹ beschäftigte das DPZI 1956 weitere 600 „Kollegen als freie Mitarbeiter“.¹²⁰⁰

Trotz der personellen Schwankungen durch den parteilich eingeleiteten Personalaustausch lässt sich für die Gesamtzahl des Personalbestands in den Jahren 1954 bis 1956 tendenziell ein zahlenmäßiger Anstieg erkennen.

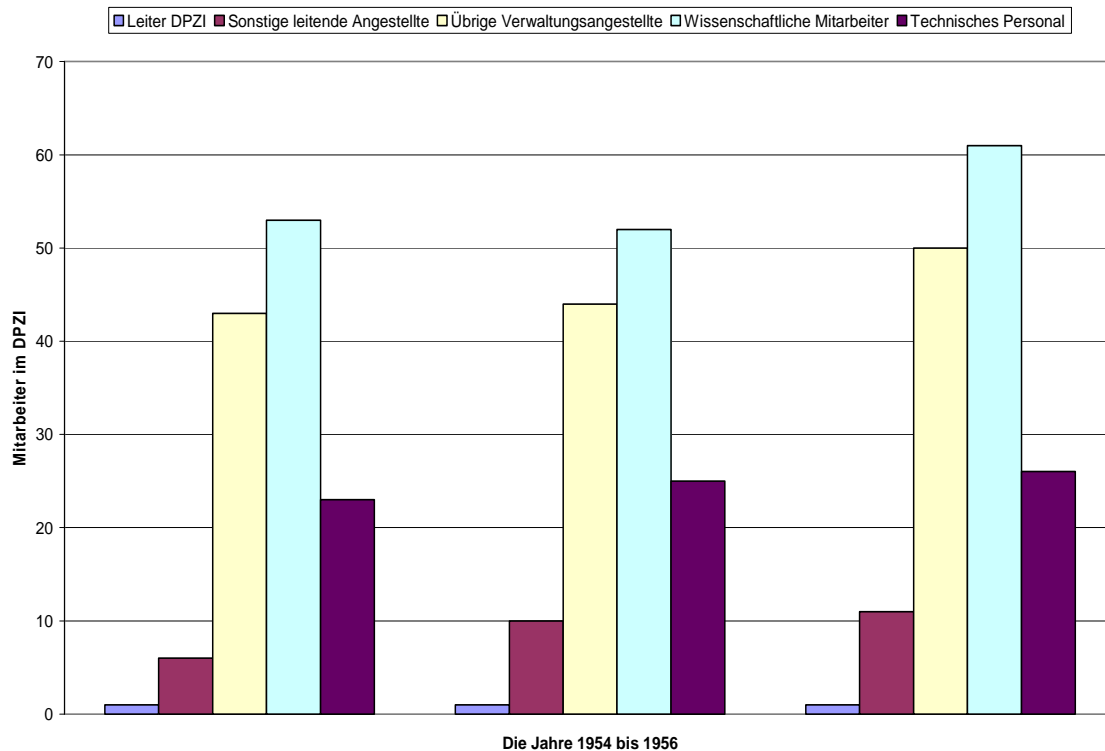


Abbildung 8: Personalbestand des DPZI von 1954 bis 1956 im Vergleich

Außer mit der Kritik am Personal musste sich das DPZI aber auch mit der Kritik an seiner inhaltlichen Arbeit auseinandersetzen. Dabei hatte sich der Direktor nicht nur für bemängelte Veranstaltungen des Instituts zu rechtfertigen.¹²⁰¹ Viel schwerer wogen die Vorwürfe, die gegen das vom DPZI durchgeführte Fernstudium für Mittelstufenlehrer erhoben wurden.

¹¹⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 48. – Schreiben der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer, Sektionsleiter Klauß an die Hauptabteilung Unterricht und Erziehung (MfV). Betreff Erste Maßnahmen zur Auswertung der 3. Parteikonferenz. 29.6.1956.

¹¹⁹⁸ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 310.

¹¹⁹⁹ Anm.: Diese Zahl beinhaltet: den „Leiter der Dienststelle“, elf „Sonstige leitende Angestellte“, 50 „Übrige Verwaltungsangestellte“, 61 „Wissenschaftliche Mitarbeiter“ und 26 Angehörige des Bereichs „Technisches Personal“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1956.)

¹²⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 48. – Protokoll über die Konferenz zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen in der Vorbereitung und Durchführung der Aspirantur und zur Beratung des Veranstaltungsplanes im Aspirantenjahr 1956/57.

¹²⁰¹ Anm.: Dem Sekretariat des Ministers für Volksbildung lag eine Beschwerde über eine Informationsveranstaltung des Instituts vor, auf der die deutsche Übersetzung eines Kairow-Artikels verlesen werden sollte. Auf den Vorschlag des Kritikers, den Text vorher an die Teilnehmer zu versenden, um ihn dann diskutieren zu können, wäre nicht eingegangen worden und die bloße Verlesung sei Zeit-

Auf eigenen Wunsch erhielt Staatssekretär Laabs im August 1955 nach einer Unterredung mit der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle einen „Vermerk“ über die vorgeblichen Unzulänglichkeiten in diesem Bereich.¹²⁰² Als „merkwürdig“ hob bereits das Anschreiben dazu die Betonung des Fachlichen in den Lehrheften hervor.¹²⁰³ Die „vorgeschriebenen Grundlagenfächer“¹²⁰⁴ würden völlig außen vor bleiben¹²⁰⁵ – ein heikler Punkt eingedenk der dem DPZI schon 1954 zur Last gelegten ideologischen „Fahrlässigkeit“ bei der Ausarbeitung der Lehrbriefe für das Fach Geographie.¹²⁰⁶

Drei Wochen später leitete Laabs den Bericht an die Hauptabteilung Lehrerbildung des MfV weiter, die ihn, den Ernst der Lage gemahnend, wiederum an Direktor Dorst übergab.¹²⁰⁷ Erste Aussprachen wurden für Anfang Oktober 1955 anberaumt.¹²⁰⁸ Im Ergebnis erkannten die Teilnehmer „wesentliche Punkte der Argumentation“ nicht als „stichhaltig“ an.¹²⁰⁹ Die Ausgangsbasis der Kritik sei zu schmal, die zugrunde gelegten Recherchen zum Fernstudium zu ungenau und der Vergleich mit dem Direktstudium unverhältnismäßig.¹²¹⁰ Dennoch stellten die Beteiligten kleinere Änderungen und Verbesserungen in Aussicht¹²¹¹ und räumten fehlerhafte Literaturpläne ein, die jedoch auf die eklatante Unterbesetzung der Abteilung zurückzuführen

und für die Angereisten Geldverschwendung gewesen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – MfV/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung an Direktor Dorst. 27.5.1955.)

¹²⁰² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Abschrift des Schreibens der Regierung der DDR/Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle an Staatssekretär Laabs. 24.8.1955.

¹²⁰³ Vgl. Ebenda.

¹²⁰⁴ Anm.: Dies betrifft: „Grundlagen des Marxismus-Leninismus, der dialektische Materialismus, die Polit-Ökonomie, die Pädagogik, Psychologie, das Schulrecht, die Pionierarbeit, die Arbeit mit den Lehrmitteln, die Methodik des Fachunterrichtes und einige Nebenfächer.“ „Nur für das erste Thema, nämlich die Grundlagen“ würde „wenigstens in der Literatur ein Ersatz geboten, der allerdings ein ungenügendes Niveau hat.“ Im Direktstudium seien diese inbegriffen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Abschrift Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle/Arbeitsgruppe Kultur und Erziehung. Vermerk. Betrifft Hinweise auf Mängel in der Broschüre „Einführung in das Fernstudium“, hrsg. v. DPZI. 24.8.1955.)

¹²⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Abschrift des Schreibens der Regierung der DDR/Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle an Staatssekretär Laabs. 24.8.1955.

¹²⁰⁶ Anm.: Der 15. Lehrbrief sei nicht auf der „Grundlage des dialektischen Materialismus“ entstanden und enthalte „eine große Zahl unwissenschaftliche Darstellungen“. Als Ursache wurde die Zugrundelegung von „reaktionärer Literatur“ ausgemacht. (Vgl. Laabs: Fünf Jahre DPZI. S. 621.)

¹²⁰⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Brief des MfV/Hauptabteilung Lehrerbildung an den Direktor des DPZI. 17.9.1955.

¹²⁰⁸ Vgl. Ebenda.

¹²⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – MfV/Hauptabteilung Lehrerbildung/Abteilung Methodik. Aktennotiz über die am 10.10.1955 in der Abteilung Methodik durchgeführte Aussprache bezüglich des Berichtes der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle. 21.10.1955.

¹²¹⁰ Anm.: Der Bericht berücksichtige lediglich die Einführungshefte, nicht aber die „fortlaufend erscheinenden Materialien“ zum Fernstudium. Die „gesamte reale Situation im Fernstudium“ müsse untersucht werden. Schließlich könne das Niveau eines Hochschulstudiums unter den gegebenen Bedingungen noch nicht erreicht werden, da „jede Erhöhung der Studienforderungen ohne grundlegende Veränderung der Bedingungen“ die „Fluktuation der Fernstudenten“ begünstige. (Vgl. Ebenda.)

¹²¹¹ Anm.: Unter anderem sollte die „Durchführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“ geregelt werden. Im Übrigen seien demnächst die Kontakte zwischen der Abteilung Fernstudium des DPZI und der Abteilung Methodik im MfV zu intensivieren, z.B. durch quartalsmäßige Aussprachen, Vorlage der Arbeitspläne der Abteilung Fernstudium, Übermittlung „wichtiger Protokolle und Berichte über die Situation im Fernstudium“ sowie Vorlage der „Druckfahnen des Einführungsbriefes für das 3. Fernstudium“. (Vgl. Ebenda.)

wären¹²¹². Die im Oktober und im November desselben Jahres verfassten schriftlichen Stellungnahmen bauten auf dieselben Argumente.¹²¹³

Dass sich das DPZI unter eng gesetzten Rahmenbedingungen zumindest teilweise behaupten konnte, zeigte sich auch in den Verhandlungen zu Auftragserteilungen des Ministeriums an das DPZI. Um willkürlichen Anordnungen zu entgehen, sollten fortan alle Anweisungen durch die Abteilung Methodik in der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung schriftlich fixiert werden.¹²¹⁴ Jede Aufgabe (ausgenommen vom Minister oder Staatssekretär), die nicht durch diese Hauptabteilung verfügt worden war, dürfe das Institut somit künftig an die HA Unterricht und Erziehung zurücksenden.¹²¹⁵ Hierin spiegelt sich der widersprüchliche Status des DPZI zwischen der Unterstellung unter das Ministerium für Volksbildung und dem Anspruch, selbst (an)leitendes Institut für die gesamte DDR auf pädagogischem Gebiet sein zu wollen, besonders deutlich wider.

In dieser Situation zog das DPZI hinsichtlich der pädagogischen Forschung 1955 Bilanz. Es kritisierte, dass sich zu viele Forschungsarbeiten in der DDR nicht den zentralen Aufgaben in der Volksbildung widmen würden, die beispielsweise durch die Anweisungen des MfV festgeschrieben worden waren.¹²¹⁶ Fachgebiete wie die „patriotische Erziehung, polytechnische Bildung, pädagogische Psychologie, Grundsätze der methodischen Arbeit im Unterricht der allgemeinbildenden Schule (Theorie des Lehrplans, didaktische Prinzipien und die sorgfältige Entwicklung der Arbeiter- und Bauernkinder)“, seien „fast vollkommen vernachlässigt“ worden. Die pädagogische Geschichtsschreibung habe hingegen beachtliche Ausmaße erreicht.

Das Institut selbst hatte jedoch nur eine einzige, in diesem Sinne für besonders relevant erachtete Forschungsarbeit vorzuweisen, die sich mit der „Funktion der Muttersprache“ und der „Verbesserung des Deutschunterrichts“ befasste und sich somit den drängenden „Problemen der Schulpraxis“ zuwendete.¹²¹⁷ Mit Ausnahme einer umfangreichen Arbeit waren alle anderen Forschungen des Instituts erst für 1956 zum Abschluss bzw. zur Publikation vorgesehen.¹²¹⁸

Offenbar genügte diese Planerfüllung aber nicht, um eigene Bedenken wegen der vermeintlich zu spärlich vorhandenen „greifbaren“ wissenschaftlichen Ergebnisse für die Schulpraxis zu

¹²¹² Anm.: So wären die Literaturpläne „zum größten Teil nicht von den Fachreferenten der Abteilung Fernstudium aufgestellt“ worden, da „die Abteilung zu der Zeit nur mit drei Fachreferenten besetzt“ gewesen sei. (Vgl. Ebenda.)

¹²¹³ Anm.: Vor allem auf die Unterbesetzung der Abteilung wurde erneut hingewiesen, die mangelhaften Recherchen angemahnt (es läge z.B. seitens der Kommission eine Verwechslung des Fernstudiums Russisch für Mittelstufe mit dem für die Oberstufe vor); und auch der Punkt der sukzessiven Niveauehebung im Fernstudium, ohne die vorgeblich große Teile der Mittelstufenlehrer (vor allem die ohne abgeschlossene Oberschulbildung) abspringen oder auf das Studium verzichten würden, wurden wiederum betont. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – DPZI/Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Stellungnahme zu dem Schreiben der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle. 20.10.1955. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Fernstudium. Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle vom 24.8.1955. Stellungnahme. 3.11.1955.)

¹²¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Beschlussprotokoll über eine Besprechung der Genossen Rebisch und Dr. Pokrandt vom MfV und Dr. Dorst und Hofmann vom DPZI am 30.11.1955 im DPZI.

¹²¹⁵ Vgl. Ebenda.

¹²¹⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Bericht über die pädagogische Forschung im Jahre 1955.

¹²¹⁷ Anm.: Dabei handelte es sich um eine Arbeit von Gerda Mundorf zu „Herders Ansichten über die pädagogische Funktion der Muttersprache und sein Wirken für eine Verbesserung der [sic!] Deutschunterrichts“. (Vgl. Ebenda.)

¹²¹⁸ Anm.: Die „Grundlagen der Arbeit der Pionierorganisation `Ernst Thälmann`“ sollten noch 1955 publiziert werden. Einige andere Arbeiten waren *teilweise* veröffentlicht. (Vgl. Ebenda.)

beseitigen¹²¹⁹. So resümierte Dorst im Herbst 1956 auf einer Leitungskonferenz im DPZI, dass das Institut nun, „nach den Kongressen und Parteikonferenzen“, zu seiner „Arbeit Stellung“ nehmen solle.¹²²⁰ Dabei käme es darauf an, sowohl den „Neudogmatikern“ als auch den „Bilderstürmern“ entgegen zu treten und die theoretische Arbeit noch enger mit der pädagogischen Praxis zu verbinden.

Die Indienstnahme des DPZI für die Verbesserung der pädagogischen Praxis erreichte vor diesem Hintergrund und vermutlich in dem überschwänglichen Bestreben, die von der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung seit langem angestrebte „pädagogische Bewegung“ unter den Lehrern auszulösen¹²²¹, ihren Höhepunkt. Denn kurzzeitig kam der Gedanke auf, das Institut organisatorisch an die Lehrgewerkschaft anzuschließen, um „breitere Kreise unserer Lehrerschaft in die wissenschaftlich pädagogische Arbeit“ einzubeziehen.¹²²²

Die Einbindung von Lehrern in die pädagogisch-wissenschaftliche Arbeit bot dem DPZI nicht nur Gelegenheit, der Verpflichtung auf enge Praxiskontakte nachzukommen.¹²²³ Sie bedeutete auch eine Entlastung der Sektionen bei den Bemühungen, der Praxis handfeste und vor allem sichtbare Resultate aus der Wissenschaft vorzulegen.¹²²⁴ Denn obwohl das Institut eine „gewaltige Arbeit“ geleistet habe, konstatierte die Leiterkonferenz des DPZI im September 1956, dass es gegenüber der Wissenschaft noch „bittere Vorwürfe“ wegen angeblich fehlender „Lehrbücher der Psychologie, der Pädagogik und der Methodiken“ gäbe.¹²²⁵ G. Klaufß' Auffassung ging in dieselbe Richtung. Außerdem forderte sie – trotz angespannter Finanzlage¹²²⁶ – unter anderem mehr Forschungsmöglichkeiten für ihre Sektion im Bereich der Allgemeinbildung in Mittelschulen sowie fachmethodische Untersuchungen, da eine ungenügende wissenschaftliche Analyse von jeher die Qualität der Lehrplanarbeit gefährde.¹²²⁷ Erschwerend käme in der Lehrplanarbeit hinzu, dass die Koordinierung von Stundentafel (im MfV ausgearbeitet) und Lehrplänen (im DPZI erstellt) zu wünschen übrig ließe.

Angeschoben wurden die empirischen Arbeiten durch den Beschluss der Leiterkonferenz.¹²²⁸ Zugleich begann aber auch die fieberhafte Suche nach Möglichkeiten, der Öffentlichkeit schnell

¹²¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹²²⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹²²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Aktennotiz über eine Unterredung mit Vertretern des Zentralvorstandes Unterricht und Erziehung am 27.9.1956.

¹²²² Anm.: „Fragen eines organisatorischen Anschlusses unseres Instituts an die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung wurden in unserem Gespräch nur angedeutet, jedoch auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt, weil es hierzu noch der Klärung vieler Fragen bedarf. Als vordringlichere Aufgabe wurde von beiden Seiten die Notwendigkeit bestätigt, in engster Zusammenarbeit unsere Lehrer für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der pädagogischen Wissenschaft und für die Teilnahme an wissenschaftlichen Untersuchungen und an einem regen ... Meinungsstreit zu gewinnen.“ (Vgl. Ebenda.)

¹²²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹²²⁴ Vgl. Ebenda.

¹²²⁵ Vgl. Ebenda.

¹²²⁶ Anm.: Der Verwaltungsleiter des DPZI stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob „so viele Konferenzen mit einer so großen Anzahl von Gästen nötig“ seien. Für Forschungszwecke wären im Haushaltsplan keine Gelder eingeplant. (Vgl. Ebenda.)

¹²²⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹²²⁸ Anm.: Entsprechende Vorschläge zu „praktischen Untersuchungsarbeiten für ihr Fachgebiet“ sollten die jeweiligen wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Anweisung der Sektionsleiter bis 31.10.1956 vorschlagen. (Vgl. Ebenda.)

greifbare Forschungsergebnisse zu präsentieren.¹²²⁹ Unter besonderem Erfolgsdruck geriet dabei die Sektion Psychologie. Um zumindest vorläufig Ergebnisse vorzuweisen, sollte für die Lehrer eine „Reihe von Materialien älterer pädagogischer Psychologen“ zusammengestellt werden.¹²³⁰ Der Abschluss einer monatelang dauernden Arbeit in der Sektion sei aus Zeitmangel zu „erzwingen“. Außerdem müssten die Aufgaben zukünftig genauer festgelegt werden. Grundlagenforschung wurde für die nächste Zeit zugunsten kleinerer Aufträge gestrichen. Gegen die Forderung, die Arbeit der psychologischen Sektion stärker mit der von anderen Sektionen zu verbinden, wehrte sich deren eingeladener Vertreter auf der Konferenz mit der Begründung, dass kein „All round-Psychologe“ erwartet werden dürfe. Die Probleme nahmen offenkundig auch in der Pawlow-Kommission und in der Leitung der Abteilung Wissenschaftliche Erziehungsberatung und Therapie (Jena) zu. Hinsichtlich der Jenaer Abteilung wurde die Frage aufgeworfen, ob sich das Institut damit übernommen habe. Des Weiteren rang sich die Leitung des DPZI dazu durch, zwei Jahre nach Gründung der Sektion Psychologie endlich einen Sektionsleiter einzusetzen.

Für andere Bereiche des Instituts besaßen lange Zeit ausgebliebene¹²³¹, strukturelle Veränderungen den Vorrang. Die Sektion I schlug eine Neugliederung in Sektionsabteilungen vor, und für Sektion IV (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer) hatte Dorst die Idee, sie in zwei Gebiete aufzuteilen: „in eine Sektion Methodik der Fächer und in eine Sektion mit Sofortaufgaben (Lehrplanarbeiten)“.¹²³² Das Fachgebiet Polytechnische Erziehung der Sektion I beantragte die Gründung einer eigenen Abteilung, in der alle Polytechniker zusammengefasst und der Sektion I unterstellt werden sollten. Weil aber Klauß diese Abteilung für ihre Sektion (IV) beanspruchte, wurde, um Konflikte zu vermeiden, die Bildung einer eigenständigen Abteilung empfohlen.¹²³³

Anlass zu diesen Überlegungen gab die Einführung des Werkunterrichts und der Gartenarbeit in den Schulen.¹²³⁴ Für die nötigen Lehrplanarbeiten wurden zwei Mitarbeiter in der Sektion IV

¹²²⁹ Anm.: „Die Sektionsleiter stellen auf den von ihnen vertretenen Gebieten fest, welche praktischen, noch unveröffentlichten Untersuchungsarbeiten vorliegen, die für eine rasche Veröffentlichung geeignet wären.“ (Vgl. Ebenda.)

¹²³⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹²³¹ Anm.: So bestand die Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts (I) mit Bereichen wie Schule und Jugendorganisation; Heimerziehung, Vorschulerziehung, Familienerziehung; Patriotische bzw. Sittliche Erziehung; Intellektuelle Erziehung; Polytechnischer und Berufsbildung fort; ebenso die Sektion Geschichte der Pädagogik (II); Psychologie (III); Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer (IV) mit Bereichen für beispielsweise Polytechnische Bildung (Schulgarten und Werken), Sprache und Literatur; Unterstufe; Geographie; Körpererziehung; Kunst- und Musikerziehung; Mathematik und Naturwissenschaften; außerdem Sektion Defektologie (V); Sektion Sorbische Schulen (VI); die Abteilung Fernstudium und die Büros für Gesamtdeutsche Fragen und für Auslandspädagogik. (Vgl. Ebenda. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹²³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹²³³ Vgl. Ebenda.

¹²³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1019. – Schreiben Dorsts an das MfV/Hauptabteilung Unterricht und Erziehung. 20.9.1955. Das Ministerium folgte mit der Wiedereinführung des Faches Werken und der Ausdehnung der Schulgartenarbeit der unvermittelten Forderung der SED nach, die mit dem Politbürobeschluss vom 18.4.1955 die Durchsetzung der polytechnischen Bildung in den Allgemeinbildenden Schulen verlangte. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 431. Geißler bezieht sich auf: [Politbürobeschluss]: BAB, DR 2/5603, MfV, Laabs an Lange, Bericht über den Stand der polytechnischen Bildung in den allgemeinbildenden Schulen, 2.2.1957. [Werken]: Günther, Karl-Heinz [Hrsg.]: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen

eingestellt.¹²³⁵ Den von diesen vorgelegten Lehrplanentwurf des Fachgebiets Polytechnik¹²³⁶ beriet die Direktion im November 1956 und beschloss die Gründung der Abteilung, die bei einer für später geplanten gesamtstrukturellen Veränderung des DPZI zu „einer selbständigen Sektion `Theorie der allgemeinen polytechnischen Bildung`“ erweitert werden sollte¹²³⁷. Bis dahin seien die „noch in der Sektion IV tätigen Mitarbeiter“ für Gartenarbeit und Werken in die neue Sektionsabteilung zu versetzen, die aber nicht eigenständig, sondern letztendlich doch der Sektion I unterstellt werden sollte.

Vermutlich wurden diese strukturellen und personellen Maßnahmen seitens der Direktion als Antwort auf die im März 1956 von Ulbricht auf der III. Parteikonferenz der SED erhobenen Forderung nach einer Ausrüstung der Schüler mit polytechnischer Bildung verstanden.¹²³⁸

Republik. Teil 2: 1956-1967/68, 1. Halbband. [Monumenta Paedagogica. Band VII/1]. Berlin 1969. S. 32ff. [Schulgartenarbeit]: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung der Deutschen demokratischen Republik. 71/1955, S. 129f. u. 142/55, S. 214f.)

¹²³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Vorschlag zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der polytechnischen Bildung. Ohne Datum [November/Dezember 1956].

¹²³⁶ Vgl. Ebenda.

¹²³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – DPZI/Direktion. Beschlussprotokoll über die Direktionsberatung am 10.11.1956.

¹²³⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 128. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BArch. IV 2/905/9. – SED, ZK, Abt. Allgemeinbildende Schulen, Neugebauer. An MfV, Minister Fritz Lange. – 15.2.1956. – Bl. 494. (Die diesbezüglichen instruierenden kritischen Bemerkungen in der Parteitagsrede, mit denen Ulbricht das Ministerium für Volksbildung bedachte, wurden üblicherweise vorformuliert.)

2.4 Das DPZI im Wandel (1957 bis 1959)

2.4.1 Zwischen „Neudogmatikern“ und „Bilderstürmern“ – das Institut auf einem schmalen Grat

Da sich die III. Parteikonferenz der SED vorwiegend den wirtschaftlichen Fragen zugewandt und die Problematik des Stalinkultes umgangen hatte,¹²³⁹ setzte die auf dem XX. Parteitag der KPdSU geforderte „Entstalinisierung“ eher zögernd ein und hallte in der DDR nur leise wider.¹²⁴⁰ In diesem Zusammenhang lagen auch die Aufforderungen Ulbrichts auf der Konferenz, einen „breiten wissenschaftlichen Meinungsstreit in den Fragen der Pädagogik“ sowie den „Kampf gegen Bürokratismus und gegen die Gängelei der Lehrer“¹²⁴¹ zu initiieren, weit ab von der „eingreifende Veränderungen versprechenden pädagogischen und schulpolitischen Kritik in der UdSSR“.¹²⁴² Obwohl diese Aufrufe in der DDR daher politisch zwiespältig blieben, ermutigten sie, die Diskussionen fortzusetzen.¹²⁴³

2.4.1.1 Angespannte Entspannung

Ulbricht sah sich zunehmend genötigt¹²⁴⁴ auf die lauter werdende Klage über seine Verzögerungstaktik bezüglich der Auswertung des XX. Parteitages zu reagieren.¹²⁴⁵ Er versuchte zwar weiterhin Kritik abzublocken, weil er nicht nur die Infragestellung seines Führungsstils zu befürchten hatte, sondern die Gefahr bestand, dass nicht nur die innen- und außenpolitischen Fehler Stalins ins Blickfeld gerückt werden könnten, sondern auch seine eigenen, gab jedoch zögernd nach.¹²⁴⁶ Die Streitigkeiten in der SED-Führung darüber, wie der sowjetische Parteitag zu interpretieren sei, hielten aber noch bis zum Sommer 1956 an.¹²⁴⁷ Auf dem (zweimal verschobenen) 28. ZK-Plenum im Juli 1956 waren noch immer Stimmen zu hören, welche die

¹²³⁹ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 48.

¹²⁴⁰ Vgl. Fulbrook, Mary: „Entstalinisierung“ in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 39. Jg. Heft 1/2006. S. 35-42. S. 42. Fulbrook geht davon aus, dass es sich bei der im „System vorhandene(n) `Legitimität“ um „pragmatische Kooperation, funktionale Stabilisierung und Partizipation unter Murren“ handelte, dass sich aber in der DDR kein erzwungener Personenkult z.B. um Stalin durchsetzen konnte. Deshalb hätte sich die „Kritik am stalinistischen Personenkult nach 1956 kaum auf den Charakter der Politik in der DDR“ ausgewirkt. Auch hinsichtlich der „Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturpolitik und die Frage der Entstalinisierung“ habe das Jahr 1956 keinen großen Wandel herbeigeführt. (Vgl. Ebenda. S. 38.)

¹²⁴¹ SAPMO, DY 30/IV 2/905/9, Bl. 57, SED, Arbeitsplan für das II. Quartal 1956, 5.7.1956. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 437.

¹²⁴² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 437.

¹²⁴³ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 81.

¹²⁴⁴ Anm.: Nachdem die Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU über Stalins Fehler und Verbrechen am 17.3.1956 teilweise in London und Westberlin publiziert worden ist, setzte das Politbüro Ulbricht unter Druck, einige Punkte der Rede anzusprechen. (Vgl. Harrison, Hope M.: Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU. Die Verhinderung politischer Korrekturen in der DDR, 1956-58. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 39. Jg. Heft 1/2006. S. 43-53. S. 45. Harrison bezieht sich auf: Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 77. und Ulbrichts Rede vor dem 26. Plenum, SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/179, Bl. 134-136.)

¹²⁴⁵ Vgl. Harrison: Ulbricht. S. 45 und 47.

¹²⁴⁶ Vgl. Ebenda. S. 47.

¹²⁴⁷ Vgl. Ebenda.

mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung von Beschlüssen des XX. Parteitages anmahnten.¹²⁴⁸ Der eigene, deutsche Weg zum Sozialismus kam auf dieser Tagung angesichts der Entwicklungen¹²⁴⁹ in Polen und Ungarn wieder ins Gespräch. Doch Ulbricht lehnte es kategorisch ab, einem der beiden Beispiele zu folgen.¹²⁵⁰ Ein weiteres Problem stellte das Verhältnis zur Bundesrepublik dar. Diskutiert wurde dabei, wie N. S. Chruschtschows „Konzepte der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern verschiedener gesellschaftlicher Systeme“ anzuwenden wären.¹²⁵¹ Während Karl Schirdewan¹²⁵² die verstärkte Demokratisierung der SED und damit Veränderungen in der DDR-Innenpolitik im Zuge des vorgesehenen Kontaktausbaus zur SPD in Westdeutschland ins Auge fasste, beabsichtigte Ulbricht keineswegs, die „innenpolitischen Zügel“ zu lockern oder – vor allem eingedenk der Flüchtlingszahlen – (Urlaubs-) Reisen nach Westdeutschland zu erleichtern.¹²⁵³

Während die Kontroversen innerhalb der SED-Führung andauerten, schlug die sowjetische Armee im November 1956 den ungarischen Aufstand nieder.¹²⁵⁴ Dadurch sah sich Ulbricht in seiner Haltung gestärkt und damit eine Gelegenheit, sich gegen innerparteiliche Kritiker durchzusetzen. Denn er wählte sich hinsichtlich seiner Forderung nach „erhöhter Wachsamkeit“ ebenso bestätigt wie in seiner Warnung davor, dass in der DDR nicht der gleiche Weg beschritten werden dürfe.¹²⁵⁵

Dennoch stürzten die Ungarereignisse die SED-Führung in eine neuerliche Diskussion – darüber, wie mit ihnen umzugehen sei. Vertreter eines offenen Dialogs mit der Bevölkerung

¹²⁴⁸ Vgl. Ebenda. Harrison bezieht sich dabei auf die Erklärung Otto Winzers auf dem 28. ZK-Plenum. In: SAPMO-BArch, DY/30/2/1/162, Bl. 147.

¹²⁴⁹ Anm.: Nachdem im März 1956 der polnische stalinistische Führer Bierut verstorben und Chruschtschows Rede im Juni über das Radio Free Europe übertragen worden war, kam es zu einer Arbeitererhebung in Posen. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, aber der frühere reformistische Parteichef Gomulka, den Bierut inhaftieren ließ, kehrte zurück. Analog dazu verlangten viele Ungarn die „Rückkehr des Reformers Imre Nagy, der 1955 von Rakosi entmachtet worden war“. (Vgl. Ebenda. S. 49. Harrison bezieht sich auf: [Polen]: Jan Nowak: Polen und Ungarn 1956, Referat zur Konferenz „Ungarn und die Welt, 1956“, Budapest 26.-29.9.1996. und [Ungarn]: Csaba Bekes: Die ungarische Revolution von 1956 und die Weltpolitik, Arbeitspapier z. Cold War International History Project, Washington D.C., Sept. 1996.)

¹²⁵⁰ Vgl. Ebenda. S. 50. Harrison bezieht sich auf: 29.7.1956, SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/163. Bl. 389-391.

¹²⁵¹ Vgl. Ebenda. Harrison bezieht sich auf: Vorbereitungsmaterial zum 28. Plenum, Information. Die ideologischen Unklarheiten in der Partei und bei der Bevölkerung. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/160. Bl. 12.

¹²⁵² Anm.: Karl Schirdewan (Jg. 1907), Transportarbeiter, seit 1925 Mitglied der KPD, ab 1927 hauptamtlicher Sekretär, wurde 1934 als „Mitglied des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes“ verhaftet und war bis 1945 im Zuchthaus und KZ; nach 1945 Mitarbeiter des ZK der KPD, seit Ende 1952 Mitglied des ZK (Sekretär für Kaderfragen) und des Sekretariats der SED, ab 1953 Angehöriger des Politbüros der SED. Schirdewan galt als „zweiter Mann“ der SED hinter Walter Ulbricht. (Vgl. Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 1985. S. 253 und 292.)

¹²⁵³ Vgl. Harrison: Ulbricht. S. 50. Harrison bezieht sich auf: [Schirdewan]: SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/163, 291. und Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 109. sowie [Ulbricht]: Vorbereitungsmaterial zum 28. Plenum, Information. Die ideologischen Unklarheiten in der Partei und bei der Bevölkerung. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/1/160. Bl. 13.

¹²⁵⁴ Anm.: In Ungarn fanden zunächst „massive öffentliche Demonstrationen“ statt. Nachdem Ungarn „die kommunistische Partei aufgelöst, seinen Rückzug aus dem Warschauer Pakt erklärt und seine Neutralität verkündet hatte“, setzten die militärischen Maßnahmen der Sowjetunion mit aller Radikalität und Brutalität ab dem 4.11.1956 ein. (Vgl. Ebenda. S. 50/51.)

¹²⁵⁵ Vgl. Ebenda. S. 51.

wollten ähnliche Entwicklungen in der DDR vermeiden.¹²⁵⁶ Sie sahen sich aber den Verfechtern der „erhöhten Wachsamkeit“ gegenüber, die die Situation als zu prekär einstufte, um den zur Erörterung solcher Probleme notwendigen Kontrollnachlass zu dulden.¹²⁵⁷ Die politische Lage blieb weiterhin gespannt, die Parteispitze zerstritten.

Noch auf dem 28. Plenum, also *vor* den Geschehnissen in Ungarn, hatte die Beseitigung des Dogmatismus im propagandistischen Vordergrund gestanden. Dabei war es unter Wissenschaftlern zu heftigen Debatten über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik gekommen. Der „Physikochemiker“ Robert Havemann griff in dieser Debatte sogar die Fundamente des sozialistischen Wissenschaftsverständnisses an, als er im Sinne der Überwindung des weltanschaulichen Dogmatismus an der dis dahin gültigen Prämisse zweifelte, dass wissenschaftlicher Fortschritt nur auf der Basis der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu erzielen sei.¹²⁵⁸ Als untragbar, d.h. „revisionsbedürftig“, hatte er auch die von politischen und ideologischen Interessen gesteuerte Themenwahl in der Forschung kritisiert.¹²⁵⁹

Nach dem Ungarnaufstand rückte hingegen der Kampf gegen einen angeblichen „Revisionismus“ in den Mittelpunkt der Parteipropaganda. Geschockt von den Ereignissen in Polen und Ungarn, sprach sich das sowjetische Politbüro erneut gegen Reformexperimente in der DDR aus und verzichtete auf einen etwaigen Austausch der SED-Führung.¹²⁶⁰ Wolfgang Harich (Cheflektor im Aufbau-Verlag), der mit einer Gruppe von Philosophen, Ökonomen und Journalisten im November 1956 ein „alternatives politisches Programm“ zusammengestellt hatte, stieß vor diesem Hintergrund weder in der SED-Spitze auf offene Ohren, noch gelang es ihm, über den sowjetischen Botschafter die Moskauer Führung für seine Konzeption einzunehmen.¹²⁶¹ Mit der „Tätigkeit der Gruppe Harich“, welche unter anderem die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit verlangte, ebenso die von unrentablen LPG-Betrieben bzw. Staatsgütern und die Wiedereinführung der Länderstruktur forderte, beschäftigte sich das Politbüro am 27.11.1956¹²⁶². Mit den darauf folgenden Verhaftungen sollte ein Exempel statuiert werden, um schließlich die Philosophen und Geisteswissenschaftler auf ihre Transmissionsrolle für nicht zu hinterfragende Inhalte festzulegen.¹²⁶³ Was die DDR-Pädagogen betraf, so war ein Artikel der „Sowjetskaja Paedagogica“¹²⁶⁴, der die Befreiung der Pädagogik vom Personenkult verlangte, zwar Ende 1956 in einem kleinen Kreis

¹²⁵⁶ Anm.: Dazu gehörten unter anderem Bruno Leuschner, Fritz Selbmann, Paul Wandel, Fred Oelßner und Kurt Hager. (Vgl. Ebenda. Harrison bezieht sich dabei auf: SAPMO, BArch, DY/30/IV 2/1/165-167.)

¹²⁵⁷ Anm.: Hierzu zählten z.B. Ulbricht, Neumann, Winzer, Stoph und Verner. (Vgl. Ebenda. Harrison bezieht sich dabei auf: SAPMO, BArch, DY/30/IV 2/1/165-167.)

¹²⁵⁸ Vgl. Malycha, Andreas: Frost nach dem Tauwetter. Wissenschaft und Politik in der DDR in den fünfziger Jahren. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 35. Jahrgang. Heft 2/2002. S. 237-252. S. 240. Malycha bezieht sich auf: Gerald Diesener: Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR, DA 6/1999, S. 953-962. und Rainer Hohlfeld: Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung, in: Hoffmann/Macrakis, Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997. S. 213-232.

¹²⁵⁹ Vgl. Ebenda. S. 244.

¹²⁶⁰ Vgl. Ebenda. S. 249.

¹²⁶¹ Vgl. Ebenda. Dort: Das gesamte Dokument ist abgedruckt in: Wolfgang Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin, 1993, S. 112-160.

¹²⁶² Vgl. Ebenda. Malycha bezieht sich auf: SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/2/515 und 516.

¹²⁶³ Vgl. Ebenda. S. 250.

¹²⁶⁴ Zur Frage der Überwindung des Personenkultes in der Pädagogik. Sowjetskaja Paedagogica. Heft 9/1956. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 444.

diskutiert worden¹²⁶⁵. Von der ursprünglich geplanten Veröffentlichung nahmen die Verantwortlichen im Ministerium für Volksbildung jedoch Abstand.¹²⁶⁶

Der Direktor des DPZI repräsentierte die widersprüchlichen Impulse der Diskussionen dieser Zeit bereits auf der Leiterkonferenz Ende September, als er sein Institut zwischen „Neudogmatikern“ und „Bilderstürmern“ wissen wollte.¹²⁶⁷ Ähnlich sah es offenbar der Volksbildungsminister, als er auf einer Direktionsberatung am 1.12.1956 anregte, in nächster Zukunft eine „Aussprache über die Beseitigung des Dogmatismus in der Pädagogik“ im DPZI abzuhalten.¹²⁶⁸ Dazu eingeladen werden sollten leitende Mitarbeiter des MfV (ca. sieben), des DPZI (ca. sieben), des Volk und Wissen Verlages (ca. vier), des Wissenschaftlichen Rates des Instituts (ca. zehn), der Lehrerbildung (ca. fünf), „hervorragende Praktiker“ (ca. zehn), sowie Vertreter der Universitäten (ca. sieben).¹²⁶⁹ Geplant wurde diese Veranstaltung für einen Termin zwischen dem 20. und 30.1.1957.¹²⁷⁰ Sie fand aber letztendlich erst nach der 30. ZK-Tagung der SED (30.1.-1.2.1957) statt, auf der die Parteiführung die „schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten“ ausgeschlossen und das „Prinzip der Parteilichkeit“ zum Ausgangspunkt jeglicher Diskussionen in Wissenschaft und Kunst ausgerufen hatte.¹²⁷¹

Als die ursprünglich früher angesetzte Aussprache am 19.2.1957 durchgeführt wurde, engagierte sich Minister F. Lange im „Kampf gegen den Dogmatismus“ und gegen „Einseitigkeiten“ in der Verwaltungsarbeit und der pädagogischen Theorie und Praxis.¹²⁷² Zugleich warnte er vor dem „Revisionismus“.¹²⁷³ Außerdem müsse die „Diskussion auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“ erfolgen.¹²⁷⁴ Kurz zuvor erhielten die Mitarbeiter des DPZI Publikationsfreiheit, mit dem Ratschlag, sich „in besonderen Fällen“ die „Meinung der Sektionsleitung und Institutsleitung einzuholen“ – vor allem angesichts der Verantwortung, die den Institutsangehörigen im Hinblick „auf die Grundlagen der Politik unseres Staates und auf die Tendenz und Richtung der Entwicklung“ zukommen würde.¹²⁷⁵

2.4.1.2 Erste Konflikte im Redaktionskollegium der „Pädagogik“

Entsprechende Orientierungen zur politischen Linie gab auch Laabs im Redaktionskollegium der „Pädagogik“.¹²⁷⁶ Die Schularbeit seit 1945 sollte zwar erforscht, aber nicht vordergründig

¹²⁶⁵ Anm.: Ausgewertet wurde der Artikel zum Jahresende 1956 im MfV und dem „ihm direkt unterstellten Einrichtungen“. (Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/6275, MfV, HA Unterricht und Erziehung. Protokoll über die Dienstbesprechung der HA Unterricht und Erziehung am 22.12.1956.)

¹²⁶⁶ Vgl. Ebenda.

¹²⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹²⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Beschlussprotokoll über die Direktionsberatung am 1.12.1956.

¹²⁶⁹ Vgl. Ebenda.

¹²⁷⁰ Vgl. Ebenda.

¹²⁷¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 460/461.

¹²⁷² Vgl. Ebenda. S. 445. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, Deiters 6, Lange an Deiters, 6.2.1956. (wahrscheinlicher ist der 6.2.1957, N.Z.)

¹²⁷³ Vgl. Ebenda.

¹²⁷⁴ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, Deiters 6, Notizen zum Brief vom 6.2.1956. (wahrscheinlicher ist der 6.2.1957, N.Z.)

¹²⁷⁵ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DPZI Direktionsakten. Beschlussprotokoll der Direktionsberatung des DPZI vom 26.1.1957.

¹²⁷⁶ Hier und im Folgenden. Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 87. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 9.11.1956.

selbstkritisch betrachtet werden. Ebenso müsse das Problem der Mittelschule erörtert werden. Dabei dürften jedoch nicht deren organisatorische Angelegenheiten hinterfragt werden. Lediglich ihr Erziehungs- und Bildungsinhalt sei zur Diskussion zu stellen, von dem aus sich dann „Aussagen über Form der Lehrpläne und über die Studentafel“¹²⁷⁷ herleiten ließen.

Nach mahnenden Worten des ehemaligen DPZI-Direktors Siebert vor einem etwaigen deutschen „Sonderweg“ in der Pädagogik¹²⁷⁸, beschloss die Zeitschrift auf einer Sitzung im Beisein des ZK-Mitgliedes Katharina Harig¹²⁷⁹, dass an einer „Weiterführung der marxistischen Pädagogik“ gearbeitet werden müsse, ein „Zurück“ nicht zur Debatte stünde.¹²⁸⁰ Fortan hätten jeweils zwei Kollegiumsmitglieder jede eingereichte Arbeit zu begutachten. In strittigen Fällen läge die Entscheidung bei Dorst als dem Direktor des DPZI.¹²⁸¹

Im Frühjahr 1957 kam es vermehrt zu Meinungsverschiedenheiten über zu veröffentlichende Artikel in der Zeitschrift. Gegen den Einspruch von Alt wurde im März ein Beitrag veröffentlicht, der unter anderem den Übergang zur Oberschule ab dem sechsten Schuljahr vorschlug.¹²⁸² Aus diesem Anlass beriet das Kollegium im April 1957 erneut über die „Linie“ der Zeitschrift.¹²⁸³ Laabs bestand hierbei darauf, trotz der beibehaltenen Kritik am Dogmatismus, die Diskussion zu lenken und unter Umständen einzuschränken, um „blanker Spontaneität“ vorzubeugen.

Dennoch kam es kurz darauf zu erneuten Streitigkeiten. Diesmal betraf es jedoch „methodische Fragen der Pädagogik als Wissenschaft“, mit denen sich Klaus-Dietrich Wagner¹²⁸⁴ eigenen Angaben zufolge in seinem Artikel „Normative Pädagogik-Erfahrungspädagogik-Wissenschaftliche Pädagogik“ beschäftigte.¹²⁸⁵ Die Begutachtung übernahmen Deiters und Siebert.¹²⁸⁶

¹²⁷⁷ DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 9.11.1956. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 87.

¹²⁷⁸ Anm.: Siebert beklagte am 18.2.1957 in einem Schreiben an die Zeitschrift, dass in den Veröffentlichungen der letzten Ausgaben Tendenzen sichtbar würden, „die dem Charakter als wissenschaftlicher Streitschrift der marxistisch-leninistischen Pädagogik in Deutschland“ entgegenstünden. In der Verurteilung der vorgeblichen „Lernschule“ sei die Verteidigung „reaktionärer, bürgerlicher Ansichten“ zu erkennen. „Erkenntnisse und Erfahrungen der Sowjet-Pädagogen“ blieben hingegen unbeachtet. Mehrere Publikationen wären davon gekennzeichnet, dass sie entgegen dem sowjetischen „Vorbild der marxistisch-leninistischen Pädagogik“ einen „Sonderweg“ der „deutschen Pädagogik“ suchen würden. (DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1849. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 88.)

¹²⁷⁹ Anm.: Dabei handelte es sich um die Mitarbeiterin der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED. (Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Sitzung des Redaktionskollegiums vom 22.3.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 88.)

¹²⁸⁰ Vgl. Ebenda.

¹²⁸¹ Vgl. Ebenda.

¹²⁸² Anm.: Gemeint ist ein Artikel von dem Berufsschulleiter Albert Tebbe: Zur Diskussion über Probleme der Allgemeinbildung. In: Pädagogik. – Berlin 12(1957)3, S. 184-192. (Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 88/89.). Vorgeworfen wurden diesem Beitrag „desorientierende Tendenzen“. Wegen „falscher Ansichten“ war bereits ein Artikel von Karl Trinks über Charakterbildung abgelehnt, ein anderer von Clara Marie Fassbinder (westdeutsche Pädagogin) von Dorst aus dem Umbruch genommen worden, da eine Veröffentlichung „ein grober politischer Fehler“ gewesen wäre. (Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Sitzung des Redaktionskollegiums vom 22.3.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 89.)

¹²⁸³ Hier und im Folgenden: Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Sitzung des Redaktionskollegiums am 5.4.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 89.

¹²⁸⁴ Anm.: Wagner war „parteiloser Lehrstuhlleiter am Pädagogischen Institut Mühlhausen“. (Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 160.)

¹²⁸⁵ Vgl. Brief von Dr. Klaus-Dietrich Wagner an die Redaktion der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 28.4.1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Signatur 2675. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. Da nach Benner/Sladek das

Siebert sprach sich gegen eine Publikation aus und erhob den Vorwurf, dass K.-D. Wagner den Standpunkt der marxistischen Pädagogik vernachlässigt habe.¹²⁸⁷ Deiters hingegen empfahl die Arbeit trotz Beanstandungen zur Veröffentlichung.¹²⁸⁸ Im Ergebnis einer darauf folgenden Besprechung im Redaktionskollegium, auf dem der Beitrag genehmigt wurde,¹²⁸⁹ wandte sich Neuner mit einem Schreiben an Wagner¹²⁹⁰. Darin teilte er ihm die an seinem Manuskript geübte Kritik mit und ergänzte sie um weitere Punkte. Beispielsweise seien die „untrennbare Einheit“ von Politik und Pädagogik sowie die marxistische Philosophie in seinen Vorstellungen von wissenschaftlicher Pädagogik unberücksichtigt geblieben. Außerdem ziehe Wagner ausschließlich den „Wissenschaftscharakter der Pädagogik“ in Betracht, behandle hingegen nicht die Bedürfnisse der Praxis, d.h. die „Sorge um die Verbesserung der sozialistischen Erziehung unserer Jugend“. Im Dezember 1957 zog Wagner seinen Artikel zurück, da er nicht bereit war, den Artikel nach Neuners Wünschen zu überarbeiten.¹²⁹¹

2.4.1.3 Die Schulpraxis als Ausweg – Arbeitsschwerpunkte 1957

Dem Ziel, die „sozialistische Erziehung unserer Jugend zu verbessern“, räumte das DPZI im Jahr 1957 die höchste Priorität ein. Jegliche Korrekturen in der Arbeit müssten diesem Zweck untergeordnet werden.¹²⁹² Bezug nehmend auf das 28. Plenum des ZK der SED und den V.

Manuskript selbst verschollen ist, rekonstruieren Benner/Sladek die Aussagen des Beitrages aus den Gutachten von Siebert, Deiters und Kath sowie aus der Korrespondenz der Redaktion. (Gutachten von Prof. Siebert vom 4. Juni 1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2678a. Gutachten von Prof. Dr. Deiters vom 11.6.1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2676. und Werner Kath: Gutachten über das Manuskript von Dr. Klaus-Dietrich Wagner vom 15.11.1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2675. In: Benner/Sladek. Vgl. Ebenda. S. 160ff.) Daraus schließen Benner/Sladek, dass Wagner unter „normativer“ bzw. „deklarativer“ Pädagogik vermutlich „postulatorische Aussagen verstand, welche humanistische Erziehungsziele verkünden und diese zirkulär aus den Wertauffassungen derjenigen zu begründen suchen, die für diese Ziele eintreten“. Mit „Erfahrungspädagogik“ könnten die „subjektiven Erfahrungen der Praktiker“ gemeint sein (Gutachten Deiters). Die „Wissenschaftliche Pädagogik“ stellte wahrscheinlich eine dritte, von den ersten beiden jeweils zu unterscheidende, Wissensform dar. Dem Gutachten von Kath entnehmen Benner/Sladek den Hinweis, dass es sich dabei um eine „Vorstufe zu einer noch ausstehenden wissenschaftlichen Pädagogik“ handeln könnte, da Kath schrieb: „Wagner ist der Auffassung, dass unter solchen Umständen dem einzelnen nichts übrig bleibe, als sich dieser oder jener Form der normativen oder erfahrungsmäßigen Pädagogik zuzuwenden, bis diese empirische Grundlegung der Pädagogik erfolgt sei.“

¹²⁸⁶ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 160.

¹²⁸⁷ Vgl. Gutachten von Prof. Siebert vom 4. Juni 1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2678a. In: Vgl. Ebenda.

¹²⁸⁸ Vgl. Gutachten von Prof. Dr. Deiters vom 11.6.1957. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2676. In: Vgl. Ebenda. S. 161.

¹²⁸⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Pädagogik“ am 5. Juli 1957. In: DIPF/BBF/Archiv, Signatur 2676. In: Vgl. Ebenda.

¹²⁹⁰ Hier und im Folgenden: Brief von Dr. G. Neuner an Herrn Dr. Klaus-Dietrich Wagner vom 10.10.57. In: DIPF/BBF/Archiv: Sign. 2675. In: Vgl. Ebenda. S. 162.

¹²⁹¹ Vgl. das Einschreiben von Dr. Klaus-Dietrich Wagner an die Redaktion der Zeitschrift „Pädagogik“ vom 14.1.1958. In: DIPF/BBF/Archiv: Signatur 2675. Vgl. ferner das Schreiben der Redaktion an Herrn Dr. Klaus-Dieter Wagner vom 13.1.1958. In: DIPF/BBF/Archiv: Signatur 2675. Zitiert nach: Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 162.

¹²⁹² Anm.: „Alle Veränderungen unserer Arbeit müssen dem Ziel dienen, die sozialistische Erziehung unserer Jugend zu verbessern, Wege vorwärts zu weisen.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1957. Der Arbeitsplan wurde am 20.12.1956 von Dorst an das ZK der SED, Abteilung Allgemeinbildenden Schulen übersendet. Vgl. Ebenda. – Schreiben von Dorst an Neugebauer vom 20.12.1956.)

Pädagogischen Kongress, sollte vor allem die „einseitige spekulative Pädagogik“ durch eine vermehrte empirische Forschung überwunden werden.¹²⁹³ Die Mitarbeiter des Instituts wurden dazu angehalten, eine „gründliche und umfassende Auseinandersetzung mit zum Teil einseitigen und dogmatischen Auffassungen der letzten Jahre zu führen und in den wichtigsten und aktuellsten Fragen des Unterrichts-, Bildungs- und Erziehungsprozesses die notwendigen Korrekturen“ vorzunehmen.

An der schulstrukturellen Diskussion beteiligte sich das DPZI mit Untersuchungen zur Beschaffenheit der „Struktur einer allgemeinbildenden zehnklassigen Schule“, in welcher die Interessen der Schüler, jedoch immer „im Hinblick auf die Forderungen der Gesellschaft“, berücksichtigt werden könnten. Jegliche Veränderung im Bildungsgang müsse dabei zur Stärkung des Grundwissens führen. Die schließlich beabsichtigte Lehrplanerarbeitung von insgesamt 21 Plänen sollte den Schulen die Möglichkeit zur Differenzierung bieten, vor allem mit Rücksicht auf die „örtlichen Gegebenheiten“.¹²⁹⁴ Arbeitskreise und -gruppen hatten, wie teilweise schon im Vorjahr¹²⁹⁵, Themen wie die patriotische Erziehung, die Familienerziehung, die polytechnische Bildung, die Internatserziehung und fachmethodische Fragen zu beleuchten.¹²⁹⁶ Darüber hinaus leitete das DPZI die Beratung der Kommissionen zur Erarbeitung von Lehrplänen für die Lehrerbildungsinstitute an, obwohl die Lehrerbildung strukturell nicht mehr dem Institut zugehörte.¹²⁹⁷ 1956 übernahm das Institut die Ausarbeitung von Plänen für die Lehrerbildung noch selbst.¹²⁹⁸ Außerdem bemühte sich das DPZI darum, sichtbare und gebrauchsfertige pädagogische Ergebnisse vorzulegen. So sah der Arbeitsplan 1957 ein Handwörterbuch der Pädagogik¹²⁹⁹ für Lehrer, Erzieher, Pionierleiter, Mitarbeiter der Schulverwaltung, Lehrerstudenten, „interessierte Eltern und die pädagogisch interessierte Öffentlichkeit“ vor; außerdem ein populärwissenschaftliches Buch und einen „Jahres-Abreißkalender“ für Eltern.¹³⁰⁰ Wahrscheinlich geschah dies in der Absicht, den „bitteren

¹²⁹³ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹²⁹⁴ Anm.: Im Vorjahr arbeitete das DPZI bereits an den Lehrplänen der Klassen 1 bis 5 für die zehnklassige allgemeinbildende Schule. Für die Grundschule wurden zu diesem Zeitpunkt die Direktiven mit den Lehrplänen in einem Dokument zusammengefasst. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹²⁹⁵ Anm.: Die Arbeitsgruppe zur Patriotischen Erziehung war in der Sektion I (Theorie), die für polytechnische Bildung in Sektion IV (Methodik) gegründet worden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹²⁹⁶ Anm.: In der Familienerziehung sollten die Untersuchungen unter dem Aspekt des Einflusses der Arbeiterklasse durchgeführt werden. Die Forschungen zur patriotischen Erziehung konzentrierten sich auf eine Schule in Babelsberg. Die polytechnische Bildung war auf der Oberstufe der allgemeinbildenden Schule, vor allem Klasse 9 und 10, zu ergründen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1957.)

¹²⁹⁷ Anm.: Insgesamt wären dies ca. 40 Lehrpläne für die Institute für Lehrerbildung, 30 für Pädagogische Schulen und 50 Studienprogramme für Pädagogische Institute. (Vgl. Ebenda.)

¹²⁹⁸ Anm.: „Ausarbeitung von Studienprogrammen für Pädagogische Institute 3., 4. und 5. Semester; für die Pädagogische Hochschule Potsdam 1. und 2. Semester; Lehrpläne für Institute für Lehrerbildung und Pädagogische Schulen gemäß Auftrag des Ministeriums für Volksbildung.“ Beauftragt wurden damit im Speziellen Sektion I (Theorie), Sektion III (Psychologie) und Sektion IV (Methodik). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹²⁹⁹ Anm.: Dieses Projekt wurde bereits 1956 in der theoretischen Sektion begonnen: „Bildung einer Redaktion für die Herausgabe des pädagogischen Handwörterbuchs.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1956.)

¹³⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1957.

Vorwürfen“ gegenüber der Wissenschaft bezüglich des Defizits an Lehrbüchern für Psychologie und Pädagogik entgegen zu wirken.¹³⁰¹

Im Übrigen befasste sich das DPZI neben der Vorbereitung von Seminaren und Konferenzen¹³⁰² auch mit „bestimmten Problemen des Schulwesens in Westdeutschland“, unter anderem mit der „kritischen Beobachtung der Tätigkeit des `Arbeitskreises zum Studium des Marxismus“, insbesondere der „Analyse der Schriftenreihe `Sozialistische Erziehung“. ¹³⁰³

2.4.1.4 Die Gelegenheit zur Expansion – Personal und Struktur des Instituts 1957

Die aktuelle politische Linie des „Kampfes gegen den Dogmatismus“ nutzte das DPZI, wie auch schon den „Neuen Kurs“ nach der Junikrise von 1953, um strukturelle Reformen voranzubringen. Dabei war auch durchaus an „tief greifende Veränderungen der Struktur“ gedacht.¹³⁰⁴

Vermutlich hatte Dorst dabei die Teilung der Sektion IV in eine Sektion für Fachmethodik und eine für Lehrplanarbeiten sowie die Bildung einer Sektion für Polytechnik im Sinn.¹³⁰⁵ Im Jahr 1957 gelang es jedoch nicht, diese Idee zu verwirklichen. Bis auf die neue Abteilung Wissenschaftliche Erziehungsberatung (Jena) und die Integration des Bereichs Auslandspädagogik in das Büro für gesamtdeutsche Fragen, blieb die Struktur konstant.¹³⁰⁶

¹³⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹³⁰² Anm.: Vorgesehen waren Veranstaltungen zu den Themen: polytechnische Bildung, Methoden der empirischen Forschung sowie eine „Konferenz anlässlich der Komensky-Feiern im Jahre 1957“. (Vgl. Ebenda.)

¹³⁰³ Vgl. Ebenda.

¹³⁰⁴ Vgl. Ebenda.

¹³⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – DPZI/Direktion. Beschlussprotokoll über die Direktionsberatung am 10.11.1956. Siehe auch Punkt 2.3.2.3.

¹³⁰⁶ Anm.: D.h. insgesamt: *Sektion I* (Theorie der Erziehung und Bildung) mit den Sektionsabteilungen Allgemeine und polytechnische Bildung (Mitarbeiter für Intellektuelle Erziehung, Sittliche Erziehung, Körpererziehung und Schulhygiene, Polytechnische Bildung, Gartenarbeit, Werkunterricht und Berufsschulbildung) und Erziehung und Bildung außerhalb der Schule (Mitarbeiter für Schule und Jugendorganisation, Familienerziehung, Heimerziehung, Vorschulerziehung, Kinder im Alter bis drei Jahre sowie Schulrecht, Schulverwaltung, Schulorganisation); *Sektion II* (Geschichte der Pädagogik und Volksbildung) mit einem Sektionsleiter, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Aussicht auf einen wissenschaftlichen Oberassistenten ab 1.9.1957. *Sektion III* Pädagogische Psychologie mit Sektionsleiter zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern (einer davon ab 1.9.1957) und einem wissenschaftlichen Oberassistenten; *Abteilung Wissenschaftliche Erziehungsberatung* mit einem Abteilungsleiter, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter, einem wissenschaftlichen Oberassistenten und einem wissenschaftlichen Assistenten; *Sektion IV* (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer) mit Sektionsleiter und den Sektionsabteilungen Sprache und Literatur (Mitarbeiter für Deutsch/Grammatik, Deutsch/Literatur, Russisch, Englisch/Französisch, Russisch/Englisch und einem wissenschaftlichen Assistenten); Mathematik und Naturwissenschaften (Mitarbeiter für Mathematik, Physik, Chemie und Biologie); Geschichte, Gegenwartskunde, Geographie mit entsprechender Besetzung; gleichsam Kunst-, Musik- und Körpererziehung; Landschulen, Unterstufe (Mitarbeiter für Landschulen, Deutsch/Unterstufe, Rechnen/Unterstufe und Heimatkunde); *Sektion V* (Defektologie) mit dem Sektionsleiter und einem Mitarbeiter für Hilfsschulen (ursprünglich war hier „Blindenschulen“ vorgesehen), der Mitarbeiter für Sehschwachenschulen wurde gestrichen; *Sektion VI* (Sorbische Schulen) mit dem Sektionsleiter und Mitarbeitern für Deutsch, Sorbisch Sprache, Niedersorbisch, Russisch, Geschichte, Didaktik der Unterstufe, Landschulen, Vorschulerziehung, Jugendorganisation und außerschulische Erziehung sowie Heimatkunde/Erdkunde; *Büro* für Auslandspädagogik und gesamtdeutsche Fragen (Mitarbeiter für Volksrepubliken,

Allerdings wurde angesichts der geographischen Zersplitterung des Instituts und der Übernahme von „neuen großen Aufgaben“ eine stellenplanmäßige Erweiterung angestrebt.¹³⁰⁷ Vor allem sollte die Anzahl der Mitarbeiter in der Polytechnischen Bildung erhöht werden. Dies galt für die Durchführung der anstehenden „Untersuchungen zur Verwirklichung der polytechnischen Bildung in den allgemeinbildenden Schulen“ als Voraussetzung. Ebenso müsse im Bereich „Mathematik und Naturwissenschaften“ verfahren werden, da dieser an den „späteren obligatorischen Mittelschulen“ auszubauen wäre. Angesichts der erwarteten personellen Aufstockung und wechselnder Anforderungen an das DPZI sowie in Anbetracht der „Dezentralisierung der Arbeitsstätten“ (drei in Berlin, eine in Jena, eine in Bautzen und eine in Potsdam¹³⁰⁸) wurde auch für die Direktion eine Verstärkung um einen stellvertretenden Direktor verlangt. Dessen Aufgabe sollte es sein, die „gesamte organisatorisch-wissenschaftliche Arbeit verantwortlich“ zu leiten.¹³⁰⁹

Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern konnte 1957 ein Zuwachs durchgesetzt werden, im Leitungspersonal hingegen nicht.¹³¹⁰ Zwölf Wissenschaftler wurden neu eingestellt, fünf entlassen. Von den elf leitenden Angestellten, vermutlich einschließlich des Direktors¹³¹¹, verließ einer (Uhlmann¹³¹²) das DPZI, so dass sich deren Anzahl sogar dezimierte.

UdSSR/Volksrepubliken, kapitalistisches Ausland und Gesamtdeutschland); *Büro* für Publikationen, Kaderabteilung, Archiv und Bibliothek, Verwaltung und zuletzt die *Abteilung Fernstudium* (Mitarbeiter für Deutsch, Russisch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte und Geographie). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1018a. – Stellenplanentwurf 1957.)

¹³⁰⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des kommissarischen Kaderleiters des DPZI an das ZK der SED, Abt. Allgemeinbildende Schulen vom 21.12.1956.

¹³⁰⁸ Anm.: In Jena befand sich die neue Abteilung Wissenschaftliche Erziehungsberatung, in Bautzen die Sektion Sorbische Schulen (VI) und in Potsdam die Abteilung Fernstudium.

¹³⁰⁹ Vgl. Ebenda.

¹³¹⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957.

¹³¹¹ Anm.: Das Feld „Leiter des Dienststelle“ ist in dieser Erfassungstabelle nicht gesondert aufgeführt. Daraus lässt sich schließen, dass der Direktor im Bereich „Leitende Angestellte“ inbegriffen wurde. (Vgl. Ebenda.)

¹³¹² Anm.: *Sehr wahrscheinlich* handelte es sich dabei um W. Uhlmann, den Leiter der Sektion I (Theorie). Es wurde ein männlicher leitender Angestellter entlassen, der vor „Eintritt in den demokratischen Staatsapparat“ Schüler bzw. Student gewesen und bereits über fünf Jahre im DPZI tätig war. Er sollte zukünftig in eine „anderen staatliche Einrichtung“ übergehen. (Vgl. Ebenda.) Uhlmann war zu diesem Zeitpunkt 29 Jahre alt, arbeitete seit 1951 (23 Jahre alt) im Institut, ab 1952 als Leiter der Abteilung bzw. Sektion Theorie und wechselte später ins Ministerium für Volksbildung, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1960 beschäftigt wurde. (Vgl. Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 208.) Spätestens ab 1958 übernahm W. Kath (BGL-Leiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Schule und Jugendorganisation) die kommissarische Leitung der Sektion I (Theorie). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958.) Davon abweichend ist einzig das in der Kaderstatistik eingetragene Alter des ausgeschiedenen leitenden Angestellten. Dazu kann gesagt werden, dass der Vordruck der Kaderstatistik im Vergleich zu dem des Vorjahres eine neue Altersaufgliederung aufweist. Die Altersgruppen waren anders zusammengefasst. Es wurden 1956 (v. l. n. r.) die „bis unter 18 Jahre“, „18 bis unter 26 Jahre“ und in der dritten Spalte die „26 bis unter 30 Jahre“ alten Mitarbeiter ermittelt. Die dritte Spalte war also Uhlmanns Altersklasse (28 J.), in der für Dezember 1956 auch nur *ein* männlicher leitender Angestellter verzeichnet wurde. Der neue Vordruck von 1957 fasste jedoch (v. l. n. r.) die „bis unter 26 Jahre“, „26 bis unter 40 Jahre“ und in der dritten Spalte „40 bis unter 60 Jahre“ alten DPZI-Angehörigen zusammen. Gut möglich, dass es hierbei zu einem Flüchtigkeitsfehler aus Gewohnheit kam. Beide Statistiken, die von 1956 und die von 1957, führte derselbe Kaderleiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Fluktuationsstatistik 16.6.1956 bis 15.12.1956.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1956.)

Der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern blieb konstant.¹³¹³ Auch eine Verstärkung des DPZI durch Hochschulabsolventen schien nicht ausschlaggebend für die Personalbewegungen zu sein.¹³¹⁴ Von den Abgängen wechselten vier in „andere staatliche Einrichtungen“, einer ging vermutlich in den Ruhestand („Ausscheiden aus dem Berufsleben“).

Im Vergleich zum Vorjahr wuchs der Personalbestand 1957 insgesamt weiter an¹³¹⁵:

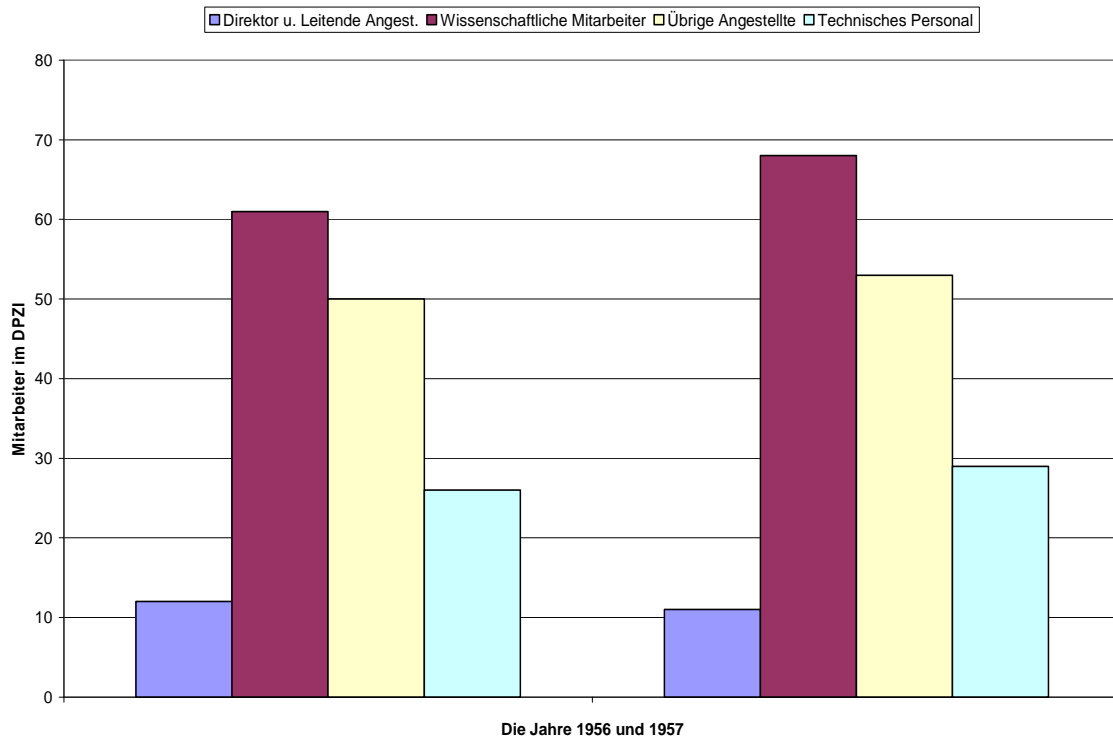


Abbildung 9: Personalbestand des DPZI von 1956 und 1957 im Vergleich

2.4.1.5 Aufbrechen der Konflikte

Zwar herrschte unter der Maxime des „Kampfes gegen den Dogmatismus“ personell und strukturell weitgehende Stabilität. Über das „richtige“ Vorgehen in diesem „Kampf“ bestand hingegen offenbar Uneinigkeit. So kam es z.B. in der Frage des Austauschs überholter durch neue Schuldokumente zu Meinungsverschiedenheiten. Die Notwendigkeit dazu ergab sich, nachdem Minister F. Lange eine Prüfung aller gesetzlichen Bestimmungen und die Revidierung

sowie BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957.)

¹³¹³ Anm.: Abermals wurde ein früherer NSDAP-Anhänger entlassen und einer eingestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957.)

¹³¹⁴ Anm.: Alle zwölf Neueingestellten verfügten über den Hochschulabschluss, von den fünf Entlassenen vier, einer über den Fachschulabschluss. (Vgl. Ebenda.)

¹³¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1956. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957. Die Gesamtzahl der Belegschaft erhöhte sich von 149 im Jahr 1956 auf 161 im Jahr 1957.

einiger alter Verordnungen verlangt hatte.¹³¹⁶ Dies stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ziel, ein neues Schulgesetz vorzubereiten.¹³¹⁷ Dafür sollten zunächst verschiedene „zusammenfassende Anordnungen“ erstellt werden.¹³¹⁸

Im Ergebnis der Prüfung schlug die Leitung des DPZI dem Ministerium vor, die „Anweisung über die Unterrichtsstunde vom Jahre 1950 mit den entsprechenden Ergänzungen zur Vorbereitung des Lehrers“ und die „Anweisungen über die Planung der Schularbeit“ aufzuheben. Nach Zustimmung des MfV¹³¹⁹ wurden beide Verordnungen zum Schuljahr 1956/57 außer Kraft gesetzt¹³²⁰. Anschließend beauftragte das Ministerium das Institut, die Vorbereitungen neuer gesetzlicher Bestimmungen zu beginnen.¹³²¹ In der eigens gebildeten Arbeitsgruppe¹³²² traten jedoch in wesentlichen Punkten Meinungsverschiedenheiten hervor, die auch „nicht dadurch aus der Welt geschafft“ werden könnten, wenn „eine Person die Schlussredaktion“ übernehme.¹³²³ Dorst maß der Tätigkeit dieses Arbeitskreises „großen Wert“ zu, weil sie nach seiner Auffassung den Beteiligten Gelegenheit für Meinungspluralität und zur Mitwirkung an einer „neuen schulpolitischen und pädagogischen Konzeption“ bieten würde. Daher wollte er auf das Gremium nicht verzichten und ordnete an, unter anderem die Leiterin der methodischen Sektion und den wissenschaftlichen Sekretär¹³²⁴ hinzuzuziehen, um die strittigen Fragen zu „klären“.¹³²⁵

¹³¹⁶ Anm.: Im August nahm auf Ministerratsbeschluss eine „Regierungskommission zur Überprüfung und Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen“ unter Leitung von Willy Stoph (Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident) ihre Arbeit auf. Auf Beschluss dieser Kommission begannen Ende 1956 im MfV die Vorbereitungen für ein neues Schulgesetz. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 456.)

¹³¹⁷ Anm.: Dieses Schulgesetz sollte binnen drei Jahren in der Endfassung vorliegen. (Vgl. BAB, DR 2/730, Bl. 141, MfV, Abt. Schulorganisation. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Schulorganisation am 8.12.1956. In: Vgl. Ebenda. S. 456/457.)

¹³¹⁸ Anm.: Z.B. „Schulordnung, Dienstordnung für Lehrer und Erzieher, Besoldungsordnung, Lehrerbildung, Sonderschulwesen, Außerschulische Erziehung“. „Alle Bestimmungen seien so zu verändern, `dass die Entfaltung eines demokratischen Lebens in allen Einrichtungen der Volksbildung nicht mehr behindert` werde.“ (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 456. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/6275, MfV, Sekretariat des Ministers, Protokoll über die Dienstbesprechung am 4.12.1956.)

¹³¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben Dorsts vom 21.3.1957.

¹³²⁰ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 442.

¹³²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben Dorsts vom 21.3.1957.

¹³²² Anm.: Konstituiert wurde diese Arbeitsgruppe auf Beschluss der erweiterten Sektionsleiterkonferenz vom 27./28.2.1957 und „nach Aussprache mit den Genossen Minister Lange, Staatssekretär Laabs und Hauptabteilungsleiter Rebisch“ (HA Unterricht und Erziehung im MfV, N.Z.). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben des Direktors des DPZI vom 10.7.1957.) Als Mitglieder vorgesehen waren Mitarbeiter der Sektion Theorie, Psychologie sowie Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer; außerdem Kollegen aus Pädagogischen Kreis- und Bezirkskabinetten, sowie eventuell einen „Verdienten Lehrer des Volkes“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben Dorsts vom 21.3.1957.)

¹³²³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben des Direktors des DPZI vom 10.7.1957.

¹³²⁴ Anm.: Der wissenschaftliche Sekretär gehörte zur Direktion des DPZI und hatte im Auftrag des Direktors die „wissenschaftliche Arbeit der Sektionen des Instituts und der Büros für zentrale Aufgaben“ zu koordinieren; außerdem „Verbindung mit anderen pädagogischen Institutionen zum Zwecke der Planung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit“ zu halten. (Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 536.) Zu diesem Zeitpunkt bekleidete H.-G. Hofmann dieses Amt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Brief der Aspirantur und des wissenschaftlichen Sekretärs an Dorst. 11.6.1957.)

¹³²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben des Direktors des DPZI vom 10.7.1957. Beide waren im März bei der Gründung der Arbeitsgruppe nicht als Mitglieder vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben Dorsts vom 21.3.1957.)

Differenzen zeigten sich jedoch nicht nur innerhalb dieser Arbeitsgruppe, auch im Wissenschaftlichen Rat des DPZI häuften sich entsprechende Auseinandersetzungen. Im Sommer 1957 spitzte sich die Diskussion mehr und mehr zu.¹³²⁶ In der Debatte zur künftigen Schulstruktur bestand nur insofern Einigkeit, als dass die *bestehende* Schulorganisation als revisionsbedürftig betrachtet wurde. Die Veränderungsvorschläge bewegten sich zwischen einer Auflösung der allgemeinbildenden Oberschule und deren Verlängerung auf sechs Jahre. So wurden z.B. von Alt Bedenken gegenüber einer „einseitig polytechnischen Allgemeinbildung“ geäußert und die stärkere Betonung des künstlerischen-ästhetischen Elements in der Bildung angemahnt. Klaufuß sprach sich für die Zurückstellung des Fachunterrichts bis zur sechsten Klasse aus, während wiederum Alt Fachunterricht ab Klasse 5 befürwortete. Auch hinsichtlich der Differenzierungsmöglichkeiten über ein „Kern-und-Kurs-System“ waren die Ansichten gespalten.¹³²⁷ Zugleich brachten mehrere Teilnehmer „Vorstellungen zur stofflichen Entlastung der Lehrgänge“ ein.¹³²⁸

Am 28.6.1957 referierte Deiters im Wissenschaftlichen Rat über die preußische Schulreform der zwanziger Jahre.¹³²⁹ Deren beabsichtigte „Bildungseinheit“ habe „weniger im einheitlichen Wissen als vielmehr in der Herausbildung einer Persönlichkeit“ gelegen.¹³³⁰ Er beantragte, diese Erfahrungen für den Aufbau der demokratischen Schule auszuwerten und zu nutzen.¹³³¹ Deiters sprach sich mit der Mehrheit der Ratsmitglieder weiterhin dafür aus, dass die „zehnjährige allgemeinbildende Mittelschule für alle Kinder“ grundlegend für den Aufbau des Schulwesens sein müsse.¹³³² Dennoch beharrten andere Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates darauf, mit der Oberschulbildung bereits ab dem 7. Schuljahr zu beginnen.¹³³³

Walter Wolf¹³³⁴ von der Pädagogischen Hochschule Potsdam unterstellte den Vertretern dieser Position „opportunistische Tendenzen“.¹³³⁵ Er plädierte für die „Mittelschule als Einheitsschule für alle Kinder“ und lehnte die Aufspaltung der Schule ab dem 6. oder 8. Schuljahr ebenso ab wie spezielle Profilbildungen für Mittelschulen.¹³³⁶ Weitgehend zurückweisend verhielt er sich

¹³²⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 467.

¹³²⁷ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842, 1. Entwurf, Protokoll der 7. Ordentlichen Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 12.4.1957, siehe auch die dieser Sitzung folgenden Zuschriften DIPF/BBF/Arch, DPZI 1859; auch DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842, Protokoll der 8. Ordentlichen Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 17.5.1957.

¹³²⁸ Vgl. Ebenda.

¹³²⁹ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 90.

¹³³⁰ Vgl. Ebenda.

¹³³¹ Vgl. Ebenda.

¹³³² Vgl. DIPF/BBF/Arch, DPZI 2676, Sitzung des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ vom 5.4.1957. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 469.

¹³³³ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: Hofmann, Hans-Georg. Achte und neunte Sitzung des Wissenschaftlichen Rates, In: Pädagogik 12(1957)12, S. 921ff.; DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842, 8. und 9. Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

¹³³⁴ Anm.: Walter Wolf (1907-1977), studierte von 1928-31 an der Universität Jena (Pädagogik, Philosophie, Psychologie), trat 1930 in die KPD ein und wurde 1934 nach Kulm strafversetzt, nahm „politische Tätigkeit unter den Autobahnarbeitern“ auf; ab 1936 Lehrer in Zeulenroda, 1937 verhaftet und entlassen; 1938-45 KZ Buchenwald; 1946 Minister für Kultus und Volkserziehung der Landesregierung Thüringen; 1949 Professor für Pädagogik an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1953 bis zur Emeritierung an der PH Potsdam. (DIPF/BBF/Arch; BAB, DR 2/931. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 70.)

¹³³⁵ Hofmann, Hans-Georg. Achte und neunte Sitzung des Wissenschaftlichen Rates, In: Pädagogik 12(1957)12, S. 921ff.; DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842, 8. und 9. Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. In: Vgl. Ebenda. S. 469.

¹³³⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: Hofmann, Hans-Georg. Achte und neunte Sitzung des Wissenschaftlichen Rates, In: Pädagogik 12(1957)12, S. 921ff.; DIPF/BBF/Arch,

auch gegenüber dem „Kern- und Kursunterricht“. W. Wolf versuchte überdies, gegen den Einspruch von Deiters und Schrader, das Plädoyer für den Beginn der zum Abitur führenden Oberschule nach der 6. Klasse politisch zu disqualifizieren.

Alt befürchtete als Folge einer frühzeitigen schulischen eine schnelle soziale Differenzierung, welche Arbeiter- und Bauernkinder benachteiligen könnte.¹³³⁷ Neuner wiederum wies darauf hin, dass auch in der sowjetischen Diskussion um Allgemeinbildung die Differenzierung an Gewicht gewinnen würde.¹³³⁸

Im Juli 1957 setzte sich Deiters erneut für eine differenzierte Zehnklassenschule mit dem Charakter einer zehnjährigen Grundschule ein, auf deren Oberstufe „mehrere verschiedene Bildungsgänge“ eingerichtet werden sollten.¹³³⁹ Diese Variationen auf der Basis eines gemeinsamen Fundaments des Unterrichtsstoffs würden, so Deiters, den Anschluss an die Oberschulen bzw. Berufs- und Fachschulen ermöglichen.

Auf Betreiben von Wolf beauftragte der Wissenschaftliche Rat schließlich seine Mitglieder, bis 1.11.1957 eine „schriftliche Stellungnahme zu Fragen der Allgemeinbildung und der inneren Struktur der Mittel- und Oberschule“ auszuarbeiten.¹³⁴⁰ Die Mehrheit der Ratsangehörigen sprach sich für eine an die zehnjährige Mittelschule angeschlossene Oberschule im Sinne einer allgemeinbildenden Einrichtung aus, die jedoch nicht auf ihre Vorbereitungsfunktion für Universitäten reduziert werden dürfe. Die Mittelschule sei dabei z.B. nach dem „Kern- und Kursunterricht“ zu differenzieren. Anders als das Gros im Wissenschaftlichen Rat verteidigte Hans Ahrbeck¹³⁴¹ in seiner Stellungnahme den Standpunkt, dass die Oberschule nach der sechsten Klasse von der als Pflichtschule vorgesehenen zehnklassigen Mittelschule abzweigen solle.¹³⁴² Ähnlich sah es auch sein Kollege Hans Herbert Becker¹³⁴³ aus Halle.¹³⁴⁴

DPZI 1842, 8. und 9. Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

¹³³⁷ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf die Beratung vom 15.5.1957. In: DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842.

¹³³⁸ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: Neuner, Gerhart: Die pädagogische Wissenschaft der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag, in: Pädagogik 11(1957)11, S. 830f.

¹³³⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 470. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, Deiters 4.

¹³⁴⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DPZI 1842. Protokoll der 10. Ordentlichen Sitzung des Wissenschaftlichen Rates des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 11.10.1957.

¹³⁴¹ Anm.: Hans Ahrbeck (1890-1981) studierte Germanistik, Geschichte, Theologie und Philosophie; 1915-1918 Kriegsteilnehmer; 1920 Staatsexamen und Gymnasiallehrer; 1925 Promotion; 1930 Professor an der Pädagogischen Akademie in Breslau; 1932 an der in Halle; „1933 Studienrat in Magdeburg, 1937 am Studienseminar, Verweigerung der NSDAP-Mitgliedschaft“; 1944/45 Gestapo-Überwachung; 1946 Professor für Erziehungswissenschaften an der MLU Halle; 1950 „Dekan der Pädagogischen Fakultät, nach deren Auflösung Direktor des Instituts für Pädagogik, zum 31.8.1957, schließlich zum 1.1.1958 gegen das Votum der Philosophischen Fakultät emeritiert“. (Vgl. Ebenda. S. 162. Geißler bezieht sich auf: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/Archiv, Rep. PA, 261.; BAB, DR 2/179, Bl. 156. Pädagogische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Der Dekan, 7.4.1946. Außerdem verweist Geißler auch auf Häder, Sonja: Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität. In: Hübner, Peter [Hrsg.]: Beiträgen zur Sozialgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999. S. 381-403. S. 398ff.)

¹³⁴² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 471. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DIPF 1866, Ahrbeck, Schreiben vom 14.11.1957.

¹³⁴³ Anm.: Hans Herbert Becker (1914 geb.): 1933 Abitur, Werkstudent; „1936 Staatsprüfung für das Lehramt an Volksschulen, 1.3.1957 Volksschullehrer“; 1942 Promotion an der Universität Leipzig, danach Kriegsteilnehmer; 1945 englische Kriegsgefangenschaft; Nov. 1945 bis März 1946 wissenschaftlicher Assistent in der Pädagogischen Fakultät der Friedrich-Schiller Universität Jena; 1947 Professor an der Pädagogischen Fakultät und Direktor des Instituts für Praktische Pädagogik an der Martin-Luther-Universität in Halle; 1954 Habilitation; 1955 Professor mit Lehrstuhl und Direktor des Instituts für Praktische Pädagogik; 1958 der „revisionistischen Plattformbildung“ bezichtigt und

Während H. Ahrbeck zum September 1957 emeritiert wurde¹³⁴⁵ und damit aus der Schusslinie seiner Kontrahenten geriet, begründete H. H. Becker seinen Standpunkt in einer zweiteiligen Artikelserie, die im Herbst in der Zeitschrift „Pädagogik“ erschien¹³⁴⁶. Darin distanzierte er sich sowohl von reformpädagogischen als auch von staatspädagogischen Konzepten.¹³⁴⁷ Allerdings bezog sich H. H. Becker in seiner Analyse explizit auf den in der DDR inzwischen geächteten Theodor Litt,¹³⁴⁸ nahm aber teilweise auch Abstand von diesem.¹³⁴⁹ Auf Th. Litt berufend problematisierte er Annahmen eines „harmonistischen Bildungsideals“ und wies sie zurück.¹³⁵⁰ Andererseits distanzierte er sich von ihm, um „besondere Spielräume einer Schulreform im Sozialismus“ aufzuzeigen.

H. H. Becker kritisierte das Konzept einer „harmonischen sozialistischen Persönlichkeitsbildung“, führte die „hohe Anzahl der am Schulsystem der DDR scheiternden Bildungskarrieren“ an und legte die dafür nach seiner Meinung nach ursächlichen Widersprüche von „individueller und universeller sowie allgemeiner und beruflicher Bildung“ offen.¹³⁵¹ H. H. Becker berührte damit nicht nur Tabuthemen.¹³⁵² In der Konsequenz seiner Kritik forderte er eine sechs- bis neunjährige Mittelschule und eine sechsjährige Oberschule.¹³⁵³ In der Mittelschule sollten auf eine „gemeinsame sechsjährige elementare Allgemeinbildung“ drei Jahre „differenzierte berufsorientierte Profile“ folgen;¹³⁵⁴ in der Oberschule sechs Jahre „Berufsorientierungen nach den klassischen Zweigen des Gymnasiums“¹³⁵⁵.

Obwohl sich mit der „politischen Konzeption“ des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen“, die sich wie im Fall Ahrbeck auf das „Ausscheiden bürgerlicher Professoren“ richtete, die Intervention der SED-Führung im Bildungswesen bereits anbahnte,¹³⁵⁶ hielten die Reformbemühungen also (noch) an.

im April desselben Jahres Wechsel nach Westdeutschland. (Vgl. Ebenda. S. 162. Geißler bezieht sich auf: Martin-Luther-Universität/Archiv, Rep. PA, 4253; BAB, DR 2/179. Bl. 156. Pädagogische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Der Dekan, 7.4.1946. Außerdem: Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 327.)

¹³⁴⁴ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 471. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF/Arch, DIPF 1866, Ahrbeck, Schreiben vom 14.11.1957.

¹³⁴⁵ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: Martin-Luther-Universität/Archiv Halle, Rep. PA Nr. 261, Schreiben Lehmann betr. Ahrbeck, 2.7.1957.

¹³⁴⁶ Vgl. Becker, Hans Herbert: Über das Wesen der Allgemeinbildung und einige aus ihm sich ergebende Folgerungen für das System der Volksschulbildung. In: Pädagogik 12(1957)9. S. 663ff. und 12(1957)10. S. 721ff. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 472.

¹³⁴⁷ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 100f.

¹³⁴⁸ Vgl. Ebenda. S. 98.

¹³⁴⁹ Anm.: Becker stimmte Litt darin zu, dass moderne Bildung nicht harmonisch werden könne. Er unterschied sich jedoch von ihm in der Behauptung, dass moderne Bildung *nicht* unbedingt auf alle Zeiten dieselbe bleiben müsse. (Vgl. Ebenda. S. 106.)

¹³⁵⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 107.

¹³⁵¹ Vgl. Ebenda. S. 113.

¹³⁵² Vgl. Ebenda.

¹³⁵³ Anm.: Außerdem eine institutionalisierte Vorschulerziehung in Form von Kindergärten. (Vgl. Ebenda. S. 111.)

¹³⁵⁴ Vgl. Ebenda. S. 111/112.

¹³⁵⁵ Vgl. Ebenda. S. 112.

¹³⁵⁶ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 471. Geißler bezieht sich auf: Martin-Luther-Universität/Archiv Halle, Rep. PA Nr. 261, Schreiben Lehmann betr. Ahrbeck, 2.7.1957.

2.4.2 Wendezeiten 1957/58

2.4.2.1 Politische Wende

Noch während im DPZI Ende 1956 verhaltene Tauwetterstimmung herrschte, schlugen die politischen Entwicklungen in der Parteispitze gänzlich um.

Mit seinen Bestrebungen, die Entstalinisierung in der DDR aufzuhalten, provozierte Ulbricht, der in der DDR am stärksten mit dem Stalinismus assoziiert wurde, eine innerparteiliche Opposition auf Führungsebene.¹³⁵⁷

Zum Jahreswechsel 1956/57 hatten sich in der SED-Spitze schließlich zwei Fronten gebildet, die Ulbricht und K. Schirdewan repräsentierten.¹³⁵⁸ Mit Schirdewan forderten Ernst Wollweber, Chef des Staatssicherheitsdienstes, ZK-Sekretär Gerhart Ziller, Parteiideologe F. Oelßner und der stellvertretende Regierungschef Fritz Selbmann die Ablösung Ulbrichts.¹³⁵⁹ Schirdewan ermahnte Ulbricht im Vorfeld des 29. ZK-Plenums der SED, nicht wieder auf seinen „von allen gefürchteten Stil diktatorischer Einzelentscheidungen“ zurückzugreifen.¹³⁶⁰

In diesem Sinne verlangten auch Kurt Hager und Wandel auf der SED-Tagung eine Streitkultur, in der nicht „jede von der parteioffiziell-abweichenden Meinung gleich als feindlich abgestempelt“ werde.¹³⁶¹ Die Situation im Politbüro war bereits seit geraumer Zeit entsprechend angespannt.¹³⁶²

Im Laufe des Jahres 1957 spaltete Ulbricht jedoch erfolgreich „die Front seiner Gegner auf, um sie einer nach dem anderen `auszuschalten`“. Es gelang ihm, Oelßner aus dem ZK-Sekretariat wie auch den Bereichen Agitation und Propaganda zu drängen, E. Wollweber als MfS-Chef abzulösen (Juni 1957) und Schirdewan ab Februar 1957 die „Zuständigkeit für Organisation und Parteiinformation“ abzunehmen.¹³⁶³ Die vakanten Aufgabengebiete Schirdewans besetzte er mit seinem Vertrauten, Alfred Neumann.¹³⁶⁴

¹³⁵⁷ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 49.

¹³⁵⁸ Vgl. Amos, Heike: Die Machtkämpfe in der Führung der SED in den 50er Jahren. (Referat, gehalten am 11.12.2003 im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv). www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/8.pdf. Zugriff: 14.9.2007. S. 16/17.

¹³⁵⁹ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 49.

¹³⁶⁰ Vgl. Amos: Machtkämpfe. S. 16.

¹³⁶¹ Anm.: Außerdem stellten die Wirtschaftsexperten (Bruno Leuschner, Fritz Selbmann, Fred Oelßner, Grete Wittkowski und Gerhart Ziller) die Forderung, nach „real-erfüllbaren Plankennziffern“. (Vgl. Ebenda. Amos bezieht sich auf: Diskussionsreden der Funktionäre auf dem Plenum. In: SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/165/Bl. 72-139, DY 30 IV 2/1/166/Bl. 166-176. und DY 30 IV 2/1/166/Bl. 49-66.)

¹³⁶² Anm.: Urteile und Meinungen der Funktionäre übereinander sahen beispielsweise wie folgt aus: „Karl Schirdewan betitelte Ulbricht als `schamlosen Diktator`, Honecker als einen `Idioten`, Matern als einen `heimtückischen und hinterlistigen Menschen`, über Neumann befand er, `es war eine Schande, dass er im Politbüro gesessen hat`. Alfred Neumann seinerseits bezeichnete Schirdewan als rabiaten, sich aufspielenden Karrieristen. Ulbricht habe Grotewohl verachtet und zeitweise gehasst. Ebenfalls hasste der SED-Chef Oelßner und dessen angeblichen `Intellektualismus`.“ (Vgl. Ebenda. Amos bezieht sich auf: Oelßner. Notizen vom 28. August, 3., 6. und 17. September 1956. In: SAPMO-BA NY 4215/12; sowie auf: Peter Grieder: Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro 1956-1958. In: Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989). Teil II. Frankfurt/O. 1997. S. 567, 587, 590f.)

¹³⁶³ Vgl. Ebenda. S. 17.

¹³⁶⁴ Vgl. Ebenda. Amos bezieht sich auf: PB-Protokoll. 9.2.1957. In: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/527.

Auf der 33. Tagung des ZK der SED (16.-19.10.1957) entledigte er sich Wandels.¹³⁶⁵ Der Sekretär des ZK für Kultur und Volksbildung wurde „politischer Schwankungen“ und der „Sabotage der Schulpolitik“ beschuldigt.¹³⁶⁶ Im Herbst stand Schirdewan mit seiner Ulbricht-Kritik allein da.¹³⁶⁷ Günstig für Ulbricht wirkte sich aus, dass sich auf der kommunistischen Weltkonferenz im November 1957 die „dogmatische Linie“ wieder durchsetzen konnte.¹³⁶⁸ Im Januar 1958 gab die Moskauer Regierung Ulbricht den Weg zur Ausschaltung der parteiinternen Opposition frei.¹³⁶⁹ Die 35. Tagung des ZK der SED (3.-6.2.1958) schloss Schirdewan und Oelßner wegen „Fraktionstätigkeit“ aus dem Politbüro und dem Sekretariat, Wollweber und Schirdewan aus dem Zentralkomitee aus.¹³⁷⁰ Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 musste auch Oelßner seinen Platz im ZK räumen.¹³⁷¹ Von den Streitigkeiten im Politbüro, in deren Ergebnis Ulbricht seine Machtansprüche durchsetzen konnte, erfuhr die SED-Basis vorerst nichts¹³⁷².

2.4.2.2 Bildungspolitische Wende – Diskussionsabbruch

Im Juli 1957 plante das ZK der SED die politisch-ideologische Disziplinierung an den Grund- und Oberschulen.¹³⁷³ Damit war die Entscheidung zur Intervention im Schulwesen *innerhalb* der Parteiführung zu Beginn der 32. ZK-Tagung gefallen.¹³⁷⁴ Vorbereitet wurde diese „Auseinandersetzung mit revisionistischen und anderen bürgerlichen Tendenzen in der künstlerischen und pädagogischen Theorie und Praxis“ von der Abteilung Allgemeinbildende Schulen beim ZK der SED seit April 1957.¹³⁷⁵ Diese beabsichtigte, die „führende Rolle der Partei“ auf allen Gebieten zu sichern.¹³⁷⁶ Gegen die ursprünglich vom MfV geplante „vornehmlich pädagogisch bedachte Orientierung“ für die Anweisung zum Schuljahr

¹³⁶⁵ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 473.

¹³⁶⁶ Schirdewan, Karl: Fraktionsmacherei oder gegen Ulbrichts Diktat? Eine Stellungnahme vom 1. Januar 1958. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32(1990)4. S. 498-512. S. 508. In: Vgl. Ebenda.

¹³⁶⁷ Vgl. Amos: Machtkämpfe. S. 17.

¹³⁶⁸ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 49.

¹³⁶⁹ Anm.: Ende Januar reisten Ulbricht, Grotewohl, Matern, Stoph, Ebert und Neumann nach Moskau. Den von Ulbricht der „fraktionellen Arbeit“, „Plattform- und Gruppenbildung“ bezichtigten Schirdewan und Oelßner war die Mitreise nicht gestattet worden. In Moskau machte Chruschtschow deutlich, dass es sich bei den Streitigkeiten im Politbüro um eine SED-interne Angelegenheit handle, aus der sich Moskau heraus halten würde. (Vgl. Amos: Machtkämpfe. S. 18. Amos bezieht sich auf: PB-Protokoll. 11.1.1958. In: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/575; Grotewohls Notizen. In: SAPMO-BA NY 4090/699; Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Berlin. 1998. S. 321.)

¹³⁷⁰ Vgl. Ebenda. Amos bezieht sich auf: PB-Protokolle. 31.1., 1.2. 1958. In: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/577, 2/2/578. und Protokoll des Plenums. In: SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/191, 2/1/192, 2/1/193.

¹³⁷¹ Vgl. Ebenda. Amos bezieht sich auf: Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik. Berlin 1995. S. 145-158. und Ernst Wollweber. Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts. In: BzG 3/1990. S. 377f.

¹³⁷² Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 49.

¹³⁷³ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 463. Geißler bezieht sich auf: SAPMO, DY 30, IV 2/905/9, Bl. 78f., SED, ZK, Abt. Volksbildung und Kultur, Arbeitsplan des Sektors Allgemeinbildende Schulen für das III. Quartal 1957, 10.7.1957.

¹³⁷⁴ Vgl. Ebenda.

¹³⁷⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 136.

¹³⁷⁶ Vgl. SAPMO-BArch.-ZPA-IV 2/905/9. – SED, ZK, Abt. Kultur und Volksbildung und Kultur. Entwurf des Arbeitsplanes für das II. Quartal 1957 (bis 23.6.1957).-10.4.1957.-Bl. 71. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

1957/58,¹³⁷⁷ zielte der von der SED-Parteiführung anvisierte politische Kurs auf die Verstärkung der „ideologischen Arbeit mit den Lehrern“¹³⁷⁸. Die „Durchsetzung der soz[ialistischen] Erziehung“ rückte in den Mittelpunkt der schulpolitischen Überlegungen für 1958.¹³⁷⁹

Nachdem im März 1957 neben Wissenschaftlern auch Redakteure und Künstler verhaftet wurden,¹³⁸⁰ verband K. Hager auf der Kulturkonferenz die Funktion aller Kulturschaffenden mit deren Bereitschaft zur Akzeptanz der führenden „Rolle der Partei“ in Kunst und Literatur¹³⁸¹. In seinem Schlusswort wies er die Schriftsteller und Künstler deutlich in die Schranken, als er ihnen das Recht auf Selbstbestimmung und das „Recht auf eine eigene Parteidisziplin, unabhängig von der Entscheidung des Zentralkomitees“ absprach.¹³⁸²

Die prinzipielle „geistige und politische Disziplinierung“ auf dem Gebiet der Volksbildung nahm das ZK der SED mit der Erarbeitung der „Schulthesen“ ab November 1957 intensiv in Angriff.¹³⁸³ In den Beratungen der Thesen in der Abteilung Volksbildung des ZK wurde die Formulierung eines „politische(n), pädagogische(n) Erziehungsziels“¹³⁸⁴ in den Mittelpunkt gerückt. Daneben bot sich im Rahmen solcher Besprechungen für Alt die Gelegenheit, dem DPZI „kritiklose Aufnahme schulreformerischer Ansichten“ sowie revisionistische Auswüchse vorzuwerfen, die „unter der Flagge des (Kampfes gegen den) Dogmatismus“ geblüht hätten.¹³⁸⁵

Aber nicht nur das DPZI im Speziellen, auch die pädagogische Wissenschaft im Ganzen geriet in die Kritik. Als „Wurzel des Übels“ einer „lebensfremden Lehrweise“ habe sie es versäumt, „zur rechten Zeit das Rüstzeug für die sozialistische Erziehung zu schaffen“.¹³⁸⁶

Erste Anzeichen einer offenen politischen Reglementierung zeigten sich für die Institutsangehörigen auf einer Vollversammlung aller Mitarbeiter im Oktober 1957.¹³⁸⁷ Staatssekretär Laabs verlangte nach einer politischen Offensive innerhalb der Lehrerschaft und

¹³⁷⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 464. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/2211, Bl. 187ff., Anweisung zum Schuljahr 1957/58 (undat.).

¹³⁷⁸ BAB, DR 2/3782, Bl. 87f., MfV, Gesichtspunkte für die Anleitung der Beauftragten des Ministeriums für Volksbildung zur Vorbereitung des Schuljahres 1957/58 [undat., August 1957]. In: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 464/465.

¹³⁷⁹ DIPF/BBF/Arch, 327, Mitschrift Sitzung Min., 9.8.1957. In: Vgl. Ebenda. S. 465.

¹³⁸⁰ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 462.

¹³⁸¹ Vgl. Schiller, Dieter: Disziplinierung der Intelligenz. Die Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 44. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1997. S. 27.

¹³⁸² Vgl. Ebenda. Schiller bezieht sich auf: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/101/408, Bl. 167.

¹³⁸³ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 477. Veröffentlicht wurden die Schulthesen am 17.1.1959. (Über die Entwicklung des Schulwesens in der DDR. Thesen des Zentralkomitees. In: Günther, Karl-Heinz [Hrsg.]: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956-1967/68, 1. Halbband. [Monumenta Paedagogica. Band VII/1]. Berlin 1969. S. 180ff. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.)

¹³⁸⁴ DIPF/BBF/Arch, DPZI 1865 [offensichtlich Beratung zu den Schulthesen in der Abteilung Volksbildung des ZK der SED, fragmentarische Protokollnotizen]. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 477.

¹³⁸⁵ Vgl. DIPF/BBF/Arch, DPZI 1865 [offensichtlich Beratung zu den Schulthesen in der Abteilung Volksbildung des ZK der SED, fragmentarische Protokollnotizen]. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 477.

¹³⁸⁶ Vgl. Praxis als Lehrmeister. Erfahrungen der ersten Schülerproduktionsbrigade. Aufsatz vom 12. Dezember 1957. In: Neues Deutschland. Ausgabe A. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Hrsg. von der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Band VII/1. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR, Teil 2: 1956-1967/68. 1. Halbband. Reihe C. Ausgewählt von Karl-Heinz Günther unter Mitarbeit von Christine Lost. Berlin. Volk und Wissen: 1969. S. 73ff.

¹³⁸⁷ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 96.

nach „sozialistischer Erziehung“¹³⁸⁸. Die neue Maxime lautete „Kampf gegen den Revisionismus“.¹³⁸⁹

In der Folge schwenkte Dorst auf die neue Linie ein, wandte sich vor seinen Mitarbeitern gegen den „Liberalismus“ und postulierte, dass in den kommenden pädagogisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzungen „Einheit und Geschlossenheit in den Grundfragen“ bestehen müsse.¹³⁹⁰

In diesem Sinne beschäftigte er sich auch mit dem Artikel von H. H. Becker, der inzwischen in der „Pädagogik“ erschienen war und zu dem der Minister nun Stellungnahmen vom Redaktionskollegium einforderte. Im Gegensatz zu Deiters, der sich nach wie vor zu seinem zustimmenden Votum bekannte,¹³⁹¹ griff Dorst zu Empörungsrhetorik. Insbesondere nahm er an der „Berufung auf ausgesprochen imperialistische Pädagogen wie Spranger, Litt, Lersch und Kerschensteiner“¹³⁹² Anstoß. Weiterhin dürfe die Differenzierung im Schulwesen nicht auf alte „Formen der bürgerlichen Schule“¹³⁹³ zurückgreifen. H. H. Becker habe die „Wirklichkeit des Kampfes um den Aufbau des Sozialismus in unserer Gesellschaft längst verlassen“¹³⁹⁴.

Der Artikel des noch im September 1957 für die Aufnahme in den Wissenschaftlichen Rat des DPZI vorgesehenen H. H. Becker,¹³⁹⁵ die im November sogar vom MfV bestätigt worden war¹³⁹⁶, wurde nun zur Triebfeder im beginnenden Abbruch der Schuldiskussion und H. H. Becker selbst zur willkommenen Zielscheibe der Kritik.

Auch Siebert nutzte den Artikel als Gelegenheit, sich gegen H. H. Becker zu positionieren, dem er unterstellte, „das Wesen der allgemeinen polytechnischen Schule“¹³⁹⁷ nicht verstanden zu haben. Dem Redaktionskollegium der „Pädagogik“ warf er eine „liberalistische, revisionistische Linie“¹³⁹⁸ vor und forderte darüber hinaus die „kritische Überprüfung der Arbeit des DPZI“¹³⁹⁹.

Im Januar 1958 veröffentlichte das in Bedrängnis geratene Redaktionskollegium¹⁴⁰⁰ den Artikel „Gegen revisionistische Tendenzen in der Pädagogik“, in dem alle vorherigen Gedanken zur äußeren Differenzierung der Schule als politische Angriffe und Restaurationsversuche des

¹³⁸⁸ DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1849. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹³⁸⁹ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 96.

¹³⁹⁰ Vgl. DIFP/BBF-Arch. – DPZI Direktionsakten. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 96.

¹³⁹¹ Vgl. DIFP/BBF-Arch. 1849. und DIFP/BBF-Arch. – Nachlass Deiters 6. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 96/97. Deiters empfahl den Artikel in seinem Gutachten vom 11.7.1957 „ohne Bedenken zum Abdruck“ und äußerte am 25.11.1957, dass sich sein Urteil „bei nochmaliger Lektüre völlig“ bestätige.

¹³⁹² Vgl. DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2676-Stellungnahme Dorst (undatiert). Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 97.

¹³⁹³ Vgl. DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2676-Stellungnahme Dorst (undatiert). Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 97.

¹³⁹⁴ Vgl. DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2676-Stellungnahme Dorst (undatiert). Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 97.

¹³⁹⁵ Anm.: Auf der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates im September 1957 sollte über den entsprechenden Antrag von Prof. Dr. Becker beraten werden. (BBF/DIFP/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben des wissenschaftlichen Sekretärs an Direktor Dorst. 19.7.1957.)

¹³⁹⁶ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 94.

¹³⁹⁷ DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2678a. – Siebert an Lange. 21.11.1957. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 98.

¹³⁹⁸ DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2678a. – Siebert an Lange. 21.11.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 98.

¹³⁹⁹ DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2678a. – Siebert an Riesner. 3.11.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 98.

¹⁴⁰⁰ Anm.: Neben Siebert konstatierte auch Robert Alt, dass „Artikel mit einer falschen Tendenz“ erschienen seien. Ebenso sprach Dorst von „falschen Äußerungen“ bis hin zu „deutlichen Angriffen gegen die sozialistische Ordnung“. (Vgl. DIFP/BBF-Arch. – DPZI 2676. Redaktionssitzung vom 6.12.1957. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 98.)

Bildungsdualismus stigmatisiert wurden.¹⁴⁰¹ Die Stoffvermittlung erhielt darin den Vorrang gegenüber Ideen zur Persönlichkeitsentfaltung.¹⁴⁰² Später konkretisierten die Autoren ihre Ansichten in einem nachfolgenden Aufsatz, in dem sie verlangten, dass die obligatorische Mittelschule zu einem „Kampfinstrument der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus“ werden müsse.¹⁴⁰³ Spezielle Anlagen und Fähigkeiten der Schüler galt es in dieser Mittelschule hingegen offenbar nicht zu entwickeln. Ebenso wenig sollte „zu reiner Menschenweisheit emporgebildet“ werden.

Dass die Schulstruktur bzw. die Mittelschule im Zentrum der bevorstehenden Auseinandersetzungen in der Pädagogik stehen würde, daran hatte das DPZI spätestens Anfang 1958 anscheinend keinen Zweifel mehr. Denn, um sich für mögliche Kritik an der Arbeit des Instituts zu wappnen, standen Probleme der Mittelschullehrpläne auf der Tagesordnung der Konferenz von Sektion IV (Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer) am 14.1.1958.¹⁴⁰⁴ Bis dahin mussten die Sektionsmitglieder Terminabsprachen mit dem MfV ab Februar 1956 und etwaige Änderungen in ihren Fachgebieten auf der Basis eines zwei Jahre alten Beschlussprotokolls durchleuchten.

Das Fernstudium spielte inmitten dieser Turbulenzen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Da sie scheinbar bedeutungslos geworden war, sollte die Abteilung Fernstudium mit Abschluss der Arbeiten an den Lehrbriefen „zur fachlichen Qualifizierung Tausender von Lehrern in drei Durchgängen“ zum 1.9.1958 aufgelöst werden.¹⁴⁰⁵ Bereits seit Ende 1956/Anfang 1957 hatte die Abteilung laut eigenen Aussagen jedoch an einem Perspektivplan gearbeitet, der die weitere Erarbeitung von zusätzlichen Unterrichtsmaterialien in der Abteilung Fernstudium vorsah.¹⁴⁰⁶ Bei den geplanten Materialsammlungen und Handbüchern handelte es sich um „Quellenmaterialien, Statistiken, Karten“ sowie „Bilder aus schöner Literatur“.¹⁴⁰⁷ Entsprechende Vorschläge hatte Dorst im Juli 1957 an Staatssekretär Laabs und an Kurt Rebisch in der HA Unterricht und Erziehung des MfV gesandt.¹⁴⁰⁸ Nach fast drei Monaten ohne Antwort erinnerte Dorst auf Drängen der Partei- und Gewerkschaftsgruppe der Abteilung Fernstudium K. Rebisch an sein

¹⁴⁰¹ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 99. Die Veröffentlichung in der „Pädagogik“ übernahm die Publikation des gleichen Artikels im „Neuen Deutschland“ vom 5.12.1957. (Gerbeth, W./Tsiradsidis, S./Uhlig, G.: Gegen revisionistische Tendenzen in der Pädagogik. In: Neues Deutschland, 5.12.1957, S. 4. und Gegen Prinzipienlosigkeit in der gegenwärtigen pädagogischen Diskussion. In: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 2: 1956-1967/68. 1. Halbband. Berlin 1969. S. 69-73. Monumenta Paedagogica. Bd. VII/I, R.C. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 99.)

¹⁴⁰² Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 99.

¹⁴⁰³ Hier und im Folgenden: Gerbeth, W./Tsiradsidis, S./Uhlig, G.: Unsere Kinder brauchen ein hohes Wissen. In: Neues Deutschland. 11.3.1958, S. 4. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹⁴⁰⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2012. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Sektionsmitteilung 49. Betreff Sektionskonferenz am 14.1.1958. 31.12.1957. und (als Anlage zu diesem Schreiben) Vgl. Ebenda. – MfV/HA Unterricht und Erziehung/Abteilung Methodik. Beschlussprotokoll der Besprechungen über die Erarbeitung der Lehrpläne und Lehrbücher für die Mittelschule Klassen 5-10. 13.2.1956.

¹⁴⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Entwurf eines Schreibens an Herrn Staatssekretär Laabs und an Herrn Rebisch. 7.7.1957.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Ebenda. – Abteilung Fernstudium. Protokoll der Abteilungskonferenz vom 3.12.1957.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Ebenda. – Schreiben Dorst an Rebisch vom 17.7.1957. Betreff Herausgabe von Handbüchern bzw. einer pädagogischen Bücherreihe für den Lehrer.

¹⁴⁰⁸ Vgl. Ebenda. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Entwurf eines Schreibens an Herrn Staatssekretär Laabs und an Herrn Rebisch. 7.7.1957. und Vgl. Ebenda. – Schreiben Dorst an Rebisch vom 18.11.1957. Betreff Abteilung Fernstudium des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

Schreiben vom Juli.¹⁴⁰⁹ Einen weiteren Monat später hatte Dorst immer noch keine Nachricht von Rebisch oder Laabs erhalten.¹⁴¹⁰ Allerdings sei auf Veranlassung von Laabs der Abteilung Haushalt des DPZI mitgeteilt worden, dass die Gelder für das Fernstudium ab September gestrichen wären.¹⁴¹¹ Dennoch schwebten die Angehörigen der Abteilung weiterhin im Ungewissen über ihre zukünftigen Arbeitsmöglichkeiten.¹⁴¹² Bei einem Informationsbesuch von Rebisch im Dezember 1957 versprach er dem Personal immerhin, dass sich „keiner der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter über die Weiterbeschäftigung Gedanken zu machen brauche“.¹⁴¹³ Allerdings verlor Rebisch bald seine einflussreiche Stellung. 1958 wurde er zum Bezirksschulrat herabgestuft.¹⁴¹⁴ Noch sechs Wochen vor Auflösung der Abteilung blieb die weitere berufliche Zukunft vieler Wissenschaftler ungeklärt¹⁴¹⁵. Den Verlust des Arbeitsplatzes und obendrein noch eine durchwachsene bis negative Beurteilung der Arbeit unter anderem durch den kommissarischen Direktor¹⁴¹⁶ vor Augen, kam es denn auch auf einer Abteilungskonferenz zu Feindseligkeiten zwischen den wissenschaftlichen Mitarbeitern untereinander sowie gegenüber der Instituts- und Abteilungsleitung¹⁴¹⁷.

¹⁴⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Schreiben Dorst an Rebisch vom 12.10.1957. Betreff Abteilung Fernstudium des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

¹⁴¹⁰ Vgl. Ebenda. – Schreiben Dorst an Rebisch vom 18.11.1957. Betreff Abteilung Fernstudium des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

¹⁴¹¹ Vgl. Ebenda.

¹⁴¹² Vgl. Ebenda.

¹⁴¹³ Vgl. Ebenda. – Schreiben von Abteilung Fernstudium, Abteilungsleiter Korneffel an Direktor Dorst vom 11.12.1957.

¹⁴¹⁴ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 485.

¹⁴¹⁵ Anm.: Drei Kollegen sollten vom DPZI übernommen werden, bei anderen schwebten noch Verhandlungen mit diversen Schulen bzw. mit dem Ministerium für Volksbildung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Schreiben des Abteilungsleiters Korneffel an die Leitung des DPZI vom 10.7.1958. Betreff Auflösung der Abteilung Fernstudium.)

¹⁴¹⁶ Anm.: Der Fernstudiengang sei mit dem „eingeschobenen“ gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium und einem „angehängten“ kurzen methodischen Studium letztendlich „Stückwerk“ geblieben. Auch der kommissarische Direktor des DPZI bescheinigte der Abteilung, dass sie „ihren Auftrag nicht restlos erfüllt“ habe. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Abteilung Fernstudium. Protokoll der Abteilungskonferenz vom 1.8.1958.)

¹⁴¹⁷ Anm.: Nur wenige Wochen vor der Auflösung resümierte der Abteilungsleiter, dass eine Kollektivbildung nicht zustande gekommen sei, da die Mitarbeiter isoliert voneinander gearbeitet, die Arbeit der anderen weder gekannt noch geachtet hätten, sondern „scheel zum Nachbarn“ geblickt worden wäre, wenn dieser weniger beschäftigt schien. In der sich anschließenden Diskussion unter den Kollegen brachen die Konflikte offen aus. Im Kern trafen die kritischen Äußerungen die Instituts- und die Abteilungsleitung, die durch unklare Einweisungen und ungenügende Unterstützung unfertige bzw. mangelhafte Arbeitsergebnisse begünstigt hätten, welche dann aber ausschließlich den Mitarbeitern zur Last gelegt würden. Der Abteilungsleiter setzte sich dagegen zur Wehr, indem er behauptete, dass ein „qualifizierter Mitarbeiter des Hauses“ mit hohem Gehalt auch „Qualifiziertes“ zu leisten habe; „im anderen Falle hätte er gehen müssen“; „jeder Mitarbeiter der Abteilung“ müsse seine Aufgaben selbständig lösen. Daraufhin gerieten die Berliner Fachmethodiker ins Visier. Im Fall Biologie sei vom entsprechenden Kollegen der methodischen Sektion ein Lehrbrief versprochen worden, der dann ein schlechtes Manuskript abgeliefert und den Mitarbeiter der Abteilung Fernstudium in Termenschwierigkeiten gebracht habe. Aber auch der Umgang der Berliner mit den Wissenschaftlern aus Potsdam wurde verurteilt: „Wer kritisch zu meinen Lehrbriefen Stellung nehmen will, muss offen mit mir reden, aber nicht – wie das leider geschehen ist – hinter meinem Rücken herumschwätzen. So ist man z.B. in Versammlungen, zu denen ich nicht geladen war, über mein Lehrbriefmaterial hergefallen. Oder von Klatsch und Tratsch im Hause erfuhr ich oft genug erst hinterher.“ Die „weitere Verwendung“ von einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeitern der Abteilung wurde nach einer Sitzungspause getrennt besprochen, als auch Vertreter des DPZI aus Berlin anwesend waren, unter anderem der kommissarische Direktor M. Müller und der kommissarische Kaderleiter. (Vgl. Ebenda.)

2.4.3 Die Folgen des „Revisionismusstreits“

Nach der 35. Tagung des ZK der SED, auf der Ulbricht mit seinen Widersachern abgerechnet hatte, legte die III. Hochschulkonferenz der SED (28.2.-2.3.1958) die weitere wissenschaftspolitische Richtung fest. Die entsprechende EntschlieÙung konstatierte für die „meisten Fachrichtungen“ der Universitäten und Hochschulen eine „Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie“ und die Trägheit zahlreicher Parteiorganisationen.¹⁴¹⁸ Die Gefahr des „Revisionismus“, welcher die Grundlehren¹⁴¹⁹ der marxistisch-leninistischen Theorie zu *revidieren* versuche, bestehe fort. Deshalb müssten revisionistische Anschauungen, die nach einer Verfälschung der Lehren des Marxismus-Leninismus trachten und die Geschlossenheit der Partei untergraben würden, auch zukünftig bekämpft werden.¹⁴²⁰ Die Forderung nach der Beseitigung des administrativen bürokratischen Arbeitsstils und des Dogmatismus wurde wiederholt, nun aber vor allem, um der „unlebendigen, unkämpferischen, oft nicht überzeugenden“ Beschäftigung mit „bürgerlichen und sonstigen falschen Auffassungen“ entgegen zu wirken.¹⁴²¹ Die erste der beiden „Grundforderungen“ an die Universitäten und Hochschulen verlangte daher eine „Auseinandersetzung mit reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen, unwissenschaftlichen Auffassungen“ und die Durchsetzung von „Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus“.¹⁴²² Die zweite Forderung umfasste die Aufgabe, die „gesamte Lehr- und Forschungstätigkeit“ verstärkt auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse, auf die „Erfordernisse der sozialistischen Praxis in Industrie, Landwirtschaft, Kultur, Staat und Recht“ auszurichten.¹⁴²³ Die Gesellschaftswissenschaftler wurden auf eine Rolle als „Propagandisten des Marxismus-Leninismus“ verpflichtet.¹⁴²⁴ Mit Blick auf die geplante sozialistische Schulentwicklung vermerkte die III. Hochschulkonferenz der SED kritisch, dass die pädagogische Wissenschaft die Fragen zur „sozialistischen Erziehung und der polytechnischen Bildung“ an den allgemeinbildenden Schulen vernachlässigt habe.¹⁴²⁵ Ihre Hauptaufgabe bestünde somit darin, die polytechnische Bildung in den Schulen zu verbessern.¹⁴²⁶ Diese Versäumnisse adressierte der V. Parteitag im Juli 1958 vor allem an das DPZI. Ulbricht unterstellte in seinem Schlusswort sogar, dass es „den Mitarbeitern im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut, einschließlich der Parteigenossen“ nach dem Beschluss zur Einführung des polytechnischen Unterrichts (III. Parteikonferenz) „gar nicht eingefallen“ sei, sich „damit zu beschäftigen“; obwohl sie dazu aufgefordert und obwohl sie kritisiert worden wären.¹⁴²⁷ Die Volksbildungsorgane, „vom Ministerium bis hinunter in manche Volksbildungsabteilungen der

¹⁴¹⁸ Vgl. EntschlieÙung der III. Hochschulkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 6. Februar 1958 (Auszüge). Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 32-60. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 75-85. S. 77.

¹⁴¹⁹ Anm.: Als Beispiel werden die „führende Rolle der Partei“, der demokratische Zentralismus, die „Diktatur des Proletariats und die Rolle der Volksmassen in der Geschichte“ angeführt. (Vgl. Ebenda. S. 78.)

¹⁴²⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁴²¹ Vgl. Ebenda.

¹⁴²² Vgl. Ebenda. S. 77.

¹⁴²³ Vgl. Ebenda. S. 77/78.

¹⁴²⁴ Vgl. Ebenda. S. 79.

¹⁴²⁵ Vgl. Ebenda.

¹⁴²⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁴²⁷ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958. 6. und 7. Verhandlungstag. Berlin. Dietz Verlag: 1959. S. 973.

Kreise“, hätten die Zehnklassenschule angeblich durch Untätigkeit „abgebremst“, das Schulwesen dem „Selbstlauf“ überlassen.¹⁴²⁸

Wenngleich das DPZI bereits 1956 den Ausbau seines polytechnischen Bereichs vorantrieb, an Lehrplänen für die Mittelschule arbeitete und 1958 den „entschiedenen Kampf gegen alle unwissenschaftlichen, imperialistischen pädagogischen Anschauungen“¹⁴²⁹ begonnen hatte, entging das Institut dadurch nicht einer grundsätzlichen Kritik der SED-Führung. Damit war abzusehen, dass wiederum gravierende Eingriffe in den Personalbestand des DPZI und des MfV bevorstanden.

Die Hinweise darauf hatten sich schon auf der III. Hochschulkonferenz der SED angedeutet, als das Verhalten derjenigen „verurteilt“ wurde, die „nicht in die Auseinandersetzungen ein(ge)griffen oder sich dem Kampf entzogen“ hätten und „noch heute die Augen vor der Gefahr des Revisionismus“ verschlossen.¹⁴³⁰ Ab Februar 1958 stand intern bereits fest, dass bezüglich der „Arbeitsweise des Ministeriums für Volksbildung und des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ „entsprechende Veränderungen (auch personell)“ durchgesetzt werden sollten.¹⁴³¹

Zusätzlich zur allgemeinen Überprüfung und der personalpolitischen Disziplinierung erwartete das DPZI in der Folge auch eine umfangreiche Neustrukturierung, die 1958 eingeleitet und später (1959) umgesetzt wurde.

2.4.3.1 Personalsäuberungen 1958

Die ersten personellen Maßregelungen betrafen das MfV. Zunächst mussten dort die „Mitarbeiter, die Träger opportunistischer Auffassungen“ gewesen sein sollen, entfernt werden.¹⁴³² Vorgesehen war, anschließend „etappenweise“ jene Mitarbeiter herauszulösen, deren „politische und fachliche Qualifikation“ nicht ausreiche, um die „Erfüllung der neuen Aufgaben zu sichern“.¹⁴³³

Der auf der Güstrower Landschulkonferenz (20.-22.2.1958), an deren Termin die HA Unterricht und Erziehung „hartnäckig“ festhielt¹⁴³⁴, gerügte Staatssekretär Laabs wurde Ende März 1958 seines Amtes enthoben¹⁴³⁵. Angeblich hatte Laabs die Popularisierung des Einsatzes von Schülerproduktionsbrigaden behindert.¹⁴³⁶ Seinen Platz nahm ab 1.6.1958 Werner Lorenz ein,

¹⁴²⁸ Vgl. Ebenda. S. 973/974.

¹⁴²⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁴³⁰ Vgl. Entschließung der III. Hochschulkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 6. Februar 1958 (Auszüge). Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 32-60. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 75-85. S. 78.

¹⁴³¹ SAPMO-BArch. – ZPA – IV 2/905/1. – SED, ZK, Abt. Volksbildung. Arbeitsplan bis zum V. Parteitag. 17.2.1958. Bl. 111. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 138.

¹⁴³² BArchP. – R-2/5582. – Vorlage Politbüro zu den kadermäßigen Veränderungen im Ministerium für Volksbildung. Bl. 23. [undat., März 1958]. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 139.

¹⁴³³ BArchP. – R-2/5582. – Vorlage Politbüro zu den kadermäßigen Veränderungen im Ministerium für Volksbildung. Bl. 23. [undat., März 1958]. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 139.

¹⁴³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Hausmitteilung von Klauß an den wissenschaftlichen Sekretär. 29.1.1958.

¹⁴³⁵ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 478/479 und 485.

¹⁴³⁶ Vgl. Ebenda. S. 479. Geißler bezieht sich auf: Engst, Werner: Wider die Bremsklötze in der Pädagogik. In: Neues Deutschland 13(1958)55. S. 4.

der diese administrative Spitzenposition bis zu seinem Rücktritt im November 1989 besetzt hielt.¹⁴³⁷

Ein konsequent durchgeführter Maßnahmenplan sorgte bis 31.8.1958 für die Entfernung von fünf leitenden Angestellten des Ministeriums aus deren Ämtern, außerdem fünf Hauptschulinspektoren, elf Hauptreferenten, drei Oberreferenten und zwei Referenten.¹⁴³⁸ Jeder zehnte Mitarbeiter des MfV musste „zurück in die Praxis“, d.h. eine Tätigkeit in Schule oder Lehrerbildung aufnehmen.¹⁴³⁹ Ausfüllen sollten die entstandenen personellen Lücken solche Kader, die vorgeblich „über reiche politische und pädagogische Erfahrungen verfügen und sich besonders in den Auseinandersetzungen mit den revisionistischen Erscheinungen und anderen Hemmnissen der Entwicklung bewährt haben“; weiterhin solche, „deren politisches und fachliches Wissen und Können den neuen Anforderungen entsprechen“ und die eine enge Verbindung „mit dem schulischen Leben“ zeigen würden.¹⁴⁴⁰

Volksbildungsminister F. Lange, der im Juni einen Aktionsplan zu kaderpolitischen Veränderungen im Ministerium unterzeichnete¹⁴⁴¹, verlor im Dezember 1958 sein Amt an Alfred Lemnitz¹⁴⁴².

Als Folge der 35. Tagung des ZK der SED (3.-6.2.1958) büßten aber auch auf anderen Ebenen SED- und Staatsfunktionäre ihre Ämter ein. Zwischen März und Juni 1958 wechselte z.B. fast ein Drittel der hauptamtlichen Funktionäre in den SED-Bezirksleitungen.¹⁴⁴³

Auch die dem Ministerium nachgeordneten Dienststellen, wie die Redaktionen der pädagogischen Zeitschriften¹⁴⁴⁴, der Verlag Volk und Wissen, die Pädagogische Hochschule Potsdam, die Institute für Lehrerbildung und das DPZI, waren von den personellen Säuberungen betroffen.¹⁴⁴⁵

Bereits im Frühjahr 1958, als das DPZI seinerseits noch mit ministeriellem Auftrag das Volksbildungswesen in den Kreisen inspizierte¹⁴⁴⁶, setzten die „Aussprachen“ mit verschiedenen

¹⁴³⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 486. Lorenz war von 1954 bis 1958 stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Leiter der Abteilung Volksbildung sowie von 1955-58 Sekretär für Kultur und Erziehung der SED-Bezirksleitung. (Vgl. Ebenda.)

¹⁴³⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 140. Geißler bezieht sich auf: BArchP. – R-2/4743. – MfV. Vorgesehene Veränderungen im Ministerium für Volksbildung, 2.5.1958. Bl. 38f.

¹⁴³⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁴⁴⁰ SED, Politbüro. Kaderpolitische Veränderungen im MfV. Juni 1958 [gez. Fritz Lange]. In: BArchP. R-2 5582. Bl. 23, 27. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 60) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 134/135.

¹⁴⁴¹ Vgl. Ebenda.

¹⁴⁴² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 486. Lemnitz promovierte 1949 an der Universität Leipzig und hatte danach bis 1953 den Lehrstuhl für Politische Ökonomie an der SED-Parteihochschule inne; anschließend übte er bis 1955 seine Tätigkeit als Professor für Politische Ökonomie an der Universität Rostock aus und war von 1956-58 Rektor der Hochschule für Ökonomie Berlin. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 314.)

¹⁴⁴³ Vgl. Weber: Geschichte der DDR. S. 294.

¹⁴⁴⁴ Anm.: Aus der Zeitschrift des DPZI „Pädagogik“ wurde R. Alt im September 1958 per Beschluss der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED ausgeschlossen. (Vgl. DDPF/BBF-Arch. – DPZI 2676. Neuner an Alt. 24.9.1958. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 103.) Deiters zog sich mit seiner Emeritierung zurück. (Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 103.); und H. H. Becker flüchtete nach Westdeutschland (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 304.)

¹⁴⁴⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 140.

¹⁴⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Schreiben des Sektionsabteilungsleiters der Sektionsabteilung Sprache und Literatur an alle wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung. 27.2.1958. Die „Überprüfung des Volksbildungswesens im Kreis Senftenberg“ (Vgl. Ebenda.) fand vom 24.2. bis 7.3.1958 statt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Nächste Aufgaben der Arbeitsgruppe 2 des Arbeitskreises II. 24.2.1958.). Die entsprechenden Berichte zu verschiedenen Inspektionen, unter

Institutsangehörigen ein¹⁴⁴⁷. Dabei zogen es manche Mitarbeiter vor, freiwillig zu kündigen; anderen wurde dies nahe gelegt.¹⁴⁴⁸

Doch nicht jeder erhielt die Möglichkeit zur eigeninitiativen Kündigung, um damit eventuell dem Vorwurf der „fehlerhaften politisch-fachlichen Arbeit“ entgehen und rechtzeitig einen geeigneten Arbeitsplatz an anderer Stelle finden zu können.

In solchen Fällen entschied das DPZI individuell, ob die Betroffenen in abgemilderter Form¹⁴⁴⁹ oder aber im Sinne einer „Kündigung vom Institut aus“ des DPZIs zu verweisen wären. Der langjährigen Mitarbeiterin für Geographie in der methodischen Sektion, die bereits die Mitte der 1950er Jahre von der Betriebsparteiorganisation der SED initiierten so genannten „Aussprachen“ überstanden hatte¹⁴⁵⁰, sollte der Ausweg über den mehr oder weniger einvernehmlichen Abschied verwehrt werden¹⁴⁵¹. Sie verließ das DPZI spätestens im Mai 1958.¹⁴⁵² Als ungeklärt¹⁴⁵³ galt die Kündigung eines weiteren bewährten Fachwissenschaftlers¹⁴⁵⁴, gegen den seit Januar 1958 ein Disziplinarverfahren lief¹⁴⁵⁵. Dieser Mitarbeiter, über einen längeren

anderem Senftenberg, wurden im April an die Abteilung Inspektion des Ministeriums für Volksbildung weitergeleitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben des Sektionsabteilungsleiters für Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie und Heimatkunde an das MfV/Abteilung Inspektion. 3.4.1958.)

¹⁴⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum [Frühjahr 1958].

¹⁴⁴⁸ Anm.: Zwei Mitarbeiter der Polytechnischen Abteilung hätten z.B. den Wunsch geäußert, aus dem Institut ausscheiden zu wollen, in einem Fall zum 1.9.1958. Bei einem anderen Mitglied des DPZI stellte sich die Frage, ob „er zum 1.9.1958 selbst“ kündige, oder die „Kündigung vom DPZI ausgesprochen“ würde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum. [Frühjahr 1958].)

¹⁴⁴⁹ Anm.: Der bis dahin seit fast acht Jahren in Sektion IV (Methodik) tätige Biologe beabsichtigte, im Alter von 54 Jahren, aus gesundheitlichen Gründen zu kündigen. Dennoch und trotz seiner durchweg positiven Beurteilung in der Entwicklungskartei des DPZI (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.), sei „unabhängig davon“ unbedingt noch eine „Aussprache über seine politisch-fachliche Arbeit“ durchzuführen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum. [Frühjahr 1958].)

¹⁴⁵⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Betriebsparteiorganisation der SED Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Maßnahmen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit im DPZI.

¹⁴⁵¹ Anm.: „In den Aussprachen mit Genn. Sp. wurde zwar eindeutig erklärt, dass wir uns auf Grund ihrer fehlerhaften politisch-fachlichen Arbeit von ihr trennen, trotzdem wurde Genn. Sp. anheim gestellt, zum 1.9.1958 selbst zu kündigen. Hier bin ich der Meinung, dass so bald als möglich die Kündigung vom Institut aus erfolgt.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum. [Frühjahr 1958]. Name anonymisiert, N.Z.) Frau Sp. (geb. 1902) gehörte zu den ersten Mitarbeitern im DPZI. Vormals Lehrerin arbeitete sie seit Juni 1950 im Institut, zunächst als Oberreferentin, ab Dezember 1951 als Hauptreferentin für Geographie und wurde 1951 mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistung“ bedacht. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

¹⁴⁵² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958.

¹⁴⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum. [Frühjahr 1958].

¹⁴⁵⁴ Anm.: Er habe „fachlich hervorragende Arbeit“ geleistet und sei als „guter Fachwissenschaftler“ stets bestrebt gewesen, „Möglichkeiten für seine pädagogische Arbeit zu schaffen, ohne die wirtschaftlichen Vorteile in den Vordergrund zu stellen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

¹⁴⁵⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Kader. Disziplinarverfahren. 13.1.1958.

Zeitraum erkrankt¹⁴⁵⁶, befand sich infolgedessen erst im Mai dazu in der Lage, seine Stellungnahme vorzulegen¹⁴⁵⁷. Im Juni wurde der 63-jährige, als ehemaliger Schulreformer bezeichnete¹⁴⁵⁸, Referent für Unterstufendidaktik dennoch entlassen¹⁴⁵⁹.

Diese Erscheinungen bildeten jedoch nur den Auftakt für weitere, noch umfangreichere personelle Eingriffe. Im Sommer 1958 überprüfte eine Kommission des Ministeriums das DPZI – mit der Absicht, die „bisherige Arbeit einzuschätzen und Vorschläge für die Veränderung der Arbeit, der Arbeitsweise und der Struktur“ zu machen.¹⁴⁶⁰

Die Abteilungsleiter bekamen den Auftrag, bis zum 20.6.1958 sämtliche Veröffentlichungen der einzelnen Wissenschaftler aus den Jahren 1956-58 detailliert aufzulisten¹⁴⁶¹ und lückenlose Angaben zu weiteren öffentlichen Meinungsäußerungen z.B. in Form von Referaten zu machen¹⁴⁶². Des Weiteren müsse eine Aufstellung der Mitarbeiter erfolgen, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen 1956 und 1958 in Westdeutschland aufgehalten haben.¹⁴⁶³

Persönliche Arbeitspläne aus diesen Jahren seien von allen Institutsangehörigen bereitzulegen; ebenso der Veranstaltungsplan der Sektion bis Ende Juni 1958.¹⁴⁶⁴

Im Juli durchleuchtete die Kommission des Ministeriums die Lehrpläne und Lehrprogramme, welche 1956, 1957 und 1958 vom DPZI ausgearbeitet worden waren; einschließlich der Direktiven für die allgemeinbildende Schule, Abendschule und Einrichtungen der Lehrerbildung.¹⁴⁶⁵

Entscheidende Kriterien für die personellen Maßregelungen stellten der angebliche Boykott gegen die sozialistische Erziehung und polytechnische Bildung¹⁴⁶⁶ sowie die Propagierung der Schülerüberlastung¹⁴⁶⁷ durch die Stofffülle der Lehrpläne dar. Mitarbeiter, die solcher Meinungsäußerungen als überführt galten, sollten entfernt werden.

¹⁴⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Stellungnahme vom 4.5.1958.

¹⁴⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Stellungnahme vom 4.5.1958.

¹⁴⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.

¹⁴⁵⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1879. – Briefwechsel DPZI und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Didaktik der Unterstufe. Februar bis Juni 1958.

¹⁴⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Brief von Direktor Dorst an das Ministerium für Volksbildung/HA Unterricht und Erziehung. 26.6.1958.

¹⁴⁶¹ Anm.: Dazu gehörten neben der Nennung von Titel und Umfang der Arbeiten der Nachweis des Veröffentlichungsortes und des Auftraggebers sowie der Vergütung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Brief des stellvertretenden Sektionsleiters der methodischen Sektion an die Leiter der Abteilungen. 18.6.1958.)

¹⁴⁶² Anm.: Der entsprechende Ort, an dem die Wissenschaftler ihre Meinung öffentlich vertreten haben, musste ebenfalls angegeben werden. Dispositionen und Manuskripte der Vorträge waren vorzulegen. (Vgl. Ebenda.)

¹⁴⁶³ Anm.: Dabei spielte wiederum der Aufenthaltsort eine Rolle; überdies der Zeitpunkt, Auftraggeber, das Ergebnis und der Bericht. (Vgl. Ebenda.)

¹⁴⁶⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁴⁶⁵ Anm.: Diese Dokumente mussten nach Jahre gegliedert sowie Pläne und Direktiven für die einzelnen Klassenstufen gesondert angegeben werden. Die Überarbeitungen von Plänen und Programmen sollten unverzüglich aufgenommen werden. Bis zum 3.7.1958 waren die entsprechenden Aufstellungen einzureichen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Brief des stellvertretenden Sektionsleiters der methodischen Sektion an die Leiter der Sektionsabteilungen. 1.7.1958.)

¹⁴⁶⁶ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 487. Geißler bezieht sich auf: SAPMO, DY 30, IV 2/905/45, Neugebauer an Ulbricht, 4.7.1958 [nicht abgeschickt].

¹⁴⁶⁷ Anm.: Am Nachmittag des 4.7. wurde in der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED das „endgültige Verdikt“ gegen die Reformbemühungen gesprochen. Es „sei die `Legende von der Überlastung der Schüler´ verbreitet worden“. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 488.)

In diesem Sinne hatte sich auch der Unterstufendidaktiker des DPZI „schuldig“ gemacht, da er im Rahmen der Lehrplanerarbeitung die Direktiven von 1950-56 positiv bewertet und in Konsequenz daraus die Entlastung des Plans von Unterrichtsstoff gefordert hatte.¹⁴⁶⁸ Zwei Mitarbeitern für Fremdsprachen wurde vorgeworfen, die „politisch-ideologischen und volkswirtschaftlichen Schwerpunkte“ nicht genügend in ihrer Arbeit an den Lehrplänen berücksichtigt zu haben.¹⁴⁶⁹ Auch sie mussten im September 1958 aus dem DPZI ausscheiden. Schließlich wurde auch die Institutsleitung von nachhaltigen personellen Veränderungen nicht verschont. Direktor Dorst, der sich seit dem Frühjahr 1958 sowohl im Redaktionskollegium der „Pädagogik“¹⁴⁷⁰ als auch durch Intrigen der Parteileitung im Institut¹⁴⁷¹ verstärkt Angriffen ausgesetzt sah, bat am 2.7. um seine Beurlaubung¹⁴⁷². Zwei Tage später wurde er nach einer Besprechung abgesetzt¹⁴⁷³ und bis zur „endgültigen Entscheidung über seine anderweitige Verwendung zu besonderen Arbeiten im Ministerium für Volksbildung“ abgeordnet¹⁴⁷⁴. Danach spitzte sich auch für die Leiterin der Sektion IV, Klauß, die Situation zu. Zum Verhängnis entwickelten sich für sie ihre Ausführungen zur Methodik und zu den Lehrplänen in der „Pädagogik“¹⁴⁷⁵ sowie in der „Deutschen Lehrerzeitung“¹⁴⁷⁶. Die Inszenierung ihrer Disziplinierung verlief exemplarisch. Obschon im Frühjahr 1958 feststand, dass die methodische Sektion

Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5862, Bl. 141, MfV, Protokoll der Beratung zur Neugestaltung der Lehrpläne. 4.7.1958.)

¹⁴⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1879. – Brief DPZI an eine Zwickauer Lehrerin. 3.2.1958.

¹⁴⁶⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Schlussfolgerungen aus der Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁴⁷⁰ Anm.: Hier war es Siebert, der Dorst unter anderem die „unkritische Übernahme des pädagogischen Erbes“, „Wiederbelebungsversuche verschiedener Richtungen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reformpädagogik“, „opportunistische und liberalistische Auffassungen“, z.B. in den Lehrplantheorien, und ungenügende Umsetzung der SED-Parteibeschlüsse vorwarf. (DIPF/BBF/Arch, DPZI 2678a, Diskussionsgrundlage für die Parteigruppe des Redaktionskollegiums der „Pädagogik“ am 11.4.1958. Zitiert nach: Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 479.)

¹⁴⁷¹ Anm.: „Auf Parteiversammlungen übten Institutsangehörige Selbstkritik oder versuchten, sich als Opfer einer desorientierenden Hauspolitik des ehemaligen Direktors darzustellen.“ (Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 487. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5860, Bl. 3, Protokoll der Mitgliederversammlung der Betriebsparteiorganisation, 4.8.1958.)

¹⁴⁷² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 487. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/4655, Bl. 30, Bericht über die Aussprache mit Genossen Dr. Dorst am 2.7.1958.

¹⁴⁷³ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 487.

¹⁴⁷⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1942. – Schreiben des MfV/Staatssekretär Lorenz an den kommissarischen Direktor des DPZI, M. Müller vom 23.7.1958.

¹⁴⁷⁵ Vgl. Klaus, Gertrud: Einige methodische Probleme unseres gegenwärtigen Unterrichts. In: Pädagogik. Berlin 12(1957)5, S. 345-353. Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 95. Angegriffen wurde dieser Beitrag besonders mit einer Polemik von Walter Wolf, der darin die „Behandlung der politische(n) Erziehung vermisste“. (Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 95. Geißler bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1849.)

¹⁴⁷⁶ Anm.: Klauß warf im Februar 1957 die Frage nach Vereinfachung der Lehrpläne, nach „elastischen“ Lehrplänen auf. (Klaus, G.: O diese Lehrpläne! In: Deutsche Lehrerzeitung. Nr. 5/1957, S. 4. [a]. Zitiert nach: Lost, Christine: Zwischen Politik und Pädagogik. Wirkungsmöglichkeiten der Pädagoginnen Erika Hoffmann, Gertrud Klaus und Gerda Mundorf im östlichen Deutschland der Nachkriegszeit. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. Hrsg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Bd. 1. Weinheim; München. Juventa Verlag: 1993. S. 301-318. S. 310.)

Die Ausführungen in der „Deutschen Lehrerzeitung“ gab das DPZI später als einen der Gründe für ihre Kündigung an. (Dudek, P.: Gesamtdeutsche Pädagogik im Kalten Krieg? Der V. Pädagogische Kongress 1956 und seine Folgen für die DDR-Pädagogik. In: Die Deutsche Schule 85 [1993], S. 63-83. S. 79f. Zitiert nach: Lost: Zwischen Politik und Pädagogik. S. 310.)

einen neuen Leiter benötigen würde,¹⁴⁷⁷ fand die so genannte „Aussprache“ mit Klaufß erst am 17.7. statt¹⁴⁷⁸. Vom DPZI nahmen neben Klaufß der kommissarisch eingesetzte Direktor Manfred Müller¹⁴⁷⁹ sowie der Kaderleiter Helmut Müller teil.¹⁴⁸⁰ Offenkundig wurden der Sektionsleiterin die Bedingungen ihrer Entlassung diktiert. Die dort getroffenen Festlegungen zur Kündigung lagen weit ab von ihren eigenen Vorstellungen einer zukünftigen freien Mitarbeit im Verlag Volk und Wissen. Alle diesbezüglichen Wünsche sind als „unzureichend und den gegebenen Bedingungen nicht entsprechend“ abgewiesen worden. Ein Mitspracherecht für Klaufß war offensichtlich nicht vorgesehen gewesen. Sie hatte alle Vorwürfe einzusehen und den „Vorschlägen und Begründungen“ der anderen Gesprächsteilnehmer notgedrungen zuzustimmen. Klaufß musste in der Folge eine Stelle an einer Dessauer Schule antreten. Mit dem Verweis auf ihren gesundheitlichen Zustand gelang es ihr zwar, die Stundenzahl einzuschränken. Dennoch musste sie eine gewisse Mindeststundenzahl leisten, um ihre Ansprüche auf Altersversorgung zu sichern.¹⁴⁸¹

Mundorf, Leiterin der Sektion II (Geschichte der Pädagogik), sah sich der Kritik des ungenügenden Praxisbezugs ihrer Arbeit ausgesetzt¹⁴⁸². Außerdem habe sie „mangelnde politische Wachsamkeit“ gezeigt.¹⁴⁸³ Anlass zu diesem Vorwurf bot der Selbstmord ihrer Sekretärin im Sommer 1958, die anscheinend ihre NS-Vergangenheit erfolgreich verschwiegen hatte¹⁴⁸⁴. Im Gegensatz zu Klaufß wurde Mundorf jedoch der Wunsch gewährt, sich „einer begrenzten wissenschaftlichen Arbeit zuwenden zu können“.¹⁴⁸⁵ So wechselte sie an die Akademie der Wissenschaften und beteiligte sich am Aufbau der Arbeitsstelle der Kommission für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte.¹⁴⁸⁶

Mundorfs Lebensgefährte¹⁴⁸⁷, der mit ihr seit 1951 im DPZI tätige Friedrich-Theodor Scholze¹⁴⁸⁸, trat im selben Jahr in den Ruhestand¹⁴⁸⁹.

¹⁴⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum [Frühjahr 1958].

¹⁴⁷⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Aktennotiz über eine Besprechung mit Genossin Klaufß am 17.7.1958.

¹⁴⁷⁹ Anm.: Manfred Müller, ein Mitarbeiter der ZK-Abteilung für Volksbildung, leitete 1958 die Parteikommission, welche das Institut im Sommer 1958 überprüfte. (Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 103.)

¹⁴⁸⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Aktennotiz über eine Besprechung mit Genossin Klaufß am 17.7.1958.

¹⁴⁸¹ Vgl. Ebenda.

¹⁴⁸² Vgl. Lost: Zwischen Politik und Pädagogik. S. 313.

¹⁴⁸³ Hier und im Folgenden: Senatsschulverwaltung Berlin/Personal- und Gehaltsunterlagen – Archiv: Sign. 74 (Akte Gerda Mundorf). Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

¹⁴⁸⁴ Anm.: Der damalige Mitarbeiter für Geschichte der Pädagogik, Karl-Heinz Günther, gibt in seinem biographischen Rückblick an, dass die Sekretärin Mundorfs, Frau Hohlfeld, zu NS-Zeiten die persönliche Sekretärin des „Nazi-Reichsgesundheitsministers Conti“ gewesen sei und dies verschwiegen habe. Frau Mundorf wäre daraufhin vorgeworfen worden, davon gewusst zu haben. Der Selbstmord Hohlfelds geschah laut Günther im Wissen um ihren baldigen krebserkrankten Tod („Ca-Tod“). (Vgl. Günther: Rückblick. S. 215.)

¹⁴⁸⁵ Senatsschulverwaltung Berlin/Personal- und Gehaltsunterlagen – Archiv: Sign. 74 (Akte Gerda Mundorf). Zitiert nach: Lost: Zwischen Politik und Pädagogik. S. 313.

¹⁴⁸⁶ Vgl. Ebenda. Lost bezieht sich auf: Lost, C.: Zum Wirken Gerda Mundorfs (1913-1983) in der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Jg. 30, Berlin 1990. S. 74-86. S. 78.

¹⁴⁸⁷ Vgl. Ebenda. S. 312.

¹⁴⁸⁸ Anm.: Der ehemalige Lehrer und Lehrerbildner war ab 1949 im DPZI/Zweigstelle Dresden tätig, bevor er im Juli 1951 zum zentralen DPZI in Berlin wechselte, wo er in der Abteilung Theorie und zwischenzeitlich in der Abteilung Lehrerbildung arbeitete. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

Nach den personellen Umbrüchen von 1958 gab es in den wissenschaftlichen Sektionen des DPZI kaum noch Leitungspersonal. Die theoretische Sektion (I) befand sich seit Uhlmanns Weggang 1957¹⁴⁹⁰ unter kommissarischer Leitung von Werner Kath und Werner Lindner.¹⁴⁹¹ In den Sektionen II und IV waren die Leitungsposten geräumt worden (Mundorf und Klauß). Die Sektionen III und V fielen der Umstrukturierung zum Opfer¹⁴⁹² und der Direktor war abgesetzt. Einzig die Sektion VI (Sorbische Schulen) in Bautzen behielt ihren früheren Sektionsleiter Johannes Sauer.¹⁴⁹³

Die führenden Positionen konnten dementsprechend fast vollständig mit jungen Nachwuchskadern besetzt werden. So entwickelte sich eine neue Führungsschicht, die „nahezu ausnahmslos keine biographische Anbindung mehr an den antifaschistischen Widerstandskampf und die Geschichte sozialistischer Parteien vor 1945, ebenso wenig an die Schulreform nach 1945“¹⁴⁹⁴ besaß.

¹⁴⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Schreiben von Günther (Direktion) an Neuner (Direktor des DPZI). Betreff Auszeichnung des Genossen Friedrich Theodor Scholze aus Anlass seines 70. Geburtstages. 20.5.1963.

¹⁴⁹⁰ Siehe die Ausführungen zum Personal 1957 in Punkt 2.4.1.

¹⁴⁹¹ Anm.: Die Stelle des Sektionsleiters der Sektion I galt als vakant. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorlage zur Besprechung von Kaderangelegenheiten. Ohne Datum [Frühjahr 1958].)

Werner Kath (1918 geb.) war seit 1.3.1953 im DPZI in der Abteilung Theorie tätig (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.); dort im Bereich Schule und Jugendorganisation. 1958 übernahm er die kommissarische Leitung der theoretischen Sektion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958.) Danach fungierte er in der Direktion als wissenschaftlicher Sekretär; (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Auszüge aus den Arbeitsplänen der wissenschaftlichen Sektionen des DPZI 1959/60.) bis er 1961 die Sektion VI (Lehrerbildung) leitete (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.).

Werner Lindner (1926 geb.) arbeitete seit 1951 in der Abteilung Theorie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) Er hatte die kommissarische Leitung 1959 inne. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion I. Schreiben des Kommissarischen Sektionsleiters Dr. W. Lindner an die Direktion. 30.9.1959.) 1960 war er Sektionsleiter der Sektion I (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Schreiben des stellvertretenden Direktors an das Präsidium der APW der RSFSR, Prof. Leontjew. 27.7.1960.)

¹⁴⁹² Anm.: Sektion III (Psychologie) und Sektion V (Defektologie) wurden bei der Umstrukturierung im Frühjahr 1959 als Sektionen aufgelöst. Jeweils in Form von Abteilungen übernahm die theoretische Sektion (I) die Psychologie und die Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne (III) die Mitarbeiter der ehemaligen defektologischen Sektion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion I. Schreiben des Kommissarischen Sektionsleiters Dr. W. Lindner an die Direktion. 30.9.1959. und Vgl. Ebenda. Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Verteilung der Arbeitsplätze. 4.8.1959.)

¹⁴⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektionsleiter Sauer an den Direktor: Arbeitsplan für 1959 der Sektion Sorbische Schulen. 8.1.1959.

Abteilungs- bzw. (ab 1954) Sektionsleiter für Sorbische Schulen war Johannes Sauer (1918 geb.). Er trat im Juni 1952 in die damalige Abteilung V ein und übernahm ab 1954 deren Leitung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

¹⁴⁹⁴ Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 104.

Sowohl im leitenden Personal als auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern sind 1958 ca. 50 Prozent entlassen worden.¹⁴⁹⁵ Trotz Neueinstellungen blieben bis Jahresende acht Stellen im Leitungs- und 14 im wissenschaftlichen Bereich verwaist.¹⁴⁹⁶ Der Hochschulabschluss stellte kein Kriterium mehr beim Belegschaftsaustausch dar. Ausgeschiedene wie auch Eingestellte verfügten vorwiegend über die entsprechenden Abschlüsse.¹⁴⁹⁷ Anders verhielt es sich mit der SED-Mitgliedschaft, die kaderpolitisch ins Zentrum der Neueinstellungen rückte. Alle neun 1958 ins Institut aufgenommenen Wissenschaftler waren in der SED organisiert, während sich unter den Entlassenen ca. 42 Prozent Parteilose und Mitglieder der Blockparteien befanden.¹⁴⁹⁸ Ebenso spielte die frühere NSDAP-Zugehörigkeit eine größere Rolle als in den Vorjahren. Zwar gab es immer noch vier NS-Belastete unter den Wissenschaftlern, jedoch waren drei gekündigt worden und unter den Neueinstellungen keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder.¹⁴⁹⁹ Ein Grund hierfür könnte aber auch das Alter der Neuzugänge gewesen sein, das in fast allen Fällen (vermutlich weit) unter 40 Jahren lag.¹⁵⁰⁰

Von den 35 Entlassenen (Leiter und Wissenschaftler) wechselten sieben in andere staatliche Einrichtungen, zwei nahmen langfristige Bildungsmaßnahmen auf, zwei verließen illegal die DDR, ein Mitarbeiter verstarb.¹⁵⁰¹ Der überwiegende Teil – 23 Personen – wurde in den Schuldienst versetzt.¹⁵⁰²

Nach diesen radikalen personellen Umbrüchen dauerte es bis Ende 1959, um den Kaderbestand von 1957 zahlenmäßig wieder zu erreichen¹⁵⁰³:

¹⁴⁹⁵ Anm.: Unter „Leitende Angestellte“ waren 1957 elf Personen vermerkt. 1958 sind in diesem Bereich sechs entlassen und nur einer ist neu eingestellt worden. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern schieden von den 1957 aufgeführten 68 Personen 29 aus; neun wurden eingestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957.)

¹⁴⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958.

¹⁴⁹⁷ Anm.: Im Bereich Leitung und Wissenschaftler besaßen acht der zehn Neuzugänge und 33 von 35 Entlassenen einen Hochschulabschluss. (Vgl. Ebenda.)

¹⁴⁹⁸ Vgl. Ebenda. Im Jahr darauf, 1959, waren ca. 85 Prozent der Neueinstellungen in der SED organisiert. (Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959.)

¹⁴⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958.

¹⁵⁰⁰ Anm.: Acht von neun eingestellten Wissenschaftlern waren unter 40 Jahre alt. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁰¹ Anm.: Die Republikflucht wird aus der Formulierung „ungesetzliche Änderung des Wohnsitzes“ geschlossen. Die Bildungsmaßnahmen erschließen sich aus der Bezeichnung „Aufnahme eines langfristigen Lehrganges oder Studium“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁰² Vgl. Ebenda.

¹⁵⁰³ Anm.: Im Jahr 1957 gab es elf leitende Angestellte und 68 Wissenschaftler; 1959 waren es zehn Leiter und 69 wissenschaftliche Mitarbeiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959. Außerdem: Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958.)

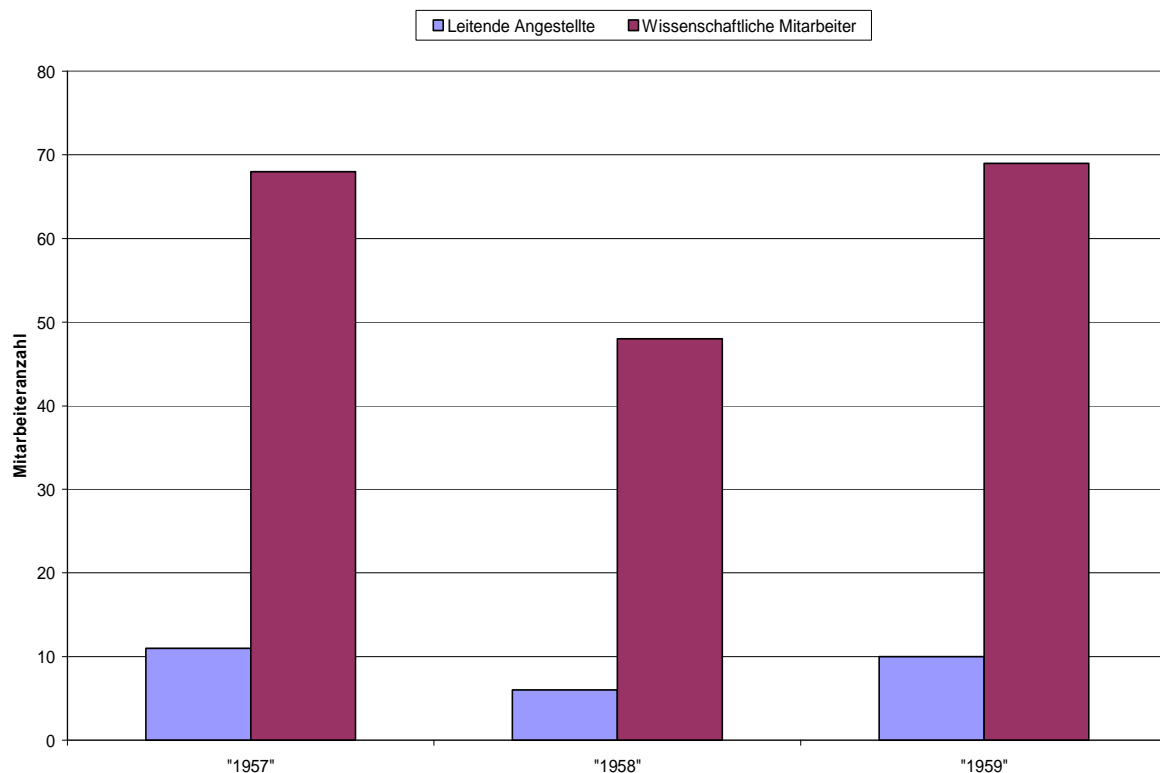


Abbildung 10: Der Personalbestand im Leitungs- und wissenschaftlichen Fachpersonal des DPZI von 1957 bis 1959 im Vergleich

Hinsichtlich des Frauenanteils war abermals ein rapider Rückgang zu verzeichnen. Der Höchststand vom Sommer 1950 mit 60 Prozent pendelte sich, mit kurzzeitigen Einbrüchen 1951 (20 Prozent) und 1953 (16 Prozent), ab 1954 bis 1958 bei ca. 30 Prozent ein.¹⁵⁰⁴ 1959 lag er bei 20, 1961 dann nur noch bei 15 Prozent.¹⁵⁰⁵

2.4.3.2 Veränderungen in den Arbeitsbedingungen 1958/59

¹⁵⁰⁴ Anm.: Frauenanteil im DPZI (wissenschaftliche Mitarbeiter): Juni 1950 bei 60 Prozent, Dezember 1951 bei 20 Prozent, März 1952 bei 30 Prozent (Dezember bei 24 Prozent), Dezember 1953 bei 16 Prozent, Dezember 1954 bei 30 Prozent, Dezember 1955 bei ca. 29 Prozent, Dezember 1956 bei ca. 29,5 Prozent, Dezember 1957 bei 27 Prozent, Dezember 1958 bei 27 Prozent, Dezember 1959 bei 20 Prozent und Oktober 1961 bei 15 Prozent. (Siehe BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3013. – Personalstatistik vom 30.6.1950.; Vgl. Ebenda. – Personalstatistik vom 31.12.1951.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 31.3.1952.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.12.1952.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. 15.12.1953.; Vgl. Ebenda. – Statistischer Berichtsbogen A. Stand vom 15.12.1954.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1955.; Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Stand vom 15.12.1956.; Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958.)

¹⁵⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.

Die politischen Einflussnahmen beschränkten sich nicht nur auf die personellen Verhältnisse im Institut. Sie erstreckten sich darüber hinaus in verstärktem Maße auf die thematische Schwerpunktsetzung im DPZI und mit den neuen Arbeitspraktiken auch auf die *Arbeitsbedingungen*. Einmal mehr ging es um die Durchsetzung des Führungsanspruchs der SED im Bildungswesen.

Um der bildungspolitischen Linie der SED Nachdruck zu verleihen, war anlässlich der Schulkonferenz (24./25.4.1958) beim Politbüro des ZK eigens die Schulkommission konstituiert worden.¹⁵⁰⁶ Diesem unter anderem¹⁵⁰⁷ aus Vertretern der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, der Kinder- und Jugendorganisation, der pädagogischen Wissenschaft, der Lehreraus- und -weiterbildung sowie der Schulpraxis bestehenden Gremium¹⁵⁰⁸ oblag es, vor allem die „Einführung einer obligatorischen zehnklassigen und polytechnischen Schule“ voranzutreiben.¹⁵⁰⁹ In dieser Hinsicht hatte die Schulkonferenz dem Volksbildungswesen die größten Defizite und einen „Tempoverlust“ der sozialistischen Schulentwicklung attestiert.¹⁵¹⁰ Weitere Kritik traf die als „unzureichend“ bezeichneten „Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Auffassungen in der Pädagogik und Psychologie“. Einzelne Pädagogen hätten versucht, die „reaktionäre Begabungstheorie“ zu begründen und zu popularisieren sowie sich gegen die polytechnische Bildung und die achtjährige einheitliche Grundschule gewandt. Den Parteiorganisationen des Volksbildungswesens bescheinigte die Schulkonferenz Versagen bei der Sicherung der „ideologisch-politischen Führung“, welches „revisionistische Erscheinungen“ begünstigt habe.¹⁵¹¹ Schulpolitische Parteibeschlüsse wären nur mangelhaft von den leitenden „Genossen auf dem Gebiet der Volksbildung und der pädagogischen Wissenschaft“ durchgesetzt worden¹⁵¹² sowie ein „Zurückbleiben der Schule und der pädagogischen Theorie hinter den

¹⁵⁰⁶ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 142.

¹⁵⁰⁷ Anm.: Geleitet wurde die Schulkommission von Kurt Hager (Leiter der Abteilung Kultur und Erziehung beim ZK der SED und Mitglied des Politbüros); als Sekretär fungierte Werner Neugebauer (Leiter der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED); außerdem gehörten Werner Lorenz (seit Juni 1958 Staatssekretär im Volksbildungsministerium) und der Volksbildungsminister (F. Lange, nach dessen Ablösung im Dezember 1958 A. Lemnitz) der Kommission an. (Vgl. Wiegmann, Ulrich: SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten [real]sozialistischen Gesellschaft“. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 75-88. S. 76.)

¹⁵⁰⁸ Anm.: Die personelle Zusammensetzung garantierte den „koordinierten Zugriff der Parteizentrale auf alle ... für wichtig befundenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen“. Zahlenmäßig waren pädagogische Wissenschaftler in der Schulkommission unterrepräsentiert. Das disproportionale Verhältnis von Angehörigen der SED-Führung, Volksbildungsfunktionären, Praxisvertretern und pädagogischen Wissenschaftlern manifestierte sich bei der Erweiterung der Kommission durch weitere Mitglieder im Oktober 1958. Aus dem personellen Gefüge, wie auch den Beratungsthemen der Schulkommission folgert Wiegmann, dass es der „SED-Führung primär um einen effektiven Vollzug ihrer bildungspolitischen Grundsatzentscheidungen ging“. (Vgl. Wiegmann: SED-Führung. S. 77. Wiegmann bezieht sich hierbei auf: Basikow, U.: Zur Arbeitsweise und Funktion der Schulkommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED [1958-1961]. Unveröffentlichtes Manuskript. 1987.)

¹⁵⁰⁹ Vgl. Ebenda. S. 76/77.

¹⁵¹⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 102.

¹⁵¹¹ Vgl. Ebenda. S. 103.

¹⁵¹² Vgl. Ebenda. S. 102.

Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus¹⁵¹³ eingetreten. Die Konsequenz daraus lautete, dass die „Kraft der gesamten Partei für die Erfüllung der Parteibeschlüsse“ zu mobilisieren sei.¹⁵¹⁴

Um zu sichern, dass alle DPZI-Mitarbeiter die Parteibeschlüsse zur Kenntnis nehmen, wurden nach internen Besprechungen¹⁵¹⁵ schriftliche Auswertungen eingefordert.

In diesen schriftlichen Darlegungen mussten die Mitarbeiter des Instituts sowohl nach der Schulkonferenz¹⁵¹⁶ als auch nach dem V. Parteitag (10.-16.7.1958)¹⁵¹⁷ so genannte Schlussfolgerungen aus den Parteibeschlüssen für ihre Arbeit verbindlich formulieren. Neben der Integration einzelner Komponenten in die laufenden Aufgaben bedeutete das vielfach Änderungen in den Arbeitsplänen.¹⁵¹⁸ Überdies verpflichteten sich Mitarbeiter in der Folge unter anderem zu intensiver politischer Arbeit in der eigenen Wohngruppe, zu mehr Engagement in den Massenorganisationen¹⁵¹⁹ sowie zur „politischen und ideologischen Qualifikation“ der Institutsangehörigen¹⁵²⁰ bis hin zu den schon aus den frühen fünfziger Jahren bekannten Ansätzen wie der Verbesserung von Kenntnissen in russischer Sprache, in Marxismus-Leninismus, in „Sowjetpädagogik“¹⁵²¹ sowie in Bezug auf eine stärkere Verbindung von Theorie und Praxis¹⁵²². Außerdem entstanden Pläne, die „politisch-ideologischen und volkswirtschaftlichen Schwerpunkte“¹⁵²³ in der wissenschaftlichen Entwicklungs- und Forschungsarbeit mehr zu berücksichtigen, insbesondere in der Lehrplanarbeit (Lehrplanüberarbeitung und Arbeiten

¹⁵¹³ Vgl. Ebenda. S. 103.

¹⁵¹⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁵¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁵¹⁶ Anm.: Im Auftrag des Ministeriums wurde „ein zusätzlicher Maßnahmeplan zur Auswertung der Schulkonferenz ausgearbeitet“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Schreiben Dorst an das MfV/HA Unterricht und Erziehung. Betreff Dreijahresprogramm der wissenschaftlichen Arbeit des DPZI. 26.6.1958.) Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958.

¹⁵¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.; Vgl. Ebenda. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.; Vgl. Ebenda. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁵¹⁸ Anm.: Zum Beispiel wären „in Auswertung der Güstrower Landschulkonferenz und der Schulkonferenz“ der SED „dringende termingebundene Lehrplanarbeiten“ notwendig gewesen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958.)

¹⁵¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁵²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁵²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁵²² Anm.: Hierbei war an eine „kameradschaftliche Zusammenarbeit“ mit den ans DPZI abgeordneten Lehrern gedacht (Vgl. Ebenda.); außerdem an eine „feste Verbindung zu den Neueren in der Schulpraxis“, vor allem zu denen, die „in Vorbereitung des V. Parteitages, in den Diskussionen der Presse und auf dem Parteitag selbst in Erscheinung getreten sind“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.).

¹⁵²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.

bezüglich der Grundkonzeption des neuen Lehrplanwerks), der sogar die Grundlagenforschung in Dienst gestellt werden sollte.¹⁵²⁴

Intensität und Form der Kontrolle hatten neben der Überprüfung der Mitarbeiter den Effekt, dass durch die „freiwillig“ geäußerten, von den Wissenschaftlern ausgehenden Anregungen zur Institutsarbeit auf eigentümliche Weise der demokratische Gedanke verwirklicht schien. Denn anders als Anfang der 1950er Jahre bemühte sich die SED-Führung darum, die „Durchsetzung der schulpolitischen Parteibeschlüsse“ „demokratisch-zentralistisch“ zu gestalten.¹⁵²⁵ Unter der zentralen Losung „arbeite mit – plane mit – regiere mit“ beabsichtigte die SED-Spitze, über die DPZI-Mitarbeiter hinaus auch die Öffentlichkeit in die sozialistische Schulreform einzubeziehen und dabei den eigenen Herrschaftsanspruch „volksdemokratisch“ zu legitimieren, d.h. die „Herrschaftsausübung zu modernisieren“. Verknüpft wurde diese demokratisch-zentralistische Kampagne mit einem schulgesetzlichen Verfahren, dessen Grundsatz die „Einheit von Aktion und Diskussion“ bilden sollte. Diskussion meinte hierbei jedoch keinesfalls Diskurs, sondern die von den Ansichten der SED-Oberen gelenkte politisch-ideologische „Überzeugung“ der Bevölkerung vom gesellschaftsstrategischen Erfordernis der „sozialistischen Entwicklung des Schulwesens“.¹⁵²⁶ Eine solche „Volksdiskussion“ eignete sich nicht nur zur Anwerbung von Schülern für die Zehnklassenschule, sondern auch, um die Allgemeinheit für die freiwillige und unentgeltliche Unterstützung beim Bau neuer Schulen zu akquirieren.¹⁵²⁷

Auch das DPZI bezog größere Bevölkerungsteile in seine pädagogischen Beratungen mit ein. In den Jahren zuvor hatte das Institut seine Arbeiten fast¹⁵²⁸ ausschließlich mit der *Schulpraxis* und anderen im pädagogischen Bereich liegenden Einrichtungen und Personenkreisen diskutiert. 1958 sollten aber auch die Arbeiter und Genossenschaftsbauern der volkseigenen Industriebetriebe, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) an den Entwicklungen der pädagogischen Wissenschaft teilhaben.¹⁵²⁹ So popularisierte und begründete das DPZI im Herbst desselben Jahres die Grundkonzeption des Lehrplanwerkes von 1959 auf Kreisebene in den Betrieben¹⁵³⁰ und zugleich die Ausrichtung auf

¹⁵²⁴ Anm.: Bei der Arbeit an der Lehrplankonzeption und in den dafür geplanten Diskussionen in den Kreisen seien unter anderem „Auseinandersetzungen mit reaktionären und rückständigen Auffassungen, mit feindlichen Theorien, mit idealistischen und religiösen Vorurteilen“ und „mit der imperialistischen Unmoral“ zu führen. Außerdem wurde die „Verbindung des Unterrichts der betreffenden Fächer mit der Produktionsarbeit der Schüler“ angestrebt. Die Grundlagenforschung würde von der Lehrplanarbeit, die als „bedeutende wissenschaftliche Arbeit“ betrachtet wurde, „bestimmt und befruchtet“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 [Gesellschaftswissenschaften, N.Z.]. Auswertung des V. Parteitages.)

¹⁵²⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. Geißler: *Das schulpolitische System*. S. 144. Geißler bezieht sich auf: Ulbricht, Walter: *Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes*. Berlin 1959. S. 53.

¹⁵²⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁵²⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁵²⁸ Anm.: Im Rahmen des Referates Schule und Elternhaus hatten Wissenschaftler direkte Kontakte zu verschiedenen Werktätigen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1403. – Protokoll über die am 12.7. durchgeführte Besprechung mit Elternvertretern im DPZI in Berlin. [1955])

¹⁵²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.

¹⁵³⁰ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Musterschreiben der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer an verschiedene VEB, LPG und MTS in Oschatz, Dahlen, Mügeln, Kemnitz, Cavertitz, Wiederoda und Mahlis. 22.8.1958.; Vgl. Ebenda. – Zusammenfassender Bericht über den Einsatz der Brigade I im Kreise Oschatz in der Zeit vom 1. bis 13.9.1958.

die volkswirtschaftlichen Aspekte (Polytechnik), wie sie auf der Schulkonferenz gefordert worden war¹⁵³¹.

An diese Aktionen zum Entwurf der Grundkonzeption vom September 1958 schlossen sich in neuer Quantität weitere Maßnahmen zum Lehrplanwerk im Frühjahr 1959 an.¹⁵³² Das ZK der SED empfahl dabei allen Werktätigen, bis Ende April 1959 über die „vorliegenden Vorschläge zur sozialistischen Entwicklung“ des Schulwesens auf breiter Basis eine öffentliche Diskussion durchzuführen und „in der Presse sowie in Aussprachen und Versammlungen Stellung zu nehmen“.¹⁵³³ Auf der Grundlage der schulpolitischen Beschlüsse des 4. Plenums des ZK der SED (15.-17.2.1959) propagierte die SED-Führung aber nicht nur DDR-weit die eigenen Schulthesen, sondern auch das Lehrplanwerk.¹⁵³⁴

Das DPZI beteiligte sich ebenfalls an dessen Bekanntmachung. Zu diesem Zweck organisierte das Institut 1959 wiederum Diskussionen auf Kreisebene.¹⁵³⁵

Als Transmissionsriemen der SED-Schulpolitik wurde das Prinzip der Einheit von Aktion und Diskussion in diesem Sinne nicht nur *auf* das DPZI angewendet, sondern auch *vom* DPZI genutzt.

2.4.3.3 Veränderungen in der inhaltlichen Arbeit des DPZI

Unverkennbar rückten im Zuge der Restauration (bildungs-) politisch-ideologischer Autorität durch die SED-Führung¹⁵³⁶ die Lehrplanentwicklung und damit auch Lehrerbildung wieder ins

¹⁵³¹ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 104.

¹⁵³² Anm.: Das MfV bereitete die entsprechenden umfangreichen Debatten vor. Sowohl die Pädagogischen Bezirkskabinette, Kreiskabinette, Fachkommissionen und Schulen als auch die polytechnischen Beiräte der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft wurden einbezogen; außerdem die Einrichtungen der Lehrerbildung und die dem Ministerium nachgeordneten Dienststellen, wie das DPZI. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Merkblatt für die Diskussion über den Entwurf einer Grundkonzeption für das neue Lehrplanwerk der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. 19.2.1959.)

¹⁵³³ Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Thesen des Zentralkomitees. Vom 17. Januar 1959 (Auszüge). Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 503-532. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 193.

¹⁵³⁴ Anm.: Um die Kenntnis der Thesen zu prüfen wurde z.B. die Frage, wie die Thesen im Deutschunterricht verwirklicht werden müssten, in den Mittelpunkt der Beratungen gerückt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2421. – Versendung der Lehrplandwürfe Deutsch an das Pädagogische Kreiskabinett in Weimar. 6.3.1959.) Die eingehenden Schreiben im MfV und den nachgeordneten Dienststellen zu den Thesen des 4. ZK-Plenums der SED wurden registriert und gekennzeichnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Anweisung an alle Abteilungen, selbständigen Sektoren des Ministeriums für Volksbildung und nachgeordneten Dienststellen. Ohne Datum [Frühjahr 1959].)

¹⁵³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2420. – Mitteilung der Abteilung Sprache und Literatur an das Sekretariat der Sektion. 27.2.1959.; Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2421. – Brief Sektion IV an die Kreisleitung der SED im Kreis Oschatz. Betreff Diskussionen über den Entwurf einer Grundkonzeption für das Lehrplanwerk der zehnklassigen polytechnischen Oberschule. 18.3.1959.; Vgl. Ebenda. – Protokoll über die Lehrplandiskussion Deutsch im Pädagogischen Bezirkskabinett Leipzig. 23.3.1959.

Zentrum der alltäglichen Arbeit des DPZI. Denn als Konsequenz der forcierten Durchsetzung der schulpolitischen Linie der SED wurde die „Um- und Neugestaltung der Lehrpläne“ zwingend.¹⁵³⁷ Nach ersten Vorbesprechungen im Januar¹⁵³⁸ hatten das MfV, der VWV und das DPZI im Mai 1958¹⁵³⁹ die Termine für neue Lehrpläne und -bücher abgestimmt und zur verbindlichen Arbeitsgrundlage des Instituts erklärt¹⁵⁴⁰. Die Mitarbeiter der Sektion IV (Methodik) des DPZI hatten sich ausschließlich den curricularen Aufgaben zu widmen.¹⁵⁴¹ Vakante Planstellen in der Sektion sollten umgehend durch „Abordnungen von Lehrern, Mitarbeitern der Pädagogischen Bezirkskabinette, Dozenten von Lehrerbildungseinrichtungen usw.“ besetzt werden.¹⁵⁴²

Auf der Grundlage des „Beschlusses über die Aufgaben und den Aufbau der Mittelschulen“ vom 15.3.1956 sowie unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Landschul-¹⁵⁴³ und Schulkonferenz wurden die Grundlinien des Lehrplanwerks entworfen¹⁵⁴⁴. Die bisherigen Lehrpläne sollten nach den Kriterien der „Verbindung des gesamten Lernens mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus“¹⁵⁴⁵ überprüft und gegebenenfalls um- oder neu bearbeitet werden.¹⁵⁴⁶

¹⁵³⁶ Vgl. Wiegmann, Ulrich: Die Machtverhältnisse im Übergang zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 105-125. S. 106.

¹⁵³⁷ Anm.: Zusätzlich sollten laut Schulkonferenz die Lehrbücher und Lehrmittel der allgemeinbildenden Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen um- und neu gestaltet werden. Für die Lehrerweiterbildung sei ein „vielfältiges System“ einzuführen. (Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 [Auszug]. Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 103 und 105.)

¹⁵³⁸ Anm.: Die Beratungen fanden am 23. und 29.1.1958 statt. Ziel war es durch „eine genaue Abstimmung der Entwicklungsvorhaben im DPZI und im Verlag sowie eine exakte Festsetzung der Verfahren und Termine“ die Lehrplan- und Lehrbucharbeit von der HA Unterricht und Erziehung im MfV aus besser kontrollieren zu können. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2012. – Protokoll der Besprechung über die weitere Entwicklung von Lehrplänen und Lehrbüchern. 31.1.1958.)

¹⁵³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Protokoll über die Beratung am 23.5.1958. Aufstellung eines Zeitplans zur Um- und Neugestaltung der Lehrpläne und -bücher für die Mittelschule.

¹⁵⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Schreiben des MfV/HA Unterricht und Erziehung an Direktor Dorst. 2.6.1958.

¹⁵⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Plan für die Um- und Neugestaltung der Lehrpläne und Lehrbücher für die allgemeinbildenden Schulen. Anlage zum Schreiben des MfV/HA Unterricht und Erziehung an Direktor Dorst. 2.6.1958.

¹⁵⁴² Vgl. Ebenda.

¹⁵⁴³ Anm.: Gemeint ist die Güstrower Landschulkonferenz vom Februar 1958, in deren Folge die zum 1.9.1958 einzuführenden Lehrpläne für die Mittelschule Klasse 7 überprüft werden mussten. Im Vordergrund stand dabei die Differenzierung von Stadt und Land, z.B. wurde überlegt, ob „landwirtschaftliche Abrechnungsverfahren“ in den Rechenunterricht und Gartenarbeit in den Biologieunterricht integriert werden könnten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2012. – Protokoll über die 1. Beratung über die Auswirkung der Landschulkonferenz in Güstrow auf die Lehrpläne im Schuljahr 1958/59. 5.3.1958.) Im Falle des Deutschunterrichts galt der Lehrplan für die 7. Klasse (Mittelschule), der zum 1.9.1958 eingeführt worden war, als Grundlage der Konzeption für das Lehrplanwerk 1959. Es wurden hier keine wesentlichen Veränderungen mehr vorgenommen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2015. – Bericht zur Grundkonzeption für den Deutschunterricht der Klassen 5-10. 6.8.1958.)

¹⁵⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Plan für die Um- und Neugestaltung der Lehrpläne und Lehrbücher für die allgemeinbildenden Schulen. Anlage zum Schreiben des MfV/HA Unterricht und Erziehung an Direktor Dorst. 2.6.1958.

¹⁵⁴⁵ Anm.: Insbesondere müsse hierbei auf die „Verbindung von Erziehung, Unterricht, produktiver Arbeit und körperlicher Ertüchtigung“ geachtet werden. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁴⁶ Vgl. Ebenda.

Um die angestrebte „Geschlossenheit des Lehrplanwerkes“ zu erreichen, schrieb der Plan „Prinzipien für die innere und äußere Gestaltung“ vor – z.B. die Differenzierung nach Stadt- und Landschulen; Bemerkungen zu Verbindungsmöglichkeiten der Themen mit der sozialistischen Produktion, sowie zur Nutzung für die polytechnische und weltanschauliche Erziehung; die zeitliche Koordinierung der Inhalte einzelner Fächer; außerdem die „Überlappung“¹⁵⁴⁷ der Pläne. Schwierigkeiten bereiteten die Festlegungen zu den Lehrplänen der Oberschule, da über die diesbezüglichen schulstrukturellen Fragen für die Zukunft noch keine Klarheit herrschte.¹⁵⁴⁸

Die bis Juni gültige (alte) Lehrplankonzeption war in aller Eile zum 30.7.1958 entsprechend zu korrigieren¹⁵⁴⁹ – ausgehend von den neuen Lehrplänen für die siebente und achte Klasse der Mittelschule (ab 1.9.1958), die größtenteils schon „nach den neuen Gesichtspunkten“ erarbeitet worden seien¹⁵⁵⁰. Denn hier musste bereits der polytechnische Bezug¹⁵⁵¹ und das Engagement für die sozialistische Umgestaltung¹⁵⁵² nachgewiesen werden. Darüber hinaus sollte das Unterrichtsgespräch, als dem Prinzip der „Diskussion“ verpflichtete Arbeitsform, die Schüler zu „Einsichten und zu parteilichen Urteilen“ führen.¹⁵⁵³ Hinsichtlich der anderen Klassen galt es, für das Schuljahr 1958/59 Zusatzmaterialien zu erstellen, welche dem Lehrer nahe zu bringen hatten, wie die neuen Aspekte der Erziehung und Bildung auf der Grundlage der gültigen Lehrpläne anzuwenden wären.¹⁵⁵⁴

¹⁵⁴⁷ Anm.: D.h., die „abschließenden Stoffgebiete des vergangenen Jahres“ sollten „am Beginn des Lehrplans für das nachfolgende Jahr“ wiederholt werden. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁴⁸ Anm.: Deshalb war zunächst als „Mindestaufgabe“ vorgesehen, bis zum 1.9.1959 die Oberschul-Direktiven der vergangenen Jahre zu überarbeiten und so die „wesentlichsten Forderungen an die Lehrpläne einer Sozialistischen Oberschule zu verwirklichen“ – davon ausgehend, dass die bestehende vierjährige Oberschule zum 1.9.1959 auslaufen würde. Im Falle eines längeren Bestehens der vierjährigen Oberschule sollte jedoch ein grundlegend neues Lehrplanwerk einschließlich neuer Lehrbücher erstellt werden, auch bis zum 1.9.1959. Für den „wahrscheinlichen Fall eines schnellen Aufbaus einer neuen Oberschule“ wäre ebenfalls ein neues Lehrplanwerk auszuarbeiten. Hierbei wurden grundlegende schulstrukturelle Fragen aufgeworfen: „Auf welche Klasse soll sich die neue Oberschule aufbauen?“, „Wie viel Jahre umfasst (sic!) die neue Oberschule?“, „Soll die neue Oberschule in Züge aufgeteilt sein?“ und „In welchem Jahr soll die neue Oberschule beginnen?“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁴⁹ Anm.: Beschlossen wurde dies auf einer Beratung der der Sektion IV am 18.6.1958 – nach „eingehender Aussprache mit den Sektionsabteilungsleitern und in der Parteigruppe der SED der Sektion IV“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Sektionsmitteilung Nr. 52. Betreff Um- und Neugestaltung der Lehrpläne für die sozialistische Mittelschule. 20.6.1958.)

¹⁵⁵⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁵¹ Anm.: Im Deutschunterricht wurde die Verbindung der produktiven Arbeit mit dem Literaturunterricht in der Veranschaulichung der ökonomischen und moralischen Probleme in der sozialistischen Literatur gesucht. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2013. – Lehrplan für Mittelschulen Deutsch 7. Klasse.)

¹⁵⁵² Anm.: Beispielsweise würde der Literaturunterricht die Auseinandersetzung und den Kampf um die „sozialistische Umgestaltung“ unterstützen, indem verstärkt sozialistische Literatur in der Schule behandelt werden sollte; vor allem literarische Kleinformen (Reportagen, Kurzerzählungen, Fabeln, Anekdoten, Massenlieder und Kampfgedichte zu aktuellen politischen Ereignissen), die als charakteristisch für die neue sozialistische Literatur betrachtet wurden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1874. – Schreiben an Klauf: Über sozialistische Erziehung in der allgemeinbildenden Schule. 24.1.1958.)

¹⁵⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2013. – Lehrplan für Mittelschulen Deutsch 7. Klasse.

¹⁵⁵⁴ Anm.: Gemeint waren hiermit z.B. die Differenzierung von Stadt und Land, die weltanschauliche Erziehung, sozialistische Moral, politökonomische Bildung und die Berücksichtigung der Polytechnik. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Die nächsten Aufgaben für die Sektion IV/Abteilung 1. 27.2.1958.)

Anlass für diese Maßnahmen gaben die Inspektionen des DPZI auf Kreisebene vom Frühjahr 1958.¹⁵⁵⁵ Hierzu bewerteten die Brigadeteilnehmer die Arbeit in den Schulen nach den Kriterien des Klassenstandpunktes sowie der Verbindung des Unterrichts mit aktuellen politisch-gesellschaftlichen Ereignissen.¹⁵⁵⁶ Konstatiert wurden dabei „unklare und falsche Vorstellungen über den ideologischen Gehalt des Lehrstoffes“.¹⁵⁵⁷ Außerdem würden Prinzipien der sozialistischen Erziehung, z.B. dialektisches Denken und die materialistische Weltanschauung, wie auch der Gegenwartsbezug vernachlässigt. So nannte der Bericht als eine dieser „verpassten Gelegenheiten“ im Bemühen um Aktualisierung, dass im Geschichtsunterricht bei der Erfindung des Globus nicht darauf hingewiesen worden sei, dass der Sputnik im All die Erde umkreist.¹⁵⁵⁸

Die ersten Entwürfe der neuen Grundkonzeptionen¹⁵⁵⁹ für die Mittelschule konnten Anfang August 1958 vorgewiesen werden.¹⁵⁶⁰ Im Monat darauf wurden diese einer ausgewählten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt – bestehend aus acht sozialistischen Betrieben des Kreises Oschatz (zu politisch-ideologischen Hauptfragen) sowie sechs Fachkommissionen und verschiedenen Fachlehrern (zu den Konzeptionen der einzelnen Fächer).¹⁵⁶¹ Der Bericht des zweiwöchigen Einsatzes in den Kreisen, der trotz instruierender Vorbereitung nicht völlig problemfrei ablief¹⁵⁶², registrierte erneut „ideologische Unklarheiten und Schwankungen“, z.B. in der Deutung diverser Wettererscheinungen¹⁵⁶³.

¹⁵⁵⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Schreiben des Sektionsabteilungsleiters der Sektionsabteilung Sprache und Literatur an alle wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung. 27.2.1958. Die „Überprüfung des Volksbildungswesens im Kreis Senftenberg“ (Vgl. Ebenda.) fand vom 24.2. bis 7.3.1958 statt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Nächste Aufgaben der Arbeitsgruppe 2 des Arbeitskreises II. 24.2.1958.). Die entsprechenden Berichte zu verschiedenen Inspektionen, z.B. Senftenberg, wurden im April an die Abteilung Inspektion des Ministeriums für Volksbildung weitergeleitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben des Sektionsabteilungsleiters für Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie und Heimatkunde an das MfV/Abteilung Inspektion. 3.4.1958.)

¹⁵⁵⁶ Anm.: Kritik fand unter anderem, dass bei der Behandlung von Goethes Schaffen die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse unzureichend dargestellt worden wären; der politische Inhalt von Goethes Reformlehre fehle. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Zusammenfassender Bericht über die Hospitationen in Geschichte, Deutsch, Staatsbürgerkunde, Erdkunde. Anhang zum Schreiben des Sektionsabteilungsleiters für Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie und Heimatkunde an das MfV/Abteilung Inspektion. 3.4.1958.)

¹⁵⁵⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹⁵⁵⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁵⁹ Anm.: Die Grundkonzeptionen hatten im Vergleich zu den in den Stoffangaben detaillierteren Lehrplanentwürfen eher Überblickscharakter. (Vgl. Entwurf einer Grundkonzeption für das Lehrplanwerk der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Ausgearbeitet vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Berlin. Volk und Wissen: 1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2099. – Entwurf eines Lehrplans für den Deutschunterricht in der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule.)

¹⁵⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2015. – Überblick über die Abgabe der Grundkonzeptionen für die Mittelschule an die Leitung der Sektion IV.

¹⁵⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Zusammenfassender Bericht über den Einsatz der Brigade I im Kreise Oschatz vom 1. bis 13.9.1958.

¹⁵⁶² Anm.: Zu den Instruktionen gehörte unter anderem ein Katalog von Argumenten „zur Diskussion in den Kreisen“, welcher die Beweggründe (Zurückbleiben der Schule) sowie die Grundlagen und Einflüsse für die Erarbeitung (Schulkonferenz der SED) der neuen Grundkonzeption, den Sinn des Brigadeeinsatzes selbst (Einheit von Theorie und Praxis) und das Auftreten der Brigademitglieder erläuterte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Zur Diskussion der Grundkonzeption in den Kreisen.) Außerdem wurden konkrete „Fragen an die Arbeiter“ vorgegeben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Zur Diskussion der Grundkonzeption in den Kreisen.) Trotz der dem Einsatz vorausgehenden Anschreiben (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Musterschreiben der Sektion

Im Ergebnis der Diskussionen hielt der Bericht fest, dass für die weitere Arbeit an den Grundkonzeptionen die „politisch-ideologische Fundierung“ unbedingt ergänzt und erweitert sowie ein „durchgehendes System“ als Grundlage aller Fächer für die einzelnen Schuljahre aufgebaut werden müsse.¹⁵⁶⁴ Nachdem die „Systematik der Fachwissenschaften“ im Lehrplanwerk 1951 von der in der darauf folgenden „Überlastungsdiskussion“ entwickelten „pädagogisch-psychologische(n)“ bzw. „Altersstufensystematik“ abgelöst worden sei, solle nun eine Systematik geschaffen werden, welche der des „Aufbaus des Marxismus-Leninismus“ entspreche¹⁵⁶⁵. Als weitere zukünftige Leitlinien wies der Bericht die „parteilich formulierte Thematik der Erziehungs- und Bildungsarbeit“ aus; außerdem die „unmissverständliche“ Klarstellung, dass die Verwirklichung der „Einheit von Theorie und Praxis in jedem Fach“ über den polytechnischen Unterricht und die produktive Arbeit der Schüler zu erfolgen habe.¹⁵⁶⁶ Außerdem griff das Institut in den Arbeiten zum neuen Lehrplanwerk auch zunehmend den in Anlehnung an das sowjetische Vorbild schon früher erwogenen Begriff vom Lehrplan als bindendes Staatsdokument¹⁵⁶⁷ verstärkt wieder auf,¹⁵⁶⁸ anscheinend um die Neuerungen in den Schulen auch durchsetzen zu können.

Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer an verschiedene VEB, LPG und MTS in Oschatz, Dahlen, Mügeln, Kemnitz, Cavertitz, Wiederoda und Mahlis. 22.8.1958.) musste teilweise eine mangelnde Kenntnis der Beschlüsse des V. Parteitages und im Fall einer Schule die völlige Unkenntnis der Grundkonzeption festgestellt werden. Außerdem sei der Mitarbeiter für Körpererziehung erst in der zweiten Woche „zur Brigade gestoßen“; der Mitarbeiter für Landschulen habe wegen einer plötzlichen Abberufung durch das MfV gänzlich gefehlt. Insgesamt wurde die Zusammensetzung der Brigade hinsichtlich des Überhanges an Mitarbeitern aus dem sprachlichen Bereich kritisiert, was auch von den Werkstätigen bemängelt worden sei. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Zusammenfassender Bericht über den Einsatz der Brigade I im Kreise Oschatz vom 1. bis 13.9.1958.)

¹⁵⁶³ Anm.: So habe der Pfarrer in Wiederoda behauptet, der kürzlich aufgetretene Sturm sei eine „Strafe für die Gottlosen“. In der Folge hätte sich das Gerücht verbreitet, „Sturm bedeute nahe bevorstehenden Krieg“, welches durch das am 4.9.1958 in Mahlis zu beobachtende starke Nordlicht beflügelt worden wäre. Nur in einem Fall aber sei das Nordlicht im Physikunterricht besprochen worden, da einige Kollegen die Meinung geäußert hätten, dass die „Forderung nach Aktualität des Unterrichts“ zu einem „Verstoß gegen das Prinzip der Systematik, zu einer Anarchie im Unterricht“ führen würde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1882. – Zusammenfassender Bericht über den Einsatz der Brigade I im Kreise Oschatz vom 1. bis 13.9.1958.)

¹⁵⁶⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁶⁵ Anm.: An dieser Stelle wurde darauf hingewiesen, dass darunter keineswegs der „mechanistische Begriff der Koordinierung“ verstanden werden dürfe; ebenso wenig die Festlegung des einheitlichen „Aufbau(s) für die Lehrpläne aller Fächer“. Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, dass sich „eine solche marxistisch-leninistische Systematik nicht nur mit der dringend zu fordernden Aktualität des Unterrichts sozusagen verträgt, sondern eine solche Aktualität, eine solches ständiges Bezogensein auf die aktuellen Fragen des Klassenkampfes und auf die örtlichen Gegebenheiten geradezu erfordert“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁶⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁶⁷ Anm.: Die sowjetische Delegation mit ihrem Leiter, dem Volksbildungsminister der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) Kairow, stattete dem DPZI am 7.11.1950 einen Besuch ab. Dabei stellte Kairow klar, dass der Lehrplan in der Sowjetunion ein Staatsdokument sei, an dem „kein Mensch“ „irgendwelche Verbesserungen oder Abänderungen“ vornehmen dürfe. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 45. – Bl. 21-24. Bericht der theoretisch-methodischen Abteilung. 8.11.1950. Siehe auch Punkt 2.2.2.4.) In der Folge rissen im DPZI die Überlegungen zu einem solchen Lehrplanverständnis nicht mehr ab. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 379. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut/Abteilung Methodik. Betreff Einsendung „Vorschlag zur Leistungssteigerung“. 15.4.1952.)

¹⁵⁶⁸ Anm.: So entstand auf der Abteilungsleiterbesprechung der methodischen Sektion der Vorschlag, den Lehrplan als staatliches Dokument auszuweisen und „die Gesamtkonzeption des einheitlichen Lehrplanwerkes für die sozialistische Mittelschule“ sowie „die Lehrpläne für die einzelnen Fächer zum 1.9. (1959, N.Z.) verbindlich“ einzuführen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Vorschlag für

Anfang Januar 1959 begann unter Teilnahme einzelner DPZI-Mitarbeiter eine Serie von Kreislehrerkonferenzen¹⁵⁶⁹, auf denen auch das neue sozialistische Profil der Schule zu propagieren war¹⁵⁷⁰. Für Februar/März 1959 plante das Institut weitere „Informationsveranstaltungen“ zur neuen schulpolitischen Linie der sozialistischen Erziehung.¹⁵⁷¹ Außerdem holte das DPZI im Frühjahr 1959¹⁵⁷² umfangreich schriftliche Stellungnahmen zu den Lehrplanentwürfen ein bzw. bekam diese über das Ministerium für Volksbildung zugesandt – z.B. von Schulen¹⁵⁷³, Pädagogischen Kabinetten¹⁵⁷⁴, Pädagogischen Instituten¹⁵⁷⁵, der Pädagogische Hochschule Potsdam¹⁵⁷⁶, der Pädagogischen Fakultät an der Humboldt-Universität¹⁵⁷⁷ und anderen Einrichtungen¹⁵⁷⁸.

die Struktur des Lehrplans. Ausgearbeitet auf der Abteilungsleiterbesprechung am 11.12.1958.) Auch im März 1959 wurde der Lehrplan an erster Stelle als „staatliches Dokument“ deklariert. Dieses habe die Aufgabe, „die Forderungen der sozialistischen Gesellschaft an den Unterricht in der Schule“ festzulegen und es enthalte „alle hierfür notwendigen verbindlichen Angaben in Bezug auf Ziele, Aufgaben, Inhalt, Organisation und Methode des Unterrichts“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Vorschlag für die Struktur des Lehrplans vom 3.3.1959.)

¹⁵⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2420. – Aktennotiz über die Kreislehrerkonferenz im Kreise Merseburg vom 12./13.1.1959.; Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Liste der Teilnehmer für die folgenden Kreisschullehrerkonferenzen. 5.1.1959; Vgl. Ebenda. – MfV/Abteilung Entwicklung und Organisation an die Direktion des DPZI. 22.1.1959. (In der Anlage sind fünf Einladungen zur Kreisschulrätekonzferenz am 5./6.2.1959 enthalten.)

¹⁵⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Staatssekretär Lorenz: Abschrift des Fernschreibens an alle Bezirksschulräte. 29.12.1958. (Hinweise für das Schlusswort des Schulrates auf der Kreislehrerkonferenz)

¹⁵⁷¹ Anm.: Geplant war unter anderem das Referat „Sozialistische Erziehung im Deutschunterricht“ auf einer Weiterbildungsveranstaltung der Lehrer im Kreise Nauen am 16.2.1959, an das sich die Diskussion über die Grundkonzeption und die Thesen des IV. Plenums des ZK der SED anschließen sollte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2420. – Diskussionsplan für die Abteilung Sprache und Literatur. 26.1.1959.) Im Kreis Oschatz fanden im März/April wiederum Brigadeeinsätze statt; außerdem im Kreis Borna und Dessau. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2420. – Mitteilung der Abteilung Sprache und Literatur an das Sekretariat der Sektion. 27.2.1959.) Des Weiteren wurden Besprechungen im Pädagogischen Fachkabinetten des Kreises Merseburg durchgeführt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Bericht über eine Aussprache von Fachkollegen über den Entwurf eines Lehrplans für das Fach Deutsch [5.-10. Klasse] im Pädagogischen Kreiskabinetten des Kreises Merseburg am 17.3.1959.) Darüber hinaus gab es zentrale Veranstaltungen zu den Lehrplänen mit vom Staatssekretariat für Hochschulwesen ausgewählten Wissenschaftlern. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Merkblatt für die Diskussion über den Entwurf einer Grundkonzeption für das neue Lehrplanwerk der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. 19.2.1959.)

¹⁵⁷² Anm.: Hierfür wurden an verschiedenen Stellen Lehrplanentwürfe zur Diskussion verschickt. (Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2421. – Versendung der Lehrplanentwürfe Deutsch an den Direktor der Goethe-Schule in Weimar und an das Pädagogische Kreiskabinetten in Weimar. 6.3.1959. und Vgl. Ebenda. – Versendung der Lehrplanentwürfe Deutsch an den Rat des Bezirks Leipzig/Abt. Volksbildung. 10.3.1959.)

¹⁵⁷³ Anm.: Laut einer Liste des DPZI über die registrierten Einsendungen handelte es sich dabei um 194 Schulen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399.)

¹⁵⁷⁴ Vgl. Ebenda. Nach dieser Auflistung waren es 49 Pädagogische Kreis- und zwei Bezirkskabinetten.

¹⁵⁷⁵ Anm.: Z.B. das Pädagogische Institut in Erfurt und in Leipzig. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2437. – Schreiben des Pädagogischen Instituts Erfurt an das DPZI. 5.2.1959. und Vgl. Ebenda. – Schreiben des Pädagogischen Instituts Leipzig an das DPZI. 31.1.1959.) Außerdem das Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität in Halle. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Liste der registrierten Zusendungen. Ohne Datum [Frühjahr 1959].)

¹⁵⁷⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Liste der registrierten Zusendungen. Ohne Datum [Frühjahr 1959].

Galt dabei für die direkte Diskussion der Fachkommission Deutsch im DPZI die Unantastbarkeit der „politisch-moralischen Thematik“ in den Lehrplänen¹⁵⁷⁹, so zeigte sich in den schriftlichen Stellungnahmen, dass die Bemühungen des Instituts um Durchsetzung der schulpolitischen Forderungen der SED eher kritisch bzw. als überzogen beurteilt wurden. In diesem Sinne bemängelte beispielsweise die Pädagogische Hochschule Potsdam am Konzept des Literaturunterrichts die Vordergründigkeit der „politisch-moralischen Belehrung“, bei der die ästhetische Erziehung „in unzulässiger Weise“ abgedrängt würde.¹⁵⁸⁰ Analog nahmen sowohl das Pädagogische Institut in Güstrow als auch das Germanistische Institut in Rostock eine völlige Überfrachtung mit sozialistischer Literatur wahr,¹⁵⁸¹ die das DPZI als deutliches Zeichen für die sozialistische Umgestaltung des Schulwesens bewusst verstärkt hatte¹⁵⁸². Im Zusammenhang damit stieß auch die mehrfach verzeichnete Vernachlässigung der Nationalliteratur im Deutschunterricht auf Ablehnung.¹⁵⁸³ Das Verhältnis zwischen sozialistischer Literatur und nationalem Erbe läge bei 5:1.¹⁵⁸⁴ Durch die „Verengung auf das Politische“ fehle die Ungezwungenheit, die Fröhlichkeit; von drückendem Ernst¹⁵⁸⁵ und sogar von einem „Achtstunden-Sozialismus“ war die Rede.¹⁵⁸⁶

¹⁵⁷⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁷⁸ Anm.: Z.B. die „Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar/Goethe und Schiller-Archiv“, das Zentralhaus für Volkskunst (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2437. – Schreiben vom 4.2.1959. und Vgl. Ebenda. – Schreiben vom 3.2.1959.), der deutsche Schriftstellerverband (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Schreiben vom 18.4.1959.) und der Präsidialrat des deutschen Kulturbundes (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Liste der registrierten Zusendungen. Ohne Datum [Frühjahr 1959].).

¹⁵⁷⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2421. – Protokoll von der Beratung mit der Fachkommission Deutsch über den Entwurf des Lehrplans am 20.3.1959.

¹⁵⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Brief der Pädagogischen Hochschule Potsdam/Institut für Philologie an die Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. 8.4.1959.

¹⁵⁸¹ Vgl. BBF/DIPF, Archiv, Signatur 2399. – Schreiben des Pädagogischen Instituts Güstrow an die Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. 14.4.1959. (Das „Gutachten über den Entwurf eines Lehrplans für den Deutschunterricht“ liegt bei. N.Z.) und Vgl. Ebenda. – Schreiben des Germanistischen Instituts der Universität Rostock. Diskussionsbeitrag zu dem Entwurf eines Lehrplanes für den Deutschunterricht. 18.3.1959. (Vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen über das Ministerium für Volksbildung an das DPZI weitergeleitet. N.Z.)

¹⁵⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1874. – Schreiben an Klauß: Über sozialistische Erziehung in der allgemeinbildenden Schule. 24.1.1958.

¹⁵⁸³ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Diskussionsbeiträge Fach Deutsch. 25.5.1959. (Lessingschule Bautzen) und Vgl. Ebenda. – Diskussionsbeiträge für den Lehrplan Deutsch. 18.4.1959. (Oberschule Borna). Das Germanistische Institut kritisierte darüber hinaus die Streichung der mittelalterlichen Literatur aus den Lehrplänen. (Vgl. BBF/DIPF, Archiv, Signatur 2399. – Schreiben des Germanistischen Instituts der Universität Rostock. Diskussionsbeitrag zu dem Entwurf eines Lehrplanes für den Deutschunterricht. 18.3.1959.)

¹⁵⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF, Archiv, Signatur 2399. – Schreiben des Pädagogischen Instituts Güstrow an die Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. 14.4.1959.

¹⁵⁸⁵ Anm.: Dies monierte wiederum die Pädagogische Hochschule Potsdam. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Abteilung Sprache und Literatur. Direkt an das DPZI gerichtete Schreiben. 11.4.1959.)

¹⁵⁸⁶ Anm.: Dr. Pokrandt, 1956 im MfV/HA Unterricht und Erziehung/Abteilung Methodik maßgeblich an der Entwicklung der Lehrpläne für die Mittelschule beteiligt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2012. – Beschlussprotokoll der Besprechung über die Erarbeitung der Lehrpläne und Lehrbücher für die Mittelschule Klassen 5-10 am 13.2.1956.), befand den Deutsch-Lehrplan nicht nur für viel zu umfangreich. Er konstatierte überdies eine „Verengung auf das Politische“. „Das Familienleben, das Leben der Kinder, das Spiel, das Lachen und Fröhlichsein, das Private treten völlig zurück.“ Dadurch habe sich ihm der Eindruck eines „Achtstunden-Sozialismus“ aufgedrängt, auch wenn Pokrandt betonte, dass er nicht „nur Negatives in dem Entwurf sehe“. Das Gutachten wurde auf Anfrage des

Beklagt wurde zudem, dass die Forderung nach der polytechnischen Komponente im Deutschunterricht zu hölzern¹⁵⁸⁷ und zu extensiv behandelt worden sei. Im mündlichen Ausdruck müsse auch der Erlebnisbereich der Schüler Platz finden, „nicht nur polytechnische Fragen“.¹⁵⁸⁸ Zahlreiche Einwände, besonders seitens der Schulen, betrafen (wie zuletzt Anfang der 1950er Jahre) die enorme Stofffülle, welche die Stundenkürzung¹⁵⁸⁹ noch verschärfte.¹⁵⁹⁰ Dies führe zum „Verbalismus“ und zur „Passivität der Schüler“ im Unterricht.¹⁵⁹¹ Die Stundenstreichung deklarierte der Methodische Brief des DPZI später als Stundenumverteilung zwischen den Klassen 1-10.¹⁵⁹² Trotz der vielen Vorschläge und Anmerkungen zu den Lehrplanentwürfen wurden diese, zumindest für den Deutschunterricht, im Vergleich zu den im März versendeten Entwürfen fast unverändert als Lehrpläne im September 1959 eingeführt.¹⁵⁹³ Und auch zehn Jahre später, im Rahmen einer neuerlichen Überarbeitung der Pläne, zeigten sich DDR-Pädagogen immer noch vom Inhalt der Stoffpläne überzeugt.¹⁵⁹⁴

Die weitgehende Ignoranz gegenüber den Verbesserungswünschen von Lehrern und Institutionen macht ein weiteres Mal deutlich, dass es sich bei dieser Art Diskussion vielmehr um eine Propagandamaßnahme denn um einen Meinungs austausch handelte.

DPZI erstellt und auch honoriert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Schreiben Dr. Pokrandt an die Sektion Unterrichtsfächer und Methodik. 29.5.1959.)

¹⁵⁸⁷ Anm.: Laut der Arbeitsgruppe Deutschmethodik der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin seien hier „nur Beschreibungen von Geräten, Werkzeugen und Modellen“ vorzunehmen, nicht aber von „Vorgängen der Produktion“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Abteilung Sprache und Literatur. Direkt an das DPZI gerichtete Schreiben. 11.4.1959.)

¹⁵⁸⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁵⁸⁹ Anm.: Vor allem wurde in Deutsch die Stundenkürzung in der 5. Klasse zugunsten des Russischunterrichts abgelehnt. Für die Klassen 7/8 sind mindestens sechs Deutschstunden und in den Klassen 9/10 je fünf Stunden verlangt worden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Pädagogisches Kreiskabinett Brand-Erbisdorf. Stellungnahme zum Lehrplanentwurf. 2.4.1959. und Vgl. Ebenda. – Pädagogisches Kreiskabinett Großenhain. Stellungnahme zum Entwurf des Lehrplans für die allgemeinbildende polytechnische Oberschule. 9.7.1959.) Demgegenüber stand die Verteilung in der Grundkonzeption, welche für die 7. und 8. Klasse nur jeweils fünf Stunden und für die 10. Klasse vier Stunden vorsah. (Vgl. Entwurf einer Grundkonzeption.)

¹⁵⁹⁰ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2423. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Diskussionsbeiträge Fach Deutsch. 25.5.1959. (Sieben der elf hier erfassten Beiträge befassten sich mit Stundenkürzung bzw. Stofffülle.) Vgl. auch: Vgl. Ebenda. – Abteilung Sprache und Literatur. Direkt an das DPZI gerichtete Schreiben. 11.4.1959. und Vgl. Ebenda. Diskussionsbeiträge für den Lehrplan Deutsch. 18.4.1959.

¹⁵⁹¹ Vgl. BBF/DIPF, Archiv, Signatur 2399. – Schreiben des Pädagogischen Instituts Güstrow an die Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. 14.4.1959.

¹⁵⁹² Vgl. Methodischer Brief zum Lehrplan für das Fach Deutsche Sprache und Literatur. Hrsg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut/Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Berlin. Volk und Wissen: 1959. S. 6.

¹⁵⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2099. – Entwurf eines Lehrplans für den Deutschunterricht in der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. und: Lehrplan Deutsche Sprache und Literatur Klasse 5 bis 10. In: Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Hrsg. von der Regierung der DDR. Ministerium für Volksbildung. Berlin. Volk und Wissen: 1959.

¹⁵⁹⁴ Anm.: Die Leitlinie der Stoffanordnung sei beibehalten, lediglich die Stoffanordnung wäre verändert worden: „Diese neue Linienführung verlangt im Prinzip keine andere Stoffauswahl als die des Lehrplanes von 1959. Sie hat vor allem eine andere Stoffanordnung zur Folge.“ (Vgl. Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung. Ausgearbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Edgar Drefenstedt. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. 2. Auflage. Berlin [Ost]. Verlag Volk und Wissen: 1970.)

Trotz der angelaufenen Öffentlichkeitsarbeit mussten noch im August 1959 vielfach „ideologische Unklarheiten“ bei den Lehrern konstatiert werden¹⁵⁹⁵, welche nach wie vor die Hauptzielgruppe darstellten¹⁵⁹⁶. Der Überlieferung des DPZI zufolge hatte z.B. der Schulrat auf der Kreis-Lehrer-Konferenz in Grevesmühlen in seinem Referat die „Aufgabenstellung der Schulkommission des Politbüros für das neue Schuljahr“ vollständig vernachlässigt, ebenso das neue Lehrplanwerk.¹⁵⁹⁷ Angeblich war von den dortigen Lehrern das „Methodenproblem“ in den Vordergrund gestellt worden, „um der Politik zu entgehen“. Auf die „offene, scharfe Kritik“ an der Arbeit und dem Verhalten einzelner Pädagogen durch den kommissarischen Sektionsleiter der Sektion I des DPZI, der an dieser Zusammenkunft teilnahm, hätten die Lehrer kaum reagiert. Ungeachtet dessen hielt aber die darauf folgende „Auswertung der Konferenz“ in der SED-Kreisleitung fest, dass mittels der initiierten „parteiliche(n) Diskussion“ der Zweck dieser Tagung als „im Großen und Ganzen“ erfüllt gelten könne.¹⁵⁹⁸

Doch auch nach Schuljahresbeginn schien das neue Lehrplanwerk noch nicht durchgesetzt.¹⁵⁹⁹ Der Unterricht würde noch nicht unverändert nach den neuen Lehrplänen erteilt.¹⁶⁰⁰ Deshalb sollten solche „Entstellungen“ vieler Schulen im Rahmen einer Stellungnahme des Ministeriums in der Deutschen Lehrerzeitung offiziell verurteilt werden.¹⁶⁰¹ Überdies legte auch das Schulgesetz von Dezember 1959 fest, dass der Unterricht strikt nach den staatlichen Lehrplänen erteilt werden müsse¹⁶⁰² und forcierte damit den im Laufe der Lehrplanarbeiten 1958/59 entwickelten Begriff vom Lehrplan als verbindliches und „wichtigste(s) staatliche(s) Dokument“¹⁶⁰³. Mit dem Schulgesetz beabsichtigte die SED-Führung offenbar, die aktuellen schulpolitischen Veränderungen so zu verankern, dass die „sozialistische Umwälzung“ des Schulwesens als abgesichert galt und die antifaschistisch-demokratischen Ursprünge der Schulreform abgelegt werden konnten.¹⁶⁰⁴ Entsprechend sind auch für die Popularisierung des Gesetzes keine Mühen gescheut worden. Von einem im MfV eingerichteten „Operativstab“ aus begannen bereits in der Abschlussphase des Gesetzes die umfassenden Propagandamaßnahmen

¹⁵⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Bericht über die Teilnahme an der Kreis-Lehrer-Konferenz in Grevesmühlen am 24.8.1959.

¹⁵⁹⁶ Anm.: So sei die Diskussion zur Grundkonzeption und den Lehrplanentwürfen mit 3960 Lehrern und Erziehern, 814 Arbeitern und Bauern und 330 Vertretern der Wissenschaften geführt worden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Schreiben der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer an das MfV/Abteilung Allgemeinbildung. 22.4.1959.)

¹⁵⁹⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Bericht über die Teilnahme an der Kreis-Lehrer-Konferenz in Grevesmühlen am 24.8.1959.

¹⁵⁹⁸ Anm.: Kopien des Berichts gingen an den Direktor des DPZI sowie an die Abteilung Schulinspektion des MfV. (Vgl. Ebenda.)

¹⁵⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Maßnahmeplan des Ministeriums für Volksbildung zur Lösung der nächsten Aufgaben. 12.10.1959.

¹⁶⁰⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁰¹ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁰² Vgl. Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 2. Dezember 1959. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Jg. 1959. S. 859-863. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 315-323. S. 318.

Noch im November war im Übrigen eiligst eine entsprechende Schulverordnung erlassen worden, die bereits festgeschrieben hatte, dass der „Unterricht auf der Grundlage der staatlichen Lehrpläne“ durchzuführen sei. (Vgl. Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen. – Schulordnung – Vom 12. November 1959. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Jg. 1959. S. 823-830. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Vgl. Ebenda. S. 301-315. S. 302.)

¹⁶⁰³ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁶⁰⁴ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 512.

für die „Grundlinien des neuen Schulsystems“.¹⁶⁰⁵ Einbezogen waren vor allem die Massenorganisationen und der Kulturbund, durch deren Hilfe in drei Monaten immerhin 70 000 Veranstaltungen mit ca. 2,5 Millionen Teilnehmern durchgeführt werden konnten.¹⁶⁰⁶

Für die Lehrer bedeutete das Schulgesetz mit seinen neuen Verfügungen über die „sozialistische Entwicklung des Schulwesens“ aber nicht nur die strikte Befolgung der Lehrpläne, sondern noch weitere politisch-ideologische Zumutungen. Ihre „politische und fachliche Weiterbildung“ sollte durch ein „geplantes System“ gesichert werden.¹⁶⁰⁷ Schon die Direktiven der Schulkonferenz vom April 1958 hatten in dieser Hinsicht die Vermittlung von Kenntnissen des „dialektischen Materialismus“, der „marxistisch-leninistischen Pädagogik“ und auf „polytechnischem Gebiet“ vorgesehen.¹⁶⁰⁸ Aufgabe des DPZI wurde es zunächst, verschiedene Lehrprogramme zu überprüfen¹⁶⁰⁹ sowie Gesichtspunkte für die einheitliche Gestaltung und Durchführung von Konferenzen auszuarbeiten.¹⁶¹⁰ Langfristig mussten unter anderem Lehrpläne für die Methodik der Unterrichtsfächer an Instituten für Lehrerbildung erstellt werden.¹⁶¹¹ Nachdem die Thesen zum 4. Plenum des ZK der SED 1959 die Gründung eines speziellen Zentralinstituts forderten, um die Lehrerweiterbildung voranzutreiben¹⁶¹², beabsichtigte die methodische Sektion des DPZI, die entsprechende fachlich-methodische Anleitung zu übernehmen¹⁶¹³. So leitete das Berliner Institut die Organisation von Kursen für Lehrer und

¹⁶⁰⁵ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 144/145. Geißler bezieht sich auf: SAPMO-BArch. – Kulturbund 781. – Aktennotiz über einen Anruf des Genossen Staatssekretär Lorenz am 5.11.1959. – Bl. 59; auch Ebenda. Zusammenfassung der vorliegenden Unterlagen über unsere Zusammenarbeit mit Pädagogen. [undat., Ende 1960]. – Bl. 60ff.

¹⁶⁰⁶ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 145. Geißler bezieht sich auf: BArchP. – R-2/3926. – Einschätzung der Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit und der Diskussion unter der Bevölkerung und Lehrerschaft. – [undat.]. – Bl. 1. Hauptzielgruppe der Diskussionen waren die Eltern. „Kreise der medizinischen und künstlerischen Intelligenz, der Mittelstand, Hausfrauen und die Schüler selbst“ blieben weitgehend ausgeklammert. Auch die Genossenschaftsbauern und die „werk tätigen Einzelbauern“ wurden nicht im angestrebten Maße erreicht. (Anm. Geißler: Vgl. Ebenda.)

¹⁶⁰⁷ Vgl. Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 2. Dezember 1959. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Jg. 1959. S. 859-863. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 315-323. S. 320.

¹⁶⁰⁸ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Vgl. Ebenda. S. 101-108. S. 105.

¹⁶⁰⁹ Anm.: Dabei handelte es sich um „Lehrprogramme für Pädagogik für die Ausbildung der Unter- und Mittelstufenlehrer“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116 – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁶¹⁰ Anm.: Im Jahr 1958: die Konferenz über die pädagogische Ausbildung der Lehrer in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung und die Konferenz zur Methodik an Instituten für Lehrerbildung (Januar). (Vgl. Ebenda.)

¹⁶¹¹ Anm.: Außerdem sollten Lehrpläne für die dreijährige „Ausbildung von Hort- und Heimerziehern“ und für die zweijährige „Ausbildung von Absolventen der Mittelschule an Pädagogischen Schulen für Kindergärtnerinnen“ vom DPZI ausgearbeitet werden. (Vgl. Ebenda.)

¹⁶¹² Vgl. Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Thesen des Zentralkomitees. Vom 17. Januar 1959 (Auszüge). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII. Dietz Verlag. Berlin. 1961. S. 503-532. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 180-195. S. 192.

¹⁶¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Vorschläge zum Inhalt der weiteren Arbeit und zur Struktur der Sektion IV. 18.2.1959.

Direktoren der allgemeinbildenden Schulen sowie für pädagogische Kreis- und Bezirkskabinette in die Wege.¹⁶¹⁴ Die Seminarpläne sollten gemeinsam mit dem MfV abgefasst werden.¹⁶¹⁵

Doch nicht nur Lehrerbildung und Lehrplanentwicklung, auch andere für die „sozialistische Umwälzung des Schulwesens“ notwendig erscheinenden Aspekte beherrschten die Institutsarbeit 1958/59. Die seit Herbst 1957 lauter gewordene Forderung nach „sozialistischer Erziehung“, die Laabs ausdrücklich auf der Vollversammlung der Mitarbeiter im Oktober formuliert hatte¹⁶¹⁶, nahm das DPZI auf und gründete die „Kommission zur Erörterung von Grundfragen der sozialistischen Erziehung“ am DPZI¹⁶¹⁷. Die Kommission sollte die Arbeitsplanung des DPZI auf die „aktuellen pädagogisch-wissenschaftlichen Probleme“ ausrichten.¹⁶¹⁸ Prinzipielle Schwierigkeiten der „sozialistischen Erziehung“ sollten aufgespürt und wissenschaftlich gelöst werden. Hierzu gehörte für das DPZI zunächst, einen *einheitlichen* Begriff der „sozialistischen Erziehung“¹⁶¹⁹ zu finden sowie ein einheitliches, wissenschaftlich begründetes sozialistisches Erziehungsprogramm zu entwerfen.¹⁶²⁰

Erste Ideen zum Erziehungsprogramm kreisten um eine „Analyse der Erziehungswirklichkeit in der gegebenen Schulsituation“, die erzieherische Verbesserung des Unterrichts und des außerunterrichtlichen Lebens, der Unterstützung der Jugendorganisation sowie der Schule in der „Anleitung der Familienerziehung“; außerdem um die „Normen und Methoden der sittlichen Erziehung an der Schule“.¹⁶²¹ Diese Ideen griff in der Folge die Schulkonferenz bezüglich der Überwindung des „Zurückbleibens der Wissenschaft hinter den Erfordernissen der sozialistischen Erziehungspraxis“ im April 1958 auf.¹⁶²²

Entsprechend wurden die Forschungsarbeiten des DPZI für die folgenden zwei Jahre unter den Oberbegriff der „sozialistischen Erziehung und Bildung“ eingeordnet.¹⁶²³ Darunter subsummierten sich beispielsweise Untersuchungen zur sittlichen und patriotischen Erziehung,

¹⁶¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Maßnahmenplan des Ministeriums für Volksbildung zur Lösung der nächsten Aufgaben. 12.10.1959.

¹⁶¹⁵ Vgl. Ebenda.

¹⁶¹⁶ Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI 1849. (Vollversammlung aller Mitarbeiter im DPZI am 10.10.1957.) Zitiert nach: Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 96.

¹⁶¹⁷ Vgl. Thieke, Dr. Boris: Für eine sozialistische Erziehung. In: Pädagogik. 13. Jahrgang. Heft 1/1958. S. 57-59. S. 57.

¹⁶¹⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁶¹⁹ Anm.: „Über den Inhalt des Begriffs `sozialistische Erziehung´ gab es in der Diskussion bisher keine einhellige Auffassung. So wurde sie entweder gleichgesetzt einer sittlichen Erziehung im sozialistischen Sinne, oder es wurden ihr noch neben dieser sittlichen Erziehung die weltanschaulich-ideologische Bildung und Erziehung einschließlich der patriotischen Erziehung und der Erziehung zum proletarischen Internationalismus zugeordnet. Eine dritte Auffassung versteht unter sozialistischer Erziehung die Gesamtheit der Erziehung im Sozialismus.“ (Vgl. Ebenda.)

¹⁶²⁰ Vgl. Ebenda. S. 57/58.

¹⁶²¹ Vgl. Ebenda. S. 59.

¹⁶²² Anm.: Die Schulkonferenz „schlug“ unter anderem „vor“: die Erforschung der „Verbindung von Schule und Leben in der sozialistischen Gesellschaft“, der „Erziehung zur dialektisch-materialistischen Weltanschauung, insbesondere im naturwissenschaftlichen Unterricht“, der Möglichkeiten zur „Einflussnahme der Arbeiterklasse auf die Erziehung“, der „besondere(n) Förderung der Kinder von Arbeitern und Genossenschaftsbauern, der „sozialistische(n) Erziehung in der Familie“ und der „Erziehung in der Pionierorganisation `Ernst Thälmann´“. (Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 [Auszug]. Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK [1958], S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 106.)

¹⁶²³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

zur weltanschaulichen Bildung und Erziehung im naturwissenschaftlichen Unterricht, zur sozialistischen Erziehung in der Kinder- und Jugendorganisation, zur systematischen Entwicklung der Arbeiter- und Bauernkinder und zur Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Ganztagschulen, Horten etc. Außerdem sollten die Anforderungen der Gesellschaft an die Schule¹⁶²⁴ analysiert, der Inhalt der „sozialistischen Erziehung und Bildung“ bestimmt sowie passende Methoden gefunden werden.¹⁶²⁵

Auf dem Gebiet der Bildungsgeschichte wurde geplant, eine Gesamtausgabe der Werke Diesterwegs zu beginnen und eine Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf pädagogischem Gebiet zu schreiben.¹⁶²⁶

Die Sektion Psychologie erhielt unter anderem den Auftrag, die neueren Ergebnisse und „wichtigen Diskussionen in der sowjetischen Psychologie“ zu publizieren sowie Methoden für schulpyschologische Untersuchungen zu entwickeln.¹⁶²⁷

Bei allen Definitionsschwierigkeiten von „sozialistischer Erziehung“ galt ein Merkmal der sozialistischen Erziehung schon Ende 1957 als gesichert: die polytechnische Bildung und Erziehung.¹⁶²⁸ Die Institutsangehörigen hatten sich in Vorbereitung einer Vollversammlung aller wissenschaftlichen Mitarbeiter im April 1958 umgehend über die entsprechenden Grundfragen zu informieren.¹⁶²⁹ Auf dieser Zusammenkunft verlangte der spätere Sekretär der Schulkommission W. Neugebauer die „vollständige Durchsetzung der sozialistischen Ideologie“.¹⁶³⁰ Spätestens mit der Schulkonferenz, auf der die Erforschung der „polytechnischen Bildung und Erziehung in den verschiedenen Altersstufen“ und der „Verbindung von produktiver Arbeit und Unterricht“ gefordert¹⁶³¹ sowie die Einführung des polytechnischen Unterrichts angekündigt worden ist, wurde dieses Thema in den Mittelpunkt der pädagogischen Diskussionen gerückt.¹⁶³²

Fragen der Polytechnisierung allgemeiner Bildung griffen die DPZI-Mitarbeiter am stärksten in der Lehrplanerarbeitung auf. Differenziert nach Stadt und Land sollte der Unterricht umfassend

¹⁶²⁴ Anm.: „Welche Forderungen ergeben sich für die politisch-ideologisch-moralische, für die weltanschauliche, für die polytechnische, für die ästhetische, für die körperliche Bildung und Erziehung?“ (Vgl. Ebenda.) Um den moralischen Anforderungen nachzukommen, wurde z.B. im Rahmen der Auswertung des V. Parteitages überlegt, wie in der Lehrplanerarbeitung ein Beitrag zur Durchsetzung der zehn Gebote der neuen sozialistischen Sittlichkeit geleistet werden könne. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – [Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.]. Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.) Diese „Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral“ waren auf dem V. Pädagogischen Parteitag von W. Ulbricht verkündet worden. (Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 142.)

¹⁶²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁶²⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁶²⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁶²⁸ Vgl. Thieke: Für eine sozialistische Erziehung. S. 58.

¹⁶²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Schreiben des Sektionsabteilungsleiters der Sektionsabteilung Sprache und Literatur an alle wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung. 27.2.1958.

¹⁶³⁰ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 479.

¹⁶³¹ Anm.: In der „Verbindung von produktiver Arbeit und Unterricht“ wurde die „Verbindung von Schule und Leben in der sozialistischen Gesellschaft“ gesehen. (Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 [Auszug]. Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK [1958], S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 106.)

¹⁶³² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 482.

mit der geplanten obligatorischen Produktionsarbeit der Schüler verbunden werden,¹⁶³³ sogar in solchen Fächern wie Deutsch¹⁶³⁴ und selbstredend in den Naturwissenschaften¹⁶³⁵. In den Komplex polytechnischer Bildung eingebunden wurde das Technische Zeichnen, der Werkunterricht, die Schulgartenarbeit und „Formen gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit“, und zwar beginnend im Kindergarten.¹⁶³⁶

Durch die Entscheidung, polytechnische Bildung und Erziehung als Prinzip aller Fächer *und* als spezielles Fach zu entwickeln,¹⁶³⁷ war die Diskussion vom Anfang der 1950er Jahre darüber, ob Polytechnik als Fach *oder* Prinzip einzuführen sei, endgültig entschieden worden.¹⁶³⁸

Dennoch kam es anfangs zu verschiedenen Problemen. Nicht nur, dass Eltern, vor allem aus Kreisen der „Intelligenz“, der „produktiven Arbeit“ in der Schule kritisch gegenüber standen¹⁶³⁹ und Lehrerbildner hinsichtlich der Umsetzung im Lehrstudium ratlos blieben¹⁶⁴⁰. Entsprechende Lehrpläne für das Fach lagen auch erst 1959 vor.¹⁶⁴¹

Bis dahin bemühte sich das DPZI darum, über die Auswertung der Schulversuche nützliche Erkenntnisse über eine sinnvolle „Vereinigung von Unterricht und produktiver Arbeit“ und über polytechnische Bildung zu erhalten.¹⁶⁴² Die Thesen zum vierten Plenum des ZK der SED bestätigten 1959 die Bedeutung von Schulversuchen des DPZI¹⁶⁴³, die die entscheidenden Anregungen für die Qualifizierung des Lehrplankonzepts der allgemeinbildenden polytechni-

¹⁶³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁶³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁶³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁶³⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁶³⁷ Anm.: Mit dem Schuljahr 1958/59 wurde für „alle Schüler in den Klassen 7 bis 8 der Grundschulen, 9 und 10 der Mittel- und 9 bis 12 der Oberschule“ ein wöchentlicher Unterrichtstag in der Produktion (UTP) in einem „sozialistischen Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieb“ obligatorisch eingeführt. Dieser durfte nicht länger als fünf Stunden dauern. Dem UTP ging in den Klassen 1 bis 4 neben dem Werkunterricht die Heranführung an „einfache gesellschaftlich-nützliche Arbeit“ voraus, die in den Klassen 5 bis 6 regelmäßig zu absolvieren war. Ab Klasse 9 fand eine theoretische Einführung in die „Grundlagen der sozialistischen Produktion“ parallel zum UTP statt. (Vgl. Anweisung über die Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 1958/59. Vom 7. Mai 1958 [Auszüge]. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung. Jg. 1958. S. 71-74. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 113-119. S. 113/114.)

¹⁶³⁸ Anm.: Beabsichtigt war bereits im Schuljahr 1953/54, den polytechnischen Unterricht als eigenes Fach einzuführen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 492. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des DPZI Berlin am 30. und 31.12.1952. Siehe auch Punkt 2.2.2.4.)

¹⁶³⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 483/484. Geißler bezieht sich auf: Günther, Karl-Heinz/Uhlig, Gottfried: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratische Republik 1945-71. 1974. S. 154ff. und Neuner, Gerhart: Zwischen Wissenschaft und Politik. Ein Rückblick aus lebensgeschichtlicher Perspektive. Köln/Weimar/Wien. 1996. S. 154ff.

¹⁶⁴⁰ Vgl. Ebenda. S. 484. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/3784, Bl. 225ff. Aussprache mit dem erweiterten Senat der Pädagogischen Hochschule Potsdam. 5.3.1959.

¹⁶⁴¹ Vgl. Ebenda. S. 483.

¹⁶⁴² Anm.: Die Auswertungen sollten zum Schuljahresende 1958, 1959 und 1960 erfolgen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁶⁴³ Vgl. Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Thesen des Zentralkomitees. Vom 17. Januar 1959 (Auszüge). Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 503-532. In: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 192.

schen zehnklassigen Oberschule¹⁶⁴⁴ geben und die Arbeiten an der Grundkonzeption eines Lehrplanwerkes für die „Erweiterte Oberschule“ (EOS)¹⁶⁴⁵ voranbringen sollten¹⁶⁴⁶.

Die Institutsarbeit war jedoch nicht nur über die Parteibeschlüsse der SED schulpolitisch gebunden – wie der Arbeitsplan von 1959 ausdrücklich betonte¹⁶⁴⁷. Auch die Schulkommission wirkte unmittelbar auf die thematische Schwerpunktbildung im DPZI ein.¹⁶⁴⁸ Auf personeller Ebene gewährleistete Marie Torhorst die Durchsetzung schulpolitischer Kernthemen im Institut, da sie zugleich „Mitglied der Schulkommission beim Politbüro der SED“ war.¹⁶⁴⁹

Aber auch das Ministerium für Volksbildung hatte nach wie vor Weisungsbefugnis. So wurde dem DPZI über das MfV mitgeteilt, dass zukünftig unter anderem die „westdeutsche pädagogische Arbeit“ in den Mittelpunkt der „politischen und pädagogisch-wissenschaftlichen“ Tätigkeit zu rücken sei.¹⁶⁵⁰ Margot Honecker, damals Stellvertreterin des Ministers, forderte das DPZI auf, sich zum Zentrum der Beschäftigung mit westdeutscher Pädagogik zu entwickeln. Es folgte die Anweisung zur Bildung einer Arbeitsgruppe, welche die „gesamte pädagogische Arbeit“ nach und über Westdeutschland koordinieren und leiten müsse.¹⁶⁵¹ Im Einzelnen habe sie z.B. „Dokumentationen über das westdeutsche Schulwesen für die Lehrer der DDR“ zu erarbeiten sowie eine diesbezügliche Schriftenreihe herauszugeben, die Lokalzeitungen Westdeutschlands auszuwerten und sogar den Inhalt von „Aufsätzen über das westdeutsche Schulwesen für die Tages- und Fachpresse“ festzulegen.¹⁶⁵² Die Dokumentationsreihe sollte durch den Beitrag „Bruch des Potsdamer Abkommens auf schulischem Gebiet“ in Westdeutschland“ eröffnet werden.¹⁶⁵³ Darüber hinaus standen für 1959 im „Büro für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik“ des DPZI weitere umfangreiche Aufgaben auf

¹⁶⁴⁴ Anm.: In den Thesen wurde festgeschrieben, dass dieser, der bisherigen zehnklassigen Mittelschule am nächsten stehende Schultyp ab 1964 für alle Kinder obligatorisch sei. (Vgl. Ebenda. S. 181/182.)

¹⁶⁴⁵ Anm.: Die erweiterte Oberschule, die der bisherigen Oberschule am nächsten käme, würde zwölf Schuljahre umfassen und nach der achten Klasse beginnen. Auch in der EOS gelte es, polytechnische Bildung zu vermitteln. (Vgl. Ebenda.)

¹⁶⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Vorschläge zum Inhalt der weiteren Arbeit und zur Struktur der Sektion IV. 18.2.1959.

¹⁶⁴⁷ Anm.: Explizit erwähnt der Arbeitsplan für 1959 eingangs, dass sich die „Aufgabenstellung und die Arbeit des DPZI“ auf die Beschlüsse des V. Parteitages und der 4. Tagung des ZK der SED sowie der sich daraus ergebenden Aufträge an das MfV gründen würden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1959.)

¹⁶⁴⁸ Anm.: „In dieser Besprechung legte Genossin Honecker die Auffassung der Leitung des Ministeriums und des Genossen Hager als Vorsitzender der Schulkommission der Partei dar.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Aktennotiz über eine Besprechung am 28.11.1958 im Ministerium für Volksbildung.)

¹⁶⁴⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Abteilung westdeutsche und Auslandspädagogik an die Direktion: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 3.3.1959. Marie Torhorst (1888-1989) studierte 1913-1918 Mathematik, Physik und Geographie in Berlin und Göttingen, promovierte 1918; nach 1933 verstärkt Repressionen ausgesetzt, 1943 zwei Monate Straflager bei Braunschweig wegen Unterstützung einer jüdischen Kommunistin; trat 1945 der KPD bei, 1947 Ministerin für Volksbildung in Thüringen, Ende 1950 durch Fürsprache von Zaisser ins MfV übernommen, ab Februar 1952 Leiterin der Abteilung Delegationsaustausch und Internationale Verbindungen; September 1958 Tätigkeit in der Abteilung Ausland des DPZI, ab 1964 auf Basis freiberuflicher Mitarbeit. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 322.)

¹⁶⁵⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Aktennotiz über eine Besprechung am 28.11.1958 im Ministerium für Volksbildung.

¹⁶⁵¹ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁵² Vgl. Ebenda.

¹⁶⁵³ Vgl. Ebenda.

dem Plan.¹⁶⁵⁴ Insbesondere galt es, den bereits geächteten Litt, in dem H. H. Becker kurz zuvor noch einen theoretischen Bezugspunkt für seinen umstrittenen Artikel über das „Wesen der Allgemeinbildung“ (Ende 1957) sah¹⁶⁵⁵, als beispielhaft für den „reaktionären Charakter der deutschen Kulturpädagogik und Weltphilosophie“ zu überführen¹⁶⁵⁶. Beobachtet werden sollte weiterhin die Schulpolitik der SPD in der BRD. Außerdem müssten Materialien angelegt werden, welche die vorgebliche „Konfessionalisierung und Militarisierung des Schulwesens in Westdeutschland“ als Ausdruck der „Unterordnung der westdeutschen Schule“ unter die „NATO-Ideologie“ darstellen.¹⁶⁵⁷

Die SED-Führung hatte damit sowohl über die Schulkommission als auch über das Ministerium für Volksbildung entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsplanung des DPZI.

Dieser Einfluss erstreckte sich auch auf die für notwendig befundenen „tief greifenden Veränderungen in der Arbeitsweise des gesamten Instituts“¹⁶⁵⁸.

2.4.3.4 Arbeitsorganisation des DPZI 1958/59

Dabei wurden erprobte strukturübergreifende Arbeitsformen intensiv ausgebaut. An Bedeutung gewann auf diese Weise besonders die Bildung von zeitweiligen „Arbeitskreisen“ – neben der seit Mitte der 1950er Jahre bewährten Kommissionsarbeit und den so genannten Arbeitsgruppen.¹⁶⁵⁹ Dadurch entstand eine regelrechte Parallelstruktur zur traditionell bestehenden Gliederung des Instituts¹⁶⁶⁰ in Sektionen und Abteilungen.

¹⁶⁵⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958]. Der Entwurf wurde am 22.12.1958 an die Direktion des DPZI übermittelt (Vgl. Ebenda. – Schreiben des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik an die Direktion. 22.12.1958.).

¹⁶⁵⁵ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 98. Siehe auch Punkt 2.4.1.

¹⁶⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958].

¹⁶⁵⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁶⁵⁹ Anm.: Im Bereich Psychologie des DPZI bestand 1954/55 der Arbeitskreis Psychologie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 288. Referat Psychologie. Arbeitsplan für den Monat Juni 1954. und Vgl. Ebenda. – Bl. 171. Sektion Psychologie. Rahmenarbeitsplan für das Jahr 1955.) Im Bereich Theorie war Ende 1955 der Aufbau eines Arbeitskreises geplant. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438 – Bl. 190-201. Sektion Theorie der Erziehung, Bildung und des Unterrichts. Arbeitspläne 2. Halbjahr. 30.6.1955.) Auch in Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses bildeten sich kurzzeitig Arbeitskreise am DPZI. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 435. Siehe auch Punkt 2.3.2.2.3) Ebenfalls Mitte der 1950er Jahre konstituierten sich Arbeitskreise zur Erforschung der Zehnklassenschule. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Plan für die wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Pädagogik in den Jahren 1955-60. I. Vordringliche Aufgaben. 10.3.1955.)

Aber noch 1957 verwendete Dorst die Begriffe Arbeitskreis und Arbeitsgruppe synonym. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Schreiben des Direktors des DPZI vom 10.7.1957.) Im Arbeitsprogramm für 1958-60 bildete der Arbeitskreis hingegen die übergeordnete Kategorie zur Arbeitsgruppe. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁶⁶⁰ Anm.: Im Übrigen existierte weiterhin die Struktur von 1957 – fast unverändert: die *Büros* für zentrale Aufgaben, *Sektion I* für Theorie der Erziehung und Bildung mit den Bereichen Familienerziehung, Vorschulerziehung, Sittliche Erziehung, Außerschulische Erziehung, Allgemeine Bildung und Erziehung; *Sektion II* für Geschichte der Pädagogik und Volksbildung, *Sektion III* für Psychologie, *Abteilung Erziehungsberatung* in Jena (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die

Zunächst wurden drei Arbeitskreise am DPZI gebildet, die jeweils in bis zu sieben Arbeitsgruppen unterteilt waren.¹⁶⁶¹ Hinzu kam auf Beschluss von Schulkonferenz und V. Parteitag der „Arbeitskreis marxistischer Psychologen“.¹⁶⁶² Den Vorschlag der SED-Führung, einen solchen *Arbeitskreis* zu gründen, setzte das DPZI mit der „Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie“ um.¹⁶⁶³ Später gliederte sich diese in zwei Kommissionen: „Entwicklungspsychologie“ und „Psychologische Probleme der polytechnischen Bildung und Erziehung“.¹⁶⁶⁴ Weitere Arbeitskreise konstituierten sich in dem von der Schulkommission und dem Ministerium für

wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.; Vgl. Ebenda. – Schreiben der Sektion I/Familienerziehung vom 18.12.1958. und Vgl. Ebenda. – Schreiben der Sektion I/Vorschulerziehung vom 20.12.1958.); *Sektion IV* für Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer mit den Abteilungen: Sprache und Literatur; Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie und Heimatkunde; Mathematik und Naturwissenschaften; Kunst-, Musik- und Körpererziehung (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1874. – Schreiben der Abteilung Sprache und Literatur vom 26.3.1958. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Aktennotiz vom 1.12.1958.; Vgl. Ebenda. – Zu den Aussprachen über die Grundkonzeption vom 10.11.1958.); *Sektion V* für Defektologie, *Sektion VI* für Sorbische Schulen (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.), *Abteilung Polytechnik* und bis August 1958 die *Abteilung Fernstudium* (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Aktennotiz vom 9.7.1958. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Abteilung Fernstudium. Protokoll der Abteilungskonferenz vom 1.8.1958.).

¹⁶⁶¹ Anm.: *Arbeitskreis I*: „Untersuchungen zur sozialistischen Erziehung und Bildung der Jugend in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“ mit den Arbeitsgruppen: 1. „Untersuchungen zur polytechnischen Bildung und zur Vereinigung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit“, 2. „Untersuchungen zur systematischen Entwicklung der Arbeiter- und Bauernkinder“, 3. „Die Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Ganztagschulen, Schulinternaten, Horten und Schullandheimen“, 4. „Weltanschauliche Bildung und Erziehung im naturwissenschaftlichen Unterricht der allgemeinbildenden Mittelschule, in der Oberschule, Abendoberschule, Volkshochschule, Fachschule und in der außerschulischen Arbeit; die Jugendweihe als wirksames Mittel der sozialistischen Erziehung – Untersuchungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung“, 5. „Untersuchungen zur patriotischen Erziehung 10-16jähriger Schüler“, 6. „Sozialistische Erziehung in der Kinder- und Jugendorganisation“ und 7. „Untersuchungen zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf pädagogischem Gebiet“; *Arbeitskreis II*: „Festlegung des Inhalts der sozialistischen allgemeinen Bildung und Erziehung“ mit den Arbeitsgruppen: 1. „Anforderungen, die von der sozialistischen Gesellschaft an die sozialistische allgemeine Bildung und Erziehung im Unterricht und in der außerschulischen Arbeit gestellt werden“, 2. „Bestimmung der wesentlichen Inhalte der sozialistischen allgemeinen Bildung und Erziehung“ und 3. „Methoden der Bildung und Erziehung in der sozialistischen allgemeinbildenden Mittelschule“ (ab 1959 aus Arbeitsgruppe 1 und 2 zu bilden); *Arbeitskreis III*: „Die Rolle der Lehrerpersönlichkeit beim sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik“ (ohne Untergliederung in Arbeitsgruppen, da die Aufgabenstellung nicht so umfangreich war wie in den anderen Arbeitskreisen; Weitere Aufgaben des Arbeitskreises III sollten erst später festgelegt werden.); (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁶⁶² Anm.: Vorbereitende Beratungen zu dessen Gründung setzten im Juni 1958 ein. Die konstituierende Sitzung fand am 30.9. und 1.10.1958 statt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie. Entwicklungsverlauf, Stand, Perspektiven und Aufgaben. Ohne Datum [1960].)

¹⁶⁶³ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁶⁴ Anm.: Auf einer Arbeitsberatung im März 1959, als das Statut und der Arbeitsplan für 1959 bestätigt wurden, begann die Kommissionsarbeit, die sich der Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen widmete. (Vgl. Ebenda.)

Volksbildung stark beanspruchten „Büro für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik“.¹⁶⁶⁵

Gemäß der von der Parteispitze geforderten Überwindung des „Ressortgeists“¹⁶⁶⁶ versprach sich das DPZI von den Arbeitskreisen und -gruppen die Beseitigung der „ressortmäßigen Arbeitsweise“¹⁶⁶⁷ sowie eine entsprechende Erhöhung der „kollektiven wissenschaftlichen Arbeit“¹⁶⁶⁸.

Denn mit diesen flexiblen Struktureinheiten gelang es dem Institut, zusätzlich zu den hauseigenen Wissenschaftlern und Aspiranten auch freie Mitarbeiter, z.B. Lehrer, Direktoren, Dozenten der Lehrerbildungseinrichtungen und Mitglieder von Pädagogischen Bezirkskabinetten sowie des Pädagogischen Instituts Güstrow, direkt in die Arbeit mit einzubinden.¹⁶⁶⁹ Über die Anleitung der freien Mitarbeiter durch das DPZI¹⁶⁷⁰ wurden breitenwirksam schulpolitische Veränderungen transportiert und damit den Forderungen der Schulkonferenz nach einer grundlegenden Verbesserung der „marxistisch-leninistische(n) Erziehung der Genossen“ Rechnung getragen bzw. die „parteierzieherische Arbeit“ vorangetrieben.¹⁶⁷¹

Insofern stellte diese Art von Personalexpansion für das Institut weniger eine fachliche Bereicherung dar, denn ein Propagandamittel für die SED-Politik. Explizit ist das von der Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie festgehalten worden, als sie resümierte, dass es in den Jahren 1958/59 um die „Selbstverständigung“ im ideologisch-theoretischen Bereich“ ging, d.h. um die Durchsetzung des marxistisch-leninistischen Standpunktes in der Psychologie.¹⁶⁷² Die „inhaltliche Gestaltung der Forschungsthemen“ blieb dagegen eher unberücksichtigt.¹⁶⁷³

Die personellen Entwicklungen des Jahres 1958 beeinträchtigten jedoch auch die Arbeit in den flexiblen Struktureinheiten.

Auf direktem oder indirektem Wege führten die Entlassungen 1958 reihenweise zu Ausfällen in den neu gebildeten Arbeitskreisen und -gruppen, so dass diese teilweise nicht mehr arbeitsfähig waren. Vor allem galt dies für die Leitung des Arbeitskreises II, der sich mit der „Festlegung des

¹⁶⁶⁵ Anm.: Die Arbeitskreise in diesem Bereich waren vor allem auf die „Ausarbeitung von Informationen angesetzt“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958].)

¹⁶⁶⁶ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 108.

¹⁶⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁶⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2703. – Betriebsvereinbarung zwischen der Betriebsgewerkschaftsleitung und dem Direktor des DPZI für das Jahr 1958. 1.2.1958.

¹⁶⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958].

¹⁶⁷⁰ Anm.: Die Leitung der Arbeitskreise oblag Mitgliedern des DPZI, ebenso die Verantwortlichkeit für die Arbeitsgruppen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁶⁷¹ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 103 und 108.

¹⁶⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie. Entwicklungsverlauf, Stand, Perspektiven und Aufgaben. Ohne Datum [1960].

¹⁶⁷³ Vgl. Ebenda.

Inhalts der sozialistischen allgemeinen Bildung und Erziehung“ befassen sollte und unter anderem von Klauß geleitet wurde. Zu allem Überfluss erkrankten die Leiter beider Arbeitsgruppen dieses Kreises langfristig.¹⁶⁷⁴ Dasselbe Schicksal traf vier Mitarbeiter. Zwei schieden infolge der ersten personellen Säuberungen aus, drei wurden zu anderen Arbeiten abgezogen.¹⁶⁷⁵ Damit fiel knapp die Hälfte der für die Gruppen vorgesehenen Wissenschaftler aus.¹⁶⁷⁶ Darüber hinaus mussten sich die meisten Arbeitskreismitglieder mit termingebundenen Lehrplanarbeiten beschäftigen, welche die Güstrower Landschulkonferenz und die Schulkonferenz der SED erforderten.¹⁶⁷⁷ Aufgrund dieser Bedingungen verschoben sich etliche Termine in den Plänen des Kreises II.¹⁶⁷⁸

Auch in anderen Abteilungen entstanden dadurch Schwierigkeiten in der Arbeitsplanerfüllung.¹⁶⁷⁹

Die Belastungen durch personelle Zumutungen spitzten sich weiter zu, als die Anordnung zur Auflösung der bestehenden Fachkommissionen erging.¹⁶⁸⁰ Nun hatten sich die im Institut verbliebenen Wissenschaftler am DPZI nicht nur nach neuen Kollegen sondern auch nach neuen Kommissionsmitgliedern umzusehen. Bis zum 6.6.1958 sollten Vorschläge für die Zusammensetzung und Leitung der zu bildenden Fachkommissionen für die Lehrplanarbeiten beim MfV eingereicht werden.¹⁶⁸¹ Vorgeschrieben wurde dabei, insgesamt zehn bis zwölf Vertreter der Schulpraxis, der pädagogischen und der sozialistischen Wissenschaft aufzunehmen.¹⁶⁸² Die Fachkommissionen sollten künftig als Kommunikationskanal des DPZI zu den „Kreisen, Schulen, volkseigenen Betrieben, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und MTS“ fungieren.¹⁶⁸³ Die „kaderpolitische“ Beratung und Bestätigung der Fachkommissionsleitung nahm die Partei- und Institutsleitung des DPZI wahr, die der Mitarbeiter das MfV.¹⁶⁸⁴ Diese Prozedur verzögerte die personelle Unterstützung des Instituts durch Kommissionsmitglieder bis Ende August 1958.¹⁶⁸⁵

Nachdem die Namen der zukünftig in den Fachkommissionen tätigen Mitarbeiter feststanden, war es „streng“ untersagt, vom Ministerium *nicht* genehmigte Personen an der Ausarbeitung der neuen Lehrpläne zu beteiligen.¹⁶⁸⁶

¹⁶⁷⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958.

¹⁶⁷⁵ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁷⁶ Vgl. Ebenda. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁶⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2342. – Schreiben der Leiter der Arbeitsgruppen 1 und 2 an den wissenschaftlichen Sekretär. Betreff Stand der Arbeiten. 17.5.1958.

¹⁶⁷⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁷⁹ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1846. – Abteilung Fernstudium. Kurzprotokoll der Abteilungskonferenz vom 15.5.1958.

¹⁶⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Plan für die Um- und Neugestaltung der Lehrpläne und Lehrbücher für die allgemeinbildenden Schulen. Anlage zum Schreiben des MfV/HA Unterricht und Erziehung an Direktor Dorst. 2.6.1958.

¹⁶⁸¹ Anm.: Die Leitung der Fachkommission hatte zwingend ein Wissenschaftler des DPZI zu übernehmen. (Vgl. Ebenda.)

¹⁶⁸² Vgl. Ebenda.

¹⁶⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁶⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Schreiben an Direktor Dorst. Betreff Weitere Arbeit an den Lehrplänen – Bildung von Arbeitsredaktionen bei den einzelnen Fächern. 4.6.1958.

¹⁶⁸⁵ Anm.: Zwei neue Kollegen beabsichtigten, sich als freie Mitarbeiter je ab 20.8. und 28.8.1958 an der Lehrplanerarbeitung zu beteiligen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Brief der Abteilung Sprache und Literatur an den wissenschaftlichen Sekretär, Kader- und Verwaltungsleiter. 6.8.1958.)

¹⁶⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2022. – Rundschreiben an die Abteilungen 1, 2, 3 und 4 der Sektion IV. 19.8.1958.

2.4.3.5 Die Umstrukturierung von 1959 – Voraussetzungen und Durchführung

Die Schulkonferenz hatte das DPZI erneut als führende Institution im Bereich der pädagogischen Wissenschaft bestätigt – diesmal¹⁶⁸⁷ ausdrücklich auf dem Gebiet der *marxistisch-leninistischen* Pädagogik.¹⁶⁸⁸ Dabei blieb das Institut beauftragt, die pädagogische Forschung zu koordinieren.¹⁶⁸⁹ Außer Hinweisen für eine Änderung in der Arbeitsweise des Instituts erachtete die SED auch verbindliche Anweisungen für eine Strukturreform des Instituts für notwendig. Im Mittelpunkt stand dabei eine neu zu gründende „besondere Lehrplanabteilung“ am DPZI¹⁶⁹⁰, die sich ausschließlich den wissenschaftlichen Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet widmen sollte.

Die Idee hierzu hatte Dorst bereits eineinhalb Jahre zuvor auf einer Leitungsbesprechung vorgebracht.¹⁶⁹¹ Damals sprach er davon, die methodische Sektion (IV) „in eine Sektion Methodik der Fächer und in eine Sektion mit Sofortaufgaben (Lehrplanarbeiten)“ zu teilen.¹⁶⁹² Nun, im Mai 1958, einigte sich eine Strukturkommission des DPZI auf der Grundlage von vier eingereichten Entwürfen zur Aufgabenstellung des Instituts zunächst darauf, dass die Leitung

¹⁶⁸⁷ Anm.: Die ursprünglichen Pläne für das DPZI sahen dessen führende Rolle bei der Erarbeitung einer neuen pädagogischen Theorie vor, die bei der Gründung 1949 von der Anleitung der Lehrerbildung abgelöst wurde. Dennoch behielt das DPZI Aufgaben in der Entwicklung einer „demokratischen Pädagogik, Didaktik und Methodik“, wenn auch nicht in anleitender Funktion. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195. – Zu Sch 5450/49 II. 5. Entwurf Strukturplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. [Sch Nr. 5450/49 II ist der 5. Entwurf Durchführungsverordnung zur Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.3.1949. Betreff Einrichtung und Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 15.6.1949. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1195.] Siehe auch Punkt 2.2.1.2 und 2.2.1.3.)

Später beanspruchte das DPZI die führende Rolle bei der Anleitung des wissenschaftlichen Nachwuchses. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].) Anfang 1954 bekam es die führende Rolle als „Forschungsstätte auf pädagogischem Gebiet“ zugesprochen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1840. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Protokoll über die Leitungsbesprechung am 6.3.1954.)

¹⁶⁸⁸ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 106.

¹⁶⁸⁹ Vgl. Ebenda. S. 107. Nach der Anordnung des damaligen Volksbildungsministers Paul Wandel von 1951, die „planmäßige, zentrale Lenkung der gesamten Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Unterrichts und der Erziehung“ in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Fakultäten der Universitäten, den Pädagogischen Hochschulen und Instituten zu übernehmen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.), erging nun die Weisung, die pädagogische Forschung an den Universitäten und Instituten zu koordinieren.

¹⁶⁹⁰ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 107.

¹⁶⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956.

¹⁶⁹² Vgl. Ebenda.

einer solchen Abteilung dem Ministerium für Volksbildung *direkt* unterstellt werden müsste.¹⁶⁹³ Bereits mit der Gründung dieser „Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI“, die auf Betreiben der Parteileitung einberufen wurde, reagierte das Institut umgehend auf die Vorschläge der Schulkonferenz.¹⁶⁹⁴ Aber auch deren Sitzungsbeschlüsse bezüglich der künftigen thematischen Schwerpunktsetzung wie etwa die polytechnische Bildung, weltanschauliche und außerschulische Erziehung, sozialistische Allgemeinbildung sowie die Erziehung zur „sozialistischen Moral“ und den Einfluss der Arbeiterklasse auf die Erziehung¹⁶⁹⁵ spiegelten die Forderungen an die pädagogische Wissenschaft bzw. das Zentralinstitut wider, die auf der Konferenz¹⁶⁹⁶ verkündet worden waren.

Gemäß den geplanten inhaltlichen Schwerpunkten erwog die Strukturkommission, ob der Einfluss der Arbeiterklasse auf die Erziehung und die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern in einer eigenen Abteilung erforscht werden sollten.¹⁶⁹⁷ Außerdem wurden die Konstituierung einer ständigen Kommission für weltanschauliche Bildung und die Aufgaben der pädagogischen Psychologie diskutiert.¹⁶⁹⁸ Die wissenschaftliche Aspirantur sowie das Fortbestehen der „Büros für Auslandspädagogik und Gesamtdeutsche Fragen“ fanden in der Strukturkommission uneingeschränkt Zustimmung.¹⁶⁹⁹ Weiterhin befürwortete die Strukturkommission einen „arbeitsfähigen, politisch und pädagogisch gleichermaßen vorbildlichen“ Wissenschaftlichen Rat.¹⁷⁰⁰ Wichtige Forschungsvorhaben sollten im Rat hinsichtlich der Zielstellung, Methodik und darüber hinaus auch der „politisch-wissenschaftlichen Tendenz“ erörtert und bestätigt werden.¹⁷⁰¹

Der bestehende Wissenschaftliche Rat wurde jedoch auf Anordnung des ZK der SED und der neu gebildeten Leitung des Volksbildungsministeriums in seiner bisherigen Zusammensetzung zum 1.6.1958 aufgelöst und im September neu konstituiert,¹⁷⁰² nach der Prüfungs- und

¹⁶⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI. Protokoll der Sitzung am 13.5.1958. Die Vorschläge der Kommission sollten am 10.7.1958 der Leitung des Ministeriums und dem ZK der SED übergeben werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Brief von Direktor Dorst an das Ministerium für Volksbildung/HA Unterricht und Erziehung. 26.6.1958.)

¹⁶⁹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI. Protokoll der Sitzung am 13.5.1958.

¹⁶⁹⁵ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁹⁶ Anm.: Gemeint sind hier vor allem: die Verbesserung der „weltanschauliche(n) und polytechnische(n) Erziehung und Bildung“, die Herausbildung der „wissenschaftlichen Weltanschauung und sozialistischen Moral“ als Kernmerkmale der „sozialistischen Persönlichkeit“, Erforschung der Möglichkeiten zur „Einflussnahme der Arbeiterklasse auf die Erziehung“, „besondere Förderung der Kinder von Arbeitern und Genossenschaftsbauern“, „sozialistische Erziehung in der Familie“, „Erziehung in der Pionierorganisation `Ernst Thälmann‘“ sowie „Erziehung in den Horten“. (Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 [Auszug]. Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK [1958], S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108.) Viele der auf der Schulkonferenz geforderten Punkte wurden bereits vorher in der „Kommission zur Erörterung von Grundfragen der sozialistischen Erziehung“ am DPZI besprochen. (Vgl. Thieke: Für eine sozialistische Erziehung. S. 57.) Ausführungen hierzu, wie auch zur inhaltlichen Arbeit des Instituts: siehe Punkt 2.4.3.3.

¹⁶⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI. Protokoll der Sitzung am 13.5.1958.

¹⁶⁹⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁹⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁰⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.

¹⁷⁰² Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI [sämtlich unpaginiert] 1859. Zitiert nach: Vgl. Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 111.

Urlaubszeit von Juni bis August¹⁷⁰³. Kritisiert worden war am Wissenschaftlichen Rat vor allem, dass einige der ehemaligen Ratsmitglieder „keine genügende politische Klarheit“ gezeigt und die schulpolitischen Beschlüsse der SED nicht ausreichend durchgesetzt hätten.¹⁷⁰⁴ Dem neu gebildeten Wissenschaftlichen Rat oblag es folgerichtig, für die Durchführung der Beschlüsse von „Partei und Regierung“ zu sorgen.¹⁷⁰⁵

Um sicher zu stellen, dass die Parteibeschlüsse nicht nur von der Strukturkommission und leitenden Institutsmitgliedern, sondern von *allen* Mitarbeitern zur Kenntnis genommen wurden, folgten den ersten kommissionsinternen Überlegungen zur Struktur die Vorschläge anderer Institutsmitglieder, deren Ansichten bisweilen weit auseinander lagen. Der Entwurf der Parteileitung des DPZI sowie die Schulkonferenz und der V. Parteitag der SED dienten als Grundlage der Betrachtungen.¹⁷⁰⁶

Im Mittelpunkt der Kontroversen schien dabei die Lösung der Lehrplanfragen zu stehen. Dass eine Lehrplanabteilung gebildet werden müsse, so wie es die Schulkonferenz gefordert hatte, stand dabei selbstredend nicht zur Diskussion. Aber darüber, wie diese Abteilung in die neue Gesamtstruktur des DPZI einzufügen sei, gingen die Meinungen weit auseinander. Einige Mitarbeiter stellten sich beispielsweise gegen die Absicht der Parteileitung, eine Lehrplanabteilung *und* eine Sektion zur „Untersuchung des Inhalts und der Methoden der sozialistischen Allgemeinbildung“ zu bilden.¹⁷⁰⁷ Andere warfen der Betriebsparteiorganisation (BPO) des DPZI vor, mit der auch schon von der Strukturkommission geplanten direkten Unterstellung der Lehrplanabteilung unter das Ministerium für Volksbildung die Lehrplanentwicklung abschieben zu wollen, um sich im DPZI mehr der Forschung zuwenden zu können.¹⁷⁰⁸ Der diesbezügliche Vorschlag zu den künftigen Schwerpunkten der Institutsarbeit

¹⁷⁰³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1942. – Schreiben von Dorst an den Minister für Volksbildung, Fritz Lange. Betreff Auflösung des Wissenschaftlichen Rates des DPZI in seiner bisherigen Zusammensetzung und Neuzusammensetzung. 25.6.1958.

¹⁷⁰⁴ Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI [sämtlich unpaginiert] 1866. Zitiert nach: Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 111. Vor allem der Kaderleiter des DPZI äußerte sich in dieser Hinsicht. Aber auch Dorst schwenkte schließlich auf diese Linie ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1942. – Schreiben von Dorst an den Minister für Volksbildung, Fritz Lange. Betreff Auflösung des Wissenschaftlichen Rates des DPZI in seiner bisherigen Zusammensetzung und Neuzusammensetzung. 25.6.1958.)

¹⁷⁰⁵ Vgl. DIPF/BBF-Arch. – DPZI [sämtlich unpaginiert] 1859. Zitiert nach: Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 111. Die Durchsetzung der Partei- und Regierungsbeschlüsse wurde über ein entsprechendes Berichtswesen kontrolliert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2366. – Schreiben der Parteileitung vom 26.2.1959.)

¹⁷⁰⁶ Vgl.: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.; Vgl. Ebenda. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958. (Sektion I, N.Z.); Vgl. Ebenda. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.; Vgl. Ebenda. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958.

¹⁷⁰⁷ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion IV/Abteilung 2 (Gesellschaftswissenschaften, N.Z.). Auswertung des V. Parteitages.

¹⁷⁰⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958. Dieser Verdacht war nicht ganz unbegründet. Denn bereits bei den Umstrukturierungsgedanken von 1952 strebte das Institut eine Entlastung von Lehrplanarbeiten an, die jedoch nicht bzw. nur teilweise durchgesetzt werden konnte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1173. – Arbeitsbericht der Personalabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das III. Quartal 1952. 20.9.1952.) Siehe auch Punkt 2.2.2.5, 2.2.2.7 und 2.3.1.5. Möglicherweise nutzte

lautete hingegen, nicht nur die Lehrplanarbeit am DPZI zu belassen, sondern zusätzlich noch die Lehrbuch- und Lehrmittelentwicklung ans Institut zu holen.¹⁷⁰⁹

In den Vorschlägen die Lehrplanentwicklung betreffend offenbarten sich auch die Konsequenzen der jahrelangen kurzfristigen Eingriffe des Ministeriums in die Institutsarbeit. Denn vorgeblich war die für die Lehrplanentwicklung zuständige methodische Sektion am stärksten von Sofortaufträgen durch das MfV betroffen, den so beklagten „Feuerwehreinsätzen“.¹⁷¹⁰ Wohingegen die Sektion I langfristige Forschungsvorhaben hätte bearbeiten dürfen. In dieser Ungleichgewichtung wurde eine negative Wertung der Arbeit der methodischen Sektion vermutet.¹⁷¹¹ Mangelnde Wertschätzung erwarteten die mit der Lehrplanentwicklung beauftragten Mitarbeiter auch von der als unangemessen empfundenen Bezeichnung als *Lehrplanabteilung*.¹⁷¹²

Weitere strittige Punkte zeigten sich in den Entwürfen zur Struktur besonders bezüglich der Sektionen Psychologie, Defektologie und Geschichte der Pädagogik. Die BPO beabsichtigte, die Sektionen Sorbische Schulen, Psychologie und Defektologie aufzulösen und der Sektion I einzugliedern.¹⁷¹³ Der kommissarische Sektionsleiter der Sektion I W. Kath sprach sich hingegen für die Eingruppierung der Sektionen für Defektologie und Geschichte der Pädagogik in die vorgesehene Lehrplanabteilung sowie einen künftigen selbständigen Bereich für Psychologie aus.¹⁷¹⁴ Mit seinem daran gekoppelten Vorschlag, die Sektionsstruktur vollständig zu beseitigen und das Institut den Hauptaufgaben der sozialistischen Erziehung folgend in Abteilungen zu

Dorst (noch bis 4.7.1958 im Amt) die Gelegenheit der erneuten Umstrukturierung des Instituts, um wiederum Lehrplanaufgaben an das Ministerium abzugeben.

¹⁷⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.

¹⁷¹⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁷¹¹ Vgl. Ebenda.

¹⁷¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – (Sektion IV/Mitarbeiter für Deutsche Sprache und Literatur, N.Z.). Betreff Auswertung des V. Parteitages. 15.8.1958. Die Bezeichnung als Sektion sei wesentlich „anspruchsvoller“ und entspräche überdies mehr dem Charakter einer Akademie.

¹⁷¹³ Anm.: Weiterhin gehörten nach diesem Strukturentwurf auch eine Abteilung für Polytechnische Bildung, eine für Weltanschauliche Erziehung und Bildung, Sozialistische Moral, Körpererziehung und ästhetische Erziehung sowie eine für Geschichte der Pädagogik und Psychologie in die Sektion I. Die Bereiche Sonderschulen und Sorbische Schulen wären gemeinsam mit den Gebieten Landschulen, Spezialschulen und Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder in einer Abteilung untergebracht. Andere Bereiche der ehemals theoretischen Sektion, wie die Familienerziehung, Vorschulerziehung, außerschulische Erziehung sowie Kinder- und Jugendorganisation sollten in einer eigenen Sektion (III) bearbeitet werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.)

¹⁷¹⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958.

gliedern¹⁷¹⁵ sowie die Mitarbeiter der Sektion I auf die übrigen Bereiche des DPZI aufzuteilen, zog er jedoch den Unmut der Wissenschaftler seiner Sektion auf sich.¹⁷¹⁶

Die Einordnung der Polytechnik blieb unklar. Entweder sollte sie dem Bereich Theorie oder dem Bereich Methodik zugeschlagen werden.¹⁷¹⁷ Ihre künftige Bestimmung als Struktureinheit auf Abteilungs- bzw. Unterabteilungsebene schien aber zu diesem Zeitpunkt beschlossene Sache zu sein. Die von der Parteileitung befürwortete Einordnung der Sektion Sorbische Schulen als Abteilung bereitete offenbar wegen geringerer Relevanz keine Schwierigkeiten¹⁷¹⁸ bzw. wurde gar nicht weiter erwogen¹⁷¹⁹.

Einigkeit in den Diskussionen zur künftigen Struktur herrschte daneben auch im Hinblick auf die Wiederbelebung der Lehrerbildungsaufgaben am DPZI. So durfte eine Abteilung bzw. Sektion für Lehrerbildung weder in den Vorschlägen der Strukturkommission¹⁷²⁰ noch in denen der Institutsmitarbeiter für die künftige Struktur fehlen.¹⁷²¹ Pflichten auf diesem Gebiet nahm noch bis zur planmäßigen Einstellung ihrer Tätigkeit im Sommer 1958 vorwiegend die Abteilung Fernstudium wahr.

Ein halbes Jahr nach den ersten ergebnislosen Strukturdebatten im DPZI verlangte die 4. Tagung des ZK der SED (15.-17.2.1959) erneut nach Konzepten „zum Inhalt der weiteren Arbeit und zur Struktur“.¹⁷²² Bezug nehmend auf die vom 4. Plenum verkündeten Thesen zur „sozialistischen Entwicklung des Schulwesens“ in der DDR sollten die Arbeiten auf dem Gebiet der Methodik sowie der Lehrplanarbeit im DPZI verbleiben und zusätzlich noch die Lehrerweiterbildung angeleitet werden.¹⁷²³ Die „strukturellen Veränderungen“ waren nach ihrer Beratung in der

¹⁷¹⁵ Insgesamt sah der Vorschlag Kath's vor: Lehrplanabteilung (Ausarbeitung von „Lehrplänen und Lehrprogrammen für die allgemeinbildenden Schulen und für alle Institutionen der Lehrerbildung“), Abteilung „Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung und Bildung“ (mit den Bereichen „Polytechnischer Unterricht“, „Weltanschauliche und moralische Erziehung und Bildung“ und „Außerschulische Erziehung“, die sich alle mit den „Besonderheiten der Erziehung und Bildung im sozialistischen Dorf und mit der besonderen Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder“ befassen sollten), Abteilung Lehrerbildung, Abteilung Auslandspädagogik (inklusive Westdeutschland). (Vgl. Ebenda.)

¹⁷¹⁶ Anm.: Ein Mitarbeiter der Sektion I notierte dazu, dass der Vorschlag von Kath nicht mit den Mitgliedern der Sektion abgesprochen worden sei und ausschließlich als sein „persönliches Produkt“ gelten könne. (Vgl. Ebenda.)

¹⁷¹⁷ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.

¹⁷¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.

¹⁷¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958.

¹⁷²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI. Protokoll der Sitzung am 13.5.1958.

¹⁷²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Schlussfolgerungen aus der Auswertung des 5. Parteitages von dem kommissarischen Sektionsleiter Kath. 14.8.1958. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1956. – Stellungnahme zu dem Vorschlag der Betriebsparteiorganisation des DPZI für den Inhalt der Arbeit und die Struktur des Instituts. (Sektion IV/Mitarbeiter für Musik an das MfV, N.Z.) 28.6.1958.

¹⁷²² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Vorschläge für die Verbesserung der Struktur des DPZI. Ohne Datum [Frühjahr 1959]. und Vgl. Ebenda. – Vorschläge zum Inhalt der weiteren Arbeit und zur Struktur der Sektion IV. 18.2.1959.

¹⁷²³ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Vorschläge zum Inhalt der weiteren Arbeit und zur Struktur der Sektion IV. 18.2.1959.

Leitung des MfV¹⁷²⁴ ebenso wie die entsprechende Besetzung freier Planstellen bis zum Ende des Jahres 1959 abzuschließen.¹⁷²⁵

Dabei wurde laut Strukturplan des DPZI vom März 1959 der Bereich der Methodik in die Sektion I eingegliedert und ging damit in der Sektion für Theorie *und* Methodik der sozialistischen Erziehung auf.¹⁷²⁶ Die ehemalige Sektion für Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer (IV) erschien im Plan zur Institutsstruktur als neue „Lehrplanabteilung“, d.h. als Sektion Lehrpläne und Unterricht (III). Die frühere, zeitweise mit nur einer Mitarbeiterin besetzte¹⁷²⁷ Sektion Defektologie wurde dieser als fünfte Abteilung zugeordnet.¹⁷²⁸ Gleichsam mussten sich die vormaligen Sektionen Geschichte der Pädagogik (ebenfalls mit nur ein bis zwei Stellen ausgestattet) und Psychologie als Abteilungen in die neue Sektion I einfügen.¹⁷²⁹ Im Falle der Psychologie implizierte dies die Festlegung auf die von der Schulkonferenz geforderte *pädagogische* Psychologie.¹⁷³⁰ Diese Abteilung bildete im März 1959 zwei Kommissionen: „Entwicklungspsychologie“ und „Psychologische Probleme der polytechnischen Bildung und Erziehung“.¹⁷³¹ Die Erziehungsberatung in Jena, als Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder neu definiert, erhielt weiterhin Sonderstatus neben der psychologischen Abteilung.¹⁷³² Im Gegenzug wechselte die Abteilung Polytechnischer Unterricht auf Sektionsebene, obgleich die Mitarbeiteranzahl der der Abteilung Mathematik und Naturwissenschaften innerhalb der Sektion III (Lehrpläne und Unterricht) entsprach.¹⁷³³ Die Büros für Auslandspädagogik und Gesamtdeutsche Fragen sowie die Dokumentationsstelle schlossen sich in der Sektion Pädagogik des Auslandes und Westdeutschlands (IV) zusammen.¹⁷³⁴ Insgesamt wurden die Sektionen im Laufe des Jahres 1959 von sechs auf fünf reduziert.¹⁷³⁵

¹⁷²⁴ Anm.: Die Beratung einer „Vorlage über die Aufgaben, die Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ war für den 23.3.1959 auf einer Leitungssitzung des Ministeriums vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Brief vom Ministerium für Volksbildung an den Direktor des DPZI, Prof. Kaiser. 4.3.1959.)

¹⁷²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für 1959. [April 1959] Der Arbeitsplan war bereits auf der Grundlage der geplanten Struktur erstellt worden.

¹⁷²⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

¹⁷²⁷ Anm.: Erst 1959 kam eine weitere Mitarbeiterin hinzu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Schreiben der Sektion Defektologie an die Direktion. Betreff Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeiter. 2.3.1959.)

¹⁷²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

¹⁷²⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁷³⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁷³¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie. Entwicklungsverlauf, Stand, Perspektiven und Aufgaben. Ohne Datum [1960].

¹⁷³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

¹⁷³³ Vgl. Ebenda.

¹⁷³⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁷³⁵ Anm.: Aufgeführt wurden: *Sektion I* (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung) mit den Abteilungen: Erziehung in der Schule (acht Mitarbeiter), Jugendorganisation (sechs Mitarbeiter), Familienerziehung (zwei Mitarbeiter), Pädagogische Psychologie (acht Mitarbeiter), Geschichte der Pädagogik und der Erziehung (zwei Mitarbeiter), Vorschulerziehung (zwei Mitarbeiter), Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder (drei Mitarbeiter), Heim- und Horterziehung (drei Mitarbeiter) und Erziehungsberatung (Jena); *Sektion II* (Polytechnische und berufliche Ausbildung) mit den Abteilungen: Maschinenbau (vier Mitarbeiter), Elektrotechnik (drei Mitarbeiter), Landwirtschaft (drei Mitarbeiter), Werkunterricht (zwei Mitarbeiter), Einführung in die sozialistische Produktion (zwei Mitarbeiter), Bauwesen (ein Mitarbeiter) und Chemie (zwei Mitarbeiter); *Sektion III* (Lehrpläne und Unterricht) mit den Abteilungen: Mathematik/Naturwissenschaften (17 Mitarbeiter), Gesellschafts-

Im Juni 1959 waren dann auch erste Realisierungen der neuen Struktur auf Sektionsebene erkennbar¹⁷³⁶; die strukturelle Lage im Ganzen galt jedoch noch im Oktober als ungeklärt¹⁷³⁷. Bei der Personalanwerbung bestand das Hauptproblem erneut in der vergleichsweise schlechten Besoldung der Wissenschaftler.¹⁷³⁸ Obwohl sie seit 1954 den Hochschultarif erhielten, verdienten die DPZI-Mitglieder weniger als Professoren und Lehrer, weil letztere in den vergangenen Jahren Gehaltserhöhungen bekommen hatten, die Löhne im DPZI aber nicht angeglichen worden sind und noch immer auf dem Stand von vor 1952 ausgezahlt wurden. Somit blieben die Versuche, Hochschullehrer und Schulpraktiker für eine wissenschaftliche Tätigkeit im Institut zu gewinnen, „in den meisten Fällen“ zum Scheitern verurteilt.¹⁷³⁹ Die Verteilung der Arbeitsplätze auf die verfügbaren Wissenschaftler fand im August statt.¹⁷⁴⁰ Hierbei rückte Werner Gehrisch¹⁷⁴¹ offiziell zum Sektionsleiter der neuen Sektion III auf.¹⁷⁴² Die Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne nahm personell die Spitzenposition im DPZI ein.¹⁷⁴³

wissenschaften (zwölf Mitarbeiter), Deutsch/Fremdsprachen (18 Mitarbeiter), Musische Erziehung/Körpererziehung (zwölf Mitarbeiter) und Sonderschulen (drei Mitarbeiter); *Sektion IV* (Pädagogik des Auslandes und Westdeutschlands) mit den Abteilungen: Auslandspädagogik (sieben Mitarbeiter), Westdeutschland (fünf Mitarbeiter) und Dokumentation (vier Mitarbeiter); sowie *Sektion V* (Sorbische Schulen) mit den Abteilungen: Deutsch, Sorbisch, Russisch, Geschichte und Staatsbürgerkunde, Vorschulerziehung, Jugendfragen, Polytechnische Bildung und Berufsausbildung (in Sorbisch drei, sonst jeweils ein Mitarbeiter). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].)

¹⁷³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – DPZI/Abteilung westdeutsche und Auslandspädagogik. Einladung zum 3. Seminar. 25.5.1959. und Vgl. Ebenda. – DPZI/Sektion Pädagogik des Auslandes und Westdeutschlands an die Direktion. 5.6.1959. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2399. – Schreiben an das DPZI/Sektion Unterrichtsfächer und Methodik [Sektion IV]. Stellungnahme zum Lehrplanentwurf. 29.5.1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2420. – DPZI/Abteilung Deutsch/Fremdsprachen an die Leitung der Sektion III [Lehrpläne und Unterricht]. Betreff Erprobung des neuen Lehrplanwerks. 29.6.1959.

¹⁷³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne (III) an die Direktion. 1.10.1959.

¹⁷³⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

¹⁷³⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Verteilung der Arbeitsplätze. 4.8.1959.

¹⁷⁴¹ Anm.: Gehrisch (Jg. 1927), nach 1945 zunächst Lehrer, kam im Mai 1951 ans DPZI und war bis Dezember gleichen Jahres in der Abteilung Theorie und Methodik als Sachbearbeiter tätig. Ab 1952 arbeitete er als Referent in der Abteilung Methodik, 1953 als Oberreferent (Februar) und Hauptreferent (Dezember); danach wissenschaftlicher Mitarbeiter in Sektion IV. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) 1958 übte er die Funktion des stellvertretenden Sektionsleiters aus bis er Mitte 1961 zum Leiter der Koordinierungsstelle für Forschung im DPZI berufen wurde. Zwischenzeitlich (im zweiten Halbjahr 1959) ebenso als Sektionsleiter geführt, nahm er auch als stellvertretender Sektionsleiter zumindest für 1958-60 die Aufgaben eines Sektionsleiters wahr. Im Stellenplan von 1960 war kein Sektionsleiter für die methodische Sektion vorgesehen, lediglich ein stellvertretender Sektionsleiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Sektionsmitteilung Nr. 52. 20.6.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, Gehrisch: Arbeitsplan der Sektion für das Jahr 1960. 7.12.1959.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2459. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, stellvertretender Sektionsleiter Gehrisch. 13.6.1960.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, stellvertretender Sektionsleiter Gehrisch. 15.5.1961.; Als *Sektionsleiter* geführt in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Verteilung der Arbeitsplätze. 4.8.1959. und in: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif.

Durch die zur Vermeidung einer breiten Struktur, d.h. vieler einzelner Struktureinheiten unter direkter Unterstellung unter die Direktion, und damit zur Gewährleistung einer optimalen Leitung¹⁷⁴⁴ vorgenommene Integration der Psychologie und Geschichte der Pädagogik in die Sektion I wuchs der Mitarbeiterstab im Bereich der Theorie der sozialistischen Erziehung auf immerhin 22 Personen an.¹⁷⁴⁵ Aber auch die Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands, die insbesondere zur Auseinandersetzung mit „revisionistischen Auffassungen“ und „klerikal-imperialistischer Pädagogik“ aufgerufen war¹⁷⁴⁶, legte personell zu¹⁷⁴⁷. Das Schlusslicht bildete dagegen die neue Sektion Polytechnik,¹⁷⁴⁸ deren Gründung sicherlich voreilig und unausgereift als Reaktion auf die aktuellen schulpolitischen Vorgaben erfolgte und im Jahr darauf zunächst wieder zurückgezogen werden musste.

Nachdem das DPZI nach den Wünschen der SED neu strukturiert und inhaltlich ausgerichtet worden war¹⁷⁴⁹, kam Anfang 1959 die Vorstellung eines „Viererkopfes“ auf – einer im Sinne der viel beschworenen kollektiven Arbeitsweise erhofften institutionsübergreifenden, ebenso gleichberechtigten wie leitenden Zusammenarbeit von MfV, DPZI, dem Deutschen Zentralinstitut für Lehrmittel und dem Verlag Volk und Wissen¹⁷⁵⁰. Doch bereits im September desselben Jahres wurde klar, dass diese Idee keinen Bestand haben würde. Auf einer Besprechung am 12.9.1959 im Ministerium definierte M. Honecker, „unabhängig von der ohnehin unbestrittenen bildungspolitischen Hegemonie der SED-Führung“, nachhaltig das

Ohne Datum [Ende 1959].; *Koordinierungsstelle*: Vgl. Ebenda. – Kadersituation. 20.10.1961.; Vgl. Ebenda. – DPZI, Stellenplan 1960. 14.1.1960.)

¹⁷⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Verteilung der Arbeitsplätze. 4.8.1959.

¹⁷⁴³ Anm.: Neben dem Sektionsleiter waren noch 24 wissenschaftliche Mitarbeiter in der Sektion tätig. (Vgl. Ebenda.)

¹⁷⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

¹⁷⁴⁵ Anm.: Zu den hier einbezogenen wissenschaftlichen Mitarbeitern muss noch der kommissarische Sektionsleiter dazugerechnet werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion I. Schreiben des Kommissarischen Sektionsleiters Dr. W. Lindner an die Direktion. 30.9.1959. und Vgl. Ebenda. – Hausmitteilung. Betreff Nebenbeschäftigungen der Mitarbeiter der Sektion I. 27.2.1959.)

¹⁷⁴⁶ Vgl. Vorschläge der Parteikonferenz zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend. Vom 24./25. April 1958 (Auszug). Schulkonferenz der SED. Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus. Hrsg. von der Abt. Volksbildung beim ZK (1958), S. 41-47. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 101-108. S. 102. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958]. sowie Vgl. Ebenda. – Aktennotiz über eine Besprechung am 28.11.1958 im Ministerium für Volksbildung.

¹⁷⁴⁷ Anm.: Neben dem kommissarischen Sektionsleiter arbeiteten noch zehn weitere Personen in der Sektion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Schreiben der Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands an die Direktion. 5.6.1959.; Vgl. Ebenda. – Brief des kommissarischen Leiters der Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands, H.G. Hofmann, an den Prof. Dr. Kaiser. 3.7.1959.; und Vgl. Ebenda. – Protokoll der Arbeitsbesprechung der Sektion IV am 1.12.1959.) Im Arbeitsplan von 1958 waren insgesamt nur sieben Wissenschaftler vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958].)

¹⁷⁴⁸ Anm.: Hier können maximal sechs Mitarbeiter ausgemacht werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion II an die Direktion. Betreff Übersicht über persönliche Arbeitspläne für das letzte Tertial in der Sektion II. 30.9.1959. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Polytechnische Bildung an die Direktion. Betreff nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten. 27.2.1959.)

¹⁷⁴⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 482.

¹⁷⁵⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 113.

Machtverhältnis auf dem Volksbildungssektor.¹⁷⁵¹ Fortan zählte das Institut als eine der dem Ministerium nachgeordneten Einrichtungen zu den Amtsaufgaben der stellvertretenden Ministerin. Die Personal- und Strukturentwicklung des DPZI wurde minutiös überwacht, die Qualifikationsstruktur der Mitarbeiter vorgegeben¹⁷⁵².

¹⁷⁵¹ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 113/114. Wiegmann bezieht sich auf: DIPF/BBF-Arch. – DPZI 3357.

¹⁷⁵² Anm.: M. Honecker schien dabei folgende Zusammensetzung zweckdienlich: „a) Einige erfahrene hoch qualifizierte Wissenschaftler mit Promotion und möglichst auch Habilitation (besonders für die leitenden Stellen); b) eine etwas größere Zahl junger Nachwuchswissenschaftler (möglichst mit Promotion); c) die Mehrzahl der pädagogischen Mitarbeiter erfahrene und bewährte Praktiker ...“. (DIPF/BBF-Arch. – DPZI 3357. Zitiert nach: Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 114.)

2.5 Krise und Umbruch: Das DPZI und der Mauerbau (1960/61)

2.5.1 Gesellschaftliche Krise und politische Entwicklungen

Mit dem Mauerbau im August 1961 begann in der Geschichte der DDR eine neue Ära – vergleichbar einer zweiten Staatsgründung¹⁷⁵³. Im Vorfeld hatte Chruschtschow im November 1958 für Westberlin den Status einer „freien und entmilitarisierten Stadt“, d.h. den Abzug der Westmächte aus der Hauptstadt gefordert und damit für erhebliche internationale Spannungen gesorgt.¹⁷⁵⁴ Durch die „Außenministerkonferenz der Großmächte“ von Mai bis August 1959, zu der auch Delegationen der DDR geladen waren, und Chruschtschows USA-Besuch im September 1959 konnte dieser Konflikt jedoch zunächst entschärft werden.¹⁷⁵⁵

Demgegenüber verschlechterten sich innerhalb der DDR die Lebensbedingungen zusehends – begleitet von erneuten Repressionsmaßnahmen. Die Regierung forcierte die Kollektivierung der Landwirtschaft und im Handwerk.¹⁷⁵⁶ Vor allem die Bauern trafen Nötigung und Drohungen der SED-Agitationsgruppen, mittels derer sie zum „freiwilligen“ Eintritt in die LPGs bewegt werden sollten.¹⁷⁵⁷

Davon begünstigt setzte eine Massenflucht aus der DDR ein. Die 1959 abgeklungenen Flüchtlingszahlen stiegen im Jahr darauf rapide an (1959: 143.000; 1960: 199.000), darunter vor allem Jugendliche im arbeitsfähigen Alter (50 Prozent Flüchtlinge unter 25 Jahren).¹⁷⁵⁸ Doch die SED sah von einer Lockerung ihrer politischen Maßnahmen ab und führte den harten Kurs fort. So verweigerte das „Gesetzbuch der Arbeit“ von April 1961 den Arbeitern endgültig das Streikrecht und stärkte die Machtposition des Betriebsleiters gegenüber den Werkträgern.¹⁷⁵⁹ Hinzu kamen die Bestrebungen der SED, sich aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Westdeutschland zu befreien, die zusammen mit der anhaltenden Massenflucht zu sinkenden Zuwachsraten in der Industrie führten.¹⁷⁶⁰ Landwirtschaftliche Nutzflächen der LPG lagen brach.¹⁷⁶¹ Die daraufhin auftretenden Versorgungsprobleme, insbesondere im Bereich der Grundnahrungsmittel,¹⁷⁶² riefen in der Bevölkerung weiteren Unmut hervor. Der Siebenjahrplan

¹⁷⁵³ Vgl. Sywottek, Arnold: Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 54-76. S. 54.

¹⁷⁵⁴ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 55.

¹⁷⁵⁵ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁵⁶ Anm.: Im Jahr 1961 wurden 90 Prozent der Bruttoproduktion in der Landwirtschaft vom „sozialistischen Sektor“ (LPG und VEG) erzeugt. Im Handwerk sank die Zahl des privat erwirtschafteten Gesamtprodukts von 93 Prozent (1958) auf 65 Prozent (1961). (Vgl. Ebenda. S. 56.)

¹⁷⁵⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁵⁸ Vgl. Ebenda. S. 57/58.

¹⁷⁵⁹ Vgl. Ebenda. S. 57.

¹⁷⁶⁰ Anm.: 1959 gab es einen Zuwachs von ca. 7,2 Milliarden Mark im Vergleich zum Vorjahr, 1960 nur 5,4 Milliarden und 1961 4,4 Milliarden Mark. (Vgl. Ebenda. S. 57.)

¹⁷⁶¹ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁶² Anm.: Es mangelte an Fleisch, Wurst, Butter, Käse, aber auch an Schuhen und Waschmitteln. (Vgl. Steiner, André: Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 218-247. S. 222. Steiner bezieht sich auf: Abt. Handel,

(1959-1965), welcher den 1959 abgebrochenen Fünfjahrplan (1956-60) ersetzte und ursprünglich die unbewältigten wirtschaftlichen Probleme lösen sollte,¹⁷⁶³ musste im Mai 1961 „präzisiert“, d.h. in seinen Zielen herabgemindert werden¹⁷⁶⁴.

Während sich die Situation in der DDR mehr und mehr zur Krise zuspitzte, bemühte sich die SED-Führung um absolute Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche. Dadurch kam es – wie schon zu Beginn der 1950er Jahre – zur Überfüllung der Sitzungen mit nebensächlichen, banalen Problemen, die gleichberechtigt neben wesentlichen staatspolitischen Fragen behandelt wurden.¹⁷⁶⁵

Gegen jegliche Opposition, welche die SED-Spitze durchweg kriminalisierte,¹⁷⁶⁶ sicherten zusätzliche strukturelle Veränderungen die Zentralgewalt der SED-Regierung ab, vor allem die von Ulbricht. Der Gründung des „Nationalen Verteidigungsrats“ folgte die des Staatsrats, der funktionell dem Präsidium des Obersten Sowjet in der UdSSR entsprach.¹⁷⁶⁷ Beiden saß Ulbricht vor, der außerdem das Amt des ersten Sekretärs des ZK der SED innehatte.¹⁷⁶⁸

Nach seinem umfassenden Machtausbau schlug Ulbricht zur Eindämmung der für die DDR verheerenden Massenflucht auf einer Tagung des Warschauer Paktes vor, eine Stacheldrahtbarriere um West-Berlin zu errichten.¹⁷⁶⁹ Der Plan scheiterte jedoch im März 1961 am Veto der Sowjetunion, Ungarns und Rumäniens.¹⁷⁷⁰ Da es aber zu diesem Zeitpunkt zum Streit im „Weltkommunismus“ gekommen war¹⁷⁷¹ und Präsident Kennedy im Juli 1961 klarstellte, dass die USA nicht auf Westberlin verzichten würden, gab die sowjetische Führung ihre früheren Forderungen nach einem „entmilitarisierten Westberlin“ auf und begann mit den Vorbereitungen für eine Abriegelung von Ost-Berlin.¹⁷⁷² Auf diese Weise sollten die Interessen der USA gewahrt bleiben.¹⁷⁷³ In einer Beratung der Warschauer Paktstaaten vom 3.-5.8.1961

Versorgung und Außenhandel: Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage, 8.11.1960, SAPMO.BA DY 30 IV 2/2029/14.)

¹⁷⁶³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 51/52.

¹⁷⁶⁴ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 222. Steiner bezieht sich auf: Erste zusammenfassende Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Regierungsverhandlungen zwischen der UdSSR und der DDR auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1962-1965 und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit, 26.4.1961, SAPMO-BA DY 30 J IV 2/202/30; Vgl. [SPK:] Vermerk zu Fragen der Einholung und Überholung Westdeutschlands, 19.8.1960, BA DE 1/912.

¹⁷⁶⁵ Anm.: So beschäftigte sich das Sekretariat im März 1958 mit personellen Problemen „im Zusammenhang mit der Änderung der Arbeitsweise im Staatsapparat“, aber auch mit der Genehmigung von Urlaubslisten, Kuraufenthalten, Delegationsreisen, usw. (Vgl. Protokoll Nr. 9/58 des Sekretariats vom 19. März 1958. SAPMO, DY 30, J IV 2/3/595. Zitiert nach: Weber: Die DDR 1945-1990. S. 51.)

¹⁷⁶⁶ Vgl. Ebenda. S. 54. Weber bezieht sich auf: Neues Deutschland, Nr. 116 vom 17.5.1957.

¹⁷⁶⁷ Anm.: Nachdem Präsident Wilhelm Piek am 7.9.1960 verstarb, wurde das Amt des Präsidenten abgeschafft und durch den Staatsrat ersetzt. Ihm oblagen unter anderem Gesetzgebungs- und Regierungsaufgaben. (Vgl. Ebenda. S. 56.)

¹⁷⁶⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁶⁹ Anm.: Alternativ unterbreitete die DDR-Führung Vorschläge wie die Sperrung des Luftraumes, des Mauerbaus um Westberlin oder die „Abriegelung der DDR unter Ausklammerung ihrer Hauptstadt“. (Vgl. Ebenda. S. 58.)

¹⁷⁷⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁷¹ Anm.: Die UdSSR befand sich im Konflikt mit der VR China. Auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien von November 1960 war es „zu prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in Grundfragen der internationalen Entwicklung und der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung mit den Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas“ gekommen. (Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss. Berlin [Ost] 1978. S. 409. Zitiert nach: Vgl. Weber: Geschichte der DDR. S. 324.)

¹⁷⁷² Vgl. Ebenda.

¹⁷⁷³ Vgl. Ebenda.

stimmte die UdSSR schließlich dem „Mauerbau um Westberlin“ zu.¹⁷⁷⁴ Die „Sicherungsmaßnahmen vom 13.8.1961“ zur Beseitigung des „Kriegsbrandherdes Westberlin“, so der Mauerbau aus DDR-Sicht, konnten damit eingeleitet werden.¹⁷⁷⁵

Für die ostdeutsche Bevölkerung bedeutete die Schließung der Grenzen, sich nun mit dem Regime arrangieren zu müssen.¹⁷⁷⁶ Die Regierung brauchte ihrerseits keine besonderen Rücksichten mehr auf die Bevölkerung zu nehmen, da alle Fluchtmöglichkeiten als beseitigt galten.¹⁷⁷⁷ Unter diesen Bedingungen setzte die SED die bereits im Frühjahr 1961 beschlossenen Preiserhöhungen¹⁷⁷⁸ für Lebensmittel in Kraft und griff mit so genannten „Kundenkarten“ de facto auf eine Rationierung von Fleisch und Butter zurück¹⁷⁷⁹. Die Gründe für die Lebensmittelknappheit lagen in den Folgen der Kollektivierung der Landwirtschaft und zudem in der Missernte von 1961.¹⁷⁸⁰ In dieser Situation bot die Mauer zunächst einen Ausweg aus der Krise, jedoch keine Lösung.¹⁷⁸¹ Die „offene Grenze“ konnte hingegen nicht länger als Ausrede für die angespannte Wirtschaftslage erhalten.¹⁷⁸² Deshalb musste sich die Regierung der DDR verstärkt mit realen gesellschaftlichen und ökonomischen „Sachzwängen“ anstatt ausschließlich mit der Durchsetzung von „ideologischen Normen und Ziele(n)“ auseinandersetzen.¹⁷⁸³ Die vom XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 angestoßene neuerliche Entstalinisierung in der UdSSR wurde nun auch von Ulbricht rückhaltlos unterstützt,¹⁷⁸⁴ der Personenkult um Stalin sowie dessen Verbrechen verurteilt¹⁷⁸⁵. Auch die „direkte Gewalt“ stellte die SED zugunsten subtilerer Kontrollmethoden wie „Überwachung, Neutralisierung und ideologischer Arbeit“ zurück.¹⁷⁸⁶ Die Ruhigstellung der Bevölkerung hing überdies weitgehend von der Erleichterung der Lebensbedingungen ab.¹⁷⁸⁷ Entsprechend richtete die DDR-Führung ihren Fokus auf die Wirtschaftsentwicklung und überdachte konventionelle Leitungsformen.¹⁷⁸⁸ Die zunehmende Ökonomisierung sowie das Experimentieren in der Wirtschaftspolitik verstärkten sich im Laufe der 1960er Jahre und fanden erst gegen Ende dieses Jahrzehnts ihren Abschluss. Darüber hinaus suchte die SED neue Anhänger¹⁷⁸⁹ – auch unter den Frauen, die bis in die 1960er Jahre hinein als „leicht beeinflussbar“ und politisch unzuverlässig galten¹⁷⁹⁰. Nachdem die

¹⁷⁷⁴ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 58.

¹⁷⁷⁵ Vgl. Meyers Neues Lexikon. Bd. 12. Hrsg. von der Lexikonredaktion des VEB Bibliographisches Institut Leipzig. 2. Auflage. 1975. S. 651.

¹⁷⁷⁶ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 60.

¹⁷⁷⁷ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 226.

¹⁷⁷⁸ Vgl. Ebenda. Steiner bezieht sich auf: Informationen für die Mitglieder und Kandidaten des ZK über Maßnahmen zur Verbesserung ..., 15.3.1961, SAPMO-BA DY 30 IV 2/608/51.

¹⁷⁷⁹ Vgl. Ebenda. Steiner bezieht sich auf: Abt. Planung und Finanzen, Bericht über die Wirkung der Preismaßnahmen ..., 11.8.1962, SAPMO-BA, DY 30, IV 2/608/72; [Ulbricht] an Chruschtschow, 6.5.1963: Anlage. Probleme der Versorgung der Bevölkerung, SAPMO-BA, DY 30, IV A2/2021/96.

¹⁷⁸⁰ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁸¹ Vgl. Bollinger: Konflikte. S. 44.

¹⁷⁸² Vgl. Ebenda. S. 44/45.

¹⁷⁸³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 60.

¹⁷⁸⁴ Vgl. Ebenda. S. 61.

¹⁷⁸⁵ Anm.: „Ich denke, wir stimmen alle in der entschiedenen Verurteilung der unter Führung Stalins begangenen Fehler und Verbrechen überein.“ Auch vom „schädlichen Personenkult“ war die Rede. (Aus Walter Ulbrichts Referat auf der ZK-Tagung: „Fehler und Verbrechen“ Stalins, 23. November 1961. In: Walter Ulbricht: Referat auf der 14. Tagung des ZK der SED. 23.-26.11.1961. In: Neues Deutschland. 16. Jahrgang. Nr. 327. 28.11.1961. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 148] DDR. Dokumente. S. 260/261.)

¹⁷⁸⁶ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 61.

¹⁷⁸⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁸⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁸⁹ Vgl. Ebenda.

Frauenförderung in den 1950er Jahren hinter der Arbeiter- und Bauernförderung zurückgeblieben war, gelangte sie nun auf die politische Agenda.¹⁷⁹¹ Mit dem Kommuniqué des Politbüros der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“ vom Dezember 1961 wurde begonnen, offen über die mangelnde Gleichberechtigung¹⁷⁹² der Frau zu diskutieren. Dies ergab sich zum einen vor dem ideologischen Hintergrund, dass die „Gleichberechtigung der Frau“ ein „unabdingbares Prinzip des Marxismus-Leninismus“ sei.¹⁷⁹³ Zum anderen stellte die „Ausschöpfung der Frauenreserve“¹⁷⁹⁴ nach der wirtschaftlichen Schwächung des Staates durch die jahrelange Massenflucht aus der DDR ein wesentliches Motiv dar.

2.5.2 Das Bildungswesen und die pädagogische Wissenschaft im Umbruch

Im Bildungswesen führte der Mauerbau zur sofortigen Korrektur von Lehrplänen.¹⁷⁹⁵ In den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde, Deutsche Sprache und Literatur, Zeichnen, Geographie, Astronomie, Musik und in der Unterstufe wurde in der Zeit von Mitte Oktober bis Ende Dezember 1961 nach Direktiven¹⁷⁹⁶ unterrichtet – ein Phänomen, das auch nach der Krise von 1953 charakteristisch war. Besonders die staatsbürgerliche Erziehung genoss nun die ungeteilte Aufmerksamkeit des Ministeriums für Volksbildung, das direkt nach dem 13.8.1961 „Arbeiter und Funktionäre aus den staatlichen Organen, gesellschaftlichen Organisationen und Betrieben“ zu Propagandazwecken rekrutierte, um den Mauerbau zu rechtfertigen.¹⁷⁹⁷

¹⁷⁹⁰ Anm.: „Aber noch immer ist der Zustand nicht überwunden, dass eine Reihe von Frauen in politisch angespannten Situationen unsicher wird und sich in ihren Handlungen von der Hetze des Gegners beeinflussen lässt.“ (Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.-21.1.1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. IV, Berlin [Ost] 1963, S. 267-273. Zitiert nach: Budde, Gunilla-Friederike: Wettkampf um Gerechtigkeit. Frauenförderung und Arbeiterkinder in den Hochschulreformdebatten in Ost und West. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 123-142. S. 127.)

¹⁷⁹¹ Vgl. Ebenda. S. 141.

¹⁷⁹² Anm.: Unter anderem kritisierte das Kommuniqué, dass von Frauen „oft mehr als von einem Mann in der gleichen Funktion“ verlangt würde, sie mit „einem Übermaß an Arbeit belastet“ seien und dass leitende Mitarbeiter der Meinung wären, Frauen hätten „sich durch besondere Leistungen zu `bewähren““. (Aus dem Kommuniqué des Politbüros der SED: Die Frau – der Frieden und der Sozialismus, 16. Dezember 1961. In: Neues Deutschland. 16. Jahrgang. Nr. 352. 23.12.1961. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 149] DDR. Dokumente. S. 261-263. S. 262.) Auch wenn dem Kommuniqué begrenzter Erfolg nachgesagt worden ist, bestätigen gerade diese kritischen Wortmeldungen die durch das Kommuniqué veränderte Atmosphäre. Ungeschönt thematisierten Berichte der folgenden Jahre zur Frauenförderung eine stagnierende bzw. sogar rückläufige Entwicklung bei der Besetzung von hoch qualifizierten Stellen mit Frauen. (Vgl. Budde: Wettkampf um Gerechtigkeit. S. 129. Budde bezieht sich auf: Bericht des MHF vom 31.12.1969 zum Stand der Frauenförderung: BA-DR 3/B1182/1.)

¹⁷⁹³ Aus dem Kommuniqué des Politbüros der SED: Die Frau – der Frieden und der Sozialismus, 16. Dezember 1961. In: Neues Deutschland. 16. Jahrgang. Nr. 352. 23.12.1961. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 149] DDR. Dokumente. S. 261-263. S. 262.

¹⁷⁹⁴ BA-DR 3/B1182/2. Zitiert nach: Budde: Wettkampf um Gerechtigkeit. S. 128.

¹⁷⁹⁵ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 536.

¹⁷⁹⁶ Vgl. Anweisung zur Gestaltung des Unterrichts in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Zeit vom 16. Oktober bis 22. Dezember, 19.9.1961, in: VuM [Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung], Nr. 19/1961. S.231ff. In: Vgl. Ebenda.

¹⁷⁹⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 537. Geißler bezieht sich auf: Zum Stand der staatsbürgerlich-politischen Erziehung, 20.9.1961. In: Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. 1996. S. 401.

Dabei bestand bezüglich der staatsbürgerkundlichen Erziehung keineswegs Einigkeit unter den pädagogischen Wissenschaftlern. Schien über die Funktion des Staatsbürgerkundeunterrichts als geeignetes Mittel zur Beseitigung der „Diskrepanzen zwischen den Forderungen des sozialistischen Erziehungs- und Bildungsziels und dem Bewusstsein, den Einstellungen und Verhaltensweisen von Schülern“ noch Einklang zu herrschen¹⁷⁹⁸, kam es hinsichtlich der Konzeption zum Streit. Ähnlich wie in den 1950er Jahren beim polytechnischen Unterricht existierten zunächst die sich ausschließenden Auffassungen von Unterrichtsfach und Unterrichtsprinzip.¹⁷⁹⁹ Später mündete diese Diskussion in den theoretischen innermarxistischen Disput darüber, ob „das Fach Staatsbürgerkunde in seiner methodischen Ausrichtung unter Wahrung reformpädagogischer Traditionen prozesstheoretisch-dynamisch vom lernenden Subjekt her“ (Ekkehard Sauer mann) oder „lernzielorientiert-technologisch von der anzueignenden Sache her“ (Neuner, u.a.) zu konzipieren sei.¹⁸⁰⁰ Unterstützung erfuhr 1969 erwartungsgemäß das Konzept Neuners durch die Volksbildungsministerin M. Honecker, die sich gegen Elemente des Konzeptes E. Sauer manns aussprach und sich hinter das Programm des „zielstrebigem“ Lernens im Staatsbürgerkundeunterricht stellte.¹⁸⁰¹

Anlass für diese Debatten waren von der SED wahrgenommene Defizite bei der Durchsetzung und Realisierung des sozialistischen Erziehungszieles gewesen. Einem Bericht des MfV vom Juni 1961 folgend hatte der Staatsbürgerkundeunterricht noch „nicht genug auf die Bewusstseinsbildung“ bei den Schülern eingewirkt, so dass noch „Skepsis und Misstrauen“ gegen den DDR-Staat bestünden.¹⁸⁰² Und auch nach dem Mauerbau äußerte sich die Abteilung Volksbildung des ZK besorgt über „ernste Erscheinungen, Zunahme der Feindseligkeit und Provokationen an erweiterten Oberschulen“ wie z.B. Wehrdienstverweigerung und

¹⁷⁹⁸ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 178. Benner und Sladek nehmen dabei Bezug auf von Dorst geschilderte Experimente zum Staatsbürgerkundeunterricht (Dorst, W.: Das pädagogische Experiment – Überlegungen zu seiner wissenschaftsmethodischen Konzeption. In: Pädagogik 16[1961]. S. 379-395. S. 379.).

¹⁷⁹⁹ Vgl. Gatzemann: Projekt. S. 39/40.

¹⁸⁰⁰ Vgl. Ebenda. Die Geschichte dieser Kontroverse beginnt im Jahre 1960 und wird fortan zwischen E. Sauer mann (ab 1964 Hallenser Professor) und der Forschergruppe um G. Neuner öffentlich ausgetragen. (Vgl. Ebenda. S. 65ff.) Der wissenschaftliche Streit, bei dem Sauer mann nicht nur die Stofffülle der Lehrpläne, sondern auch das „lernzielorientiert-technologische“ Prinzip der Forschergruppe um Neuner kritisierte (Vgl. Ebenda. S. 62.), eskalierte Ende der 1960er Jahre (Vgl. Ebenda. S. 65.). Die für das Juniheft 1968 der Zeitschrift Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde geplante Kritik Sauer manns an der Gegenposition wurde in der Folge nicht mehr veröffentlicht. (Vgl. Ebenda. S. 68.) Eigenen Angaben nach, sei Sauer mann nach dem „offenen Ausbrechen dieser Kontroverse 1968“ ein „ganzes Bündel von Schikanen, Beschränkungen, Knebelungen“ aufgebürdet worden. Mit der Berufung auf eine politikwissenschaftliche Professur im Jahre 1975 habe er den „Ausstieg aus der pädagogischen Forschung und damit aus der Vormundschaft durch die Volksbildungsobrigkeit“ erreicht. (Vgl. Sauer mann, E.: Das Eigene, das Gemeinsame, das Feindliche. Versuch einer Selbstbiographie, unveröffentlichtes Manuskript. Halle 1997. S. 25. In: Vgl. Ebenda. S. 57/58.)

¹⁸⁰¹ Vgl. Honecker, M.: Mehr Konkretheit in der Leitungsarbeit. In: Pädagogik 24 (1969)7, S. 601-625. S. 608/609. In: Vgl. Ebenda. S. 73/74. Wenn sich Honecker auch nicht generell gegen problemhaften Unterricht wandte, dürften Problematisierungen jedoch nur von „den Positionen des Sozialismus“ aus erfolgen. Auf Kritik stieß bei der Ministerin weiterhin, dass „unter der Flagge der Selbsttätigkeit“ in verschiedenen Publikationen Ansichten verbreitet würden, die den Schülern einen „so genannten Einerseits-Andererseits-Standpunkt“ unterstellten. (Vgl. Honecker, M.: Mehr Konkretheit in der Leitungsarbeit. In: Pädagogik 24 [1969]7, S. 601-625. S. 608. In: Vgl. Ebenda. S. 73.) Damit benannte Honecker ein wesentliches Merkmal des Sauer mann-Konzeptes. (Vgl. Gatzemann: Projekt. S. 73.)

¹⁸⁰² Vgl. MfV. Die erweiterten Oberschulen Berlins 23.6.1961. Bericht zur Situation an den erweiterten Oberschulen Berlins. In: BArchP. R-2 6956. Bl. 45-5. Abgedruckt in: (Dok. Nr. 172) Geißler/Blask/Scholze: Schule. S. 300/301.

Republikflucht.¹⁸⁰³ Davon angestoßen fanden umfangreiche Versuche auf dem Gebiet des Staatsbürgerkundeunterrichts mit einem sich abzeichnenden neuen Experimentierverständnis statt.¹⁸⁰⁴ Insbesondere Dorst bemühte sich im Unterschied zu seinem Experimentierkonzept von 1954 im Jahr 1961 um die „Einheit von Positivismus und Ideologie“.¹⁸⁰⁵ Das heißt, er setzte sich für ein pädagogisches Experiment als Mittel ein¹⁸⁰⁶, welches die „Gesetzmäßigkeiten eines manipulativen pädagogischen Handelns“ generieren sollte.¹⁸⁰⁷ An die Stelle des früheren „Manipulations-, Indoktrinations- und Agitationsverbots“¹⁸⁰⁸ trat in der Versuchskonzeption von 1961 ein Experimentierverbot für Bildungsziele.¹⁸⁰⁹

Aber nicht nur auf theoretischer, sondern auch auf institutioneller Ebene entbrannte in der Wissenschaft ein Streit, der 1960/61 seinen Höhepunkt fand.¹⁸¹⁰ Ausgetragen wurde er zwischen den Universitäten und der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW)¹⁸¹¹ um den mit der Ungleichverteilung der Ressourcen verbundenen Prestigeverlust für die Universitäten. Im Gegensatz zum DPZI¹⁸¹² herrschten an der Akademie von jeher außergewöhnlich gute finanzielle und Arbeitsbedingungen¹⁸¹³ – sogar bessere als an den Universitäten. Zu deren Leidwesen genoss die Akademie eine bevorzugte Ausstattung mit „wissenschaftlichen Geräten,

¹⁸⁰³ Vgl. SED. Feindarbeit in der EOS 14.2.1962. [ZK, Abt. Volksbildung] – Hausmitteilung. An Genossen Hager. In: (Dok. Nr. 173). Vgl. Ebenda. S. 301.

¹⁸⁰⁴ Vgl. Benner/Sladek: Vergessene Theoriekontroversen. S. 178. Benner und Sladek nehmen dabei Bezug auf von Dorst geschilderte Experimente zum Staatsbürgerkundeunterricht (Dorst, W.: Das pädagogische Experiment – Überlegungen zu seiner wissenschaftsmethodischen Konzeption. In: Pädagogik 16[1961]. S. 379-395. S. 379.)

¹⁸⁰⁵ Vgl. Ebenda. S. 181.

¹⁸⁰⁶ Anm.: Dorst wies aber dennoch auf „die forschungsmethodischen und praktischen Durchführungsschwierigkeiten seiner Konzeption“ hin. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸⁰⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁰⁸ Anm.: Hier (1954) folgte Dorst der handlungstheoretischen Argumentation, die „keine Einheit von wissenschaftlicher Forschung, pädagogischer Praxis und dem Denken und Handeln der zu Erziehenden und demnächst Erzogenen anstrebt“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸⁰⁹ Vgl. Ebenda. S. 182.

¹⁸¹⁰ Vgl. Jessen, Ralph: Akademie, Universitäten und *Wissenschaft als Beruf*. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949-1968. In: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990. Hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 9. Akademie-Verlag: 2002. S. 95-113. S. 110.

¹⁸¹¹ Anm.: Die am 1.8.1946 als Deutsche Akademie der Wissenschaften wiedereröffnete Preußische Akademie der Wissenschaften erfuhr während der 1950er Jahre eine signifikante „Schwerpunktverlagerung von den geisteswissenschaftlichen Akademieprojekten zur naturwissenschaftlichen Forschung“. (Vgl. Ebenda. S. 96.) Nachdem die deutsche Teilung den der Akademie zugedachten „nationalen Repräsentationsanspruch“ zunichte machte, sollte sie den „ostdeutschen Alleinvertretungs- und Führungsanspruch für die deutsche Wissenschaft“ übernehmen. (Vgl. Ebenda. S. 98. Jessen stützt sich dabei auf Nötzolds Beitrag: Nötzoldt, Peter: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik: Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946-1972. In: Vgl. Ebenda. S. 39-80.)

¹⁸¹² Anm.: Das DPZI wurde diesbezüglich offenbar sowohl von der DAW als auch von den Universitäten auf die hinteren Ränge verwiesen. So zog es potentielle Mitarbeiter eher an die Universität als an das DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3006. – Schreiben des Kaderleiters vom 19.7.1961.) Ausschlaggebend hierfür waren vermutlich die vergleichsweise geringen Gehälter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].)

¹⁸¹³ Anm.: Die Forscher waren nicht nur von Lehraufgaben befreit, für sie bestand auch lange Zeit kein ideologischer Anpassungszwang. (Vgl. Jessen: Akademie, Universitäten und *Wissenschaft als Beruf*. S. 96.)

Investitionsmitteln, Baukapazitäten etc.“ und erfuhr dadurch eine sichtbare qualitative Aufwertung.¹⁸¹⁴ Ab 1954 waren überdies die Zuwachsraten des Forschungspersonals der Universitäten gegenüber denen der Akademie merklich zurückgegangen.¹⁸¹⁵ Auf diese Weise gelang es der Akademie mühelos, den zunehmend zu Lehranstalten degradierten Universitäten Wissenschaftler abzuziehen.¹⁸¹⁶

Das „integrale Berufsmodell“ von Universitätsprofessoren, welches von der Verbindung von Forschung und Lehre gekennzeichnet war, drohte vollends aufzubrechen, als sich Anfang der 1960er Jahre die Spaltung in Akademieforscher und Hochschullehrer anbahnte.¹⁸¹⁷

Nach dem Mauerbau entschärfte sich die „Differenzierungsdynamik“ durch den infolge knapper Kassen ausgebremsten Expansionskurs der Akademie etwas.¹⁸¹⁸ Außerdem stellte die DAW mit ihrem Statut von 1963 nicht mehr die höchste sondern nur noch *eine* Forschungsinstitution dar.¹⁸¹⁹ Auch der von Akademiemitgliedern dominierte, 1957 gegründete Forschungsrat,¹⁸²⁰ wurde 1961 dahingehend reformiert, dass mehr Wissenschaftler aus der Industrie in den Rat berufen werden konnten¹⁸²¹. Im Jahr darauf avancierte er zum höchsten „naturwissenschaftlich-technischen Fachgremium der DDR“, das der Staatlichen Plankommission die Hauptforschungsrichtungen empfahl.¹⁸²²

Schwerpunktaufgaben festzulegen und in längerfristige Forschungsplanung zu integrieren gehörte aber auch in der *pädagogischen* Wissenschaft neben der „Entwicklung neuer Organisationsformen und Arbeitsweisen“ zu den für den Zeitraum von 1958 bis 1961 charakteristischen Prozessen.¹⁸²³ Die diesbezügliche Planung sollte laut „Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler“ zukünftig in der Verantwortung des DPZI liegen.¹⁸²⁴ Darüber hinaus müsse das Institut „unter Beteiligung des Ministeriums für Volksbildung und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen“ sowie der zuständigen Verlage ein

¹⁸¹⁴ Vgl. Ebenda. S. 100.

¹⁸¹⁵ Vgl. Ebenda. S. 97. Besonders deutlich lässt sich dies 1958 beobachten, als der Personalbestand der Akademieinstitute um über 35 Prozent anstieg, während das Hochschulpersonal stagnierte. (SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/485, Bl. 105, 120. In: Vgl. Ebenda.)

¹⁸¹⁶ Vgl. Ebenda. S. 111.

¹⁸¹⁷ Vgl. Ebenda. S. 98.

¹⁸¹⁸ Vgl. Ebenda. S. 110.

¹⁸¹⁹ Vgl. Ebenda. S. 111. Jessen bezieht sich auf das Statut der DAW vom 2.5.1963. In: Hartkopf, Werner/Wangermann, Gert (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990. (Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1). Berlin/Heidelberg/New York. 1991. S. 166.)

¹⁸²⁰ Vgl. Ebenda. S. 97.

¹⁸²¹ Vgl. Fraunholz, Uwe/Schramm, Manuel: Hochschulen als Innovationsmotoren? Hochschul- und Forschungspolitik der 1960er Jahre im deutsch-deutschen Vergleich. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 25-44. S. 35/36. Fraunholz/Schramm beziehen sich auf: SAPMO BArch, DY30/4646, 99-100.

¹⁸²² Vgl. Ebenda. S. 36. Fraunholz/Schramm beziehen sich auf: SAPMO BArch, DY30/4667, 106ff.

¹⁸²³ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 145.

¹⁸²⁴ Anm.: „Das DPZI gibt ab 1960 jährlich einen Plan heraus, in dem die Hauptgebiete der pädagogischen Forschung festgelegt und koordiniert sind.“ (Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. Vom 20. Juni 1959. Pädagogische Wissenschaft und sozialistische Schule. Gekürztes Protokoll der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. Vom 18.-20. Juni 1959 in Berlin. Volk und Wissen Volkseigener Verlag. Berlin 1959. S. 136-142. Abgedruckt in: Monumenta Paedagogica. Band VII/1. Teil 2: 1956-1967/68. S. 255-259. S. 257. Vgl. auch: Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. In: Pädagogik. 14. Jahrgang. Heft 8/1959. S. 629-633. S. 631.)

„System der Vertragsforschung“ und die Bildung von „Forschungszentren“¹⁸²⁵ organisieren.¹⁸²⁶ Für eine „rasche Veröffentlichung der Forschungsergebnisse“ sowie deren Rezeption durch die Lehrer und Umsetzung in den Schulen müsste gesorgt werden. Mit diesem Ziel griff das ZK der SED auch in die Leitungsstrukturen der Schulen ein.¹⁸²⁷ Absicht war es, das „Prinzip der Einzelleitung“ durch den Schuldirektor einzuführen und die „kollektive Leitung“ zu beseitigen. Das Kollektiv erhielt lediglich beratende Funktion. Grund für diese neue Leitungspolitik, in deren Gefolge ein erneuter Personalaustausch einsetzte¹⁸²⁸, könnte die (an ihrem Anspruch gemessen) immer noch schwache schulpolitische Führungstätigkeit der SED gewesen sein¹⁸²⁹. Noch nach dem Mauerbau wurde – gemessen an den eigenen Ansprüchen – eine verbesserungswürdige ideologisch-politische Führung konstatiert.¹⁸³⁰ Die SED-Führung ließ sich daher in der Folge von der Maxime leiten, dass „jeder Leiter“ zugleich „politischer Führer“ und „Funktionär“ sein müsse.¹⁸³¹

2.5.3 Neue Leitungsorganisation – Das DPZI zwischen den Stühlen

Den Anforderungen der SED im Hinblick auf die „Vervollkommnung des Herrschaftsapparates“¹⁸³² versuchte das DPZI mit der angestrebten Gründung des Forschungsrates nachzukommen, die bereits auf der „Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler“¹⁸³³ im Juni 1959 gefordert worden war. Der Rat sollte noch zu bildende Forschungszentren für die Komplexforschung anleiten.¹⁸³⁴ Damit kündigte sich ein neues Wissenschaftsverständnis an, das sich nach dem Mauerbau in den 1960er Jahren weiter manifestierte. Zu der verordneten „Einheit von Politik und Pädagogik“¹⁸³⁵ trat deutlicher als vorher die Komponente der Ökonomie hinzu¹⁸³⁶. Das zunehmende „Primat der Ökonomie“ zielte

¹⁸²⁵ Anm.: Institutionsübergreifend sollten diese Zentren die „Lösung von Schwerpunktaufgaben auf dem Gebiet der Pädagogik und Psychologie“ erforschen. So würde z.B. bereits „in Leipzig vom Institut für Pädagogik der Karl-Marx-Universität, von der Deutschen Hochschule für Körperkultur, dem Pädagogischen Institut und dem Institut für Lehrerbildung gemeinsam mit Pädagogischen Kabinetten und Schulen das Problem der Verbindung von Erziehung und produktiver Arbeit“ untersucht. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸²⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹⁸²⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BArchP. – R-2/3784. – Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an alle Schulparteiorganisationen. Hrsg. vom Büro des Politbüros. 21. November 1959. Bl. 33ff. Zitiert nach: Geißler: Das schulpolitische System. S. 148.

¹⁸²⁸ Anm.: Personalpolitisch überprüft wurden zentrale Einrichtungen der Volksbildung. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 544.) Dabei setzte auch ein Generationenwechsel in der Bildungspolitik ein, der in der ersten Hälfte der 1960er Jahre als abgeschlossen gelten kann und bis 1989 keine entscheidenden Veränderungen mehr erfuhr. (Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 145.)

¹⁸²⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 543.

¹⁸³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – G. Neuner: Bericht über Auswertung im ZK, Neugebauer. (Handschriftlich) 18.12.1961.

¹⁸³¹ Vgl. Ebenda.

¹⁸³² Geißler: Das schulpolitische System. S. 151.

¹⁸³³ Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. S. 631.

¹⁸³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Rundschreiben des Direktors an verschiedene Institute für Lehrerbildung und Universitäten. 30.7.1959.

¹⁸³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – G. Neuner: Bericht über Auswertung im ZK, Neugebauer. (Handschriftlich) 18.12.1961.

¹⁸³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

dabei nicht nur auf die Unterwerfung der Pädagogik unter wirtschaftliche Interessen¹⁸³⁷ und die „Erreichung der höchsten Effektivität der Lern- und Erziehungsarbeit“¹⁸³⁸ ab, es setzte sich auch als Maßstab für die pädagogisch-wissenschaftliche Forschung fest¹⁸³⁹. Bis 1969 entwickelten sich diese Vorstellungen zu der Auffassung, dass „nicht einfach an diesem oder jenem interessanten Thema“ geforscht werden könne, sondern dass es „um ganz konkrete, abrechenbare Ergebnisse zu den für Schulpolitik und Praxis erforderlichen Terminen“ ginge.¹⁸⁴⁰ Obwohl bereits auf der Tagesordnung der Direktionsberatung vom 14.9.1959 die Besprechung potentieller Mitglieder des Forschungsrates stand¹⁸⁴¹, ist fraglich, ob es je gelang, eine solche, voll arbeitsfähige Leitungsinstitution am DPZI zu konstituieren.

Vermutlich noch der Illusion eines „Viererkopfes“ (siehe Punkt 2.4.3.5) anhängend, hatte das DPZI dem MfV am 1.9.1959 hinsichtlich der Einrichtung und Instruktion von Forschungszentren das Zugeständnis abgerungen, selbst verantwortlich für die pädagogische Forschung in der DDR zu sein und dem MfV „lediglich die Anleitung“ zu übertragen.¹⁸⁴² Die Zusammensetzung des Forschungsrates sollte binnen kürzester Zeit festgelegt werden.¹⁸⁴³ Als Mitglieder sah der Entwurf auf zwei Jahre zu berufende Wissenschaftler aus den jeweiligen Forschungszentren vor; den Vorsitz reservierte sich jedoch der Direktor des DPZI.¹⁸⁴⁴ Der Rat sollte als Nachfolgeeinrichtung des nach den Ereignissen von 1958 neu geschaffenen Wissenschaftlichen Rates¹⁸⁴⁵ des Instituts fungieren.¹⁸⁴⁶ Ihm oblag die „Planung, Koordinierung, Anleitung und Kontrolle der gesamten pädagogischen Forschung in der DDR“.¹⁸⁴⁷ Dass es das DPZI durchaus ernst mit diesem Postulat meinte, zeigt die konsequent gestellte Forderung, nach der jenem

¹⁸³⁷ Anm.: „Auch in der Pädagogik muss das Primat der Ökonomie die Arbeit bestimmen, da die Lösung der ökonomischen Fragen die Zukunft Deutschlands entscheidet.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion: Protokoll der Dienstbesprechung am 25.2.1963.)

¹⁸³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Entwurf der Thesen für die Perspektivplanung 1965-80 auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.8.1960.

¹⁸³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Bericht über die Erfüllung des zentralen Arbeitsplanes des DPZI im 2. Halbjahr 1962.

¹⁸⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – G. Neuner: Abschließender Diskussionsbeitrag auf der Schrittmacherkonferenz in Magdeburg. 16.11.1969.

¹⁸⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. (Handschriftlich vermerkt:) Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.

¹⁸⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2485. – Beratung im Ministerium für Volksbildung am 1.9.1959 über Erprobung des Lehrplanwerks und Einrichtung von Forschungszentren.

¹⁸⁴³ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁴⁴ Anm.: Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden im Forschungsrat sollte der für die Forschung verantwortliche stellvertretende Direktor des DPZI übernehmen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. [Handschriftlich vermerkt:] Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.)

¹⁸⁴⁵ Vgl. 2.4.3.5. Verantwortlich für die Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit am Institut, Fragen der Publikation sowie die Arbeit im Wissenschaftlichen Rat war der Wissenschaftliche Sekretär des DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].)

Der Wissenschaftliche Rat wurde nach seiner Neukonstituierung auf die Durchführung der Parteibeschlüsse der SED verpflichtet. (DIPF/BBF-Arch. – DPZI [sämtlich unpaginiert] 1859. Zitiert nach: Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 111.)

¹⁸⁴⁶ Anm.: Der „im `Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts´ genannte Wissenschaftliche Rat [wird, N.Z.] in einen Forschungsrat umgewandelt“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. [Handschriftlich vermerkt:] Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.)

¹⁸⁴⁷ Vgl. Ebenda.

Gremium die Bestätigung des vom Institut herausgegebenen jährlichen pädagogischen Forschungsplans der DDR sowie die Genehmigung und Zuteilung von finanziellen Mitteln aus den Fonds des MfV und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen zukäme.¹⁸⁴⁸

Nachdem M. Honecker die Machtverhältnisse auf dem Volksbildungssektor in der Besprechung im Ministerium am 12.9.1959 „zurechtgerückt“ hatte,¹⁸⁴⁹ richtete Direktor Hans Kaiser¹⁸⁵⁰ im Mai 1960 ein Schreiben an M. Honecker, in dem er um die Zustimmung zu den Vorschlägen für die Gründung des Forschungsrates bat¹⁸⁵¹. Die personelle Besetzung sei inzwischen mit Vertretern des ZK der SED und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen beraten worden. Nach den Beratungen beschnitten die hier skizzierten Vorstellungen den Forschungsrat im Vergleich zur selbstbewussten Konzeption vom Herbst 1959 allerdings erheblich in seinen forschungsführenden Kompetenzen. So beanspruchte der Rat nicht mehr die Bestätigung des jährlichen Forschungsplanes für sich.¹⁸⁵² Überdies erfuhr das Recht auf Vergabe der Forschungsgelder durch den Rat eine empfindliche Korrektur im Vergleich zu 1959. Denn die finanzielle Zuteilung erfolgte 1960 ausschließlich mit der endgültigen Bestätigung des Ministeriums; dem DPZI stand lediglich das diesbezügliche Recht bzw. die Pflicht zur Begutachtung der verschiedenen Forschungsvorhaben zu.¹⁸⁵³

Insgesamt schien es sich bei dem Forschungsrat eher um ein halbherziges Unterfangen zu handeln. Denn, obwohl für Juni 1960 ein Hinweis auf die tatsächliche Existenz des Forschungsrates überliefert ist¹⁸⁵⁴, dessen Mitglieder 1961 noch im Amt hätten sein müssen¹⁸⁵⁵, wurde bereits für April 1961 die Konstituierung dieses Gremiums erneut eingefordert und die

¹⁸⁴⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁴⁹ Vgl. Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 113/114. Wiegmann bezieht sich auf: DDPF/BBF-Arch. – DPZI 3357. Vgl. auch Punkt 2.4.3.5.

¹⁸⁵⁰ Anm.: H. Kaiser, Jg. 1919, promovierte 1954 an der TU Dresden. Die Habilitation folgte 1958. Im Jahr darauf übernahm er das Amt des Direktors des DPZI bis zum Mai 1961. Danach war er als stellvertretender Minister für Volksbildung für die Berufsbildung zuständig, später Vizepräsident und Mitglied der APW. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 310.)

¹⁸⁵¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 2485. – Schreiben von Kaiser an Honecker vom 23.5.1960.

¹⁸⁵² Vgl. Ebenda.

¹⁸⁵³ Anm.: „Sämtliche Forschungsvorhaben, einschließlich der Dissertations- und Habilitationsarbeiten, für die finanzielle Mittel aus dem zentralen Forschungsfonds des Ministeriums für Volksbildung und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen beansprucht werden, sind im Einzelnen durch den Forschungsrat zu genehmigen.“ Die entsprechende Stelle im Dokument von 1960 lautete: „Sämtliche Forschungsvorhaben, einschließlich der Dissertations- und Habilitationsarbeiten, für die finanzielle Mittel aus dem zentralen Forschungsfonds des Ministeriums für Volksbildung und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen beansprucht werden, sind im Einzelnen *vor der Bestätigung durch die Leitung des Ministeriums für Volksbildung* durch den Forschungsrat *zu begutachten*.“ Hervorhebung N.Z. (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. [Handschriftlich vermerkt:] Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.)

¹⁸⁵⁴ Anm.: Im Zusammenhang mit einer Besprechung vom 9.6.1960 im Verlag Volk und Wissen wurde einer der dortigen Mitarbeiter auf die Mitwirkung im Forschungsrat des DPZI verpflichtet. Möglich wäre aber auch, dass diese „Mitgliedswerbung“ im Vorgriff auf die nach dem Schreiben vom 23.5.1960 vom Ministerium erwartete Genehmigung des Forschungsrates geschah und letzten Endes offen bleiben muss, ob der Forschungsrat tatsächlich gegründet worden ist. (Vgl. BBF/DDPF/Archiv, Signatur 2485. – Aktennotiz über die Aussprache zwischen dem Volk und Wissen Verlag und dem DPZI am 9.6.1960 über die Ausarbeitung eines langfristigen Forschungsprogramms. und Vgl. Ebenda. – Schreiben von Kaiser an Honecker vom 23.5.1960.)

¹⁸⁵⁵ Anm.: Sowohl nach der ursprünglichen (September 1959) als auch der korrigierten (Mai 1960) Konzeption. (Vgl. Ebenda.)

Vorbereitung einer ersten Arbeitsberatung anberaunt¹⁸⁵⁶. Außerdem hatte die in der Direktion eingerichtete, leichter zu kontrollierende Koordinierungsstelle¹⁸⁵⁷, deren Kompetenzen im Herbst 1959 noch unklar gewesen waren¹⁸⁵⁸, inzwischen bereits verschiedene Aufgaben im Bereich der „Planung, Koordinierung und Lenkung der pädagogischen Wissenschaft in der DDR“ übernommen, die dem Forschungsrat zugefallen wären – auch hinsichtlich der Forschungszentren¹⁸⁵⁹. Die Koordinierungsstelle sollte aber nicht nur an der „Bildung von Forschungszentren“ mitarbeiten, sondern auch an der „Aufstellung eines Forschungsplanes“ sowie an der Herausgabe des „Nachrichtenblattes“.¹⁸⁶⁰ So blieben für den Forschungsrat höchstens noch die Gutachtertätigkeiten übrig. Oberste Priorität genossen in der Institutsarbeit von 1960 aber die Forschungszentren und der Forschungsplan, für die die Koordinierungsstelle zuständig war.¹⁸⁶¹ Beides zählte im Rahmen der „Planung, Koordinierung und Lenkung der pädagogischen Forschung in der DDR“ zu den Hauptaufgaben des DPZI.¹⁸⁶²

Solche Organisationsformen zur Steuerung von Wissenschaft und Forschung machten sich aus Sicht der SED-Führung angesichts der auch unter Wissenschaftlern konstatierten mangelnden ideologischen Einstellung¹⁸⁶³ zunehmend erforderlich. Wissenschaftliche Pädagogik wurde unmissverständlich dem Ziel verpflichtet, der „Verwirklichung der Schulpolitik von Partei und Regierung“ zu dienen.¹⁸⁶⁴ Das DPZI beanspruchte dabei die Teilhabe an der „entschiedenen“ Beeinflussung der Forschungsgegenstände – unter Betonung des ökonomischen Aspektes der Koordinierung von „kollektive(r) und komplexe(r) Bearbeitung der Hauptfragen“. Themen, die im Aufgabenbereich des DPZI lägen, wollte das Institut selbst anleiten. Die Errichtung von Forschungszentren, die ab 1960 betrieben wurde¹⁸⁶⁵, kam aber zunächst nur schleppend voran – ebenso die Aufstellung des Forschungsplanes. Als Grund hierfür gab das in

¹⁸⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Plan der Direktionsberatungen und der zentralen Veranstaltungen des Instituts im I. Quartal 1961. 5.1.1961.

¹⁸⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960.

¹⁸⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2485. – Beratung im Ministerium für Volksbildung am 1.9.1959 über Erprobung des Lehrplanwerks und Einrichtung von Forschungszentren.

¹⁸⁵⁹ Anm.: Als „wichtige organisatorische Voraussetzung“ zur „Planung, Koordinierung und Lenkung der pädagogischen Wissenschaft in der DDR“ galt 1960 die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle für Forschung“. Diese sollte unter anderem die Einflussnahme auf die Arbeit der Forschungszentren gewährleisten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.) Gleichmaßen wäre dem Forschungsrat die Beurteilung der Pläne aller Forschungszentren und pädagogischen Institutionen zugefallen – im Rahmen der „Planung, Koordinierung, Anleitung und Kontrolle der gesamten pädagogischen Forschung in der DDR“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. [Handschriftlich vermerkt:] Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.)

¹⁸⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁸⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁶² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁸⁶³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – G. Neuner: Bericht über Auswertung im ZK, Neugebauer. (Handschriftlich) 18.12.1961.

¹⁸⁶⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁸⁶⁵ Anm.: Bis Oktober 1960 wurden laut Prof. König (Vorsitzender im Wissenschaftlichen Rat des MfV) neun Forschungszentren aufgebaut, von denen die Mehrheit jedoch noch nicht über eine Konzeption hinausgekommen sei. (Vgl. Pädagogisches Forum: Für konkrete Pläne und Gemeinschaftsarbeit auf wissenschaftlich-pädagogischem Gebiet. In: Pädagogik. 15. Jahrgang. Heft 10/1960. S. 929-936. S. 931.)

der Vergangenheit immerhin mehrfach als leitendes pädagogisches Institut der DDR¹⁸⁶⁶ charakterisierte DPZI fehlende diesbezügliche Erfahrungen an.¹⁸⁶⁷ Und obwohl die „Anleitung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit auf pädagogischem Gebiet“ nach eigener Einschätzung 1953 fehlgeschlagen war¹⁸⁶⁸, hatte das DPZI im Jahr 1954¹⁸⁶⁹ immerhin einen langfristigen Forschungsplan für 1956-60¹⁸⁷⁰ vorgelegt. Dieser war seinerzeit sogar als „wertvolle Arbeit“ bezeichnet worden, durch „die alle Forschungsvorhaben auf dem Gebiete der Pädagogik koordiniert und ... auf die aktuellen pädagogischen Aufgaben orientiert“ gewesen wären.¹⁸⁷¹

Denkbar ist allerdings, dass mit den Personalsäuberungen, vor allem der von 1958, faktisch auch die Erfahrungen in diesem Bereich verloren gingen.

Die Bildung von Forschungszentren hingegen stellte eine neue Herausforderung des DPZI dar, bei der sich das Institut vom MfV und dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen im Stich gelassen sah.¹⁸⁷² Die auf der „Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler“¹⁸⁷³ zugesagte Beteiligung und Unterstützung erhielt das Institut nach eigenem Bekenntnis nicht¹⁸⁷⁴. Alle entsprechenden Aufgaben wurden demnach allein auf das DPZI abgewälzt. Es existierte keine klare staatliche Anweisung zu den Rechten und Pflichten der Zentren, zur „Organisation der Forschungsarbeit“ sowie zur Sicherung der Finanzierung.

Ende Januar 1960 einigte sich das DPZI deshalb mit den leitenden Mitarbeitern der Forschungszentren zunächst auf den „Modus der Zusammenarbeit“.¹⁸⁷⁵ Dies lag weit ab von den früheren Plänen, die führenden Wissenschaftler der Forschungszentren unter Leitung und Kontrolle der DPZI-Direktion in einem Forschungsrat zusammenzufassen und hatte zur Folge, dass lediglich „Aussprachen über inhaltliche, methodische und organisatorische Fragen“ möglich

¹⁸⁶⁶ Vgl. u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 226/227. Minister Wandel: Anweisung über die planmäßige, zentrale Lenkung der Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung. 9.3.1951.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6438. – Bl. 260-266. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Bericht über die Arbeit der Abteilung Theorie im Jahr 1953. 12.11.1953.

¹⁸⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁶⁸ Vgl. Kurz: Kritische Einschätzung. Heft 1/1954. S. 75.

¹⁸⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des DPZI für das Jahr 1954. Der Forschungsplan war im III. Quartal des Jahres 1954 beim Kollegium des Ministeriums für Volksbildung vorzulegen.

¹⁸⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Forschungsplan 1956-60. [Handschriftlich] 1955 wurde der Forschungsplan zur Stellungnahme an verschiedene Stellen versendet und anschließend überarbeitet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Pädagogische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut. 16.5.1955. und Vgl. Ebenda. – MfV/Sekretariat des Ministers an Direktor Dorst. Betreff Auszüge aus dem Protokoll der Kollegiumssitzung am 4.11.1955.) Bereits im Jahr 1955 arbeitete zumindest das DPZI schon nach dem vom Ministerium bestätigten Forschungsplan. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Entwurf des Rahmenarbeitsplans für das Jahr 1955.)

¹⁸⁷¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1281. – Stellungnahme des Instituts für Systematische Pädagogik und Geschichte der Pädagogik der Karl-Marx-Universität/Abteilung Systematische Pädagogik. 13.4.1955.

¹⁸⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁷³ Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. S. 631.

¹⁸⁷⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁷⁵ Vgl. Ebenda.

waren¹⁸⁷⁶. Den Forschungszentren konnten jedoch keine verbindlichen Verpflichtungen auferlegt werden. In der Konsequenz dominierten in den Forschungskomplexen Themen der allgemeinen Pädagogik. Hingegen wurden nach der Interpretation seitens des DPZI die als dringender angesehenen Fragen z.B. die der Unterrichtsmethodik vernachlässigt.¹⁸⁷⁷ Unter solchen Voraussetzungen erwiesen sich die Forschungszentren als ungeeignet, die pädagogische Wissenschaft zu gestalten bzw. zu überwachen und durch die „Überwindung des Individualismus“ sowie der „Autarkietendenzen der einzelnen Institute und Arbeitsstellen“ die Forschung auf die „gesellschaftlich bedeutsamen Schwerpunkte“ auszurichten¹⁸⁷⁸. Diese Form der Wissenschaftsorganisation in der Pädagogik wurde erwartungsgemäß (nach nur drei Jahren) eingestellt.¹⁸⁷⁹

Dafür gesorgt hatte sicherlich auch das Bestreben des Ministeriums für Volksbildung, zunehmend die Steuerung der pädagogischen Wissenschaft und Forschung zentral an sich zu binden, obwohl ihm hierfür offenbar noch die strukturellen Voraussetzungen fehlten¹⁸⁸⁰. Vermutlich hatte das MfV dem DPZI deshalb einerseits die entsprechenden Handlungsbefugnisse für die Anleitung der Forschungszentren verweigert.¹⁸⁸¹ Andererseits befand es sich laut Institut aber auch nicht in der Lage, mittels klarer Direktiven die vermisste „Unterstützung“ zu geben,¹⁸⁸² welche das DPZI auf der Grundlage der „Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler“¹⁸⁸³ vom Juni 1959 beanspruchen durfte.

Daneben blockierte das MfV auch die auf diesem Juni-Treffen geforderte Stärkung der eigenen Forschungsambitionen des DPZI anhaltend. Die Hintergründe hierfür muten wie eine Zeitreise in die Anfangsjahre des Instituts an. Immer noch prallten der Anspruch eines leitenden Forschungsinstituts und die Rolle des DPZI als nachgeordnete Verwaltungsdienststelle des MfV aufeinander. Damit bestanden auch die Probleme im Verhältnis zwischen Ministerium und Institut fort, die es bereits von Beginn an gab.

1960 beklagte der amtierende Direktor H. Kaiser die vorherrschende Praxis, am Direktorat des Instituts vorbei „je nach Bedürfnis unmittelbar an Mitglieder unseres Instituts Aufträge“ zu erteilen und andererseits deren konzeptionelle Ideen kaum aufzugreifen.¹⁸⁸⁴ Bei Bedarf erließ der Minister für Volksbildung kurzerhand eine entsprechende Anweisung, nach welcher die

¹⁸⁷⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

¹⁸⁷⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁷⁸ Stern, Leo: Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften für den Fortschritt der Gesellschaft. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin. Volk und Wissen Verlag: 1963. S. 17. Zitiert nach: Ziegler, Franz/Günther, Karl-Heinz: Einige Probleme bei der Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung in der DDR (1959 bis 1964). In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 5. Jahrgang (1964). Nr. 3/4. S. 4-15. S. 5/6.

¹⁸⁷⁹ Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 6/7. Weiterführende Erläuterung dazu unter Punkt 2.7.1.2.

¹⁸⁸⁰ Anm.: Diese wurden später im Wissenschaftlichen Rat des MfV verortet, jedoch erst ab der zweiten und dritten Arbeitsperiode, als er mehr und mehr zum „operativen Instrument der pädagogischen Wissenschaft“ umgestaltet worden sei. (Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 8.) In den ersten beiden Jahren seiner Tätigkeit (Ende 1959 bis Ende 1961) habe der Wissenschaftliche Rat im MfV lediglich „beratende Funktion“ ausgeübt. (Vgl. Günther, Karl-Heinz: Zur Eröffnung der konstituierenden Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die 3. Arbeitsperiode. In: Vgl. Ebenda. 7. Jahrgang [1966]. Nr. 2. S. 3-5. S. 4.) Weiterführende Erläuterung dazu unter Punkt 2.7.1.2.

¹⁸⁸¹ Anm.: Dies bezieht sich auf die oben beschriebenen Entwürfe zu den Rechten und Pflichten des geplanten Forschungsrates.

¹⁸⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁸³ Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. S. 631.

¹⁸⁸⁴ DIPF/BBF-Arch. – DPZI 2458. Zitiert nach: Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 115.

Mitarbeiter des Instituts auf Anforderung an der Arbeit des Ministeriums mitzuwirken hatten.¹⁸⁸⁵ Dieses Vorgehen machte das DPZI dafür verantwortlich, dass die Mehrzahl der Wissenschaftler „bis zur Grenze ihres Leistungsvermögens in die Lösung umfangreicher Tagesaufgaben“ eingespannt und kontinuierliche, langfristige Forschungsarbeit kaum umzusetzen sei.¹⁸⁸⁶ Schlussfolgernd verlangte das Institut die Einschränkung von „kurzfristigen Sonderaufträge(n) außerhalb der Arbeitsplanung“ und ersuchte demgemäß um eine langfristige Arbeits- und „zielsichere“ Terminplanung. Außerdem wurde mehr Unterstützung und Anleitung „in allen inhaltlich-pädagogischen und schulpolitischen Fragen“ sowie bei den „Kaderaufgaben“ eingefordert. Auf diese Weise erhoffte sich das DPZI mit Beginn des Schuljahres 1960/61 zunehmend Grundlagenforschung betreiben und zumindest für die Zukunft die noch nicht vorhandenen Voraussetzungen für die wissenschaftliche Anleitung und Koordination der pädagogischen Forschung in der DDR schaffen zu können.¹⁸⁸⁷

Mit diesem Selbstverständnis arbeitete das Institut auch an der Perspektiventwicklung für die pädagogische Wissenschaft¹⁸⁸⁸ im Rahmen einer Arbeitsgruppe beim Wissenschaftlichen Rat des MfV mit¹⁸⁸⁹. Zunächst wurde angenommen, dass bis 1965 zur Lösung der aktuellen Probleme „vorausschauende“ Forschungen zur Erziehungstheorie und -praxis, wie beispielsweise die Bestimmung von „Gegenstand und System der Pädagogik“ der pädagogischen Wissenschaft, möglich sein würden.¹⁸⁹⁰ Die endgültige Fassung vom Oktober 1960 sprach jedoch als Generalauftrag an die Pädagogik davon, dass die „pädagogischen Wissenschaftler ... die pädagogischen Gesetzmäßigkeiten erforschen, entsprechende Methoden entwickeln und durch die Popularisierung ihrer Ergebnisse die Menschen mit pädagogischen Kenntnissen ausrüsten“ müssten.¹⁸⁹¹ Von der Verschiebung des „Verhältnisses von Lehre und Forschung innerhalb der pädagogischen Wissenschaft zugunsten der Forschung“ war keine Rede mehr.¹⁸⁹² Die Proklamation der thematischen Schwerpunkte erfolgte in Form einer expliziten Auflistung aller zu fördernden Forschungskomplexe bis 1980.¹⁸⁹³

¹⁸⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Hausmitteilung der Direktion an alle Sektionsleiter. 22.7.1961.

¹⁸⁸⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁸⁸⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁸⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Protokoll über die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe Pädagogische Wissenschaft und Forschung am 11.8.1960. (Anlage zum Schreiben des Wissenschaftlichen Rates des MfV vom 19.8.1960 an das DPZI.)

¹⁸⁹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Entwurf der Thesen für die Perspektivplanung 1965-80 auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.8.1960.

¹⁸⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

¹⁸⁹² Anm.: Die „Einheit von Forschung und Lehre an den Ausbildungsstätten“ sollte aber erhalten bleiben. (Vgl. Ebenda.)

¹⁸⁹³ Anm.: Z.B. waren im Bereich der „Probleme der Erziehung zum kommunistischen Bewusstsein“ Fragen der „Erziehung zur dialektisch-materialistischen Weltanschauung“, „Normen und Regeln der sozialistischen und kommunistischen Moral und Sittlichkeit als Lebensgewohnheiten“, der „Erziehung zur Arbeitsmoral“, zur „Selbsttätigkeit, Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit“, zur „Lernmoral“ und zu einem „hoch entwickelten Denkvermögen“ sowie die „Kollektiverziehung“ und die musische Erziehung zu erforschen. Weitere Komplexe bildeten die „Probleme der Verbindung von Schule und Leben“, der „Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit“ sowie der „Vervollkommnung des Unterrichts und der Methoden der Erziehung und Bildung“. (Vgl. Ebenda.)

Die exponierte Stellung der zentralen Forschungsplanung, -leitung und -kontrolle stand jedoch zu keinem Zeitpunkt der Abfassung in Frage.¹⁸⁹⁴ Zu diesem Zweck wurde abermals die Gründung einer Akademie der Pädagogischen Wissenschaften erwogen.

2.5.4 Das DPZI im Dienste von Praxis und Propaganda – Arbeitsschwerpunkte

Gemäß den „Thesen über die Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft und Forschung bis zum Jahre 1980“¹⁸⁹⁵, an denen das Institut mitgearbeitet hatte, bemühte sich das DPZI nicht nur um Leitung und Koordination der pädagogischen Wissenschaft in der DDR.¹⁸⁹⁶ Im Zusammenhang mit der Abfassung der Thesen hatte das Institut die dort festgeschriebenen Arbeitsschwerpunkte in der eigenen Arbeitsplanung berücksichtigt.¹⁸⁹⁷ Dadurch wurde eine Planrevision überflüssig und eine weitgehend kontinuierliche Arbeit schien gesichert.¹⁸⁹⁸ Günstig wirkte sich dabei aus, dass die entsprechenden Thesenaussagen und die drei bereits bestätigten Hauptaufgaben der Volksbildung¹⁸⁹⁹, nach denen das DPZI seine Aufgaben ausrichtete¹⁹⁰⁰, aufeinander abgestimmt worden waren.

Breiten Raum nahm in den Thesen die „Vervollkommnung des Unterrichts und der Methoden der Erziehung und Bildung“¹⁹⁰¹ ein, unter welche als Themen für das DPZI die „inhaltliche und methodische Gestaltung des Unterrichts“ sowie die „Entwicklungsarbeiten“ fielen¹⁹⁰². Das

¹⁸⁹⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Entwurf der Thesen für die Perspektivplanung 1965-80 auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.8.1960. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

¹⁸⁹⁵ Vgl. Ebenda. – Begleitschreiben zu den Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung.

¹⁸⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960. Siehe auch Ebenda. – Arbeitsplan des DPZI Berlin für das Jahr 1961.

¹⁸⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1960.

¹⁸⁹⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁸⁹⁹ Anm.: Die drei Hauptaufgaben lauteten: „polytechnische Erziehung und Bildung, Verbesserung der pädagogisch-methodischen Arbeit der Lehrer und Entwicklung einer neuen Unterrichtsmethodik“ sowie die „Erziehung zur Disziplin und des bewussten Lernens“ (Ganztags- und Horterziehung, Pionierorganisation, „bewusste Lernarbeit“, „Kinderkollektive“, usw.). (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].) Diese werden durch die Thesen: „Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit“, „Vervollkommnung des Unterrichts und der Methoden der Erziehung und Bildung“, „Probleme der Verbindung von Schule und Leben“ (Ganztags- und Horterziehung, Pionierorganisation, etc.) sowie „Probleme der Erziehung zum kommunistischen Bewusstsein“ (z.B. Lernmoral, Kollektiverziehung) repräsentiert. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.)

¹⁹⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁹⁰¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

¹⁹⁰² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

Institut stellte sich dem Auftrag, an der Erfüllung des Lehrplanzieles 1960 mitzuwirken und mit der Erarbeitung von „theoretische(n) und praktische(n) Hilfen“ für die „Unterrichts- und Erziehungsarbeit in unseren Schulen“ unmittelbar in den Dienst der pädagogischen Praxis zu treten.¹⁹⁰³ Da die hierfür angefertigten Materialien aber nicht als empirisch-wissenschaftlich fundiert galten, sondern lediglich „kollektive Erfahrungen“ widerspiegeln würden, beabsichtigte das Institut darüber hinaus, die empirische Arbeit an den Forschungsschulen voranzutreiben.¹⁹⁰⁴ Künftig sollten in Versuchsschulen „echte pädagogische Experimente“ verwirklicht werden können. Damit gedachte das DPZI 1961/62 nicht nur zur Verbesserung der „inhaltliche(n) und methodische(n) Gestaltung des Unterrichts“ das Lehrplanwerk und Lehrplanvarianten zu erproben sowie die Anforderungen an Schülerleistungen zu überprüfen.¹⁹⁰⁵ Auch wissenschaftliche Untersuchungen für die Grundlagen eines neuen Lehrplanwerks und die „Entwicklung der Unterrichtstheorie und der Methodik der Unterrichtsfächer“ sollten ermöglicht werden.¹⁹⁰⁶ In der Perspektive zielte das DPZI mehr und mehr auf pädagogische Grundlagenforschung, und zwar vor allem hinsichtlich der Erforschung von „ideologische(n) und theoretische(n) Grundfragen der sozialistischen Pädagogik“.¹⁹⁰⁷ Für 1960 musste sich das Institut jedoch weiterhin mit Entwicklungsarbeiten, unter anderem zu den Lehrplänen und methodischen Handbüchern für Lehrer (methodische Sektion) begnügen.¹⁹⁰⁸

Hinzu kamen erneut Ausbildungsaufgaben in der Lehrerbildung, die zunächst als Arbeitskreis (vgl. 2.4.3.5), ab 1960 als aufzubauende Sektion an das DPZI zurückkehrte.¹⁹⁰⁹ Dieser oblag die Entwicklung von „fachlich-methodischen Materialien“¹⁹¹⁰ für die Lehrerausbildung und darüber hinaus die Schaffung eines „Systems der Lehrerbildung“. Aufgaben der Lehrerweiterbildung nahmen zudem hauptsächlich die methodische sowie die Sektion Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung wahr.¹⁹¹¹ Dennoch hatten alle Bereiche des DPZI an der Durchführung zentraler Lehrgänge sowie an der inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Planung und Lenkung im Rahmen der Errichtung eines „differenzierten Systems der Weiterbildung“ mitzuwirken.¹⁹¹²

So bezeichnete Entwicklungsaufgaben betrafen auch die theoretische Sektion (I), die sich, seit 1959 wieder unter dem Namen „Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung“, z.B. mit der Erarbeitung von Bewertungsrichtlinien für Schülerleistungen und eines „Plans der

¹⁹⁰³ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁰⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁹⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion Unterrichtsmittel und Lehrpläne für 1961/62.

¹⁹⁰⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁰⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁹⁰⁸ Anm.: Zuständig waren hierfür die methodische Sektion (Unterrichtsmethodik und Lehrpläne) und die theoretische Sektion (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1960.)

¹⁹⁰⁹ Anm.: Die Ausbildungsaufgaben betrafen vor allem die Qualifizierung von Lehrerbildnern. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.)

¹⁹¹⁰ Anm.: Z.B. die „Ausarbeitung von Studienplänen, Studienprogrammen, Hochschullehrbüchern“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹¹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Arbeitsplan der Sektion für das Jahr 1960. 7.12.1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1960.

¹⁹¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

sozialistischen Erziehung und Bildung im Kindergarten“ sowie mit der Förderung von „Arbeiter- und Bauernkindern“ aktiv an der Lehrerweiterbildung beteiligen wollte.¹⁹¹³ Aus dem „Gesamtgefüge“ eines umfassend gedachten Erziehungsprogramms¹⁹¹⁴ sollten als Schwerpunkte das „System der Arbeitserziehung“, die staatsbürgerliche Erziehung und die „Körperliche Erziehung einschließlich Schulhygiene und gesunde Lebensweise“ herausgelöst und bis Dezember 1962 als methodische Einzelmateriale entstehen.¹⁹¹⁵ Außerdem wurde geplant, bis 1965 die übrigen Seiten der Persönlichkeitsentwicklung zu erfassen und bis 1966 in einem „in sich geschlossenen Programmwerk“ inklusive methodischer Anleitungen darzustellen.¹⁹¹⁶ Weiterhin untersuchte Sektion I im Jahr 1960 die ganztägige Erziehung und Bildung¹⁹¹⁷, ein Thema, das 1958 in einer Arbeitsgruppe am DPZI institutionalisiert wurde¹⁹¹⁸. Die Ganztageserziehung in Tagesheimschulen sollte über den Schulhort (1. bis 4. Klasse) hinaus den Schülern aller Klassenstufen eine Nachmittagsbetreuung garantieren.¹⁹¹⁹ Seit 1957 diskutiert¹⁹²⁰, versprach sich die SED-Führung davon einerseits die Entlastung berufstätiger Mütter und damit die ökonomisch wichtigste Möglichkeit, verstärkt weibliche Arbeitskräfte zu gewinnen, andererseits eine wirksamere erzieherische Einflussnahme über die neuen „Formen der Kollektiverziehung“ und die „Verbindung der unterrichtlichen, außerunterrichtlichen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungsarbeit“.¹⁹²¹ Auf eine forcierte Einführung der Tagesheimschulen verzichtete die DDR-Spitze allerdings dann doch angesichts der hohen Flüchtlingszahlen bis zum 13.8.1961.¹⁹²²

¹⁹¹³ Anm.: Weiterhin gehörten „Beiträge zur Verwirklichung der Schulordnung“, zur „politisch-moralischen und weltanschaulichen Erziehung der Schüler“, „Fragen der Erziehung und Bildung im Hort und in den Tagesheimschulen sowie im Normalkinderheim“ und die „Leitung des Arbeitskreises marxistischer Psychologen, Psychologische Hilfe bei der Lösung der vorgenannten Aufgaben und bei der Entwicklung einer neuen Unterrichtsmethodik“ dazu. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹¹⁴ Anm.: Dies müsse in drei Etappen entwickelt werden: 1. „Aufdeckung der erzieherischen Potenzen des Lehrplanwerkes im Zusammenhang mit der Bereitstellung methodischer Hilfen für die erzieherische Arbeit in Unterricht und Schule“, 2. „Teilnahme an der Entwicklung pädagogisch-methodischer Handbücher für die Bildungs- und Erziehungsarbeit auf einzelnen Klassenstufen“ („Handbücher über die Methodik der Erziehungs- und Bildungsarbeit in einzelnen Klassenstufen“, als Zwischenstufen: „pädagogisch-methodische Hilfen für die Erziehungsarbeit der Lehrer, Klassenleiter und Direktoren“); 3. „Bereitstellung eines geschlossenen Programms und einer Methodik der sozialistischen Erziehung auf der Grundlage des Lehrplanwerkes“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I [Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung]: Entwurf des Arbeitsplanes 1961/62. 14.9.1961. und Vgl. Ebenda. – Sektion I: Jahresarbeitsplan 1962. 20.12.1961. (Im Arbeitsplan vom 20.12. lautete die Bezeichnung für den im Entwurf vom 14.9.1961 als „System der Arbeitserziehung“ charakterisierten Arbeitsschwerpunkt nunmehr „Erziehung zur sozialistischen Arbeitseinstellung“.)

¹⁹¹⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁹¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut: Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1960.

¹⁹¹⁸ Anm.: Die Arbeitsgruppe „Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Ganztageschulen, Schulinternaten, Horten und Schullandheimen“ gehörte dem Arbeitskreis I: „Übersuchungen zur sozialistischen Erziehung und Bildung der Jugend in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“ an. (Vgl. Punkt 2.4.3.3 und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Programm für die wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1958 bis 1960. Ohne Datum.)

¹⁹¹⁹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 526.

¹⁹²⁰ Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/4163, Bl. 264ff. Zu einigen Aufgaben und pädagogischen Problemen der Tagesheimschulen, Stolz/Neuner, 6.2.1957. Im Schuljahr 1958/59 gab es in der DDR neun solcher Tagesheimschulen. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹²¹ BAB, DR 2/3946, Entwurf, Richtlinie über die Weiterführung des Schulversuchs Tagesheimschule im Schuljahr 1959/60. In: Vgl. Ebenda. S. 526/527.

¹⁹²² Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 530.

Nach dem Mauerbau intensivierte das DPZI seine Bemühungen hinsichtlich der Tagesschulen merklich.¹⁹²³ Da das Institut die erforderlichen wissenschaftlichen Arbeiten aber offenbar nicht mit den lediglich zwei zur Verfügung stehenden Mitarbeitern bewältigen konnte,¹⁹²⁴ begannen die Vorbereitungen für die Gründung einer entsprechenden Forschungsgemeinschaft unter Federführung des DPZI¹⁹²⁵. Hierfür wurde zunächst das Forschungszentrum zu Tagesschulen in Rostock unter Institutsleitung gebracht.¹⁹²⁶ Mit Vertretern der Universitäten Berlin, Rostock, Halle und Leipzig sowie verschiedener Tagesschulen sollte die „Untersuchung von Grundfragen“ beschleunigt und unmittelbar für die pädagogische Praxis nutzbar gemacht werden.¹⁹²⁷ Der VI. Pädagogische Kongress im Juni 1961 beförderte das Tagesschulthema in der pädagogischen Wissenschaft zusätzlich, als er den Grundsatz der Verbindung von „Schule mit dem sozialistischen Leben“ zum unumstößlichen Prinzip ausrief, der die Ganztags- und Internatsschulen mit einschloss.¹⁹²⁸ Insofern bestätigte und popularisierte der Kongress die entsprechende im Perspektivplan zur Wissenschaftsentwicklung ministeriell vorgegebene These vom Vorjahr.¹⁹²⁹

Doch nicht nur das Thema Tagesschule, sondern auch Fragen der pädagogischen Psychologie gewannen nach dem VI. Pädagogischen Kongress an Bedeutung im DPZI. Begründet wurde der gewachsene Stellenwert der Psychologie damit, dass der VI. Pädagogische Kongress und insbesondere die Diskussionen im Vorfeld das „Verlangen vieler Lehrer nach einer systematischen Qualifizierung auf dem Gebiet der marxistischen Psychologie“ offenbart hätten.¹⁹³⁰ Im Rahmen der Lehrerbildung sollten Publikationsmöglichkeiten für diesen Bereich

¹⁹²³ Anm.: Infolge der „neuen Lage“ seien die Kräfte auf das Erziehungsprogramm, die Tagesschule, „Inhalt und Methoden des Unterrichts“, Lehrerbildung, die „Nationale Rolle unseres Schulwesens“, die „Erschließung der Erfahrung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder“ und die „Durchsetzung des Programms der pädagogischen Forschung“ zu konzentrieren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.)

¹⁹²⁴ Anm.: 1960 beabsichtigte das DPZI, Bereiche der außerunterrichtlichen und außerschulischen Erziehung und Bildung, wie die Familienerziehung, die „Heimerziehung in der Vielfalt ihrer Formen“, sowie die Erziehung in der Kinder- und Jugendorganisation, „nach außen“ zu verlagern und im Sinne der dem Institut aufgetragenen anleitenden und koordinierenden Tätigkeit zu betreuen. Lediglich die Vorschul- und Horterziehung sollte im DPZI verbleiben und im strukturellen und personellen Aufbau des Instituts berücksichtigt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.) Aus dem Stellenplan für 1961 ist jedoch ersichtlich, dass sechs Wissenschaftler für den Bereich außerschulische Erziehung vorgesehen waren, zu dem auch die Erziehung in der Kinder- und Jugendorganisation gehörte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1961.) Somit wurden die personellen Kapazitäten nicht wie geplant eingesetzt. Überdies übernahm einer der beiden Mitarbeiter für Tagesschulen gleichzeitig Aufgaben auf dem Gebiet der Horterziehung. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I [Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung]: Entwurf des Arbeitsplanes 1961/62. 14.9.1961.)

¹⁹²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I [Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung]: Entwurf des Arbeitsplanes 1961/62. 14.9.1961. und Vgl. Ebenda. – Sektion I: Jahresarbeitsplan 1962. 20.12.1961.

¹⁹²⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁹²⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁹²⁸ Anm.: Gleichsam legte die „theoretische Grundauffassung“ von der „hohe(n) Bildung“ als „ökonomische, politische und kulturelle Potenz“ den Grundstein für das Ende des Ausbaus der Tagesschulen. (Vgl. Drefenstedt: Sozialistische Unterrichtstheorie. S. 186. Drefenstedt bezieht sich auf: Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen. Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1961.)

¹⁹²⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

¹⁹³⁰ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des MfV/Stellvertreter des Ministers, Honecker an den Direktor des DPZI, Neuner. 17.5.1961.

geprüft werden.¹⁹³¹ Schon länger dachte das Institut an den Ausbau der Pädagogischen Psychologie, um den Charakter als Forschungsinstitution zu stärken und sich speziell von der Aufgabe eines ideologischen Multiplikators zu entfernen. Das DPZI erkannte eine verstärkte pädagogisch-psychologische Forschungsarbeit als Bedingung dafür, als „Kopf der pädagogisch-psychologischen Arbeit in der DDR“ Einfluss auf die inhaltliche Forschungsarbeit nehmen zu können.¹⁹³² Überdies sollte analog zum „Forschungsplan für Pädagogik“ ein verbindliches „Programm der pädagogisch-psychologischen Forschung“ herausgegeben werden.¹⁹³³ Die Ergebnisse des VI. Pädagogischen Kongresses schienen geeignet, um die Absicht argumentativ zu untermauern, die Gründung einer selbständigen Abteilung als Zentrum pädagogisch-psychologischer Forschung weiter voranzubringen.¹⁹³⁴ Mit der Bitte um Genehmigung der finanziellen Mittel für die erforderliche Ausstattung der Forschungseinrichtungen in der Institutsschule und die personelle Erweiterung um drei wissenschaftlich Mitarbeiter ab 1962 für die geplanten psychologischen Untersuchungen¹⁹³⁵ wandte sich Direktor Neuner im November 1961 an das Ministerium.¹⁹³⁶

Die vom Kongress zum Schwerpunkt erklärte Verbindung von Schule und Leben¹⁹³⁷ schloss aber nicht nur die oben erwähnte Ganztags-erziehung mit ein. Im Kern betraf dies vor allem die polytechnische Bildung und Erziehung, zu der bereits Teilerfolge verzeichnet werden konnten.¹⁹³⁸ Die zukünftige Arbeit sollte sich nunmehr auf die „Weiterentwicklung der Systematik des polytechnischen Unterrichts“ und die im Erziehungsprogramm eingebettete Schaffung eines „Systems der Arbeitserziehung“ richten.¹⁹³⁹ Obwohl sich das DPZI seit 1960 um die Ausarbeitung methodischer Hilfen für Lehrer bemühte und obwohl die konzeptionellen Arbeiten zur Schaffung eines Systems der polytechnischen Bildung und Erziehung für die erweiterte Oberschule „im Zusammenhang mit der beruflichen Ausbildung der Schüler“ bereits in Angriff genommen waren,¹⁹⁴⁰ hagelte es auf der 14. Plenartagung des ZK der SED im November 1961 Kritik am polytechnischen Unterricht¹⁹⁴¹. Das

¹⁹³¹ Vgl. Ebenda.

¹⁹³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie. Entwicklungsverlauf, Stand, Perspektiven und Aufgaben. Ohne Datum [1960].

¹⁹³³ Vgl. Ebenda.

¹⁹³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Direktionsvorlage zum Aufbau einer selbständigen Abteilung Pädagogische Psychologie. Ohne Datum [Zwischen Juli und Dezember 1961].

¹⁹³⁵ Anm.: Im Mittelpunkt standen Untersuchungen zur „politisch-moralischen Entwicklung der Schülerpersönlichkeit in der Oberstufe“ sowie der Unterrichtsprozess in der Unterstufe. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I [Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung]: Entwurf des Arbeitsplanes 1961/62. 14.9.1961. und Vgl. Ebenda. – Sektion I: Jahresarbeitsplan 1962. 20.12.1961.)

¹⁹³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des Direktors Neuner an Honecker. Betreff: Vorlage zur Gründung einer Abteilung Pädagogische Psychologie am DPZI. 2.11.1961.

¹⁹³⁷ Vgl. Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen. Empfehlungen des VI. Pädagogischen Kongresses. In Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 24/1961, Beilage. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 514-521. S. 515.

¹⁹³⁸ Vgl. Drefenstedt: Sozialistische Unterrichtstheorie. S. 189. Drefenstedt bezieht sich auf: Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen. Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1961.

¹⁹³⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁹⁴¹ Anm.: So sei die „Tätigkeit der Schüler ... oft zu allgemein und abstrakt“ gewesen und wäre „zuwenig mit den Produktionsaufgaben des jeweiligen Betriebes verbunden“ worden. (Geschichte der Erziehung. 9. Aufl. Redaktion: Karl-Heinz Günther, Franz Hofmann, Gerd Hohendorf, Helmut König, Heinz Schuffenhauer. Berlin [Ost]. Volk und Wissen Verlag: 1969. S. 658. Die Autoren beziehen sich auf: Neues Deutschland, Nr. 327/1961, S. 6.)

DPZI rechtfertigte sich damit, dass der Bereich Polytechnik personell unterbesetzt und zur „ressortmäßigen“ Arbeitsweise gezwungen sei, da die übrigen Institutsmitglieder in „Fragen der polytechnischen Bildung und Erziehung“ unzureichend qualifiziert wären.¹⁹⁴²

Dadurch habe sich der Einfluss der Polytechnik auf die „methodische Arbeit in anderen Unterrichtsfächern“ verringert.¹⁹⁴³ Zudem gäbe es im DPZI keine nennenswerte Forschungsgrundlage auf diesem Gebiet.¹⁹⁴⁴

Als konstruktive Antwort auf die Kritik der SED-Führung wurde das II. Internationale Polytechnische Seminar im Oktober 1962 anberaumt.¹⁹⁴⁵ Die im DPZI entwickelte Konzeption des Seminars vom November 1961 zielte nach Beratungen im MfV und im ZK der SED in Anlehnung an den VI. Pädagogischen Kongress hauptsächlich auf das „Problem Arbeitserziehung“ und die „Durchsetzung einer engen Verbindung von Schule und Betrieb“ ab.¹⁹⁴⁶ Das Institut sprach von ca. 250 in die Vorbereitungen zum Seminar einbezogenen Wissenschaftlern und Praktikern. Ein Komitee sowie fünf Arbeitsgruppen hätten sich konstituiert, von denen allerdings bis Anfang 1962 lediglich drei arbeitsfähig geworden seien. Dennoch habe der Bereich Polytechnik des DPZI bereits Schulversuche vorbereitet, 50 Erhebungen konzipiert sowie 60 Erfahrungsberichte in Auftrag gegeben und Referate entworfen. Nach Überprüfung der Konzeption für das Polytechnische Seminar durch die Ideologische Kommission des Politbüros müsse ab April 1962 die Presse auf dieses Thema orientiert werden, um bei den Lehrern Breitenwirkung zu erreichen.¹⁹⁴⁷

Die Aufgaben des DPZI auf dem Gebiet der Polytechnik richteten sich 1962 ausnahmslos auf das II. Internationale Polytechnische Seminar aus. Auch die inhaltliche Arbeit wurde strikt durch die Fragenkomplexe des Seminars bestimmt.¹⁹⁴⁸ Neben der Arbeitserziehung fand dabei auch das Verhältnis von allgemeiner, polytechnischer und beruflicher Bildung Platz.¹⁹⁴⁹ Die Ergebnisse hierzu führten später vorgeblich zu dem Schluss, dass „allgemeine, polytechnische und berufliche Ausbildung zu einer Einheit zusammengefasst“ werden müssten.¹⁹⁵⁰

Obgleich von der allgegenwärtigen Polytechnik in den Hintergrund gedrängt¹⁹⁵¹, war auch die „Geschichte der Pädagogik“ an der Vorbereitung des VI. Pädagogischen Kongresses¹⁹⁵² beteiligt

¹⁹⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].

¹⁹⁴³ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁴⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁴⁵ Vgl. Geschichte der Erziehung. 1969. S. 659.

¹⁹⁴⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Protokoll der erweiterten Direktionsberatung vom 5.2.1962.

¹⁹⁴⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Aufgaben- und Arbeitsplan 1962 für die Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung. 9.1.1962.

¹⁹⁴⁹ Anm.: Im Einzelnen: „Die allgemeinen theoretischen Grundlagen der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit“, „Allgemeinbildung, polytechnische Bildung und Berufsbildung“, „Organisationsformen und didaktisch-methodische Probleme der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit und der polytechnischen Erziehung und Bildung am Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion“ sowie die „Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit und Arbeitserziehung“. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹⁵⁰ Vgl. Geschichte der Erziehung. 1969. S. 659. Die Autoren berufen sich auf: Pädagogik, Nr. 12/1962, S. 1094ff.

¹⁹⁵¹ Anm.: Cloer bezeichnet den Zeitraum von 1958 bis Ende 1962 als „Latenz“-Periode für die Geschichte der Pädagogik. Als Ursachen macht er sowohl die Polytechnisierung im Umfeld ehrgeiziger Wirtschaftsziele als auch den Revisionismusvorwurf gegenüber den Bildungshistorikern verantwortlich. (Cloer: Theoretische Pädagogik. S. 106.)

¹⁹⁵² Vgl. Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 202/203.

gewesen. Dem hatte speziell ein vom Wissenschaftlichen Rat des Ministeriums veranstaltetes sowie von der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte und der Zeitschrift „Pädagogik“ unterstütztes „Kolloquium zu Fragen der Traditionen und des pädagogischen Erbes“ im April 1961 gedient.¹⁹⁵³ Auf diesem wurden acht vorab formulierte Thesen beraten, um „so etwas wie ein gemeinsames Selbstverständnis hinsichtlich der eigenen Arbeit“ zu entfalten.¹⁹⁵⁴ Die erste These hob den Marxismus als Grundlage der pädagogischen Geschichtsschreibung hervor, die zweite war dem Verhältnis zu den pädagogischen Traditionen gewidmet, die dritte den abzulehnenden Traditionen (vor allem in Westdeutschland).¹⁹⁵⁵ Die vierte These bezeichnete die „Volksmassen“ als „Träger unentwickelter demokratischer und sozialistischer Traditionen“, an welche (fünfte These) die Arbeiterbewegung anknüpfen und schließlich ihren „entwickeltesten Ausdruck in der Schulpolitik und Pädagogik der DDR“ finden würde. In den Thesen sechs bis acht versammelten sich Hinweise, wo und wie die fortschrittlichen Traditionen (nach)wirkten.¹⁹⁵⁶

Gleichsam deuteten die Thesen zur Vorbereitung des Pädagogischen Kongresses – besonders die fünfte These, die die Rolle der Arbeiterbewegung für die Pädagogik der DDR betonte – auf die zukünftigen Schwerpunkte in der Geschichte der Pädagogik. So stellte auf der 16. Tagung des ZK der SED im Juni 1962 eine „Kommission des Zentralkomitees“ zuerst den Entwurf eines „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zur Diskussion vor, um anschließend den Auftrag zu erteilen, darauf basierend eine mehrbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ auszuarbeiten.¹⁹⁵⁷ Das DPZI gründete daraufhin sofort nach der 16. ZK-Tagung einen Arbeitskreis zur Auswertung des Grundrisses der Geschichte der Arbeiterbewegung für die Lehreraus- und -weiterbildung, die Lehrplan- und Lehrmittelarbit sowie die Verbesserung der Lehrbücher und Publikationen.¹⁹⁵⁸

¹⁹⁵³ Vgl. Ebenda. Rang bezieht sich auf: Kolloquium zu Fragen der Traditionen und des pädagogischen Erbes. In: Pädagogik 16. Jg. (1961), S. 433ff.

¹⁹⁵⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁵⁵ Anm.: „Die erste und zugleich allgemeinste These bezeichnet den Marxismus als eine Theorie, die alle wertvollsten Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters´ und darüber hinaus auch der voraus liegenden Geschichte zu integrieren versuche. Auch in der marxistischen pädagogischen Wissenschaft werde entsprechend verfahren: Humanistische, demokratische, sozialistische und revolutionäre Traditionen hätten in sie Eingang gefunden und würden von ihr weiterentwickelt.“ „Die zweite These konkretisiert die von den historischen Pädagogen der DDR begonnene analytische Arbeit des Sichtens, Aufspürens und Einordnens pädagogischer Traditionen; zugleich weist sie auf die bereits vorliegenden Versuche der `Entlarvung´ aller nichthumanistischen Ansätze hin.“ „Die dritte These lokalisiert das Fortleben der `vom Geist des Militarismus, Nationalismus und Chauvinismus und der Erhaltung des Bildungsmonopols´ geprägten Traditionen vornehmlich in Westdeutschland.“ (Vgl. Ebenda.)

¹⁹⁵⁶ Anm.: „Die sechste These weist darauf hin, dass fortschrittliche Traditionen nicht nur als Gedanken und Ideen, sondern auch in Organisationen und Institutionen präsent seien.“ „Die siebte These erklärt, dass in allen Bereichen der Pädagogik und Erziehung fortschrittliche Traditionen nachwirkten (z.B. im Sonderschulwesen); das gelte besonders auch für die Didaktik und Methodik.“ „In der achten These schließlich heißt es zwar zunächst noch einmal, dass alle fortschrittlichen Traditionen in der DDR `verwirklicht, gepflegt und weiterentwickelt´ würden; es folgt jedoch der Hinweis, dass dieser Prozess wesentlich wirkungsvoller sein könnte, wenn alle Pädagogen sich mit den Traditionen vertraut machten und sie auch anwendeten.“ (Vgl. Ebenda. S. 203/204.)

¹⁹⁵⁷ Vgl. Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 215. Rang bezieht sich auf: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Bd. IX. Berlin 1965. S. 64.

¹⁹⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – (Handschriftliches) Protokoll der engeren Direktionsberatung. 20.8.1962. Der Arbeitskreis konstituierte sich im Oktober 1962 mit den Arbeitsgruppen: „Lehrplan und Unterrichtsmittel“, „Lehrbuch“, „Spezielle Problem der staatsbürgerlichen Erziehung“ und „Publikationen“. (Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan des Arbeitskreises zur Auswertung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung November 1962 bis Februar 1963. siehe auch

Doch nicht nur die verstärkte Beschäftigung mit der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Geschichte der Pädagogik, auch die Orientierung der Bildungsgeschichte auf die Kritik der Pädagogik Westdeutschlands ist in den Thesen angelegt – besonders in der dritten These, welche die in Westdeutschland fortbestehenden, abzulehnenden pädagogischen Traditionen thematisierte. Durch die neue Ausrichtung des Fachgebietes¹⁹⁵⁹ wurden historisch-pädagogische Arbeiten im DPZI vornehmlich im Rahmen der Vergleichenden Pädagogik bzw. Pädagogik Westdeutschlands durchgeführt.¹⁹⁶⁰ Und auch Jahre später sprach sich die Direktion des Instituts gegen die Schaffung einer gesonderten Planstelle für die „Bearbeitung von Fragen aus der Geschichte der Erziehung“ aus.¹⁹⁶¹

Einzig Karl-Heinz Günther¹⁹⁶², ab September 1955 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Geschichte der Pädagogik im DPZI¹⁹⁶³, ab 1957 Leiter der Aspirantur¹⁹⁶⁴ verblieb als Bildungshistoriker im Rahmen der Aspirantur im Institut. Nach Mundorfs „Weggang“ 1958 und der Auflösung sowohl der Sektion für Geschichte der Pädagogik 1959 als auch kurze Zeit später der entsprechenden Abteilung,¹⁹⁶⁵ folgte für K.-H. Günther 1961 die Ernennung zum stellvertretenden Direktor für Aspirantur und Forschung.¹⁹⁶⁶

Die Schwerpunktverlagerung auf die Kritik der Pädagogik Westdeutschlands war eine Begleiterscheinung bzw. Konsequenz des insgesamt schleichenden „Bedeutungsverlusts“¹⁹⁶⁷ der Geschichte der Pädagogik, den Günther 1961 verzeichnete¹⁹⁶⁸. Dieser ging mit der

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Dr. Hofmann. Persönlicher Arbeitsplan für das IV. Quartal 1962. 9.10.1962.)

¹⁹⁵⁹ Vgl. Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 194.

¹⁹⁶⁰ Anm.: Zum Beispiel im Umfeld der „Entdeckung des militaristischen, faschistischen und reaktionären Charakters der Schulpolitik und der herrschenden pädagogischen Theorie in Westdeutschland“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.) So war das Thema „Pädagogische Strömungen zur Zeit des Faschismus in Deutschland und ihr Fortwirken in Westdeutschland.“ im DPZI als Forschungsvorhaben angemeldet. (Vgl. Veröffentlichung aller dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut gemeldeten Forschungsvorhaben. In: PF [Pädagogische Forschung] 1. Jg. [1960], Heft 2, S. 24. Zitiert nach: Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 195.)

¹⁹⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964.

¹⁹⁶² Anm.: Karl-Heinz Günther (Jg. 1926), 1945 Sanitäter im Fronteinsatz, bis Juli 1949 in sowjetischer Gefangenschaft, studierte Geschichte und Pädagogik in Halle und promovierte 1955 zu Gaudig. Seine Habilitation schloss er 1962 mit einer Arbeit über die „bürgerlich-demokratische(n) Pädagogen des 19. Jahrhunderts“ an der Humboldt-Universität ab; später, ab 1970 Ordentliches Mitglied und bis Ende 1989 Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. (Geißler: Kurzbiographien. S. 308.)

¹⁹⁶³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.

¹⁹⁶⁴ Vgl. Günther: Rückblick. S. 273.

¹⁹⁶⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960. [Vom Finanzministerium bestätigt] Zu den Personalsüberungen von 1958: siehe Punkt 2.4.3.1, Umstrukturierungen 1959: Vgl. Punkt 2.4.3.5.

¹⁹⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben Neuner an Honecker. Betreff Zustimmung zu den geplanten Ernennungen zum 1.9.1961. 10.7.1961.

¹⁹⁶⁷ Cloer: Theoretische Pädagogik. S. 106.

¹⁹⁶⁸ Anm.: Günther stellte hierzu fest, dass „der Wert der Geschichte der Pädagogik für die Lehrerbildung, die pädagogische Wissenschaft und die pädagogische Praxis nicht in seiner ganzen Tragweite erkannt“ würde. (Die Diesterweg-Gesamtausgabe – ein unerlässliches Arbeitsmittel für jeden pädagogischen Wissenschaftler. Zum Erscheinen der „Sämtlichen Werke“ Diesterwegs, Bd. II und III. In: JbESG 1/1961, S. 312. Zitiert nach: Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 187.)

ökonomischen Belanglosigkeit der Bildungsgeschichte einher, die der historischen Pädagogik gleichsam die politisch-ideologische Relevanz absprach.¹⁹⁶⁹

Der Bedeutungsverlust der Pädagogikgeschichtsschreibung korrespondierte daher auf struktureller Ebene mit dem einsetzenden Aufstieg der „Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands“ im DPZI.¹⁹⁷⁰ Seit 1958 vorangetrieben, hatte die Institutsarbeit Anfang 1960 mit dem Maßnahmenplan des Ministeriums zur „Verstärkung der Agitations- und Propagandaarbeit nach Westdeutschland für das Jahr 1960“ einen neuen Anstoß im Bereich „Vergleichende Pädagogik“ erhalten.¹⁹⁷¹ Neben der Verbesserung des eigenen Schulsystems durch die „Erschließung der Ergebnisse der Pädagogik der sozialistischen Länder“ gehörte die „Herausgabe einer Schriftenreihe zu aktuellen schulpolitischen Problemen Westdeutschlands“ sowie die Gestaltung einer wissenschaftlichen Konferenz über „Theorien der westdeutschen Pädagogik und ihren Einfluss auf die Schule“ zu den wichtigen Größen im Arbeitsprogramm 1960.¹⁹⁷² Dabei ging es um die „Entdeckung des militärischen, faschistischen und reaktionären Charakters der Schulpolitik und der herrschenden pädagogischen Theorie in Westdeutschland“. Geeignetes Material wurde mit Publikationsabsichten an „befreundete Staaten und an `fortschrittliche Kräfte` in England, Frankreich und Österreich“ vermittelt.¹⁹⁷³ In der „kritischen Auseinandersetzung“ mit der Schulpolitik und Pädagogik in den kapitalistischen Ländern unterschied das DPZI zwischen den „rückschrittlichen Tendenzen“ im Volkssystem und den „fortschrittlichen Erfahrungen der bürgerlichen Pädagogik“.¹⁹⁷⁴ Auf diese Weise kam das Institut der Bestimmung des Perspektivplans für die pädagogische Wissenschaft nach, die „Existenz des imperialistischen Lagers“ und „zweier deutscher Staaten“ zu „berücksichtigen“.¹⁹⁷⁵

Eine Steigerung erfuhren die Propagandabemühungen im November 1960 durch das in einer Besprechung der „Zentralen Westkommission“ der SED bestätigte Vorhaben, ein „Programm zur demokratischen Erneuerung des westdeutschen Schulwesens“ zu erarbeiten, mit welchem M. Honecker Kräfte für eine „neue Sammelbewegung“ gewinnen wollte.¹⁹⁷⁶ Den Auftrag, das ehrgeizige Projekt *auszuführen*, erhielt das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut, das diese Aufgabe kurzerhand in den Arbeitsplan für 1961 aufnahm.¹⁹⁷⁷ Die Auslandspädagogen des DPZI

¹⁹⁶⁹ Vgl. Rang, Brita: Historische Pädagogik = Politische Pädagogik? Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Geschichte der Erziehung in der DDR. In: Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Hrsg. von Heinz-Hermann Krüger und Winfried Marotzki. Opladen. Leske und Budrich: 1994. S. 177-192. S. 187/188.

¹⁹⁷⁰ Vgl. Punkt 2.4.3.5.

¹⁹⁷¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 532. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/7414, MfV, Arbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung zur Verstärkung der Agitations- und Propagandaarbeit nach Westdeutschland für das Jahr 1960. [März 1960]

¹⁹⁷² Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁹⁷³ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 532. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/7414, MfV, Arbeitsplan des Ministeriums für Volksbildung zur Verstärkung der Agitations- und Propagandaarbeit nach Westdeutschland für das Jahr 1960. [März 1960]

¹⁹⁷⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

¹⁹⁷⁵ Anm.: „Die Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft erfolgt auf der Grundlage folgender Prinzipien: ... der Berücksichtigung der Existenz des imperialistischen Lagers, der Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker und der Existenz zweier deutscher Staaten.“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.)

¹⁹⁷⁶ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 532. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/7414, MfV, Honecker, an Hager, ZK der SED, 18.11.1960.

¹⁹⁷⁷ Anm.: „Auswertung der fortschrittlichen pädagogischen Bestrebungen in Westdeutschland mit dem Ziel, ein Programm der demokratischen Schulentwicklung in Westdeutschland auszuarbeiten.“

sollten unterdessen Verbindungen zu „fortschrittlichen Pädagogen des imperialistischen und neutralen Auslandes“ sowie zu den „Partnerinstituten in den sozialistischen Ländern“ aufnehmen und ausbauen.¹⁹⁷⁸

Der Mauerbau bewirkte auch hier eine strategische Neuausrichtung. An die Stelle des „Programms der demokratischen Schulentwicklung in Westdeutschland“ trat die zu demonstrierende „nationale Rolle der Schule der DDR als Vorbild für Westdeutschland“.¹⁹⁷⁹ Im Folgejahr widmete sich die Abteilung westdeutsche Erziehung z.B. dem Thema „Pädagogik und Schule in Westdeutschland“ sowie verstärkt „geopolitischen“ Fragen.¹⁹⁸⁰ Die Aufnahme internationaler Kontakte, nunmehr Angelegenheit der Abteilung Dokumentation, richtete sich vorzugsweise an sozialistische Länder.¹⁹⁸¹

Die Arbeiten der Abteilung Auslandspädagogik gründeten sich auf die Thesen des Perspektivplans der pädagogischen Wissenschaft und auf das Erziehungsprogramm – so, wie es die Festlegungen der Schwerpunkte in den Institutspflichten nach den Ereignissen vom 13.8.1961 bestimmten¹⁹⁸². Folglich beschäftigte sich die Abteilung Auslandspädagogik unter anderem mit der „politisch-weltanschauliche(n) Erziehung der Schüler in den sozialistischen Ländern“, mit der „politische(n) Erziehung und ihre(r) ideologische(n) Konzeption in einigen NATO-Staaten“ sowie der Ganztags- und der Arbeitserziehung in den sozialistischen und „einigen kapitalistischen Ländern“.¹⁹⁸³

Diejenigen thematischen Akzente, die vor dem Mauerbau in den Thesen zur Perspektive der pädagogischen Wissenschaft und Forschung¹⁹⁸⁴ und in den Beschlüssen des VI. Pädagogischen Kongresses¹⁹⁸⁵ angelegt waren, blieben auch von der „neuen Lage“¹⁹⁸⁶ nach dem Mauerbau

Außerdem war im Fachgebiet Pädagogik Westdeutschlands an einen Schulbuchvergleich zwischen der DDR und der BRD, an die „Auseinandersetzung mit den wichtigsten philosophisch-pädagogischen Strömungen und Schulreformplänen in Westdeutschland“ sowie an die „Entlarvung der militaristischen und revanchistischen Verhetzung der Jugend“ mit dem „Nachweis des engen Zusammenhanges von pädagogischer Theorie und Praxis mit der Entwicklung des Imperialismus und Militarismus“ gedacht. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan des DPZI Berlin für das Jahr 1961. Sektion IV – Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands.)

¹⁹⁷⁸ Anm.: Darüber hinaus hatte das Fachgebiet Auslandspädagogik die „Erfahrungen und Erfolge des Schulwesens der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion“ auszuwerten und zu verbreiten; ebenso „Informationen über das Schulwesen der neutralen und der noch kolonialen Länder“ zu sammeln; und in Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet westdeutsche Pädagogik die vorgeblich „bildungsfeindliche“, „imperialistische“ Politik bloß zu stellen. (Vgl. Ebenda.)

¹⁹⁷⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Bestätigter Arbeitsplan des DPZI für 1961/62. 27.11.1961. Die „Auseinandersetzung mit der imperialistischen Pädagogik und Schulpolitik“ war weiterzuführen.

¹⁹⁸⁰ Anm.: Z.B. die „geopolitische Durchdringung des westdeutschen Erdkundeunterrichts“, „deutsche imperialistische Ostexpansionspolitik“ und die „Dokumentation zu Fragen der neokolonialistischen Aufgabenstellung der westdeutschen Schule“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion IV für das Jahr 1962.)

¹⁹⁸¹ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁸² Anm.: Die Kräfte sollten auf folgende „Schwerpunktaufgaben“ konzentriert werden: „Erziehungsprogramm“, „Tagesschule“, „Inhalt und Methoden des Unterrichts“, „Lehrerbildung“, „Nationale Rolle unseres Schulwesens“, „Erschließung der Erfahrung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder“ und „Durchsetzung des Programms der pädagogischen Forschung“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.)

¹⁹⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion IV für das Jahr 1962.

¹⁹⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.

¹⁹⁸⁵ Vgl. Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen. Empfehlungen des VI. Pädagogischen Kongresses. In: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 24/1961, Beilage.

relativ unbeeinflusst. Aber durch das neue Verhältnis zu Westdeutschland – das Ende des „Wandern(s) zwischen zwei Welten“ (Grenzgänger¹⁹⁸⁷, Westeinkäufe, Westkino)¹⁹⁸⁸ – wurde nun auch der Gebrauch von westlichen Medien reglementiert.

In Anlehnung an die Maßnahmen zum „Verbot des Abhörens von Sendern der Bundesrepublik und der NATO-Staaten einschließlich der Fernsehsendungen“,¹⁹⁸⁹ erließ das Institut auf der Grundlage der entsprechenden ministeriellen Anweisung eine besondere „Ordnung über den Umgang mit westlichen Presseerzeugnissen, vertraulichen ADN-Informationsdiensten (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, N.Z.), Globus-Ausschnitten und Rundfunk-Informationsdiensten“.¹⁹⁹⁰ Danach mussten betreffende Materialien „wie vertrauliche Verschlussachen“ behandelt, aufbewahrt und gesichert sowie hierfür in der Presseabteilung ein Sperrbereich eingerichtet werden.¹⁹⁹¹

2.5.5 Personal – „Stühlerücken“ nach der Entlassungswelle von 1958

Die Reaktion der Institutsmitarbeiter auf den Mauerbau wurde im Großen und Ganzen positiv bewertet.¹⁹⁹² Lediglich „einige“ hätten „noch nicht begriffen“, dass im „gesamten Verhalten die entsprechenden Konsequenzen“ zu ziehen seien.¹⁹⁹³ Dass nur solche „Einzelentgleisungen“ in

Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 514-521. S. 515. Vgl. auch Drefenstedt: Sozialistische Unterrichtstheorie. S. 189.

¹⁹⁸⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

¹⁹⁸⁷ Anm.: Bei den ca. 60 000 „Grenzgängern“ handelte es sich um „Arbeitnehmer aus Ostberlin und dessen Umland, die in West-Berlin beschäftigt waren“. Vor dem Mauerbau am 13.8.1961 wurden sie „als angebliche Nutznießer des Währungsgefälles und der sozialistischen Errungenschaften der DDR“ heftig kritisiert. (Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Bd. 1. 2. akt. u. erw. Aufl. Paderborn, München, Wien, Zürich. Schöningh: 1997. S. 552.)

¹⁹⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

¹⁹⁸⁹ Anm.: Hierzu plante das MfV, analog zu anderen Ministerien, einen „Offenen Brief“ zu verfassen, ihn mit „Elternbeiräten, Patenbrigaden und einer Berliner Schule zu `beraten` und am 22. September 1961 in der Deutschen Lehrerzeitung zu veröffentlichen“. Auf diesem Wege sollten „Beispiele“ geschaffen werden, vor allem ein `Beschluss eines Pädagogischen Rates über das Verbot des Abhörens von Sendern der Bundesrepublik und der NATO-Staaten einschließlich der Fernsehsendungen““. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 538. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/6289, Bl. 1ff., MfV, Maßnahmen zur weiteren politischen Arbeit an den Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen, [undat., August/September 1961].) Über die Propagandamaßnahmen war zu erreichen, dass „alle Pädagogischen Räte bis Ende Oktober das Verbot des Empfangs westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen aussprechen“. (BAB, DR 2/6403, Bl. 107ff., Einschätzung des Standes der Arbeit in Berlin, 11.10.1961. In: Vgl. Ebenda.) Die Verbotsaktion wurde „hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit bezweifelt und schließlich in der ursprünglichen Form aufgegeben. Offiziell weiterhin weder verboten noch gestattet, stand der individuelle Westempfang in einer politischen Grauzone.“ (Vgl. Ebenda. Fußnote 2408. S. 539.)

¹⁹⁹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des Ministers für Volksbildung, Lemmnitz an Neuner, DPZI. 31.10.1961. Am 17.11.1961 trat die vom Institut ausgearbeitete „Ordnung“ in Kraft. (Vgl. Ebenda. – Schreiben Neuner an das MfV, Lemmnitz. 17.11.1961.)

¹⁹⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des Ministers für Volksbildung, Lemmnitz an Neuner, DPZI. 31.10.1961.

¹⁹⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

¹⁹⁹³ Vgl. Ebenda.

einer ansonsten als vorbildlich eingeschätzten „politischen Haltung und Einsatzbereitschaft“¹⁹⁹⁴ im DPZI auftraten, „verdankte“ das Institut der seit den personellen Flurbereinigungen von 1958 geschaffenen personalpolitischen Grundlagen; insbesondere den unter M. Honeckers verfolgten Ambitionen, den Anteil von SED-Mitgliedern unter den Institutsangehörigen sowie der „sozialen Herkunft“ nach Anteil und Anzahl der Arbeiter zu erhöhen¹⁹⁹⁵. In diesem Sinne wuchs die Zahl der SED-Mitglieder von Dezember 1957 bis Oktober 1961 um ca. 15 Prozent;¹⁹⁹⁶ die derjenigen Mitarbeiter, denen eine soziale Herkunft aus der Arbeiterklasse zugesprochen wurde,¹⁹⁹⁷ von 48 auf 59 Prozent.¹⁹⁹⁸ Deutlicher offenbarte sich diese Kaderpolitik bei der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dort lag im Oktober 1961 die SED-Mitgliedschaft bei 96,6 Prozent, die erwünschte „soziale Herkunft“ bei 64,5 Prozent.¹⁹⁹⁹ Unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern gab es immer noch vier ehemalige NSDAP-Mitglieder.²⁰⁰⁰ Das Vertrauen in deren politisch-ideologische Zuverlässigkeit schien jedoch durch deren nationalsozialistisch belastete Vergangenheit nicht gestört, zumal die Betroffenen ihre politisch-ideologische Zuverlässigkeit ausnahmslos mit dem Beitritt zur SED unter Beweis gestellt hatten. Das Gleiche galt auch für Wissenschaftler, die höhere Dienstgrade in der früheren Wehrmacht trugen.²⁰⁰¹ Auf der Führungsebene des DPZI waren NS-Belastete im Vergleich zu den fünfziger Jahren hingegen nicht mehr zu finden, und fast alle leitenden Angestellten des Direktorats waren selbstredend in der SED organisiert.²⁰⁰² In diesem Bereich formierten sich zwischen 1959 und 1961/62 Personalkonstellationen, die für die nächsten dreißig Jahre richtungweisend sein sollten.²⁰⁰³

Der nach Dorsts Abberufung kommissarisch eingesetzte Direktor M. Müller²⁰⁰⁴ wurde ab 15.8.1958²⁰⁰⁵ ebenfalls kommissarisch von dem Potsdamer Erziehungswissenschaftler Hans

¹⁹⁹⁴ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁹⁵ Vgl. Wiegmann: Machtverhältnisse. S. 118.

¹⁹⁹⁶ Anm.: Jeweils im Bereich „wissenschaftliche Mitarbeiter“ und „Leitende Angestellte“ (zusammengerechnet) gab es Ende 1957 ca. 70 Prozent, 1961 hingegen 84 Prozent SED-Mitglieder im DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. Kaderbestand vom 15.12.1957. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.)

¹⁹⁹⁷ Vgl. Ebenda. Die Angaben beziehen sich ebenfalls auf die Wissenschaftler und das Leitungspersonal.

¹⁹⁹⁸ Anm.: 1958 waren bereits 79,6 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter und leitenden Angestellten in der SED organisiert und die Hälfte stammte aus Arbeiterkreisen. Im Jahr darauf wurden von den 39 Neuzugängen (Wissenschaftler und Leitungspersonal) 20 mit sozialer Herkunft in der Arbeiterschaft eingestellt und nur vier der 14 Ausgeschiedenen zählten in diesen Bereich. Somit verzeichnete das DPZI einen weiteren Anstieg auf 55,6 Prozent Mitarbeiter aus Arbeiterkreisen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 18.12.1958. und Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959.)

¹⁹⁹⁹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.

²⁰⁰⁰ Vgl. Ebenda. und Vgl. auch Punkt 2.4.3.1.

²⁰⁰¹ Anm.: Drei Prozent wurden als Wehrmachtsoffiziere, sieben Prozent als Feldwebel der Wehrmacht geführt. (Vgl. Ebenda.)

²⁰⁰² Anm.: Lediglich der Verwaltungsleiter war parteilos. (Vgl. Ebenda.)

²⁰⁰³ Vgl. Geißler: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion. S. 104.

²⁰⁰⁴ Vgl. Punkt 2.4.3.1. Müller nahm die Direktionsgeschäfte nur von Juli bis Mitte August 1958 wahr. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Aktennotiz über eine Besprechung mit Genossin Klaufuß am 17.7.1958. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1862. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer an die Direktion, Manfred Müller. Betreff Schlussfolgerungen, die sich aus der Auswertung des V. Parteitages für die Arbeit der Sektion IV ergeben. 15.8.1958.)

²⁰⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1942. – Schreiben des MfV, Staatssekretär Lorenz an das DPZI. 10.9.1958. (Berger blieb bis Februar 1959 in dieser Funktion: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1937. – Berger an MfV, Abteilung Allgemeinbildung. Betreff Material zur Behandlung der Novemberrevolution in allen Unterrichtsfächern. 26.9.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Beschlussprotokoll

Berger abgelöst²⁰⁰⁶. Anschließend nahm Kaiser ab Mitte Februar 1959 die Aufgaben des Direktors wahr, auf den nach seinem Aufstieg ins Ministerium für Volksbildung²⁰⁰⁷ zuletzt Neuner folgte. Er behielt dieses Amt ab dem 1.5.1961 bis zum Jahresende 1989 inne.²⁰⁰⁸ H. Berger fungierte im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen von 1959, an seine kommissarische Direktorentätigkeit anknüpfend, bis Mai 1961 als stellvertretender Direktor des DPZI.²⁰⁰⁹ In seiner Stellvertreterfunktion war er verantwortlich für Forschung²⁰¹⁰ und die Anleitung der Sektion I²⁰¹¹. An seine Stelle als stellvertretender Direktor trat 1961 Hans-Georg Hofmann²⁰¹², der jedoch die Haushaltsfragen sowie die Unterweisung der Sektion IV und V übernehmen sollte.²⁰¹³ Im Jahr darauf schloss H.-G. Hofmann seine Promotion ab.²⁰¹⁴ Die Bereiche Forschung und Aspirantur wurden im gleichen Jahr wegen „sachlicher Vorteile“²⁰¹⁵ zusammengelegt, so dass Studiendirektor²⁰¹⁵ Günther für beide Gebiete die Verantwortung bekam.²⁰¹⁶

der Arbeitsbesprechung der Büros für Auslandpädagogik und westdeutsche Pädagogik an die Direktion, Dr. Berger. 3.12.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2129. – Schreiben des MfV/Abteilung Entwicklung und Organisation an den kommissarischen Direktor Berger. 22.1.1959.)

²⁰⁰⁶ Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 103.

²⁰⁰⁷ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 310.

²⁰⁰⁸ Vgl. Ebenda. S. 317. Vgl. auch Zur Geschichte der APW. S. 71.

²⁰⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Schreiben Kaiser, DPZI an den Minister für Volksbildung, Lemnitz. 5.3.1959. Zum 1.5.1961 wurde Berger, laut Kaiser auf eigenen Wunsch und aus gesundheitlichen Gründen, von seiner Funktion als stellvertretender Direktor entbunden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben Kaiser an Lemnitz. 15.4.1961.) Später übernahm Berger die Leitung der Abteilung Erziehungsprogramm innerhalb der Sektion I. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Beschlussprotokoll über die Sitzung der Zentralen Kaderkommission des DPZI am 14.6.1963.) Zum 31.8.1963, schied er aus dem Institut aus. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Schreiben der Kaderabteilung des DPZI an die Kaderabteilung des MfV. 25.10.1963.)

²⁰¹⁰ Anm.: Laut Festlegung von 1959 bedeutete dies die „Koordinierung der pädagogischen Forschung in der DDR“, während die „Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit im Institut“ und im Wissenschaftlichen Rat dem wissenschaftlichen Sekretär oblag. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].)

²⁰¹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan der Institutsleitung zur Anleitung der Schwerpunktaufgaben des Instituts im 2. Quartal 1960.

²⁰¹² Anm.: Hofmann (Jg. 1929) kam zum 1.9.1955 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ans DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) 1956-58 bekleidete er das Amt des wissenschaftlichen Sekretärs, übernahm 1958 die kommissarische Leitung des Büros für Westdeutsche und Auslandspädagogik, 1959 der Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands, Parteisekretär. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Beschlussprotokoll des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. 3.12.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Brief des kommissarischen Leiters der Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands, H.G. Hofmann, an den Prof. Dr. Kaiser. 3.7.1959. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Abteilung westdeutsche und Auslandspädagogik an die Direktion: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 3.3.1959.)

²⁰¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben von Kaiser an das MfV/Staatssekretär Lorenz. 21.3.1961. (Sektion IV war zu diesem Zeitpunkt die Sektion für Auslandspädagogik und Pädagogik Westdeutschlands, Dokumentation. Sektion V die für Sorbische Schulen.)

²⁰¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Hofmann: Arbeitsplan I. Quartal 1962. Die Promotion sollte bis März 1962 erfolgen.

²⁰¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan der Institutsleitung zur Anleitung der Schwerpunktaufgaben des Instituts im 2. Quartal 1960.

Auf der fieberhaften Suche nach einem zweiten stellvertretenden Direktor zog Direktor Kaiser im März 1961 Neuner in Betracht.²⁰¹⁷ In diesem Fall hätte Neuner neben seiner weiteren Tätigkeit als Chefredakteur der „Pädagogik“ die Sektion II (Unterrichtsmethodik und Lehrpläne) angeleitet. Da Neuners zukünftige Verwendung aber noch unklar schien, schlug Kaiser alternativ vor, einen stellvertretenden Direktor für die Instruktion des gesamten fachmethodischen Bereichs *außerhalb* des Instituts zu suchen. Namentlich erwähnte Kaiser in diesem Zusammenhang Heinz Frankiewicz²⁰¹⁸. Nachdem 1959 der Gründungsdirektor des DPZI Siebert kurzzeitig als stellvertretender Direktor im Institut fungierte²⁰¹⁹, kam Ende des Jahres der Vorschlag auf, Edgar Drefenstedt²⁰²⁰ mit dieser Aufgabe zu betrauen, sofern er bis dahin seine Promotion abschließen würde.²⁰²¹ 1960 blieb diese Position dennoch vakant.²⁰²² Erst im September 1961 ging das Amt des stellvertretenden Direktors mit der Verantwortung für die Sektionen II und III bis zum Frühjahr 1963²⁰²³ an den kurz zuvor promovierten Lothar Oppermann²⁰²⁴ vom Institut für Pädagogik in Leipzig.

Da die Aufgaben im Bereich Forschung, die vorher der wissenschaftliche Sekretär wahrgenommen hatte, mit denen der Aspirantur zusammengelegt und dem stellvertretenden Direktor Günther übertragen wurden, beschränkte sich die Arbeit des wissenschaftlichen Sekretärs in der Direktion fortan auf die Forschungs koordinierung *im* DPZI.²⁰²⁵ Unter alter und

²⁰¹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben von Kaiser an das MfV/Staatssekretär Lorenz. 21.3.1961. Später sollte Günthers Funktion zu einer Stelle des stellvertretenden Direktors ausgebaut werden.

²⁰¹⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

²⁰¹⁸ Anm.: Frankiewicz war zu diesem Zeitpunkt im Verlag Volk und Wissen tätig. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des MfV an Direktor Neuner. Betreff Ernennungen. 24.7.1961.)

²⁰¹⁹ Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 321. Nach den Personalsäuberungen Anfang der 1950er Jahre amtierte er als Direktor des Pädagogischen Instituts Dresden.

²⁰²⁰ Anm.: Edgar Drefenstedt (Jg. 1921) arbeitete nach seiner Neulehrerausbildung 1945/46 als Landeschullehrer, Schulleiter und Kreisschulrat; 1951 als Mitarbeiter für Landschulen in der Zweigstelle Halle des DPZI; 1953 als Lektor im Verlag Volk und Wissen, ein Jahr später als Chefredakteur der „Pädagogik“. 1956 trat er in die Aspirantur des DPZI ein. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 305/306.)

²⁰²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959].

²⁰²² Anm.: Die Anleitung der fachmethodischen Sektionen (II – Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, III – Lehrerbildung und V – Sorbische Schulen), die im Aufgabenbereich des stellvertretenden Direktors lagen übernahm 1960 Direktor Kaiser selbst. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan der Institutsleitung im 2. Quartal 1960. Zu den „Fehlstellen“ im Jahre 1960: siehe auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des DPZI, Kaderleiter an das MfV, Sektor Kader. 21.6.1961.)

²⁰²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des DPZI, Kaderleiter an das MfV, Sektor Kader. 21.6.1961. Vgl. auch: Ebenda. – Kadersituation. 20.10.1961. Im Mai 1963 erfolgte im Zuge größerer Umstrukturierungen eine Neuorganisation in der Direktion des DPZI hinsichtlich der verschiedenen Verantwortungsbereiche. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963.)

²⁰²⁴ Anm.: Lothar Oppermann (Jg. 1930) studierte Mathematik und Physik, absolvierte 1956 sein Staatsexamen, war Oberschullehrer, danach Assistent und Lehrbeauftragter an der Karl-Marx-Universität Leipzig und promovierte 1961. 1963 wechselte er als Leiter der Abteilung Volksbildung ins ZK der SED – bis 1989. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 317.)

²⁰²⁵ Anm.: Darüber hinaus hatte der Wissenschaftliche Sekretär im Wissenschaftlichen Rat die Kolloquien und Konferenzen vorzubereiten sowie „die Fragen der Publikation der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts“ zu bearbeiten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].) Das Statut von 1954 legte hingegen fest, dass der Wissenschaftliche Sekretär sowohl die „wissenschaftliche

neuer Aufgabenstellung übernahm nach Hofmann Helmut Brauer²⁰²⁶ 1958/59 das Amt des wissenschaftlichen Sekretärs.

Ihm folgten 1959/60 Kath²⁰²⁷ und bis September 1961²⁰²⁸ Inge Mendyk²⁰²⁹, die zu diesem Zeitpunkt in die Aspirantur eintrat. Daraufhin ernannte Neuner in Abstimmung mit dem Ministerium für Volksbildung Heinz Lindner²⁰³⁰, direkt aus der Aspirantur kommend, zum wissenschaftlichen Sekretär²⁰³¹ – eine Funktion, die er mindestens acht Jahre ausübte²⁰³². Seine Promotion sollte im Frühjahr 1962 erfolgen.²⁰³³

Arbeit der Sektionen des Instituts und der Büros für zentrale Aufgaben“ koordiniert, als auch „zum Zwecke der Planung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit“ „Verbindung mit anderen pädagogischen Institutionen“ hält. (Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 536.)

²⁰²⁶ Anm.: Brauer (Jg. 1918) kam zum 1.1.1956 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Sektion I (Theorie) ans DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.) Ab Juli 1958 war er als Wissenschaftlicher Sekretär tätig, Mitglied der Parteileitung des DPZI, übernahm zum 1.5.1961 als Dr. Helmut Brauer die Sektionsleitung für die Sektion IV (Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Direktion, Wissenschaftlicher Sekretär Brauer: Aktennotiz über eine Besprechung mit den Genossen Manfred Müller, Liebau und Brauer am 4.7.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Wissenschaftlicher Sekretär, Brauer: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 3.3.1959. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben von Kaiser an den Minister für Volksbildung. 3.5.1961.)

²⁰²⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Auszüge aus den Arbeitsplänen der wissenschaftlichen Sektionen des DPZI 1959/60.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Wissenschaftlichen Sekretärs, Kath an den Stellvertreter des Ministers, Honecker. 4.2.1960.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2459. – Schreiben des Wissenschaftlichen Sekretärs, Kath an den Wissenschaftlichen Rat des MfV. 13.10.1960. Zu Kath siehe auch Punkt 2.4.3.1.

²⁰²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Wissenschaftlicher Sekretär, Mendyk: Hausmitteilung. 13.1.1961. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Liste der zu besetzenden Planstellen. 15.9.1961.

²⁰²⁹ Anm.: Frau Mendyk, „stellvertretender Parteisekretär“ (1959) arbeitete von 1957 bis 1960 zunächst im Bereich der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer, auf dem Gebiet der Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern, der staatsbürgerlichen Erziehung und Geschichte sowie in der theoretischen Sektion (I). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Arbeiten im Auftrag des MfV. Ohne Datum [1957].; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1954. – Mendyk: Entwurf eines Arbeitsprogramms der Abteilung Entwicklung und Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. 20.10.1958.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Schreiben Mendyk an die Direktion. Betreff Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 5.3.1959.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Arbeitsplan des DPZI für 1959. Sektion I.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Aktennotiz über die Konferenz der Autoren des Handbuches für den Schuldirektor am 24.6.1960.)

²⁰³⁰ Anm.: Heinz Lindner: 1957 Mitarbeiter der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer, 1959 kommissarischer stellvertretender Sektionsleiter der Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer, Mitglied der Parteileitung der Betriebsparteiorganisation des DPZI und der Betriebsgewerkschaftsleitung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. Arbeiten im Auftrag des MfV. Ohne Datum [1957].; Vgl. Ebenda. – Plan für die pädagogische Propaganda im Jahre 1957.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion Unterrichtsfächer und Methodik der Fächer. H. Lindner: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 2.3.1959.)

²⁰³¹ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des DPZI, Kaderleiter an das MfV, Sektor Kader. 21.6.1961. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des MfV an Direktor Neuner. Betreff Ernennungen. 24.7.1961.

²⁰³² BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Rundschreiben des Wissenschaftlichen Sekretärs, Dr. H. Lindner. 17.8.1962.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des Verwaltungsdirektors und des Wissenschaftlichen Sekretärs, Dr. H. Lindner an das MfV. 16.7.1963.; Vgl. Ebenda. – Wissenschaftlicher Sekretär, Dr. H. Lindner: Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Wissenschaftlicher Sekretär, Dr. H. Lindner: Einladung zur

Das „Stühlerücken“ setzte sich auf Sektionsleiterebene fort. Von Kath übernahm W. Lindner 1959 die kommissarische Leitung der Sektion I (Theorie und Methodik), die er von 1960 bis 1962 als offizieller Sektionsleiter instruierte.²⁰³⁴ In der methodischen Sektion löste E. Drefenstedt 1961 W. Gehrisch ab, der in die Koordinierungsstelle für Forschung wechselte.²⁰³⁵ Drefenstedt promovierte noch im gleichen Jahr²⁰³⁶ und übte das Amt des Sektionsleiters im DPZI bis zur APW-Gründung aus.²⁰³⁷ Die Sektion Lehrerbildung bzw. deren Aufbau übernahm Kath – im Vorjahr noch als wissenschaftlicher Sekretär tätig – 1961²⁰³⁸ von Siebert²⁰³⁹.

Direktionsberatung. 1.6.1965.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Wissenschaftlicher Sekretär, Dr. H. Lindner: Protokoll der Direktionsberatung am 6.6.1966.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Wissenschaftlicher Sekretär: Einladung zum Kolloquium. 7.2.1967.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.; Vgl. Ebenda. – Stellenplanüberwachungsliste 1969. Ohne Datum [Sommer 1969].

²⁰³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Lindner: Arbeitsplan für das 1. Quartal 1962. Danach war die Abgabe der Dissertation für Ende Februar 1962 geplant.

²⁰³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion I. Schreiben des Kommissarischen Sektionsleiters Dr. W. Lindner an die Direktion. 30.9.1959.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Schreiben des stellvertretenden Direktors an das Präsidium der APW der RSFSR, Prof. Leontjew. 27.7.1960.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Jahresarbeitsplan 1962.; Zu *Werner Lindner* siehe auch Punkt 2.4.3.1.

²⁰³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, Sektionsleiter, Drefenstedt an die Direktion. 16.3.1961.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2459. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, stellvertretender Sektionsleiter Gehrisch. 13.6.1960.; Im Stellenplan von 1960 war kein Sektionsleiter für die methodische Sektion vorgesehen, lediglich ein stellvertretender Sektionsleiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – DPZI, Stellenplan 1960. 14.1.1960. *Koordinierungsstelle*: Vgl. Ebenda. – Kadersituation. 20.10.1961.) Zu Gehrisch siehe auch Punkt 2.4.3.5.

²⁰³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Hausmitteilung der Direktion an alle Sektionsleiter, u.a. Drefenstedt. 22.7.1961. und Ebenda. – Hausmitteilung der Direktion, u.a. an Dr. Drefenstedt. 24.11.1961.

²⁰³⁷ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion II (Unterrichtsmittel und Lehrpläne) für 1961/62.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik, Lehrpläne und Unterrichtsmittel, Sektionsleiter, Drefenstedt. 7.12.1963.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Direktionsberatung am 30.5.1964.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Rundschreiben der Sektion Allgemeinbildung, Leiter der Sektion, Drefenstedt. 14.5.1965.; Vgl. Ebenda. – Schreiben an Leiter der Sektion II, Drefenstedt. 23.9.1966.; Vgl. Ebenda. – Schreiben der Abteilung Theorie des Unterrichts an den Leiter der Sektion II, Drefenstedt. 17.11.1967.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.; Vgl. Ebenda. – Stellenplanüberwachungsliste 1969. Ohne Datum [Sommer 1969].

²⁰³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Hausmitteilung der Direktion an alle Sektionsleiter, u.a. Kath. 22.7.1961.

²⁰³⁹ Anm.: Siebert kam 1959 zurück ans DPZI, um die Sektion Lehrerbildung neu aufzubauen und gleichzeitig als stellvertretender Direktor tätig zu werden. Im Stellenplan für 1960 war er noch für die Funktion des Sektionsleiters des Bereichs Lehrerbildung vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959]. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960.) Von 1960–65 erhielt Siebert einen Lehrauftrag für Berufspädagogik an der TU Dresden. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 321.) Damit blieb die geplante Sektion Lehrerbildung ohne Sektionsleiter und klares Arbeitsprogramm im Aufbau bestehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Auszüge aus den Arbeitsplänen der wissenschaftlichen Sektionen des DPZI 1959/60. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.) Zu Siebert siehe auch Punkt 2.1.

Mit Hofmanns Berufung zum stellvertretenden Direktor übernahm dessen ehemaliger und unlängst promovierter stellvertretender Sektionsleiter²⁰⁴⁰ H. Brauer ab Mai 1961 die Leitung der Sektion für Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands (IV) – im „Einverständnis mit der Parteileitung des Instituts“, ²⁰⁴¹ der beide angehörten²⁰⁴². Damit folgte Brauer Hofmann in seiner Funktion nach 1958 nun ein zweites Mal.

Nachdem die Bildung einer Sektion Polytechnik 1959 gescheitert war, startete das DPZI im Herbst 1961 einen neuen Versuch. Damit kam auch die Frage nach einem entsprechenden Sektionsleiter auf²⁰⁴³ und H. Frankiewicz vom Verlag Volk und Wissen in diesem Zusammenhang wieder ins Gespräch²⁰⁴⁴. Mit Gründung der polytechnischen Sektion übernahm er diese Führungsposition²⁰⁴⁵ bis zur Konstituierung der APW²⁰⁴⁶. Die sorbische Sektion arbeitete bis 1963 kontinuierlich unter ihrem Sektionschef J. Sauer.²⁰⁴⁷

Unter den leitenden Angestellten und den Wissenschaftlern gab es 1959/60 hinsichtlich des Personalkontingents keine Veränderungen.²⁰⁴⁸ Allerdings verbesserte sich nach den Personalschwankungen von 1959²⁰⁴⁹ im Jahr darauf die Besetzung von freien Stellen, so dass nur noch 15 Posten im wissenschaftlichen und Leitungsbereich besetzt werden mussten²⁰⁵⁰. 1961 erfolgte eine personelle Erweiterung, bei der nahezu alle vorhandenen Arbeitsplätze auch

²⁰⁴⁰ Anm.: Als Stellvertreter Hofmanns war Brauer noch nicht promoviert, erst bei Übernahme des Sektionsleiterpostens. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959].)

²⁰⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben von Kaiser an den Minister für Volksbildung. 3.5.1961.

²⁰⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Abteilung westdeutsche und Auslandspädagogik an die Direktion: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 3.3.1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Wissenschaftlicher Sekretär, Brauer: Nebenberufliche und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie gesellschaftliche Funktionen. 3.3.1959.

²⁰⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Direktion: Vorschlag für die Tagesordnung des Gesprächs mit dem Stellvertreter des Ministers am 6.7.1961.

²⁰⁴⁴ Vgl. Ebenda. – Schreiben Neuner an Honecker. 10.7.1961.; Vgl. auch: Ebenda. – Schreiben des MfV an Direktor Neuner. Betreff Ernennungen. 24.7.1961.

²⁰⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation. 20.10.1961.

²⁰⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁰⁴⁷ Anm.: Sauer (Jg. 1918), 1945/46 Kreisschulrat Kamenz, Lehrer, 1951 Dozent am Institut für Lehrerbildung in Radibor, kam mit Gründung der Abteilung für Sorbische Schulen im Sommer 1952 als stellvertretender Abteilungsleiter ans DPZI und leitete ab 1954 die Abteilung bzw. Sektion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Kommission zur Beratung der künftigen Aufgaben und Struktur des DPZI. Protokoll der Sitzung am 13.5.1958. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Schreiben von Sektionsleiter Sauer an die Direktion. 8.1.1959. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Hausmitteilung der Direktion an alle Sektionsleiter. 22.7.1961. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Schreiben der Direktion. 1.6.1962.)

²⁰⁴⁸ Anm.: 1959 waren insgesamt 95 Personen in den Bereichen „Leitende Angestellte“ und „Wissenschaftliche Mitarbeiter“ vorgesehen, davon 79 besetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959.) Auch im Stellenplan von 1960 waren 95 wissenschaftliche Mitarbeiter und Leitende Angestellte vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960.)

²⁰⁴⁹ Anm.: Zwölf wissenschaftliche Mitarbeiter und zwei leitende Angestellte schieden aus, 33 wissenschaftliche Mitarbeiter und sechs leitende Angestellte traten ins DPZI ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3014. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Kaderstatistik. 15.12.1959.)

²⁰⁵⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Gegenüberstellung des bestätigten Stellenplans und der Ist-Besetzung. 31.12.1960.

vergeben werden konnten.²⁰⁵¹ Bis zum Sommer 1962 bewahrte das DPZI weitgehend die erreichte zahlenmäßige Stabilität unter den Mitarbeitern.²⁰⁵² Seit Juni 1961 trieb das Institut den Ausbau seiner Belegschaft weiter voran.²⁰⁵³ Der Kaderleiter des DPZI forderte weitere Mitarbeiter für die theoretische (zwei), methodische (zehn), sorbische (einen), die Lehrerbildungssektion (drei) sowie die Sektion für Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands (zwei) an.²⁰⁵⁴ Dafür gingen zum 1.9.1961 drei DPZI-Angehörige „zurück in den Schuldienst“, einer in den Ruhestand²⁰⁵⁵ und eine Mitarbeiterin trat in die Aspirantur ein.²⁰⁵⁶ Letztendlich sprach Neuner nach dem Mauerbau von 16 neuen Kollegen.²⁰⁵⁷ Damit sich die Suche nach neuen qualifizierten Mitarbeitern zukünftig leichter gestaltete, hatten gemäß einer Richtlinie des MfV vom 27.11.1961 die Leiter der einzelnen Bereiche eine Kaderreserve aufzubauen, die im Sommer 1962 ein Drittel der Mitarbeiterzahl des wissenschaftlichen Gebietes betragen sollte.²⁰⁵⁸ Im Frühjahr 1962 lag diese Zahl noch bei einem Zehntel.²⁰⁵⁹ Über die kaderpolitischen Bestimmungen vom 8.9.1961 zur „systematischen klassenmäßigen Stärkung und Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ hinaus mussten mit dem Ministerratsbeschluss von April 1962 mindestens 25 Prozent Frauen in die Kaderreserve aufgenommen werden.²⁰⁶⁰ Der Anteil von weiblichen Aspiranten am Institut stieg dadurch von 19 Prozent (1961) in den Vorschlägen für 1962 auf 31 Prozent.²⁰⁶¹ Dennoch legte das DPZI, eigenen Angaben nach, auch 1969 noch eine magere Bilanz bezüglich der Frauenförderung vor und räumte zudem in dieser Frage „ideologische Schranken“ ein.²⁰⁶² Seit 1961 sei keine einzige Frau mehr für eine leitende Position entwickelt worden.²⁰⁶³ Lediglich zwei Frauen übten

²⁰⁵¹ Anm.: Von den 102 geplanten Stellen wurden bis Oktober 1961 100 besetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1961. und Vgl. Ebenda. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.)

²⁰⁵² Anm.: Der Stellenplan von 1962 sah im ersten Halbjahr (bis zur strukturellen Zusammenlegung von DPZI, Zentralinstitut für Lehrmittel und Institut für Berufsausbildung; Vgl. Punkt 2.6.) 100 Mitarbeiter vor. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Zusammenstellung der Arbeitskräfte nach altem und neuem Plan 1962.)

²⁰⁵³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des DPZI, Kaderleiter an das MfV, Sektor Kader. 21.6.1961.

²⁰⁵⁴ Anm.: Für die theoretische Sektion bemühte sich der Kaderleiter um Mitarbeiter für Psychologie und Erziehung in der Schule, für die methodische um einen stellvertretenden Sektionsleiter sowie um Wissenschaftler für Elektrotechnik (zwei), Maschinenbau, Chemie, Deutsch, Russisch, Körpererziehung, Zeichnen und Musik; für die Sektion Lehrerbildung: Mitarbeiter für Chemie, Polytechnik und Unterstufe/Rechnen; für die Sektion Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands jeweils einen für den Bereich Ausland und Westdeutschland; für die sorbische Sektion eine wissenschaftliche Assistentin für Vorschulerziehung. (Vgl. Ebenda.)

²⁰⁵⁵ Anm.: Er arbeitete jedoch weiterhin auf Abordnungsbasis, ab Dezember 1961 auf Honorarbasis, im DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben an den Direktor. 17.11.1961.)

²⁰⁵⁶ Anm.: Einer der Entlassenen schied aus der sorbischen, drei aus der methodischen Sektion, eine aus der Direktion aus. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Liste der zu besetzenden Planstellen. 15.9.1961.)

²⁰⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

²⁰⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorläufige Richtlinien zur Durchsetzung der sozialistischen Kaderpolitik im Vereinigten DPZI. Ohne Datum [Sommer 1962].

²⁰⁵⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Hausanweisung Nr. 137. Betreff Kaderreserve. 13.3.1962.

²⁰⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorläufige Richtlinien zur Durchsetzung der sozialistischen Kaderpolitik im Vereinigten DPZI. Ohne Datum [Sommer 1962].

²⁰⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation. 20.10.1961. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3009. – Aufnahme in die Aspirantur beim DPZI. 11.5.1962.

²⁰⁶² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf Rechenschaftsbericht der Zentralen Parteileitung zur Delegiertenkonferenz am 15.4.1969.

²⁰⁶³ Vgl. Ebenda.

Leitungsfunktionen aus – in den beiden kleinsten Abteilungen des Instituts.²⁰⁶⁴ Die Quotenregelung für Frauen in der Kaderreserve bewirkte dennoch einen Anstieg des Frauenanteils unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern von 15 Prozent (1961)²⁰⁶⁵ auf zumindest 26 Prozent (1969)²⁰⁶⁶. Damit näherte sich der prozentuale Anteil von Wissenschaftlerinnen wieder an den Bestand der Jahre 1954-57 an, wie er sich bis zum Zeitpunkt des Personalaustausches von 1958 herausgebildet hatte.

Eine Kaderreserve schien neben der Frauenförderung aber vor allem die Möglichkeit zu bieten, einem eventuell eintretenden Personalangel vorzubeugen. Entsprechende Erfahrungen hatte das Institut vor allem in der Zeit seiner Gründung machen müssen.²⁰⁶⁷

Das Problem, Stellen nicht besetzen zu können, war auch 1959-1961 akut. Nach wie vor wurden die Mitarbeiter des DPZI verhältnismäßig schlechter bezahlt, wodurch sowohl Hochschullehrer als auch Schulpraktiker schwer für die Arbeit am Institut zu gewinnen waren.²⁰⁶⁸ So gelang es dem DPZI beispielsweise nicht, einen qualifizierten Psychologen an das Institut zu binden, weil er sich für eine besser bezahlte Stelle an der Humboldt-Universität entschied.²⁰⁶⁹

Aber nicht nur die Honorierung der Leistung, auch die unzureichende personelle Ausstattung des Instituts sorgte für Kritik. Stellenplan und Mitarbeiterzahl würden immer noch nicht den gestellten Aufgaben entsprechen und dadurch selbst das Internationale Polytechnische Seminar in der angestrebten Qualität gefährden.²⁰⁷⁰ Hinzu kamen die im Abhängigkeitsverhältnis zum MfV angelegten Streitigkeiten besonders bezüglich der ministeriellen Verfügungsgewalt über Mitarbeiter des DPZI, die auch nach dem Mauerbau fortbestanden. Empört wandte sich Direktor Kaiser schon zu Beginn seiner Amtszeit an das Ministerium, weil es ihm ohne sein Wissen sowie ohne die übrige Leitung des DPZI oder Parteileitung zu informieren, geschweige denn zu konsultieren, Führungspersonal für die Stelle des Staatssekretärs abwerben wollte.²⁰⁷¹ Mit dem Verweis auf die „keineswegs große Zahl qualifizierter Mitarbeiter des Instituts“ wies er das ministerielle Ansinnen vehement ab.²⁰⁷² Er pochte auf die zugesagte Hilfe bei seinem Amtsantritt und nannte die „Entwicklung des Instituts“ unter diesen Umständen eine „Sisyphusarbeit“.²⁰⁷³

Wenig später beanspruchte das Ministerium einen Wissenschaftler des DPZI für eine „nicht näher begrenzte Zeit“, der unlängst bereits intensiv im Ministerium mitgearbeitet hatte.²⁰⁷⁴ Nun verlangte Kaiser eine grundsätzliche Klärung der „Frage zusätzlicher Arbeiten für Mitarbeiter des Instituts“, da er die Erfüllung des DPZI-Arbeitsplans ernsthaft bedroht sah.²⁰⁷⁵ Auch nach dem Mauerbau ging das Tauziehen um das knappe Fachpersonal weiter. So beklagte die Sektion

²⁰⁶⁴ Vgl. Ebenda.

²⁰⁶⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadernsituation. 20.10.1961.

²⁰⁶⁶ Anm.: Im Rechenschaftsbericht von 1969 ist die Rede von 59 im wissenschaftlichen Bereich tätigen Frauen (elf davon promoviert, weitere elf mit Hochschulabschluss). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf Rechenschaftsbericht der Zentralen Parteileitung zur Delegiertenkonferenz am 15.4.1969.) Laut Stellenplan von 1969 gab es zu diesem Zeitpunkt 225 wissenschaftliche Mitarbeiter und Leiter (Hochschultarif und Lehrertarif). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.)

²⁰⁶⁷ Anm.: Zu den Personellen Problemen der Anfangsjahre: siehe vor allem Punkt 2.2.1.4.

²⁰⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959]. Siehe auch Punkt 2.4.3.5.

²⁰⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3006. – Schreiben des Kaderleiters vom 19.7.1961.

²⁰⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vorlage zur Bildung der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung im DPZI. Struktur- und Stellenplan. Ohne Datum [Ende 1961].

²⁰⁷¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Schreiben von Kaiser an MfV. 9.4.1959.

²⁰⁷² Vgl. Ebenda.

²⁰⁷³ Vgl. Ebenda.

²⁰⁷⁴ Vgl. Ebenda. – Schreiben von Kaiser an MfV. 15.6.1959.

²⁰⁷⁵ Vgl. Ebenda.

Unterrichtsmethodik und Lehrpläne, dass eine Kollegin über die ursprüngliche Vereinbarung einer halbwöchentlichen Brigadetätigkeit für das MfV von zwei Monaten hinaus nun vier Tage in der Woche an einem neuen Einsatz teilnehmen sollte.²⁰⁷⁶ Selbst, wenn sich dieser neue Auftrag nicht abwenden ließ, beabsichtigte der Sektionsleiter, die Beschränkung der wöchentlichen Inanspruchnahme auf zwei Tage für die Mitarbeiterin zu sichern.²⁰⁷⁷

2.5.6 Strukturelles Tauziehen

Eine „Sisyphusarbeit“²⁰⁷⁸ schien der Neuaufbau des Instituts nach den Umwälzungen von 1958/59 in der Tat zu sein. Denn kaum war das DPZI im April 1959 umstrukturiert und der Arbeitsplan danach ausgerichtet worden²⁰⁷⁹, bröckelte es auch schon wieder im Sektionsgefüge²⁰⁸⁰. Seit 1959 hatte die Pädagogische Psychologie im DPZI sukzessiv einen Prestigeverlust hinnehmen müssen, der auch strukturelle Konsequenzen nach sich zog. Zunächst wurde die Sektion auf Abteilungsebene zurückgestuft.²⁰⁸¹ Überdies wurde schließlich die Erziehungsberatungsstelle in Jena, die seit Mitte der 1950er Jahre zum Institut gehörte²⁰⁸², dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen zugeordnet²⁰⁸³. Schon bald aber deutete sich ein Richtungswechsel an. Bereits 1960 setzten die ersten Bemühungen ein, das DPZI auch zur forschungsleitenden Einrichtung für die pädagogische Psychologie zu erheben.²⁰⁸⁴ Und im Jahr darauf – im Zusammenhang mit dem VI. Pädagogischen Kongress vom Juni 1961 – gewann die pädagogisch-psychologische Wissenschaft im Volksbildungswesen und damit auch im Institut wieder an Bedeutung. In der Folge dieser Renaissance, an der auch der Mauerbau nichts änderte, erhielt das Fachgebiet am Institut ab 1.1.1962 den Rang einer „Selbständigen Abteilung“.²⁰⁸⁵ Ähnlich verhielt es sich mit dem Komplex Polytechnik, der zwar 1959 enthusiastisch erweitert worden war²⁰⁸⁶, im Jahr darauf aber wieder auf Abteilungsebene beschränkt werden musste²⁰⁸⁷.

²⁰⁷⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Schreiben der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne bezüglich der erweiterten Direktionsberatung vom 23.10.1961.

²⁰⁷⁷ Anm.: Auf den sofortigen Einspruch der Betroffenen hin, hatte der Verantwortliche im Ministerium die wöchentliche Einsatzzeit bereits auf zwei Tage reduziert. Der Sektionsleiter klärte nun lediglich ab, dass im „Höchstfalle“ zwei Tage vorgesehen werden dürften. (Vgl. Ebenda.)

²⁰⁷⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Schreiben von Kaiser an MfV. 9.4.1959.

²⁰⁷⁹ Vgl. Ebenda. – Schreiben von Kaiser an das MfV. 17.3.1959. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959].

²⁰⁸⁰ Siehe auch Punkt 2.4.3.5.

²⁰⁸¹ Vgl. Punkt 2.4.3.5.

²⁰⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Kaderleiters an das ZK der SED/Abteilung Allgemeinbildende Schulen. 21.12.1956. Siehe auch Punkt 2.3.2.2.2 und 2.3.2.3.

²⁰⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Wissenschaftlichen Sekretärs des DPZI an das MfV/Stellvertretender Minister, Honecker. 4.2.1960.

²⁰⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2487. – Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie. Entwicklungsverlauf, Stand, Perspektiven und Aufgaben. Ohne Datum [1960]. Siehe auch Punkt 2.5.4.

²⁰⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben des Direktors Neuner an Honecker. Betreff: Vorlage zur Gründung einer Abteilung Pädagogische Psychologie am DPZI. 2.11.1961. und Vgl. Ebenda. – Direktion: Vorschlag für die Tagesordnung des Gesprächs mit dem Stellvertreter des Ministers am 6.7.1961.

²⁰⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959]. Siehe auch Punkt 2.4.3.5.

²⁰⁸⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960]. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – DPZI, Stellenplan 1960. 14.1.1960.

Personell unterbesetzt²⁰⁸⁸ sann das DPZI zunächst auf eine teilweise Auslagerung, zumindest der beruflichen Grundausbildung, an das Deutsche Institut für Berufsausbildung (DifB).²⁰⁸⁹ Geplant war, den entsprechenden Arbeitskreis des Instituts an das DifB zu übergeben. Der Arbeitskreis „Entwicklungstendenzen in der Produktion“ wiederum sollte in eine Arbeitsgemeinschaft aus Mitarbeitern beider Institutionen integriert werden.²⁰⁹⁰ Wenig später nutzte die Abteilung jedoch ebenfalls den VI. Pädagogischen Kongress und das für 1962 geplante Internationale Polytechnische Seminar,²⁰⁹¹ um der Polytechnik doch noch zum Status einer Sektion zu verhelfen²⁰⁹². Nach dem Mauerbau bekräftigte das DPZI dieses Vorhaben²⁰⁹³ und setzte es zum November 1961 schließlich um²⁰⁹⁴.

Die Aufgaben der Lehrerbildung (bzw. des Fernstudiums) hatten bereits mehrfach die Wege des DPZI gekreuzt. Zuvor als Arbeitskreis wirksam, gingen strukturelle Überlegungen Ende 1959 in Richtung der Gründung einer Sektion V für Lehrerbildung²⁰⁹⁵. Im Jahr darauf sollte die Lehrerbildung als Sektion III aufgebaut werden²⁰⁹⁶, und zwar mit den Bereichen Lehreraus- und Lehrerweiterbildung²⁰⁹⁷. Bis 1961 differenzierte sich diese Einteilung in die Fachgebiete Lehrerweiterbildung, Aus- und Weiterbildung der Kindergärtnerinnen, Ausbildung der Unterstufenlehrer und die der Oberstufenlehrer weiter aus.²⁰⁹⁸ Mit der geplanten Gründung der polytechnischen Sektion bekam die Lehrerbildung im Herbst 1961 den VI. Platz unter den Sektionen.²⁰⁹⁹

Die personelle Unterbesetzung führte im Frühjahr 1961 auch in der Lehrerbildungssektion zu Arbeitsverzug und infolgedessen zu einem Beratungsbedarf hinsichtlich des Profils der Sektion.²¹⁰⁰

Das Kernproblem sah die Sektion in den chaotischen Zuständen, die allgemein in der Lehrerbildung der DDR bestünden. Die für die Lehrerbildung hauptverantwortlichen Pädagogischen Institute und die Abteilung Fernstudium der Pädagogischen Hochschule waren nach Auffassung verantwortlicher Mitarbeiter der Sektion auch in absehbarer Zeit überlastet.

²⁰⁸⁸ Anm.: Dies hätte zur Folge, dass „bestimmte Bereiche der Grundlehrgänge, für die kein Fachvertreter vorhanden ist, inhaltlich und methodisch vom Institut nicht bearbeitet“ werden könnten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Analyse der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts zur Vorbereitung eines Politbürobeschlusses über die pädagogische Arbeit in den Schulen der DDR. Ohne Datum [März 1960].)

²⁰⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2734. – Direktion des DPZI. Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Direktor des DifB am 7.2.1961.

²⁰⁹⁰ Vgl. Ebenda.

²⁰⁹¹ Siehe Punkt 2.5.4.

²⁰⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Direktion: Vorschlag für die Tagesordnung des Gesprächs mit dem Stellvertreter des Ministers am 6.7.1961.

²⁰⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

²⁰⁹⁴ Anm.: Die Gründung der Sektion war für 1.11.1961 vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vorlage zur Bildung der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung im DPZI. Aufgaben, Arbeitsweise, Inhalt. Ohne Datum [Ende 1961].)

²⁰⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959].

²⁰⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

²⁰⁹⁷ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – DPZI, Stellenplan 1960. 14.1.1960.

²⁰⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1961.

²⁰⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadernsituation nach dem Stand vom 20.10.1961.

²¹⁰⁰ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Sektion Lehrerbildung. Probleme der Aus- und Weiterbildung der Lehrer und Überlegungen zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten und Mängel. 15.4.1961.

Zudem machten sich strukturell unausgeglichene Arbeitsbeziehungen des Instituts auch in dieser Sektion bemerkbar. Verschiedene Abteilungen des MfV, alle Sektionen des DPZI, der Verlag Volk und Wissen und das Deutsche Zentralinstitut für Lehrmittel (DZL) waren „in irgendeiner Form“ an Aufgaben der Weiterbildung von Lehrern und Erziehern beteiligt, ohne die Zuständigkeiten definitiv geregelt zu haben. Folglich mangelte es an zentraler staatlich-wissenschaftlicher Leitung und Koordinierung sowie „Einheitlichkeit in der Durchführung grundsätzlicher Fragen“. In dieser Situation machte sich eine verbindliche Klärung der Verantwortungsbereiche der einzelnen Institutionen dringend erforderlich. Als Lösung schlug die Lehrerbildungssektion des DPZI vor, selbst zunächst koordinierende Aufgaben zu übernehmen. Das Institut im Ganzen müsse sich zukünftig jedoch den entsprechenden inhaltlichen und methodischen Gegenständen zuwenden, die aktuell noch von Fachkommissionen bearbeitet würden.²¹⁰¹

Auch unter dem 1961 neu gebildeten Direktorat liefen die Klärungsprozesse weiter. Streng vertraulich²¹⁰² beratschlagten Neuner und Kath noch Ende September 1961 die geplanten Veränderungen in der Sektion III mit dem Ministerium für Volksbildung.²¹⁰³ Laut Kath sah der Plan des MfV unter anderem vor, die Aufgaben der Lehrerausbildung an die Ausbildungseinrichtungen zu verlagern sowie die demgemäße Anleitung und Kontrolle samt fünf ausgesuchter Mitarbeiter des DPZI dem Ministerium anzuschließen.²¹⁰⁴ Die Lehrerweiterbildung sollte strukturell jedoch im DPZI verbleiben und den „Grundstock eines eventuell zu bildenden Zentralinstituts für Lehrerweiterbildung“ in Potsdam legen. Dieses Angebot des Ministeriums kritisierte der Sektionsleiter zum einen als inkonsequent hinsichtlich der Herauslösung von Ausbildungsaufgaben, da die Bereiche Unterstufenlehrerausbildung und „Ausbildung von Kindergärtnerinnen“ im DPZI fortbeständen. Zum anderen äußerte er die Vermutung, dass es sich dabei lediglich um eine geeignete Maßnahme handle, dem Institut Wissenschaftler abzuwerben, um die unbesetzten Stellen der Abteilung Lehrerbildung im MfV mit Fachreferenten zu füllen.²¹⁰⁵ Der im DPZI zurückbleibende „Torso“ einer Fachsektion wäre nicht einmal in der Lage, die „inhaltlich-wissenschaftliche Leitung der Weiterbildungsaufgaben“ wahrzunehmen. Im Falle des vorgesehenen Personalabzugs lautete Kath's Gegenvorschlag, die Sektion aufzulösen und stattdessen in direkter Unterstellung unter die Direktion eine Koordinierungsstelle für Lehrerweiterbildung mit „wissenschaftlich-organisatorischer Funktion“ zu bilden, der drei bis vier pädagogische Mitarbeiter angehören.²¹⁰⁶ Wenige Tage später hatte Kath ein „ausführliches Gespräch“ mit dem Ministerium, infolgedessen er die Übernahme von vier der genannten Kollegen für „vertretbar“ hielt.²¹⁰⁷ Die

²¹⁰¹ Vgl. Ebenda.

²¹⁰² Anm.: Im Sinne der verordneten „Vertraulichkeit“ wurden die Mitarbeiter der Sektion über die möglichen Veränderungen in der Sektion noch im Ungewissen gelassen. Das Material verfasste der Sektionsleiter zur Gewährleistung der Geheimhaltung selbst. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Schreiben von Kath an Direktor Neuner. 28.9.1961.)

²¹⁰³ Vgl. Ebenda. und Vgl. Ebenda. – Schreiben von Kath an Neuner. 6.10.1961.

²¹⁰⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Zur Perspektive, Aufgabenstellung, Struktur und Arbeitsweise der Sektion Lehrerbildung. [Anlage zum Schreiben von Kath an Direktor Neuner. 28.9.1961.]

²¹⁰⁵ Anm.: Denn zufällig seien die genannten fünf Kollegen die Fachvertreter für Geschichte/Staatsbürgerkunde, Mathematik/Physik, Chemie, Musik und polytechnischer Unterricht – mit jahrelangen Arbeitserfahrungen auf ihren Gebieten. (Vgl. Ebenda.)

²¹⁰⁶ Vgl. Ebenda.

²¹⁰⁷ Anm.: Der Mitarbeiter, der als fünfter für das Ministerium vorgesehen war, kam aus kaderpolitischen Gründen für das MfV nicht in Frage und sollte an die Universität Greifswald gehen. Seine Planstelle könne das Ministerium aber übernehmen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Schreiben von Kath an Neuner. 6.10.1961.)

Sektion III könne als „Übergangslösung“ bis zur Gründung des Zentralinstituts mit hauptsächlich koordinierender Funktion weiter existieren.²¹⁰⁸

Ende Oktober 1961 bildeten sich im Ergebnis der monatelangen Beratungen die Konturen einer strukturellen Lösung ab. Konzipiert wurde nun eine Sektion Lehrerweiterbildung (VI) mit der Abteilung „Weiterbildung für Lehrer und Erzieher“ (vier Mitarbeiter) sowie den Fachgebieten „Qualifizierung der Lehrerbildner an den Instituten für Lehrerbildung“ (ein Mitarbeiter) und „Qualifizierung der Lehrerbildner an den Pädagogischen Schulen“ (ein Mitarbeiter).²¹⁰⁹ Um die inhaltliche wissenschaftliche Leitung der Weiterbildung sollte sich die Sektion nur „bedingt“ kümmern.²¹¹⁰ Das Hauptaugenmerk wurde auf „wissenschaftlich-organisatorische und koordinierende Aufgaben“ gelegt.²¹¹¹ Später würde die Sektion Lehrerweiterbildung des DPZI in das künftige Zentralinstitut für Lehrerweiterbildung und Fernstudium eingegliedert.²¹¹²

Hinsichtlich der aus dem Institut heraus zu lösenden Mitarbeiter erging der Beschluss, drei der ursprünglich fünf für das MfV vorgesehenen Wissenschaftler an das Ministerium abzugeben.²¹¹³

Außerdem sollte ein Mitarbeiter an die Universität Greifswald wechseln und ein weiterer andere Aufgaben im DPZI zugewiesen bekommen, die fünf Planstellen der Mitarbeiter aber in jedem Fall an das MfV gehen.²¹¹⁴

Weitere strukturelle Maßnahmen betrafen die Fachzeitschriften. Nach den schulpolitischen Umwälzungen von 1958/59 schien der Diskussionsraum ideologisch ausreichend abgesichert, um den, wie es hieß, in den letzten Jahren verkümmerten wissenschaftlichen Meinungsstreit anzukurbeln²¹¹⁵. Laut Direktor Kaiser sollte dieser hauptsächlich zu denjenigen Fragen geführt werden, die von „unmittelbarem Interesse für die Lehrer und Erzieher“ seien, d.h. Praxisbedürfnisse erfüllten.²¹¹⁶ Es gab aber auch Stimmen, die eindringlich Grundlagenforschung und eine Diskussion zu theoretischen Grundsatzproblemen in der Pädagogik anmahnten,²¹¹⁷ da diesbezüglich eine „geradezu erstaunliche Hilflosigkeit und

²¹⁰⁸ Anm.: Hinzu kamen die Aufgaben der Unterstufenlehrausbildung und Ausbildung von Kindergärtnerinnen sowie die Konzipierung des Zentralinstituts für Lehrerweiterbildung und Fernstudium. Die fehlenden Fachreferenten in der Sektion des DPZI wären durch einen entsprechenden Zusammenarbeitsmodus mit den anderen Sektionen des Instituts, den Fachzeitschriften, Bezirkskabinetten und dem Sektor Inhalt der Abteilung Lehrerbildung im MfV sowie das Recht, „Fachkommissionen aus Vertretern der Bezirkskabinette“ bilden und ihnen Aufträge erteilen zu können, kompensiert werden. Notwendig seien diese z.B. für die „Ausarbeitung von zentralen Programmen, Studienanleitungen und Studienmaterialien für die systematische langfristige Weiterbildung“. Für das künftige Zentralinstitut stünde der „jetzige Mitarbeiterbestand der ABF“ (Arbeiter- und Bauernfakultät) in Potsdam zur Verfügung. (Vgl. Ebenda.)

²¹⁰⁹ Anm.: Zudem die Ausbildung im Bereich Unterstufenlehrer und Kindergärtnerinnen, die jedoch zunehmend in „Qualifizierungs- und Weiterbildungsaufgaben“ übergeleitet werden sollte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Vorlage zur Direktionsberatung am 23.10.1961. Plan der Perspektive, der Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise der Sektion Lehrerbildung in den Jahren 1961/62 und 1962/63.)

²¹¹⁰ Anm.: Hierfür kam die Zusammenarbeit mit den „anderen Sektionen des Instituts, den Fachzeitschriften, den Bezirkskabinetten und dem Sektor Inhalt der Abteilung Lehrerbildung und pädagogische Forschung des MfV“ wieder ins Gespräch. (Vgl. Ebenda.)

²¹¹¹ Vgl. Ebenda.

²¹¹² Vgl. Ebenda.

²¹¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Sektion Lehrerbildung. Vorlage zur Direktionsberatung am 30.10.1961. Plan der Perspektive, der Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise der Sektion Lehrerbildung in den Jahren 1961/62 und 1962/63.

²¹¹⁴ Vgl. Ebenda.

²¹¹⁵ Vgl. Pädagogisches Forum. S. 934/935.

²¹¹⁶ Vgl. Ebenda. S. 934.

²¹¹⁷ Anm.: In diesem Sinne hätten sich Prof. Dr. Hans Keune, Direktor des Instituts für Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle und Dr. Karl-Heinz Günther, Studiendirektor für Aspirantur im DPZI

Orientierungslosigkeit“ herrsche²¹¹⁸. Um zu diesen vermeintlich vernachlässigten und von der Öffentlichkeit ferngehaltenen Problemen einen Meinungsstreit entfalten zu können, müssten die Fachzeitschriften, vor allem die „Pädagogik“, verstärkt herangezogen werden.²¹¹⁹

Da die Zeitschrift „Pädagogik“ unter redaktioneller Leitung des Verlages Volk und Wissen (1959/60)²¹²⁰ dieser Aufgabe nicht gerecht geworden sei²¹²¹ und die pädagogische Presse für die Entwicklung der DDR-Pädagogik zunehmend an Bedeutung gewann²¹²², kamen die Pläne zur Wiedereingliederung in das DPZI kaum überraschend.

Unter dem neuen Direktorat Neuner nahmen die entsprechenden Vorstellungen nach dem Mauerbau konkrete Gestalt an. Im September 1961 wurden überdies Gedanken entwickelt, auch die Zeitschrift für „Polytechnische Bildung und Erziehung“ in die Verantwortung des DPZI zu übernehmen.²¹²³ Einen Monat später erging die Hausanweisung zur Neuregelung der Herausgeberschaft für beide Publikationsorgane, die sich zunächst auf die „inhaltliche Verantwortlichkeit“, ab 1.1.1962 auch auf die „ökonomische und haushaltmäßige“ Seite erstrecken sollte.²¹²⁴ Mit diesem Datum traten die Mitarbeiter der Fachzeitschriften in das DPZI über.²¹²⁵ Ebenfalls 1962 in das Arbeitsprogramm des Instituts aufgenommen wurde die Zeitschrift „Vergleichende Pädagogik“, die aus einem Zusammenschluss der beiden Fachorgane „Vergleichende Pädagogik – Ausland“ und „Vergleichende Pädagogik – Westdeutschland“ entstand.²¹²⁶ Die Verantwortung oblag dem stellvertretenden Direktor Hofmann.²¹²⁷ Die Leitung der seit 1960 herausgegebenen Zeitschrift „Pädagogische Forschung“²¹²⁸, welche 1966 mit der

in ihren Zuschriften an die Redaktion geäußert. Dabei sei an verschiedene Pädagogen die Frage gerichtet worden, „wo ihrer Meinung nach in den kommenden Wochen und Monaten auf wissenschaftlich-pädagogischem Gebiet der Hebel angesetzt werden“ müsse. (Vgl. Ebenda. S. 930, 934 und 935.)

²¹¹⁸ Anm.: Dies galt laut Günther für das „System der Pädagogik“ ebenso wie für Fragen der „so genannten Bereiche der Erziehung und Bildung, also der intellektuellen, sittlichen, polytechnischen, ästhetischen, körperlichen usw.“ (Vgl. Ebenda. S. 935.)

²¹¹⁹ Vgl. Ebenda. S. 934/935.

²¹²⁰ Anm.: Ab 1950, bis 1958 wurde die „Pädagogik“ noch vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut herausgegeben (Vgl. Zum neuen Jahrgang. In „Pädagogik“, Heft 1/1950. S. 1. Zitiert nach: Meumann: Geschichte des DPZI. Diss. B. S. 90. und Vgl. Impressum der Pädagogik. 13. Jahrgang. [1958]); 1959 vom „volkseigenen Verlag Volk und Wissen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut“ (Vgl. Impressum der Pädagogik. 14. Jahrgang. [1959]); ebenso 1960 (Vgl. Impressum der Pädagogik. 15. Jahrgang [1960]).

1961 habe Neuner die Redaktion der „Pädagogik“, „die bis dahin in den Verlag Volk und Wissen eingeordnet war“ ins DPZI mitgebracht. (Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 105.)

²¹²¹ Anm.: So sprach Günther zumindest davon, dass die „Pädagogik“ seines Erachtens nach „in den letzten Jahren nicht der Aufgabe gerecht geworden“ wäre, „durch kritische Rezensionen wichtiger pädagogischer Neuerscheinungen den wissenschaftlichen Meinungsstreit zu entwickeln“. (Vgl. Pädagogisches Forum. S. 935.)

²¹²² Anm.: Kaiser: „Eine wichtige Aufgabe bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungsstreites hat die pädagogische Presse.“ (Vgl. Ebenda. S. 934.)

²¹²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Disposition zum Referat „Die Aufgaben des DPZI im Jahre 1961/62“. Neuner, 6.9.1961.

²¹²⁴ Anm.: „Mit Wirkung vom 1. Oktober 1961 werden die Zeitschriften ‚Pädagogik‘ und ‚Polytechnische Bildung und Erziehung‘ vom DPZI herausgegeben.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Direktion: Hausanweisung Nr. 128. 18.10.1961.)

²¹²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3006. – Schreiben der Kaderabteilung des DPZI an den Verlag Volk und Wissen, Kaderabteilung. 8.12.1961.

²¹²⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion IV (Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands) für das Jahr 1962.

²¹²⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben Neuner an Honecker. Betreff Verteilung der Geschäfts- und Verantwortungsbereiche innerhalb der Direktion. 12.1.1962.

²¹²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960.

Koordinierungsstelle für Forschung des DPZI wieder aus dem Institut ausgegliedert wurde²¹²⁹, hatte der stellvertretende Direktor für Aspirantur und Forschung Günther inne²¹³⁰.

Im Ergebnis der strukturellen Veränderungen existierten von den im Laufe des Jahres 1959 geplanten sechs Sektionen²¹³¹ 1960 noch fünf Sektionen: Sektion I (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung), Sektion II (Unterrichtsmethodik und Lehrpläne), Sektion III (Lehrerbildung), Sektion IV (Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands) und Sektion V (Sorbische Schulen)²¹³². Dabei rückte die Lehrerbildung von Platz V auf III vor. Der Bereich Polytechnik wurde in die unterrichtsmethodische Sektion eingliedert, die in diesem Zusammenhang auch gleich deren Posten (II) in der Institutsstruktur übernahm. Die Sektion Sorbische Schulen, kurzzeitig auf Platz VI verwiesen²¹³³, kehrte wieder zum ihrem alten Status (V) zurück. Hingegen verschwand die Abteilung Geschichte der Pädagogik, 1959 noch in der Sektion I, im Zuge ihres Bedeutungsverlustes 1960 völlig aus dem Institutsgefüge.²¹³⁴ Bei dieser Struktur blieb es weitgehend bis zum Herbst 1961.²¹³⁵ Danach setzten erneut strukturelle Bewegungen auf Sektionsebene ein, bei denen unter anderem die ursprünglich (1959) vorgesehene Sektion Polytechnische Erziehung und Bildung (II) (wieder-) gegründet

²¹²⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion: Hausanweisung Nr. 1/1966. 26.1.1966.

²¹³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben Neuner an Honecker. Betreff Verteilung der Geschäfts- und Verantwortungsbereiche innerhalb der Direktion. 12.1.1962.

²¹³¹ Anm.: Hierzu zählen die Anfang 1959 geplanten fünf Sektionen: *Sektion I* (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung); *Sektion II* (Polytechnische und berufliche Ausbildung); *Sektion III* (Lehrpläne und Unterricht); *Sektion IV* (Pädagogik des Auslandes und Westdeutschlands) sowie *Sektion V* (Sorbische Schulen) (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959]. Siehe auch Punkt 2.4.3.5.) und die Ende 1959 geplante Sektion Lehrerbildung (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959].).

²¹³² Anm.: Die einzelnen Sektionen waren in folgende Abteilungen untergliedert: *Sektion I*: Erziehung und Bildung in der Schule, Vorschulerziehung und Pädagogische Psychologie; *Sektion II*: Polytechnik, Mathematik/Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Sprachen, Körpererziehung/musische Fächer, Unterstufe und Sonderschulen; *Sektion III*: Lehrerausbildung und Lehrerweiterbildung; *Sektion IV*: Pädagogik Westdeutschlands, Auslandspädagogik, Dokumentation; *Sektion V*: Deutsch, Sorbisch, Niedersorbisch, Russisch, Geschichte/Staatsbürgerkunde, Unterstufe, Landschulen und Vorschulerziehung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1960. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960.)

²¹³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Diskussionsvorschlag für Besetzung mit Stellen HVO VIII und für erhöhten Hochschultarif. Ohne Datum [Ende 1959].

²¹³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2367. – Die Hauptaufgaben, Arbeitsweise und Struktur des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [März 1959]. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1960. 14.1.1960.

²¹³⁵ Anm.: In Sektion I wurde 1961 die Pädagogische Psychologie der Abteilung Erziehung und Bildung in der Schule eingegliedert, die Vorschulerziehung gehörte in die neue Abteilung Außerschulische Erziehung (neben der Horterziehung, den Tagesschulen sowie der Kinder- und Jugendorganisation). In Sektion II schlossen sich Sprachen und musische Fächer zu einer Abteilung zusammen. Die Körpererziehung erhielt ein eigenes Fachgebiet. Sektion III erhielt im Vergleich zum Vorjahr zur Lehrerweiterbildung noch die Fachgebiete der Aus- und Weiterbildung von Kindergärtnerinnen dazu; die Lehrerausbildung differenzierte sich in die Ausbildung der Unter- und Oberstufenlehrer. Sektion V verringerte sich um die Fachgebiete Landschulen und Vorschulerziehung, dafür bekam sie das Fachgebiet Lehrerweiterbildung dazu. Auch im Fachbereich Deutsch wurde erweitert: ein Mitarbeiter für Deutsch an Sorbischen Schulen und einer für Deutsch an Schulen mit sorbischem Sprachunterricht. Das Gleiche galt für das Gebiet der Unterstufe und Sorbische Sprache. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Stellenplan 1961.)

wurde.²¹³⁶ Infolgedessen rückte die unterrichtsmethodische Sektion wieder an die III. Stelle; die Sektionen „Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung“ (I), „Auslandspädagogik und Pädagogik Westdeutschlands, Dokumentation“ (IV) sowie „Sorbische Schulen“ (V) blieben in den ursprünglich zugewiesenen Positionen.²¹³⁷ Der Bereich der Lehrer(weiter)bildung fiel in Erwartung der baldigen Ausgliederung auf Platz VI.²¹³⁸

Anfang 1962 tauschte die Sektion Polytechnische Erziehung und Bildung mit der Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne die Plätze.²¹³⁹ Die Sektion Lehrerbildung wurde anstatt nach Potsdam²¹⁴⁰ nunmehr auf den Standort Ludwigsfelde²¹⁴¹ verlagert.

Nur für kurze Zeit, bis zum Sommer 1962, hatte diese Institutsstruktur Bestand. Vor allem aus ökonomischen Gründen kamen auf das DPZI neue und nunmehr sogar einschneidende strukturelle Veränderungen zu.

²¹³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.

²¹³⁷ Vgl. Ebenda.

²¹³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2574. – Vorlage zur Direktionsberatung am 23.10.1961. Plan der Perspektive, der Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise der Sektion Lehrerbildung in den Jahren 1961/62 und 1962/63. In der Kadersituationsanalyse vom 20.10.1961 war noch von einer Sektion Lehrerbildung die Rede. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation nach dem Stand vom 20.10.1961.)

²¹³⁹ Anm.: Ansonsten blieb die Struktur des DPZI vom Vorjahr auf Sektionsebene erhalten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2728. – Schreiben Neuner an Honecker. Betreff Verteilung der Geschäfts- und Verantwortungsbereiche innerhalb der Direktion. 12.1.1962. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitspläne der verschiedenen Sektionen für 1962. und Vgl. Ebenda. – Hausanweisung Nr. 137. Betreff Kaderreserve. 13.3.1962.)

²¹⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2725. – Zur Perspektive, Aufgabenstellung, Struktur und Arbeitsweise der Sektion Lehrerbildung. [Anlage zum Schreiben von Kath an Direktor Neuner. 28.9.1961.]

²¹⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Erfüllung des Haushaltsplanes per 31.5.1962.

2.6 Die Ökonomisierung des DPZI – Sommer 1962 bis 1964/65

Nach der erzwungenen innenpolitischen Stabilisierung durch den Mauerbau begann mit den 1960er Jahren eine Phase, in der die DDR-Führung Existenzmöglichkeiten ihres Staates „in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht“ auslotete.²¹⁴² Vor allem für die Zeit bis 1965 charakteristisch wurden ökonomische Kriterien zum Maßstab von Reformvorschlägen jeglicher Art erhoben. Den Hintergrund hierfür bildete der technologische Systemwettbewerb der 1960er Jahre, der eine „technokratische Reform-, Planungs- und Modernisierungsperiode“ bewirkte, in der sich auf dem Weg zu einer „spezifisch `sozialistischen Moderne“ der Fokus klar auf die Ökonomie richtete.²¹⁴³ Als gesamtgesellschaftliches Phänomen erfasste dieses „Primat der Ökonomie“²¹⁴⁴ auch das DPZI.

2.6.1 „Jedem nach seiner Leistung“ – Reformexperimente in der DDR

Abgesichert vom Bau der Mauer setzte die DDR konsequent auf die Eigenstaatlichkeit, mit der Ulbricht besonders in den Jahren 1963 bis 1965 „gesellschaftliche und wirtschaftliche Experimente richtig in Angriff“ zu nehmen versuchte.²¹⁴⁵ Das „Nationale Dokument“ vom März 1962 bekräftigte diese Bestrebungen, indem es in diesem Kontext alle Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung zerstreute und die Weichen auf eine zukünftige deutsche Zweistaatenrealität stellte.²¹⁴⁶ Eng mit dem „Dokument“ verbunden, das sich in seinem Plädoyer für den Sozialismus auf dessen angeblich erwiesene geschichtliche Bedeutung für die nationalen Interessen des (gesamten) deutschen Volkes stützte,²¹⁴⁷ sollte die DDR „in größere historische Zusammenhänge“ eingeordnet werden.²¹⁴⁸ Dabei nahmen die Arbeiten am „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ eine herausragende Stellung ein, welcher die DDR als Verwirklichung von deren traditionellen Zielen darstellte.²¹⁴⁹

Auch wenn es 1962 mit beiden Dokumenten bei dem Versuch einer *ideologischen* „Mobilisierung der DDR-Bevölkerung“ blieb,²¹⁵⁰ trat nach dem Mauerbau eine spürbare *wirtschaftliche* Konsolidierung ein²¹⁵¹. Darauf aufbauend folgte ab 1963 eine

²¹⁴² Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 74.

²¹⁴³ Vgl. Jessen, Ralph/John, Jürgen: Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Editorial. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 7-24. S. 12ff.

²¹⁴⁴ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Protokoll der Dienstbesprechung am 25.2.1963.

²¹⁴⁵ Vgl. Fulbrook: „Entstalinisierung“. S. 39.

²¹⁴⁶ Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 61.

²¹⁴⁷ Anm.: „Geschichte und Gegenwart des deutschen Volkes haben es andererseits auch hundertfach bewiesen, dass Sozialismus und Lebensinteressen des deutschen Volkes, dass Sozialismus und nationale Interessen völlig übereinstimmen.“ (Aus dem „Nationalen Dokument“: Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands, 25. März 1962. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin [Ost]. 10. Jahrgang. Heft 4/1962. S. 776ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 152] DDR. Dokumente. S. 265/266. S. 265.)

²¹⁴⁸ Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 65.

²¹⁴⁹ Vgl. Ebenda. (Siehe auch Punkt 2.5.4.)

²¹⁵⁰ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 62.

²¹⁵¹ Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 71/72. Infolge der Konsolidierung kam es zu erhöhten privaten Einkommen und damit sogar zum „Kaufkraftüberhang“, so dass versucht wurde, die überschüssige Kaufkraft mit „hohen Preisen für Gebrauchsgüter des gehobenen Bedarfs“

Wirtschaftsreform.²¹⁵² Der Wechsel im Politbüro der SED, bei dem alteingesessene Apparatfunktionäre durch jüngere Akademiker und Wirtschaftler abgelöst wurden, zeigte das Bemühen um eine versachlichte Parteipolitik und demonstrierte darüber hinaus, wie ernst es der DDR-Regierung mit den wirtschaftlichen Veränderungen war.²¹⁵³ Auch in der Bildungspolitik erfolgte ein Generationswechsel, in deren Folge die nun nachrückenden Exponenten von Bildungspolitik und Pädagogik bis 1989 in ihren Positionen verharren²¹⁵⁴ und auf diese Weise in den 1980er Jahren für eine so genannte „Generationenblockade“²¹⁵⁵ sorgten. Eine der bekanntesten Vertreter/innen dieses Wandels stieg 1963 von ihrem Posten als stellvertretende Ministerin im MfV zur Volksbildungsministerin auf: M. Honecker.²¹⁵⁶

Der VI. Parteitag (15.-21.1.1963), auf welchem die SED nach 17 Jahren Parteigeschichte ihr erstes Parteiprogramm bestätigte,²¹⁵⁷ sprach in Bezug auf die neue Wirtschaftspolitik vom „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ im neuen „Zeitalter des Sozialismus“²¹⁵⁸. Beim „Kampf um eine hohe Arbeitsproduktivität“ seien persönliche Verdienste Einzelner zu würdigen und anzuerkennen.²¹⁵⁹ Nunmehr gelte die Maxime: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“²¹⁶⁰ In Verbindung damit schrieb die vom Staatsrat erlassene Verfügung über die „Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat“ vom Februar 1963 unter anderem die „konsequente Ausnutzung der ökonomischen Gesetze“ vor.²¹⁶¹ Diese Gedanken mündeten im Sommer in das „System der ökonomischen Hebel“ des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL).²¹⁶² Durch die „Hebel“ sollten finanzielle Anreize für eine Leistungssteigerung geschaffen werden.²¹⁶³ Die „persönlichen materiellen Interessen der Werktätigen“ müssten sich über den Arbeitslohn mit den „gesellschaftlichen Erfordernissen“

abzuschöpfen und die Nachfrage zu dämpfen. Entsprechend sollten die „Motorisierungswünsche“ durch den ab 1959 produzierten Kleinwagen „Trabant“ gesteuert werden. Außerdem wurden spezielle Läden für „Güter von hochwertiger Qualität“ eingerichtet: für Textilien das „exquisit“ ab 1962, für Nahrungs- und Genussmittel das „delikat“ ab 1966. (Vgl. Ebenda. S. 72.)

²¹⁵² Vgl. Ebenda.

²¹⁵³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 63.

²¹⁵⁴ Vgl. Lost: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch. S. 145.

²¹⁵⁵ Anm.: Dabei okkupierte diese „Aufbaugeneration der DDR“ bis zum Ende der 1980er Jahre anhaltend die „Führungspositionen und Schaltstellen des Systems, während eine eher an technokratischer Sachlichkeit orientierte mittlere Kadergeneration in der zweiten Reihe gehalten wurde“. (Vgl. Pasternack: Wissenschaft und Politik. S. 514.)

²¹⁵⁶ Anm.: Zeitgleich wurde M. Honecker Mitglied im ZK der SED. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 309.)

²¹⁵⁷ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 63.

²¹⁵⁸ Vgl. Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 18.1.1963. In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. 15.-21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin [Ost] 1963. Bd. 4. S. 297, 299-302, 330-333, 389, 392f. u. 395. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 153] DDR. Dokumente. S. 266-271. S. 266 und 270.

²¹⁵⁹ Vgl. Ebenda. S. 268.

²¹⁶⁰ Vgl. Ebenda.

²¹⁶¹ Vgl. Aus dem Erlass des Staatsrates der DDR über die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat, 12.2.1963. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. 1963. Teil I. S. 1ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 154] Vgl. Ebenda. S. 271-273.

²¹⁶² Vgl. Aus der Richtlinie für das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ der Volkswirtschaft, 15.7.1963. In: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 11.7. Bestätigt vom Staatsrat am 15.7.1963. In: Neues Deutschland. 18. Jahrgang. Nr. 192. 16.7.1963. Sonderbeilage. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 155] Vgl. Ebenda. S. 273-276. S. 275.

²¹⁶³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 64. Als weitere „ökonomische Hebel“ zählt Weber hier neben Löhnen und Prämien für die Arbeiter Selbstkosten, Preis, Gewinn und Kredit auf.

verbinden.²¹⁶⁴ Um die Arbeitsproduktivität insgesamt zu erhöhen, richteten sich die Prämien für Arbeiter und Leitungspersonal am Gewinn des Betriebes aus.²¹⁶⁵ Der Gewinn wurde zum zentralen Leistungsmaßstab deklariert.²¹⁶⁶ Für diejenigen Produkte, die für die Steuerung der Gesamtwirtschaft nicht als unentbehrlich galten, erstellten die Vereinigungen Volkseigener Betriebe und die Betriebe selbst Verteilungspläne.²¹⁶⁷ Insofern machten sich „flexibilisierend und dezentralisierend wirkende“²¹⁶⁸ Grundgedanken des NÖSPL bemerkbar, welche ein „administratives System von Planung und Leitung“ in ein ökonomisches umzuwandeln beabsichtigten²¹⁶⁹.

Obwohl die Innovationsanreize für die Betriebe letztendlich schwach blieben,²¹⁷⁰ löste die Offenheit in den Diskussionen zu wirtschaftlichen und weiterführenden Fragen 1963/64 eine „Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre“ aus.²¹⁷¹ In dieser kurzen Episode kam es ansatzweise zur „Lockerung ideologischer Bevormundung“ (z.B. in Form des Jugendkommuniqué²¹⁷²) und zur „Stärkung demokratischer Mechanismen“²¹⁷³. Unterstützt von der Bildungsreform und dem Primat der Ökonomie vor der Politik verdrängten Wirtschaftsleiter „eher unterqualifizierte, ideologisch ausgerichtete Parteifunktionäre“.²¹⁷⁴

²¹⁶⁴ Vgl. Aus der Richtlinie für das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ der Volkswirtschaft, 15.7.1963. In: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 11.7. Bestätigt vom Staatsrat am 15.7.1963. In: Neues Deutschland. 18. Jahrgang. Nr. 192. 16.7.1963. Sonderbeilage. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 155] DDR. Dokumente. S. 273-276. S. 276.

²¹⁶⁵ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 228.

²¹⁶⁶ Anm.: Vorher galt die „Bruttoproduktion“ als Kriterium für die Leistungsbewertung. (Vgl. Ebenda.)

²¹⁶⁷ Vgl. Ebenda.

²¹⁶⁸ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 16.

²¹⁶⁹ Vgl. Koziolk, Helmut: Das Scheitern eines Reformversuchs. In: Das große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR. Hrsg. von Hans Modrow. Berlin. Edition Ost: 1996. (Rote Reihe) S. 54-78. S. 62.

²¹⁷⁰ Anm.: Der in der Wirtschaftsreform „konzipierte Mechanismus wirkte faktisch daraufhin, dass die Wirtschaftseinheiten die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen besser ausnutzten“. Die Verteilung der „Inputs“ (Ressourcen, Kapital, usw.) auf die Betriebe blieb jedoch weitgehend Angelegenheit der übergeordneten Stellen. (Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 228.)

²¹⁷¹ Vgl. Ebenda. Steiner verweist in diesem Zusammenhang auf „Zeugnisse in mehreren Beiträgen“ in: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Hrsg. von Günter Agde. Berlin. 1991.

²¹⁷² Anm.: Dieses Dokument billigte den Jugendlichen ihr „eigenes Denken“ zu. (Aus dem Jugendkommuniqué der SED, 17. September 1963. In: Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees. Dokumente der SED. Bd. IV. Berlin [Ost]. 1965. S. 691ff. u. 700. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 156] DDR. Dokumente. S. 276/277.) Damit ebnten auch die „Disziplinierungs- und Ideologisierungsbemühungen“ durch die SED an den Schulen vorerst ab. (Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 545.)

Im Rahmen dessen wurde kurzzeitig ein toleranterer Umgang mit Jugendkulturen eingeläutet – bis zur Verabschiedung des Jugend- und des Bildungsgesetzes (1964 und 1965), als ein jugendpolitischer Rückzug der SED-Führung „in `stalinistisch-rigide Positionen““ erfolgte. (Vgl. Wiegmann, Ulrich: Erziehungsideologie und -praxis des MfS. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996. S. 161-256. S. 176/177. Wiegmann bezieht sich auf: Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag. Berlin 1993. S. 155ff. Außerdem: Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München. 1993. S. 439.) Nach dem 11. Plenum der SED im Dezember 1965 begann zudem die Überwachung der Erziehungsverhältnisse durch das Ministerium für Staatssicherheit. (Vgl. Wiegmann: Erziehungsideologie. S. 177.)

²¹⁷³ Bollinger: Konflikte. S. 47.

²¹⁷⁴ Vgl. Ebenda.

Unter solchen Bedingungen gelang es im Bildungswesen und in der Wissenschaft, ein gewisses Maß an Stabilität aufzubauen, so dass in der Folge (bis zum 11. Plenum 1965) sogar eine „relative Blüte“ eintrat.²¹⁷⁵ Vor diesem Hintergrund stellte auch die Schulkommission, welche der Parteizentrale seit Ende der 1950er Jahre die bildungspolitische, ideologische und sachliche Kompetenz sicherte, ihre Arbeit ein.²¹⁷⁶

Angestoßen durch die propagierte Einheit von Ökonomie und Bildung sowie die Orientierung der pädagogischen Theorie und Praxis auf die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution eröffneten sich einerseits vormals tabuisierte Forschungsgebiete, z.B. zum „Begabungsbegriff“, wieder neu.²¹⁷⁷ Andererseits führte diese Einheit, die 1963 auf dem VI. Parteitag der SED zementiert worden war²¹⁷⁸, zur Verengung von Bildung auf wirtschaftliche Effektivität und ökonomische Nutzwerte. Das gesamte Bildungssystem musste sich den „wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zielsetzungen“ anpassen.²¹⁷⁹ Dies mündete unter anderem in den Beschluss zur Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der einen „qualifizierten Nachwuchs für die Volkswirtschaft“ forderte und die Jugend befähigen sollte, die „Produktionsprozesse auf wissenschaftlich-technischem Höchststand“ zu meistern.²¹⁸⁰ Neuner bemühte sich in diesem Geiste sogar um die Berechenbarkeit pädagogischer Prozesse. Er entwickelte eine „pädagogische Logik“, welche die Möglichkeiten marxistisch-leninistischer „Wissenschaft“ mathematisch zu deuten suchte.²¹⁸¹ Dabei beabsichtigte Neuner, die „Einheit von Erkennen, Werten und Erleben an die mutmaßliche logische Stringenz wissenschaftlicher Weltanschauungsinhalte“ zu binden.²¹⁸² Für die Lehrplanerarbeitung bedeutete dies, dass sich an der „marxistisch-leninistischen `wissenschaftlichen Weltanschauung`“ ausrichtende Kenntnisse und Einsichten in „Handlungsregulationen wie sozialistisches Denken, Fühlen und Handeln“ umschlagen sollten.²¹⁸³ Auch die seit 1963 laufenden Arbeiten zu den „Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ (Vorläufer des Bildungsgesetzes von Februar 1965) mussten sich dem ökonomischen Effektivitäts- und Nutzwertdenken unterziehen.²¹⁸⁴

²¹⁷⁵ Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar/Kudella, Sonja/Paetz, Andreas: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1996. S. 96 und 61.

²¹⁷⁶ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 143.

²¹⁷⁷ Vgl. Baske, Siegfried: Pädagogische Wissenschaft. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 137-158. S. 150.

²¹⁷⁸ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin. Dietz Verlag: 1963. S. 374-387. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 521-530. S. 525.

²¹⁷⁹ Vgl. Ebenda.

²¹⁸⁰ Vgl. Gemeinsamer Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Ministerrats der DDR über die Grundsätze der weiteren Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der schrittweisen Einführung der beruflichen Grundausbildung und der Entwicklung von Spezialschulen und -klassen, 3.7.1963. In: Deutsche Lehrerzeitung, 10. Jg., 1963, Nr. 29, Beilage. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. Hrsg. und erl. von Siegfried Baske. 1. Aufl. Wiesbaden. Harrassowitz: 1979. (Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 11.) S. 53-61. S. 53.

²¹⁸¹ Vgl. Gatzemann: Projekt. S. 211.

²¹⁸² Vgl. Ebenda.

²¹⁸³ Vgl. Ebenda. Gatzemann bezieht sich hierbei auf: Lehrplan für das Fach Staatsbürgerkunde an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Berlin. 1964. S. 4.

²¹⁸⁴ Anm.: z.B.: „Der Bildungsinhalt ist den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik anzupassen. ... Die einzelnen Glieder des Bildungswesens sind inhaltlich und strukturell so

Durch die angenommene Verschmelzung von Wissenschaft (im Allgemeinen) mit der Ökonomie wurden Planbarkeit und Effektivität überall zu entscheidenden Maßstäben erhoben.²¹⁸⁵ Jedoch stießen die Bemühungen um höhere Effizienz und um verstärkte „Vertragsforschung“ an der Eigenart von Wissenschaft, etwa der „begrenzten Planbarkeit und Unbestimmtheit“ der Ergebnisse an ihre Grenzen.²¹⁸⁶ Dennoch rückte im Verständnis von Wissenschaft deren „Problemlösefunktion“ nach und nach ins Zentrum, die zur systematischen Erschließung von Wissen für die Lösung bestehender Probleme der Gesellschaft verpflichtete.²¹⁸⁷ Auf der Suche nach „Schnittstellen zwischen Forschung und Gesellschaft“ begann dadurch zwar eine längere Phase des Experimentierens (bis 1970).²¹⁸⁸ Diese erstreckte sich aber lediglich auf die Natur- und Technikwissenschaften sowie die Medizin.²¹⁸⁹ Geistes- und Sozialwissenschaften blieben davon weitgehend ausgeklammert, von denen ausschließlich Ansätze zur Gesellschaftstransformation in eine „höhere – kommunistische – Stufe“ verlangt wurden.²¹⁹⁰ Teile dieser Disziplinen verödeten ideologisch zunehmend²¹⁹¹ – darunter auch die wissenschaftliche Pädagogik; vor allem als die „Exponenten der `pädagogischen Wissenschaften`“ mit ihrer Fixierung auf die (ökonomischen Prinzipien folgende) parteiliche Gesellschaftspolitik die Grenze von einer „reflexiv bemühten Erziehungswissenschaft zu einer `politisch-ideologisch` rezeptiven Pädagogik“ überschritten hatten.²¹⁹²

2.6.2 Die ökonomische Ausrichtung des DPZI auf struktureller und personeller Ebene

Der Trend zur Ökonomisierung in der Gesellschaft wirkte sich auch nachhaltig auf den Wissenschaftsbetrieb aus. Laut Neuner erließ die DDR-Regierung kurz nach seinem Amtsantritt

zusammenzufügen, dass sie ein geschlossenes, in sich abgestimmtes Ganzes bilden. So wird es möglich sein, ... eine noch höhere Effektivität des gesamten Bildungswesens zu erreichen.“ (S. 63.); „Es ist zu prüfen, in welcher Form im Bildungswesen ökonomische Hebel zur Erreichung eines höheren Nutzeffektes eingesetzt werden können.“ (S. 86.) (Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems [Entwurf]. 16.4.1964. S. 23-133. [Auszug] Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 61-86.)

²¹⁸⁵ Anm.: „Die Investitionsmittel sind unter Beachtung der pädagogischen und wissenschaftlich-technischen Anforderungen, der richtigen Standorte so einzusetzen, dass der höchste Wirkungsgrad erreicht wird. Das Ministerium für Volksbildung, das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen und das Ministerium für Bauwesen haben gemeinsam dafür zu sorgen, dass zweckmäßige und billige Projekte ausgearbeitet, die Mittel konzentriert eingesetzt und die Baudurchführung straff geleitet werden ...“ (Vgl. Ebenda. S. 86.) Zur Erhöhung der Effektivität von naturwissenschaftlich-technischer Forschung mittels Industrieforschung siehe Malycha: Wissenschaft und Politik. (Deutschland-Archiv) S. 655.

²¹⁸⁶ Vgl. Malycha: Wissenschaft und Politik. (Deutschland-Archiv) S. 655.

²¹⁸⁷ Vgl. Ebenda. S. 654. Malycha bezieht sich auf: Laitko, Hubert: Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära. In: Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Hrsg. v. Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis. Berlin. 1997. S. 35-57.

²¹⁸⁸ Vgl. Ebenda.

²¹⁸⁹ Vgl. Malycha: Wissenschaft und Politik. (Deutschland-Archiv) S. 656.

²¹⁹⁰ Vgl. Ebenda.

²¹⁹¹ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 23.

²¹⁹² Vgl. Wiegmann, Ulrich: Allgemeinbildungstheorie anstatt Allgemeiner Pädagogik. Zum Verhältnis von bildungspolitisch-doktrinärer Selbstdisziplinierung und gesellschaftspolitischer Instrumentalisierung pädagogischer Wissenschaften in der SBZ und DDR. In: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 37. Kindheit, Jugend und Bildungsarbeit im Wandel – Ergebnisse der Transformationsforschung. Hrsg. von Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim/Basel: Beltz: 1997. S. 433-454. S. 451.

eine Sparanordnung, der zufolge alle Ministerien, also auch das Ministerium für Volksbildung, zehn Prozent ihres Personals einsparen mussten.²¹⁹³ Um die finanziellen Einschnitte an eigener Stelle gering zu halten, habe das MfV die Hauptlast der Kostensenkungsmaßnahmen an seine untergeordneten Dienststellen wie das DPZI, das Deutsche Zentralinstitut für Lehrmittel (DZL) und das für Berufsbildung weitergegeben.²¹⁹⁴ Durch eine Zusammenlegung der drei Institutionen sollten sich die Ausgaben reduzieren.²¹⁹⁵ Dabei war diese Idee nicht neu. Bereits bei der Vereinigung der Methodischen und Pädagogischen Kabinette durch die Einbeziehung des Berufsschulwesens in den Arbeitsbereich des MfV im Jahre 1959 wurde im DPZI die Zweckdienlichkeit des „Nebeneinanders von DPZI und des Instituts für Berufsausbildung“ hinterfragt.²¹⁹⁶

Die offiziell vom DPZI ausgewiesenen Beweggründe für die 1962 durchgeführten umfassenden strukturellen Veränderungen lagen hingegen nicht im Bereich der Kostenersparnis, sondern basierten auf den „inhaltlichen Aufgaben“ des Nationalkongresses und des 16. Plenums des ZK der SED.²¹⁹⁷ Darüber hinaus betonten alle drei Institute, dass mehr qualitativ-wissenschaftliche denn finanzielle Beweggründe ausschlaggebend für die Fusion gewesen wären²¹⁹⁸ – eine Argumentation, mit der sich auch Neuner zunächst geködert sah, später jedoch festhielt, dass „es den Ministeriellen gar nicht in erster Linie um eine höhere Qualität wissenschaftlicher Forschung“ gegangen sei, „sondern hauptsächlich darum, eigne Stellenplanprobleme zu lösen“.²¹⁹⁹

Damit rollte eine Lawine verwaltungstechnischer Aufgaben auf das DPZI zu, bei der die strukturellen Umwälzungen von Anfang an eng mit den personellen verbunden wurden. Auch richtungweisende institutionelle Entscheidungen für die spätere Gründung der APW bahnten sich in diesem Kontext an.

2.6.2.1 Expansion 1962-64 – Eineinhalb Jahre „Vereinigtes DPZI“

Das aus den drei zentralen Institutionen im Unterstellungsbereich des Ministeriums für Volksbildung (DZL, DfB und DPZI) gebildete „Vereinigte DPZI“ entstand im Juli/August 1962 und existierte in dieser Form bis zur letzten großen Umstrukturierung im DPZI von 1964.

2.6.2.1.1 Vorbereitungen und Durchführung

Im Mai 1962 befanden sich die Vorbereitungen zur institutionellen Fusion bereits in vollem Gange. Die aus Vertretern aller drei Institute bestehende Arbeitsgruppe „Allgemeine Abteilung zu Strukturfragen“ erwog Personaleinsparungen²²⁰⁰ über die Zusammenlegung der Bibliothe-

²¹⁹³ Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 105.

²¹⁹⁴ Vgl. Ebenda.

²¹⁹⁵ Vgl. Ebenda.

²¹⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2106. – Vorschläge für die Verbesserung der Struktur des DPZI. Ohne Datum [Frühjahr 1959].

²¹⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Protokoll einer Beratung mit den Direktoren und Parteisekretären des DPZI, DfB und des DZL am 11.7.1962.

²¹⁹⁸ Anm.: Es bestünde die „Notwendigkeit, die Qualität der Arbeit in den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen des Ministeriums für Volksbildung zu verbessern“. (Vgl. Ebenda.)

²¹⁹⁹ Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 105/106.

²²⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Aktennotiz über eine Aussprache der Arbeitsgruppe „Allgemeine Abteilung zu Strukturfragen“ am 3.5. 1962.

ken²²⁰¹ und der Abteilungen für Dokumentation des DIfB und DPZI²²⁰²; außerdem der drei Kaderabteilungen sowie der Bereiche für Verwaltung und Haushalt²²⁰³. Ein gemeinsames Archiv schlossen die Verantwortlichen zunächst aus. Durch die vorgesehenen Maßnahmen sollten 17,5 Stellen in diesen Bereichen gestrichen werden.²²⁰⁴ Aber auch innerhalb des DPZI nutzten Mitarbeiter die Möglichkeiten der neuen strukturellen Wandlungen, um frühere, gescheiterte Vorstellungen wieder einzubringen. In diesem Kontext trieb der Leiter der theoretischen Sektion seine Bemühungen von 1960 weiter voran,²²⁰⁵ das Gebiet der Tagesschulen auszulagern²²⁰⁶.

Mit Wirkung vom 1.7.1962 begann die „erste Stufe“²²⁰⁷ der Vereinigung des DPZI, des DIfB und des DZL.²²⁰⁸ Davon wurden die Direktion, die Kaderabteilung, die ökonomischen Bereiche (Verwaltung und Haushalt), die Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung und die Aspirantur erfasst. Weiterhin betraf der Zusammenschluss verschiedene Bereiche der Fachsektionen. Die Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne des DPZI verschmolz mit den Wissenschaftsgebieten des DZL für allgemeinbildende Schulen zur Sektion Unterrichtsmethodik, Lehrpläne und Unterrichtsmittel²²⁰⁹. Ferner fand eine Integration aller Mitarbeiter für sozialistische Erziehung in die Abteilung Erziehungsprogramm der Sektion I (Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung) des DPZI sowie die Übernahme der DZL-Wissenschaftler für polytechnische Bildung und Erziehung in die entsprechende Sektion des DPZI, die für Berufsausbildung des DZL in das DIfB, statt. Außerdem musste das Lehrmittelinstitut seine Mitarbeiter für Lehrerbildung an die Sektion Lehrerweiterbildung des DPZI abgeben. Die Auslandsabteilungen des DZL und DIfB sowie dessen Abteilung

²²⁰¹ Anm.: Dies wurde nur dann als sinnvoll erachtet, wenn die Pädagogische Zentralbibliothek mit einbezogen würde. (Vgl. Ebenda.)

²²⁰² Anm.: Im DZL war nur ein Hauptsachbearbeiter auf diesem Gebiet eingesetzt. Eine eigene Abteilung gab es nicht. (Vgl. Ebenda.)

²²⁰³ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

²²⁰⁴ Vgl. Ebenda.

²²⁰⁵ Anm.: Die Mitarbeiter des Bereiches Tagesschule sollten den „Kern einer neuen Strukturform“ bilden, die „inhaltlich und verwaltungsmäßig nicht dem Leiter der Sektion I untersteht“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorschlag für strukturelle Veränderungen der Sektion I im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Mitarbeitern des DIB und der Ausgliederung der Gruppe Tagesschule. 19.5.1962.)

²²⁰⁶ Anm.: 1960 beabsichtigte das DPZI, Bereiche der außerunterrichtlichen und außerschulischen Erziehung und Bildung, wie die Familienerziehung, die „Heimerziehung in der Vielfalt ihrer Formen“ sowie die Erziehung in der Kinder- und Jugendorganisation, „nach außen“ zu verlagern und im Sinne der dem Institut aufgetragenen anleitenden und koordinierenden Tätigkeit zu betreuen. Lediglich die Vorschul- und Horterziehung sollte im DPZI verbleiben und im strukturellen und personellen Aufbau des Instituts berücksichtigt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960. Vgl. auch zu den Tagesschulen in Punkt 2.5.4.)

²²⁰⁷ Anm.: Dieses Dokument stellt die „zweite Stufe der Vereinigung“ für den 1.1.1963 in Aussicht. Dabei sollten sich das DZL und das DIfB gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Lehrerweiterbildung zu Instituten des DPZI umwandeln. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].) Dies konnte jedoch in dieser Form nicht umgesetzt werden. Mehr dazu in den folgenden Punkten.

²²⁰⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].

²²⁰⁹ Anm.: Hier konstituierten sich zunächst die Abteilungen: „Grundsätze für Unterrichtsmittel (koordinierende Abteilung für alle inhaltlichen Fragen des Unterrichtsmittels in den verschiedenen Bereichen des Vereinigten Instituts)“; „Mathematik und Naturwissenschaften“; „Gesellschaftswissenschaften“; sowie „Theorie des Unterrichts“. (Vgl. Ebenda.)

Dokumentation gingen in der Sektion Auslands- und westdeutsche Pädagogik des DPZI auf.²²¹⁰ Darüber hinaus gewann das „Vereinigte DPZI“ die Pädagogische Zentralbibliothek als Institutsbibliothek, die dabei durch die Überführung der Bibliotheken des DPZI, des DIfB und des DZL ergänzt wurde. Alle übrigen, d.h. die nicht von den Umstrukturierungen betroffenen Bereiche des DZL und DIfB verblieben unter diesen Bezeichnungen im „Vereinigten DPZI“. Sie waren aber inhaltlich, ökonomisch und kaderpolitisch dem Direktor des DPZI Neuner unterstellt, der die „politische und pädagogische Gesamtverantwortung“ für das „Vereinigte DPZI“ übernahm.²²¹¹ Somit bündelte Neuner unter Kontrolle des Ministeriums für Volksbildung in seiner Person den pädagogisch-wissenschaftlichen Führungsanspruch von ehemals drei zentralen pädagogischen Instituten. Die „offizielle“ Angliederung erfolgte vermutlich zum 1.8.1962.²²¹² Die ehemaligen Direktoren des DZL und DIfB erhielten neue Posten als stellvertretende Direktoren.²²¹³ Soweit legte es zumindest die „vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut“ fest.²²¹⁴ Ein neues Statut sollte durch eine Kommission der Direktion unter Leitung des wissenschaftlichen Sekretärs des DPZI, zugleich Mitglied der Parteileitung sowie der Betriebsgewerkschaftsleitung, bis Jahresende 1962 erarbeitet werden. Der Zusammenschluss der SED-Parteioorganisationen in den drei Instituten zu einer „einheitlichen Betriebsparteioorganisation mit einer zentralen Parteileitung“ sowie der Betriebsgewerkschaftsorganisation und „anderen gesellschaftlichen Organisationen“ stand noch aus.²²¹⁵ Die Direktoren (Neuner vom DPZI, Werner Steinbach vom DIfB, Werner Hortschansky vom DZL²²¹⁶) und die Parteisekretäre der drei Einrichtungen berieten entsprechende Schritte noch im Juli 1962.²²¹⁷ Parteiaktivtagungen und Mitgliederversammlungen auf Parteiebene wurden zur Bekanntmachung und Legitimierung der Veränderungen in Struktur und Arbeitsweise geplant. Danach sollte auch die Gewerkschaft in die Vorbereitung und Durchführung von Belegschaftsversammlungen bis zum 4.8.1962 einbezogen werden, auf denen die Direktoren die strukturellen und arbeitsorganisatorischen Neuerungen darzulegen hätten. Der Umzug war ebenfalls noch für August 1962 vorgesehen.²²¹⁸ Auch die Kaderkommission, bestehend aus den Direktoren, Parteisekretären, Gewerkschaftsvorsitzenden und Kaderleitungen der Institute mussten noch im Sommer 1962 „Umbesetzungen und notwendige

²²¹⁰ Anm.: Mit den vier Abteilungen: Westdeutsche Pädagogik, Auslandspädagogik, Dokumentation und die Operative Abteilung. (Vgl. Ebenda.)

²²¹¹ Vgl. Ebenda.

²²¹² Anm.: Retrospektiv wurde dieses Datum als das für die Angliederung des DZL an das DPZI betrachtet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Chronologische Übersicht über die Zuständigkeiten der Institutionen für die Lehrmitteleinrichtungen. 27.1.1966 [Handschriftliches Datum]) Auch an anderer Stelle finden sich Hinweise dafür, dass erst zum 1.8.1962 größere Umstrukturierungen vorgenommen worden sind. So erfolgte die Berechnung der Lohnfonds „nach der bisherigen Struktur“ zum 31.7.1962. (Vgl. Ebenda. – Gegenüberstellung zum bestätigten Arbeitskräfteplan und Lohnfonds 1962.) Ebenfalls spricht ein Schreiben der Abteilung Ökonomie und des Wissenschaftlichen Sekretärs von der „Strukturveränderung im August 1962“. (Vgl. Ebenda. – Schreiben der Abteilung Ökonomie und des Wissenschaftlichen Sekretärs an das Ministerium für Volksbildung/Sektor Haushalt. 16.7.1963.)

²²¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].

²²¹⁴ Hier und im Folgenden: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].

²²¹⁵ Vgl. Ebenda.

²²¹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963.

²²¹⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Protokoll einer Beratung mit den Direktoren und Parteisekretären des DPZI, DIB und des DZL am 11.7.1962.

²²¹⁸ Anm.: „Die Verwaltungsdirektoren arbeiten bis zum 20.7.1962 einen Belegungs- und Umzugsplan aus. ... Der Umzug findet in der Woche vom 6. bis 11.8.1962 statt.“ (Vgl. Ebenda.)

Entlassungen“ und die „Neubesetzung der offenen Stellen“ vorschlagen sowie die Kaderzusammensetzung in den einzelnen Bereichen auflisten.²²¹⁹ Es scheint, als ob die Führungsgremien der Institute die strukturell und personell maßgeblichen Entscheidungen über den Sommer treffen wollten, d.h. in der Haupturlaubszeit, um weithin ungestört vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Einberufung einer Vollversammlung aller Mitarbeiter stellten die Verantwortlichen erst für September 1962 in Aussicht.²²²⁰

Neuner beklagte zwar rückblickend, dass die Zusammenlegung der Institute lediglich aus Stellensparnisgründen des Ministeriums für Volksbildung heraus motiviert war.²²²¹ Das DPZI nahm im Prozess der Strukturveränderungen aber dem DfB und dem DZL gegenüber die weitaus günstigere bzw. überlegene Position ein: als Direktor des „Vereinigten DPZI“ amtierte der Direktor des DPZI, der in allen finanziellen, personellen und Arbeitsplanfragen die Entscheidungsbefugnis hatte. Ausschließlich ihm oblag die Verantwortlichkeit für die Einstellung aller leitenden Mitarbeiter einschließlich der Sektionsleiter.²²²² Die Leitung bei der Ausarbeitung des neuen Statuts, das alle drei ehemals selbständigen Institute betraf, erhielt wiederum ein Mitglied des DPZI. Überdies trat für das DPZI, trotz der unübersehbaren Kostenersparnis von 62,5 TDM für 1962²²²³ und der Planstellenreduzierung um 23,25 Stellen²²²⁴, vor allem durch die Übernahme von Angehörigen der anderen beiden Institute auf die Gesamtpersonalsituation im wissenschaftlichen Bereich bezogen ein enormer Zuwachs ein.²²²⁵

²²¹⁹ Vgl. Ebenda.

²²²⁰ Vgl. Ebenda.

²²²¹ Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 105/106.

²²²² Anm.: Die stellvertretenden Direktoren hatten das Recht, Arbeitsverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter und Redakteure der Zeitschriften zu unterzeichnen. Sektionsleiter und Leiter von selbständigen Abteilungen durften Verwaltungs- und technische Kräfte einstellen. Zudem musste in allen Fällen, auch bei den Einstellungen durch den Direktor, der Kaderleiter mit unterzeichnen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorläufige Richtlinien zur Durchsetzung der sozialistischen Kaderpolitik im Vereinigten DPZI. Ohne Datum. [Sommer 1962].)

²²²³ Anm.: TDM (Tausend Deutsche Mark). Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Gegenüberstellung zum bestätigten Arbeitskräfteplan und Lohnfonds 1962.

²²²⁴ Anm.: „Der Stellenplan 1962 weist gegenüber dem des Jahres 1961 (DPZI, DZL und DfB) eine Reduzierung von 23 ¼ Planstellen im technischen Bereich und eine Erhöhung um 3 ½ Planstellen im wissenschaftlichen Bereich auf.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

²²²⁵ Die folgenden Grafiken beziehen sich ausschließlich auf das wissenschaftliche Fachpersonal. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Zusammenstellung der Arbeitskräfte laut Plan für 1962 und laut neuem Plan.) Hierbei ist die Erhöhung um 3,5 Stellen im wissenschaftlichen Bereich zulasten der 23,25 Stellen im technischen Bereich nach der Zusammenlegung der Institute bereits mit inbegriffen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

Erstes Halbjahr 1962

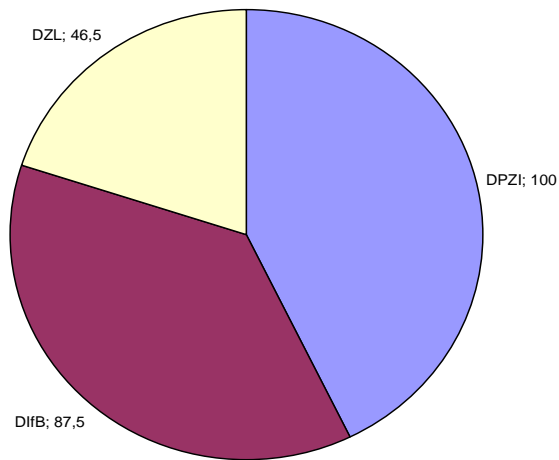


Abbildung 11: Der wissenschaftliche Personalbestand von DPZI, DIfB und DZL, erstes Halbjahr 1962

Zweites Halbjahr 1962

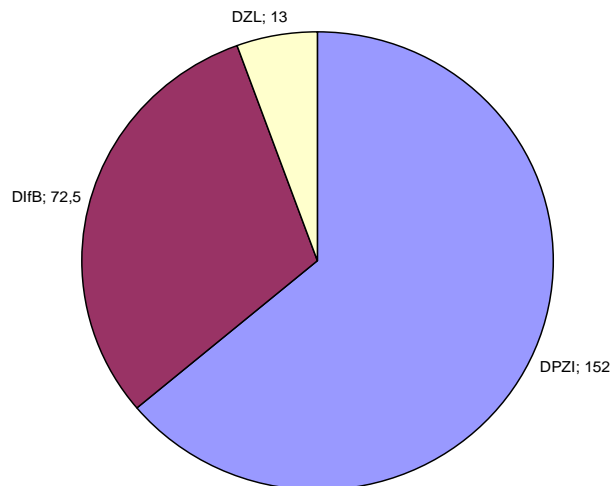


Abbildung 12: Aufgliederung des wissenschaftlichen Personalbestands im Vereinigten DPZI, zweites Halbjahr 1962

Insgesamt, also einschließlich aller technischen Kräfte, umfasste im August 1962 die „Anzahl der kademäßig zu betreuenden“ Belegschaft im „Vereinigten DPZI“ eigenen Angaben nach

447³/₄ Mitarbeiter. Im Ganzen gesehen fielen aber ca. 600 Mitarbeiter „unmittelbar in den Verantwortungsbereich des DPZI“.²²²⁶

2.6.2.1.2 Strukturelle und Personelle Bewegungen im „Vereinigten DPZI“

Sehr schnell, d.h. noch während des Vereinigungsprozesses, reagierte die Sektion Polytechnik auf die strukturellen Bewegungen im Institut. Angesichts des nahenden II. Polytechnischen Seminars im Oktober unter Druck geraten, drängte Frankiewicz auf baldige Veränderungen im Aufbau der Sektion.²²²⁷ Die Aufgliederung in fünf Arbeitsgruppen schien sich bezüglich des Standes der Vorbereitungen für das Seminar und der Aufgaben der Sektion bereits wieder überlebt zu haben. So war es besonders zwischen den Gruppen „Polytechnische Bildung, Berufsbildung und Arbeitserziehung“ zu unnötigen Überschneidungen gekommen, obwohl die Auswertung der Erhebungen und Erfahrungsberichte dringend abgeschlossen werden musste. Als nachteilig beurteilt wurde überdies die breite Struktur der Sektion. So unterstanden alle Arbeitsgruppen direkt dem Sektionsleiter, der sich unter diesen Umständen nicht in der Lage sah, die zuverlässige Lenkung und Organisation der Arbeit, die „Sicherung der Arbeitsdisziplin“, sowie die „konkrete wissenschaftliche Anleitung“ zu gewährleisten. Bis zum 20.7.1962 sollten nun seine Vorschläge umgesetzt werden. Dabei wurden die Wünsche Frankiewicz hinsichtlich eines eher vertikalen Sektionsaufbaus nach Abteilungen und Fachgebieten im Wesentlichen berücksichtigt.²²²⁸ Inklusive Sektionsleiter hatte Frankiewicz in seinen Vorschlägen 17 wissenschaftliche Mitarbeiter eingeplant; ebenso viele waren schließlich auch Ende Juli für längerfristige Arbeiten vorgesehen.²²²⁹

Dem Leiter der theoretischen Sektion W. Lindner gelang es hingegen nur teilweise, seine Gedanken zur Auslagerung des Tagesschulbereiches aus der Sektion I vom Mai 1962²²³⁰ durchzusetzen. Denn für Fragen der Tagesschule gab es strikte Anweisungen durch das ZK und

²²²⁶ Anm.: Um die Zahl von 600 Mitarbeitern zu erhalten, wurden zu den 447 ³/₄ Stelleninhabern noch 50 Lehrerstudenten des DIfB, ca. 36 Aspiranten und 70 aus der Zusammenlegung des Instituts für Lehrerweiterbildung mit dem Institut für Jugendhilfe erwartete Mitarbeiter hinzu gerechnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

²²²⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung an den Direktor des DPZI. 12.7.1962.

²²²⁸ Anm.: Im Vorschlag: 1. Abteilung Grundsätze mit den Arbeitsgruppen „Entwicklung der Produktion und Anforderungen an die polytechnische und berufliche Bildung“ sowie „Schulversuch“; 2. Abteilung wissenschaftlich-operative Arbeit mit den Fachgebieten Werken und Arbeitserziehung in den Klassen 1 bis 6; „Grundlagen der industriellen Produktion und allgemein-technische Fächer“ sowie „Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion“; 3. Zeitschrift „Polytechnische Bildung und Erziehung“. (Vgl. Ebenda. Anlage zum Schreiben.) Der strukturelle Aufbau, wie er Ende Juli in der Sektion bestand: 1. Abteilung „Theorie und Grundsätze der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit“ mit den Fachgebieten: „Entwicklungslinien der Produktion“ (unter direkter Leitung des Abteilungsleiters) und „Schulversuch/Forschungsschulen“ (*wissenschaftlich* von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Sektionsleiters angeleitet); 2. Abteilung „Organisation und Methoden der Polytechnischen und beruflichen Ausbildung in der allgemeinbildenden Schule“ mit den Fachgebieten: „Werken“, „Grundlagen der Polytechnischen und beruflichen Bildung 7. bis 10. Klasse, industrielle Produktion“ und „Grundlagen der Polytechnischen und beruflichen Bildung 7. bis 10. Klasse in der Landwirtschaft“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung. Aktenvermerk über Kaderfragen. 28.7.1962.)

²²²⁹ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung an den Direktor des DPZI. 12.7.1962. Anlage zum Schreiben.

²²³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorschlag für strukturelle Veränderungen der Sektion I im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Mitarbeitern des DIB und der Ausgliederung der Gruppe Tagesschule. 19.5.1962. Vgl. auch Punkt 2.6.2.1.1.

das Ministerium für Volksbildung.²²³¹ Die bestehende und von W. Lindner seit März 1962 selbst geleitete²²³² Arbeits- bzw. Forschungsgruppe²²³³ Tagesschule sollte demzufolge ihre Arbeit ab 1963 zwar als Abteilung jedoch auch künftig innerhalb der Sektion I fortführen²²³⁴. Die Leitung wurde einem Pädagogen zugeordnet, der die kaderpolitischen Qualifikationsmerkmale eines Sektionsleiters erfüllt und auch die entsprechende Gehaltsstufe erhalten würde.²²³⁵ Unter solchen Voraussetzungen übernahm W. Lindner diese Funktion weiterhin.²²³⁶ Damit fanden zumindest diejenigen Vorstellungen von W. Lindner Bestätigung, nach denen jeder seine frühere Planstelle mitzubringen habe.²²³⁷ An W. Lindners Stelle als Sektionsleiter trat 1963 dessen ehemaliger Aspirant Hans Senf, der sich inzwischen promoviert hatte.²²³⁸ Im Jahr darauf übernahm Hofmann in Doppelfunktion als stellvertretender Direktor diese Position, die er bis 1970 behielt²²³⁹; H. Senf fungierte von da ab als stellvertretender Sektionsleiter²²⁴⁰. Ab 1966 leitete W.

²²³¹ Anm.: „Für den Aufbau und die Aufgaben der Abteilung Tagesschulen wurde vom ZK und dem Kollegium des Ministeriums für Volksbildung eine entsprechende Linie gegeben.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

²²³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Protokoll der engeren Direktionsberatung am 26.2.1962. Vorher hatte ein anderer Mitarbeiter der Sektion I die Verantwortlichkeit für die Bildung der Forschungsgemeinschaft und die Erfüllung der Aufgaben auf diesem Gebiet innerhalb der Sektion I inne. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I [Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung]: Entwurf des Arbeitsplanes 1961/62. 14.9.1961.)

²²³³ Anm.: Beide Begriffe werden in gleicher Bedeutung verwendet. Laut Hausanweisung Nr. 142 vom 1.6.1962 bestand die Aufgabe der Arbeitsgruppe/Forschungsgruppe Tagesschule darin, „die schrittweise Einführung der Tagesschule im Stadtbezirk Berlin-Köpenick von der wissenschaftlich-pädagogischen Seite her zu leiten und zu unterstützen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Tagesschule.)

²²³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorlage für die zentrale Kaderkommission. 27.5.1963. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.

²²³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.

²²³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Zentraler Arbeitsplan des DPZI für das 2. Halbjahr 1962. (Bestätigung durch das MfV am 24.8.1962) und Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963. und Vgl. Ebenda. – Vorlage für die zentrale Kaderkommission. 27.5.1963.

²²³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Vorschlag für strukturelle Veränderungen der Sektion I im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Mitarbeitern des DIB und der Ausgliederung der Gruppe Tagesschule. 19.5.1962.

²²³⁸ Anm.: Zunächst als kommissarischer, dann als bestätigter Sektionsleiter eingesetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorlage für die zentrale Kaderkommission. 27.5.1963.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.; und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des kommissarischen Sektionsleiters der Sektion I an die Kaderabteilung. 7.3.1963.) Senf trat zum 1.9.1963 in die Aspirantur ein, Fachrichtung „Pionierarbeit“, und wurde von Lindner betreut. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Lindner an die Direktion: Mitteilung über nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit. 28.2.1959.)

²²³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben des Sektionsleiters der Sektion I, Hofmann, an alle Abteilungsleiter. 13.3.1964.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Besprechung in der Plankommission am 7.3.1964.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 10.5.1965.; Vgl. Ebenda. – Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 14.2.1966.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3889h. – Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 9.1.1967.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968.; Vgl. Ebenda. – Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Schreiben der Abteilung Ökonomie vom 20.4.1970. (Zu Hofmann auch siehe Punkt 2.5.5.)

²²⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben des stellvertretenden Sektionsleiters vom 11.8.1964.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Protokoll der Abteilungsleiterberatung am 8.11.1965.; Vgl. Ebenda. – Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 6.6.1966.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben Hofmann an Senf vom 11.8.1967.

Lindner die Abteilung Theorie der Erziehung in der Sektion I²²⁴¹ und bekleidete ab 1968 das Amt des stellvertretenden Sektionsleiters in der Sektion I²²⁴².

Die Sektion VI bzw. das Institut für Lehrerweiterbildung in Ludwigsfelde löste sich nur langsam vom DPZI ab. Bereits seit August 1962 „haushaltsmäßig“ vom DPZI unabhängig²²⁴³, erhielt das Zentralinstitut für Weiterbildung²²⁴⁴ im Oktober gleichen Jahres mit einem vorläufigen Statut zunächst auch seine juristische Selbständigkeit.²²⁴⁵ Eine Anweisung des Ministeriums für Volksbildung hatte die endgültige Gründung dieser Einrichtung sowie die damit einhergehende Auflösung der Sektion VI besiegelt.²²⁴⁶ Das Zentralinstitut blieb jedoch weiterhin personalrechtlich an das DPZI angebunden, so dass die „Umsiedlungen“ der entsprechenden DPZI-Mitarbeiter in das neue Institut durch den Kaderleiter des DPZI gegengezeichnet werden mussten.²²⁴⁷

Im August 1962 hatte das DPZI die folgende Gestalt angenommen²²⁴⁸:

1967 leitete Senf die Abteilung Methodik und Organisation der Erziehung/Außerschulische Erziehung bzw. Kinder- und Jugendorganisation, die als selbständige Abteilung innerhalb der Sektion I ausgewiesen werden sollte. Im Verlaufe dessen übte er das Amt als stellvertretender Sektionsleiter nicht länger aus. (Vgl. Ebenda.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 25.9.1967.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Abteilung Ökonomie. Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970.)

²²⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – DPZI/Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966. Die Berufung wurde zum 1.2.1966 wirksam.

²²⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968.

²²⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.

²²⁴⁴ Anm.: Im Dokument von August 1962 noch als Institut für Lehrerweiterbildung bezeichnet, findet sich das Institut im November unter dem Namen „Zentralinstitut für Weiterbildung der Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre“ wieder. (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts/Zentralinstitut für Weiterbildung an die Kaderabteilung des DPZI. 5.11.1962.)

²²⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Schreiben des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts/Zentralinstitut für Weiterbildung an die Kaderabteilung des DPZI. 5.11.1962.

²²⁴⁶ Vgl. Ebenda.

²²⁴⁷ Anm.: Elf ehemalige Arbeitsverhältnisse der Wissenschaftler in der Sektion Lehrerweiterbildung sollten zum 31.10.1962 aufgehoben und 16 neue mit dem Zentralinstitut für Weiterbildung abgeschlossen werden. Der Leiter wäre vom Minister für Volksbildung zu berufen. (Vgl. Ebenda.)

²²⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan 1962 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 10.8.1962. Hinzu kommen die Kaderabteilung, Abteilung Ökonomie und die Bibliotheken. Die Mitarbeiterzahlen beziehen sich auf das wissenschaftliche Fachpersonal und die redaktionellen Mitarbeiter der Fachzeitschriften.

In der *Direktion* waren neben dem Direktor, fünf stellvertretenden Direktoren, dem Wissenschaftlichen Sekretär und dem Wissenschaftlichen Oberassistenten auch die Koordinierungsstelle für Forschung (drei Mitarbeiter), die Aspirantur (zwei Mitarbeiter) und die Zeitschrift „Pädagogik“ (sieben Mitarbeiter) untergebracht – insgesamt 20 Mitarbeiter.

Bei der *Sektion II* wurde im Vergleich zum Juli 1962 auf die Nennung der Lehrmittel in der Sektionsbezeichnung verzichtet. Statt der vormals angeführten Abteilung Grundsätze für Unterrichtsmittel findet sich die Abteilung Forschung und Unterrichtsmethodik (sechs Mitarbeiter). Ansonsten blieb die Abteilungsstruktur vom Juli erhalten: Abteilung Mathematik/Naturwissenschaften (15 Mitarbeiter), Abteilung Gesellschaftswissenschaften (20 Mitarbeiter) und Abteilung Theorie des Unterrichts (neun Mitarbeiter) mit den Bereichen Theorie des Lehrplans, Didaktik und Sonderschulen. Insgesamt waren 51 Mitarbeiter in der Sektion beschäftigt. (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962]. Siehe Punkt 2.6.2.1.1.)

Der Stellenplan vom August 1962 orientierte sich hinsichtlich der *Sektion III* an den (wesentlich kürzeren) Bezeichnungen für die Sektionsstruktur aus Frankiewicz's Vorschlägen vom 12.7.1962 statt an denen vom 28.7.1962. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung an den Direktor des DPZI. 12.7.1962. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung. Aktenvermerk über Kaderfragen. 28.7.1962. Siehe oben im Punkt 2.6.2.1.2.) Auf feinstruktureller Ebene sind die Unterschiede minimal und so dürften sich die unterschiedlichen Bezeichnungen kaum auf die inhaltliche Arbeit ausgewirkt haben. Die Belegschaftsstärke von 17 Mitarbeitern (einschließlich Sektionsleiter) blieb ebenfalls erhalten. Hinzu kamen noch die vier Mitarbeiter der Zeitschrift „Polytechnische Bildung und Erziehung“, die im Juli außen vor gelassen worden ist. (Insgesamt konnten also 21 Mitarbeiter im Bereich der polytechnischen Sektion registriert werden.) Entsprechend gab es im August gleichsam zwei Abteilungen: 1. Abteilung: Grundsätze (mit der Arbeitsgruppe Schulversuch) und 2. die „Abteilung wissenschaftlich-operative Arbeit“ (mit den Fachgebieten: Werken und Arbeitserziehung; Grundlagen der industriellen Produktion und allgemein-technische Fächer; Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan 1962 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 10.8.1962.)

In *Sektion IV* bestand die bei der Zusammenführung der drei Institute zum „Vereinigten DPZI“ (Siehe Punkt 2.6.2.1.1.) festgelegte Struktur mit insgesamt 22 Mitarbeitern fort. (Vgl. Ebenda.)

Das *DZL* blieb mit den Abteilungen Herstellung und Versorgung (mit den Fachgebieten: Allgemeine Lehrmittel, Film, Lichtbild, Tonband, Massenkopierung, Technik, Publikationen); sowie Hoch- und Fachschulen mit, einschließlich technischer Kräfte, 42 Mitarbeitern (davon 13 mit Lehrertarif) erhalten. (Vgl. Ebenda.) In der Anlage zu diesem Stellenplan wurden nur die 13 nach Lehrertarif bezahlten Mitarbeiter zum wissenschaftlichen Fachpersonal gerechnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

Im *DifB* gab es das *selbständige Fachgebiet Publikationen*, die *Abteilung Grundsätze der Berufsbildung* (mit den Fachgebieten: Technisch-wissenschaftliche Entwicklung, Grundsätze der Erwachsenenqualifizierung, Grundsätze der Berufsausbildung und Theorie des Unterrichts); die *Abteilung Inhalt und Methodik der Berufsbildung* mit den Bereichen Produktionstechnischer Unterricht (Fachgebiete: Metallverarbeitende Industrie; Elektroindustrie und Bergbau; Landwirtschaft; Bauwesen; Chemische Industrie; Wirtschaft, Verwaltung und Handel; Textilindustrie; Polygrafische Industrie) und Allgemeinbildender Unterricht (Fachgebiete: Staatsbürgerkunde/Geschichte; Mathematik/Naturwissenschaften; Deutsch/Fremdsprachen; Betriebsökonomie) sowie schließlich die *Abteilung Leitung und Ortung der Berufsbildung* (Fachgebiete: Grundsätze der Leitungstätigkeit; Grundsätze der Aus- und Weiterbildung; Lehrgänge für leitende Kader; Berufsschullehrerausbildung). Insgesamt waren 72 Mitarbeiter als wissenschaftliches Fachpersonal beschäftigt. Hinzu kommt ein Sachbearbeiter im Fachgebiet Lehrgänge für leitende Kader. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan 1962 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 10.8.1962.) Dieser wurde vermutlich als halbe Stelle im Bereich wissenschaftliches Fachpersonal hinzugerechnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Anlage zum Stellenplan vom 10.8.1962.)

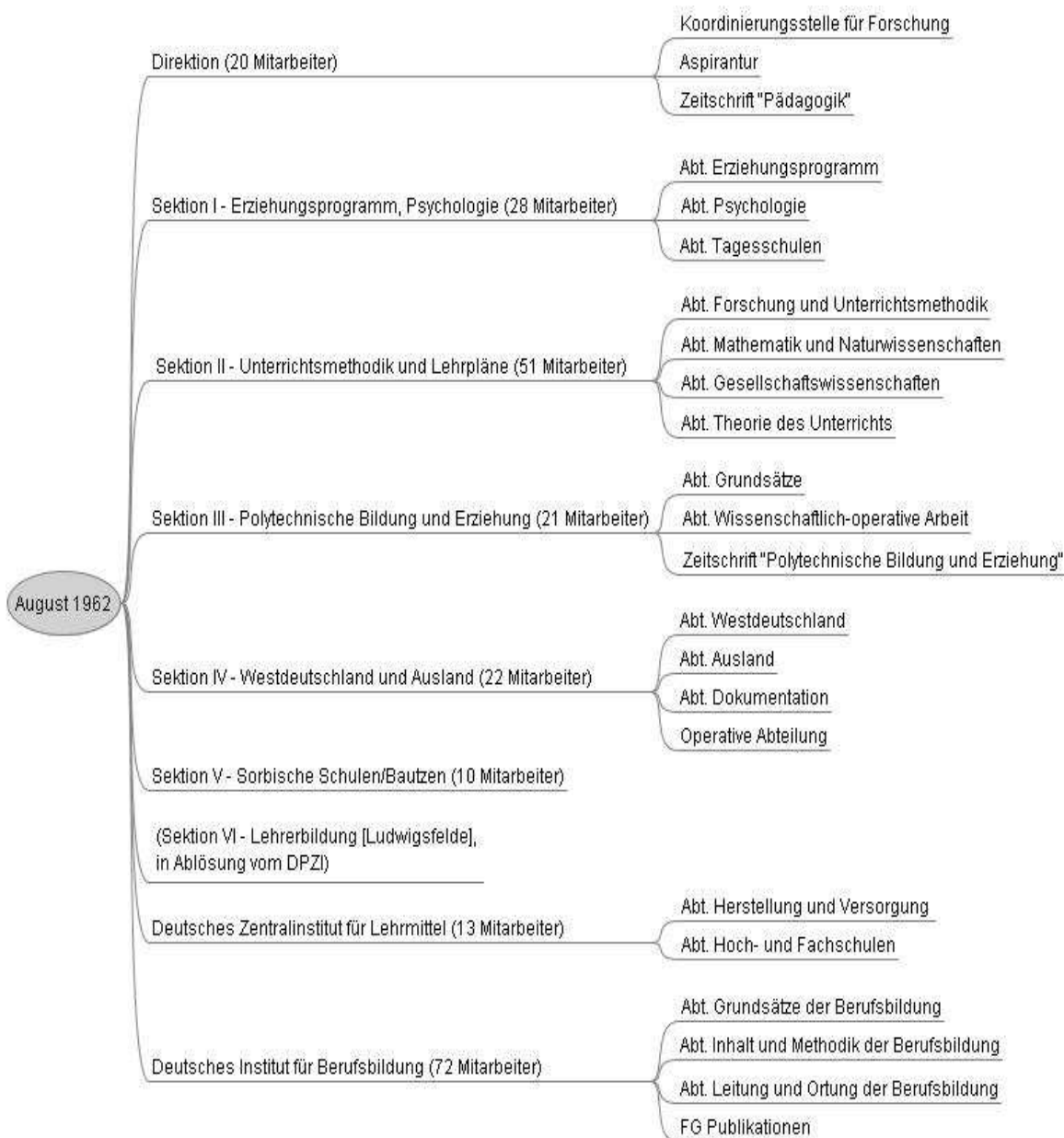


Abbildung 13: Struktureller Aufbau des Vereinigten DPZI, August 1962

Damit kamen die strukturellen Überlegungen aber keineswegs zum Ende. Das Datum der geplanten „zweiten Stufe“ zur Vereinigung der drei zentralen Institutionen, der 1.1.1963, nahte heran.²²⁴⁹ Aber die Diskussionen vom Juli 1962 zu der im Rahmen dessen beabsichtigten Bildung von Instituten statt Sektionen am DPZI, bei der unter anderem das DZL, das DIFB und das Zentralinstitut für Lehrerweiterbildung dem DPZI als Institute zugeordnet werden sollten, waren im Januar 1963 noch lange nicht abgeschlossen.²²⁵⁰ Die in den Strukturvorschlägen vorgesehenen Institutsgründungen innerhalb des DPZI wurden dabei über die angestrebte „Weiterentwicklung des einheitlichen Bildungswesens“ legitimiert und zielten insbesondere auf

²²⁴⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].

²²⁵⁰ Vgl. Ebenda.

die „Abstufung zwischen Grundlagenarbeit, Spezialforschung und wissenschaftlich-operativer Tätigkeit“ ab.²²⁵¹

Im März 1963 beriet die Strukturkommission immer noch darüber, wie genau die Umbildung der Sektionen des DPZI zu Instituten umgesetzt werden müsse.²²⁵²

Ein Vorschlag lautete, das inzwischen selbständige Institut für Lehrerweiterbildung als Institut für Lehreraus- und -weiterbildung zu reorganisieren und wieder ins DPZI einzugliedern.²²⁵³

Ähnliche Überlegungen gingen dahin, die Einrichtung in Ludwigsfelde als ausführende Instanz für Weiterbildungsmaßnahmen bestehen zu lassen, die wissenschaftlich-inhaltliche Verantwortung für die Lehrprogramme jedoch einem eventuellen Institut für Grundsätze der Lehrerbildung am DPZI zu übertragen.²²⁵⁴ Die Mitarbeiter der in den ersten Planungen von Juli 1962 zunächst als Institut für Lehrmittelarbeit (ehemals DZL)²²⁵⁵ vorgesehenen eigenständigen Einrichtung am DPZI sollten nun doch in den übrigen Bereichen des DPZI aufgehen²²⁵⁶, dafür aber auch den entsprechenden Tarif erhalten²²⁵⁷. Weitere in den Vorstellungen der Strukturkommission mögliche Institute waren eines für Theorie und Praxis der Erziehung (einschließlich der vergleichenden und historischen Pädagogik), eines für Allgemeinbildung sowie eines für polytechnische Bildung und berufliche Ausbildung.²²⁵⁸ Das theoretische Institut würde dabei, den Arbeitsfeldern folgend, sehr wahrscheinlich die Bereiche der Sektion I und IV zusammenfassen, das Institut für Allgemeinbildung weitgehend der Sektion II (Unterrichtsmethodik und Lehrpläne) entsprechen²²⁵⁹ und das für polytechnische Bildung und berufliche Ausbildung die Sektion III (Polytechnische Bildung und Erziehung) und das DIFB

²²⁵¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.

²²⁵² Vgl. Ebenda.

²²⁵³ Vgl. Ebenda.

²²⁵⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Strukturvorschlag für ein Institut für Grundsätze der Lehrerbildung. Ohne Datum.

²²⁵⁵ Anm.: Die Leitung des DZL ging dabei von zwei Möglichkeiten aus: Würden „alle theoretischen Arbeiten, besonders Grundsatzfragen der Perspektive der Erziehung und Bildung in einem Institut bearbeitet, dann bestünde keine Notwendigkeit für die Schaffung eines Instituts für Unterrichtsmittel“. Wäre dies hingegen nicht der Fall, so sei die Bildung eines Instituts für Unterrichtsmittel erforderlich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Struktur für die Unterrichtsmittelarbeit.) In der Beratung der Strukturkommission vom 8.3.1963 wurde diesbezüglich festgehalten, dass ein „gesondertes Institut zur Entwicklung der Lehrmittel“ als „nicht notwendig erachtet“ werde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.)

²²⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.

²²⁵⁷ Anm.: Die Mitarbeiter des DZL erhielten vorerst den Lehrentarif. Nun stellte Direktor Neuner beim Ministerium den Antrag, dass die von Neu- bzw. Umbesetzungen betroffenen Pädagogen im Lehrmittelbereich umgehend nach dem Tarif für Wissenschaftler (HVO) bezahlt werden, da sie strukturell zu den „wissenschaftlichen Kollektiven der einzelnen Sektionen und Abteilungen gehören und somit stärker in die pädagogisch-wissenschaftliche Arbeit einbezogen“ würden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben von Neuner an das MfV/Stellvertreter des Ministers, Dietzel. 8.2.1963.)

²²⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.

²²⁵⁹ Anm.: In späteren Strukturentwicklungen erhielt die Sektion II dieselbe Bezeichnung. Auch die in diesem Protokoll vorgesehene Gründung einer operativen Abteilung im Institut für Allgemeinbildung wurde kurz darauf in Sektion II vorgenommen. (Vgl. Ebenda. und zur Gründung der Abteilung: siehe im Folgenden.)

vereinen²²⁶⁰. Die Realisierung von Institutsgründungen innerhalb des DPZI blieb jedoch aus bzw. musste bis zur Konstituierung der APW warten.

Statt der Verwirklichung von strukturellen Veränderungen dieser Größenordnung konnte das „Vereinigte DPZI“ vorerst nur auf unteren Strukturebenen Umgestaltungen vornehmen – und auch das ging nicht ohne Probleme vonstatten. Schwierigkeiten bereitete vor allem die zum 1.1.1963 übereilt gebildete der Forschungsgruppe Kybernetik, für deren Gründung keine einzige Planstelle vorhanden war.²²⁶¹

Die Kybernetik²²⁶² genoss im Rahmen des Ökonomie- und Planungskults aber höchste Priorität, avancierte im Laufe der 1960er Jahre neben der wissenschaftlich-technischen Revolution sogar zum mobilisierenden Schlagwort dieser Reformphase²²⁶³. Überdies richteten sich auf die Kybernetik auch die Hoffnungen hinsichtlich der Entwicklung einer „neuen Didaktik“, die gemeinsam mit „gereifteren psychologischen Einsichten“ und der Informationstheorie „gesicherte Auffassungen über die Bedingungen eines erziehenden Unterrichts“ liefern könnte.²²⁶⁴ Die Prinzipien und Erkenntnisse einer solchen Didaktik mündeten später in die „Programmierung von Lehr- und Lernprozessen“,²²⁶⁵ welche zur möglichst effektiven Unterrichtsgestaltung und zur Erforschung pädagogischer Gesetzmäßigkeiten in Lern- und Unterrichtsprozessen eingesetzt werden sollte²²⁶⁶.

Die daraus folgende hohe wissenschaftspolitische Relevanz der Kybernetik, für die eigentlich keine Kapazitäten im DPZI frei waren, führte offenbar dazu, dass fieberhaft nach Mitarbeitern und Planstellen gesucht wurde, um die neue Forschungsgruppe des Instituts besetzen zu können. Das DPZI ging dabei verhältnismäßig rücksichtslos vor und spielte seine überlegene Position gegenüber den anderen „Partnern“ im „Vereinigten DPZI“ aus (siehe Punkt 2.6.2.1.1.), besonders dem DfB gegenüber. Das DfB verlor fünf Planstellen, welche die Kaderabteilung

²²⁶⁰ Anm.: „Die Struktur sieht eine weitgehende Vereinigung der polytechnischen und beruflichen Bildung in den einzelnen Sektionen vor.“ Entsprechend waren Fachbereiche wie Werkunterricht, Polytechnischer Unterricht und Polytechnische Bildung in der Landwirtschaft (siehe Sektion III für Polytechnik im DPZI) aber auch Metallverarbeitende Industrie, Chemische Industrie, Bauwesen, Bergbau und Erwachsenenqualifizierung (siehe DfB im „Vereinigten DPZI“) vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Strukturvorschlag für das Institut für polytechnische und berufliche Bildung. Ohne Datum.)

²²⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des DfB/Direktion an die Kaderabteilung des DPZI. Betreff: Planstellen des DfB. 21.4.1963.

²²⁶² Anm.: Kybernetik (griech. für Steuermannskunst) wurde in der DDR als „Querschnittswissenschaft“ und „wesentliche Grundlage der technischen Revolution“ bezeichnet. In der Kybernetik kämen Aspekte „der Systemtheorie, der Regelung, der Algorithmentheorie, der Informationstheorie und der Spieltheorie“ zur Anwendung. Durch die Übertragung verschiedener Methoden der einzelnen Wissenschaften aufeinander sollte der wissenschaftliche Fortschritt beflügelt, die sozialistische Volkswirtschaft mittels der Kybernetik bestmöglich auf allen Gebieten geplant werden. Als Wissenschaft „von den selbst regulierenden dynamischen Systemen“ galten ihre Vorgänge als steuerbar. (Vgl. Jugendlexikon. Hrsg. von einem Herausgeberkollegium unter Leitung von Annelies Müller-Hegemann. Leipzig. VEB Bibliographisches Institut: 1968. S. 499/500.) Die Idee der steuerbaren Abläufe sollte nun auch für das Bildungswesen nutzbar gemacht werden.

²²⁶³ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 16.

²²⁶⁴ Vgl. Geschichte der Erziehung. 1969. S. 703.

²²⁶⁵ Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 309. Vgl. auch: Schaub, Horst/Zenke, Karl G.: Wörterbuch Pädagogik. 6. Aufl. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 2006. S. 339. (An dieser Stelle ist die Rede von einer auf der Basis von Kybernetik, Informationstheorie und behavioristischer Lerntheorie entwickelten „kybernetisch-informationstheoretischen“ Didaktik, die in ihren Grundlagen im „programmierten Unterricht“ und im „Computer gestützten Unterricht“ Anwendung finde.)

²²⁶⁶ Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 309.

des DPZI im September wieder zurückzuerstatten versprach.²²⁶⁷ Doch als durch frei werdende Planstellen die Gelegenheit dazu bestand, vergab sie die Stellen an andere Bereiche, unter anderem an die geplante Operative Abteilung der Sektion II für Unterrichtsmethodik und Lehrpläne.²²⁶⁸ Gegen den Protest und die Wünsche des DIFB²²⁶⁹ verteilte das DPZI nicht nur das Personalkontingent nach eigenem Ermessen²²⁷⁰. Obendrein wurden dem DIFB noch zwei Planstellen gekürzt, um sie für Bereiche des DPZI zu verwenden.²²⁷¹

Die Radikalität, mit der die personellen Vorstellungen des DPZI zulasten des DIFB realisiert wurden, lag sicherlich nicht nur in dessen ohnehin schwächeren Ausgangsposition seit der Vereinigung der Institute begründet, sondern auch darin, dass die Bildung der Operativen Abteilung im April 1963 vom Ministerium für Volksbildung abgesegnet worden war.²²⁷²

Überdies hatten der stellvertretende Minister für Volksbildung und der Leiter des Sektors Ökonomie im MfV den Vorschlag eingebracht, sich der Stellen des DIFB zu bedienen.²²⁷³ So standen für die Konstituierung der Operativen Abteilung²²⁷⁴ letztendlich fünf Arbeitsplätze aus dem DIFB zur Verfügung.²²⁷⁵

Auch die bei der institutionellen Zusammenlegung aus dem DIFB heraus der Sektion IV zugewiesene Abteilung Dokumentation erhielt nach ihrer erneuten Umsetzung in die Direktion des DPZI zum 1.4.1963²²⁷⁶ ebenfalls eine Planstelle aus dem DIFB²²⁷⁷.

Nach diesem von Rivalitäten gekennzeichneten²²⁷⁸ Planstellenpoker auf der unteren Ebene begannen sich die Personalbewegungen im Leitungsbereich zu beruhigen. Im Mai/Juni 1963 wirkte die Kaderabteilung darauf hin, dass verschiedene leitende Mitarbeiter die offizielle Bestätigung für ihre neuen Positionen erhalten – darunter der Sektionsleiter für Sorbische

²²⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des DIFB/Direktion an die Kaderabteilung des DPZI. Betreff: Planstellen des DIFB. 21.4.1963.

²²⁶⁸ Vgl. Ebenda.

²²⁶⁹ Vgl. Ebenda. Das DIFB hatte in seinem Einspruch die abhanden gekommenen Planstellen für die Fachgebiete Technisch-wissenschaftliche Entwicklung (zwei); Textilindustrie (eine); Wirtschaft, Verwaltung, Handel (eine); sowie Mathematik/Naturwissenschaften (eine) gefordert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des DIFB/Direktion an die Kaderabteilung des DPZI. Betreff: Planstellen des DIFB. 21.4.1963.) Nun bekam das DIFB zwar drei Stellen zugesprochen, jedoch zur Verstärkung des Fachgebietes Kybernetik. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Kaderabteilung: Aktennotiz über die Beratung im DIFB am 30.4. 1963.)

²²⁷⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Kaderabteilung: Aktennotiz über die Beratung im DIFB am 30.4. 1963.

²²⁷¹ Vgl. Ebenda.

²²⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Bericht über die durchgeführten Beratungen im MfV, welche die Bildung der operativen Abteilung der Sektion II zum Inhalt hatten. 19.4.1963. (Die betreffenden Beratungen fanden am 10. und am 17.4.1963 statt.)

²²⁷³ Vgl. Ebenda.

²²⁷⁴ Anm.: Aufgabe dieser Abteilung war es, „ständigen Kontakt mit der Schulpraxis“ zu halten und „die Ergebnisse auf dem Gebiet der Unterrichtsmethodik und Lehrplanarbeit schneller auszuwerten“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben an das Ministerium der Finanzen. Antrag auf Veränderung des Stellenplanes des Vereinigten DPZI. 9.8.1963.)

²²⁷⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Kaderabteilung: Aktennotiz über die Beratung im DIFB am 30.4. 1963.

²²⁷⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben von Direktor Neuner an den Stellvertreter des Ministers für Volksbildung. Betreff: Stellenplanänderung. 2.5.1963.

²²⁷⁷ Vgl. Ebenda. – Kaderabteilung: Aktennotiz über die Beratung im DIFB am 30.4. 1963.

²²⁷⁸ Anm.: Karl-Heinz Günther räumt in seinem Rückblick solche „personellen Probleme und Rivalitäten“ beim Zusammenschluss der drei Institute ein und führt diese darauf zurück, dass die „meisten parallel existierenden Bereiche ... dem DPZI eingegliedert und den bisherigen Leitern des DPZI unterstellt“ wurden. (Vgl. Günther: Rückblick. S. 368.)

Schulen (V) Benno Koreng²²⁷⁹ und Dr. Herbert Bauer²²⁸⁰ als Leiter der Aspirantur.²²⁸¹ Kommissarisch blieb bis zur erwarteten nächsten Umstrukturierung Horst Becker²²⁸² Sektionsleiter der Sektion IV (Pädagogik Westdeutschlands und des Auslands).²²⁸³ Berger, ehemaliger Direktor des DPZI und zunächst für die Abteilung Erziehungsprogramm eingesetzt sowie für die endgültige Berufung auf diesen Posten vorgesehen²²⁸⁴, sollte nun „auf Antrag der Sektion I“ von seinem Amt abgelöst werden²²⁸⁵. Zum 31.8.1963 schied er schließlich aus dem Institut aus.²²⁸⁶

Nachdem die Leitung des DPZI verändert worden war, hielt die Direktion nun auch eine Neufestlegung der Verantwortungsbereiche für erforderlich.²²⁸⁷ Dabei erweiterte sich der Unterstellungsbereich des ersten stellvertretenden Direktors um eine Sektion.²²⁸⁸ Im Gegenzug reduzierte sich die Anzahl der stellvertretenden Direktoren von sechs auf vier.²²⁸⁹

²²⁷⁹ Anm.: Koreng kam 1961 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Sektion V für Sorbische Schulen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Kadersituation. 20.10.1961.) Ab 1963 übernahm er (noch unpromoviert) von Sauer (siehe Punkt 2.5.5.) die Leitung der Sektion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Kaderleiter an Direktor. Einladung und Vorlage für die Tagung der zentralen Kaderkommission. 27.5.1963.)

²²⁸⁰ Anm.: Günther hatte, eigenen Angaben nach, bereits ab Oktober 1962 die unmittelbare Leitung an Bauer abgeben müssen. Er beschreibt seinen Nachfolger (Neulehrer, Schuldirektor und Bezirksschulrat in Suhl) als „unstetigen, eigenwilligen“ ehemaligen Aspirant am DPZI, der als „glückloser Parteisekretär des Instituts“ bei den „Parteimitgliedern nicht angesehen“ irgendwie „untergebracht“ werden musste. Als stellvertretender Direktor unter anderem für Aspirantur zuständig, war Günther der Vorgesetzte von Bauer. Er bescheinigt ihm zwar Engagement und innovative Ideen für die Aspirantur, teilte jedoch Bauers „Vorstellungen über Wissenschaftlichkeit“ nicht. (Vgl. Günther: Rückblick. S. 370.)

²²⁸¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Kaderleiter an Direktor. Einladung und Vorlage für die Tagung der zentralen Kaderkommission. 27.5.1963.

²²⁸² Anm.: Horst Becker betätigte sich bereits mehrere Jahre im Bereich westdeutsche Pädagogik. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958].) Er übernahm die kommissarische Leitung von Dr. Brauer, der 1964 als wissenschaftlicher Mitarbeiter wieder auf dem Gebiet der Auslandspädagogik beschäftigt war. (Siehe Punkt 2.5.5. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Fachgebiet Auslandspädagogik. Protokoll der Fachgebietsbesprechung vom 27.4.1964.)

²²⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Beschlussprotokoll über die Sitzung der zentralen Kaderkommission des DPZI am 14.6.1963.

²²⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Kaderleiter an Direktor. Einladung und Vorlage für die Tagung der zentralen Kaderkommission. 27.5.1963.

²²⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Beschlussprotokoll über die Sitzung der zentralen Kaderkommission des DPZI am 14.6.1963.

²²⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Schreiben der Kaderabteilung des DPZI an die Kaderabteilung des MfV. 25.10.1963.

²²⁸⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963.

²²⁸⁸ Anm.: Im Rahmen der vorläufigen Regelung von 1962 gehörten die Sektionen Auslands- und westdeutsche Pädagogik und Sorbische Schulen zum Unterstellungsbereich des ersten stellvertretenden Direktors. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].) 1963 kam die theoretische Sektion dazu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963.)

²²⁸⁹ Anm.: Zum einen fiel der stellvertretende Direktor für Lehrerweiterbildung durch die Ablösung des entsprechenden Instituts weg, zum anderen wurde der für die Sektion II und III gestrichen; deren Sektionsleiter gehörten dennoch beide in ihrer Funktion zur Direktion des DPZI. Karl-Heinz Günther, zuständig für Aspirantur und Forschung, sowie die ehemaligen Direktoren des DZL und DIFB, Hortschansky und Steinbach, behielten ihre Positionen als stellvertretenden Direktoren des DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Hausmitteilung der Direktion. 31.5.1963. und Vgl.

2.6.2.1.3 Konsolidierung im „Vereinigten DPZI“

Im Sommer legte die Strukturkommission auf einer Beratung mit Vertretern (fast) aller Fachsektionen²²⁹⁰ die aufwändig betriebenen Überlegungen zur Gründung von Instituten innerhalb des DPZI vom Frühjahr 1963²²⁹¹ ad acta. In den erneuten strukturellen Planungen setzte sich die herkömmliche Aufteilung nach Sektionen durch.²²⁹² Als ausschlaggebend für diesen Sinneswandel führte die Kommission die Wirtschaftskonferenz²²⁹³ des ZK und des Ministerrats am 24./25.6.1963 an, welche die baldige Popularisierung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung verhiess²²⁹⁴. Dabei reichte der Interpretationsspielraum der Kommissionsmitglieder bezüglich der Leitungstätigkeit von der Verlagerung der „Verantwortung `von oben nach unten“ bis zur „straffen Zentralisation und Anwendung exakter Methoden der Kontrolle“.²²⁹⁵ Für die Verwirklichung dieser und weiterer Leitungsprinzipien schien der Strukturkommission die sektionelle Gliederung des DPZI am meisten geeignet.²²⁹⁶ Der Schwerpunkt lag aber insgesamt eher auf der Sicherung einer „straffe(n) zentrale(n) Leitung“ als auf der Umschichtung der Verantwortung „nach unten“.²²⁹⁷ Für die Lehrmittelarbeit bedeutete die straffere Leitung, dass die Stellen der Mitarbeiter, die vormals auf die einzelnen Fachgebiete des DPZI verstreut worden waren, teilweise wieder zu einer speziellen Sektion für Lehrmittel zusammengezogen werden mussten.²²⁹⁸ Auch die Leitungen auf polytechnischem und

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Vorläufige Regelung der Leitungstätigkeit im Vereinigten Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Ohne Datum [Juli 1962].)

²²⁹⁰ Anm.: Vertreten waren die Sektionsleiter der Sektion II (Drefenstedt), III (Frankiewicz), IV (Becker); außerdem Vertreter der Sektion I (aus der Psychologie), des DfB und des DZL (späterer Sektionsleiter) sowie der Kaderleiter. Aus der Sektion Sorbische Schulen (V), die ihren Sitz in Bautzen hatte, ist kein Mitglied angeführt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.) Die beiden Teilnehmer des DZL und der Sektion waren zugleich Mitglieder in der Leitung der Abteilungsparteiorganisation (APO). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.)

²²⁹¹ Siehe u.a. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963. und Punkt 2.6.2.1.2.

²²⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.

²²⁹³ Vgl. Ebenda.

²²⁹⁴ Vgl. Weber: Geschichte der DDR. S. 351.

²²⁹⁵ Anm.: Weiterhin sollten prinzipiell auf das DPZI übertragen werden: auf „Grundfragen orientieren, Bewusstsein und Schöpferum der Werktätigen entwickeln“, das Heranziehen von „Spezialisten zur Leitung“, sowie die „Anwendung des Produktionsprinzips“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.)

²²⁹⁶ Anm.: Dadurch wäre beabsichtigt, eine „straffe zentrale Leitung“ zu sichern, „Einzelleitungen“ einzuschränken und „einheitliche Leitungsebenen“ zu schaffen, die „Selbständigkeit der einzelnen Leiter der Bereiche“ zu erhöhen, „bessere Voraussetzungen für eine koordinierte Arbeit“ zu schaffen und „das Prinzip der direkten Leitung stärker“ zu betonen sowie die „Bearbeitung von Querschnittsfragen“ sicher zu stellen. (Vgl. Ebenda.)

²²⁹⁷ Anm.: Um die „Zwischenleitungen“ zu vermeiden bzw. das „Prinzip der direkten Leitung“ zu verwirklichen, sei die Bildung von Fachgebieten nur in Ausnahmefällen zu genehmigen. Die Sektionen hätten sich generell nur in Abteilungen zu gliedern. Die beabsichtigte Umschichtung der Verantwortung „nach unten“ wurde auf das Zugeständnis von mehr „Selbständigkeit“ für die Bereichsleiter beschränkt. (Vgl. Ebenda.)

²²⁹⁸ Anm.: Die neue Sektion für moderne Unterrichtsmittel (IV) war beauftragt, die Herstellungsprozesse der wissenschaftlich konzipierten Neuentwicklungen aus den jeweiligen Fachbereichen vorzubereiten, einzuleiten, durchzuführen und abzuschließen. Die noch bestehende Sektion IV – Pädagogik Westdeutschlands und des Auslands – sollte als Abteilung Vergleichende Pädagogik in die Sektion I (dann unter dem Namen Theorie der Erziehung und Bildung) eingegliedert werden. (Vgl.

berufsbildendem Gebiet sollten in einer Sektion zentralisiert werden.²²⁹⁹ Entsprechend fiel die räumliche Zusammenlegung aus: beide Bereiche nutzten dasselbe Gebäude.²³⁰⁰ Über den Vorschlag, zur effektiven zentralen Leitung in der Direktion eine Planstelle für einen hauptamtlichen stellvertretenden Direktor zu schaffen, konnte in der Strukturkommission jedoch keine Einigkeit erzielt werden.²³⁰¹

Aber auch auf den unteren Ebenen führte die Zentralisierung der pädagogischen Aufgaben im Rahmen des „Vereinigten DPZI“ fortwährend zu Debatten um die Planstellen. So hatte beispielsweise das DPZI vom DIfB die Anleitung der Fachverlage „geerbt“, für die sich jedoch die personelle Situation inzwischen schwierig gestaltete.²³⁰² Und wiederum begann eine problematische Planstellensuche.²³⁰³ Eine Ursache für die mitunter komplizierten Umschichtungen der Planstellen innerhalb des DPZI lag sicherlich darin, dass das Ministerium für Volksbildung unbesetzte Stellen in seinen untergeordneten Einrichtungen, die auch nicht anderweitig vergeben werden konnten, nach einer gewissen Frist kurzerhand aus dem Stellenplan strich.²³⁰⁴ Insofern stellte der Schwund im Bestand des wissenschaftlichen

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Bemerkungen zur Neuordnung der Lehrmittelarbeit. Ohne Datum [Juli 1963]. und Vgl. Ebenda. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.)

²²⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.

²³⁰⁰ Anm.: Verhandlungen über die Raumzuteilungen liefen seit April 1963. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Aussprache im MfV am 18.4.1963.) Im November stand fest, dass die Sektion III mit dem DIfB und der Abteilung Dokumentation in der Schönfließstraße, das DZL gemeinsam mit der Sektion II in der Krausenstraße untergebracht wurden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.)

²³⁰¹ Anm.: In der Direktion waren außer dem Direktor und dem Wissenschaftlichen Sekretär die fünf Sektionsleiter (der Leiter von Sektion I zugleich als stellvertretender Direktor) vorgesehen. Im Zentrum der Diskussion stand dabei die Frage, wie viele stellvertretende Direktoren nötig seien – ob z.B. ein hauptamtlicher stellvertretender Direktor dringend gebraucht würde oder ob alle Sektionsleiter dieses Amt in Doppelfunktion zur Leitungstätigkeit in ihrer jeweiligen Sektion wahrzunehmen hätten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.)

²³⁰² Anm.: Zum 5.5.1960 wurde dem DIfB die „pädagogisch-methodische Anleitung der Fachverlage“ übertragen. Vorher hätte der Verlag Volk und Wissen die Lehrbücher für die Berufsausbildung ausgearbeitet. Ab April 1962, kurz vor der Zusammenlegung der drei Institute, waren im DIfB keine Mitarbeiter mehr für Lehrbuchfragen vorhanden. Darüber hinaus erhielt das DIfB bei der Vereinigung mit dem DPZI den zusätzlichen Auftrag vom MfV, die „gesamten Fragen des Prüfungswesens (Lehrerausbildung und Facharbeitersausbildung und -weiterbildung)“ zu bearbeiten. Auch hierfür standen noch keine geeigneten Mitarbeiter zur Verfügung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben von Neuner an das MfV, Honecker vom 5.7.1963.)

²³⁰³ Anm.: Von den 1960 dem DIfB zugesagten fünf Arbeitsplätzen für die Anleitung der Fachverlage (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben an das Ministerium der Finanzen. Antrag auf Veränderung des Stellenplanes des Vereinigten DPZI. 9.8.1963.) blieben noch vier übrig. Diese setzten sich zusammen aus: einer Dozentenplanstelle aus dem DIfB, die kürzlich noch der Operativen Abteilung zugesagt war, zwei weiteren aus den Gebieten Lehrbuchtheorie und Prüfungswesen und einer halben Dozentenplanstelle, die in eine ganze umgewandelt werden sollte. Damit sei jedoch lediglich die Fachverlagsanleitung möglich. Die vom MfV kürzlich übertragenen Aufgaben im Prüfungswesen wurden unter diesen Voraussetzungen zurückgewiesen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben von Neuner an das MfV, Honecker vom 5.7.1963.)

²³⁰⁴ Anm.: In diesem Fall fand das DIfB keine geeigneten Mitarbeiter für zwei zu besetzende Planstellen, die das MfV zum nächsten Jahresbeginn ganz aus dem Stellenplan des DIfB strich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben von Neuner an das MfV, Honecker vom 5.7.1963.) Dieses Verfahren wurde auch dafür verantwortlich gemacht, dass auch „unqualifizierte“ Mitarbeiter vorgeschlagen würden, um Planstellen „um jeden Preis“ zu besetzen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Bericht für die Perspektivplanung. 14.2.1965.)

Fachpersonals für das potentiell zur Verfügung stehende Personalkontingent eine Bedrohung dar. Von den im August 1962 geplanten 237,5 Arbeitsplätzen im wissenschaftlichen Bereich²³⁰⁵ waren Ende des Jahres 231 vergeben²³⁰⁶. Die Belegschaftsstärke für 1963 – in den letzten Zügen des „Vereinigten DPZI“ – betrug nur noch 228,5 (von 238 genehmigten Stellen).²³⁰⁷ Den Löwenanteil davon machten das DIfB mit 61 und die Sektion II (Unterrichtsmethodik und Lehrpläne) mit 54 Mitarbeitern aus.²³⁰⁸

2.6.2.2 Das Ende des „Vereinigten DPZI“ – Konsolidierungsabschluss 1964

Die institutionellen Planungen im DPZI näherten sich langsam ihrem Ende, und die Vorstellungen der Strukturkommission nahmen immer konkreter Gestalt an. In der Folge fand die letzte Umstrukturierung dieser Größenordnung vor den ersten Maßnahmen zur APW-Gründung 1970 statt, bei der das Verhältnis von DIfB, DZL und DPZI endgültig geregelt wurde. Die strukturellen Eingriffe der nächsten Jahre erstreckten sich lediglich noch auf die Abteilungsebene.

Die Entscheidungen fielen Anfang 1964 – besonders hinsichtlich der Direktion, bei der im Vergleich zum Vorschlag der Strukturkommission vom Sommer 1963²³⁰⁹ nun ein Büro unter Leitung des wissenschaftlichen Sekretärs gebildet werden sollte²³¹⁰. Diesem Büro wurden unter anderem die „Kontrolle der Arbeitsplanaufgaben des Instituts“, die „operative Auslandsarbeit (ohne Ausstellungen)“²³¹¹ und die „Koordinierung der Publikationstätigkeit des Instituts“²³¹² überantwortet. Für das Büro waren 1964 acht Planstellen vorgesehen, davon drei wissenschaftliche.²³¹³

²³⁰⁵ Anm.: Diese Zahl bezieht sich auf die Besetzung der wissenschaftlichen Stellen nach der Vereinigung von DPZI, DIfB und DZL im August 1962. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Zusammenstellung der Arbeitskräfte laut Plan für 1962 und laut neuem Plan.)

²³⁰⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Kaderstatistik. Vergleich 1962 und 1963. Wissenschaftlicher Bereich. Ohne Datum [31.12.1963].

²³⁰⁷ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Kaderanalyse nach Schwerpunkten. Stand 31.12.1963.

²³⁰⁸ Anm.: Das übrige wissenschaftliche Fachpersonal verteilte sich auf die Bereiche im Vereinigten DPZI wie folgt: Sektion I (Erziehungsprogramm): 27; Sektion III (Polytechnische Bildung und Erziehung): 18; Sektion IV (Pädagogik Westdeutschlands und des Auslands): 17,5; Sektion V (Sorbische Schulen): zehn und das DZL: 15; weiterhin fünf wissenschaftliche Mitarbeiter in der Direktion, fünf im Bereich Koordinierungsstelle und Aspirantur, sechs in der Zeitschrift „Pädagogik“, sechs in der Abteilung Dokumentation und vier im Bereich Kaderabteilung/Verwaltungsleitung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Kaderanalyse nach Schwerpunkten. Stand 31.12.1963.)

²³⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2747 III. – Vorschlag zur Struktur und Leitung des DPZI (Vorlage). Ohne Datum [Juli 1963]. Siehe auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.

²³¹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vorschlag zur Struktur und Leitung des DPZI (Vorlage). Ohne Datum [Dezember 1963/Januar 1964]. Siehe auch Vgl. Ebenda. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964.

²³¹¹ Anm.: Dies beinhaltete die Organisation von Delegationsaustauschen mit dem Ausland, die „Vorbereitung der Kulturabkommen und der Kulturarbeitspläne“ sowie die „Zielgerichtete Versendung von Materialien ins Ausland“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vorschlag zur Struktur und Leitung des DPZI [Vorlage]. Ohne Datum [Dezember 1963/Januar 1964].)

²³¹² Anm.: Darin inbegriffen waren die „Sicherung der Verbindungen zu den Fachredaktionen des VWV“ und die „Vorbereitung und Kontrolle des Publikationsplanes“. (Vgl. Ebenda.)

²³¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 (2. Entwurf). und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Direktionsberatung am 22.2.1964.

Wegen der noch „ungeklärten Probleme“ zu Fragen der Berufsausbildung²³¹⁴ zog sich der Prozess der Umstrukturierungen im DPZI noch bis zum Sommer 1964 hin und endete erst mit dem Abschluss der Arbeitsbereichaufteilung zwischen DPZI und DIfB.

Die Eingliederung des DZL verursachte hingegen keinerlei Schwierigkeiten. Wie in den ursprünglichen Planungen beabsichtigt, wurde es zum 24.2.1964 unter Leitung von Ewald Topp²³¹⁵ als *Sektion Unterrichtsmittel* dem DPZI zugeordnet.²³¹⁶ Lediglich die Nummerierung änderte sich von einst IV auf V. Dies lag in der Neuvergabe der vierten Sektion begründet. Die ehemalige Sektion IV – Pädagogik Westdeutschlands und des Auslands – gehörte zwar, wie schon im Frühjahr 1963 angedacht, als neue Abteilung Vergleichende Pädagogik zur Sektion I – Theorie der Erziehung.²³¹⁷ Allerdings beanspruchte nun die neu gegründete *Sektion Aspirantur und pädagogische Forschung*²³¹⁸ den vierten Platz.

Die Idee zur Bildung der Sektion Aspirantur war vergleichsweise neu. Sie kam erst gegen Ende 1963/Anfang 1964 auf²³¹⁹ und ging mit der durch das 1963 erhaltene Promotionsrecht des DPZI²³²⁰ gestiegenen Bedeutung des Bereiches Aspirantur und Forschung innerhalb des Instituts einher. Das DPZI befand sich damit auf dem Weg zur Gleichstellung mit den Universitäten. Im Sinne der Profilierung des Instituts zur Forschungseinrichtung wirkte dieser Schritt sicherlich identitätsfördernd.

²³¹⁴ Vgl. Ebenda.

²³¹⁵ Anm.: Ewald Topp war, aus dem DZL kommend, 1963 als Abteilungsleiter in Sektion II/Abteilung Forschung und Unterrichtsmethodik tätig. Die Funktion als Sektionsleiter übte er bis 1968 aus. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Protokoll der Dienstbesprechung am 11.2.1963.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.; Vgl. Ebenda. – Hausmitteilung der Leitung der Sektion V, E. Topp an die Direktion. 30.6.1964.; Zu 1968: Vgl. Punkt 2.7.2.3.)

²³¹⁶ Anm.: Zur Sektion Unterrichtsmittel gehörten die Abteilungen: Pädagogische Grundfragen des Unterrichts; Herstellung, Versorgung und Technik; Hoch- und Fachschulen sowie das selbständige Fachgebiet Operative Arbeit. Sie zählte 22 wissenschaftliche Mitarbeiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

²³¹⁷ Vgl. Ebenda.

²³¹⁸ Anm.: Für die Sektion IV – Aspirantur und pädagogische Forschung waren elf wissenschaftliche Stellen geplant. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

²³¹⁹ Anm.: Noch Ende Januar 1964 war der Ausbau der Aspirantur „gründlich zu prüfen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Direktionsberatung am 25.1.1964.) In die Sektion sollten die Abteilungen Aspirantur, Dokumentation und Information (Bibliotheken, Übersetzungsstelle, Archiv) sowie die Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung mit der Zeitschrift für Pädagogische Forschung integriert werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vorschlag zur Struktur und Leitung des DPZI [Vorlage]. Ohne Datum [Dezember 1963/Januar 1964].) Vorgesehen war die Bezeichnung „Sektion Aspirantur und pädagogische Forschung“. (Vgl. Ebenda. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964.)

²³²⁰ Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 82. Siehe auch: Günther: Rückblick. S. 371. Danach wurde das Promotionsrecht am 3.7.1963 vom Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen (E.-J. Gießmann) erteilt.

Für die *Sektion I*²³²¹ begann die Umstrukturierung mit der Übernahme der Belegschaft der Forschungsgruppe Kybernetik in die Abteilung Programmierter Unterricht, die relativ reibungslos verlief²³²². Im Gegensatz dazu erfolgte die Eingliederung der Abteilung Vergleichende Pädagogik jedoch nicht ganz ohne Schwierigkeiten. Im Mittelpunkt stand dabei die Zuordnung des Fachgebiets Ausstellungen zur Abteilung Vergleichende Pädagogik durch den Direktor, gegen die sich der Abteilungsleiter zur Wehr setzte.²³²³ Weitere Probleme schien im November 1964 der Umzug dieser Abteilung ins Ministerium für Volksbildung zu bereiten.²³²⁴ Hierbei kam es insbesondere mit der Verwaltungsleitung des DPZI zu Streitigkeiten, die ebenfalls in das Gebäude des MfV wechselte und sich dabei wesentlich großzügigere räumliche Möglichkeiten genehmigte als sie einer Fachabteilung zugestand, die zudem repräsentative Aufgaben gegenüber Auslandsgästen wahrzunehmen hatte.²³²⁵

²³²¹ Anm.: Mit den Abteilungen für Vergleichende Pädagogik (Fachgebiete: Westdeutschland, Ausland und aktuelle Schulpolitik); Perspektiven und Ökonomie; Pädagogische Psychologie; Programmierter Unterricht; Grundfragen der Erziehung; Ganztägige Bildung und Erziehung. Insgesamt sollten 41 wissenschaftliche Mitarbeiter in der Sektion tätig werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].) Außerdem war geplant, die Zeitschrift „Pädagogik“ von der Direktion in Sektion I umzusetzen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964. Ergänzung zum Protokoll vom 10.1.1964.) Die (möglichen) Bezeichnungen für die Sektion I wechselten 1964 von „Theorie der Pädagogik“ (4.1.1964) über „Theorie des Bildungswesens“ (Stellenplan 1964) und „Theorie der Erziehung“ (22.2.1964) zu Ende 1964 „Theorie der Bildung und Erziehung“. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964.; Vgl. Ebenda. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Direktionsberatung am 22.2.1964.; Vgl. Ebenda. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.)

²³²² Anm.: Mit dieser Neuprofilierung folgte das DPZI der Entwicklung innerhalb der pädagogischen Wissenschaft von den, unter anderem auf der Kybernetik aufbauenden, „gesicherten Auffassungen über die Bedingungen eines erziehenden Unterrichts“ hin zur Nutzung der dabei vorgeblich gewonnenen Erkenntnisse und Prinzipien in der „Programmierung von Lehr- und Lernprozessen“. (Vgl. Punkt 2.6.2.1.2. Vgl. auch Pädagogisches Wörterbuch. S. 309.) Die Mitarbeiter der Kybernetikgruppe im DIfB wurden aufgrund einer „zentralen Entscheidung“ in die Sektion I umgesetzt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über ein Gespräch. 2.3.1964. und Vgl. Ebenda. – Vermerk über die Besprechung des Direktors. 7.3.1964.)

²³²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Eingabe an den Direktor. 28.2.1964. Als „Kompromiss“ sollte das Fachgebiet Ausstellungen zunächst dem Fachgebiet für aktuelle Schulpolitik in der Abteilung Vergleichende Pädagogik unterstellt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben Neuners. Betreff Eingabe vom 28.2.1964.) Ab 1.4.1964 erhielt es letztendlich den Status eines selbständigen Fachgebietes innerhalb der Sektion I. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Beschlussprotokoll der Abteilungsleitersitzung vom 20.4.1964. [Sektion I]) Ebenfalls als selbständiges Fachgebiet gehörte der Bereich Ausstellungen ab 1966 zum Büro der Direktion. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Hausanweisung Nr. 1/1966. 26.1.1966.)

²³²⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Abteilung Vergleichende Pädagogik. Protokoll der Sitzung des Leiterkollektivs vom 7.11.1964. und Vgl. Ebenda. – Schreiben der Abteilung Vergleichende Pädagogik an die Direktion. 14.11.1964.

²³²⁵ Anm.: Der zuständige Abteilungsleiter beschwerte sich unter anderem über einen „1-Mannraum, der nicht der Arbeitshygiene“ entspreche, da er „mit einem nicht zu beseitigendem Geruch behaftet“ sei. Dieser wäre im Ministerium „abgesehen von der letzten Zeit (Umzug vor Augen) in der Regel als Lagerraum verwendet“ worden. Weiterhin habe der Leiter des Bereiches Ökonomie des DPZI festgelegt, dass der Abteilungsleiter der Vergleichenden Pädagogik, der „häufig wichtige ausländische Gäste“ empfangen müsse, ins Vorzimmer des Leiters für Internationale Verbindungen des MfV ziehen solle und die Abteilung insgesamt „kein einziges repräsentatives Zimmer“ besäße. Professoren würden nach der aktuellen Planung teilweise zu zweit oder dritt in einem Raum sitzen. Hingegen beabsichtige der Verwaltungsleiter, in ein „sehr großes Zimmer mit Konferenzmöglichkeit“ zu ziehen, welches „von den Genossen des MfV als das repräsentativste des Erdgeschosses“ betrachtet würde. Und in der Kaderabteilung stehe sogar einer Sachbearbeiterin ein eigenes Zimmer

Als Neugründung gelangte die Abteilung Perspektiven und Ökonomie in die Sektion I.²³²⁶ Beflügelt wurde der Aufbau dieser Disziplin im DPZI von den wirtschaftspolitischen Leitlinien des vergangenen Jahres, welche unter anderem die Einheit von Ökonomie und Bildung und die Orientierung der Pädagogik auf die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution propagierten. Die Abteilung hatte mit drei eingeplanten Stellen zunächst bildungsökonomische Untersuchungen zur „Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens“ vorzunehmen.²³²⁷ Im Jahr darauf sollten Studien zur Entwicklung von Bildungsökonomie²³²⁸ und Bildungssoziologie²³²⁹ „als neue Wissenschaftszweige (Grenzwissenschaften) der Pädagogik“ entstehen.²³³⁰ Mit der Bildungssoziologie etablierte sich im DPZI die in der DDR eigenen Angaben folgend noch junge Fachdisziplin.²³³¹ Für *Sektion II* ergaben sich, abgesehen von der schon vorab beratenen Umbenennung in „Allgemeinbildung“²³³², keine größeren Veränderungen. Sie hatte die „Entwicklung des neuen Bildungssystems“, die „Theorie des Unterrichts“, das Sonderschulwesen sowie „Inhalt und Methodik des Unterrichts in den allgemeinbildenden Fächern von der Vorschulerziehung bis zur Mittelstufe“ zum Gegenstand.²³³³ Wegen der starken Einbindung der vorschulischen Erziehung in die Unterrichtsmethodik übernahm die Sektion Allgemeinbildung die Abteilung Vorschulerziehung von der theoretischen Sektion.²³³⁴ Mit 53 wissenschaftlichen Mitarbeitern war sie personell die am stärksten besetzte Sektion.²³³⁵ Die einst in Betracht gezogene

zu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben der Abteilung Vergleichende Pädagogik an die Direktion. 14.11.1964.)

²³²⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].

²³²⁷ Anm.: Vorgesehen waren eine „Studie zur internationalen Entwicklung und zu den Methoden auf dem Gebiet der Bildungsökonomie“, Untersuchungen „zum Einsatz der Fachlehrer und zu Fachkombinationen“, zur Neugestaltung der Oberstufe und Unterstufe sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Landschule. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²³²⁸ Anm.: Laut DDR-Pädagogik erforschte die Bildungsökonomie die „gesetzmäßigen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen gesamtgesellschaftlichem Reproduktionsprozess und Bildungswesen sowie die im Bildungswesen selbst vor sich gehenden reproduktiven Prozesse.“ Das heißt, sie untersuche unter anderem die „soziale und ökonomische Effektivität des Bildungswesens“ und widme sich überdies der „Vervollkommnung der Leitung und Planung des Bildungswesens“, um den „effektiven Einsatz der Bildungsfonds für den Leistungsanstieg in der gesamten Volkswirtschaft“ zu sichern. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 59/60.)

²³²⁹ Anm.: Diese fand ihren Forschungsschwerpunkt in der „Analyse des Beitrages der Bildung bzw. Erziehung zur sozialen Annäherung und sozialen Reproduktion der Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft“. (Vgl. Ebenda. S. 65.)

²³³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²³³¹ Anm.: Eigenen Angaben entstand die Bildungssoziologie in den sozialistischen Ländern Mitte der 1960er Jahre. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 65.)

²³³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.

²³³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vorschlag zur Struktur und Leitung des DPZI (Vorlage). Ohne Datum [Dezember 1963/Januar 1964].

²³³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963. und Vgl. Ebenda. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].

²³³⁵ Anm.: Die Wissenschaftler verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Abteilungen: Theorie des Unterrichts (acht), Vorschulerziehung (vier), Mathematik/Naturwissenschaften (13), Gesellschaftswissenschaften/Ästhetische Bildung und Erziehung (zehn); Sprachunterricht (zehn), Sonderschulen (drei) und die Operative Arbeit für allgemeinbildenden Unterricht (fünf). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

Angliederung der Sektion Sorbische Schulen als Abteilung an die Sektion II²³³⁶ wurde fallen gelassen – vermutlich aufgrund ihres Standortes in Bautzen, der eine Leitung vor Ort erforderte. Als *Sektion VI* erhielt sie nun die Bezeichnung „Bildung und Erziehung im zweisprachigen Gebiet“.²³³⁷

Komplexer gestalteten sich die Veränderungen in *Sektion Polytechnik (III)*, da diese von der zukünftigen Rolle des DIfB abhingen. Die entsprechenden Umstellungen kamen erst im Sommer 1964 zum Abschluss.

Ausschlaggebend hierfür war die beabsichtigte Gründung eines Institutes für Berufsausbildung bei der Staatlichen Plankommission der DDR.²³³⁸ Damit begannen Überlegungen zur Aufgabenaufteilung in diesem Bereich zwischen dem geplanten Institut und dem DPZI.²³³⁹ Zwar wurde eine entsprechende Ausgliederung des DIfB bereits zum 1.6.1964 vorgesehen, doch zog sich dieser Prozess noch bis zum 1.7.1964 hin.²³⁴⁰ Das neue DIfB bei der Staatlichen Plankommission sollte neben der Zeitschrift für Berufsbildung die Abteilungen Information, Entwicklung der Berufsbildung, Berufsordnungsmittel, Produktionstechnischer Unterricht sowie Berufsbildende Literatur beinhalten.²³⁴¹ Die Berufsausbildung berührenden Themen, welche noch vom DPZI bearbeitet wurden, bezogen sich auf die Allgemeinbildung in der Berufsausbildung, die berufliche Bildung in der allgemeinbildenden Schule sowie das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung.²³⁴² Alle anderen Schwerpunkte gab das Institut gleichsam mit dem DIfB ab. Danach verblieben in der Sektion Polytechnische und berufliche Bildung die Abteilungen Polytechnische und berufliche Bildung in der Zehnklassenschule; Abiturstufe einschließlich Spezialschulen; Allgemeinbildender Unterricht in der Berufsausbildung; Lehrmittel für die allgemeine und berufliche Bildung; dazu die Zeitschrift „Polytechnische Bildung und Erziehung“ – mit insgesamt 37,5 wissenschaftlichen bzw.

²³³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Vermerk über die Beratung der Strukturkommission am 4.7.1963.

²³³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben der Sektion VI an die Kaderabteilung des DPZI. Vorschlag zum Struktur- und Stellenplan der Sektion VI. 20.4.1964. Die Sektion beschäftigte zehn Wissenschaftler und war in die Abteilung „Theorie und Methodik der Bildung und Erziehung im Sprachunterricht im zweisprachigen Gebiet“ und das Fachgebiet „Grundfragen der sozialistischen Erziehung und Leitung des Bildungswesens im zweisprachigen Gebiet“ unterteilt. (Vgl. Ebenda.)

²³³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über eine Besprechung beim Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission am 2.3.1964 über Fragen der Bildung des Bereichs Berufsbildung in der Plankommission.

²³³⁹ Anm.: Für die Konzeption der weiteren Arbeit auf dem Gebiet der Allgemeinbildung in der Berufsbildung sollte in Beratung mit den Mitarbeitern des neuen Instituts bei der Plankommission auf perspektivische Grundfragen orientiert werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnischen und berufliche Ausbildung. Vermerk über ein Gespräch. 25.3.1964.) Der Bereich Berufsorientierung musste infolge der Stellenplanaufgliederung zwischen DPZI und DIfB aufgegeben und im Folgejahr neu eingefordert werden, weil diese Aufgabe zum DPZI gehöre und von keiner anderen Stelle bearbeitet würde. (Vgl. Ebenda. – Sektion III/Abteilung Polytechnische und berufliche Bildung. Vorschlag zur Stellenplanveränderung 1965. 11.1.1965.)

²³⁴⁰ Anm.: Im Protokoll einer Direktionsberatung vom 30.5.1964 liegt der Termin der Auflösung des DIfB und gleichzeitigen Gründung des Instituts für berufliche Bildung bei der Staatlichen Plankommission auf dem 1.6.1964. Ein Dokument der Kaderabteilung vom Juli spricht jedoch vom 1.7.1964. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Direktionsberatung am 30.5.1964. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben der Abteilung Kader des DPZI an das Ministerium für Volksbildung. 3.7.1964.)

²³⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Strukturplan des Deutschen Instituts für Berufsbildung bei der Staatlichen Plankommission. Vgl. auch Ebenda. – Entwurf: Mitarbeiter des DIfB, die in das neu zu bildende Deutsche Institut für Berufsausbildung zu überführen sind.

²³⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

redaktionellen Arbeitsplätzen.²³⁴³ Somit konnte ein enormer Planstellenanstieg im wissenschaftlichen Fachpersonal von 20 (Ende 1963) und 25 (Stellenplan für 1964) auf weit über 30 Stellen im September 1964 verzeichnet werden.²³⁴⁴ Hauptverantwortlich hierfür war der für das DPZI günstige Verlauf der mit der Ausgliederung des DfB einsetzenden Rivalitätskämpfe um personelle Ressourcen, besonders um hoch qualifizierte Mitarbeiter. Da in den Streitigkeiten von Februar/März 1964 hinsichtlich der Aufteilung des Personals zwischen beiden Instituten zunächst keine Einigkeit hatte erzielt werden können²³⁴⁵ und sich vor allem der Leiter der Sektion III Frankiewicz nicht mit den entsprechenden Vorschlägen des DfB abspesen lassen wollte²³⁴⁶, war für die Klärung der personellen Angelegenheiten eine Arbeitsgruppe gegründet worden²³⁴⁷. Unter Beteiligung von Vertretern des MfV und der Staatlichen Plankommission²³⁴⁸ hatten deren Entscheidungen erheblich zur Realisierung der Vorstellungen des DPZI zur Personalaufteilung beigetragen und für das personelle Wachstum der Sektion III gesorgt²³⁴⁹.

²³⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische und berufliche Bildung. Strukturplan der Sektion III. 23.9.1964. Diese Struktur entspricht weitgehend den Vorschlägen der Sektion von April. Lediglich die Berufsorientierung wurde gestrichen und die ursprünglich in zwei Abteilungen aufgegliederte polytechnische und berufliche Bildung (für Industrie und Werken; sowie für Landwirtschaft) in einer Abteilung zusammengefasst. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Direktionsvorlage Struktur- und Stellenplan der Sektion III. 14.4.1964.)

²³⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Kaderanalyse nach Schwerpunkten. Stand 31.12.1963.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 (2. Entwurf).; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische und berufliche Bildung. Strukturplan der Sektion III. 23.9.1964.

²³⁴⁵ Anm.: Das DfB forderte 40 wissenschaftliche Mitarbeiter, einen Direktor und dessen Stellvertreter für die neue Einrichtung in der Plankommission. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Entwurf: Mitarbeiter des DfB, die in das neu zu bildende Deutsche Institut für Berufsausbildung zu überführen sind. Ohne Datum [Frühjahr 1964].) 17 Wissenschaftler wollte das DfB im DPZI belassen, davon sieben für den in der Sektion III integrierten Bereich Lehrmittel. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Direktion des Deutschen Instituts für Berufsausbildung an Direktor Neuner. 25.2.1964.) Besonders beharrte das DfB auf Wießner für das angeforderte Leitungspersonal, an dem jedoch auch das DPZI interessiert war. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über eine Besprechung beim Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission am 2.3.1964 über Fragen der Bildung des Bereichs Berufsbildung in der Plankommission.)

²³⁴⁶ Anm.: Das DPZI lehnte zunächst drei Mitarbeiter wegen „unzureichender Qualität“ ab, forderte im Zusammenhang mit den vom DfB übernommenen Aufgaben wie die Kybernetik und die Allgemeinbildung in der Berufsbildung weitere Mitarbeiter an und bestand auf die Überführung von 18 Wissenschaftlern (ohne die vom DfB vorgeschlagenen Lehrmittelbearbeiter) sowie ebenso wie das DfB auf Wießner als Leitungspersonal für das DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über ein Gespräch. 2.3.1964. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben der Abteilung Vergleichende Pädagogik. Betreff Anforderung vom 8.7.1964. 24.7.1964.)

²³⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Besprechung des Direktors. 7.3.1964.

²³⁴⁸ Anm.: Daneben sollten dieser auch Vertreter des DfB, der Direktion des DPZI und die Kaderleiter angehören. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über eine Besprechung beim Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission am 2.3.1964 über Fragen der Bildung des Bereichs Berufsbildung in der Plankommission.)

²³⁴⁹ Anm.: Insgesamt musste das DfB 22 wissenschaftliche Mitarbeiter abgeben, davon 17 an die Sektion III und fünf an die Sektion I des DPZI. Zur Person Wießner sollte zentral entschieden werden. Für zwei weitere Wissenschaftler stand die Entscheidung noch aus. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Besprechung des Direktors. 7.3.1964.) Bis Juni 1964 konnte die Sektion III dadurch auf eine Zahl von 35 Wissenschaftlern blicken. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Kaderabteilung des DPZI. Planstellen der Sektion III. 12.6.1964.) Als im Sommer 1964 klar wurde, dass im DfB keine Abteilung für Vergleichende Pädagogik aufgebaut werden sollte, fielen auch weitere personelle Regelungen zugunsten des DPZI aus, unter anderem verblieb Wießner im DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Schreiben der Abteilung Vergleichende Pädagogik an den Direktor. 14.7.1964. und Vgl. Ebenda. – Schreiben der Kaderabteilung an die Direktion. 11.6.1964.)

Trotz dieser Erfolge des Instituts schrumpfte der Kaderbestand des DPZI selbstredend infolge der Ausgliederung des DIfB – von 228,5 wissenschaftlichen Mitarbeitern 1963 auf 187 tätige Wissenschaftler 1964.²³⁵⁰ Ab 1965 sollten aber bis 1970 noch 50 wissenschaftliche Stellen geschaffen werden, vor allem für die Bereiche „Programmierter Unterricht“; „Bildungsökonomie und Perspektivplanung“/„Außerschulische Erziehung“ und „Psychologie“ in Sektion I sowie die Fachgebiete der Sektion Allgemeinbildung (II).²³⁵¹

Im Gegensatz zur sozialen Zusammensetzung des Personals im Hinblick auf die soziale Herkunft aus Arbeiter- und Bauernkreisen sowie bezüglich der SED-Parteizugehörigkeit²³⁵² verbesserte sich der Frauenanteil in den Jahren 1962 bis 1964 nicht. Trotz wiederholter öffentlicher Bekundungen²³⁵³ darüber, Frauen „besondere Aufmerksamkeit und Hilfe“ bei ihrer Qualifizierung zu schenken, damit sie „leitende Funktionen in Wirtschaft und Staat übernehmen“ könnten²³⁵⁴, zeigte die Frauenförderung im DPZI²³⁵⁵ nicht den gewünschten Effekt. Wie schon 1962 mit 21 Prozent wurde auch 1964 mit ca. 23 Prozent die vorgegebene Quote von 25 Prozent²³⁵⁶ verfehlt.²³⁵⁷

2.6.3 Das „Primat der Ökonomie“ in der pädagogischen Arbeit

²³⁵⁰ Anm.: 1963 standen 238, 1964 nur noch 200 Planstellen zur Verfügung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Kaderanalyse nach Schwerpunkten. Stand 31.12.1963. und Vgl. Ebenda. – Statistischer Bericht über die Zusammensetzung und Veränderung der Kader. 30.6.1964.)

²³⁵¹ Anm.: In Sektion II war eine „durchschnittliche Verstärkung jedes Fachgebietes um einen Mitarbeiter“, insgesamt um 15 Mitarbeiter geplant. Sektion I wurden in den genannten Gebieten jeweils fünf Wissenschaftler zugeordnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Perspektivplanung/Arbeitskräfte 1965/70. 16.11.1964.)

²³⁵² Anm.: 1964 stammten laut Statistik über die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter aus Arbeiter- und Bauernkreisen (105 von 187), fast 80 Prozent waren „Mitglieder und Kandidaten der SED“ (148 von 187). Besonders für die ehemaligen Offiziere und Feldwebel der Wehrmacht (21 von 22), aber auch die ehemaligen NSDAP-, SS- und SD-Angehörigen (acht von zehn; zwei in den „übrigen Blockparteien“) schien die SED-Mitgliedschaft erforderlich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Statistischer Bericht über die Zusammensetzung und Veränderung der Kader. 30.6.1964.)

²³⁵³ Anm.: z.B. „Die Frauen sind gleichberechtigt. Ihrer Förderung und Entwicklung wird ... in der sozialistischen Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet.“ (Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsverlag der DDR: 1965. S. 83-92. [gekürzt] Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 531.) Siehe auch: Kommuniqué des Politbüros der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“ von Dezember 1961. (Siehe Punkt 2.5.1.)

²³⁵⁴ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin. Dietz Verlag: 1963. S. 374-387. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 521-530. S. 527.

²³⁵⁵ Anm.: Zum Beispiel die Frauenförderung der Sektion III (Polytechnik) im Jahr 1962, wo zwei Frauen ein Studium aufnahmen und eine Frau eine Erholungskur bekam. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4558. – Schreiben der Sektion Polytechnische Bildung und Erziehung an die Kaderabteilung. Bericht über die Arbeit mit dem Frauenkommuniqué. 21.1.1963.)

²³⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Vorläufige Richtlinien zur Durchsetzung der sozialistischen Kaderpolitik im Vereinigten DPZI. Ohne Datum [Sommer 1962]. Siehe auch Punkt 2.5.5.

²³⁵⁷ Anm.: 43 der 187 verzeichneten wissenschaftlichen Mitarbeiter waren Frauen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Statistischer Bericht über die Zusammensetzung und Veränderung der Kader. 30.6.1964.) 1962 gab es knapp 21 Prozent (48 von 231), 1963 21,5 Prozent (49 von 228,5) Wissenschaftlerinnen. (Vgl. Ebenda. – Kaderstatistik. Vergleich 1962 und 1963. Wissenschaftlicher Bereich. Ohne Datum [31.12.1963].)

In den Jahren 1962-1964 fand die Ökonomie ihren Weg in die pädagogische Wissenschaft. Zu Anfang, 1962, geschah dies vor allem durch die neu geschaffenen institutionellen Rahmenbedingungen, aus denen nicht nur die personelle und strukturelle Zusammenlegung des DPZI mit dem DfB und DZL hervorging, sondern aus der auch ein einheitlicher „Schwerpunktarbeitsplan“ für alle drei Einrichtungen resultierte.²³⁵⁸ Später gelangte der ökonomische Aspekt zunehmend in die inneren Strukturen der pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeit im DPZI – in die Arbeitsinhalte und -weise verschiedener Bereiche sowie als eigene Fachgebiete (Bildungsökonomie, Perspektivplanung).

2.6.3.1 Im „Vereinigten DPZI“

Laut Berichterstattung kam es unmittelbar nach der Zusammenlegung der drei Institute in der Arbeitsplanerfüllung zu Defiziten.²³⁵⁹ Als problematisch kennzeichnete der Bericht beispielsweise den Umstand, dass der Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1962 zwar alle „wichtigen Vorhaben“ enthalte, die „im Jahre 1963 weitergeführt“²³⁶⁰ werden sollten; jedoch keine Festlegung erfolgt sei, welcher Anteil der Aufgaben noch 1962 zu lösen gewesen wäre.²³⁶¹ Überdies hätten wegen unrealistischer Planung und zusätzlicher Aufträge durch das Ministerium für Volksbildung Termine verschoben werden müssen. Auch die unökonomische Arbeitsweise – das vorgebliche Missverhältnis zwischen Aufwand und Arbeitsergebnis bei einigen Aufgaben – findet sich in der Begründungsliste für die mangelhafte Erfüllung des Planes.²³⁶²

Diese als ungenügend eingestufte Erledigung der Planaufgaben galt für die „Durchsetzung des demokratischen Zentralismus in der Forschung“, die „Ausarbeitung eines verbesserten Lehrplanwerks der zehnklassigen Oberschule, entsprechender Lehrmittel und Lehrbücher“ und die „Entschiedene Verbesserung der politisch-moralischen, insbesondere der staatsbürgerlichen Erziehung“.²³⁶³ Zur Behebung der Mängel in der Lehrplan- und Lehrmittelarbeits mussten noch Ende 1962 die Lehrpläne und -materialien der allgemein- und berufsbildenden Schulen auf der Basis des „Grundrisses der Geschichte der Arbeiterbewegung“²³⁶⁴ und des „Nationalen Dokuments“²³⁶⁵ überarbeitet werden.²³⁶⁶ Ebenso waren auf der Grundlage dieser beiden

²³⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Protokoll einer Beratung mit den Direktoren und Parteisekretären des DPZI, DfB und des DZL am 11.7.1962.

²³⁵⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Bericht über die Erfüllung des Arbeitsplanes des DPZI im 2. Halbjahr 1962.

²³⁶⁰ Vgl. Ebenda. – Zentraler Arbeitsplan des DPZI für das 2. Halbjahr 1962. (Bestätigung durch das MfV am 24.8.1962.)

²³⁶¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Bericht über die Erfüllung des Arbeitsplanes des DPZI im 2. Halbjahr 1962.

²³⁶² Vgl. Ebenda.

²³⁶³ Vgl. Ebenda.

²³⁶⁴ Anm.: Der Grundriss der Geschichte der Arbeiterbewegung sollte die „korrekte Lesart für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ festschreiben. Dabei wurde versucht, die „(1.) bruchlose Kontinuität und mit ihr Progress (Fortschritt) als geklärte und zweifelsfrei abgesicherte Merkmale sozialistischer Politik und Praxis auszugeben und (2.) als Garanten dieser Kontinuität ... die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse (KPD und SED) herauszustellen“. (Rang: Historische Pädagogik. S. 185/186.) Siehe auch 2.5.4.

²³⁶⁵ Anm.: Das „Nationale Dokument“ forcierte die Zweistaatlichkeit, indem es unter anderem den Sozialismus, der im „nationalen Interesse des ganzen deutschen Volkes“ läge, zur „entscheidenden Voraussetzung für die Lösung“ der nationalen Frage erklärte. (Aus dem „Nationalen Dokument“: Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands, 25. März 1962. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin [Ost]. 10. Jahrgang. Heft 4/1962. S. 776ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 152] DDR. Dokumente. S. 265/266. S. 265. Siehe auch 2.6.1.)

Dokumente umfangreiche Aufgaben zur Verbesserung der staatsbürgerlichen Erziehung zu erledigen.²³⁶⁷ Im Zusammenhang damit sollte im Nachklang des Mauerbaus und der (vorerst) endgültigen Etablierung des DDR-Staates vor allem die „Klärung des Inhalts der Begriffe `Nation`, `Vaterland` und `Heimat`“ sowie des „Inhalts des Staatsbewusstseins unserer Schüler“ und die Erstellung von „Hinweisen für ein richtiges politisches Wissen ... über Westdeutschland“ erfolgen.²³⁶⁸

Widmete sich das DPZI noch Ende 1962 eher der Korrektur von inhaltlichen Kritikpunkten des Arbeitsberichtes von 1962, wendete es sich im Jahr darauf zusätzlich den vorgeblichen Gründen für die Mängel in der inhaltlichen Arbeit zu, insbesondere der konstatierten unökonomischen Arbeitsweise. Die Ökonomie rückte 1963 aber auch insgesamt ins Zentrum der Arbeit des DPZI.²³⁶⁹ Mit der Erklärung, dass „auch in der Pädagogik ... das Primat der Ökonomie die Arbeit bestimmen“ müsse, da „die Lösung der ökonomischen Fragen die Zukunft Deutschlands“ entscheide,²³⁷⁰ erfasste der Ökonomiekult das Institut nun nicht nur hinsichtlich der Arbeitsweise, sondern auch den Inhalt betreffend. Ökonomische Probleme wurden sogar zum künftigen Hauptinhalt des Staatsbürgerkundeunterrichts deklariert.²³⁷¹ Zu den Schwerpunktaufgaben für 1963 gehörte in diesem Sinne außerdem die „Entwicklung einer Konzeption des einheitlichen Bildungssystems auf der Grundlage der Anforderungen und Entwicklung von Produktion, Ideologie und Kultur beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR“.²³⁷²

2.6.3.2 „Wissenschaft als Produktivkraft“ – die Arbeit im DPZI nach der Umstrukturierung (1964/65)

Während der Umstrukturierungsmaßnahmen im ersten Halbjahr 1964 kam es erneut zu Schwierigkeiten in der Arbeitsplanerfüllung. Diesmal wurden unklare Zuständigkeiten in den übersektionellen Arbeitsgruppen sowie die „Doppelarbeit und Arbeitsüberlastung“ der Mitarbeiter in der Abteilung Programmierter Unterricht in ihrer Funktion als Wissenschaftler des DPZI und als Arbeitsgruppenleiter im Wissenschaftlichen Rat des MfV dafür verantwortlich

²³⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des Arbeitskreises zur Auswertung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung November 1962 bis Februar 1963.

²³⁶⁷ Vgl. Ebenda. 1963 kamen zur Verbesserung der staatsbürgerlichen Erziehung unter anderem die „Untersuchungen zur politisch-moralischen Erziehung in der Tagesschule“ hinzu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963.)

²³⁶⁸ Anm.: Weitere sind: die „Ausarbeitung eines umfassenden Systems des politischen Wissens“, die „Ausarbeitung der Fragen zur Bildung und Erziehung eines aktiven Staatsbürgers“, die „Schaffung eines Lehrplans Staatsbürgerkunde für die 5. bis 10. Klassen“, die „Überprüfung der gegenwärtigen Materialien zur heimatkundlichen Anschauung im Unterstufenunterricht“ und die „Fortsetzung der Arbeiten am Erziehungsprogramm“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des Arbeitskreises zur Auswertung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung November 1962 bis Februar 1963.)

²³⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Protokoll der Dienstbesprechung am 25.2.1963.

²³⁷⁰ Vgl. Ebenda.

²³⁷¹ Vgl. Ebenda.

²³⁷² Anm.: Darüber hinaus: die „Verbesserung der Qualität des Unterrichts“ (darunter „Untersuchungen zum programmierten Unterricht, über den Einsatz von Unterrichtsmaschinen, die Benutzung von Sprachkabinetten und die Verwendung des Schulfernsehens“), „Arbeiten zur vergleichenden Pädagogik mit dem Ziel der Erschließung guter Erfahrungen für die Arbeiten zum einheitlichen Bildungswesen, für die Auseinandersetzung mit der reaktionären bürgerlichen Ideologie und der Unterstützung fortschrittlicher Kräfte“ und die „Organisation der pädagogischen Forschung in der DDR auf der Grundlage des Jahresplanes der pädagogischen Forschung“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963.)

gemacht.²³⁷³ Das Ministerium kommandierte aber nicht nur Mitarbeiter für seinen Wissenschaftlichen Rat ab, es übte zudem verstärkt Kontrolle über die Institutsarbeit aus. Der Umstand, dass das 15jährige Jubiläum des DPZI im Mittelpunkt des Geschehens zu stehen schien, stieß dabei ebenso auf Kritik, wie der ministeriell registrierte „Subjektivismus“ bei der Interpretation der Arbeitsplanaufgaben durch die Belegschaft im Institut, durch den das DPZI zentrale Forschungsvorgaben zu unterlaufen drohte.²³⁷⁴ Entsprechend sei der Arbeitsplan mit präzisen Aufgabenformulierungen neu abzufassen und thematisch zu überarbeiten.²³⁷⁵ Die Direktion ließ sich aber trotz der Kritik nicht davon abhalten, im Anschluss daran die Gestaltung der Festwoche zum 15jährigen Jubiläum zu beraten.²³⁷⁶ Kurze Zeit später wurde erneut eine Korrektur des Arbeitsplans verlangt – diesmal unter dem Aspekt des 5. Plenums des ZK der SED, das vom 3.-7.2.1964 stattfand.²³⁷⁷

Den „Jahresplan der pädagogischen Forschung für 1964“²³⁷⁸ des Wissenschaftlichen Rates im MfV bestimmten wie auch schon die Arbeitspläne des DPZI von 1962/1963 die Schwerpunkte: das „einheitliche sozialistische Bildungs- und Erziehungswesen“ (einschließlich der polytechnischen und beruflichen Bildung und Erziehung), seine „demokratischen und revolutionären Traditionen“ und „nationale Rolle“, weiterhin die Vorschul- und Tagesschulerziehung, pädagogische Psychologie, staatsbürgerkundliche Erziehung sowie die „Erhöhung der Wissenschaftlichkeit, Effektivität und Intensität des Unterrichts“.²³⁷⁹ Letzteres zielte insbesondere auf die Programmierung des Unterrichts ab. Dieser Bereich war im Institut aus der Kybernetik-Gruppe hervorgegangen und wies als relativ neue Abteilung nun unübersehbar auf die sich durchsetzende Bedeutung ökonomischer Kriterien für das Schulwesen hin. An den genannten Vorhaben des Wissenschaftlichen Rates im MfV wurden neben Universitäten und Hochschulen, dem Verlag Volk und Wissen, dem DfB, Pädagogischen Instituten, den Instituten für Lehrerweiterbildung in maßgeblicher Weise das DPZI und dessen leitende Mitarbeiter beteiligt.²³⁸⁰ Entsprechend dem Forschungsplan für 1964 sah auch die wissenschaftliche Förderung bzw. die Verteilung der Aspiranten auf die verschiedenen Fachgebiete im Jahr 1964 aus. Spitzenpositionen mit drei bis vier Aspiranten unter den 15 geplanten Neuzugängen nahmen die Bereiche Programmierter Unterricht, Inhalt und Methodik der Unterrichtsfächer, Polytechnik und Erziehungsprobleme ein.²³⁸¹ 1962 konnten neben der

²³⁷³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Beschlussprotokoll der Abteilungsleitersitzung vom 20.7.1964. [Sektion I]

²³⁷⁴ Vgl. Ebenda. – Protokoll der Direktionsberatung am 25.1.1964.

²³⁷⁵ Anm.: Dabei sollte unter anderem die Aufgabenstellung der Sektion Sorbische Schulen geprüft, die Mitarbeiterzahl eventuell eingeschränkt werden. Laut Beratung in der Leitung des MfV hätten weiterhin „wichtige Probleme“ wie die „Gestaltung der Unterstufe“, „Arbeiten zum III. Internationalen Polytechnischen Seminar“, „Fragen der polytechnischen und beruflichen Bildung in der Landschule“ und „Probleme der Spezialschulen“ mehr im Mittelpunkt zu stehen. Der Arbeitsplan insgesamt müsse „in stärkerem Maße ein Arbeitsplan der Leitung“ sein. (Vgl. Ebenda.)

²³⁷⁶ Vgl. Ebenda.

²³⁷⁷ Vgl. Ebenda. – Protokoll der Direktionsberatung am 8.2.1964.

²³⁷⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2747 III. – MfV/Wissenschaftlicher Rat. Entwurf Jahresplan der pädagogischen Forschung 1964. 20.8.1963.

²³⁷⁹ Anm.: Als weiterer Schwerpunkt wurde die Lehreraus- und -weiterbildung angeführt. (Vgl. Ebenda.)

²³⁸⁰ Vgl. Ebenda. Für den Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung wurde Dr. Dorst (ehemaliger Direktor des DPZI, bis 1958) von der Universität Jena genannt. Der Name „Sauer mann“ (ab 1964 Hallenser Professor), der sich seit 1960 mit Neuner erbitterte Kontroversen zum Staatsbürgerkundeunterricht lieferte (siehe Punkt 2.5.2.), taucht in diesem Zusammenhang nicht auf. (Vgl. Ebenda.)

²³⁸¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964. Jeweils ein Aspirantenplatz blieb für die Geschichte der Erziehung und die Vergleichende Pädagogik. (Vgl. Ebenda.) „Erziehungsprobleme“ beinhaltete die staatsbürgerliche und weltanschauliche Erziehung. „Inhalt und Methodik der Unterrichtsfächer“ war besonders auf „Fragen der Intensivierung des

Polytechnik die Psychologie und der Forschungsbereich Erziehungsprogramm diesen Stellenwert für sich beanspruchen.²³⁸² Im Vereinigten DPZI gab es zum Ende des Jahres 1963 25 Aspiranten für das Gebiet der Berufsbildung, drei für die Polytechnik und acht innerhalb der naturwissenschaftlichen Fächer.²³⁸³ Sieben der insgesamt 75 Nachwuchswissenschaftler wurden in der Geschichte der Erziehung qualifiziert, fünf in Psychologie, 15 in Systematischer Pädagogik²³⁸⁴ und nur einer in Staatsbürgerkunde.²³⁸⁵ Diese Proportionen spiegelten weitgehend die Schwerpunkte der Nachwuchsförderung im DPZI wider und damit auch die der als künftig gefragt eingestuften Fachdisziplinen. Die bis dahin ausgebildeten Aspiranten fanden ihre Einsatzfelder z.B. im Ministerium für Volksbildung, in Universitäten, dem Verlag Volk und Wissen, Pädagogischen Instituten und Bezirkskabinetten, der Pionierorganisation und in Schulen – unter anderem in den Forschungsschulen des DPZI.²³⁸⁶ Aber auch für das DPZI lohnte sich die Nachwuchsförderung. Von den 39 aufgelisteten, bis Oktober 1962 entwickelten, planmäßigen Aspiranten bekamen 18 anschließend im Institut eine Anstellung, darunter vier in Führungspositionen.²³⁸⁷

Der schließlich ministeriell bestätigte Arbeitsplan für 1964²³⁸⁸ wies im Vergleich zu den Vorjahren in seinen Formulierungen eine deutliche Tendenz in Richtung eines sachlicheren Umgangs auch mit (ehemals) politisch brisanten Themen sowie bezüglich der Arbeitsweise auf. Die geforderte Parteilichkeit stellte keinen expliziten Teil der Aufgabe mehr dar bzw. präsentierte sich nicht offensichtlich. Auf der verbalen Ebene verschwanden Elemente einer betont „aggressiven Sprache und Denkweise“²³⁸⁹. Der Arbeitsplan lässt auf die beabsichtigte Ausgestaltung des DDR-Bildungswesens und analog zu anderen Wissenschaftsdisziplinen auch auf die fortschreitende Durchsetzung der Norm von „Parteilichkeit in der Professionalität“ im

Unterrichts“ gerichtet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Aspirantur. Vorlage für die Direktionssitzung am 4.1.1964. Betreff Festlegung der fachlichen Zusammensetzung des 11. Aspirantenkurses [ab 1.9.1964].)

²³⁸² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3009. – Schreiben der Aspirantur an das MfV. Betreff Aufnahme in die Aspirantur beim DPZI. 11.5.1962. In diesem Jahr sollten nur 13 Aspiranten aufgenommen werden.

²³⁸³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Aspirantur. Vorlage für die Direktionssitzung am 4.1.1964. Betreff Festlegung der fachlichen Zusammensetzung des 11. Aspirantenkurses [ab 1.9.1964].

²³⁸⁴ Anm.: Systematische Pädagogik bzw. Allgemeine Pädagogik diente „vor allem für die Disziplinen Erziehungstheorie, Didaktik und die zeitweilig als Grundlagen der Pädagogik bezeichnete theoretische und methodologische Grundlagendisziplin der pädagogischen Wissenschaften“ als Sammelbegriff. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 17 und 371.)

²³⁸⁵ Anm.: Weitere verteilten sich auf die Fachgebiete Sprachen (vier), Vorschulpädagogik (drei), Tages-schulprobleme (zwei) und Vergleichende Pädagogik (zwei). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Aspirantur. Vorlage für die Direktionssitzung am 4.1.1964. Betreff Festlegung der fachlichen Zusammensetzung des 11. Aspirantenkurses [ab 1.9.1964].)

²³⁸⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3009. – Auflistung der Kaderabteilung. Einsatzort der in der planmäßigen Aspirantur ausgebildeten Schulfunktionäre. 25.10.1962.

²³⁸⁷ Vgl. Ebenda.

²³⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.

²³⁸⁹ Anm.: Diese wurde in den Jahren 1949-52 gezielt vom Zentralsekretariat der SED popularisiert. (Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 53.) Siehe auch Punkt 2.2.

wissenschaftlichen Arbeiten schließen.²³⁹⁰ Mit dieser neuen Norm wurde die Politik (zumindest intern) zum selbstverständlichen Bestandteil der Wissenschaft.²³⁹¹

In diesem Sinne beschied sich die Abfassung der Aufgaben zum westdeutschen Bildungswesen auf dem Gebiet der Vergleichenden Pädagogik 1964 mit sachlicheren und werturteilsfreieren Formulierungen, wenngleich politische Aspekte selbstredend nicht völlig ausgeblendet wurden.²³⁹² Eine entsprechende Entwicklung lässt sich in den Arbeitsplänen des DPZI seit dem Mauerbau 1961 beobachten.²³⁹³ Möglicherweise von der mit dem Mauerbau eintretenden Bildungskrise²³⁹⁴ in der BRD beflügelt, sollte die DDR-Schule gemäß den Vorstellungen im Arbeitsplan des DPZI nun vielmehr zum „Vorbild für Westdeutschland“ werden²³⁹⁵. Der

²³⁹⁰ Anm.: Sabrow konstatiert, dass die normierte Geschichtswissenschaft der DDR diese Form von Parteilichkeit forderte. Die SED und ihre Historiker erhoben damit den Anspruch auf die Schaffung einer anderen „mit den Maßstäben der traditionellen Historiographie nur bedingt erfassbare und mit ihren Zielen nicht kompatible Geschichtswissenschaft“. Inwiefern die proklamierte „Wissenschaftsnorm“ mit der „Wissenschaftsrealität“ übereinstimmte, könne daraus jedoch nicht abgeleitet werden. (Vgl. Sabrow: Parteiliches Wissenschaftsideal. S. 202.)

²³⁹¹ Anm.: Die historische Wissenschaft funktionierte nach Regeln, die „zu jeder Zeit die Dominanz der Politik *in* der Wissenschaft respektierte – und doch zu keiner Zeit als Dominanz der Politik *über* die Wissenschaft begriffen“. Somit wurden „wissenschaftliche Dispute immer gleichzeitig auch als politische Auseinandersetzungen geführt und bewertet“. (S. 30/31.) Im Rahmen der „Abkoppelung von der nicht-marxistischen Fachtradition“ entwickelte die „neue, sozialistische Disziplin“ dabei eigene Kriterien zur Beantwortung von eigenständig gestellten Forschungsfragen. (Vgl. Sabrow: Das Diktat des Konsenses. S.30/31 und S. 11.)

²³⁹² Anm.: Z.B.: „Untersuchungen zu schulpolitischen und pädagogischen Grundfragen des westdeutschen Bildungswesens in Gegenüberstellung zu den Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²³⁹³ Anm.: Vorher reichten die Aufträge an das DPZI von der „Ausarbeitung von Materialien zur Konfessionalisierung und Militarisierung des Schulwesens in Westdeutschland als Ausdruck der Unterordnung der westdeutschen Schule unter der NATO-Ideologie“ (1959) über die „Entdeckung“ (1960) des „militaristischen, faschistischen und reaktionären Charakters der Schulpolitik und der herrschenden pädagogischen Theorie in Westdeutschland“ bis hin zur „Entlarvung“ (1961) der „militaristischen und revanchistischen Verhetzung der Jugend“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Arbeitsplanentwurf des Büros für Auslandspädagogik und westdeutsche Pädagogik. Ohne Datum [Dezember 1958]. Siehe auch Punkt 2.4.3.3.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Hauptaufgaben des DPZI für 1960. Siehe auch Punkt 2.5.4. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Arbeitsplan des DPZI Berlin für das Jahr 1961. Sektion IV – Pädagogik des Auslands und Westdeutschlands. Siehe auch Punkt 2.5.4.) Und auch danach finden sich noch Spuren davon, z.B.: „Auseinandersetzung mit der imperialistischen Pädagogik und Schulpolitik, besonders in Westdeutschland“ (Ende 1961); „Dokumentation zu Fragen der neokolonialistischen Aufgabenstellung der westdeutschen Schule“ (1962) und Untersuchungen über „die Erziehung der westdeutschen Jugend im Geiste des europäisch-atlantischen Chauvinismus“ (1963). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan des DPZI für 1961/62. Bestätigt durch das MfV am 27.11.1961.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Arbeitsplan der Sektion IV für das Jahr 1962.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963.)

²³⁹⁴ Anm.: Mit dem gewaltsamen Stopp der Abwanderungswelle junger, gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus der DDR durch die Abriegelung der Grenzen waren die „Defizite des westdeutschen Bildungssystems mit seinem niedrigen Akademisierungsgrad nicht mehr zu ignorieren“. (Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 20.)

²³⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Bestätigter Arbeitsplan des DPZI für 1961/62. 27.11.1961. Siehe Punkt 2.5.4. 1965 standen dann auch Forschungsarbeiten zu den „Krisenerscheinungen im westdeutschen Schulwesen“ sowie die Manuskripterstellung des Buches „Probleme der Bildungskrise in Westdeutschland“ auf dem Plan. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.)

Systemwettstreit auf dem Gebiet des Bildungswesens galt damit offenbar als entschieden und die aggressive Sprache schien auch im Zuge dessen an Bedeutung zu verlieren.

Zur Versachlichung trug zudem sicherlich eine wachsende methodologische Souveränität bei. Das DPZI setzte sich verstärkt mit wissenschaftlichen Grundlagen von Forschungsmethoden auseinander und hinterfragte methodische Konzeptionen eigener Forschungsversuche.²³⁹⁶ 1963 sollten „erste Prinzipien einer Vergleichenden Pädagogik“ aufgestellt werden.²³⁹⁷ In den beiden folgenden Jahren plante das DPZI umfangreiche vergleichende Arbeiten, unter anderem²³⁹⁸ zu den Methoden der Bildungsökonomie²³⁹⁹.

Mit dem großen Interesse an der Bildungsökonomie erlebte auch die darin eingebundene²⁴⁰⁰ Soziologie ihren Aufschwung in der DDR. Zum einen hatte sich inzwischen ein geltendes pädagogisches Wissenschaftsverständnis durchgesetzt, nach dem das „Wissen über den Zusammenhang von Erziehung und Gesellschaft, insbesondere über den Klassencharakter der Erziehung“ zu den Grundlagen der Pädagogik zählte.²⁴⁰¹ Zum anderen kam nach der Ächtung in den 1950er Jahren in den reformorientierten 1960er Jahren die Frage nach der Soziologie „von oben“ auf.²⁴⁰² Im November 1965 erließ die DDR-Regierung schließlich eine „Anordnung über das Verfahren zur Genehmigung soziologischer Untersuchungen“.²⁴⁰³ Damit fand die Soziologie

²³⁹⁶ Anm.: Zum Schuljahresbeginn 1964 sollte ein Komplexversuch zur Unterstufe starten. Beteiligt waren die Sektion I, die Sektion II mit dem Bereich Mathematik und die Sektion III mit dem Bereich Werk- und Schulgartenunterricht; außerdem der Bereich Tagesschulen, dessen methodische Konzeption als zu schwach eingestuft wurde. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Beschlussprotokoll der Abteilungsleitersitzung vom 20.7.1964. [Sektion I])

²³⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963.

²³⁹⁸ Anm.: Weitere Schwerpunkte bildeten: die staatsbürgerkundliche „Bildung und Erziehung in der UdSSR, CSSR und DDR“; „Vergleichende Untersuchungen zur Gestaltung der 2. Stufe des Bildungswesens in sozialistischen und kapitalistischen Ländern im Hinblick auf Dauer, Elastizität und Anpassungsfähigkeit des allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens an die Erfordernisse der führenden Zweige der Wirtschaft.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.); sowie „Untersuchungen zum Problem der Differenzierung in sozialistischen und kapitalistischen Ländern (einschließlich Westdeutschland) in der 2. Bildungsstufe“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.).

²³⁹⁹ Anm.: „Ausarbeitung einer Studie zur internationalen Entwicklung und zu den Methoden auf dem Gebiet der Bildungsökonomie.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²⁴⁰⁰ Anm.: Aufgabe der Bildungssoziologie war die Unterstützung der Bildungsökonomie bei der perspektivischen Planung des auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse ausgerichteten sozialistischen Bildungswesens. Dabei hatte sie vor allem die Möglichkeiten von Bildung und Erziehung bei der „sozialen Reproduktion“ der „Schichten der sozialistischen Gesellschaft“ zu untersuchen. Sie gliederte sich damit in den Bereich der Bildungsökonomie ein, welche z.B. die „soziale und ökonomische Effektivität des Bildungswesens“ im Rahmen der Reproduktionsprozesse innerhalb des Bildungswesens und in der Beziehung von gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozessen zum Bildungswesen untersuchte. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 59/60. und 64/65. Siehe auch Punkt 2.6.2.2.)

²⁴⁰¹ Vgl. Wiegmann: Allgemeinbildungstheorie. S. 451.

²⁴⁰² Vgl. Sparschuh, Vera: Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft. (Beiträge zur Osteuropaforschung. Bd. 11.) Hamburg. Krämer: 2005. S. 49.

²⁴⁰³ Anm.: Zu genehmigen waren entsprechende Erhebungen bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin bzw. bei der jeweiligen Bezirkstelle. Zentrale Untersuchungen waren zudem vom „Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung“ zu befürworten, die Materialien vertraulich zu behandeln. (Vgl. Anordnung über das Verfahren zur Genehmigung soziologischer Untersuchungen vom 1. November 1965. Gesetzblatt, 1965. Teil II. Nr. 116. S. 797. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 130/131.)

auch Eingang in das DPZI, das 1964/65 Studien zur Entwicklung und zum internationalen Stand sowohl der Bildungsökonomie als auch -soziologie vorbereitete.²⁴⁰⁴ Speziell die „soziale Schichtung“ an den (DDR-)Schulen und deren Einfluss auf die Schülerleistungen (im Vergleich mit Westdeutschland) standen 1965 im Mittelpunkt.²⁴⁰⁵

Die Ökonomie avancierte aber nicht nur zum Kriterium im DDR-Bildungswesen und zum festen Bestandteil der inhaltlich-thematischen Arbeit im DPZI.²⁴⁰⁶ Ebenso mussten sich, wie schon erwähnt, die Arbeitsweise des DPZI bzw. die angewandten Forschungsmethoden am Maßstab von Kostenaufwand und Effektivität messen lassen.²⁴⁰⁷ Im Sinne effektiven Arbeitens stellte das Institut z.B. Perspektivpläne für die Lehrmittelentwicklung und „Lehrmittelbedarfspläne“ unter dem „Aspekt der Einheit von Forschung, Entwicklung, Produktion und Absatz“ auf.²⁴⁰⁸ In anderer Weise waren bildungsökonomische Untersuchungen wie die „Einführung der beruflichen Grundausbildung“ in der Oberstufe im Rahmen von perspektivischen²⁴⁰⁹ Fragen der „Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens“ auf wirtschaftliche Gesichtspunkte fixiert.²⁴¹⁰ „Wissenschaft als Produktivkraft für den gesellschaftlichen Fortschritt“ – so auf dem VI. Parteitag der SED 1963 propagiert,²⁴¹¹ bedeutete für das DPZI als gleichsam originäre Aufgabe, die gültigen Lehrpläne zu überprüfen, den Inhalt der Allgemeinbildung neu zu definieren und dabei Schlussfolgerungen aus den „Entwicklungstendenzen in Wissenschaft und Technik“ sowie der „volkswirtschaftlichen Planung bis 1970“ zu ziehen²⁴¹². Die pädagogische Wissenschaft sollte die künftige Verfügbarkeit „hoch qualifizierter Facharbeiter“ für die Wirtschaft gewährleisten.²⁴¹³

Die verpflichtende Orientierung der wissenschaftlichen Arbeit im DPZI an langfristigen staatlichen Plänen²⁴¹⁴ sowie die Aufstellung eigener, vom MfV bestätigter Pläne dienten

²⁴⁰⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964. und Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁴⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁴⁰⁶ Anm.: Unter anderem wurden auch bildungsökonomische Untersuchungen zum „Einsatz der Fachlehrer und zu Fachkombinationen in der allgemeinbildenden Schule“ (1964) und zu den „ökonomischen Konsequenzen des etappenweisen Abbaus des Mehrstufenunterrichts“ (1965) angestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. und Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²⁴⁰⁷ Anm.: Neben einer beabsichtigten ökonomischen Konferenz plante das DPZI 1965 auch „Kostenvergleiche bei der Lehrmittelentwicklung zwischen einzelnen Abteilungen der Sektion II“ sowie die „Gegenüberstellung von Aufwand und Ergebnis bei einigen Forschungsvorhaben“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.)

²⁴⁰⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.

²⁴⁰⁹ Anm.: An der Erstellung des Programms „Weiterentwicklung des Volksbildungswesens bis zum Jahre 1980“ und der „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens“ durch die Staatliche Kommission beim Ministerrat der DDR beteiligte sich das DPZI mit der „Ausarbeitung der Perspektive des Bildungswesens“. (Vgl. Ebenda.)

²⁴¹⁰ Vgl. Ebenda.

²⁴¹¹ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin. Dietz Verlag: 1963. S. 374-387. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 521-530. S. 527.

²⁴¹² Anm.: Die Schlussfolgerungen waren sowohl für den Inhalt als auch für die Organisation der Bildung und Erziehung zu ziehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²⁴¹³ Anm.: Auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplans bis 1970 wurde eine „Studie über die Weiterentwicklung der Spezialschulen und neue elastischere Formen der Ausbildung“ angesetzt. (Vgl. Ebenda.)

²⁴¹⁴ Anm.: Z.B. das „Programm für die Weiterentwicklung des Volksbildungswesens bis zum Jahre 1980“ und die „volkswirtschaftliche Planung bis 1970“. (Vgl. Ebenda.) Außerdem (seit 1963) die

zunehmend als wissenschaftspolitische Steuerungsinstrumente, die als Nebenwirkung der Ökonomisierung der Pädagogik Anfang/Mitte der 1960er Jahre aufkamen,²⁴¹⁵ zugleich aber auch neue Disziplinen wie die Bildungsökonomie und -soziologie beflügelten. Als dem Ministerium nachgeordnete Dienststelle und „Zulieferer“ war das Institut ebenso von Planungen und Beschlüssen im Bildungsbereich betroffen, wie es daran mitwirkte. So beteiligte sich das DPZI am Perspektivplan des Bildungswesens bis 1980²⁴¹⁶, an der Konzeption des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens²⁴¹⁷ wie auch an dem 1965 verabschiedeten „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“ (25.2.1965).

Die Propagandamaßnahmen zum „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ im Stil einer „demokratisch anmutenden `politisch-ideologischen´ Motivation der Bevölkerung“ betrieb die SED-Regierung zum letzten Mal in der Geschichte der DDR in dieser Größenordnung.²⁴¹⁸ Nach der Ankündigung eines „einheitlichen sozialistischen Systems der Erziehung und Bildung“ mit aufeinander abgestimmten einzelnen Stufen auf dem VI. Parteitag der SED,²⁴¹⁹ fand im April 1964 die Veröffentlichung der „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens“ statt²⁴²⁰. Darauf folgte eine achtmonatige so genannte „umfassende demokratische Aussprache“.²⁴²¹ Als Beitrag der Wissenschaft hierzu betrachtete der Wissenschaftliche Rat des MfV seine Jahreshauptversammlung vom Juni 1964, die er den „Grundsätzen“ widmete.²⁴²² Dort diskutierten gemäß dem ökonomischen Grundtenor Wissenschaftler des DPZI, der Universitäten und Hochschulen z.B. den „volkswirtschaftlichen

Jahrespläne für die pädagogische Forschung. (z.B.: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2747 III. – MfV/Wissenschaftlicher Rat. Entwurf Jahresplan der pädagogischen Forschung 1964. 20.8.1963.)

²⁴¹⁵ Vgl. Malycha: Neue Forschungen. S. 675. Malycha bezieht sich auf: Förtsch, Eckart: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR. In: Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis. Berlin 1997. S. 17-33.

²⁴¹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.

²⁴¹⁷ Anm.: Unter maßgeblicher Mitwirkung des DPZI waren unter anderem „Thesen einer Grobkonzeption zur Bestimmung von Inhalt und Niveau der Allgemeinbildung im sozialistischen Bildungswesen“ auszuarbeiten, welche schwerpunktmäßig die wesentlichen „inhaltlichen Kriterien zur Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens“ wiedergeben sollten. Sogar in die Konzeption der „Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Staatlichen Kommission für die Bestimmung des Bildungsinhalts“ sollte das Institut mit einbezogen werden. Darüber hinaus beabsichtigte das DPZI, die Diskussionen zu „Einzelproblemen des einheitlichen Bildungswesens“ in den Forschungsgemeinschaften und Arbeitsgruppen weiterzuführen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Direktion. Aktennotiz über die Ergebnisse der Beratung am 29.1.1963 über die Lösung einiger wichtiger Aufgaben zur Lösung der Aufgaben des einheitlichen Bildungswesens.)

²⁴¹⁸ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 145. Das letzte Mal wurde ein solcher Aufwand bei der Propagierung des Bildungsgesetzes von 1959 betrieben.

²⁴¹⁹ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963. Berlin. Dietz Verlag: 1963. S. 374-387. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 521-530. S. 525.

²⁴²⁰ Anm.: Die „Grundsätze“ galten als Vorläufer bzw. Entwurf des Bildungsgesetzes von 1965. (Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsrat der DDR: 1965. S. 83-92 [gekürzt]. In: Vgl. Ebenda. S. 530-537. S. 530. und Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems [Entwurf] In: Deutsche Lehrerzeitung, 10. Jg., 1963, Nr. 29, S. 23-133. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 61-86.)

²⁴²¹ Vgl. Festschrift anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des DPZI. Hrsg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Berlin. Volk und Wissen: 1969. S. 10.

²⁴²² Vgl. Ziegler, Franz/Keiderling, Jörgen: Bericht der Jahreshaupttagung des Wissenschaftlichen Rates. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 5. Jahrgang (1964). Nr. 5/6. S. 101-109. S. 101.

Nutzeffekt“ der Bildungsinvestitionen für die „Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft“.²⁴²³ Mit der sich auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gründenden Forderung, sowohl den Inhalt als auch die Organisation auf allen Ausbildungsebenen rigoros zu rationalisieren, setzte der stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates Günter Wilms zudem ein Zeichen,²⁴²⁴ der ständig wachsenden Stofffülle²⁴²⁵ in den Lehrplänen zu begegnen. Anders als Mitte der 1950er Jahre, wo mittels Direktiven vorwiegend „stoffentlastet“ wurde, lauteten die Vorschläge im von Technologie- und Wissenschaftseuphorie getragenen Zeitgeist der 1960er Jahre allerdings, neue „Formen und Techniken der Vermittlung des Bildungsgutes“²⁴²⁶ wie „Programmierter Unterricht“ und „moderne Lehrmittel“ zu verwenden. Dadurch würde die Effizienz entsprechend gesteigert, um eine „quantitative Lösung des Problems“ zu umgehen und ein „Maximalwissen“ zu gewährleisten.²⁴²⁷ Von diesen Kriterien ausgehend sollten der wissenschaftliche Gegenstand der Pädagogik²⁴²⁸ sowie „Ziele und Inhalte“ der Allgemein- und Spezialbildung exakt neu bestimmt²⁴²⁹ sowie das Bildungswesen eng mit der Produktion verzahnt werden²⁴³⁰.

Das Institut versuchte dafür nichts weniger, als den „Welthöchststand“²⁴³¹ auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft zu erreichen, wobei sowohl der „internationale Stand der Forschungsmethoden“ verfolgt, deren Qualität entsprechend erhöht²⁴³² als auch über den „internationalen Höchststand in der Lehrmittelenwicklung“²⁴³³ Sachkenntnis erlangt werden müsste. Schließlich sollte der Bildungsinhalt diesen „neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft, Technik und Kultur“ angepasst werden, um die Produktion auf der Grundlage des „höchsten Standes von Wissenschaft und Technik“ betreiben zu können.²⁴³⁴

²⁴²³ Vgl. Ebenda. S. 104. Dabei bedinge eine „richtige Berufslenkung“ die genaue Kenntnis der „Grundlinie des Bedarfs unserer Volkswirtschaft“. Im Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsprozesse, aber auch hinsichtlich der eigenen Mittel und Methoden, sollte die Forschungsarbeit ökonomische Aspekte „mehr als bisher“ beachten. (Vgl. Ebenda. S. 102-104.) Die wissenschaftlichen Arbeitsmethoden müssten schnell verbessert, die Forschung insgesamt im Sinne einer „möglichst hohen Effektivität“ von staatlicher Seite „straff“ geführt werden. (Vgl. Ebenda. S. 109.) Vor allem in der polytechnischen Bildung sei „ein Zeitpunkt erreicht“, an dem sich „die Methodik zu einer exakten Wissenschaft“ zu entwickeln habe. (Vgl. Ebenda. S. 103.)

²⁴²⁴ Vgl. Ebenda. S. 101.

²⁴²⁵ Vgl. Ebenda. S. 105.

²⁴²⁶ Vgl. Ebenda.

²⁴²⁷ Vgl. Ebenda. S. 105/106.

²⁴²⁸ Vgl. Ebenda. S. 102.

²⁴²⁹ Vgl. Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von einem Redaktionskollegium unter Leitung von Karl-Heinz Günther. 3. bearb. Aufl. Berlin. Volk und Wissen: 1989. S. 12.

²⁴³⁰ Vgl. Fraunholz/Schramm: Hochschulen als Innovationsmotoren? S. 36.

²⁴³¹ Anm.: Exakte Kriterien dafür waren eigenen Angaben nach im November 1964 noch nicht definiert. Diese Aufgabe wurde der Abteilung Vergleichende Pädagogik übertragen, deren Arbeitskonzeption neben der anderer Fachabteilungen (Dokumentation und Information; Informationsstelle der Sektion V; Bildung und Erziehung in Westdeutschland; usw.), „unter Berücksichtigung“ dieser Kriterien überprüft werden sollte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Vermerk über eine Beratung zu Problemen des Welthöchststandes auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung und der pädagogischen Wissenschaft. 25.11.1964.)

²⁴³² Anm.: Dabei seien vor allem „Maßnahmen zur Einführung mathematisch-statistischer Verfahren“ zu treffen und „Anforderungen an Forschungsberichte“ kontinuierlich zu verbessern. (Vgl. Ebenda.)

²⁴³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.

²⁴³⁴ Vgl. Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsrat der DDR: 1965. S. 83-92 (gekürzt). Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 531/532.

Im Hinblick auf die Entwicklung „moderner Unterrichtsmittel“ wurden bei der Erarbeitung des Bildungsgesetzes „moderne pädagogische Auffassungen“ vermisst und personelle Verstärkung für die Arbeit in dieser Gruppe des DPZI für nötig erachtet.²⁴³⁵ Denn immerhin forderte das neue Bildungsgesetz, Lehr- und Arbeitsmittel auf dem „neuesten Stand von Wissenschaft und Technik“ für die Schüler, Lehrlinge und Studenten bereitzustellen.²⁴³⁶ Allerdings stand diesen Ansprüchen immer wieder die eigene ökonomische Schwäche im Weg. Ende 1964 sah sich z.B. der Verlag Volk und Wissen wegen des anhaltenden Papiermangels nicht in der Lage, die geforderten „Schülerarbeitsmaterialien“ herauszubringen.²⁴³⁷ An die Produktion „programmierter Arbeitsmittel“ sei erst um 1970 und maximal für die Kernfächer der Oberstufe für die Lehrer zu denken.²⁴³⁸

Den Erinnerungen Neuners folgend machte sich das DPZI besonders für die Durchsetzung der Differenzierung im Bildungsgesetz stark.²⁴³⁹ Und noch zwei Monate vor der Verabschiedung waren die Diskussionen darüber im vollen Gange. Hinsichtlich der unterrichtlichen Differenzierung in einen „Kern- und Kursunterricht“ sowie in Niveaugruppen in der allgemeinbildenden Schule sprachen sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Sektion I für eine „äußere Differenzierung“ in der Oberstufe (Klasse 7-10) aus²⁴⁴⁰, d.h. für eine Differenzierung im Bereich der Unterrichtsfächer²⁴⁴¹. Eine „innere Differenzierung“ und damit „spezielle Niveaugruppen“ lehnten sie hingegen ab.²⁴⁴² Geteilte Meinungen herrschten zum Problem der stärkeren Einführung von „Neigungsgruppen“ in der Mittel- und Oberstufe.²⁴⁴³ Entsprechend schälten sich im neuen Gesetz aus jener Debatte die „Differenzierungen in den Bildungswegen auf den oberen Stufen“ heraus – für die Förderung von „individuellen Begabungen“ und im Sinne der Beachtung von „gesellschaftlichen Erfordernissen“.^{2444 2445}

²⁴³⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.

²⁴³⁶ Vgl. Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsrat der DDR: 1965. S. 83-92 [gekürzt]. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 536.

²⁴³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.

²⁴³⁸ Vgl. Ebenda.

²⁴³⁹ Anm.: So sei in der redaktionellen Gruppe, welche Margot Honecker leitete, bei den „Formulierungen zur Differenzierung ... um jedes Wort“ gerungen worden – mit der „Anti-Differenzierungs-Fraktion“, vor allem mit Staatssekretär W. Lorenz. (Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 125.)

²⁴⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.

²⁴⁴¹ Anm.: Als „grundlegende Struktureinheit der äußeren Gliederung des Unterrichts“ im Ergebnis der im 18. und 19. Jahrhundert erfolgten Differenzierung des Unterrichts definierte die DDR-Pädagogik das Unterrichtsfach. Eigenen Angaben nach wurde in der Oberstufe der Oberschule der DDR fakultativ eine zweite Fremdsprache unterrichtet; in den Klassen 9 und 10 ein Angebot fakultativer Kurse nach Rahmenprogrammen auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet zur Verfügung gestellt. In der Erweiterten Oberschule (Klassen 11 und 12) gab es der offiziellen DDR-Pädagogik zufolge den Wahlpflichtbereich Musik/Kunsterziehung sowie weitere fakultative Kursangebote in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und Fremdsprachen; außerdem Spezialschulen und -klassen sowie Abiturklassen der Berufsschulen. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 387, 273, 107 und 12.)

²⁴⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.

²⁴⁴³ Vgl. Ebenda. Die Mittelstufe erstreckt sich auf die Klassen 4 bis 6.

²⁴⁴⁴ Vgl. Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsrat der DDR: 1965. S. 83-92 [gekürzt]. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 535/536. In diesem Zusammenhang weist auch der Paragraph zu den Möglichkeiten der Menschen, „ihre Begabungen und Talente zu entwickeln“ (§ 6) darauf hin, dass Begabungen durch „außerunterrichtliche Bildungsveranstaltungen und andere Maßnahmen“ zu fördern seien. Auch wäre auf das „individuelle Leistungsvermögen der Lernenden“ einzugehen – eine Formulierung, die sich noch die „innere Differenzierung“ offen hält. (Hervorhebungen N.Z.) Daneben

Das Thema Einheitlichkeit und Differenzierung bildete auch nach der Verabschiedung des Gesetzes einen der Forschungsschwerpunkte im Rahmen der Untersuchungen zu „perspektivischen Fragen der Entwicklung der Oberschule“.²⁴⁴⁶ In Folge solcher Feldstudien unternahm das DPZI laut Neuner Ende der 1960er Jahre einen weiteren Versuch, Wahlunterricht neben dem obligatorischen Kernunterricht zu ermöglichen.²⁴⁴⁷

Vergleichsweise leichter schien es hingegen, die Vorstellungen des DPZI hinsichtlich der stärkeren Betonung des „Anteils der verschiedenen Erziehungsträger, insbesondere auch der Familie“ sowie der engen Verbindung von Erziehungs- und Bildungsfragen²⁴⁴⁸ in das neue Bildungsgesetz einzubringen²⁴⁴⁹.

Aber trotz des dem Bildungsgesetz abgerungenen Spielraums für etwaige Forschungsfelder hatte sich die Pädagogik nach wie vor strikt ökonomischen und politischen Prämissen unterzuordnen.

werden unter anderem noch die „Einrichtung von Spezialschulen und -klassen“ sowie die speziellen Bildungsangebote an Fach- und Hochschulen genannt. (Vgl. Ebenda.)

²⁴⁴⁵ Anm.: Die EOS wird als „hochschulvorbereitende Schule“ bzw. „Abiturstufe“ bezeichnet und fällt damit nicht unter den Begriff „Oberstufe“. Dennoch ist es in diesem Fall sehr wahrscheinlich, dass in die „oberen Stufen“ auch die EOS mit den Klassen 11 und 12 inbegriffen ist. (Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 107.)

²⁴⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁴⁴⁷ Anm.: Nach lang andauernden Diskussionen sei im MfV die Entscheidung für die Einführung von „Arbeitsgemeinschaften nach Rahmenprogrammen“ in den Klassen 9 und 10 der zehnklassigen polytechnischen Oberschule gefallen, eine vermeintliche „Vorform eines fakultativen Unterrichts“. (Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 125.)

²⁴⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Protokoll der Sektionsvollversammlung vom 7.12.1964.

²⁴⁴⁹ Anm.: Zu den Erziehungsträgern zählte das Gesetz neben der Familie staatliche Institutionen und gesellschaftliche Organisationen; im Einzelnen die „Lehrkräfte aller Bildungseinrichtungen“, die „sozialistischen Betriebe und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“, die „Freie Deutsche Jugend und ihre Pionierorganisation `Ernst Thälmann““, „Arbeits- und Interessengemeinschaften“, „Klubs Junger Techniker“, „Stationen Junger Naturforscher“, Studentenklubs, usw. Dem „Grundsatz der Einheit von Bildung und Erziehung“ ist ebenso ein eigener Paragraph gewidmet. In diesem Zusammenhang sollten die Schüler, Lehrlinge und Studenten befähigt werden, „sozialistisch zu denken, zu fühlen und zu handeln“. (Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatsrates der DDR. Berlin. Staatsrat der DDR: 1965. S. 83-92 [gekürzt]. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 536/537.)

2.7 Das DPZI auf dem Weg zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) – 1965 bis 1970

Mit dem Bildungsgesetz vom Februar 1965 waren die Forschungsfelder für das DPZI weitgehend abgesteckt und die Weichen für die APW-Gründung gestellt. Es folgten drei Jahre der inneren Profilierung des Instituts, teilweise bereits von Umstrukturierungsmüdigkeit begleitet, bis zu den 1968 beginnenden Vorbereitungen der Akademiegründung.

2.7.1 Die Profilierung der inneren Strukturen 1965 bis 1967

2.7.1.1 Wirtschaftliche, gesellschaftliche und wissenschaftspolitische Entwicklungen – das Ende der Reformen

Als Industriemacht inzwischen verhältnismäßig stark, jedoch volkswirtschaftlich relativ konzeptionslos, war das Wirtschaftsleben der DDR immer stärker mit der Sowjetunion verflochten.²⁴⁵⁰ Dies bedeutete in letzter Konsequenz, auch die wirtschaftspolitischen Vorgaben der UdSSR übernehmen zu müssen.²⁴⁵¹ Im Juni 1964 hatte die DDR mit der UdSSR einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ unter faktisch uneingeschränkter Hegemonie Moskaus abgeschlossen.²⁴⁵²

Dies führte 1964/65 dazu, dass die Sowjetunion als Folge eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Reformen in der DDR torpedierte. So machte sie die „Steigerung ihrer Rohstofflieferungen in die Ostblockländer von bestimmten Gegenleistungen“ abhängig.²⁴⁵³ Zudem entstand in der DDR ein „Nebeneinander von alten und neuen Mechanismen“, welches den beabsichtigten Effekt schmälerte bzw. sogar vereitelte.²⁴⁵⁴ Die Probleme im Wirtschaftsgeschehen summierten sich 1965 und erforderten zwingend administrative Eingriffe.²⁴⁵⁵ In der Folge kam es in der SED-Spitze vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen Reformgegnern und -befürwortern.²⁴⁵⁶ Erich Apel gehörte als Verantwortlicher für Wirtschaftsfragen im Politbüro der SED zu den Reformern.²⁴⁵⁷ Ende 1965 beging E. Apel Selbstmord, da er das von ihm ins Leben gerufene neue ökonomische System in Gefahr sah.²⁴⁵⁸

²⁴⁵⁰ Anm.: Nach der Sowjetunion war die DDR die zweite Industriemacht im RGW und „nahm auch in der Weltproduktion einen beachtlichen Platz ein“. Die Politik der SED hinsichtlich der Bewältigung volkswirtschaftlicher Aufgaben bewegte sich jedoch „zwischen Reformansätzen und -forderungen der Fachleute und absoluter Dominanz der Entscheidungen des Parteiapparats“. (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 65.)

²⁴⁵¹ Vgl. Ebenda.

²⁴⁵² Vgl. Ebenda. S. 70.

²⁴⁵³ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 231.

²⁴⁵⁴ Anm.: So wurde unter anderem die „Verteilungsplanung dezentralisiert, aber den Planern bei den VVB (Vereinigungen Volkseigener Betriebe) standen nicht die Informationen zur Verfügung, um makroökonomisch effektive Verteilungsentscheidungen zu treffen“. Prämien und Löhne konnten als individueller Leistungsanreiz für die Beschäftigten nicht durchgesetzt werden. (Vgl. Ebenda. S. 230. Zur Reform Anfang der 1960er Jahre: siehe auch Punkt 2.6.1.)

²⁴⁵⁵ Vgl. Ebenda. S. 231. Steiner bezieht sich auf: ders.: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin. 1999. S. 96-101.

²⁴⁵⁶ Vgl. Ebenda.

²⁴⁵⁷ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 65.

²⁴⁵⁸ Vgl. Ebenda.

Weil die SED-Führung zunehmend befürchtete, mit dem NÖSPL langfristig ihre „zentralistisch-hierarchische Führung“ zu verlieren, leitete die Partei noch Ende 1965 als angeblich „zweite Phase“ eine Korrektur der Reformen ein.²⁴⁵⁹ Damit erfolgte eine stärkere Zentralisierung des NÖSPL,²⁴⁶⁰ die schließlich in das Konzept des „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS) ab 1967 mündete²⁴⁶¹. Der Machtwechsel in der Sowjetunion förderte diese Reformkorrektur zusätzlich. Dort wurde Chruschtschow als erster Sekretär der KPdSU im Oktober 1964 abgesetzt und Leonid Iljitsch Breschnew schraubte als neues Regierungsoberhaupt die von seinem Vorgänger eingeleitete Lockerung des Zentralverwaltungssystems wieder zurück.²⁴⁶² Ulbricht schwenkte mit der „zweiten Phase“ des NÖSPL auf die neue Linie ein²⁴⁶³ – und damit auf den Anti-Reformkurs²⁴⁶⁴. Zur Besieglung der neuen Verhältnisse schloss die DDR ein fünfjähriges Handelsabkommen mit der Sowjetunion ab.²⁴⁶⁵

Den Bemühungen der neuen sowjetischen Führung folgend, die sich im „Westen“ ausbreitende Massenkultur im „Osten“ einzudämmen²⁴⁶⁶, setzte das 11. Plenum des ZK der SED im November 1965 auch auf kulturellem Gebiet dem Reformkurs der frühen 1960er Jahre ein abruptes Ende²⁴⁶⁷. Das so genannte „Kahlschlagplenum“ forderte „Sauberkeit“ in der Kultur.²⁴⁶⁸ Erich Honecker, seit 1958 Mitglied im Politbüro,²⁴⁶⁹ griff in seiner Rede speziell Wolf Biermann als spießbürgerlich, anarchistisch, zynisch, überheblich und skeptizistisch an.²⁴⁷⁰ Den „Erscheinungen der amerikanischen Unmoral und Dekadenz“ sowie der „Verbreitung fremder, schädlicher Thesen und unkünstlerischer Machwerke“ müsse entgegen getreten werden.²⁴⁷¹ Fernsehen und Literatur wurden in der Folge „auf das Niveau unbedarfter harmoniesüchtiger Kleinbürger zurecht gestutzt“²⁴⁷², als dekadent, skeptizistisch oder individualistisch eingestufte Bücher zum Druck nicht zugelassen²⁴⁷³. Die Forderung, dass Künstler nicht mehr an der

²⁴⁵⁹ Vgl. Ebenda.

²⁴⁶⁰ Vgl. Ebenda.

²⁴⁶¹ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 231.

²⁴⁶² Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 131. Auch Bollinger stellt fest, dass mit dem Sturz Chruschtschows in Moskau die Zeichen auf Anti-Reformkurs standen. (Vgl. Bollinger: Konflikte. S. 46.)

²⁴⁶³ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 70.

²⁴⁶⁴ Vgl. Bollinger: Konflikte. S. 46.

²⁴⁶⁵ Vgl. Weber: Die DDR 1945-1990. S. 70.

²⁴⁶⁶ Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 63/64.

²⁴⁶⁷ Vgl. Fulbrook: „Entstalinisierung“. S. 39.

²⁴⁶⁸ Aus Erich Honeckers Rede vor dem ZK: DDR – ein sauberer Staat, 15. Dezember 1965. In: Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED. 15.-18.12. Berlin [Ost]. 1966. S. 56ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 160.] DDR. Dokumente. S. 282-284.

²⁴⁶⁹ Anm.: Ab 1963 wurde E. Honecker die innere Parteikontrolle übertragen, wodurch er als „rechte Hand“ Ulbrichts galt. (Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 69.)

²⁴⁷⁰ Aus Erich Honeckers Rede vor dem ZK: DDR – ein sauberer Staat, 15. Dezember 1965. In: Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED. 15.-18.12. Berlin [Ost]. 1966. S. 56ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 160.] DDR. Dokumente. S. 282-284.

²⁴⁷¹ Vgl. Ebenda.

²⁴⁷² Bollinger: Konflikte. S. 49.

²⁴⁷³ Anm.: So wurde der Roman von Irmtraud Morgner „Rumba auf einen Herbst“ von der Druckgenehmigungsbehörde abgelehnt – mit der Begründung, er sei „skeptizistisch durch und durch bis zum Nihilismus, ein Buch des enthemmten Individualismus“. (Zitiert nach Bussmann, R. [Hrsg.]: I. Morgner. Rumba auf einen Herbst. Hamburg. 1992. S. 342. In: Barck, Simone: Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen „Kampfkonzpts“ Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. In: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin. Akademie-Verlag: 1993. S. 327-344. S. 338.)

Außerdem verstoße das Buch gegen die kürzlich erlassenen „Grundsätze der sozialistischen Moral“ sowie das neue Ehegesetz und erfülle den Tatbestand der „Dekadenz“. (Vgl. Barck: Das Dekadenz-Verdikt. S. 338.)

sozialistischen Ideologie rütteln dürften, schaltete die Frühwarnsysteme der Gesellschaft aus.²⁴⁷⁴ Das 11. Plenum verkündete somit ein Gesellschaftsbild, das „Wissenschaftler wie Parteifunktionäre blind für die eigene Entwicklung“ machen musste. Parteioffiziell war das Ende der Dialektik eingeläutet: „Widersprüche seien Störgrößen“ und würden von der SED-Führung erkannt und gelöst.²⁴⁷⁵ Die Kritik von E. Honecker auf dem 11. Plenum des ZK der SED am Deutschen Schriftstellerverband²⁴⁷⁶ zeigte bereits im Januar 1966 Wirkung, als sich dieser in seiner „Selbstkritik“ der SED-Politik unterwarf.²⁴⁷⁷ Auch den in den vorangegangenen Jahren tolerierten Jugendkulturen stand eine rigide politische Reglementierung bevor.²⁴⁷⁸ Fortan sollte die Jugend wieder „nach dem Takt der Partei“ tanzen bzw. marschieren.²⁴⁷⁹ Kontrolliert wurden die Jugendlichen zukünftig vom Ministerium für Staatssicherheit, das die „Erziehungsverhältnisse möglichst vollständig zu überwachen“, die „Erziehungsprozesse konspirativ zu koordinieren und notfalls selbst in die Hand zu nehmen“ hatte.²⁴⁸⁰

Auch die Wissenschaft in der DDR begrub die Liberalisierungshoffnungen der frühen 1960er Jahre nach dem 11. Plenum.²⁴⁸¹ Offene Diskussionen über Mängel oder Fehler in der Schulpolitik und -pädagogik galten mit der Verabschiedung des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“ als unerwünscht.²⁴⁸²

Die laufenden Hochschulreformdebatten erhielten ebenfalls nach dem Dezemberplenum 1965 eine „deutlich repressive Tonlage“.²⁴⁸³ Dabei ging es vor allem um die Reform der inneren Strukturen, um die „Profilierung“ des Hochschulwesens und seine „gesellschaftliche Effektivität im Planwirtschaftssystem der DDR“.²⁴⁸⁴ Bei den in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verwirklichten Reformen im ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem hatten sich drei Tendenzen herauskristallisiert. Zum einen zeigten sich „neue Methoden ideologischer Durchdringung und politischer Kontrolle des Hochschul- und Wissenschaftssystems“ in den

²⁴⁷⁴ Vgl. Bollinger: Konflikte. S. 56ff.

²⁴⁷⁵ Vgl. Ebenda.

²⁴⁷⁶ Aus Erich Honeckers Rede vor dem ZK: DDR – ein sauberer Staat, 15. Dezember 1965. In: Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED. 15.-18.12. Berlin [Ost]. 1966. S. 56ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 160.] DDR. Dokumente. S. 282-284. S. 283.

²⁴⁷⁷ Anm.: „Der Vorstand des DSV (Deutschen Schriftstellerverbands, N.Z.) grenzt sich von diesen destruktiven Bestrebungen ab Er bewertet sie als Versuch, künstlerisch und politisch eine Linie herauszuarbeiten und durchzusetzen, die der Politik und Kulturpolitik von Partei und Staat entgegengesetzt ist.“ (Aus der Selbstkritik des Schriftstellerverbandes, 11. Januar 1966. In: Für klare Konturen unserer Literatur. Erklärung des Deutschen Schriftstellerverbandes. In: Neues Deutschland, 21. Jg., Nr. 14 vom 14.1.1966. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 162.] DDR. Dokumente. S.292/293. S. 292.)

²⁴⁷⁸ Vgl. Wiegmann: Erziehungsideologie. S. 176/177. Wiegmann bezieht sich auf: Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag. Berlin 1993. S. 155ff. Außerdem: Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München. 1993. S. 439.

²⁴⁷⁹ Vgl. Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen in der DDR der 60er Jahre. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 624-641. S. 635. Wierling bezieht sich auf den Wortlaut des 11. Plenums in: BA-SAPMO IV/2/1/336.

²⁴⁸⁰ Vgl. Wiegmann: Erziehungsideologie. S. 177.

²⁴⁸¹ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 16.

²⁴⁸² Hier und im Folgenden: Vgl. Baske, Siegfried: Schulen und Hochschulen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 159-226. S. 197.

²⁴⁸³ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 16.

²⁴⁸⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. S. 17.

neuen, effektiveren „Kontroll-, Leitungs- und Verwaltungsstrukturen“. Zweitens überschritten sich der „Ausbau vertikaler wie horizontaler Strukturen und Verflechtungen“, wobei die „Modernitätsvisionen und Effizienzversprechen `von oben´ ... zur eigenen Profilierung oder zur Mobilisierung neuer Ressourcen“ genutzt werden konnten.²⁴⁸⁵ Außerdem gab es Bemühungen um „Effizienz und höhere Leistungen in Forschung und wissenschaftlicher Lehre“, in deren Konsequenz verbliebene, tradierte institutionelle Strukturen in Universitäten und Akademien „zugunsten technokratischer Optimierungsvisionen“ in Frage gestellt werden durften.²⁴⁸⁶ Um die Wissenschaft im Sinne der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ als „Produktivkraft“ (siehe Punkt 2.6.1 und 2.6.2.1.2.) wirksam zu machen und die für (wirtschaftlich) notwendig befundene „sprunghafte Entwicklung der Technik“ zu ermöglichen²⁴⁸⁷, wurden in der DDR die Studentenzahlen besonders in technischen und Wirtschaftswissenschaften nach 1965 drastisch erhöht²⁴⁸⁸ – das Hochschulwesen erlebte eine Expansionsphase.

Auch die Forschungsergebnisse der pädagogischen Wissenschaft mussten sich nach dem Kriterium ihrer praktischen Effizienz bewerten lassen. Sie sollten künftig „abrechenbar“, die entsprechenden „ökonomischen Aufwendungen“ kontrollierbar sowie die „maximale Nutzung“ der entsprechenden Erträge in der „staatlichen Planung und Leitung des Bildungssystems“ gesichert sein, um zu einer „schnelleren Nutzenanwendung der Forschungsergebnisse in der Praxis“ zu gelangen.²⁴⁸⁹ Die „Planung und Leitung der pädagogischen Wissenschaft und Forschung“ selbst müsse noch stärker zum Gegenstand theoretischer Arbeiten werden. Hier waren vor allem die „prognostische Vorlaufforschung“, die Kybernetik und Bildungsökonomie gefordert. Der Fokus der pädagogischen Forschung sollte sich auf die als gesellschaftlich notwendig erachteten Schwerpunkte richten und eine demgemäße Profilierung der wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der Aufbau von Leitinstiuten stattfinden. Dieser Anspruch des 1966 aufgestellten pädagogischen Forschungsprogramms für die nächsten fünf Jahre²⁴⁹⁰ wirkte sich besonders auf die Hochschulen aus, die ihre Institute und Fakultäten zugunsten von Sektionen umzustrukturieren hatten²⁴⁹¹. Dadurch wurden die Ordinarien der traditionellen deutschen Universität durch „linientreue Funktionäre als Sektionsleiter“ ersetzt,

²⁴⁸⁵ Vgl. Ebenda. S. 18.

²⁴⁸⁶ Vgl. Ebenda. S. 17.

²⁴⁸⁷ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 234. Steiner bezieht sich auf das Material [der wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen] zur Vorbereitung der I. Beratung der Perspektivplankommission [am 26./27.9.68], SAPMO-BA DY 30 IV A2/2021/450.

²⁴⁸⁸ Anm.: Studierten 1965 noch 28.344 Personen Technische Wissenschaften, waren es 1970 bereits 45.967. Im Bereich Wirtschaftswissenschaften wurden 1965 12.094 Studenten immatrikuliert, 1970 wuchs die Zahl auf 20.538 an. Auch in den Staats- und Rechtswissenschaften konnte ein Anstieg verzeichnet werden (von 4.265 auf 7.149). Insgesamt hatte die Studentenzahl 1970 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht und stagnierte im Vergleich zu 1975. Im Bereich der Technischen Wissenschaften sank die Zahl der Studierenden sogar von 45.967 auf 40.206. (Vgl. Baske: Schulen und Hochschulen. S. 216. Baske bezieht sich auf das Statistische Jahrbuch der DDR 1978, 302. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften 1989, 163.)

²⁴⁸⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. Programm der pädagogischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik. 1966-1970. März 1966. [Auszug] In: Pädagogische Forschung, Sonderheft 1966. S. 5-15. Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 131-135. S. 134.

²⁴⁹⁰ Anm.: Das Perspektivprogramm der pädagogischen Forschung galt zugleich als Basis für die „Planung, Leitung und Koordinierung der pädagogischen Forschung im Gesamtsystem der Planung und Leitung der Gesellschaftswissenschaften, der medizinischen Wissenschaften und der Naturwissenschaften in unserer Republik“. (Vgl. Ebenda. S. 135.)

²⁴⁹¹ Vgl. Fraunholz/Schramm: Hochschulen als Innovationsmotoren? S. 29. Fraunholz/Schramm beziehen sich dabei auf: Laitko, H.: „Umstrukturierung statt Neugründung: die dritte Hochschulreform der DDR“. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, 21/1998. S. 143-158. S. 149f.

ihre starke Position beseitigt.²⁴⁹² Die Sektionsbildungen trugen damit nicht nur zur Profilierung und Konzentration und in diesem Sinne zur Modernisierung der Forschung bei, sondern ermöglichten in der Konsequenz auch eine stärkere staatliche Kontrolle.²⁴⁹³ Insgesamt gewannen mit den Reformmaßnahmen die industrienahen „Technik- und Naturwissenschaften, die Kybernetik und andere Steuerungswissenschaften“ an Bedeutung, während sich die Gesellschaftswissenschaften größtenteils auf der Verliererseite²⁴⁹⁴ sahen.²⁴⁹⁵

2.7.1.2 Arbeitsbewältigung mit dem und im DPZI

2.7.1.2.1 Planung der pädagogischen Wissenschaft – „politische Aufgabe ersten Ranges“²⁴⁹⁶

Bereits zwei Tage nach dem Ende des 11. Plenums des ZK der SED und einer zusätzlichen Beratung mit M. Honecker wurden in einer Direktionsberatung die neuen Richtlinien der SED-Politik an das Leitungspersonal im DPZI weitergegeben.²⁴⁹⁷ Daraufhin schätzte die Direktion die Qualität der Ergebnisse in der Arbeitsplanerfüllung von 1965 „kritisch“ ein und definierte Schwerpunkte für 1966, die sich aber im Wesentlichen auf nicht abgeschlossene Aufgaben aus dem Jahr 1965 bezogen.²⁴⁹⁸ Daneben beteiligte sich das Institut 1965 an der Erstellung des „Jahresplans der pädagogischen Forschung 1966“, des ebenfalls 1966 veröffentlichten „Perspektivplans der pädagogischen Forschung“ sowie an der Neufassung der „Grundsätze für die pädagogische Forschung“, nahm die koordinierende Funktion in der pädagogischen Wissenschaft wahr und bearbeitete Forschungsanträge für 1966.²⁴⁹⁹ Wenngleich die Zusammenarbeit mit dem Ministerium nicht immer reibungslos verlief,²⁵⁰⁰ gehörte die Mitwirkung an der „Perspektiv- und Jahresplanung der pädagogischen Forschung“ auch

²⁴⁹² Vgl. Ebenda.

²⁴⁹³ Vgl. Fraunholz/Schramm: Hochschulen als Innovationsmotoren? S. 30.

²⁴⁹⁴ Anm.: So wurde die Geschichte der Erziehung ab Mitte der 1960er Jahre als Spezialdisziplin „wider Willen“ mehr und mehr von der allgemeinen bzw. systematischen Pädagogik isoliert und verlor damit weiter an Bedeutung. (Vgl. Rang: Pädagogische Geschichtsschreibung. S. 135. Zum schleichenden Bedeutungsverlust der Geschichte der Pädagogik siehe auch Punkt 2.5.4.)

²⁴⁹⁵ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 18.

²⁴⁹⁶ Vgl. Korn, Klaus: Zu den Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates im Perspektivzeitraum bis 1970. [Auszüge aus dem Referat] In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 7-27. S. 9. Korn bezieht sich in seinem Referat auf die entsprechende „Feststellung“ des 11. Plenums.

²⁴⁹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Protokoll der Direktionsberatung am 20.12.1965.

²⁴⁹⁸ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Dies betraf vor allem die Präzisierung der Lehrpläne und Arbeiten am „System der Erziehung“ sowie die Herausgabe von „Hilfen für die Verbesserung des Erziehungsprozesses“.

²⁴⁹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁵⁰⁰ Anm.: Mitarbeiter des Instituts wurden dabei, Aufgaben und Termine betreffend, teilweise vor vollendete Tatsachen gestellt, was der erste stellvertretende Direktor und Sektionsleiter als „unvereinbar mit den Prinzipien der sozialistischen Leitungstätigkeit“ monierte. So forderte das MfV einen Wissenschaftler für bestimmte Aufgaben an, der längst nicht mehr auf diesem Gebiet arbeitete; außerdem den Sektionsleiter selbst für umfangreiche theoretische Arbeiten binnen drei Monaten, der zwei Monate davon für seinen Arbeitsurlaub eingeplant hatte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des ersten stellvertretenden Direktors an den Abteilungsleiter der Abteilung Lehrerbildung und pädagogische Forschung/MfV. 20.1.1965.)

weiterhin zu den Verantwortlichkeiten des DPZI.²⁵⁰¹ Das DPZI trieb 1965 nicht nur die später im Perspektivplan geforderte „Entwicklung von Forschungsschulen“²⁵⁰² mit der Konzeption eines entsprechenden Statuts voran²⁵⁰³. Auch eine Perspektivplan-Arbeitsgruppe²⁵⁰⁴ wurde gegründet, welcher die Sektionen, Abteilungen und selbständigen Bereiche jeweils ihre Perspektivpläne vorlegten²⁵⁰⁵.

Dabei stellte sich sowohl in den einzelnen Fachgebieten als auch in der Arbeitsgruppe „Perspektivplan“ immer wieder die Frage nach der Grundlagenforschung. Insbesondere interessierte, ab welchem Jahr sie durchgeführt werden²⁵⁰⁶ und in welchem Verhältnis sie zu den anderen Aufträgen des DPZI stehen sollte²⁵⁰⁷. Klärungsbedarf bestand allerdings auch bereits in der Frage, was im Detail unter Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Pädagogik zu verstehen sei.²⁵⁰⁸ Trotzdem zielten die Absichten des Instituts prinzipiell auf eine Verstärkung der begrifflich unklaren Grundlagenforschung.²⁵⁰⁹

Bezüglich der so genannten Entwicklungsarbeiten bemühte sich die verantwortliche Perspektivplan-Gruppe zunächst um eine Begriffsklärung und um die Beantwortung der Frage, worin die Unterschiede zwischen „Entwicklungsarbeiten“, „angewandter Forschung“ und „Grundlagenforschung“ zu sehen seien.²⁵¹⁰ Ausdrücklich betonte die Arbeitsgruppe dabei den Wissenschaftscharakter auch von „Entwicklungsarbeiten“.²⁵¹¹

²⁵⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion IV. „Die Verantwortung des DPZI im Prozess der Planung und Leitung der pädagogischen Forschung ...“. Ohne Datum [Sommer 1967].

²⁵⁰² Vgl. Programm der pädagogischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik. 1966-1970. März 1966. [Auszug] In: Pädagogische Forschung, Sonderheft 1966. S. 5-15. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 131-135. 134.

²⁵⁰³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁵⁰⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Perspektivplan“ bei der Direktion am 25.3.1965.

²⁵⁰⁵ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des Abteilungsleiters der Abteilung Lehrerbildung und pädagogische Forschung/MfV an das DPZI, Dr. Hofmann. 25.6.1965. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 25.9.1967.

²⁵⁰⁶ Anm.: Den 1960 beabsichtigten Beginn von „vorausschauender“ Forschung im Jahr 1965 [I] verlegte der Bereich Pädagogische Psychologie auf 1968/69, als die „Orientierung auf die Grundlagenforschung“ verstärkt werden sollte [II]. ([I] Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Entwurf der Thesen für die Perspektivplanung 1965-80 auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.8.1960. Siehe auch Punkt 2.5.3. und [II] Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.)

²⁵⁰⁷ Anm.: Vor allem in der Abteilung Pädagogische Psychologie schien dies vonnöten, da hier andernfalls eine fehlende psychologische Fundierung bei der „Lösung der pädagogischen und schulpolitischen Hauptaufgaben“ befürchtet wurde. (Vgl. Ebenda.) Aber auch die Vergleichende Pädagogik bestand darauf, ein „richtiges Verhältnis von Grundlagenarbeit und Information“ zu erreichen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 1.3.1965.)

²⁵⁰⁸ Anm.: Dies beabsichtigte die Sektion I nach dem Bericht über die Aussprache der Direktion mit Frau Honecker bis Juni 1966 genauer darzulegen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 14.2.1966.)

²⁵⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 1.3.1965. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.

²⁵¹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Perspektivplan“ bei der Direktion am 25.3.1965.

²⁵¹¹ Vgl. Ebenda.

Beklagt wurde in diesem Zusammenhang erneut, dass angesichts der Dominanz von Entwicklungsarbeiten zu wenig Gelegenheit für die Grundlagenforschung bestehen würde.²⁵¹² Priorität genossen nach wie vor²⁵¹³ die Aufträge für kurzfristig zu lösende Probleme, wie Lehrplanerstellung und die Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen.²⁵¹⁴ Die Befürchtung lag nahe, dass Grundlagenforschung nur möglich würde, wenn Entwicklungsaufgaben beschleunigt werden könnten.²⁵¹⁵ Zu den dabei ohnehin zu bewältigenden personellen Problemen²⁵¹⁶ kam indessen 1967 noch die Arbeitszeitverkürzung mit der durchgängigen Einführung der 5-Tage-Woche²⁵¹⁷.

Eine bindende Orientierung der Planung und Leitung von wissenschaftlicher Tätigkeit auf Untersuchungen und Materialien, welche der „Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ gewidmet waren, gab M. Honecker auf der pädagogischen Wissenschaftlerkonferenz im Mai 1965.²⁵¹⁸ Unmittelbar danach kritisierte die Sektion I des DPZI, dass Probleme der Polytechnik und zur Leitung der Wissenschaft auf jener vom Institut vorbereiteten²⁵¹⁹ Pädagogen tagung „in unzulässiger Weise“ vernachlässigt worden seien.²⁵²⁰ Was von Wissenschaftsleitung erwartet wurde, erläuterte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates des MfV, Dr. Klaus Korn, im Nachklang der Konferenz. Er nutzte die Ergebnisse der Konferenz, um neben der von M. Honecker verordneten Lösung von kurzfristigen Aufgaben in der Pädagogik und der Schaffung eines wissenschaftlichen Vorlaufes für „heranreifende schulpolitische und pädagogische Probleme“ auch die Entfaltung eines „parteilichen wissenschaftlichen Meinungsstreit“ zu theoretischen Grundproblemen einzufordern.²⁵²¹ Mit dem Verweis auf das 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 sollten dabei die bereits „parteilich“ zu führenden wissenschaftlichen Diskussionen jedoch zusätzlich durch die „Führung der Prozesse der Meinungsbildung“ kontrolliert werden.²⁵²² Darin verortete K. Korn das seit der Plenartagung neue Wesen von Wissenschaftsplanung und -leitung – statt in der bisherigen Begrenzung auf die „Organisation planmäßiger Durchführung der wissenschaftlichen Arbeit“.²⁵²³ Für die pädagogische Wissenschaft definierte Korn das Verständnis von „planmäßiger Führung“ im Sinne parteilicher Diskussion über die Auseinandersetzung mit der

²⁵¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Protokoll der Gewerkschaftsversammlung der Abteilung Fremdsprachen am 20.7.1967.

²⁵¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1938. – Protokoll über die Konferenz der Sektions- und Sektionsabteilungsleiter des DPZI am 19./20.9.1956. Siehe auch Punkt 2.3.2.3.

²⁵¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Protokoll der Gewerkschaftsversammlung der Abteilung Fremdsprachen am 20.7.1967.

²⁵¹⁵ Vgl. Ebenda.

²⁵¹⁶ Anm.: „Verbesserung der Kadersituation“, unter anderem die Besetzung der vakanten Abteilungsleiterstelle und die „Erweiterung des Kreises der freien Mitarbeiter“. (Vgl. Ebenda.)

²⁵¹⁷ Anm.: 1966 trat diese Regelung bereits alle zwei Wochen in Kraft – mit einer Arbeitszeit von 45 Stunden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 7/1966.) 1967 wurde die 5-Tage-Arbeitswoche nach dem VII. Parteitag der SED (17.-22.4.1967) durchgängig eingeführt. (Vgl. Jugendlexikon. S. 203.)

²⁵¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des Abteilungsleiters der Abteilung Lehrerbildung und pädagogische Forschung/MfV an das DPZI, Dr. Hofmann. 25.6.1965.

²⁵¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 10.5.1965.

²⁵²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion Theorie der Bildung und Erziehung. Protokoll der Sektionsleitersitzung vom 31.5.1965.

²⁵²¹ Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 8.

²⁵²² Vgl. Ebenda. S. 9.

²⁵²³ Vgl. Ebenda.

„imperialistischen Pädagogik“ bzw. mit dem „westdeutschen Imperialismus“.²⁵²⁴ Dabei konnte er sich auf die steigende Akzeptanz der Indienstnahme eigener Forschungen „für die Umsetzung gesellschaftspolitischer Ziele und Vorgaben der SED“ innerhalb der sich in den 1960er Jahren etablierenden Wissenschaftlergeneration stützen.²⁵²⁵ Widersprechende, politisch unerwünschte Forschungsergebnisse wurden in Begutachtungsverfahren²⁵²⁶ reglementiert und ggf. für die Veröffentlichung gesperrt; so z.B., wenn sie dem „Klassenfeind eine ideale Grundlage für eine differenzierte ideologische Diversion“²⁵²⁷ geben würden.

2.7.1.2.2 Wissenschaftspolitik unter Mitwirkung des DPZI und daran vorbei – der Wissenschaftliche Rat des Ministeriums für Volksbildung

Für die angestrebte Realisierung des Anspruchs, auf die pädagogisch-wissenschaftliche Meinungsbildung politischen Einfluss auszuüben, baute die SED einen enormen Kontrollapparat auf. Von jeher waren die Jahrespläne und der Fünfjahresplan für die pädagogische Forschung sowie die Arbeitspläne des Instituts selbst vom Ministerium für Volksbildung zu bestätigen. Auch die strukturellen Maßnahmen der vergangenen Jahre hatten dazu beigetragen, die Kontrolle der pädagogischen Wissenschaft zu verstärken. Unter diesen Maßnahmen stellte die Angliederung der Koordinierungsstelle für Forschung des DPZI an das Ministerium 1966 den vorläufigen Höhepunkt dar.²⁵²⁸

²⁵²⁴ Vgl. Ebenda. S. 10.

²⁵²⁵ Vgl. Malycha, Andreas: Bildungsforschung für Partei und Staat? Zum Profil und zur Struktur der APW. In: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007. S. 39-76. S. 73.

²⁵²⁶ Anm.: In einer weniger ausgefeilten Praxis der Begutachtung beabsichtigte das DPZI 1963 die Gründung einer Kommission für die Vorbereitung und Begutachtung von Publikationen des Instituts. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Arbeitsplan des DPZI für das Jahr 1963.) Das Büro für Publikationen in den 1950ern hatte sogar lediglich die Aufgaben der „Veröffentlichung eigener Forschungsergebnisse“ und „Drucklegung methodischer Anleitungen“ zu erfüllen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 47. – Rahmenarbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1954.) Eine entsprechende Ordnung, welche das Verfahren genau definierte, mit dem Manuskripte durch den Publikationsrat „politisch und fachlich begutachtet und beurteilt“ werden sollten, wurde erst im September 1971 in der APW erlassen. Mit diesem *streng reglementierten* Verfahren konnte die pädagogische Praxis und die Wissensproduktion auf politische Bedürfnisse eingestellt werden. Außerdem diente es als Steuerungsinstrument der Abgrenzung des politischen und fachwissenschaftlichen Rahmens für die öffentliche und innerwissenschaftliche Diskussion. (Vgl. Malycha: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. S. 216. Malycha bezieht sich auf die Publikationsordnung der APW vom 28. September 1971, in: Archiv DIPF/BBF, APW 13904.)

²⁵²⁷ Anm.: Im betreffenden Fall sprach sich Hofmann in einer an das MfV (Dr. Korn) gerichteten Stellungnahme zum Manuskript eines promovierten Forschers und Mitgliedes der Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates im MfV gegen die Veröffentlichung seiner Forschungsergebnisse aus, da auf Grund der dabei „vorgenommenen Detailanalyse des Bewusstseinsstandes unserer Jugend“ dem „Klassenfeind“ die Gelegenheit für eine ideologische Zersetzungsarbeit geliefert werde. Die Arbeit solle in den Universitätsbibliotheken als „streng vertraulich“ gekennzeichnet und „für eine Ausleihe nach Westdeutschland gesperrt“ werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben von Hofmann an Korn vom 24.3.1966. und Vgl. Ebenda. – Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates/Sektion Erziehung. Ohne Datum [1966].)

²⁵²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Hausanweisung der Direktion Nr. 1/1966. 26.1.1966.

Seinen Anfang nahm diese Entwicklung mit der Gründung des Wissenschaftlichen Rates im MfV am 25.11.1959.²⁵²⁹ Als beratendes Organ angelegt²⁵³⁰ unterstand er mit seinen Sektionen für „Pädagogik, Polytechnik und Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung“ dem Minister für Volksbildung.²⁵³¹ Die „operative Leitung“²⁵³² bildeten der Vorsitzende und die vier Sekretäre der Sektionen. Diese sah das Statut des Rates zugleich als stellvertretende Abteilungsleiter des jeweiligen Fachgebietes im MfV vor.²⁵³³

Mit seiner Neukonstituierung nach dem VI. Pädagogischen Kongress dehnte der Wissenschaftliche Rat des MfV gegen Ende 1961 seinen Einflussbereich in der pädagogischen Wissenschaft jedoch weiter aus.²⁵³⁴ Die schwer zu reglementierenden und in die Kritik geratenen Forschungszentren²⁵³⁵ wurden auf Basis der „Grundsätze für die Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung“ vom Juli 1962 in *Forschungsgemeinschaften* „umgestaltet“.²⁵³⁶ Deren Mitarbeiter, zumeist in den „Leitungen dieser Kollektive vertreten“, band das Ministerium zugleich als Mitglieder in seinem Wissenschaftlichen Rat.²⁵³⁷ Laut Günther musste das Ministerium dabei aber von seinem ursprünglichen Vorhaben Abstand nehmen, vor allem Fachwissenschaftler außerhalb des DPZI für die Fragen der Volksbildung zu gewinnen und am DPZI vorbei Wissenschaftspolitik betreiben zu können.²⁵³⁸ Die kurze Dauer dieses Bemühens und die wachsende Einbeziehung von Institutswissenschaftlern führte Günther auf die geringe „Unterwerfungsbereitschaft“ der fachwissenschaftlichen Gutachter unter die Administration sowie deren mangelnde *pädagogische* Sachkenntnis zurück.²⁵³⁹ Vermutlich wurden deshalb 61 der 80 in den Jahren 1962/63 gegründeten Forschungsgemeinschaften am DPZI eingerichtet.²⁵⁴⁰ Unter Aufsicht des Ministeriums wirkten somit bereits zu diesem

²⁵²⁹ Vgl. Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden des Rates, Prof. Dr. Helmut König, auf der konstituierenden Sitzung am 25.11.1959. Abgedruckt in: Zur Geschichte der APW. S. 186.

²⁵³⁰ Anm.: Der Rat sollte „in wissenschaftlichen Fragen, die Allgemeinbildung, die Berufsausbildung und die Qualifizierung der Erwachsenen“ betreffend beraten, d.h. auch „zu all dem Stellung zu nehmen, was als amtliches Dokument“ galt (z.B. Lehrpläne, Lehrmittel, Lehrbücher). (Vgl. Ebenda.)

²⁵³¹ Anm.: Die Sektionen seien weiterhin in Kommissionen und Arbeitsgruppen zu unterteilen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3359. – Statut des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung.)

²⁵³² Anm.: Darunter verstand das Statut auch die „engere“ Leitung, welche zwischen den Sitzungen des Rates die Leitungstätigkeit wahrzunehmen hätte. Die Leitung des Wissenschaftlichen Rates insgesamt umfasste zusätzlich die Vorsitzenden der Kommissionen und zehn „hervorragende Lehrkräfte aus den Bereichen der Allgemeinbildung, der Berufsausbildung und der Erwachsenenqualifizierung“. (Vgl. Ebenda.)

²⁵³³ Vgl. Ebenda.

²⁵³⁴ Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 8. und Vgl. Günther: Zur Eröffnung. S. 4.)

²⁵³⁵ Anm.: D.h. ihnen wurde mangelnder „Einfluss auf die inhaltliche und methodische Gestaltung der Forschung“ vorgeworfen. Keinem Zentrum sei es gelungen, „alle auf ihrem Untersuchungsgebiet Arbeitenden in der Republik“ zusammenzufassen. (Ziegler/Günther: Probleme. S. 7.) Hierfür fehlte laut Prof. König, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates des MfV, unter anderem eine generelle Anleitung und Kontrolle durch das DPZI. (Vgl. Pädagogisches Forum. S. 932.) Siehe auch Punkt 2.5.3.

²⁵³⁶ Anm.: Dabei handelte es sich um die „Grundsätze für die Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Volksbildungswesens“ in der DDR. (Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 10/11.)

²⁵³⁷ Vgl. Ebenda.

²⁵³⁸ Vgl. Günther: Rückblick. S. 372.

²⁵³⁹ Vgl. Ebenda.

²⁵⁴⁰ Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 11.

Zeitpunkt, teilweise ranghohe, Institutsmitglieder²⁵⁴¹ im Wissenschaftlichen Rat beim MfV an der Entwicklung der Pädagogik in der DDR mit.

Dennoch plante das DPZI im Zuge der institutionellen Eingliederung von DIFB und DZL einen eigenen Wissenschaftlichen Rat.²⁵⁴² Da jedoch inzwischen der Wissenschaftliche Rat des Ministeriums die jenem ehemals zukommende führende Funktion in der pädagogischen Wissenschaft²⁵⁴³ an sich gerissen hatte, blieben für den Wissenschaftlichen Rat im DPZI lediglich institutsinterne Aufgaben übrig, beispielsweise die Beratung der Direktion in Grundsatzfragen und die Durchführung von Promotionsverfahren²⁵⁴⁴. Das Recht hierzu hatte das Institut, wie schon erwähnt, parallel zur Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW)²⁵⁴⁵ im Sommer 1963 erhalten²⁵⁴⁶. Bereits in den Ideen zum Forschungsrat von 1959 hatte das DPZI auf Möglichkeiten gesonnen, Promotions- und Habilitationsverfahren abhalten zu dürfen.²⁵⁴⁷ Doch erst über die Gründung des Wissenschaftlichen Rates im Institut, später lediglich als „Rat“ bezeichnet, bekam das DPZI zumindest das Promotionsrecht zugesprochen.²⁵⁴⁸ Der Aufbau der Abteilung Wissenschaft im Ministerium für Volksbildung seit September 1965, in direkter Unterstellung unter M. Honecker,²⁵⁴⁹ läutete die nächste Neuformierung des Wissenschaftlichen Rates im MfV ein. Mit der Einordnung dieses Gremiums in den Verantwortungsbereich der Abteilung Wissenschaft²⁵⁵⁰ sicherte sich die Volksbildungsministerin 1966 gleichsam die Kontrolle über die Forschungsgemeinschaften und Arbeitsgruppen, welche ebenso wie die Sektionen des Wissenschaftlichen Rates nicht unerheblich von DPZI-

²⁵⁴¹ Anm.: Der Sektionsleiter und stellvertretende Direktor, Dr. Hofmann, hatte z.B. den Aufbau und die Leitung der Forschungsgemeinschaft „Westdeutsche Pädagogik“ Ende 1962 durchzuführen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Persönlicher Arbeitsplan für das IV. Quartal 1962. 9.10.1962.)

²⁵⁴² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.

²⁵⁴³ Vgl. Statut des DPZI. 1954. S. 537. Vgl. auch Punkt 2.3.2.1.

²⁵⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.

²⁵⁴⁵ Anm.: Die DAW bekam das Promotionsrecht am 27.6.1963. (Vgl. Jessen: Akademie, Universitäten und *Wissenschaft als Beruf*. S. 103.)

²⁵⁴⁶ Anm.: Das DPZI erhielt laut Günther das Promotionsrecht am 3.7.1963, der aber schon im April 1962 an einer Begründung zur Erteilung des Promotionsrechts gearbeitet habe. (Günther: Rückblick. S. 371.) Vgl. auch Punkt 2.6.2.1.2.

²⁵⁴⁷ Anm.: „Werden dem Forschungsrat besonders wertvolle wissenschaftliche Arbeiten zur Begutachtung vorgelegt, so kann ihm auf besonderen Antrag vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen mit Zustimmung des Ministeriums für Volksbildung das Recht übertragen werden, Promotions- und Habilitationsverfahren durchzuführen.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2128. – Entwurf über die Bildung eines Forschungsrates beim DPZI, seine Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten. [Handschriftlich vermerkt:] Für die Direktionsberatung am 14.9.1959.)

²⁵⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Einladung des Rates des DPZI zur Verteidigung einer Dissertation. 23.3.1965. Vgl. Ebenda. – Protokoll der Sitzung des Rates des DPZI am 25.11.1966. Vgl. Ebenda. – Schreiben des Sekretärs des Rates vom 9.1.1967. Betreff Termin der nächsten Ratssitzung.

²⁵⁴⁹ Anm.: Diese Abteilung sollte die „bisher bestehenden verschiedenen zentralen Leitungen der pädagogischen Forschung“ zusammenfassen. (Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 21.)

²⁵⁵⁰ Anm.: Die Abteilung Wissenschaft hatte die Verantwortung für die „gesamte zentrale Führung, Planung, Leitung, Koordinierung und Organisation der pädagogischen, pädagogisch-psychologischen und methodischen Forschung im Bereich der Volksbildung“ sowie für die „Arbeit des Wissenschaftlichen Rates und seiner Gremien“, „die Tätigkeit der Forschungsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und sonstigen Kollektive“ inne. (Vgl. Ebenda.)

Mitarbeitern mitgetragen wurden²⁵⁵¹. Der Leiter der Abteilung Wissenschaft, Korn, fungierte gleichzeitig als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates.²⁵⁵² Das Sekretariat des Rates bestand bei der Abteilung Wissenschaft und hatte alle seine Tagungen vorzubereiten und durchzuführen.²⁵⁵³ Auf die Gründung eines besonderen Präsidiums wurde deshalb verzichtet.²⁵⁵⁴ Das Institut, das nach dem Aufstieg von M. Honecker zur Ministerin in den Aufgabenbereich von deren Stellvertreter Karl Dietzel²⁵⁵⁵ übergang, blieb somit weiterhin unter strikter Aufsicht von M. Honecker.

Zusätzlich gliederte sich das Ministerium die Koordinierungsstelle²⁵⁵⁶ des DPZI mit samt ihres Leiters W. Gehrisch²⁵⁵⁷ ein²⁵⁵⁸ – einziges institutseigenes, maßgebliches Leitungs-, Organisations- und Koordinierungsorgan in der pädagogischen Forschung der DDR, das bis 1966 gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Rat des MfV die Arbeit auf dem Gebiet der Pädagogik koordiniert hatte.²⁵⁵⁹

In dieser als „3. Arbeitsperiode“ des Wissenschaftlichen Rates bezeichneten Phase sollten nach der proklamierten „Durchsetzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ der vergangenen „2. Arbeitsperiode“ nun „qualitativ neue Probleme“ gelöst werden.²⁵⁶⁰ Das 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 und die damit verbundene zweite Etappe des Neuen Ökonomischen Systems²⁵⁶¹ interpretierte Korn in diesem Zusammenhang als Appell, sich intensiver und kreativer der „möglichst exakten Einschätzung des Nutzeffekts der wissenschaftlichen Arbeit als einem Kriterium ihrer wissenschaftlichen Planung und Leitung“ zu widmen.²⁵⁶² Dies bedeute vor allem die Verbesserung der Leitungs- und Planmethodik sowie der „wissenschaftlich fundierten Prognose“.²⁵⁶³ Unklarheiten bestanden bei der angestrebten und für die Prognostik relevanten Grundlagenforschung.²⁵⁶⁴ Hierbei vertrat Korn die Auffassung, dass die formulierten

²⁵⁵¹ Anm.: In den Leitungen der 1966 gegründeten 16 Sektionen saßen neun Institutsangehörige des DPZI. (Vgl. Sektionen des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 42.)

²⁵⁵² Vgl. Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 37-41. S. 37.

²⁵⁵³ Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 23.

²⁵⁵⁴ Vgl. Ebenda.

²⁵⁵⁵ Anm.: Neuner beschreibt Dietzel als einen „ehemaligen Schulrat aus dem Thüringischen“, mit dem er später manchen lohnenswerten Streit gehabt hätte. (Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 134.)

²⁵⁵⁶ Anm.: 1960 eingerichtet (siehe Punkt 2.5.3.), waren mit den „Grundsätzen für die Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Volksbildungswesens“ von 1962 alle Forschungsvorhaben auf pädagogischem Gebiet bei der Koordinierungsstelle im DPZI meldepflichtig. (Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 10/11.)

²⁵⁵⁷ Vgl. Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des MfV. S. 37. Zu Gehrisch siehe auch Punkt 2.4.3.5. Er war jedoch 1968 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Lehrplanfragen im Büro der Direktion ins DPZI zurückgekehrt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.)

²⁵⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Hausanweisung Nr. 1/1966. 26.1.1966. Mit der Koordinierungsstelle wurde zum 1.1.1966 auch die Zeitschrift „Pädagogische Forschung“ aus dem DPZI ausgegliedert und der Abteilung Wissenschaft im MfV unterstellt.

²⁵⁵⁹ Vgl. Ziegler/Günther: Probleme. S. 15.

²⁵⁶⁰ Vgl. Günther: Zur Eröffnung. S. 3/4.

²⁵⁶¹ Vgl. Ebenda. S. 3.

²⁵⁶² Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 11.

²⁵⁶³ Vgl. Ebenda.

²⁵⁶⁴ Anm.: Als „wichtig und richtig“ erachtete der neue Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates die „Feststellung, dass die Forschungsarbeit im Bereich der Grundlagen der pädagogischen Wissenschaft eine eigenständige Bedeutung und ein eigenständiges Gewicht hat und eigener Forschungskapazitäten bedarf.“ (Vgl. Ebenda. S. 18.)

„Grundfragen der pädagogischen Wissenschaft und Forschung“ noch nicht in „eine konzeptionell fundierte Aufgabenstellung für die Entwicklung entsprechender Forschungsarbeiten“ umgesetzt worden sind.²⁵⁶⁵ Der Sektion „Grundlagen der Pädagogik“ unter Leitung des ehemaligen Rats-Vorsitzenden Helmut König²⁵⁶⁶ im Wissenschaftlichen Rat trug Korn die Erarbeitung einer diesbezüglichen Konzeption auf.²⁵⁶⁷ Neben dieser konstituierten sich 1966²⁵⁶⁸ noch 15 weitere Sektionen, von denen neun unter der Leitung von führenden DPZI-Mitgliedern standen.²⁵⁶⁹ Diese streng hierarchische Organisationsform von Wissenschaftsführung unter der Oberhoheit der Abteilung Wissenschaft des MfV gewährleistete die administrative Umsetzung der SED-Bildungspolitik, für die M. Honecker als GarantIn galt²⁵⁷⁰. Überdies arbeiteten die Sektionen des Wissenschaftlichen Rates nach den Maßgaben des von der Volksbildungsministerin bestätigten „Perspektivprogramms der pädagogischen Forschung“²⁵⁷¹ und leiteten die Tätigkeiten der Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften an – dem „unmittelbare(n) Zentrum für die wissenschaftliche Erarbeitung bestimmter komplexer Probleme“²⁵⁷². In diesen Gremien wirkten alle mit entsprechenden Fragen beschäftigten „wissenschaftlichen Kräfte“ der Republik, auch Universitätswissenschaftler, auf der Grundlage des Perspektivprogramms und der Jahrespläne für die pädagogische Forschung mit.²⁵⁷³ Die Bewilligung von finanziellen Mitteln sowie von Forschungsanträgen hing eigenen Angaben nach nunmehr von der Zustimmung durch die Sektionen ab.²⁵⁷⁴ Demgemäß entschied die Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates unter Beteiligung eines Vertreters der Abteilung Wissenschaft im MfV über Neugründungen von Arbeitsgruppen.²⁵⁷⁵ Unter der Verantwortung des DPZI und damit unter dessen „operativer Anleitung und Kontrolle“ bei der „Realisierung der

²⁵⁶⁵ Vgl. Ebenda.

²⁵⁶⁶ Vgl. Pädagogisches Forum. S. 931. und Lorenz, Werner: Zur Eröffnung der konstituierenden Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die 3. Arbeitsperiode. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 6/7. S. 7.

²⁵⁶⁷ Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 18.

²⁵⁶⁸ Anm.: Die Konstituierung der Sektionen erfolgte am 28.3.1966. In Vorbereitung darauf sollte am 23.3.1966 ein „Meinungsaustausch“ aller Sektionsvorsitzenden mit der Abteilung Wissenschaft des MfV zu den Aufgaben und der Arbeitsweise der Sektionen stattfinden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben der Abteilung Wissenschaft, Korn, an Hofmann vom 12.3.1966.)

²⁵⁶⁹ Anm.: Neben den *Grundlagen der Pädagogik* bestand der Wissenschaftliche Rat aus den Sektionen: *Erziehung* (Vorsitzender: Dr. Hans-Georg Hofmann), *Inhalt und Methodik des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts* (einer der beiden Vorsitzenden: Dr. Eberhard Rossa), *Inhalt und Methodik des gesellschaftswissenschaftlichen, musisch-künstlerischen und sprachlichen Unterrichts* (einer der beiden Vorsitzenden: Prof. Dr. Friedrich Weitendorf), *Polytechnische Bildung und Erziehung* (Vorsitzender: Oberstudienrat Heinz Frankiewicz), *Körpererziehung* (einer der beiden Vorsitzenden: Dr. Paul Marschner), *Vorschulerziehung* (Vorsitzende: Dr. Renate Pfütze), *Didaktik, Pädagogische Psychologie, Geschichte der Pädagogik, Vergleichende Pädagogik* (Vorsitzender: Prof. Dr. Werner Kienitz), *Ökonomie des Bildungswesens und Schulbau* (Vorsitzender: Dipl. oec. Günter Hersing), *Sonderschulpädagogik, Hygiene und Gesundheitserziehung, Planung und Leitung des Volkssystemsystems*; sowie *Unterrichtsmittel* (Vorsitzender: Studienrat Ewald Topp). (Vgl. Sektionen des Wissenschaftlichen Rates des MfV. S. 42. und Vgl. Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des MfV. S. 37-41.)

²⁵⁷⁰ Vgl. Geißler: Das schulpolitische System. S. 154.

²⁵⁷¹ Anm.: Darin waren eigenen Aussagen folgend 250 Aufgaben, „weitgehend institutionell und personell gebunden“, erfasst. (Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 12.)

²⁵⁷² Vgl. Ebenda. S. 24.

²⁵⁷³ Vgl. Ebenda.

²⁵⁷⁴ Vgl. Ebenda.

²⁵⁷⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Protokoll über die Beratung der Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates am 15.12.1967.

verbindlichen Vorgaben und der Erfüllung der ihnen übertragenen Arbeitsplanaufgaben“ listete das Institut 1967 insgesamt 40 Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften auf.²⁵⁷⁶

Nach offizieller Darstellung ging der Wissenschaftliche Rat des MfV bei der Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) im Jahr 1970 zusammen mit dem DPZI und „weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen“ in der Akademie auf.²⁵⁷⁷ Damit endete zwar die Odyssee von „Pädagogischem Beirat“, „Wissenschaftlichem Rat“, „Forschungsrat“ und schließlich „Rat“. De facto befanden sie sich wieder im Institut bzw. dessen Nachfolgeeinrichtung, der neuen Akademie – allerdings nicht ohne Zugeständnisse gemacht haben zu müssen. Zum einen konnte das Plenum *nicht* als „echtes Diskussions- und Entscheidungsforum“ gelten.²⁵⁷⁸ Außerdem gehörten dem übergeordneten Präsidium der Akademie unter anderem²⁵⁷⁹ die Volksbildungsministerin sowie der Leiter der Abteilung Volksbildung beim ZK der SED an. M. Honecker nahm in diesem Gremium eine direkte Aufsichts- und Kontrollfunktion wahr – vor allem, wenn es sich um „komplexe Forschungsaufgaben sowie tragende Säulen des Perspektivplanes der Pädagogischen Forschung“ handelte.²⁵⁸⁰ Als „Gegenleistung“ für den derart demonstrierten „schulpolitischen Steuerungsanspruch der politischen Administration“²⁵⁸¹ erhielt die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften das Habilitationsrecht und gewann mit dieser Gleichberechtigung mit den Universitäten erheblich an Prestige²⁵⁸².

2.7.1.2.3 Geplante Arbeit und Arbeit an der Planung

Die in den 1960ern einsetzende Regelungswut wirkte sich mit den entsprechenden Abteilungen und Arbeitsgruppen für Planung und Steuerung auf pädagogischem Gebiet nicht nur strukturell auf das DPZI aus, sondern betraf auch in stärkerem Maße die Arbeitspläne. Zur „Verbesserung der Leitungs- und Planmethodik“²⁵⁸³ gab es nun zusätzlich Richtlinien für die Erstellung der Arbeitspläne, um von den bildungspolitisch vorgegebenen Schwerpunkten abweichende Forschung weitgehend zu eliminieren. Hinzu trat das ohnehin schon beträchtliche Berichtswesen. Es sorgte dafür, dass über jede Tätigkeit von Institutsangehörigen Rechenschaft abzulegen war. Auf unzähligen Besprechungen wurden jegliche administrative Weisungen des MfV bis auf die Abteilungsebene des DPZI weitergegeben. „Beratungsmüdigkeit“ breitete sich

²⁵⁷⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion IV. „Die Verantwortung des DPZI im Prozess der Planung und Leitung der pädagogischen Forschung ...“. Ohne Datum [Sommer 1967].

²⁵⁷⁷ Vgl. Pädagogisches Wörterbuch. S. 15. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung, Klaus Korn, übernahm ab 1970 bis 1989 das Direktorat des an der APW gegründeten Instituts für Ökonomie und Planung des Volksbildungswesens. (Vgl. Malycha: *Bildungsforschung für Partei und Staat?* S. 69.)

²⁵⁷⁸ Anm.: Obschon das Plenum im Statut der APW als das „höchste wissenschaftliche Beratungsorgan“ ausgewiesen wurde, fielen die „eigentlichen Entscheidungen bereits im Vorfeld der Plenartagungen“, z.B. auf den Arbeitsberatungen des Präsidenten (Neuner) sowie während der Präsidiumssitzungen. (Vgl. Malycha: *Bildungsforschung für Partei und Staat?* S. 56.)

²⁵⁷⁹ Anm.: Weiterhin gehörten dem Präsidium der Präsident, der Generalsekretär, die Vizepräsidenten, ausgewählte Direktoren der Institute und Leiter der Arbeitsstellen, der Sekretär der SED-Grundorganisation und der Vorsitzende der Gewerkschaftsorganisation an. In den Anfangsjahren der APW wurden überdies „ordentliche Mitglieder der Akademie“ von den Universitäten und Hochschulen aufgenommen, die zu den Kooperationspartnern der APW zählten. (Vgl. Ebenda.)

²⁵⁸⁰ Vgl. Malycha: *Bildungsforschung für Partei und Staat?* S. 56.

²⁵⁸¹ Vgl. Ebenda.

²⁵⁸² Vgl. Eichler, Wolfgang/Uhlig, Christa: *Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang.* Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 115-126. S. 121.

²⁵⁸³ Vgl. Korn: *Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates.* S. 11.

im Institut aus. So klagte Frankiewicz über aufwändig betriebene, aber unproduktive Sitzungen, welche die Zeit für wichtigere Dinge wie Literaturarbeiten rauben würden.²⁵⁸⁴ Auch die Sektion Allgemeinbildung wies darauf hin, dass Besserung in der Leitungstätigkeit nicht durch „eine weitere Häufung von Beratungen“ zu erreichen wäre, sondern eine Frage von deren „Qualität“ sei.²⁵⁸⁵ Zudem habe sich gezeigt, dass die jeweiligen amtlichen Anordnungen (noch) nicht immer bis zu den unteren Ebenen des DPZI durchdringen konnten und auch die Rückmeldungen der Fachgebiete und Abteilungen zu wünschen übrig ließen.²⁵⁸⁶ Verantwortlich gemacht wurden hierfür, zumindest in der Sektion Erziehung, die Abteilungsleiter.²⁵⁸⁷ Zur weiteren Optimierung der Forschungsplanung wurde die Orientierung der Sektionen und Abteilungen an den vorgegebenen Hauptaufgaben des Instituts über immer wieder neue Verfahren kontrolliert. 1966 sollten dafür die „Formblätter“²⁵⁸⁸, 1967 die „Direktive“²⁵⁸⁹ sorgen. Damit waren die Aufträge an die Sektionen sowie die Termine für die erwarteten Zwischen- und Endergebnisse²⁵⁹⁰ noch vor der Erarbeitung des Jahresplans festgezurr²⁵⁹¹. Aber auch dieses Verfahren funktionierte nicht lückenlos. So kamen die nötigen Informationen über den „konkrete(n) Inhalt der Hauptaufgaben des Instituts“ etwa in der Sektion Aspirantur und Forschung (IV) nicht an.²⁵⁹² Umgekehrt wurden die von der Sektion IV eingereichten „Richtlinien für die empirischen Untersuchungen des DPZI“,²⁵⁹³ welche die Direktion (nach Beratung) im August 1966 als verbindlich erklärt hatte²⁵⁹⁴, im Institut weder ausreichend zur Kenntnis genommen noch durchgesetzt²⁵⁹⁵.

Immerhin hatten sie nicht weniger als die „Grundformen, Methoden und Organisation“ der empirischen Forschung zu regulieren, bei der die Lehrpläne und der Unterricht im Mittelpunkt standen.²⁵⁹⁶ Für soziologische Untersuchungen, wie die zum Lehrer-Schüler-Verhältnis²⁵⁹⁷

²⁵⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Vermerk über eine Beratung zu Problemen des Welthöchststandes auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung und der pädagogischen Wissenschaft. 25.11.1964.

²⁵⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁵⁸⁶ Anm.: Bezogen auf die Sektionen I und II. (Vgl. Ebenda.)

²⁵⁸⁷ Vgl. Ebenda.

²⁵⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Formblätter für die Aufstellung des Jahresarbeitsplanes 1966.

²⁵⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Direktion: Direktive für den Arbeitsplan 1967.

²⁵⁹⁰ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Formblätter für die Aufstellung des Jahresarbeitsplanes 1966.

²⁵⁹¹ Anm.: Der Entwurf zum Arbeitsplan für 1967 sei aufgrund der Direktive und der Arbeitspläne der Abteilungen aufgestellt worden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Vorlage zur Direktionsberatung am 23.12.1966: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1967.)

²⁵⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁵⁹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion IV. Vorlage für die Direktionsberatung am 20.6.1966: Richtlinie für die Weiterführung der empirischen Untersuchungen des DPZI im Schuljahr 1966/67.

²⁵⁹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Hausanweisung Nr. 13/1966. 24.8.1966.

²⁵⁹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁵⁹⁶ Anm.: Durchgeführt werden sollten empirische Forschungen zu: der „Erprobung von präzisierten Lehrplänen mit Hilfe eines Stützpunktsystems“, neuen Lehrplänen und Materialien durch „experimentelle Erprobung“ sowie zu allgemeinen und speziellen Fragen der Bildung und Erziehung durch „Erkundungsuntersuchungen in Forschungsschulen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion IV. Vorlage für die Direktionsberatung am 20.6.1966: Richtlinie für die Weiterführung der empirischen Untersuchungen des DPZI im Schuljahr 1966/67.)

²⁵⁹⁷ Vgl. Ebenda.

geplante, galt im Übrigen zusätzlich die Genehmigungspflicht bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik²⁵⁹⁸, und zwar gemäß der „Anordnung über das Verfahren zur Genehmigung soziologischer Untersuchungen“ vom 1.11.1965.

Eine große Zahl empirischer Untersuchungen führte das DPZI an der Max-Kreuziger-Oberschule (MKO) in Berlin-Friedrichshain durch.²⁵⁹⁹ Im Jahr 1966 verzeichnete das Institut für diese ihm zugeordnete Forschungsschule acht laufende bzw. geplante Forschungsvorhaben auf psychologischem, soziologischem und methodischem Gebiet.²⁶⁰⁰ Zunächst dem Unterstellungsbereich der Sektion Allgemeinbildung zugeordnet,²⁶⁰¹ bekam letztendlich die Sektion Erziehung die Entscheidungsbefugnis über alle die Arbeiten, welche die MKO betrafen²⁶⁰². Erwartungsgemäß wurde allerdings auch dieser Teil pädagogisch-wissenschaftlicher Tätigkeit des DPZI mit einer entsprechenden Anordnung reguliert.²⁶⁰³ Diese zielte vor allem auf eine Steigerung der Aufsichtsmöglichkeiten für die Institutsleitung, die sogar bereitwillig eine Planstelle opferte, um mit Schuljahresbeginn 1967 einen Wissenschaftler als stellvertretenden Direktor für die Forschungsarbeit in der Schulleitung der MKO einzusetzen zu können.²⁶⁰⁴ Indessen fielen die Ergebnisse hinter den hohen Erwartungen zurück. Anstatt Impulse für die Theoriebildung oder die „theoretisch und konzeptionell ambitionierten Untersuchungsprogramme“ zu bieten, blieb die praktische Tätigkeit von Wissenschaftlern und dort beteiligten Lehrern auf lange Sicht weitgehend auf den Bereich der Lehrplanerprobung beschränkt.²⁶⁰⁵ Für diese Aufgabe waren ursprünglich die so genannten Stützpunktschulen vorgesehen, obwohl auch im „Stützpunktsystem“ zu eventuell darüber hinausgehenden schulpraktischen Forschungen angeregt wurde.²⁶⁰⁶ Einzelne methodische Aspekte wie die angewiesene Hauptmethode der „gezielten Befragung“ von Lehrern blieben dabei im DPZI aus methodisch-wissenschaftlichen

²⁵⁹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 8/1966. 15.4.1966.

²⁵⁹⁹ Anm.: Andere Vorhaben waren an der Heinrich-Heine-Oberschule (Berlin), an Schulen der Kreise Löbau, Marienberg, Leipzig-Land, Dresden-Stadt, Dresden-Land, Freital, Pirna, Plauen, Pritzwalk und Wittstock, dem Bezirk Leipzig, den Städten Mühlhausen, Karl-Marx-Stadt, Halle, Gotha, Schwerin sowie an weiteren Schulen im Stadtgebiet Berlin vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion IV. Vorlage für die Direktionsberatung am 20.6.1966: Richtlinie für die Weiterführung der empirischen Untersuchungen des DPZI im Schuljahr 1966/67. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Liste der Schulversuche 1967/68.)

²⁶⁰⁰ Anm.: Z.B. zur „systematischen geistigen Bildung und Erziehung“ in der Unterstufe, zur „politisch-ideologischen Bewusstseinsbildung“, zu „Problemen des Zurückbleibens“ und zu „programmierten Unterrichtsmaterialien“; außerdem soziologische Erhebungen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Vorlage für die Direktionsberatung am 24.10.1966: Arbeitsordnung für die an der Max-Kreuziger-Oberschule tätigen Mitarbeiter des DPZI.)

²⁶⁰¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion IV. Vorlage für die Direktionsberatung am 20.6.1966: Richtlinie für die Weiterführung der empirischen Untersuchungen des DPZI im Schuljahr 1966/67.

²⁶⁰² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Vorlage für die Direktionsberatung am 24.10.1966: Arbeitsordnung für die an der Max-Kreuziger-Oberschule tätigen Mitarbeiter des DPZI.

²⁶⁰³ Vgl. Ebenda.

²⁶⁰⁴ Vgl. Ebenda.

²⁶⁰⁵ Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 63. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Liste der Schulversuche 1967/68.

²⁶⁰⁶ Anm.: Vorrangig richteten sich die Lehrplanerprobungen durch das DPZI auf die „speziellen Fragen des Inhalts und der didaktisch-methodischen Realisierung der einzelnen Lehrpläne“ aus. Angeregt wurde aber, zu versuchen, auch „das Gefüge der Bedingungen in der Schulpraxis für die Verwirklichung der Lehrpläne“ zu erfassen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion IV. Vorlage für die Direktionsberatung am 20.6.1966: Richtlinie für die Weiterführung der empirischen Untersuchungen des DPZI im Schuljahr 1966/67.)

Erwägungen heraus intern nicht unumstritten.²⁶⁰⁷ An der pädagogisch-wissenschaftlichen Grundlinie war hingegen nicht mehr zu rütteln. Der künftige theoretisch-methodologische und politische Ausgangspunkt und Rahmen für die theoretischen und methodologischen Grundlagen bei der Erforschung von Entwicklungs- und Erziehungsproblemen standen bereits fest.²⁶⁰⁸ Diese hatte Korn als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates im MfV in den Vorgaben des Programms der SED verortet, entlang derer diese Ausgangspositionen noch zu sichern und zu profilieren seien.²⁶⁰⁹ Damit postulierte Korn ein Wissenschaftsverständnis, in dem die „vorgegebene Theorie auf dem gleichen paradigmatischen Niveau“ präzisiert und differenziert werden musste²⁶¹⁰, ohne dabei den „Kern des Paradigmas“²⁶¹¹ zu berühren. Diesem von der SED-Politik definierten „gesellschaftspolitischen Paradigma“ hatten alle pädagogisch-theoretischen Ansätze zu folgen“.²⁶¹²

Doch nicht nur für die Forschungsarbeiten, auch für die so genannten Entwicklungsarbeiten, die *Lehrplanerarbeitung*, wurden die Möglichkeiten schulpolitischen Abweichens weiter eingeschränkt. So sollte bis Ende 1966²⁶¹³ mittels entsprechender Richtlinien für die curricularen Aufgaben sicher gestellt werden, dass alle Akteure in der Lehrplan- und Lehrgangsentwicklung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Instituts den wissenschaftspolitisch von der SED anerkannten und präzise vorgegebenen theoretischen Auffassungen folgen würden.²⁶¹⁴ Dennoch war die Umsetzung der theoretischen Vorgaben in den Lehrplanarbeiten für die Direktion im Dezember 1966 nicht zufrieden stellend.²⁶¹⁵ Es herrsche eine „Diskrepanz zwischen den allgemeinen theoretischen Standpunkten der Lehrplanarbeit“ und ihrer konkreten Umsetzung in den verschiedenen Bereichen.²⁶¹⁶ Als besonders mangelhaft stufte die Sektion Allgemeinbildung die „Einheit von schulpolitischer Verantwortung und wissenschaftlicher Sicht“ ein.²⁶¹⁷ Dies betreffe im Wesentlichen die Präzisierungskonzeptionen für die Lehrpläne der Klassen 7 bis 10.²⁶¹⁸ In der Folge, nicht zuletzt aber auch aufgrund inhaltlicher Unklarheiten²⁶¹⁹, sei der Plan

²⁶⁰⁷ Anm.: Alternativ wurden zur „größeren Objektivierung der Ergebnisse“ z.B. Hospitationen „in Verbindung mit Interviews nach vorgegebenen Fragen“ vorgeschlagen. Weiterhin wurde der Verzicht auf den Beginn von „experimentellen Untersuchungen zu übergreifenden Problemen des Inhalts der Allgemeinbildung sowie der Bildung und Erziehung in der Mittel- und Oberstufe“ angesichts der Vernachlässigung dieser Themen in anderen pädagogischen Forschungseinrichtungen kritisch eingeschätzt. (Vgl. Ebenda.)

²⁶⁰⁸ Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 17.

²⁶⁰⁹ Vgl. Ebenda.

²⁶¹⁰ Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 74.

²⁶¹¹ Vgl. Ebenda.

²⁶¹² Vgl. Ebenda.

²⁶¹³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktion. Hausanweisung Nr. 14/1966. 24.8.1966. und Vgl. Ebenda. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – DPZI. Protokoll der Direktionsberatung am 13.6.1966.

²⁶¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Protokoll der erweiterten Direktionsberatung am 23.12.1966.

²⁶¹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶¹⁷ Vgl. Ebenda.

²⁶¹⁸ Vgl. Ebenda.

²⁶¹⁹ Anm.: Ursachen hierfür könnten darin liegen, dass die Neubestimmung des Inhalts der Allgemeinbildung (Vorbereitungen und Untersuchungen dazu 1964) und die Entwicklung einer entsprechenden Lehrplantheorie 1965 auf dem Arbeitsplan der Sektion Allgemeinbildung im DPZI standen. Die Analyse und Vorlage einer Konzeption für die als notwendig befundenen Veränderungen an den Lehrplänen sollte aber schon 1964 erstellt werden. Das heißt, es könnte zu Überschneidungen und mehrfachen Korrekturen bei den Vorbereitungen zu den Lehrplanarbeiten gekommen sein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964. und Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.) Für weitere

für die siebente Klasse nicht termingemäß²⁶²⁰ und damit rechtzeitig vor Schuljahresbeginn 1968 fertiggestellt worden²⁶²¹. Seit der Verabschiedung des Maßnahmeplans zum Bildungsgesetz von 1965²⁶²² im Jahr 1964 standen die Lehrplanarbeiten im DPZI wiederum an oberster Stelle. Denn sie hatten die politischen und ökonomischen Bestimmungen bzw. Forderungen des Gesetzes²⁶²³ auf schulpraktischer Ebene mit entsprechenden neuen Inhalten zu füllen. Mit Lehrplanfragen beschäftigten sich unter direkter Führung durch das „Kollektiv der Direktion“²⁶²⁴ und neben der dafür im Kern zuständigen Sektion Allgemeinbildung (II), die Sektion Erziehung (I)²⁶²⁵, die Sektion Polytechnische Bildung (III)²⁶²⁶ sowie die Sektion Bildung und Erziehung im zweisprachigen Gebiet (VI)²⁶²⁷. Von den Lehrplanentwicklungen unmittelbar beeinflusst wurde überdies die Tätigkeit der Sektion V, da sie die jeweiligen Unterrichtsmittel entwerfen musste.²⁶²⁸

Neben der Herausgabe grundlegend neuer Lehrpläne²⁶²⁹ gehörten in diesen Rahmen seit 1964²⁶³⁰ vor allem die Korrekturen am Lehrplanwerk von 1959²⁶³¹. Wie aufwändig aber auch diese betrieben werden konnten, zeigt die fast 70-seitige Vorlage für eine Direktionsberatung von 1966, in der die Sektion III ihre „Arbeitskonzeption zur Präzisierung der Lehrpläne für den polytechnischen Unterricht der Klassen 7 bis 10“ darlegte.²⁶³² Hier unterbreitete die Sektion

diesbezügliche Unklarheiten bzw. Änderungen im Jahr 1966 dürfte das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 gesorgt haben.

²⁶²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶²¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Zur Verbesserung der weltanschaulich-ideologischen Wirksamkeit des Unterrichts mit Hilfe der Lehrpläne. Ohne Datum [1967].

²⁶²² Vgl. Ebenda.

²⁶²³ Anm.: Zum „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“ von 1965 bzw. den „Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens“ von 1964: siehe Punkt 2.6.4.2.

²⁶²⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶²⁵ Anm.: Sektion I widmete sich „im engeren Sinne Lehrplanarbeiten“ im Fach Staatsbürgerkunde, wengleich festgehalten wurde, dass die Mitarbeiter die hierfür notwendige Qualifikation nicht besäßen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.)

²⁶²⁶ Anm.: Sektion III nahm unter anderem die Arbeiten zu den Präzisierungskonzeptionen für die „Lehrpläne des polytechnischen Unterrichts“ sowie an den konzeptionellen Materialien für die „Neugestaltung der Allgemeinbildung in der Berufsausbildung“ wahr. (Vgl. Ebenda. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.)

²⁶²⁷ Anm.: Hier wurden die Lehrpläne für den sorbischen Sprachunterricht in Schulen und Kindergärten sowie die entsprechenden Stoffverteilungspläne erstellt. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.)

²⁶²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁶²⁹ Anm.: Für die Klasse 1 sollte ab 1.9.1968 ein neuer Lehrplan in Kraft treten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Zur Verbesserung der weltanschaulich-ideologischen Wirksamkeit des Unterrichts mit Hilfe der Lehrpläne. Ohne Datum [1967].)

²⁶³⁰ Anm.: Im Jahr 1964 waren zunächst die bestehenden Lehrpläne einer Analyse zu unterziehen, auf Grund derer einer Vorlagekonzeption für die Änderungen der Lehrpläne zu erarbeiten wäre. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.)

²⁶³¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁶³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Sektion III. Vorlage für die Direktionsberatung am 12.9.1966.

Vorschläge für mögliche Veränderungen an den Lehrplänen, die vorsorglich mit Vertretern des Ministeriums für Volksbildung und dessen Wissenschaftlichen Rat abgesprochen worden waren.²⁶³³ Dies schien nötig, weil sich vorgeblich in der Theorie der polytechnischen Bildung die „theoretisch-ideologischen Probleme“ mittlerweile stark zuspitzen würden.²⁶³⁴ Dazu zählte die Sektion vornehmlich die Kontroverse zum „Charakter der produktiven Arbeit der Schüler“, bei der Uneinigkeit darüber herrsche, ob es sich um „Unterricht“ oder „Arbeit“ handle²⁶³⁵; weiterhin zum „Verhältnis von Wissen und Können“ und zum „Charakter des Lernens im polytechnischen Unterricht“²⁶³⁶; zum Gegenstand von polytechnischer Bildung und ihrer Stellung im Gesamtsystem des allgemeinbildenden Unterrichts; zum „Problem Ökonomie und Humanismus bei der Zielformulierung der polytechnischen Bildung“²⁶³⁷ sowie zum „Verhältnis von Allgemeinbildung und Spezialbildung im polytechnischen Unterricht“, bei dem sich international eine „Tendenz zur Differenzierung“ abzeichne. Teilweise lagen diesem Material Untersuchungen von 1965 zugrunde, z.B. zum Verhältnis von Allgemein- und Spezialbildung sowie Kriterien der Differenzierung.²⁶³⁸ Mit den Forschungen zur „effektiven Gestaltung der Produktionsarbeit der Schüler“ (Klassen 7 bis 10)²⁶³⁹ beteiligte sich die polytechnische Sektion 1965 zudem an der Konzipierung eines Systems der Arbeitserziehung innerhalb des Gesamtsystems der Erziehung²⁶⁴⁰. Das Streben nach Effektivität und Rationalität bestimmte aber nicht nur den polytechnischen sondern auch den allgemeinbildenden Unterricht. Entsprechend startete die Sektion Allgemeinbildung des DPZI empirische Forschungen zur „rationellen Gestaltung der Unterrichtsstunde“²⁶⁴¹, die 1966 durch „Arbeiten zum Programmierten Unterricht“²⁶⁴² ergänzt worden sind²⁶⁴³. Gemeinsam mit „modernen Lehrmitteln“ sollte die Programmierung des Unterrichts das Bildungsgut effektiver und intensiver vermitteln.²⁶⁴⁴

²⁶³³ Vgl. Ebenda.

²⁶³⁴ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶³⁵ Anm.: Dahinter vermutete die Sektion eine „Auseinandersetzung um das Grundprinzip der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit“. Verantwortlich hierfür seien „gewisse neue Akzente in der Bewertung der Arbeit für die Persönlichkeitsbildung und in der Einschätzung der Stellung der Arbeitserziehung im Gesamtsystem der Erziehung“, die erst im Laufe der letzten Jahre hinzugetreten wären. (Vgl. Ebenda.)

²⁶³⁶ Anm.: Die polytechnische Sektion des DPZI positionierte sich dabei auf Seiten der „stärkeren Betonung der schöpferischen technischen Tätigkeit“ und der „konsequenteren Anwendung des Lernens im Tätigkeitsprozess“. (Vgl. Ebenda.)

²⁶³⁷ Anm.: Hier vertrat die Sektion den Standpunkt, dass Ökonomie und Humanismus eine Einheit bilden würden, so dass nicht eines von beiden in den Vordergrund geschoben werden könne. (Vgl. Ebenda.)

²⁶³⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

²⁶³⁹ Vgl. Ebenda.

²⁶⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶⁴¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion Allgemeinbildung/Abteilung Theorie des Unterrichts/Arbeitsgruppe Didaktik. Arbeitsplan für das Jahr 1965. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Präzisiertes Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1966 [Entwurf].

²⁶⁴² Vgl. Ebenda.

²⁶⁴³ Anm.: Die Prinzipien und die Methodik der „Programmierung des Unterrichts“ sowie die Entwicklung von Musterprogrammen auszuarbeiten, war 1964 Aufgabe des Bereichs Programmierter Unterricht in der Sektion I. 1965 sollten eine „programmierte Variante zum Lehrbuch für den Russisch-Unterricht in der 5. Klasse“ sowie Unterrichtsprogramme z.B. für die „Lösung von linearen Gleichungssystemen“, den „Atomaufbau“ und „Unverzweigten Stromkreis“, zudem ein Handbuch zum programmierten Unterricht folgen. 1966 gehörte die Abteilung Programmierter Unterricht zu der für Lehrpläne zuständigen Sektion Allgemeinbildung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.; Vgl. Ebenda. – Arbeitsplan 1965 des

Vor diesem Hintergrund kam im Institut die Thematik des „Sitzenbleibens“ bzw. „Zurückbleibens“ erneut²⁶⁴⁵ auf.²⁶⁴⁶ Denn nachdem die verschiedenen schulstrukturellen Erwägungen zur Lösung dieses Problems 1957/58 aus politischen Gründen abgebrochen worden waren²⁶⁴⁷, war es offenbar weder mit Hilfe des Lehrplanwerks oder des Schulgesetzes von 1959, noch mit gelockerten Versetzungsbestimmungen ab dem Schuljahr von 1960/61²⁶⁴⁸ gelungen, das „Sitzenbleiben“ von Schülern einzudämmen. Daher verfügte die Abteilung Wissenschaft des MfV 1966 die Bildung einer Forschungsgemeinschaft am DPZI, welche die „Überwindung des Sitzenbleibens“ pädagogisch-psychologisch erforschen sollte.²⁶⁴⁹ Im Jahr darauf entschied M. Honecker, dass diese zu einer „überinstitutionellen“ Forschungsgemeinschaft zur „Untersuchung der Ursachen des Zurückbleibens“ auszubauen ist.²⁶⁵⁰ Für die Lehrer hingegen schienen die Ursachen bereits Anfang der 1960er Jahre festzustehen. Sie machten die der Schule abgeforderten zeitraubenden sportlichen und kulturellen Aufgaben sowie den polytechnischen Unterricht, aber auch Mängel in den Lehrbüchern und „ungünstige soziale Milieus“ für den vermeintlichen Leistungsabfall und die hohen Sitzenbleiberzahlen verantwortlich.²⁶⁵¹ Angesichts dieser gravierenden Mängel im Bildungswesen lag es nahe, die Erarbeitung eines neuen Bildungsgesetzes, neuer Lehrpläne und Lehrmittel (unter anderem Programmierter Lehrmittel) sowie von Konzepten zur ganztägigen²⁶⁵² bzw. außerschulischen und

Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Präzisierte Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1966 [Entwurf].)

²⁶⁴⁴ Vgl. Ziegler/Keiderling: Bericht. S. 105/106. Siehe auch Punkt 2.6.4.2.

²⁶⁴⁵ Siehe die Ausführungen dazu in 2.2.2.1, 2.2.2.4, 2.2.2.6 und 2.3.2.2.1.

²⁶⁴⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Präzisierte Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1966 [Entwurf].

²⁶⁴⁷ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 449/450. und 460ff.

²⁶⁴⁸ Anm.: Die diesbezügliche Verordnung des MfV ermöglichte den Schülern nun auch eine Versetzung, wenn sie in zwei Fächern die Note „mangelhaft“ oder in einem Fach „ungenügend“ erhielten – mit Ausnahme der Fächer Deutsch und Mathematik. (Vgl. Ebenda. S. 514. Geißler bezieht sich auf: Anweisung über die Versetzung an allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 1959/60, 4.5.1960. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Nr. 13/1960. S. 119ff.) Zudem wurde im Schuljahr 1960/61 eine neue Zensurenkala eingeführt, die verhinderte, dass Verhaltensbewertungen in die Fachnoten eingingen. (Vgl. Ebenda. Geißler bezieht sich auf: Anweisung zur Einführung einer einheitlichen Zensurenkala für Oberschulen, erweiterte Oberschulen, Sonderschulen, berufsbildende Schulen, Institute für Lehrmeister- und Berufsschullehreraus- und -weiterbildung, Pädagogische Schulen, Institute für Lehrerbildung und Pädagogische Institute, 24.8.1960. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Nr. 23/1960. S. 219ff.)

²⁶⁴⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des DPZI an die Abteilung Wissenschaft/MfV. 15.2.1966.

²⁶⁵⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Schreiben des Leiters der Zentralen Forschungsgemeinschaft zur Untersuchung der Ursachen des Zurückbleibens der Abteilung Theorie des Unterrichts in Sektion II an die Kaderleitung des DPZI. Betreff Einstellungen zum 1.8.1967.

²⁶⁵¹ Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens. S. 549. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/6402, Bl. 13, Berlin, Berichte. Pädagogische Grundfragen und Unterricht. 7.2.1962.

²⁶⁵² Anm.: Die Forschungen im Bereich der ganztägigen Erziehung wurden im DPZI auch noch nach der Einstellung des Tagesschulenaufbaus von 1966 (siehe Punkt 2.5.4. und 2.6.2.1.2.) weitergeführt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 8.2.1967.)

ideologischen²⁶⁵³ Erziehung der Kinder und Jugendlichen voranzutreiben – wie es die Arbeitspläne des DPZI festlegten.²⁶⁵⁴

Aufgrund einer wachsenden Zahl von „Sofort-“ und „Entwicklungsaufgaben“ sah das Institut kaum noch Chancen zum Ausbau der Grundlagenforschung, die das DPZI bereits in den 1950er Jahren angestrebt hatte und deren Stand noch 1960 vom stellvertretenden Direktor als „katastrophal“ bezeichnet wurde²⁶⁵⁵. Trotz der Bemühungen innerhalb der pädagogischen Wissenschaft²⁶⁵⁶ und speziell des Instituts²⁶⁵⁷, den Auftrag zur Grundlagenforschung der Volksbildungsadministration abzurufen, bestand das im DPZI konstatierte problematische Verhältnis von langfristiger Forschung und der „direkten Hauptaufgaben-Zuarbeit“ unverändert fort²⁶⁵⁸. Damit blieb die Grundlagenforschung in der pädagogischen Wissenschaft der DDR dauerhaft auf der Strecke.²⁶⁵⁹

Andererseits gelang es aber offenbar auch nicht, die politisch vorgegebenen Richtlinien vollständig im Institut durchsetzen. Der Arbeitserfüllungsbericht attestierte für 1966 den Sektionen Allgemeinbildung und Lehrmittel im Allgemeinen ein mangelndes schulpolitisches Bewusstsein.²⁶⁶⁰ Ferner kritisierte der Bericht, dass sich die Sektion Erziehung bei den Arbeiten zur „Orientierung für den Klassenleiter“ gar den Vorgaben von Partei und Regierung entzogen und zu stark eigene Positionen vertreten habe.²⁶⁶¹

2.7.1.3 Personelle und strukturelle Entwicklungen

2.7.1.3.1 Gesamtsituation und allgemeine Tendenzen

²⁶⁵³ Anm.: Dieser dienten unter anderem die Arbeiten im Bereich Staatsbürgerkunde, die sich auf Lehrplanerprobung (1964) und Lehrplanarbeiten für das Fach Staatsbürgerkunde (1966/67) sowie auf empirische Untersuchungen in den Klassen 7 und 8 erstreckten (1967). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Präzisierte Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1966 [Entwurf]. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll über die Sektionsleitungssitzung am 3.7.1967.)

²⁶⁵⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan für das Jahr 1964. Bestätigt am 11.2.1964.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Präzisierte Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1966 [Entwurf].

²⁶⁵⁵ Anm.: Dr. Hans Berger: „Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Theorie und Praxis unserer Pädagogik erachte ich, dass sehr rasch und entschieden wissenschaftliche Arbeiten zu den gesellschaftlichen und philosophischen Grundlagen der sozialistischen pädagogischen Theorie und Praxis und zu grundlegenden allgemeinen Problemen des Inhalts, des Aufbaus, der Organisation, der Form und Methode der sozialistischen Bildung und Erziehung in Angriff genommen werden.“ (Vgl. Pädagogisches Forum. S. 930.)

²⁶⁵⁶ Vgl. Korn: Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates. S. 18.

²⁶⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 14.2.1966.

²⁶⁵⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966. Siehe weiterhin: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Protokoll der Gewerkschaftsversammlung der Abteilung Fremdsprachen am 20.7.1967.

²⁶⁵⁹ Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 49.

²⁶⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁶⁶¹ Anm.: „Es zeigte sich eine gewisse Selbstgefälligkeit und eine zu hohe Bewertung der eigenen Positionen.“ (Vgl. Ebenda.)

Zur besseren Bewältigung der vielen Lehrplanarbeiten griff das DPZI auf die schon früher bewährte Form der Lehrerabordnungen an das Institut zurück.²⁶⁶² Es wurde sogar beabsichtigt, diese auszubauen²⁶⁶³. Um die Leistung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu steigern, setzte das Institut auf Motivation durch finanzielle Anreize wie Zielprämien, die bis zu 3700 MDN²⁶⁶⁴ betragen konnten. Zusätzlich sollte die Kaderplanung im Zusammenhang mit dem Perspektivprogramm des DPZI einen möglichst effektiven Einsatz der Wissenschaftler sichern – zumal das Institut keine außerplanmäßigen Stellenerweiterungen²⁶⁶⁵ oder Mittelerhöhungen²⁶⁶⁶ erwarten durfte. Insofern suchte das DPZI das personelle Problem nicht quantitativ, sondern qualitativ mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu überwinden.²⁶⁶⁷ Damit galt für das Institut sinngemäß dieselbe Richtlinie wie für das DDR-Schulwesen.²⁶⁶⁸ Die anstehenden Aufgaben sollte das DPZI „mit einem Minimum an Kosten in bester Qualität und kürzestem Zeitaufwand maximal“ lösen.²⁶⁶⁹ Rationales, ökonomisches und langfristiges Denken wurden bei der Auswahl, der Ausbildung und „Erziehung“ sowie in der Zuweisung der Wissenschaftler zum jeweiligen Einsatzgebiet gefordert.²⁶⁷⁰ Dies sollte eine exakte Planung des Personalbedarfs und der Weiterentwicklung der Mitarbeiter gewährleisten.²⁶⁷¹ Entsprechend strebte das DPZI höhere Qualifizierungsmaßnahmen mit der über die Promotionsaspirantur und die Verleihung des Doktorgrades hinausreichenden Habilitationsaspirantur an.²⁶⁷²

²⁶⁶² Anm.: Für das Schuljahr 1965/66 waren „zwei bis drei Abordnungen in den kleineren Fachgebieten, drei bis fünf in den größeren“ vorgesehen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion II. Festlegungen der Dienstbesprechung vom 1.2.1965.) In der polytechnischen Sektion sollten ca. vier der für 1965 und 1966 eingesetzten abgeordneten Lehrer ab 1966 in der Sektion verbleiben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische und berufliche Bildung. Aktenvermerk vom 20.4.1965.)

²⁶⁶³ Anm.: Offenbar erwiesen sich die Lehrerabordnungen auf ein Jahr als nicht sinnvoll bzw. effektiv genug. Die Kollegen bräuchten ca. ein halbes Jahr zum Einarbeiten. Deshalb müssten die Abordnungen in Zukunft auf mindestens zwei Jahre erfolgen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion II. Vorlage zur Sektionsleitungsberatung am 28.3.1967.)

²⁶⁶⁴ Anm.: Das Gehalt des Direktors betrug 1962 1600 Deutsche Mark monatlich, ebenso 1600 Mark 1968. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter auf Stufe VII erhielt nach der geltenden Hochschulvergütungsordnung 1000 Mark monatlich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Zusammenstellung der Arbeitskräfte laut Plan für 1962 und laut neuem Plan. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248a. – Mittelberechnung für den vorläufigen Stellenplan 1968. 1.2.1968.) Diese vergleichsweise hohe Zielprämie von 3700 MDN (Mark der deutschen Notenbank, von August 1964 bis Dezember 1967) würden sich alle Mitarbeiter der Fachgebiete der Sektionen II und III teilen, wenn sie die Erarbeitung der Fachlehrgänge für alle Unterrichtsfächer der Klassen 1 bis 10 sowie erste Vorstellungen für die Klassen 11 und 12 der EOS bis zum 20.12.1966 präsentieren könnten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Hausanweisung Nr. 9/1966. 23.5.1966.)

²⁶⁶⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Bericht für die Perspektivplanung. 14.2.1965.

²⁶⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Schreiben der Abteilung Ökonomie vom 28.1.1966.

²⁶⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Bericht für die Perspektivplanung. 14.2.1965.

²⁶⁶⁸ Anm.: Hier war geplant, durch die Effizienzsteigerung mittels neuer „Formen und Techniken der Vermittlung des Bildungsgutes“, wie dem Programmierten Unterricht und modernen Lehrmitteln, ein „Maximalwissen“ zu erreichen und damit die „quantitative Lösung des Problems“ zu vermeiden. (Vgl. Ziegler/Keiderling: Bericht. S. 105/106. Siehe auch Punkt 2.6.4.2.)

²⁶⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Bericht für die Perspektivplanung. 14.2.1965.

²⁶⁷⁰ Vgl. Ebenda.

²⁶⁷¹ Vgl. Ebenda.

²⁶⁷² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 3/1966. 27.1.1966. Danach gab es in der Doktoraspirantur die „dreijährige planmäßige“, die „verkürzte planmäßige“ und die „vierjährige außerplanmäßige“; in der Habilitationsaspirantur die „vierjährige planmäßige“, die „verkürzt planmäßige“ und die „fünfjährige außerplanmäßige“ – jeweils in den Fächern: Allgemeine Pädagogik, Geschichte der Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Vergleichende Pädagogik, Berufspädagogik und Methodik der Unterrichtsfächer.

Mit der gezielten Nachwuchsförderung haperte es 1965 eigenen Angaben nach noch.²⁶⁷³ Der *allgemeine* Personalbestand wuchs aber anschließend bis 1967 um 30 Mitarbeiter an²⁶⁷⁴. Auch im Bereich wissenschaftliches Fachpersonal konnte das DPZI einen Anstieg verzeichnen – von 183 im Jahr 1965 auf 214 Mitarbeiter 1967.²⁶⁷⁵

2.7.1.3.2 Institutionelle Profilierungen von 1965 bis 1967

Nach den Umbrüchen des Instituts von 1964 blieben die Sektionen 1965 strukturell weithin stabil.

Der *Sektion I*, bei deren Bezeichnung immer noch Unklarheiten bestanden²⁶⁷⁶, wurde lediglich das ehemals selbständige Fachgebiet Ausstellungen in die Abteilung Vergleichende Pädagogik eingeordnet²⁶⁷⁷. Ansonsten gab es keine Strukturveränderungen, dennoch aber neun Wissenschaftler mehr in der Sektion.²⁶⁷⁸ Als eine weitere wichtige Veränderung mit kleineren strukturellen Konsequenzen hatte die Sektion I 1964 die Übernahme der Zeitschrift „Pädagogik“ von der Direktion geplant, die aber scheiterte.²⁶⁷⁹ In *Sektion II* für Allgemeinbildung kam es zu Änderungen in den Zuordnungen einzelner Fachbereiche zwischen den Abteilungen für Gesellschaftswissenschaften und für Sprachen.²⁶⁸⁰ Außerdem wurde die frühere Abteilung für Sonderschulen als Fachgebiet der neuen Abteilung „Deutsche Sprache und künstlerische Fächer“

²⁶⁷³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Bericht für die Perspektivplanung. 14.2.1965. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Kaderabteilung. Gegenüberstellung Arbeitskräfteplan/Stellenplan. 15.6.1965. Zu diesem Zeitpunkt lag das DPZI neun Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) hinter dem bestätigten Stellenplan.

²⁶⁷⁴ Anm.: Diese Zahl bezieht sich auf die Jahresmittelwerte. So wurden insgesamt für 1965 im Mittel 303,6, für 1966 315,6 und für 1967 332,8 Institutsangehörige verzeichnet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Monatliche Erfassung der Betriebsangehörigen des DPZI für 1965, 1966 und 1967.)

²⁶⁷⁵ Anm.: 1966 gab es 193 wissenschaftliche Mitarbeiter, von denen bis Herbst 1967 34 das DPZI verließen, aber zu denen 55 dazu kamen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.; Vgl. Ebenda. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966].; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11341 [APW]. – Vorlage zur Beratung in der Zentralen Parteileitung am 5.9.1967: Bericht über die Kaderarbeit im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut.)

²⁶⁷⁶ Anm.: Hierbei gingen die Auffassungen, wie bereits 1964, hinsichtlich der Bezeichnung als Sektion für „Theorie der Bildung und Erziehung“ oder „Theorie der Pädagogik“ noch auseinander. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion Theorie der Bildung und Erziehung. Protokoll der Sektionsleitersitzung vom 31.5.1965. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.)

²⁶⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.

²⁶⁷⁸ Anm.: Die bereits 1964 existierenden Abteilungen bestanden auch 1965 in der Sektion I fort: Perspektiven und Ökonomie des Bildungswesens; Pädagogische Psychologie; Programmierter Unterricht; Grundfragen der sozialistischen Erziehung; Ganztägige Bildung und Erziehung; sowie Vergleichende Pädagogik (mit den vier Fachgebieten: Westdeutschland, Ausland, Aktuelle Schulpolitik und Ausstellungen). (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

²⁶⁷⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll der Direktionsberatung am 4.1.1964. Ergänzung zum Protokoll vom 10.1.1964. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.

²⁶⁸⁰ Anm.: Die „Ästhetische Bildung und Erziehung“, d.h. die Bereiche Musik, Kunst- und Körpererziehung, gehörten 1964 noch zur Abteilung Gesellschaftswissenschaften. 1965 wurden sie der Sprachabteilung angegliedert, die ihrerseits „vorübergehend“ die Fremdsprachen an die Abteilung für Gesellschaftswissenschaften abgab und damit zur Abteilung für „Deutsche Sprache und künstlerische Fächer“ wurde. (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

eingegliedert, die operative Abteilung aufgelöst.²⁶⁸¹ Die *Sektion III* für Polytechnische und berufliche Bildung vergrößerte sich um die Abteilung „Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung“, musste dies aber weitgehend ohne personelle Verstärkung bestreiten.²⁶⁸² *Sektion IV* für Aspirantur und pädagogische Forschung sowie *VI* für Erziehung und Bildung im zweisprachigen Gebiet behielten ihren Vorjahresaufbau.²⁶⁸³ Die Herauslösung der Abteilung Hoch- und Fachschulwesen aus der Unterrichtsmittelsektion (*V*) im Jahr 1965²⁶⁸⁴ entschied das Ministerium für Volksbildung. Den Hintergrund hierfür bildeten die Verhandlungen des MfV mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen seit 1963²⁶⁸⁵. Eine entsprechende Vorlage für die Herauslösung der Abteilung Hoch- und Fachschulen aus dem Volksbildungsbereich und Eingliederung in das Staatssekretariat unterbreitete M. Honecker Staatssekretär Ernst-Joachim Gießmann im selben Jahr.²⁶⁸⁶ Im Gegenzug bekam das DPZI 1963 von E.-J. Gießmann das Promotionsrecht zugesprochen.²⁶⁸⁷ Mit der Umsetzung der Abteilung erhielt das Staatssekretariat sechs Planstellen aus dem wissenschaftlichen und zehn aus dem technischen Personalbestand sowie die entsprechenden Haushaltsmittel, die entsprechenden technischen Einrichtungen des DPZI, die Archive und das Mobiliar.²⁶⁸⁸ Als einzige strukturelle Erweiterung wurde ein Fachgebiet Lehreraus- und -weiterbildung sowie ein Lektorat bzw. ein/e Lektor/in eingerichtet.²⁶⁸⁹ Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter verringerte sich durch die

²⁶⁸¹ Anm.: Insgesamt umfasste die Sektion II 1965 die Abteilungen: Theorie des Unterrichts; Vorschulerziehung; Mathematik und Naturwissenschaften; Gesellschaftswissenschaften (Fachgebiete: Geschichte, Staatsbürgerkunde, Fremdsprachen); sowie Deutsche Sprache und künstlerische Fächer (Fachgebiete: Deutsche Sprache und Literatur; Musik; Kunsterziehung; Körpererziehung; Sonderschulen). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.) Die Mitarbeiterzahl hielt sich relativ stabil: von den 1964 vorhandenen 53 Stellen gab es 1965 noch 52 in der Sektion (jeweils ohne Sektionsleiter gerechnet). (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf].)

²⁶⁸² Anm.: Zu den im September 1964 eingeplanten 37,5 Stellen der Sektion III kamen 1965 nur 1,5 hinzu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion Polytechnische und berufliche Bildung. Strukturplan der Sektion III. 23.9.1964. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.)

²⁶⁸³ Anm.: *Sektion IV* mit den Abteilungen: Aspirantur; Dokumentation, Information und Ausstellungen, sowie (noch) die Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung mit der Zeitschrift „Pädagogische Forschung“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf]. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.) *Sektion VI* mit der Abteilung Theorie und Methodik der Bildung und Erziehung im Sprachunterricht im zweisprachigen Gebiet sowie dem Fachgebiet Grundfragen der sozialistischen Erziehung und Leitung des Bildungswesens im zweisprachigen Gebiet. (Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben der Sektion VI an die Kaderabteilung des DPZI. Vorschlag zum Struktur- und Stellenplan der Sektion VI. 20.4.1964.)

²⁶⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf]. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.

²⁶⁸⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Beschlussvorlage für die Leitung des DPZI zur Herauslösung der Abteilung Hoch- und Fachschulwesen aus dem Bereich des DPZI und Überführung in das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen. Ohne Datum [Ende 1963].

²⁶⁸⁶ Vgl. Ebenda.

²⁶⁸⁷ Vgl. Günther: Rückblick. S. 371.

²⁶⁸⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Beschlussvorlage für die Leitung des DPZI zur Herauslösung der Abteilung Hoch- und Fachschulwesen aus dem Bereich des DPZI und Überführung in das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen. Ohne Datum [Ende 1963].

²⁶⁸⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Stellenplan des DPZI für 1964 [2. Entwurf]. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.

Abgabe der Abteilung für Hoch- und Fachschulwesen innerhalb der Sektion von 22 (1964) auf 15 im Jahre 1965.²⁶⁹⁰

Im Laufe des Jahres 1965 setzten vermehrt Überlegungen zur fachlichen und binnenstrukturellen Profilierung der einzelnen Sektionen sowie zur Ausweitung von Leitung und Kontrolle im DPZI ein, die sich zunächst in der Neustrukturierung des Instituts vom 1.2.1966 manifestierten²⁶⁹¹ und 1967 weiterentwickelt und rationalisiert werden sollten.²⁶⁹²

Die Binnenstruktur der *Sektion I* unterlag in den Jahren 1965 bis 1967 besonders starken Wandlungen. Waren hier noch im Frühjahr 1965 in den Beratungen ihres Perspektivplans mehr Möglichkeiten zur Grundlagenforschung für die Bereiche Pädagogische Psychologie, Programmierter Unterricht²⁶⁹³, Perspektiven und Ökonomie des Bildungswesens sowie Vergleichende Pädagogik²⁶⁹⁴ gefordert worden, stellte sie den Verbleib dieser Abteilungen in der Sektion bereits Ende Mai gleichen Jahres in Frage – ebenso den des Gebietes für Ausstellungen²⁶⁹⁵. Zwei Wochen später beschloss die Sektion im Interesse ihrer stärkeren

²⁶⁹⁰ Anm.: Im Fachgebiet Lehreraus- und -weiterbildung waren 1965 ein Wissenschaftler für Pädagogische Psychologie und einer für Methodik pädagogischer Propaganda eingeplant. Neben diesem Fachgebiet gab es in der Sektion Unterrichtsmittel noch das für Operative Arbeit sowie die beiden Abteilungen Grundfragen der Unterrichtsmittel und Herstellung, Versorgung, Technik; außerdem das mit einer Planstelle versehene Lektorat. (Vgl. Ebenda.)

²⁶⁹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁶⁹² Anm.: So gehörte 1966 zu den Aufgaben des Büros der Direktion des DPZI z.B.: die „Operative Unterstützung des Direktors bei der Führung und Koordinierung der Schwerpunktaufgaben des Instituts“, die „Anleitung, Koordinierung, Auswertung und Kontrolle der internationalen Arbeit und der politischen Arbeit nach Westdeutschland“, die „Planung und Vorbereitung von Ausstellungen über das Volksbildungswesen der DDR im Ausland“ sowie die Kontrolle der Publikationen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 12/66. [Sommer 1966]) 1967 richteten sich die Bemühungen des Instituts weiter darauf, „günstige Bedingungen“ für die Leitungstätigkeit zu schaffen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Schreiben des stellvertretenden Direktors, Drefenstedt, vom 13.1.1967.). Speziell das Büro der Direktion und die Sektion IV (Aspirantur und Forschung) hatten 1967 die Aufgabe, „Methoden einer rationellen Gestaltung der wissenschaftlichen Arbeit“ zu entwickeln. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Direktion. Protokoll der erweiterten Direktionsberatung am 23.12.1966.). Hierfür gab es beispielsweise umfangreiche Funktionspläne für die einzelnen Positionen der DPZI-Angestellten, die unter anderem festschrieben, dass der Abteilungsleiter durch die Abteilungsberatungen die „ideologische und politische Erziehung“ seiner Mitarbeiter zu verantworten habe. Vorschläge zur „Rationalisierung“ der Arbeitsweise in der Abteilung sowie deren Kontrolle oblägen dem stellvertretenden Abteilungsleiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Sektion Allgemeinbildung. Funktionsplan des Abteilungsleiters [Entwurf]. Ohne Datum [Mai 1967]. und Vgl. Ebenda. – Sektion Allgemeinbildung. Funktionsplan des stellvertretenden Abteilungsleiters. [Entwurf])

²⁶⁹³ Anm.: Überdies verlangte die Sektion für diese beiden Bereiche personelle Erweiterungen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Sektion I. Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.)

²⁶⁹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 1.3.1965. Unklar schien in der Perspektivplanung weiterhin die künftige Arbeit auf dem Gebiet der Ganztägigen Bildung und Erziehung, deren abrupter Abbruch für schädlich erachtet wurde. (Vgl. Ebenda.) Wenig später beabsichtigte die Sektion I, diesen Bereich in die „Untersuchungen über die einheitliche Gestaltung der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Erziehung und Bildung“ zu integrieren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Sektion I. Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.)

²⁶⁹⁵ Anm.: „Einmütigkeit“ habe darin bestanden, die Bereiche Ausstellungen und Programmierter Unterricht auszugliedern. Hinsichtlich der Ausgliederung der Abteilung Perspektiven und Ökonomie des Bildungswesens gab es erste Vorschläge, ebenso die Überprüfung der „Zugehörigkeit der Abteilung Vergleichende Pädagogik zur Sektion I“ betreffend. Die Frage nach der künftigen Stellung der

Profilierung auf Erziehungsfragen, die Ausgliederung der Abteilung Programmierter Unterricht und des Fachgebietes Ausstellungen vorzuschlagen.²⁶⁹⁶ Aus den beiden bisher getrennten Abteilungen für Grundfragen der Erziehung und Ganztägige Bildung und Erziehung heraus sollte eine neue Abteilung für Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung gegründet werden.²⁶⁹⁷ Die Pädagogische Psychologie beließ die Sektion I in ihren Strukturvorschlägen nach längeren Beratungen an gewohnter Stelle.²⁶⁹⁸ Über die binnenstrukturelle Ausrichtung entschied in letzter Instanz jedoch nicht die Sektion I selbst. Dies oblag der Direktion des DPZI und der Leitung des MfV.²⁶⁹⁹ Erst nach deren Einwilligung trat die neue Struktur zum 1.2.1966 in Kraft.²⁷⁰⁰ Dabei erreichte die Sektion I im Sinne ihrer Profilierungsbestrebungen immerhin die Klärung und Festlegung ihrer Bezeichnung als Sektion für Erziehung und eine Reduktion der Abteilungen von sechs auf vier.²⁷⁰¹ Die neu konstituierte Abteilung für Soziologie des Bildungswesens ging strukturell aus der für Perspektiven und Ökonomie des Bildungswesens hervor, die sich seit 1965²⁷⁰² auch mit bildungssoziologischen Themen befasste.²⁷⁰³ Die übrigen bildungsökonomischen und Perspektivaufgaben wurden anderweitig aufgeteilt. So wechselte die Bildungsökonomie nach Beratungen im September²⁷⁰⁴ als eigenständiger Bereich in die Sektion

Abteilung Pädagogische Psychologie im DPZI wurde „aufgeworfen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitersitzung am 31.5.1965.)

²⁶⁹⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Beschlussprotokoll der Sektionsleitersitzung vom 14.6.1965.

²⁶⁹⁷ Vgl. Ebenda.

²⁶⁹⁸ Vgl. Ebenda. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 12.7.1965.

²⁶⁹⁹ Vgl. Ebenda. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 17.1.1966.

²⁷⁰⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷⁰¹ Anm.: Abteilungen: Theorie der Erziehung; Methodik und Organisation der Erziehung; Pädagogische Psychologie; und Soziologie des Bildungswesens. (Vgl. Ebenda.) In diesem Rahmen bearbeitete das DPZI auch weiterhin die Fragen der außerunterrichtlichen Erziehung bzw. Erziehung in den Horten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898a. – Überlegungen zur Struktur der Sektion Erziehung. 23.5.1967.) In Untersuchungen dieses Bereiches versuchte das Institut die ehemalige Ganztägige Erziehung zu integrieren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Sektion I. Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.) 1968 fiel die außerunterrichtliche Erziehung in den Bereich der zweiten Abteilung, speziell in die „Organisation der Erziehung“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.)

²⁷⁰² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Siehe auch Punkt 2.6.2.2.

²⁷⁰³ Anm.: Im März 1965 waren die bildungssoziologischen Themen noch nicht mit in den *Perspektivplan* aufgenommen, da sie noch mit der Arbeitsgemeinschaft Soziologie beim Institut für Gesellschaftswissenschaften abzustimmen seien. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Sektion I. Schreiben der Sektion I an das Büro der Direktion. Betreff Perspektivplan. 10.3.1965.) Zur „Fortführung soziologischer Untersuchungen im Bereich des Volkbildungswesens“ bestand auch im Herbst 1965 keine „einhellige Auffassung“. Daher schlug der Sektionsleiter vor, den noch nicht eigenständig profilierten Bereich der Bildungssoziologie möglicherweise als Erziehungssoziologie in die Abteilung Erziehung einzugliedern. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Vorlage. Strukturvorschlag für die Sektion I des DPZI. Ohne Datum [September/Oktober 1965].) Mit der im Februar 1966 gebildeten eigenen Abteilung für Soziologie des Bildungswesens (Hausanweisung Nr. 1/1966) folgte das DPZI der sich Mitte der 1960er Jahre vollziehenden Institutionalisierung der Soziologie in der DDR, in dessen Verlauf bereits 1965 an der Leipziger Universität eine Abteilung für Soziologie gegründet worden war. (Vgl. Sparschuh: Karl Mannheim. S. 49. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.)

²⁷⁰⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 26.7.1965.

für Aspirantur und Forschung (IV)²⁷⁰⁵. Perspektivaufgaben bearbeitete fortan die übersektionelle Perspektivplan-Arbeitsgruppe²⁷⁰⁶; zudem ab Ende 1967 eine unmittelbar dem Direktor des Instituts unterstehende Prognosegruppe zur Bestimmung der zukünftigen Forschungsfelder²⁷⁰⁷. Der Bereich Westdeutsche Pädagogik wurde 1966 aus der Abteilung Vergleichende Pädagogik der Sektion I herausgelöst²⁷⁰⁸ und als selbständige Abteilung der Direktion bzw. dem ersten stellvertretenden Direktor und damit zugleich dem Leiter der Sektion I des DPZI unterstellt – ebenso das Fachgebiet Ausstellungen, das nun zum Büro der Direktion gehörte.²⁷⁰⁹ Der verbliebene Teil der ehemaligen Abteilung für Vergleichende Pädagogik wechselte 1966 mit der angeschlossenen Zeitschrift in die Sektion IV.²⁷¹⁰ Damit schien die Zuordnung der Abteilung Westdeutsche Pädagogik aber langfristig keinesfalls geklärt zu sein. Nur ein Jahr später, 1967 kehrte diese wieder in die Sektion I zurück.²⁷¹¹ Die Wiedereingliederung der Westdeutschen Pädagogik gemeinsam mit der 1967 vorgenommenen Gründung der Abteilung für Kinder- und Jugendorganisation²⁷¹² bewirkte, dass sich die Sektion Erziehung 1967 von vier (1966) auf erneut sechs Abteilungen vergrößerte²⁷¹³. Aber auch diese Maßnahmen konnten die innere Profilbildung der Sektion I nicht abschließen, die sich noch weiter über das Jahr 1967 erstreckte.²⁷¹⁴ Im Gegensatz dazu herrschte auf der personellen Leitungsebene der Sektion Erziehung überwiegend Stabilität.²⁷¹⁵

²⁷⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷⁰⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3433. – Arbeitsplan 1965 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3354. – Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Perspektivplan“ bei der Direktion am 25.3.1965. Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Protokoll der Beratung der Perspektivgruppe am 27.3.1969.

²⁷⁰⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Direktion. Hausmitteilung vom 27.9.1967.

²⁷⁰⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Schreiben der Abteilung Vergleichende Pädagogik an den Verwaltungsleiter vom 2.2.1966.

²⁷⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷¹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷¹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.

²⁷¹² Anm.: Diese Abteilung ging zum 1.1.1967 aus der Arbeitsgruppe für Kinder- und Jugendorganisation der Abteilung Methodik und Organisation der Erziehung hervor. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3889h. – Abteilung Methodik und Organisation der Erziehung. Protokoll der Abteilungssitzung am 9.1.1967.)

²⁷¹³ Anm.: Abteilung Theorie der Erziehung; Methodik und Organisation der Erziehung; Pädagogische Psychologie; Soziologie des Bildungswesens; Westdeutsche Pädagogik; sowie Kinder- und Jugendorganisation. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

²⁷¹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 8.2.1967. Vgl. Ebenda. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 10.4.1967.

²⁷¹⁵ Anm.: Sektionsleiter blieb der seit 1966 habilitierte *Hofmann* in Doppelfunktion zu seiner Position als erster stellvertretender Direktor des DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 6.6.1966. [Vorbereitung seines Habilitationsvortrages] und Vgl. Ebenda. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 17.10.1966. Siehe auch: Punkt 2.6.2.1.2.) Bis zur Akademiegründung zeichnete der stellvertretende Sektionsleiter *Senf* seit 1966 zusätzlich für die Abteilung Methodik und Organisation der Erziehung/Außerunterrichtliche Erziehung verantwortlich (ab 1967 nur noch Abteilungsleiter); ebenso *Dr. Elfriede Fliegner* als Leiterin der Abteilung Soziologie des Bildungswesens. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966. Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969. Zu *Senf*: siehe auch: Punkt 2.6.2.1.2.) *Fliegner* kam 1963 an das DPZI, trat 1964 in die Sektion I/Abteilung Perspektiven und Ökonomie des Bildungswesens ein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter.

Weitgehend stabil blieb auch der *strukturelle* Aufbau der *Sektion II* in den Jahren 1965 bis 1967.²⁷¹⁶ Lediglich die Gründung des Instituts für Fremdsprachenunterricht außerhalb des DPZI²⁷¹⁷ sowie die binnenstrukturellen Veränderungen in den Sektionen I und III²⁷¹⁸ wirkten sich auf die Profilbildung der Sektion II aus. Von der Sektion I übernahm die Sektion Allgemeinbildung 1966 die Abteilung Programmierter Unterricht; aus der Sektion III für Polytechnik den Bereich Abiturstufe²⁷¹⁹. Im Jahr darauf folgten Ergänzungen und strukturelle Ausdifferenzierungen nur noch innerhalb der einzelnen Abteilungen.²⁷²⁰ Trotz der

7.11.1963. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Sektion I. Beschlussprotokoll der Abteilungsleitersitzung vom 6.7.1964.) *W. Lindner* übernahm 1966/67 die Leitung der Abteilung Theorie der Erziehung, bis er ab 1968 als stellvertretender Sektionsleiter fungierte und die Abteilungsleitung an *Dr. Jürgen Polzin* abgab. (Vgl. Punkt 2.6.2.1.2. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968.) *Polzin* war, wie auch *Senf*, ein ehemaliger Aspirant von *W. Lindner*; seit 1.9.1957 in der Aspirantur. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Lindner an die Direktion: Mitteilung über nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit. 28.2.1959.) Die Abteilung Pädagogische Psychologie leitete *Walter Vier* bis zum 30.11.1966, als *Dr. Joachim Lompscher* dieses Amt übernahm. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 28.11.1966.) *Vier* leitete die Abteilung Pädagogische Psychologie innerhalb der Sektion I bereits seit 1963. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.) *Lompscher* kam Anfang 1962 von der Humboldt-Universität ans DPZI/Abteilung Pädagogische Psychologie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3094. – Sektion I. Direktionsvorlage zum Aufbau einer selbständigen Abteilung Pädagogische Psychologie.)

²⁷¹⁶ Anm.: 1966 bestanden in der Sektion Allgemeinbildung (II) die Abteilungen Theorie des Unterrichts (Arbeitsgruppen: Theorie der Allgemeinbildung, Didaktik, Unter- und Mittelstufe, Abiturstufe); Vorschulerziehung; Mathematik und Naturwissenschaften; Gesellschaftswissenschaften; Deutsche Sprache und künstlerische Fächer; Fremdsprachen; Programmierter Unterricht; sowie die beiden Fachgebiete Körpererziehung und Sonderschulen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.)

Im Jahr 1967 gab es die Abteilungen: *Theorie des Unterrichts* (Fachgebiete: Unterstufe und Didaktik; Arbeitsgruppen: Mittelstufe, Abiturstufe und Lehrplantheorie; sowie die Forschungsgemeinschaft „Zurückbleiber“: siehe Punkt 2.7.1.2.3.); *Vorschulerziehung*; *Mathematik und Naturwissenschaften* (Fachgebiete: Mathematik, Geografie, Physik, Chemie, Biologie, Astronomie); *Gesellschaftswissenschaften* (Fachgebiete: Geschichte und Staatsbürgerkunde); *Deutsche Sprache und künstlerische Fächer* (Fachgebiete: Deutsch; sowie Musik und Kunsterziehung); *Fremdsprachen* (Fachgebiete: Russisch; Westliche Fremdsprachen; und Programmierung; Arbeitsgruppen: Sprachwissenschaft; sowie Fremdsprachen in der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung); *Programmierter Unterricht*; außerdem die Fachgebiete: *Körpererziehung* und *Sonderschulpädagogik*. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

²⁷¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Direktor Neuner. Aktennotiz über das Gespräch mit dem stellvertretenden Minister Dietzel am 2.7.1965. Bis die Befugnisse und Aufgaben zwischen dem neuen Fremdspracheninstitut und dem entsprechenden Bereich am DPZI geklärt waren, wurde das Gebiet der Fremdsprachen in die gesellschaftswissenschaftliche Abteilung der Sektion II eingegliedert. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Sektion Allgemeinbildung. Antrag zur Veränderung der Struktur. 27.1.1965.) Im Jahr 1966 wurde eine eigenständige Abteilung für Fremdsprachen in der Sektion gebildet. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.)

²⁷¹⁸ Siehe folgende Ausführungen zur Sektion III.

²⁷¹⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷²⁰ Anm.: Im Bereich „künstlerische Fächer“ in der Abteilung Deutsche Sprache und künstlerische Fächer wurden Musik und Kunsterziehung vereint. In der Abteilung Theorie des Unterrichts gab es statt der Arbeitsgruppe Theorie der Allgemeinbildung nunmehr die für Lehrplantheorie. Die Arbeitsgruppe für Oberstufe verschwand aus der Struktur. Dafür baute die Abteilung die Arbeitsgruppen Unterstufe und Didaktik zu Fachgebieten aus. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur

überwiegenden strukturellen Kontinuität boten sich auf Abteilungsleitersebene Gelegenheiten für kleinere Bewegungen. Dabei handelte es sich aber nicht um einmalige Aufstiegschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, wie es 1958/59 der Fall war, sondern um die Neuverteilung der Posten zwischen den leitenden Wissenschaftlern. Die Sektionsleitung hatte wie zuvor Drefenstedt inne.²⁷²¹ In der Abteilung Theorie des Unterrichts wechselte 1966 die Leitung von Oskar Mader, der die Arbeitsgruppe Abiturstufe übernahm, vorübergehend²⁷²² zu Eberhard Rossa.²⁷²³ Dieser wiederum gab die Leitung der Abteilung Mathematik und Naturwissenschaften an Fritz Neigenfind ab.²⁷²⁴ Friedrich Weitendorf stieg vom Abteilungsleiter der Gesellschaftswissenschaften zum stellvertretenden Sektionsleiter für Lehrpläne und Unterrichtsmittel auf und reichte sein früheres Aufgabengebiet kommissarisch weiter.²⁷²⁵ Stärkere innere Profilierungen fanden in der *Sektion III* für Polytechnische und berufliche Bildung (1965) bzw. für Polytechnische Bildung (1966) statt. Waren binnenstrukturelle Überlegungen zunächst nur auf die Lehrmittelabteilung beschränkt²⁷²⁶, galt es im Nachklang des 11. Plenums der SED vom Dezember 1965, umfassendere Maßnahmen zu ergreifen. So sollten 1966 unter anderem Teile des Komplexes „Abiturstufe“ sowie der Abteilung „Allgemeinbildung in der Berufsbildung“ in die Sektion II ausgegliedert werden.²⁷²⁷ Doch wirkten sich auch auf die Sektion III ähnlich wie im Fall der Fremdsprachenabteilung der Sektion II außerinstitutionelle

4251. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966].; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.; und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.) Die Forschungsgemeinschaft „Zurückbleiber“ befand sich 1967 in doppelter Unterstellung: unter den Wissenschaftlichen Rat des MfV/Sektion Didaktik und unter die Sektion II des DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Aktennotiz über die Beratung zur weiteren Arbeit an der Konzeption „Untersuchung der Ursachen des Zurückbleibens in der Schule und dessen Überwindung“. 17.4.1967.)

²⁷²¹ Anm.: Drefenstedt amtierte von 1961 bis 1970 als Leiter der Sektion II. (Vgl. 2.5.5.) Danach war er bis 1973 Direktor des Instituts für Didaktik an der APW, anschließend Direktor des Instituts für pädagogische Theorie bis 1981, danach bis 1983 Direktor im Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 69.)

²⁷²² Anm.: 1967 übernahm wieder O. Mader die Leitung der Abteilung Theorie des Unterrichts. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Schreiben an alle Mitarbeiter der Abteilung Theorie des Unterrichts vom 24.2.1967.)

²⁷²³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966. *Oskar Mader* arbeitete von Beginn an im DPZI, Bereich Mathematik, seit 1959 auch als Abteilungsleiter (Abteilung Mathematik und Naturwissenschaften, später Abteilung Theorie des Unterrichts). (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1. – Bl. 203. Dorst, Abteilung Lehrerbildung: An alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und Sachbearbeiter. 21.9.1950.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2422. – Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Verteilung der Arbeitsplätze. 4.8.1959.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.) *Eberhard Rossa* folgte *Mader* 1963 auf den Posten des Abteilungsleiters für die Abteilung Mathematik und Naturwissenschaften. (Vgl. Ebenda.)

²⁷²⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966.

²⁷²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966. *Friedrich Weitendorf* arbeitete seit Oktober 1952 im DPZI als wissenschaftlicher Mitarbeiter und später Abteilungsleiter. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 1191. – Abteilung Kader. Entwicklungskartei von Mitarbeitern der Direktion, der Sektionen I, II, III, IV, V, VI. 1950-1957.)

²⁷²⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Abteilung Lehrmittel über die Sektionsleitung III an die Direktion. 12.8.1965. und Vgl. Ebenda. – Schreiben der Sektion III an den Direktor. Betreff: Innere Gliederung der Abteilung Lehrmittel für die polytechnische und berufliche Bildung. 18.8.1965.

²⁷²⁷ Anm.: Es sollten diejenigen Planstellen abgegeben werden, die sich spezifisch auf die Allgemeinbildung in der Berufsbildung, der Abiturstufe sowie auf die Spezialschulen bezogen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Beratung zur Weiterentwicklung der Struktur der Sektion III. 4.1.1966.)

Entwicklungen auf die strukturellen Umgestaltungspläne aus. Denn mit der Gründung des Staatlichen Amtes für Berufsausbildung und der damit einsetzenden Abgrenzung der Ressorts zwischen diesem und dem Ministerium für Volksbildung²⁷²⁸ musste die Profilbildung der Sektion III warten²⁷²⁹. Nachdem diesbezügliche Probleme auf übergeordneter Ebene geklärt worden sind,²⁷³⁰ bestand die Abteilung „Allgemeinbildung in der Berufsbildung“ in der polytechnischen Sektion des DPZI fort, ebenso die Abteilung für Lehrmittel sowie die Zeitschrift für „Polytechnische Bildung und Erziehung“²⁷³¹. Bis 1967 blieb dieser strukturelle Aufbau weitgehend stabil.²⁷³²

Trotz der bei den Umstrukturierungen von 1966 verlorenen sechs wissenschaftlichen Planstellen²⁷³³ gelang es der Sektion III, insgesamt (die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Redakteure betreffend) im Vergleich zu 1965²⁷³⁴ eine konstante Belegschaftsstärke vorzuweisen.²⁷³⁵ Dabei verteilten sich 1966 auch in der Sektion Polytechnische Bildung verschiedene Führungspositionen innerhalb der etablierten Sektionsleitung neu. Hans Bennewitz übernahm die Abteilung „Wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit“, Wilfried Lange wechselte in die Arbeitsgruppe Theorie der polytechnischen Bildung und Ernst Müller leitete

²⁷²⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Sektion III an den Direktor des DPZI vom 25.2.1966.

²⁷²⁹ Anm.: Aus diesem Grund wurde die für die Umgliederung in Sektion II vorgesehene Abteilung „Allgemeinbildung in der Berufsbildung“ vorerst in der Sektion III belassen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion III. Vermerk über eine Besprechung. 15.1.1966.)

²⁷³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Sektion III an den Direktor des DPZI vom 25.2.1966.

²⁷³¹ Anm.: Umprofilert wurden die Abteilungen für Polytechnische Bildung und Erziehung Klasse 1 bis 10 sowie für das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung (1965). Unter Berücksichtigung der in der Sektion verbliebenen Teilbereiche der „Abiturstufe“ konstituierte sich die Abteilung Polytechnischer Unterricht in den Klassen 1-12 und die Abteilung wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit der Schüler; außerdem die Arbeitsgemeinschaft „Theorie der polytechnischen Bildung“ (1966). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.) Die Konstituierung richtete sich auch an den zusätzlichen Planstellen für die Sektion aus: jeweils eine für Allgemeintechnischen Unterricht, für Produktionsarbeit der Schüler und für eine theoretische Grundsatzgruppe. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion III. Vermerk über eine Besprechung. 15.1.1966.) Letztere stand zwei Wochen zuvor aus personellen Gründen noch in Frage. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Beratung zur Weiterentwicklung der Struktur der Sektion III. 4.1.1966.)

²⁷³² Anm.: Lediglich die 1966 mit zwei Wissenschaftlern besetzte Arbeitsgruppe Theorie der polytechnischen Bildung verschwand 1967 aus dem Erscheinungsbild der Sektion III. Diese gliederte sich nunmehr, wie im Vorjahr, in die Abteilungen: Polytechnischer Unterricht; Wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit; Allgemeinbildung in der Berufsausbildung; sowie Lehrmittel für die berufliche und polytechnische Bildung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966].)

²⁷³³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben des Direktors an den Leiter der Sektion III. Betreff Stellenplan 1966. 17.2.1966.

²⁷³⁴ Anm.: Sowohl 1965 als auch 1966 verzeichnete die polytechnische Sektion 34 wissenschaftliche und vier redaktionelle Mitarbeiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965. und Vgl. Ebenda. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966].)

²⁷³⁵ Anm.: Sektion III musste zwar neben den Stellen im Bereich der Abiturstufe weitere im Bereich Allgemeinbildung in der Berufsbildung abgeben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über die Beratung zur Weiterentwicklung der Struktur der Sektion III. 4.1.1966.) Andererseits erhielt sie aber die langfristig angelegte Planstellenerweiterung für das Jahr 1966 und zwei zusätzliche Stellen für die Bildung der Arbeitsgruppe Theorie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben des Direktors an den Leiter der Sektion III. Betreff Stellenplan 1966. 17.2.1966.)

künftig die neue Abteilung Polytechnischer Unterricht.²⁷³⁶ Dass um die dadurch frei gewordene Stelle des Chefredakteurs der angegliederten Zeitschrift „Polytechnische Bildung und Erziehung“²⁷³⁷ ein Verteilungskampf innerhalb des DPZI entbrannte,²⁷³⁸ bestätigt die wenigen Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des unzugänglichen und gefestigten Personenkreises auf der Führungsebene.

Während der Diskussionen zu den strukturellen Umbrüchen und zur personellen Besetzung von Leitungsfunktionen machten dem DPZI, aber vorrangig der Sektion III, noch zusätzlich die erneuten²⁷³⁹ Verteilungskämpfe mit dem DIfB zu schaffen. Besonders problematisch war der Versuch des DIfB, an der Sektionsleitung vorbei qualifizierte Wissenschaftler der Sektion III direkt abzuwerben.²⁷⁴⁰ Sektionsleiter Frankiewicz kündigte Neuner und Kaiser (MfV) an, den Arbeitsplan quantitativ zu kürzen, sollten seine Mitarbeiter an das DIfB wechseln. Gleichzeitig drängte er auf eine Vereinbarung mit dem DIfB, um diesen Streit zu beenden.²⁷⁴¹ Die eigenmächtigen Verhandlungen des DIfB mit Institutsangehörigen warfen allerdings im DPZI abermals Fragen der Besoldung der Wissenschaftler auf, denn das DIfB konnte mit

²⁷³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966.

Dr. Hans Bennwitz kam 1963 über die Kybernetikgruppe vom DIfB an das DPZI und wurde während der Ausgliederung des DIfB aus dem „Vereinigten DPZI“ 1964 vom Institut/Sektion III übernommen. (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Schreiben des DIfB/Direktion an die Kaderabteilung des DPZI. Betreff: Planstellen des DIfB. 21.4.1963.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Vermerk über ein Gespräch. 2.3.1964.)

Dr. Wilfried Lange arbeitete bereits 1959 in der polytechnischen Sektion (damals II), Bereich Maschinenkunde, des DPZI; später Abteilungsleiter der Abteilung Grundsätze, dann der Abteilung Polytechnische Bildung der Sektion Polytechnik (III). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Sektion II an die Direktion. Betreff Übersicht über persönliche Arbeitspläne für das letzte Tertial in der Sektion II. 30.9.1959.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Zeitplan für die staatlichen Leiter. 7.11.1963.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966.)

Dr. Ernst Müller wechselte von seiner Stelle als Chefredakteur der Zeitschrift Polytechnische Bildung und Erziehung auf den Abteilungsleiterposten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Stellenplan der Sektion III. Ohne Datum [April 1965]. Vgl. auch: Ebenda. – Sektion III. Schreiben des Sektionsleiters an die Kaderabteilung vom 21.1.1966.)

²⁷³⁷ Siehe zu E. Müller. Ebenda.

²⁷³⁸ Anm.: Der Redakteur für Werkunterricht hörte offenbar von dem Vorhaben des Instituts, den bisherigen wissenschaftlichen Mitarbeiter für Maschinenkunde [I] in der Sektion III zum Chefredakteur zu ernennen und drohte mit Kündigung [II], sollte er diesen Posten nicht wenigstens probeweise erhalten [II]. Trotz der Bereitschaft des DPZI-Kandidaten, in diesem Fall nachzugeben, [II] setzte die Direktion den vorgesehenen Wissenschaftler gegen den Redakteur durch [III]. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Stellenplan der Sektion III. Ohne Datum [April 1965]. [I]; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben von Frankiewicz an Neuner. Betreff Strukturfragen der Sektion III. 19.1.1966. [II]; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966. [III])

²⁷³⁹ Anm.: Nur zwei Jahre zuvor, im Zuge der (Neu-) Gründung des DIfB bei der Staatlichen Plankommission der DDR und der damit verbundenen Ausgliederung des DIfB aus dem „Vereinigten DPZI“, kam es zu erheblichen Konflikten zwischen DPZI und DIfB, besonders bezüglich der wissenschaftlichen Personalressourcen. (Vgl. 2.6.2.2.)

²⁷⁴⁰ Anm.: Das DIfB habe sich dabei auf eine Absprache mit dem ersten stellvertretenden Direktor des DPZI berufen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion III. Schreiben des Sektionsleiters an den Direktor. 4.3.1966.)

²⁷⁴¹ Vgl. Ebenda. und Vgl. Ebenda. – Sektion III. Schreiben des Sektionsleiters an den Direktor. 10.3.1966. Wenig später traf das DPZI auch tatsächlich eine Vereinbarung mit dem DIfB, nach der die gegenseitige Kaderübernahme ausschließlich über die Direktion zu führen sei. (Vgl. Ebenda. – DPZI/Direktion. Aktennotiz. 19.3.1966.)

vergleichsweise hohen Gehaltsangeboten aufwarten.²⁷⁴² Im Zusammenhang damit hielt Frankiewicz ein Gespräch über die Lohnpolitik und Beförderungsrichtlinien für dringend angeraten.²⁷⁴³ Im Dezember gleichen Jahres stellte die Sektion den Antrag, zumindest *eine* wissenschaftliche Stelle hoch zu stufen.²⁷⁴⁴

Im Zusammenhang mit den Umstrukturierungen der anderen Sektionen wandelte sich 1966 die Binnenstruktur der *Sektion IV* abgesehen vom Bereich der Aspirantur umfassend. Die Vergleichende Pädagogik wurde mit der dazugehörigen Zeitschrift aus der Sektion I in die Sektion IV eingegliedert, ebenso der Bereich Bildungsökonomie.²⁷⁴⁵ Dafür gab die Sektion IV das Gebiet der Ausstellungen an die Direktion²⁷⁴⁶ und die Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung an das Ministerium für Volksbildung²⁷⁴⁷ ab.²⁷⁴⁸ Um aber Aspekte der Forschungs koordinierung wieder stärker in das Profil der Sektion für Aspirantur und Forschung einbinden zu können, richtete das DPZI im Jahr 1967 erneut eine entsprechende Abteilung in der Sektion IV ein.²⁷⁴⁹ Deren Funktion entsprach jedoch nicht den landesweiten Aufgaben der

²⁷⁴² Anm.: Im DPZI verdiente das Gros (46 Prozent) der wissenschaftlichen Mitarbeiter (HVO Stufe VII) 1000 Mark monatlich, außerdem erhielten 15 Prozent des wissenschaftlichen Fachpersonals nach Lehrertarif (LT) ca. 1060 Mark monatlich. 25 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Bereich bekamen 1200 Mark monatlich (HVO Stufe VIII), zwei Mitarbeiter (ca. ein Prozent) 1310 Mark, ca. sieben Prozent der Beschäftigten 1400 Mark (HVO Stufe IX), ein Mitarbeiter 1500 Mark (ca. 0,5 Prozent) und der Direktor (ca. 0,5 Prozent) 1600 Mark monatlich (HVO Stufe X). (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3011. – Zusammenstellung der Arbeitskräfte laut Plan für 1962 und laut neuem Plan.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248a. – Mittelberechnung für den vorläufigen Stellenplan 1968. 1.2.1968. und Vgl. Ebenda. – Vorläufiger Stellenplan 1.2.1968. Zugrunde gelegt wurden alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der Sektionen und der Direktion. Die Redakteure der Zeitschriften sind nicht inbegriffen.) Das DIfB bot den drei ins Auge gefassten Mitarbeitern der Sektion III des DPZI: in einem Fall bis zu 1380 MDN (Mark der deutschen Notenbank, von August 1964 bis Dezember 1967), dem zweiten Mitarbeiter ein Anfangsgehalt von 1380 mit Aussicht auf Weiterentwicklung zum Sektorenleiter mit einem Gehalt von 1530 MDN monatlich und dem dritten sagte das DIfB ein Gehalt von 1530 MDN bereits nach einem Vierteljahr zu. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Sektion III. Schreiben des Sektionsleiters an den Direktor. 4.3.1966.)

²⁷⁴³ Vgl. Ebenda.

²⁷⁴⁴ Anm.: Eine HVO-VII-Stelle sollte in eine HVO-VIII-Stelle umgewandelt werden, das bedeutete eine Lohnerhöhung um 200 MDN. In Verbindung damit wies die Sektion III darauf hin, dass drei langjährige Mitarbeiter mit einer 20jährigen Erfahrung im Volksbildungswesen durch die am DPZI gültige Besoldungsregelung nicht ihren Leistungen und Erfahrungen gemäß entlohnt würden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben des Abteilungsleiters der Abteilung Allgemeinbildung in der Berufsbildung über den Sektionsleiter an die Direktion. 2.12.1966.)

²⁷⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI. Siehe dazu auch die Ausführungen zur Sektion I.

²⁷⁴⁶ Vgl. Ebenda.

²⁷⁴⁷ Vgl. Ebenda. und Vgl. Punkt 2.7.1.2.2.

²⁷⁴⁸ Anm.: Insgesamt umfasste die Sektion IV für Aspirantur und Forschung nach der Umstrukturierung von 1966 die Abteilungen: Aspirantur; Information und Dokumentation; Bildungsökonomie; Vergleichende Pädagogik; sowie die Zeitschrift „Vergleichende Pädagogik“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.)

²⁷⁴⁹ Anm.: Der übrige Aufbau der Sektion IV blieb im Vergleich zum Jahr 1966 konstant: Abteilung Aspirantur; Abteilung Dokumentation und Information; Abteilung Vergleichende Pädagogik; Abteilung Bildungsökonomie. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

ehemaligen Koordinierungsstelle, sondern diente lediglich der Koordinierung von Forschung „im Institut, in den Forschungsschulen und in Verbindung“ mit dem Wissenschaftlichen Rat.²⁷⁵⁰ Bezüglich der *Unterrichtsmittelsektion* (V) rückten Fragen der Leitungstätigkeit in den Mittelpunkt der Umstrukturierung und weniger die inhaltlich-fachliche Profilbildung. Daher sollten hier das Fachgebiet für Lehreraus- und -weiterbildung, das Lektorat sowie das selbständige Fachgebiet Operative Arbeit und der Bereich Technik aus der Abteilung für Herstellung, Versorgung und Technik zumindest strukturell gestrichen und die Leitung dadurch zentralisiert werden.²⁷⁵¹ Übrig blieben demzufolge 1966 in der Sektion V zunächst die Abteilungen Herstellung und Versorgung sowie Theorie der Unterrichtsmittel,²⁷⁵² die aus der Abteilung Grundfragen der Unterrichtsmittel hervorgegangen war²⁷⁵³. Die solchermaßen gestraffte Leitung in der Unterrichtsmittelarbeit funktionierte jedoch nicht wie erhofft.²⁷⁵⁴ Vermutlich führte dies im Jahr 1967 dazu, dass der strukturelle Aufbau der Sektion wieder mehr Differenzierungen erfuhr²⁷⁵⁵.

Die strukturellen Kürzungen von 1966 zeigten insgesamt keine negativen Auswirkungen auf die Belegschaftsstärke der Sektion, d.h. sie stieg sogar um zwei Wissenschaftler an.²⁷⁵⁶ *Sektion VI* für Bildung und Erziehung im zweisprachigen Gebiet (1965/1966) bzw. Sorbische Schulen/Pädagogik im zweisprachigen Gebiet²⁷⁵⁷ (1967) in Bautzen hatte hingegen keine größeren Veränderungen zu verkraften, weder in ihrer Profilbildung noch hinsichtlich der Leitungsstruktur.²⁷⁵⁸ Mit ihrer räumlichen Distanz zum Zentralinstitut in Berlin und ihrem

²⁷⁵⁰ Anm.: Z.B. hatte diese Abteilung die empirischen Untersuchungen des DPZI und die am DPZI tätigen Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften für 1967/68 zu planen, sowie die Untersuchungskonzeptionen „in schulpolitisch-pädagogischer und forschungsmethodischer Hinsicht“ zu bestätigen. Außerdem oblag diesem Bereich die Kontrolle der Forschungsarbeit in den Schulen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Vorlage zur Direktionsberatung am 23.12.1966: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1967.)

²⁷⁵¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion des DPZI. Hausanweisung Nr. 1/1966 vom 26.1.1966 zur neuen Struktur des DPZI.

²⁷⁵² Vgl. Ebenda.

²⁷⁵³ Anm.: Die Bezeichnung „Theorie der Unterrichtsmittel“ hatte nicht lange Bestand. Sowohl in den Formblättern zur Erstellung des Arbeitsplanes 1966 als auch im Bericht über die Arbeit 1966 findet sich weiterhin die alte Benennung „Grundfragen der Unterrichtsmittel“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – Formblätter für die Aufstellung des Jahresarbeitsplanes 1966. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.)

²⁷⁵⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Direktionsvorlage zum 23.12.1966: Erfüllung des Arbeitsplanes 1966.

²⁷⁵⁵ Anm.: 1967 gliederte sich die Unterrichtsmittelsektion in die Abteilungen: Grundfragen der Unterrichtsmittel; Grundfragen der Unterrichtsmittel-Lehrerbildung; Herstellung und Versorgung von Unterrichtsmitteln; sowie Dokumentation und Information im Lehrmittelbereich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

²⁷⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966].

²⁷⁵⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248a. – Abteilung Ökonomie. Erläuterungen zum Haushaltsplanvorschlag 1968. 3.10.1967.

²⁷⁵⁸ Anm.: In den Jahren 1965 und 1966 sind zusammen mit Sektions-, Abteilungs- und Fachgebietsleiter zehn Wissenschaftler vorgesehen. 1966 gab es für die Abteilung Theorie und Methodik des Sprachunterrichts und das Fachgebiet Erziehung zusammen nur noch einen Leiter. Ab 1967 wurde die innere Struktur (eine Abteilung und 1966 zusätzlich ein Fachgebiet) dieser Sektion in den Plänen nicht mehr angegeben. 1969 lag die Belegschaftsstärke innerhalb der (einzigen) Abteilung Theorie und Methodik des Sprachunterrichts immer noch, wie 1966, bei zehn wissenschaftlichen Mitarbeitern, davon ein Sektions- und ein Abteilungsleiter. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. 19.7.1965.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum

fachlichen Nischendasein erfuhr die sorbische Sektion aber auch von jeher nicht die gleiche Aufmerksamkeit im DPZI wie die anderen Sektionen. In diesem Fall bedeutete das stabile Verhältnisse für die Sektion.

Zusammengefasst stellen sich die sektionsübergreifenden Strukturveränderungen der Jahre 1965 bis 1967 im DPZI wie folgt dar:

Bereich	1965	1966	1967
Westdeutsche Pädagogik	Sektion I/Abteilung Vergleichende Pädagogik	Direktion	Sektion I (unter Anleitung der Direktion)
Ausstellungen (Sektion I/Selbständiges Fachgebiet)	Sektion I/Abteilung Vergleichende Pädagogik	Direktion	
Vergleichende Pädagogik	Sektion I	Sektion IV	
Programmierter Unterricht	Sektion I	Sektion II	
Abiturstufe	Sektion III	Sektion II	
Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung	Sektion IV	Ministerium für Volksbildung	
Bildungsökonomie	Sektion I	Sektion IV	
Hoch- und Fachschulwesen (Sektion V)	Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen		

Tabelle 1: Sektionsübergreifende Strukturveränderungen im DPZI von 1965 bis 1967

2.7.1.3.3 „Umstrukturierungsmüdigkeit“ und die Probleme der bzw. mit der Belegschaft

Die zahlreichen binnenstrukturellen Veränderungen auf Sektions-, aber auch Abteilungsebene der vergangenen Jahre und der damit verbundene administrative Aufwand (Beratungen, Strukturentwürfe, usw.) führten im DPZI zu einer Stimmung, die sich am besten mit „Umstrukturierungsmüdigkeit“ beschreiben lässt. Immer öfter äußerten sich Sektionsleiter kritisch über die häufigen Strukturmaßnahmen im Institut. Die Arbeitsatmosphäre wurde als unruhig charakterisiert²⁷⁵⁹ – ein Zustand, der langfristige Forschungen unmöglich mache²⁷⁶⁰, die

[1966].; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des DPZI. 1.5.1968.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplanüberwachungsliste 1969. Ohne Datum [Sommer 1969].)

²⁷⁵⁹ Anm.: Nach einer Befragung zu „Probleme(n) der Arbeit mit den Menschen in der Sektion III“ wurden die kurzfristige Aufgabenstellung und der häufige Mitarbeiterwechsel beklagt – eine Begleiterscheinung der strukturellen Veränderungen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Fluktuationen der letzten zwei Jahre. Ohne Datum [1965].)

Kontinuität der Arbeit und die Spezialisierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter gefährde²⁷⁶¹. Hinsichtlich der angestrebten höheren wissenschaftlichen Qualität seien sie nutzlos²⁷⁶² und tunlichst einzuschränken²⁷⁶³.

Zur un stetigen Arbeit trugen darüber hinaus nach wie vor die Eingriffe des MfV in die Institutsarbeit bei.²⁷⁶⁴ Nach Auffassung von Neuner wurde die Degradierung von DPZI-Wissenschaftlern „auf den Status von Assistenten und Zuarbeitern der ministeriellen Beamten“ zwar eingeschränkt, was aber weniger in Zeiten galt, in denen die Position des Direktors geschwächt schien.²⁷⁶⁵

Es gab jedoch neben den konfliktgeladenen Beziehungen offenbar auch kameradschaftliche Kontakte zwischen dem Ministerium und dem Institut, die unter anderem für die Empfehlung beim Reisebüro zur „Beschaffung eines Ferienplatzes“ für den jährlichen Familienurlaub genutzt wurden.²⁷⁶⁶ Zudem schien sich für das Institut ein gutes Verhältnis zum Ministerium bei der Mitarbeitergewinnung auszuzahlen. Über die Beziehungsverflechtungen im Wissenschaftlichen Rat des MfV gelang es, Wissenschaftler aus den verschiedenen Bezirken der DDR ans DPZI in Berlin zu holen.²⁷⁶⁷ Dabei mussten nicht nur die zuständigen Behörden zur Zustimmung bewegt,²⁷⁶⁸ sondern auch Hürden hinsichtlich des Wohnungsmangels in Berlin überwunden werden²⁷⁶⁹. Außerdem waren gegebenenfalls Angehörige der potentiellen neuen Mitarbeiter beruflich unterzubringen.²⁷⁷⁰

Diese Sorge um die berufliche Sicherstellung von Angehörigen der DPZI-Mitarbeiter baute jedoch einem neuerlichen Problem vor, da das DPZI seinen Einfluss nutzte, um die Angehörigen im Institut zu beschäftigen. 1967 berunruhigte die Leitung des Instituts dann auch eine als zu

²⁷⁶⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3416. – Vermerk über eine Beratung zu Problemen des Welthöchstandes auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung und der pädagogischen Wissenschaft. 25.11.1964.

²⁷⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898a. – Schreiben an Hofmann. Betreff Überlegungen zur Struktur der Sektion Erziehung. 23.5.1967.

²⁷⁶² Vgl. Ebenda.

²⁷⁶³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 22.5.1967.

²⁷⁶⁴ Anm.: So entstand mit der Anweisung des Ministeriums, umgehend eine „Forschungsgemeinschaft zu Problemen der Überwindung des Sitzenbleibens“ am DPZI zu bilden, eine „empfindliche Lücke“ in der Abteilung Pädagogische Psychologie. Die bisherigen Arbeiten des für die Forschungsgemeinschaft abkommandierten Wissenschaftlers seien nicht mehr sichergestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des DPZI an die Abteilung Wissenschaft/MfV. 15.2.1966.) Im Übrigen hätten besonders die Wissenschaftlerinnen unter den „Sofortaufträgen vom Ministerium“ zu leiden, die dann ihre Qualifizierung schleifen lassen würden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3010. – Schreiben von Direktor Neuner an das MfV. 29.5.1963.)

²⁷⁶⁵ Vgl. Neuner: Zwischen Wissenschaft und Politik. S. 117.

²⁷⁶⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben aus dem DPZI an das Ministerium für Volksbildung vom 12.3.1966.

²⁷⁶⁷ Anm.: Z.B. aus dem Institut für Lehrerbildung im Bezirk Cottbus (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben des DPZI an die Abteilung Wissenschaft/MfV. 15.2.1966. und Vgl. Ebenda. – Schreiben von Hofmann an Korn vom 15.3.1966.); oder ein Absolvent der Humboldt-Universität, der bereits für eine leitende Tätigkeit im Bezirk Schwerin angeworben würde (Vgl. Ebenda. – Schreiben von Hofmann an den Kaderleiter des MfV vom 22.2.1967. und Vgl. Ebenda. – Schreiben von Hofmann an den Stellvertreter des Ministers, Prof. Kaiser, vom 29.3.1967.).

²⁷⁶⁸ Vgl. Ebenda.

²⁷⁶⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben von Hofmann an das MfV vom 14.11.1966.

²⁷⁷⁰ Anm.: Beispielsweise sollte die Ehefrau eines angeworbenen Wissenschaftlers im Rahmen der Forschungsgemeinschaft mit der „Auswertung von Untersuchungsergebnissen usw.“ beschäftigt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Schreiben der Sektion II an die Kaderabteilung des DPZI. Betreff Einstellung des Mitarbeiters für die Forschungsgemeinschaft zur Untersuchung von Ursachen des Zurückbleibens zum 1.8.1967.)

hoch eingestufte Verwandtenkonzentration im DPZI und forderte, diese abzubauen.²⁷⁷¹ Nach einer Erfassung aller Verwandtschaftsverhältnisse im Institut²⁷⁷² sollten Vorschläge zu deren Unterbindung gemacht werden²⁷⁷³. Die daraus resultierenden Maßnahmen betrafen jedoch, wie im Fall der Sektion I, vermutlich vorrangig diejenigen hinzugekommenen Verwandten, die im technischen Bereich beschäftigt worden waren.²⁷⁷⁴

Neben weiteren teilweise skurrilen persönlichen²⁷⁷⁵ Aspekten spielten vor allem politische Fragen eine große Rolle in der Kaderpolitik. Wer als untragbar galt, von dem trennte sich das Institut umgehend.²⁷⁷⁶ Um jedoch solche Schritte von vornherein vermeiden zu können, mussten sich Bewerber einer intensiven Befragung unterziehen, die deren Vergangenheit detailliert beleuchtete. So hatte sich die Kandidatin für eine Stelle als Mitarbeiterin der Sektion I 1966 dafür zu rechtfertigen, dass sie nach dem Mauerbau am 13.8.1961 nicht *sofort* ihren Familienbesuch in Westdeutschland abgebrochen hat, um in die DDR zurückzukehren.²⁷⁷⁷

Danach folgte die zweite, noch indiskretere Frage, weshalb sie das Sorgerecht für ihr Kind nicht besitze. Daraufhin schilderte sie notgedrungen die Scheidungsgeschichte ihrer Ehe. Erst nach einer solchen Ausbreitung der gesamten Familiensituation vor der Kaderkommission der Sektion I entschied diese über die Einstellung.²⁷⁷⁸

Ebenso schien seinerzeit der Mauerbau wiederum vergangene (bildungs-)politische Ereignisse stärker ins Bewusstsein zu rücken. Denn kurz darauf ging ein Schreiben eines angehenden Doktoranden der Universität Jena an Hofmann ein, in dem er sich erkundigte, ob er mit einer

²⁷⁷¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 2.10.1967.

²⁷⁷² Anm.: Z.B. war der Cousin des Sektionsleiters der Sektion III, Frankiewicz, in der Sektion II als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Fremdsprachen beschäftigt; ebenso die Ehefrau eines Mitgliedes der Sektion III – beide seien gleichzeitig eingestellt worden. Außerdem betätigte sich die Ehefrau eines wissenschaftlichen Mitarbeiters als Stenografin in einer anderen Sektion; eine andere als Assistentin im Bereich der Sektion I, die gemeinsam mit ihrem Ehemann an das DPZI abgeordnet wurde, damit eine „gemeinsame Haushaltsführung in Berlin“ möglich wäre. Schließlich arbeitete die Schwester einer Sekretärin als Assistentin in Sektion II. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 8150. – Auflistung der Mitarbeiter von Sektion III, welche Verwandte im DPZI haben. Ohne Datum [1967].) Im Bereich der Sektion I wurde die Ehefrau eines Abteilungsleiters als technische Mitarbeiterin in Teilzeit eingestellt. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 25.9.1967.) Hinzu kommt ein jeweils als wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in beschäftigtes Ehepaar in Sektion I (Psychologie) und II (Didaktik). Verwandtschaften entstanden aber genauso erst *im* DPZI durch Eheschließungen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3490. – Veränderungen zur Kerblockkartei. 1.4.1963.)

²⁷⁷³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Beschlussprotokoll der Sektionsleitungssitzung am 25.9.1967.

²⁷⁷⁴ Vgl. Ebenda.

²⁷⁷⁵ Anm.: So zielten verdeckte Vorgänge im Institut darauf, dem Sektionsleiter der Unterrichtsmittel-sektion die Sekretärin abspenstig zu machen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Aktennotiz zu einem Telefongespräch mit E. Topp um 16.56 Uhr am 25.10.1967.) An anderer Stelle weigerte sich ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, der das DPZI verlassen sollte, seinen Arbeitsplatz zu räumen und verblieb „weiterhin in der Abteilung ohne Aufgabengebiet“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben der Abteilung Lehrmittel an den Sektionsleiter der Sektion III. 31.8.1965. Siehe auch: Vgl. Ebenda. – Schreiben des Sektionsleiters der Sektion III an Abteilung Lehrmittel. 6.9.1965.)

²⁷⁷⁶ Anm.: Hier der für die Sekretariatsarbeiten zuständige Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe für die Erforschung der Ursachen des Zurückbleibens. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3432. – Hausmitteilung des Büros der Direktion vom 10.10.1967.)

²⁷⁷⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898c. – Sektion I. Protokoll der Sektionsleitungssitzung am 27.6.1966.

²⁷⁷⁸ Vgl. Ebenda.

Dissertation unter Betreuung und Doktorvater des 1958 abgesetzten DPZI-Direktors Dorst²⁷⁷⁹ nicht „in die Wüste“ gehe.²⁷⁸⁰ Auch die Antwort ließ an Vorsicht nichts vermissen: es gäbe „viele Wenn und Aber“.²⁷⁸¹ Am besten sei es jedoch, dies bei Gelegenheit persönlich zu besprechen.²⁷⁸²

2.7.2 Die Vorbereitungen und Durchführung der APW-Gründung (1968 bis 1970)

2.7.2.1 Gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und wissenschaftspolitische Entwicklungen

Seit Ende 1966 wiesen in der Bundesrepublik mit der großen Koalition zwischen SPD und CDU die Zeichen auf eine „flexible Deutschlandpolitik“.²⁷⁸³ Damit geriet die SED-Regierung, die sich in den vergangenen Jahren angesichts der bis dahin „starren Politik gegen die DDR“ als Vertreterin einer Entspannungspolitik präsentieren konnte, in die Defensive. Sie kritisierte daher die SPD in Westdeutschland immer heftiger. Die Gräben hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen, und kulturellen Verhältnisse zwischen der BRD und der mittlerweile noch fester an die UdSSR gebundenen DDR schienen unüberbrückbar. So scheiterte auch der geplante Redneraustausch von SPD und SED im Jahr 1966 an den grundverschiedenen Ansichten beider Parteien zu den Prinzipien der Demokratie.²⁷⁸⁴

2.7.2.1.1 Gesellschaftspolitische Verhältnisse

Seit 1967 schuf die DDR zudem neue staatsrechtliche Tatsachen. Mit dem im Januar 1967 angekündigten, ein Jahr darauf verabschiedeten Strafgesetzbuch beendete die SED-Regierung die teilweise noch existierende deutsche Rechtseinheit und erweiterte bzw. verschärfte das politische Strafrecht.²⁷⁸⁵ Hinzu kam ebenfalls 1968 die neue Verfassung, welche die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten weiter einschränkte.²⁷⁸⁶ Sie definierte im ersten Artikel die DDR als „politische Organisation der Werktätigen“, die „unter

²⁷⁷⁹ Anm.: Im Rahmen der Personalsäuberungen von 1958 im DPZI wurde Dorst abgesetzt. (Vgl. Punkt 2.4.3.1.) Anschließend war er als Dozent, 1961 als Professor der Universität Jena, Sektionsdirektor und Prorektor tätig. (Vgl. Geißler: Kurzbiographien. S. 305.) Außerdem gehörte er der Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates im Ministerium für Volksbildung an, wurde von Hofmann (Sektionsleiter) sogar in die „engere Leitung“ einbezogen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben an den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates vom 4.5.1966.) Dort traf er auf Walter Wolf – Widersacher von Ahrbeck und H. H. Becker, der sich 1957 im Wissenschaftlichen Rat des DPZI bildungspolitisch rigoros gegen deren Idee einer Oberschulbildung ab dem 7. Schuljahr einsetzte. (Vgl. Ebenda. und Vgl. Punkt 2.4.1.5.)

²⁷⁸⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – Schreiben aus der Universität Jena an Hofmann vom 12.9.1961.

²⁷⁸¹ Vgl. Ebenda. – Schreiben Hofmann an die Universität Jena vom 25.9.1961.

²⁷⁸² Vgl. Ebenda.

²⁷⁸³ Hier und im Folgenden: Weber: Die DDR 1945-1990. S. 70.

²⁷⁸⁴ Anm.: Die SPD warf der SED nach deren „Offenem Brief“ an den Dortmunder Parteitag der SPD vor, die „freiheitliche Grundordnung durch eine monopolistische Parteiherrschaft“ ersetzen zu wollen. Dennoch wurden gemeinsame Veranstaltungen in Hannover und Karl-Marx-Stadt geplant. Nach wiederholten Angriffen auf die SPD nahm die SED schließlich ein vom Bundestag erlassenes Gesetz über „freies Geleit“ für die Redner zum Anlass, den Austausch abzusagen. Tatsächlich habe sie jedoch die Konsequenzen einer öffentlichen Debatte mit Repräsentanten des demokratischen Sozialismus innerhalb der DDR befürchtet. (Vgl. Ebenda. S. 69/70.)

²⁷⁸⁵ Vgl. Ebenda. S. 72.

²⁷⁸⁶ Vgl. Sywottek: Gewalt – Reform – Arrangement. S. 66.

Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“ sollte.²⁷⁸⁷ Die demokratischen Entwicklungen in der ČSSR vom Frühjahr 1968 unter der Dubček-Führung²⁷⁸⁸ attackierte die ostdeutsche Regierung scharf. Diese würden die „Preisgabe der Positionen des Sozialismus zugunsten der Konterrevolution“ bedeuten.²⁷⁸⁹ In der Begründung für die eigene Beteiligung an der Invasion der ČSSR im August 1968 machte die DDR-Regierung dann auch die angebliche „Wühlarbeit der konterrevolutionären Elemente“ für die dortige angebliche „akute politische Krise“ verantwortlich. Auf diese Weise versuchte sie, die so genannte „militärische Hilfe“ für das „tschechoslowakische Brudervolk“ zu rechtfertigen, um die die sozialistischen Staaten von „Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ vorgeblich gebeten worden seien.²⁷⁹⁰ In der DDR schlugen sich die Ereignisse in Prag in einer Verschärfung des bereits mit dem 11. Plenum 1965 eingeleiteten Anti-Reform-Kurses nieder. Die Hardliner der SED-Führung gingen gestärkt aus dem gescheiterten tschechoslowakischen Reformversuchen hervor und stürzten in letzter Konsequenz Ulbricht (1971), dem E. Honecker später unterstellte, er habe den sowjetischen Sozialismus lediglich als Grundmodell betrachtet und ein „eigenes System basteln wollen“.²⁷⁹¹ In diesem Sinne hätte Ulbricht die Ansichten Dubčeks unterstützt und ihm progressive Reformkräfte für die Verjüngung der Parteispitze empfohlen.²⁷⁹²

2.7.2.1.2 Wirtschafts- und wissenschaftspolitische Verhältnisse

Die Differenzen zwischen den Staatssystemen von West- und Ostdeutschland vertieften sich über die gesetzlichen Neuerungen in der DDR hinaus auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Der VII. Parteitag der SED im April 1967 gab diesbezüglich das Startsignal für die Weiterentwicklung der 1965 begonnenen „zweiten Phase“ des NÖSPL zum Ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS), welches Ulbricht zum „Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ deklariert hatte.²⁷⁹³ Die einsetzenden Reorganisationsmaßnahmen zielten unmittelbar auf eine stärkere zentralistische und planwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft.²⁷⁹⁴ Diese sollte über effektivere, auf exakten Prognosen basierende ökonomische Strukturen im Rahmen des ökonomischen Systems des Sozialismus angekurbelt werden.²⁷⁹⁵ Prognostische Analysen sollten die zukunftssträchtigen Branchen und Erzeugnisgruppen

²⁷⁸⁷ Vgl. Aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. 6.4.1968. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. 1968. Teil II. S. 337ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 169.] DDR. Dokumente. S. 299-303. S. 299.

²⁷⁸⁸ Anm.: Der neue Prager Kurs beabsichtigte eine kommunistische Führung, welche sich „auf die Mehrheit des Volkes stützen konnte, weil sie sich mit dem Verlangen der Bevölkerung nach Freiheit identifizierte“. (Weber: Die DDR 1945-1990. S. 74.)

²⁷⁸⁹ Neues Deutschland. Nr. 203 vom 24.7.1968. Zitiert nach: Vgl. Ebenda.

²⁷⁹⁰ Vgl. An alle Bürgerinnen und Bürger der DDR. In: Neues Deutschland. 23. Jahrgang. Nr. 231 vom 21.8.1968. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 170.] DDR. Dokumente. S. 303/304.

²⁷⁹¹ Vgl. Koziolk: Das Scheitern eines Reformversuchs. S. 65/66.

²⁷⁹² Vgl. Ebenda. S. 66.

²⁷⁹³ Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967. In: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, 17.-22.4.1967. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin. 1967. S. 25-287. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 178-189. S. 178.

²⁷⁹⁴ Vgl. Jessen/John: Wissenschaft und Universitäten. S. 16.

²⁷⁹⁵ Anm.: Weiterhin schloss laut Ulbricht das ÖSS den „wissenschaftlich-technischen Höchststand der entscheidenden Erzeugnisse, der Technologie und der Organisation der Produktion“ mit ein; außerdem ein „modernes Planungs- und Leitungssystem“. (Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967. In: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, 17.-22.4.1967. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin. 1967. S. 25-287. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 178-189. S. 178.)

bestimmen helfen, in denen Produktion und Investitionen zu steuern waren.²⁷⁹⁶ In den ermittelten Branchen entstanden Kombinate und Großforschungszentren, in denen mit gebündelten Kapazitäten die ausgewählten Innovationsprozesse gefördert wurden.²⁷⁹⁷ In den 1960ern Jahren konzipierte die DDR den Aufbau 16 solcher Großforschungszentren, die auch für die jeweilige Grundlagenforschung verantwortlich zeichneten.²⁷⁹⁸ Nachdem im Zuge der III. Hochschulreform 1967/68 die Universitäten auf die Wirtschaft ausgerichtet worden waren,²⁷⁹⁹ bewirkte diese außeruniversitäre Großorganisation von Forschung im Rahmen der Akademiereform 1968-70²⁸⁰⁰ nun auch die Einbindung von Wissenschaft in den „Systemmechanismus von Plan, Vertrag, Preis, Finanzen, Fonds und Rechnungslegung“²⁸⁰¹. Forschungsfinanzierung erfolgte meist nur noch über externe gesellschaftliche Auftraggeber, wie z.B. die Ministerien, die Industrie oder das Politbüro.²⁸⁰² Angestrebt war „problemorientierte Großforschung“ in den Natur- und Technikwissenschaften, Medizin, Mathematik und Sozialwissenschaften.²⁸⁰³ Damit sollte der auf dem VII. Parteitag anvisierte „wissenschaftlich-technische Höchststand“ von Erzeugnissen, Technologie und Produktionsorganisation gewährleistet werden.²⁸⁰⁴ Einen wesentlichen Bestandteil im Prozess solcher „qualitativer Veränderungen der Produktivkräfte“ des ÖSS stellte das Bildungswesen dar.²⁸⁰⁵ Die Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems zählte Ulbricht zum zentralen Inhalt des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ – neben sozialistischer Demokratie, der „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“, der Durchsetzung der sozialistischen Ideologie und fortschrittlich geleiteter Landesverteidigung.²⁸⁰⁶

2.7.2.2 Forschungsleitung und Schulpraxis – Schwerpunkte der Institutsarbeit

Der mit den Auseinandersetzungen zwischen SPD (BRD) und der SED (DDR) im Vorfeld des VII. Parteitages der SED zunehmend rauer gewordene politische Tonfall schlug sich nicht nur in

²⁷⁹⁶ Vgl. Steiner: „Hauptaufgabe“. S. 232.

²⁷⁹⁷ Vgl. Ebenda. S. 233. Steiner bezieht sich auf: ders.: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin. 1999. S. 461-489.

²⁷⁹⁸ Vgl. Fraunholz/Schramm: Hochschulen als Innovationsmotoren? S. 30.

²⁷⁹⁹ Vgl. Malycha: Wissenschaft und Politik. (Deutschland-Archiv) S. 656. Vgl. auch Punkt 2.7.1.1.

²⁸⁰⁰ Anm.: „Aus den 90 vor der Reform vorhandenen Forschungseinrichtungen entstanden nun 27 sehr große Zentralinstitute und Zentren sowie 16 große und mittlere Institute und Arbeitsstellen.“ (Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990: Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Reformzeiten und Wissenschaft. Hrsg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Reihe B/Bd. 2. Akademische Verlagsanstalt: 2005. S. 181-205. S. 193. Malycha bezieht sich dabei auf: Nötzold, Peter: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946-1972. In: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990. Hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 9. Akademie-Verlag: 2002. S. 76.)

²⁸⁰¹ Vgl. Fraunholz/Schramm: Hochschulen als Innovationsmotoren? S. 30. Fraunholz/Schramm beziehen sich auf: SAPMO BArch, DY 30/IV A2/2.021/227, 76-86.

²⁸⁰² Vgl. Malycha: Wissenschaft und Politik. (Deutschland-Archiv) S. 655.

²⁸⁰³ Vgl. Ebenda.

²⁸⁰⁴ Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967. In: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, 17.-22.4.1967. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin. 1967. S. 25-287. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 178-189. S. 178.

²⁸⁰⁵ Anm.: Außerdem: die „Gestaltung und Organisation der materiellen Arbeitsprozesse“, „Resultate der Produktion“, „geistig-kulturelle Lebensbedingungen der Menschen“. (Vgl. Ebenda. S. 179.)

²⁸⁰⁶ Vgl. Ebenda.

der schulpolitischen Vorbereitung des Parteitages durch das DPZI nieder²⁸⁰⁷. In diesem Sinne begann mit der gewachsenen Bedeutung der Landesverteidigung für das gesellschaftliche System des Sozialismus²⁸⁰⁸ bzw. mit der „Sicherheits-Doktrin der SED-Führung“²⁸⁰⁹ auch die Realisierung des Anspruchs aus dem Bildungsgesetz von 1965, Erziehung für die Landesverteidigung zu instrumentalisieren²⁸¹⁰. So wurde in der Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates des MfV eine Arbeitsgruppe für Wehrerziehung zur Entwicklung der Verteidigungsbereitschaft und vormilitärischen Wissens und Könnens der Schüler gegründet.²⁸¹¹ 1973 zunächst als fakultative „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ für die neunten und zehnten Klassen der polytechnischen Oberschule (POS) eingeführt, gelangte die Wehrerziehung ab dem Schuljahr 1978/79 schließlich als obligatorisches Fach an die POS²⁸¹². Offenbar mit den Ergebnissen der bereits seit 1950 erfolgten sukzessiven Durchdringung der Lehrpläne mit wehrpolitischen und ideologischen Inhalten unzufrieden,²⁸¹³ forderte die SED-Spitze 1968, die Wehrerziehung „organisch in die gesamten [sic] Bildungs- und Erziehungspraxis einzubeziehen“²⁸¹⁴. Daher erfasste das neue, ab 1968 schrittweise einzuführende Lehrplanwerk²⁸¹⁵ den Wehrgedanken zunächst in den herauszubildenden Grundüberzeugungen²⁸¹⁶ der Schüler bis zur Einrichtung der ersten Arbeitsgemeinschaften für

²⁸⁰⁷ Anm.: Zu beachten galt es hierbei für das DPZI: die „offene Agitation gegen antikommunistische Propaganda und Übertreibungen der Kritik am Personenkult“ sowie das „Auftreten gegen bestimmte revisionistische Tendenzen, insbesondere im Bereich Kulturpolitik“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3445. – DPZI/Direktion. Protokoll der Dienstbesprechung der Direktion vom 28.11.1966.)

²⁸⁰⁸ Vgl. Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED am 17.4.1967. In: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, 17.-22.4.1967. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin. 1967. S. 25-287. Abgedruckt in: Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. S. 178-189. S. 179.

²⁸⁰⁹ Vgl. Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Wehrfähig und allseitig. Zu einigen Aspekten der schulischen Wehrerziehung in der DDR. In: Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext. Hrsg. von Sonja Häder und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1997. S. 99-118. S. 99.

²⁸¹⁰ Anm.: Unter § 5 der „Grundsätze und Ziele des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und gesellschaftliche Erziehungsfaktoren“ legte das Bildungsgesetz fest: „Die Schüler, Lehrlinge und Studenten sind zur Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik und zum Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus zu erziehen, um bereit zu sein, alle Kräfte der Gesellschaft zu Verfügung zu stellen, den sozialistischen Staat zu stärken und zu verteidigen.“ (Aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Hrsg. von der Kanzlei des Staatrates der DDR. Berlin. Staatsverlag der DDR: 1965. S. 83-92. [gekürzt] Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 530-537. S. 535.)

²⁸¹¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Protokoll über die Beratung der Leitung der Sektion Erziehung des Wissenschaftlichen Rates am 15.12.1967. Mit Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften wurde an deren Arbeitsstelle Körpererziehung eine Arbeitsgruppe für Wehrerziehung eingerichtet, die 1975 eine ansehnliche Konzeption für die Tätigkeit des Arbeitsbereiches „Wehrunterricht/Wehrerziehung“ vorlegte. (Vgl. Geißler/Wiegmann: Wehrfähig und allseitig. S. 115.)

²⁸¹² Vgl. Ebenda. S. 99.

²⁸¹³ Vgl. Ebenda. S. 106ff.

²⁸¹⁴ Vgl. Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 19.6.1968. Zitiert nach: Vgl. Ebenda. S. 109.

²⁸¹⁵ Anm.: Zuerst sollten neue Lehrpläne in der Unterstufe eingeführt werden, ab 1968. Die Lehrpläne der oberen Klassen sollten vorerst Präzisierungen erfahren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3846. – Vorlage zur Direktionsberatung am 23.12.1966: Arbeitsplan des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts für das Jahr 1967.)

²⁸¹⁶ Anm.: Die „Überzeugung von der historischen Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und der Verantwortung der Jugend bei ... der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft“. Die „weltanschaulich-philosophischen, politischen und

Wehrausbildung im Jahr 1973. Die in den „ideologischen Grundüberzeugungen konzentrierte Zielstellung“ bildete wiederum nicht nur die Grundlage für das neue Lehrplanwerk, sondern auch für die weitere Arbeit an der „staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend“.²⁸¹⁷ Diese Entwicklungen veranlassten Neuner dazu, von einem tief greifenden „Umgestaltungsprozess von Bildung und Erziehung“ zu sprechen, der sich bis Ende der 1970er Jahre hinziehen und in dessen Mittelpunkt die Unterrichtsgestaltung stehen würde.²⁸¹⁸ Damit widmete sich weiterhin ein Großteil der institutionellen Aufgaben den Lehrplanarbeiten. So kreisten die empirischen Forschungen des DPZI einem Bericht aus dem Jahr 1969 zufolge vorwiegend um die neuen Lehrpläne, d.h. entweder um deren „unmittelbare Vorbereitung oder Erprobung“ oder um diesbezügliche „didaktische, methodische, erziehungstheoretische und psychologische Fragen“.²⁸¹⁹ Die Hälfte der gesamten dort aufgeführten Angelegenheiten drehte sich um die Schulpraxis.²⁸²⁰ Termine für Arbeiten am Lehrplan der Klassen 9 und 10, für den Sportunterricht der Klassen 11 und 12 wurden eingehalten, sowie die Lehrpläne für den Fremdsprachenunterricht in Polnisch und Tschechisch der Klassen 10 und 11, Englisch Klasse 7 und 8, Spanisch Klasse 11 fertiggestellt.²⁸²¹ Überdies verfasste das Institut planmäßig methodische Handbücher für Klassen- und Pionierleiter sowie für den Bereich Kindergarten.²⁸²² Weitere Schwerpunkte der Institutsarbeit waren durch die bevorstehende Akademiegründung bestimmt. Sie betrafen vor allem den Bereich der pädagogischen Forschungsleitung und Perspektivplanung. Auf erziehungstheoretischem Gebiet sollten 1968 Prognosen für das neue Perspektivprogramm der pädagogischen Forschung unter Verantwortung der Leitung der *Sektion Erziehung im Wissenschaftlichen Rat* des MfV erarbeitet werden.²⁸²³ Vorschläge für die Planung und Koordinierung der erziehungstheoretischen Forschung mit den Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften des Wissenschaftlichen Rates oblagen der *Sektion Erziehung des DPZI*. Beide Sektionen unterstanden Hofmann, der damit sowohl das Perspektivprogramm der Erziehungstheorie als auch deren Forschungs koordinierung gestalten konnte.²⁸²⁴

moralischen Grundüberzeugungen“ sollten die „ideologische Position des jungen Sozialisten“ fundieren, galten als „Schlüsselfunktion“ für das Verhalten und Bewusstsein „des jungen Sozialisten“. (Drefenstedt, Edgar/Neuner, Gerhart: Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung. 2. Auflage. Berlin [Ost]. Verlag Volk und Wissen: 1969. S. 47.)

²⁸¹⁷ Vgl. Drefenstedt/Neuner: Lehrplanwerk. S. 46.

²⁸¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – G. Neuner. Eröffnungsvortrag zur Berliner Hochschulwoche. 8.7.1969.

²⁸¹⁹ Vgl. Ebenda. – Bericht zur Bilanzierung der forschungsmethodischen Erfahrungen und der empirischen Untersuchungen im DPZI. Ohne Datum [Mai 1969]. Die Qualität der Forschungsarbeit wurde als verbesserungswürdig eingeschätzt – vor allem hinsichtlich ihrer Präzision. Exakte Messinstrumente und Maßstäbe („möglichst Ordinalskalen“) müssten geschaffen, mathematische und statistische Verfahren angewendet werden. Angedacht war auch die „Heranbildung von Spezialisten für empirische Forschungsarbeit“, wie z.B. Problemanalytiker, Statistiker, Forschungsorganisatoren, Forschungsprogrammierer und ähnliche Spezialisten. (Vgl. Ebenda.)

²⁸²⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Analyse über die Planerfüllung 1969 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts per 30.6.1969.

²⁸²¹ Vgl. Ebenda. Die Lehrplanarbeiten für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer der zehnten Klasse, Staatsbürgerkunde für die Klassen 11 und 12 sowie Musik, Zeichnen und Schulgarten der vierten Klassen sollten im zweiten Halbjahr 1969 fortgesetzt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im IV. Quartal 1969. 15.10.1969.)

²⁸²² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Analyse über die Planerfüllung 1969 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts per 30.6.1969.

²⁸²³ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3893f. – Abteilung Wissenschaft/MfV. Entwurf: Jahresplan der pädagogischen Forschung 1968. 21.12.1967.

²⁸²⁴ Vgl. Ebenda. Zu Hofmann siehe auch: Punkt 2.7.1.2.2 und 2.7.1.3.2.

Im Zusammenhang mit der Regelung der Koordinierungsvereinbarungen mit dem Wissenschaftlichen Rat sollte eine „einheitliche Position zur Grundstruktur der Akademie“ festgelegt und die „schrittweise Übernahme weiterer Aufgaben zur Führung der pädagogischen Forschung in der DDR“ gesichert werden.²⁸²⁵ Die Direktion des DPZI beabsichtigte, *Einfluss* auf die „Profilierung der wissenschaftlichen Einrichtungen“ auszuüben.²⁸²⁶ Das betraf auch die Universitäten, Hochschulen und Pädagogische Institute.²⁸²⁷

Dass es bei der Profilierung um die nachhaltige Einbindung der Pädagogik in „ökonomische Prinzipien und Methoden“ der „auftragsgebundenen Forschung“ und „auftragsbezogenen Finanzierung“ im Sinne von „sozialistischer Großforschung“ ging, daran ließ die Parteileitung des DPZI keinen Zweifel.²⁸²⁸ Das DPZI bekam dabei erneut die Rolle als „Leitinstitut für die Koordinierung und Zusammenfassung aller wissenschaftlich-pädagogischen Kräfte der DDR“ zugewiesen.

Unzufrieden zeigte sich die Parteileitung im DPZI jedoch wegen der angeblich mangelnden Systematik in der „Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie“. Zuviel Spontaneität herrsche in diesem Punkt unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern des DPZI. Gegen die etwaige Entschuldigung, dass eine zunehmende Arbeitsbelastung zur Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner geführt habe, verwies die zentrale Parteileitung auf das geltende parteiliche Wissenschaftsverständnis im Institut, nach dem die „Trennung von fachlicher und ideologischer Arbeit“ nicht geduldet werden dürfe.²⁸²⁹

In der Folge widmete sich das DPZI noch intensiver ideologisch-theoretischen Fragen – vor allem im Zusammenhang mit der bevorstehenden „Schrittmacherkonferenz des Volksbildungswesens“.²⁸³⁰²⁸³¹ Dienen sollte diese eigenen Angaben nach unter der Maxime des

²⁸²⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im IV. Quartal 1969. 15.10.1969.

²⁸²⁶ Vgl. Ebenda. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im I. Quartal 1969. 30.12.1968.

²⁸²⁷ Anm.: Die Umprofilierung, auch so genannte „Institutionalisierung der pädagogischen Forschung“, sollte in sieben Schritten ablaufen: 1. der Entwurf hierzu müsse um einige Bereiche der pädagogischen Forschung erweitert werden (Didaktik, Pädagogische Psychologie, Methodik der Unterrichtsfächer, polytechnischer Unterricht, Unterrichtsmittel, Erziehung, Forschungsmethodik); 2. die Abteilung Wissenschaft des MfV erstellt eine Bilanz über die vermuteten Kapazitäten für pädagogische Forschung in den im Entwurf genannten Einrichtungen; 3. danach seien von Vertretern des MfV/Abteilung Wissenschaft und dem DPZI Aussprachen zum Plan für die „Institutionalisierung der pädagogischen Forschung“ in den Universitäten, Hochschulen und Pädagogischen Instituten durchzuführen und mit den Verantwortlichen die Forschungsschwerpunkte zu beraten und Vorverträge abzuschließen; 4. mit Unterstützung der Vertragspartner im DPZI wären dann Forschungsprojekte zu konzipieren; 5. ab Mitte Juni würden den Einrichtungen daraufhin die „endgültigen Planvorgaben“ übergeben; 6. im Herbst könnten die Verteidigungen der Forschungskonzeptionen stattfinden – als Basis für die Vertragsabschlüsse ab 1.1.1970; 7. würde sich dieses Vorgehen „in den Planungsrhythmus [sic!] des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen einordnen“. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – DPZI. Protokoll der Beratung der Perspektivplangruppe am 27.3.1969.)

²⁸²⁸ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf Rechenschaftsbericht der Zentralen Parteileitung zur Delegiertenkonferenz am 15.4.1969.

²⁸²⁹ Vgl. Ebenda.

²⁸³⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – Konzeption zur Vorbereitung der Schrittmacherkonferenz. 19.5.1969.

²⁸³¹ Anm.: „Weiterführung der offensiven ideologisch-theoretischen Auseinandersetzung auf schulpolitischem und wissenschaftlich-pädagogischem Gebiet zur Vorbereitung der Schrittmacherkonferenz und des Pädagogischen Kongresses.“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im IV.

20. Jahrestages der DDR stehende Konferenz vom November 1969 der inhaltlichen Vorbereitung des VII. Pädagogischen Kongresses.²⁸³² Im Grunde hatte sie aber lediglich die Aufgabe, eine ideologische Offensive unter Lehrern, Lehrerstudenten, Wissenschaftlern und Vertretern zentraler Institutionen²⁸³³ zu starten und sie noch vor dem VII. Pädagogischen Kongress auf die neue wissenschaftspolitische Linie einzustimmen.

Schon in den Vorbereitungen auf die Konferenz waren ideologische Verfehlungen in der pädagogischen Wissenschaft von der Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie des DPZI angegriffen worden; z.B. die vermeintliche Tendenz von Universitäten und ungenannten anderen Einrichtungen, „amerikanische (und z.T. westdeutsche) lernpsychologische Theorien unkritisch und eklektizistisch zu übernehmen“.²⁸³⁴ Außerdem hatte die Arbeitsgruppe die von ihr wahrgenommene mangelnde Anwendung von sowjetischer Psychologie und des Marxismus-Leninismus sowie die angeblich ungenügende Konzentration pädagogisch-psychologischer Arbeiten auf die „Realisierung der schulpolitischen Hauptaufgaben“ scharf kritisiert. Dieser Vorwurf war insbesondere gegen die Humboldt-Universität gerichtet.²⁸³⁵

Mit der Indienststellung der pädagogischen Psychologie für die Lösung schulpolitisch vorgegebener Aufgaben²⁸³⁶ hatte sich die Arbeitsgruppe bereits im Vorfeld der Schrittmacherkonferenz in die künftige Orientierung der pädagogischen Forschung auf „wesentlich schulpolitisch und praktisch“ statt thematisch ausgerichtete Projekte eingefügt.²⁸³⁷

Diese neue wissenschaftspolitische Linie forderte Neuner mit Verweis auf den Entwurf des Perspektivplans für die pädagogische Forschung für 1971 bis 1975 auf der Konferenz öffentlich ein.²⁸³⁸ Kompromisslos sollte sich dabei die pädagogische Forschung den „Hauptaufgaben und Hauptprojekte(n) des Perspektivplans“ beugen und nicht „alte, lieb gewordene Themen“ lediglich unter einem „neuen Dach“ vereinen.²⁸³⁹

Der VII. Pädagogische Kongress forcierte abschließend das Prinzip der komplexen Großforschung für „hohe Effektivität der geistig-schöpferischen Arbeit“²⁸⁴⁰ sowie die Ausrichtung des Bildungswesens auf sozialistisch-volkswirtschaftliche Grundsätze.²⁸⁴¹ Die

Quartal 1969. 15.10.1969. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Analyse über die Planerfüllung 1969 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts per 30.6.1969.)

²⁸³² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – Konzeption zur Vorbereitung der Schrittmacherkonferenz. 19.5.1969.

²⁸³³ Anm.: Unter den Teilnehmern sollten sich 100 „Schrittmacher aus den Schulen“, 50 Wissenschaftler und Lehrerstudenten sowie 50 „Vertreter zentraler Institutionen“ befinden. (Vgl. Ebenda.)

²⁸³⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4213. – Stellungnahme der Arbeitsgruppe Pädagogische Psychologie zur Vorbereitung der Schrittmacherkonferenz. 30.10.1969.

²⁸³⁵ Anm.: Deren Sektion Psychologie sah sich in diesem Zusammenhang besonders dem Vorwurf der „selbständige(n) Betrachtungsweise“ (!) ausgesetzt. Dort würde an „einem erziehungspsychologischem Modell gearbeitet (unter entscheidungstheoretischen Aspekten), das faktisch keinerlei Bezug zu den konkreten Zielen und Aufgaben der sozialistischen Erziehung in der DDR“ enthielte. Kritisch erwähnt wurde der Bereich Pädagogische Psychologie der Humboldt-Universität überdies auch bezüglich der mangelnden Ausschöpfung der Auswertung von sowjetischer Psychologie. (Vgl. Ebenda.)

²⁸³⁶ Vgl. Ebenda.

²⁸³⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – G. Neuner: Abschließender Diskussionsbeitrag auf der Schrittmacherkonferenz in Magdeburg. 16.11.1969.

²⁸³⁸ Vgl. Ebenda.

²⁸³⁹ Vgl. Ebenda.

²⁸⁴⁰ Auszüge aus dem Referat von Margot Honecker. VII. Pädagogischer Kongress der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. bis 7. Mai 1970. Protokoll. Staatsverlag der Deutschen Demokratische Republik. Berlin. 1971. S. 36ff. Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der Erziehung. S. 537-551. S. 539/540.

²⁸⁴¹ Anm.: „Die hohen Ziele, die wir uns mit dem Perspektivplan zur weiteren politischen und ökonomischen Stärkung der DDR stellten, erfordern die Konzentration aller Kräfte und Mittel auf die Struktur

damit einhergehende wachsende Bedeutung des Bildungssystems nahm M. Honecker zum Anlass, den Ausbau der „wissenschaftliche(n) Führungstätigkeit“ zu fordern.²⁸⁴² Der baldigen Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften schien damit nichts mehr im Weg zu stehen.

2.7.2.3 Vorbereitungen auf die Akademiegründung – Personal- und Strukturentwicklung in den letzten zweieinhalb Jahren des DPZI

Innerhalb des DPZI begannen die Planungen für die Akademiegründung Ende 1968²⁸⁴³; erste strukturelle Arrangements wurden im Frühjahr 1970 eingeleitet²⁸⁴⁴. Bis dahin kam es nur zu wenig auffälligen Strukturmaßnahmen, insbesondere zwischen den Sektionen I und II sowie III und V. So wechselte die in den vergangenen Jahren in der Sektion Allgemeinbildung (II) beheimatete Abteilung Vorschulerziehung wieder in die Sektion Erziehung (I),²⁸⁴⁵ in der sie bis 1963 zu Hause war. Das vormals unter Kontrolle des MfV für die Sektion I geplante Fachgebiet für die Planung und Leitung des Erziehungsprozesses,²⁸⁴⁶ dessen Status als „Ein-Mann-Fachgebiet“ institutsintern in Frage stand²⁸⁴⁷, ließ die Sektion Erziehung fallen; richtete aber hierfür eine wissenschaftliche Planstelle unter direkter Unterstellung unter die Sektionsleitung ein²⁸⁴⁸. Unter der Maßgabe, dass die ehemalige Abteilung für Kinder- und Jugendorganisation in eine Arbeitsgruppe umgewandelt wurde, wies die *Sektion I* die gleiche Anzahl von Abteilungen wie 1967 auf²⁸⁴⁹; während sich die der *Sektion II* für Allgemeinbildung durch die Ausgliederung der Vorschulerziehung und innere Profilierungen um zwei verringerte²⁸⁵⁰. Der Bereich Kinder-

bestimmenden Zweige unserer Volkswirtschaft. ... Auch für die Volksbildung gilt der Grundsatz, die Mittel auf die entscheidenden Aufgaben zu konzentrieren.“ (Vgl. Ebenda. S. 548.)

²⁸⁴² Vgl. Ebenda. S. 549.

²⁸⁴³ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im I. Quartal 1969. 30.12.1968. Günther gibt an, im Oktober 1968 „genauer“ von der geplanten Begründung einer Akademie der Pädagogischen Wissenschaften gehört zu haben. (Vgl. Günther: Rückblick. S. 479.)

²⁸⁴⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁸⁴⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.

²⁸⁴⁶ Anm.: Ende 1966 sollten diesbezüglich die vom DPZI erarbeiteten Konzeptionen für die Aufgaben dieses Fachgebietes vom Ministerium geprüft und ggf. in Gesprächen korrigiert werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3895. – Schreiben Hofmanns an den Staatssekretär des MfV vom 6.10.1966.)

²⁸⁴⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3898a. – Überlegungen zur Struktur der Sektion I. Ohne Datum [Mai 1967].

²⁸⁴⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.

²⁸⁴⁹ Anm.: Hinzugekommen war die Abteilung Vorschulerziehung. Daneben bestanden weiterhin die Abteilungen: Methodik und Organisation der Erziehung; Soziologie des Bildungswesens; Pädagogische Psychologie; Theorie der Erziehung; Westdeutsche Pädagogik (unter direkter Unterstellung unter den Direktor); sowie die Arbeitsgruppe Jugend- und Kinderorganisation in der Schule. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Abteilung Ökonomie. Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des Haushaltplanes des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 1.5.1968. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

²⁸⁵⁰ Anm.: Die Vorjahresabteilungen: *Theorie des Unterrichts* (Arbeitsgruppen: Lehrplantheorie; Didaktik; Stufen); *Programmierter Unterricht*; *Mathematik und Naturwissenschaften* (Fachgebiete: Mathematik, Geografie, Physik, Chemie, Biologie); *Fremdsprachen* (Fachgebiete: Russisch; Westliche Fremdsprachen; und Programmierung;). Zur Abteilung *Gesellschaftswissenschaften* zählten nun auch die ehemals in einer eigenen Abteilung untergebrachten Fachgebiete für Deutsche Sprache und Literatur; Musik; Kunsterziehung; sowie das früher selbständige Fachgebiet

und Jugendorganisation sollte 1969 innerhalb der *Sektion I* zwar wieder zur Abteilung ausgebaut werden, konnte sich in dieser Form bis 1970 jedoch nicht durchsetzen.²⁸⁵¹ Bis auf die Umbenennung der Abteilung Methodik und Organisation der Erziehung in Außerschulische Erziehung blieb die Struktur der Sektion bis zum Jahresbeginn 1970 erhalten.²⁸⁵² Ebenso wies der Aufbau der *Sektion II* für Allgemeinbildung in den Jahren 1968 bis 1970 keine Veränderungen mehr auf – lediglich das Gebiet Verkehrserziehung erfuhr mehr Aufmerksamkeit.²⁸⁵³

Die *Sektion III* für Polytechnische Bildung und Erziehung, die sich erst zu Jahresbeginn gemäß der „im Jahre 1968 zu lösenden Arbeitsplanaufgaben“²⁸⁵⁴ neu profiliert hatte,²⁸⁵⁵ gab ab

Körpererziehung; neben den üblichen Fachgebieten Geschichte und Staatsbürgerkunde. Als selbständiges Fachgebiet blieb der Bereich *Sonderschulpädagogik* erhalten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Abteilung Ökonomie. Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des Haushaltplanes des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 1.5.1968.; Vgl. auch: BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.; und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.)

²⁸⁵¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969. Im Plan von 1969 war dieses Gebiet zunächst als eine der Arbeitsgruppen der neuen Abteilung Außerschulische Erziehung vorgesehen, handschriftlich aber als Abteilung deklariert worden. 1970 schließlich wurde der Bereich der Kinder- und Jugendorganisation wieder als Arbeitsgruppe in Unterstellung unter die Sektionsleitung geführt.

²⁸⁵² Anm.: Neben der *Abteilung Außerschulische Erziehung* mit den Arbeitsgruppen „Schule als Zentrum der Erziehung“ und „Tageserziehung“ und der geplanten *Abteilung für Kinder- und Jugendorganisation* gab es 1969 wie zuvor die Abteilungen: *Pädagogische Psychologie; Theorie der Erziehung; Soziologie des Bildungswesens; Vorschulerziehung*; sowie die dem Direktor unterstellte *Abteilung Westdeutsche Pädagogik*. 1970 war der Bereich Kinder- und Jugendorganisation wieder eine Arbeitsgruppe. Im Übrigen blieb die Struktur von 1969 auch bis Anfang 1970 bestehen. (Vgl. Ebenda.) Die Abteilung Westdeutsche Pädagogik nimmt dabei einen Sonderstatus ein. 1966 der Direktion angegliedert, aber dem Leiter der Sektion I in seiner gleichzeitigen Funktion als stellvertretendem Direktor unterstellt, wurde diese Abteilung 1967 zunächst wieder der Sektion I eingegliedert. Ab 1968 unterstand sie direkt dem Direktor, wurde in diesem Sinne in den Stellenplänen als zur Direktion gehörig angeführt. Haushaltsfragen der Abteilung oblagen 1968 jedoch offensichtlich sowohl der Direktion als auch der Sektion I, 1970 ausschließlich der Sektion I. (Vgl. Ebenda.; Vgl. Punkt 2.7.1.3.2.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Abteilung Ökonomie. Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des Haushaltplanes des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 1.5.1968.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.)

²⁸⁵³ Anm.: Im Jahr 1969 wurde ein wissenschaftlicher Mitarbeiter innerhalb der Sektionsleitung für den Bereich der Verkehrserziehung eingesetzt, der sich 1970 zum selbständigen Fachgebiet entwickelte. Im Übrigen finden sich dieselben Abteilungen und Fachgebiete wie 1968, wobei die Körpererziehung wieder als selbständiges Fachgebiet fungierte. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Abteilung Ökonomie. Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des Haushaltplanes des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 1.5.1968.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.)

²⁸⁵⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben des Direktors an den Leiter der Sektion III. Januar 1968.

²⁸⁵⁵ Anm.: Die *Abteilung Polytechnischer Unterricht* beinhaltete nun die Arbeitsgruppe Polytechnische Bildung in den Klassen 1 bis 6; außerdem die beiden Arbeitsgruppen Einführung in die sozialistische Produktion (ESP)/Technisches Zeichnen (TZ) Klasse 7 bis 10 und Produktive Arbeit der Schüler Klasse 7 bis 10, deren Aufgabenbereich im Vorjahr der Abteilung wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit zugehörte. Geleitet wurde sie von dem ehemaligen Mitglied der Arbeitsgruppe für Theorie der polytechnischen Bildung, Dr. Lange. Aus dieser Arbeitsgruppe ging 1968 die neue *Abteilung Theorie der polytechnischen Bildung* unter Leitung von Dr. Bennewitz (ehemals Leiter der

November 1968 ihren Bereich „Lehrmittel in der Berufsausbildung“ an die Unterrichtsmittelsektion ab²⁸⁵⁶. Danach fanden bis 1970 auch hier keine größeren Umgestaltungen mehr statt. Lediglich die Abteilung Außerunterrichtliche Tätigkeit wurde 1970 als Außenstelle eingerichtet²⁸⁵⁷ – unter Leitung des ehemaligen Sektionsleiters der sorbischen Sektion, Sauer.²⁸⁵⁸

Die *Sektion V* für Unterrichtsmittel hielt sich auf der strukturellen Ebene bis Herbst 1968 im Vergleich zum Vorjahr stabil.²⁸⁵⁹ Danach fanden jedoch auch dort Umprofilierungen statt, die wiederum personelle Veränderungen nach sich zogen²⁸⁶⁰ – allen voran einen neuen Sektionsleiter zum 1.9.1968: Dr. Horst Weiß, der den seit 1964 amtierenden Leiter E. Topp ablöste²⁸⁶¹. Damit kamen auch hier die strukturellen Bewegungen bis 1970 zur Ruhe.²⁸⁶²

Abteilung wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit) hervor. Außerdem konstituierte sich die Arbeitsgruppe für Differenzierung des Unterrichts. Die beiden Abteilungen *Allgemeinbildung in der Berufsbildung* und *Unterrichtsmittel* blieben bestehen; letztere bis November 1968. (Vgl. Punkt 2.7.1.3.2 und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben zur Profilierung der Sektion III. 1.3.1968. Vgl. auch: Ebd. – Schreiben der Sektion III. Vorschlag zum Stellenplan 1968. 28.2.1968.)

²⁸⁵⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4174. – Schreiben des Direktors an den Leiter von Sektion III. 5.10.1968.

²⁸⁵⁷ Anm.: So bestanden 1969 in der Sektion Polytechnische Bildung (III) die Abteilungen: Theorie der polytechnischen Bildung; Polytechnischer Unterricht; Allgemeinbildung in der Berufsbildung; die Arbeitsgruppe Differenzierung des Unterrichts sowie die Redaktion der Zeitschrift „Polytechnische Bildung und Erziehung“. Gleicher Aufbau gilt für Anfang 1970 plus der neuen Abteilung Außerunterrichtliche Tätigkeit. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.)

²⁸⁵⁸ Anm.: Sauer (siehe auch Punkt 2.5.5.) gab 1963 die Leitung der Sektion für Sorbische Schulen an Koreng ab. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3095. – Kaderleiter an Direktor. Einladung und Vorlage für die Tagung der zentralen Kaderkommission. 27.5.1963.)

²⁸⁵⁹ Anm.: Wie 1967 gab es die Abteilungen: Grundfragen der Unterrichtsmittel; Grundfragen der Unterrichtsmittel-Lehrerbildung; Herstellung und Versorgung; sowie das Fachgebiet Dokumentation und Information im Unterrichtsmittelbereich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Abteilung Ökonomie. Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des Haushaltplanes des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 1.5.1968.)

²⁸⁶⁰ Anm.: Es entstanden die beiden neuen Abteilungen *Allgemeinbildung* sowie *Polytechnische Bildung und Berufsbildung*; außerdem das *Fachgebiet Ökonomie*. Die Abteilungen *Herstellung und Versorgung*; sowie *Grundfragen der Unterrichtsmittel*, zudem das *Fachgebiet Dokumentation und Information im Unterrichtsmittelbereich* blieben bestehen. Der ehemalige Leiter der *Abteilung für Grundfragen*, Joachim Obst, wurde zum stellvertretenden Sektionsleiter ernannt. Dessen verwaiste Abteilungsleiterstelle besetzte die Sektion kommissarisch. Der ehemalige Leiter der Abteilung Unterrichtsmittel in der Polytechnischen Sektion (III) bekam den Posten als Abteilungsleiter der neuen *Abteilung Polytechnische Bildung und Berufsbildung* in der Sektion für Unterrichtsmittel (V). Abteilung *Herstellung und Versorgung* blieb unter der alten Leitung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des DPZI. 1.5.1968. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – Beschlussprotokoll über die Sitzung der Zentralen Kaderkommission am 17.9.1968.)

Die neue Abteilung *Allgemeinbildung* stand künftig unter der Leitung von Dr. Fritz Neigenfind, der zuvor die kommissarische Leitung der Abteilung Mathematik und Naturwissenschaften in der Sektion für Allgemeinbildung (II) wahrgenommen und in den 1950er Jahren seine Aspirantur am DPZI absolviert hatte. (Vgl. Ebenda.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2116. – Dissertationsthemen und Forschungsthemen der Aspirantur des DPZI. [Ende 1956]; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3423. – Direktion. Hausanweisung Nr. 4/1966. 28.1.1966.)

²⁸⁶¹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplanüberwachungsliste 1969. Ohne Datum [Sommer 1969]. Zu Topp siehe auch Punkt 2.6.2.2. Topp sollte später, ab September 1971, zum stellvertretenden Direktor des Instituts für Unterrichtsmittel der APW berufen werden. (Vgl.

Die *Sektion IV* für Aspirantur und pädagogische Forschung erweiterte sich 1968 um die Abteilung für Elektronische Datenverarbeitung sowie die Arbeitsgruppe „Begriffssystem“, stufte im Gegenzug aber die Abteilung für Koordinierung der pädagogischen Forschung²⁸⁶³ zum Fachgebiet zurück.²⁸⁶⁴ Im Übrigen behielt die Sektion ihren Vorjahresaufbau.²⁸⁶⁵ 1969 verschwand der Bereich der Forschungs koordinierung ganz aus der Struktur der Sektion IV.²⁸⁶⁶ Im gleichen Jahr hagelte es für den stellvertretenden Direktor für Forschung und Leiter der Sektion IV Beschwerden der Parteileitung über den „Tempoverlust“ in der Konzipierung der Hauptaufgaben für die wissenschaftlich-pädagogischen Arbeiten im Institut.²⁸⁶⁷ Für 1970 richtete das DPZI wieder eine Zentrale Koordinierungsstelle der pädagogischen Forschung ein – dieses Mal innerhalb der Direktion.²⁸⁶⁸ Dabei handelte es sich um die 1966 an das MfV abgegebene Koordinierungsstelle, die in Vorbereitung der APW-Gründung zum 1.1.1970 wieder vom DPZI übernommen wurde.²⁸⁶⁹ Bis auf die Forschungs koordinierungsstelle erlebte der

BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11340 [APW]. – Abteilung Kader. Protokoll über die Sitzung der Zentralen Kaderkommission am 6.4.1970.) Horst Weiß trat 1970 in der APW seine 17jährige Tätigkeit als Direktor des Instituts für Unterrichtsmittel an. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 69.)

²⁸⁶² Anm.: Für 1969 galt der Aufbau: Abteilung Polytechnische Bildung und Berufsbildung; Abteilung Herstellung und Versorgung; Abteilung Grundfragen der Unterrichtsmittel (mit dem angeschlossenen Fachgebiet Lehrerbildung); Abteilung Allgemeinbildung; die Fachgebiete: Ökonomie; sowie Dokumentation und Information. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.)

1970 umfasste die Sektion V die Abteilungen: Unterrichtsmittel in der beruflichen und polytechnischen Bildung; Herstellung und Versorgung; Grundfragen der Unterrichtsmittel (mit dem angeschlossenen Fachgebiet Lehrerbildung); Allgemeinbildung; sowie das Fachgebiet: Dokumentation und Information im Unterrichtsmittelbereich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.)

²⁸⁶³ Anm.: Zu den Aufgaben dieses Bereiches siehe Punkt 2.7.1.3.2.

²⁸⁶⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des DPZI. 1.5.1968.

²⁸⁶⁵ Anm.: Insgesamt umfasste sie 1968 die Abteilungen: Aspirantur; Dokumentation und Information; Bildungsökonomie; Vergleichende Pädagogik; sowie Elektronische Datenverarbeitung; außerdem das Fachgebiet Koordinierung der pädagogischen Forschung, die Arbeitsgruppe Begriffssystem und die Zeitschrift „Vergleichende Pädagogik“. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁶⁶ Anm.: Damit stand nur noch in der Abteilung Information und Dokumentation der Sektion IV ein wissenschaftlicher Mitarbeiter für „pädagogische Forschung, Wissenschaftsorganisation und Qualifizierung“ zur Verfügung. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.)

²⁸⁶⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf Rechenschaftsbericht der Zentralen Parteileitung zur Delegiertenkonferenz am 15.4.1969.

²⁸⁶⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.

²⁸⁶⁹ Anm.: Erforderlich sei dies gewesen, da im Zuge der Akademiegründung die pädagogische Forschung am DPZI zu konzentrieren wäre. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Entwurf Ministerbrief an den Vorsitzenden der Bezirksplankommission beim Magistrat von Groß-Berlin. 29.1.1970. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Kader. Aktennotiz zum Arbeitskräfteplan der APW. 16.9.1969.)

Sektionsaufbau seit 1968 bis zum Jahresbeginn 1970 keine Korrekturen mehr.²⁸⁷⁰ Ebenso blieb *Sektion VI* für Pädagogik im zweisprachigen Gebiet strukturell stabil.²⁸⁷¹

Diese weitgehende strukturelle Beständigkeit des DPZI hielt bis zum Frühjahr 1970 an, obwohl auch darüber hinaus mit Blick auf die baldige APW-Gründung strukturelle Fragen erst in Verbindung mit diesem institutionellen Umbruch gelöst werden sollten.²⁸⁷²

Personell legte das Institut im Vorfeld der Akademie weiter zu. Im Jahresmittel lag die Belegschaftsstärke 1968 insgesamt bei 339 Betriebsangehörigen und wies somit im Vergleich zum Vorjahr sechs Stellen mehr auf.²⁸⁷³ Für wissenschaftliche Mitarbeiter waren die bereits 1967 vorhandenen 214 Planstellen vorgesehen, davon 39 für Sektion I, 75 für Sektion II, 34 für Sektion III, 25 für Sektion IV, 18 für Sektion V, zehn für Sektion VI und 13 für die Direktion.²⁸⁷⁴ Der Plan für 1969 sah sogar 225 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter vor, davon wiederum 39 für die Sektion I, 65 für Sektion II, 27 für Sektion III, 29 für Sektion IV, 40 für Sektion V, wiederum zehn für Sektion VI und 15 für die Direktion.²⁸⁷⁶ Nach wie vor lag damit der Schwerpunkt der personellen Ressourcen eindeutig auf der für die Praxis und Schulpolitik relevanten Sektion Allgemeinbildung, welche für die Lehrpläne verantwortlich zeichnete – obwohl diese zugunsten der Unterrichtsmittelsektion hatte starke Verluste hinnehmen müssen; ebenso die Sektion III, die im September 1968 ihre Lehrmittelabteilung an

²⁸⁷⁰ Anm.: In diesem Sinne bestanden die Abteilungen: Aspirantur; Information und Dokumentation; Vergleichende Pädagogik; Bildungsökonomie; die Arbeitsgruppen Elektronische Datenverarbeitung und Begriffssystem sowie die Redaktion der Zeitschrift „Vergleichende Pädagogik“ 1969 bis Anfang 1970 fort. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.)

²⁸⁷¹ Anm.: Ab 1967 wurde die innere Struktur (eine Abteilung und 1966 zusätzlich ein Fachgebiet) dieser Sektion in den meisten Plänen nicht mehr angegeben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3477. – Erläuterungen zum Haushaltsplan 1967. 6.1.1967.; BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248c. – Verzeichnis der Teilhaushaltspläne des DPZI. 1.5.1968. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248d. – Teilhaushaltspläne des DPZI ab 1.1.1970. Dezember 1969.) Die (einzige) Abteilung Theorie und Methodik des Sprachunterrichts (wie 1966) beherbergte 1969 neun wissenschaftliche Mitarbeiter. Dazu kam noch der Sektionsleiter. Damit stagnierte auch der personelle Ausbau seit Jahren. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplan des DPZI. Ohne Datum [1966]. und BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.)

²⁸⁷² Anm.: Beispielsweise sollten im Februar die Bereiche mathematisch-naturwissenschaftlicher und polytechnischer Unterricht zusammengeführt werden. In dabei nicht zu klärenden Fragen sei jedoch die Akademiegründung abzuwarten und „bestehende Struktureinheiten als Übergangslösungen“ beizubehalten. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4596. – Hausmitteilung der Sektionsleitung Sektion III an Hofmann vom 20.1.1970.)

²⁸⁷³ Anm.: 1967 betrug das Jahresmittel 332,8 Personen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Monatliche Erfassung der Betriebsangehörigen des DPZI für 1967 und 1968.)

²⁸⁷⁴ Anm.: Hierbei wurden erfasst: der Direktor, das Büro der Direktion, der Beauftragte für Lehrplanfragen, die beiden Fachgebiete Internationale Verbindungen und Ausstellungen sowie die Arbeitsgruppe Prognose des Bildungswesens. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248a. – Mittelberechnung für den vorläufigen Stellenplan 1968. 1.2.1968. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Vorläufiger Stellenplan des DPZI für 1968. 24.1.1968.) Die ebenfalls zur Direktion gehörigen Sektionsleiter der Sektionen I bis V sind den Sektionen zugerechnet.

²⁸⁷⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4248a. – Mittelberechnung für den vorläufigen Stellenplan 1968. 1.2.1968. (Jeweils ohne die redaktionellen Mitarbeiter in den angeschlossenen Zeitschriften.)

²⁸⁷⁶ BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969. Die Sektionsleiter sind der jeweiligen Sektion zugerechnet, nicht der Direktion. Ebenso ist die Abteilung Westdeutsche Pädagogik der Sektion I zugerechnet. (Zum Sonderstatus dieser Abteilung: siehe die Ausführungen zur Strukturentwicklung von Sektion I oben.) Redaktionelle Mitarbeiter der Zeitschriften sind nicht inbegriffen.

die Sektion V abgegeben hatte. Im Verlauf des Jahres 1969 kam es zu keinen nennenswerten Änderungen mehr an dieser Aufteilung.²⁸⁷⁷

Strukturell stabilisiert und in personeller Hinsicht verstärkt, konnte sich das DPZI besonders 1969/70 ganz den Vorbereitungen zu seinem institutionellen Neubeginn als Akademie widmen. Die „Grobkonzeption“ für die Bildung der APW war bis Februar 1969 fertig zu stellen.²⁸⁷⁸

Schon im Mai ergingen zur Vorbereitung des Kaderprogramms der künftigen APW „Hinweise“ für die Führung von Kadergesprächen mit allen „wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern sowie mit allen abgeordneten Lehrern“, für Jahreseinschätzungen bzw. Abschlussbeurteilungen.²⁸⁷⁹ Darin wurde die Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation an den Personalgesprächen festgeschrieben und damit auch die Berücksichtigung von kaderpolitischen Anforderungen an die eventuellen, künftigen APW-Mitarbeiter sichergestellt. Etwaige sich daraus ergebende Qualifizierungsmaßnahmen sollten aber auf Vorschläge beschränkt bleiben und noch nicht als Zusage für einen späteren Einsatz an der APW gelten.²⁸⁸⁰

Entscheidende Fragen wurden wiederum während der Haupturlaubszeit des Instituts in den Sommermonaten geklärt. Neuner leitete dabei die „theoretisch-ideologischen Arbeiten“ im Vorfeld der Akademiebildung persönlich an.²⁸⁸¹ Er gab die Orientierung für die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Profile der einzelnen Bereiche der Akademie und des Perspektivplans ebenso vor wie die Struktur- und Kaderkonzeption sowie die Aufstellung der Leitungsstruktur und die Maßnahmen zur Sicherung der schrittweisen Übernahme von Aufgaben der Forschungsleitung. Im Einzelnen bedeutete dies für den Direktor des DPZI, sowohl Beschlusssentwürfe zur APW-Gründung verfassen zu müssen als auch das Statut fertigzustellen. Das ging selbstredend nicht ohne die Beratung und Abstimmung mit dem Ministerium für Volksbildung. Anschließend sollte das Statut am 11.7.1969 bei Politbüro- und ZK-Mitglied Hager besprochen werden. Erst danach durften an der Profilierung der Akademiestructur gefeilt und „Kadergespräche mit leitenden Mitarbeitern“ aufgenommen werden. Ende August beabsichtigte Neuner eine Parteiaktivtagung einzuberaumen, in dessen Mittelpunkt die künftige APW stehen sollte.²⁸⁸²

Ebenfalls bereits im Sommer 1969 begannen die Überlegungen hinsichtlich baulicher Maßnahmen²⁸⁸³ parallel zu ersten konzeptionellen Entwicklungen für ein mögliches Institut an der APW auf dem Gebiet der pädagogischen Psychologie. Entsprechende Vorschläge waren von den jeweiligen Wissenschaftlern einzureichen²⁸⁸⁴.

²⁸⁷⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Stellenplanüberwachungsliste 1969. Ohne Datum [Sommer 1969]. In Sektion I (einschließlich der Abteilung Westdeutsche Pädagogik) waren 38; in Sektion II 66; in Sektion III 27; in Sektion IV 31; in Sektion V 42; in Sektion VI unverändert zehn; und in der Direktion 16 wissenschaftliche Mitarbeiter aufgelistet.

²⁸⁷⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4400. – DPZI/Direktion: Maßnahmen zur Sicherung der politisch-pädagogischen Leitungstätigkeit der Direktion im I. Quartal 1969. 30.12.1968.

²⁸⁷⁹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 8150. – Hausmitteilung der Kaderabteilung vom 27.5.1969.

²⁸⁸⁰ Vgl. Ebenda.

²⁸⁸¹ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4211. – Arbeitsplan G. Neuner. 30.6.1969.

²⁸⁸² Vgl. Ebenda.

²⁸⁸³ Anm.: Für das „zu erweiternde und neu zu profilierende DPZI“ sollte ein Neubau errichtet werden. Diese Absicht des Ministeriums sei bei der „Nutzungskonzeption für den Komplex Ostbahnhof“ bereits berücksichtigt, jedoch müssten noch weitere Konsultationen folgen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Auszug aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin an den Minister für Volksbildung vom 28.7.1969. [Abschrift])

²⁸⁸⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4213. – Bemerkungen zur Konzeption über die Aufgabenstellung und Struktur des Bereichs der Pädagogischen Psychologie. 25.7.1969. und Vgl. Ebenda. – Schreiben Hofmann an Neuner vom 28.7.1969. Dabei wuchsen sich für einen der Psychologen seine Vorschläge zum unerwarteten beruflichen Hindernis aus. Denn in deren Folge musste er gegen seinen ausdrücklichen Wunsch am DPZI bleiben, statt wie beabsichtigt an die Universität Halle wechseln zu

Von den grundsätzlichen Planungen zur APW-Gründung weitgehend ausgeschlossen schien hingegen die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des DPZI. Auf einer Beratung im November 1969 wurde sie unversehens mit den neuen Informationen zur „Weiterentwicklung des Instituts“ konfrontiert.²⁸⁸⁵ Neuner erläuterte entsprechende Richtlinien der Direktion, welche nur eine Woche später „zur breiten Diskussion“ in den verschiedenen Abteilungen des Instituts vorgesehen waren. Das Material beinhaltete unter anderem detaillierte Anweisungen für die „Ausarbeitung der Struktur- und Stellenpläne der APW“. Aber nicht nur die Geheimhaltung von Einzelproblemen der Akademiegründung, auch die Unverbindlichkeiten in den Personalangelegenheiten erregten offenbar den Unmut der BGL.²⁸⁸⁶ Besonders sorgte sie sich wegen der anstehenden Entscheidungen über die Anstellung von DPZI-Mitarbeitern in der APW und beabsichtigte, die Kadergespräche mit der Einstufung nach den neuen Tarifen zu verbinden.²⁸⁸⁷ Doch Direktor Neuner wies diesen Vorschlag mit der Begründung ab, dass der Struktur- und Stellenplan der APW erst nach Bestätigung des Perspektivplans der pädagogischen Forschung²⁸⁸⁸ im Juni 1970 vom Ministerium für Volksbildung gebilligt wird, die spätere Verwendung „vieler Mitarbeiter“ aber bereits Anfang 1970 feststehen müsse. Auch in den übrigen, heftig diskutierten Kaderfragen hielt sich Neuner bedeckt, als er versicherte, dass „bewährte Mitarbeiter“ zwar nicht übergegangen würden, jedoch ebenso die Gelegenheit für die Einstellung neuer, in der Wissenschaft bereits profilierter Kräfte genutzt werden müsse.²⁸⁸⁹

Von solchen Streitigkeiten anscheinend unberührt, kristallisierte sich gegen Ende des Jahres 1969 die künftige Gestalt der APW heraus. Der Aufbau des Instituts für Pädagogische Psychologie sollte demzufolge nach einer Konstituierungsphase ab dem 1.9.1970²⁸⁹⁰ bis 1973 abgeschlossen und mit drei Abteilungen sowie 22 wissenschaftlichen Mitarbeitern ausgestattet

können. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4213. – Schreiben Hofmann an Neuner vom 28.7.1969.) In der APW sollte er als Leiter des Fachgebiets Entwicklungspsychologie eingesetzt werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11340 [APW]. – Abteilung Kader. Protokoll über die Sitzung der Zentralen Kaderkommission am 6.4.1970.)

²⁸⁸⁵ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Protokoll der BGL-Sitzung am 11.11.1969.

²⁸⁸⁶ Anm.: Im Protokoll der BGL-Sitzung, an der auch der Direktor und Kaderleiter teilnahmen, war die Rede von „einer sehr prinzipiellen und offenen Diskussion“ zur Rolle der BGL bei der Lösung der „vor dem Institut stehenden Aufgaben“. Dem Protokollverlauf folgend ging Neuner nicht genauer darauf ein, sondern forderte stattdessen „konkrete Hinweise, die für die Abstimmung zwischen der Leitung des DPZI und der Leitung des Verlages Volk und Wissen“ benötigt würden. Die Reaktion seitens der Gewerkschaftsvertreter wird nicht wiedergegeben. Im Anschluss dankte Neuner aber „für die kritischen Bemerkungen“ und gab an, alle „Darlegungen, die auf eine stärkere Mitwirkung der Gewerkschaft bei der Erreichung einer neuen Qualität der pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeit und die Aufdeckung von Kaderreserven“ orientierten, unterstützen zu wollen. Er musste sich zudem dafür rechtfertigen, weshalb „Einzelfragen“ zur Akademiebildung nicht „früher in der breiten Öffentlichkeit“ diskutiert worden wären und verwies in diesem Zusammenhang auf die Entscheidung des Ministerrats über die Gründung der APW, die abzuwarten gewesen sei. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁸⁷ Hier und im Folgenden: Vgl. Ebenda.

²⁸⁸⁸ Anm.: Die Entwicklung des Perspektivplans kennzeichnete Neuner entsprechend als Schlüsselfrage der zu bewältigenden Arbeit im nächsten Zeitraum. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁸⁹ Anm.: Dabei war für die APW der „Wissenschaftler synthetischen Typs“ angestrebt, der über politische, schulpolitische und pädagogisch-wissenschaftliche Bildung sowie über leitende und organisatorische Fähigkeiten verfügen sollte. Der „Typ dieses Mitarbeiters“ der künftigen Akademie wäre entsprechend der „differenzierten Arbeitsaufgaben und Bereiche der APW“ kein einheitlicher Typ, sondern es müsse „verschiedenartig profilierte pädagogische Wissenschaftler“ geben. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁹⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4213. – Abteilung Psychologie. Protokoll der Beratung vom 2.12.1969 mit dem Direktor.

werden.²⁸⁹¹ Ebenso entwickelten sich die Pläne für das künftige Institut für mathematisch-naturwissenschaftlichen und polytechnischen Unterricht von den Direktionsvorgaben hin zu Stellenplan- und Detailstrukturvorschlägen im Dezember 1969.²⁸⁹² Einzelheiten der schon für 1970 innerhalb einer Sektion angestrebten Zusammenführung des mathematisch-naturwissenschaftlichen mit dem polytechnischen Bereich verschob die Direktion zu diesem Zeitpunkt noch auf die Akademieverbildung,²⁸⁹³ ebenso die endgültige Klärung der Zuordnung des Bereiches Sonderschulwesen²⁸⁹⁴.

Die unmittelbare Phase der Umbildung des DPZI zur APW setzte dann aber doch schon ab Februar 1970 mit der Konturierung der APW-Strukturen ein. Die späteren Institute²⁸⁹⁵ wurden dabei durch den neuen Sektionsaufbau noch im Rahmen des DPZI vorgebildet.²⁸⁹⁶ Aus den Sektionen II (Allgemeinbildung) und III (Polytechnische Bildung) entstanden vier Sektionen: die Sektion Didaktik²⁸⁹⁷, die Sektion Gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht²⁸⁹⁸, die Sektion Fremdsprachenunterricht²⁸⁹⁹ sowie die Sektion mathematisch-naturwissenschaftlicher und polytechnischer Unterricht²⁹⁰⁰. Teile der Sektion I (Erziehung), IV (Aspirantur und Forschung) und der Direktion trugen zur Bildung der neuen Sektion Pädagogische Theorie²⁹⁰¹ bei. Die

²⁸⁹¹ Anm.: Vorgesehen waren die Abteilungen: Einstellungsbildung und Charaktererziehung; Kenntniserwerb und Fähigkeitsentwicklung; sowie Entwicklungsdiagnostik. Zusätzlich wurde eine Abteilung für Theorie gefordert, um die „Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen der Pädagogischen Psychologie“ abzusichern. Diese ist jedoch aus Gründen mangelnder Personalressourcen zurückgestellt und zunächst auf eine Arbeitsgruppe beschränkt worden – bestehend aus dem Leitungspersonal des geplanten Instituts für Pädagogische Psychologie. Für die Institutsleitung sah der Entwurf als Direktor A. Kossakowski, J. Lompscher als Stellvertreter und W. Vier als Wissenschaftsorganisator vor. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4213. – Sektion I/Abteilung Pädagogische Psychologie. Stellungnahme zu den Vorgaben zum strukturellen und personellen Aufbau des Instituts für Pädagogische Psychologie. Dezember 1969. [22.12.1969.]) Kossakowski war zuvor Abteilungsleiter am Institut für Psychologie der Karl-Marx-Universität Leipzig und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des MfV. (Vgl. Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des MfV. S. 39.) Zu Vier und Lompscher siehe die Profilierungen der Sektion I in 2.7.1.3.2.

²⁸⁹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4596. – Sektion III. Stellenplanvorschlag für Institut für mathematisch-naturwissenschaftlichen und polytechnischen Unterricht. 13.12.1969. und Vgl. Ebenda. – Leitung der Sektion III. Stellungnahme zum Strukturvorschlag. 16.12.1969.

²⁸⁹³ Vgl. Ebenda. und Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4596. – Hausmitteilung der Sektionsleitung Sektion III an Hofmann vom 20.1.1970.

²⁸⁹⁴ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁸⁹⁵ Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 60. Vgl. auch Punkt 2.7.2.4.

²⁸⁹⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁸⁹⁷ Anm.: Unter Leitung von E. Drefenstedt und mit den vier Abteilungen: Theorie des Unterrichts, Programmierter Unterricht, Körpererziehung und Sonderschulen. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁹⁸ Anm.: Unter Leitung von F. Weitendorf und mit den Abteilungen: Gesellschaftswissenschaftliche Fächer (einschließlich den beiden Fachgebieten Geografie und Verkehrserziehung); Deutsche Sprache und Literatur; sowie den beiden selbständigen Fachgebieten Musik und Kunsterziehung. (Vgl. Ebenda.)

²⁸⁹⁹ Anm.: Unter Leitung von Herbert Uthess und mit den Abteilungen: Grundlagen des Fremdsprachenunterrichts und Angewandte Fremdsprachenmethodik. (Vgl. Ebenda.)

²⁹⁰⁰ Anm.: Unter Leitung von H. Frankiewicz und mit den Abteilungen: Polytechnische Bildung; Mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung; Allgemeinbildung in der Berufsbildung; der Arbeitsgruppe Ober- und Abiturstufe sowie der Zeitschrift „Polytechnische Bildung“. (Vgl. Ebenda.)

²⁹⁰¹ Anm.: Unter Leitung von Paul Klimpel und mit den Abteilungen: Soziologie des Bildungswesens; Vergleichende Pädagogik sowie der angeschlossenen Zeitschrift; außerdem mit den beiden Arbeitsgruppen: Theorie und Methodologie der Pädagogik; sowie Theorie der Allgemeinbildung (Oskar Mader). (Vgl. Ebenda.)

übrigen Struktureinheiten verblieben in den Sektionen I und IV.²⁹⁰² Aus der Direktion wurde die Abteilung Prognose der Allgemeinbildung als Arbeitsgruppe Bildungsprognose in die Sektion IV überführt²⁹⁰³ sowie die Abteilung Planung und Wissenschaftsorganisation aus der kürzlich vom MfV übernommenen Zentralen Koordinierungsstelle der pädagogischen Forschung gebildet²⁹⁰⁴. Daraus ergaben sich auf der Leitungsebene einige personelle Veränderungen. Hofmann als erstem stellvertretenden Direktor unterstellte Neuner künftig innerhalb der Direktion die Abteilungen Planung und Wissenschaftsorganisation, Ökonomie, Westdeutsche Pädagogik und das Fachgebiet Internationale Verbindungen.²⁹⁰⁵ Infolge dessen übergab er die Leitung der Sektion Erziehung an W. Lindner²⁹⁰⁶.²⁹⁰⁷ Die Leitung der Abteilung für Wissenschaftsorganisation erhielt der wissenschaftliche Sekretär H. Lindner²⁹⁰⁸, dem vorübergehend zusätzlich das Korrektorat Publikationen und der Publikationsrat zugeordnet wurden.²⁹⁰⁹ Die Sektionen V (Unterrichtsmittel) und VI (Pädagogik im zweisprachigen Gebiet) waren in die „Bildung neuer Struktureinheiten“ im Vorfeld der Akademiegründung nicht mit einbezogen worden.²⁹¹⁰

Im Zusammenhang mit Übernahmen von Struktureinheiten anderer Institutionen zum 1.1.1970²⁹¹¹ stieg Anfang 1970 die Zahl der im wissenschaftlichen Bereich aufgelisteten Planstellen im DPZI von 225 Stellen im Vorjahr auf 282 sprunghaft an²⁹¹². Trotz des personellen Zuwachses wurden aber die Vorgaben der Kaderperspektivplanung für die Jahre 1965 bis 1970 nicht erfüllt, hinter der das DPZI bereits in den Vorjahren zurückgeblieben war.²⁹¹³

²⁹⁰² Anm.: *Sektion I*: Abteilung Außerunterrichtliche Erziehung; Abteilung Pädagogische Psychologie; Abteilung Theorie der Erziehung; Abteilung Vorschulerziehung; Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendorganisation; der neue Bereich Familienerziehung. Die Abteilung Westdeutsche Pädagogik wurde Hofmann als stellvertretendem Direktor direkt unterstellt. *Sektion IV*: Abteilung Elektronische Datenverarbeitung; Abteilung Aspirantur und Weiterbildung der Mitarbeiter; Abteilung Bildungsökonomie; Zentralstelle Information/Dokumentation; Arbeitsgruppe Bildungsprognose. (Vgl. Ebenda.)

²⁹⁰³ Vgl. Ebenda.

²⁹⁰⁴ Vgl. Ebenda.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Entwurf Ministerbrief an den Vorsitzenden der Bezirksplankommission beim Magistrat von Groß-Berlin. 29.1.1970.; Vgl. Ebenda. – Abteilung Kader. Aktennotiz zum Arbeitskräfteplan der APW. 16.9.1969.

²⁹⁰⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁹⁰⁶ Anm.: W. Lindner hatte diese Funktion bereits bis 1963 inne, ab 1968 fungierte er als stellvertretender Sektionsleiter (Vgl. Punkt 2.6.2.1.2.)

²⁹⁰⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁹⁰⁸ Anm.: Das Amt des Wissenschaftlichen Sekretärs übte H. Lindner seit Ende 1961 aus. (Vgl. Punkt 2.5.5.)

²⁹⁰⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.

²⁹¹⁰ Vgl. Ebenda.

²⁹¹¹ Anm.: Ab 1.1.1970 Neben der Koordinierungsstelle für pädagogische Forschung des Ministeriums für Volksbildung übernahm das DPZI ab 1.1.1970 das Zentrale Methodische Kabinett und die Gruppe Sexualpädagogik aus Jena. Dadurch sollten dem DPZI 24 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) zugeführt werden, davon 21 im wissenschaftlichen Bereich. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Entwurf Ministerbrief an den Vorsitzenden der Bezirksplankommission beim Magistrat von Groß-Berlin. 29.1.1970. und Vgl. Ebenda. – Abteilung Kader. Aktennotiz zum Arbeitskräfteplan der APW. 16.9.1969.)

²⁹¹² Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – DPZI. Stellenplan für das Jahr 1969. 2.4.1969.; Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Auflistung der Planstellen, die aus dem DPZI in die APW eingebracht wurden. [Ohne Datum.]

²⁹¹³ Anm.: Insgesamt führte das DPZI für 1970 368 Stellen an. (Vgl. Ebenda.) Laut Perspektivplanung sollten 1970 aber 385 Personen im Institut tätig sein. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. –

2.7.2.4 Das Ende des DPZI und die APW-Gründung

Die Idee zur Akademiegründung war fast so alt wie das DPZI selbst. Erstmals kam 1951, im Zusammenhang mit der zu dieser Zeit errichteten Bauakademie und der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften in der DDR²⁹¹⁴ die Idee auf, eine APW „nach dem Vorbild der Sowjetunion“ zu gründen.²⁹¹⁵ Profanes Leitmotiv schien es dabei gewesen zu sein, die Lehrerbildung abzustoßen.²⁹¹⁶ Ein Jahr später wurde der Gedanke erneut ins Spiel gebracht, als sich das DPZI darum bemühte, von einer Institution zur Lösung kurzfristiger Gegenwartsaufgaben „zur stabilen, langfristigen wissenschaftlichen Arbeit“ zu gelangen.²⁹¹⁷ Keine zwei Jahre danach, im April 1954, blickte das Institut mit der Bildung von Sektionen im Kontext des neuen Statuts auf eine künftige APW.²⁹¹⁸ Auch die 1960er Jahre begannen mit dem Postulat, dass eine für die Entwicklung der Wissenschaft und die Lösung der Forschungsaufgaben vermeintlich dringend erforderliche „zentrale Planung, Anleitung und Kontrolle“ durch eine Akademie der Pädagogischen Wissenschaften besser und leichter auszuüben sei.²⁹¹⁹ Und schließlich hatte die Vereinigung des DPZI mit dem DZL und dem DfB 1963 die Vision einer APW genährt.²⁹²⁰

Weil die Erfüllung kurzfristiger Aufträge des MfV dem Grundgedanken einer APW als sichtbarer Abschluss des Wandels zu langfristigen Forschungsvorhaben im Institut jedoch widersprach, blieb die Umbildung des DPZI in eine Akademie zumindest bis zum Ende der 1960er Jahre eine Illusion. Zu diesem Zeitpunkt bot das Ende des „Programms der pädagogischen Forschung“ für 1966 bis 1970 und die darauffolgende Einführung des „Perspektivplans der pädagogischen Forschung“ für 1971 bis 1975 eine günstige Gelegenheit für institutionelle Umbrüche in der Pädagogik. Zudem bestanden bereits fünf andere Akademien in der DDR.²⁹²¹

Außerdem musste sich das MfV sicher sein können, dass die pädagogische Wissenschaft im Sinne der parteipolitischen Interessen geführt werden würde. Dafür war offenbar eine parteilich engagierte, disziplinierte, in der DDR sozialisierte Wissenschaftlergeneration vonnöten, die sowohl fachwissenschaftlich dem Renommee einer Akademie genügen konnte als auch dem

Perspektivplanung/Arbeitskräfte 1965/70. 16.11.1964.) 1965 waren 330, 1966 345 und 1967 360 Personen vorgesehen. (Vgl. Ebenda.) Jedoch gab es 1965 im Mittel 303,6; 1966 315,6; und 1967 332,8 Beschäftigte im DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4251. – Monatliche Erfassung der Betriebsangehörigen des DPZI für 1965, 1966 und 1967.)

²⁹¹⁴ Vgl. Malycha: *Bildungsforschung für Partei und Staat?* S. 42.

²⁹¹⁵ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6439. – Bl. 131-135. Über die Arbeit und die Perspektiven der Entwicklung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ohne Datum [Frühjahr 1951].

²⁹¹⁶ Vgl. Ebenda.

²⁹¹⁷ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 6432. – Bl. 188-192. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abteilung Theorie des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts am 6.9.1952.

²⁹¹⁸ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 709. – Sekretariat des Ministers. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 28.4.1954.

²⁹¹⁹ Anm.: Bzw. durch einen eigenen Bereich in der Akademie der Wissenschaften. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 2616. – Entwurf der Thesen für die Perspektivplanung 1965-80 auf dem Gebiet der pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.8.1960. Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3356. – MfV an das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut: Thesen über die Entwicklung der Pädagogischen Wissenschaft und Forschung. 19.10.1960.)

²⁹²⁰ Anm.: Bei der Zusammenführung der drei zentralen Institute zum Vereinigten DPZI sollten wie später in der APW Institute statt Sektionen gebildet werden. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3489. – Protokoll über die Beratung der Strukturkommission am 8.3.1963.)

²⁹²¹ Vgl. Eichler/Uhlig: *Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.* S. 117.

Leitbild einer sozialistischen, parteiliniertreuen Intelligenz entsprach²⁹²². Obwohl diese Voraussetzungen Ende der 1960er Jahre erfüllt schienen, platzierte das MfV sicherheitshalber einige ehemalige Mitarbeiter an leitenden Stellen der APW.²⁹²³ Hinzu kam eine für die Akademie verhängnisvolle direkte Unterstellung unter das MfV²⁹²⁴. Daraus ergab sich in der Nachfolge des DPZI auch für die APW der weiterhin „hohe politische Stellenwert“ im gesellschafts- und bildungspolitischen sowie im gesamten Wissenschaftssystem.²⁹²⁵ Mit der Akademie sollte eine Institution geschaffen werden, die dem Anspruch einer zentralen Leit- und Forschungseinrichtung ebenso wie der Rolle als zentraler „Ausbildungsstätte für pädagogische Nachwuchswissenschaftler der DDR“ gerecht werden konnte.²⁹²⁶ Die Akademie hatte vor allem die Kontrolle über die „erziehungswissenschaftliche(n) Institute an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen“ zu übernehmen. Speziell durch die verstärkte Einbeziehung der Kooperationspartner in die Forschungsplanung sowie in die Gutachtertätigkeit für Buch- und Zeitschriftenmanuskripte war die umfassende Realisierung der wissenschaftspolitischen Steuerungsambitionen innerhalb der pädagogischen Forschung sicherzustellen.²⁹²⁷

Der Festakt zur Konstituierung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften fand am 15.9.1970 statt. Die dem Gründungsakt zugesprochene Bedeutung wurde durch die Anwesenheit von Vertretern des ZK der SED, des Ministerrats der DDR sowie internationalen Gästen unterstrichen.²⁹²⁸ Neben der Berufung des ehemaligen DPZI-Direktors Neuner²⁹²⁹ zum Präsidenten erfolgte zu diesem Anlass auch die Berufung der 40 ordentlichen und 30 korrespondierenden Mitglieder des Plenums der APW²⁹³⁰ sowie der Vizepräsidenten und des Generalsekretärs Hofmann²⁹³¹. Zu den ordentlichen Mitgliedern gehörte auch M. Honecker, die

²⁹²² Anm.: Laut Beschluss des Ministerrats vom Oktober 1969 erhielt die APW den Auftrag zur politischen und fachwissenschaftlichen Anleitung der pädagogischen Forschung, zur Kontrolle und Bewertung von deren Ergebnisse. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 40. Malycha bezieht sich auf: Beschlussprotokoll über die Sitzung des Präsidiums des Ministerrates der DDR am 15.10.1969. In: BBF/DIPF/Archiv, APW 11.771.)

²⁹²³ Vgl. Ebenda. S. 55.

²⁹²⁴ Anm.: Helmut Stolz, Direktor des Instituts für Theorie und Methodik der sozialistischen Erziehung der APW (1974-1980), danach in Folge eines Zerwürfnisses mit Neuner Direktor des Zentralinstituts für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher der DDR in Ludwigsfelde erklärte dazu rückblickend: „Statt eine Forschungsakademie zu werden, wie der § 1 des Statuts es vorsieht, ließ sie sich nach ihrer Gründung zu bereitwillig und zu rasch als nachgeordnete Einrichtung des Ministeriums zur Magd dieses Ministeriums erniedrigen. Und schon allein die Festlegung im Statut § 8.4, wonach der Minister für Volksbildung Mitglied des Präsidiums der APW ist, widerspiegelt einen unmöglichen Zustand. Als Gründungsmitglied der APW sah ich 1970, übrigens gemeinsam mit Gerhart Neuner, das Problem schon damals. Wir beide hofften damals darauf, dass in der praktischen Arbeit sich das eliminieren ließe. Das Gegenteil war der Fall.“ (Vgl. Mitschrift des Diskussionsbeitrages von Helmut Stolz auf der außerordentlichen Plenartagung der APW am 6. Dezember 1989. In: BBF/DIPF/Archiv, APW 11.518. Zitiert nach: Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 46.)

²⁹²⁵ Vgl. Ebenda. S. 40.

²⁹²⁶ Hier und im Folgenden: Vgl. Malycha: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. S. 207.

²⁹²⁷ Vgl. Ebenda.

²⁹²⁸ Vgl. Fliegner, Elfriede: Bericht über die Veranstaltungen zur Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. In: Pädagogik. Heft 12/1970. S. 1092-1100. S. 1092/1093.

²⁹²⁹ Vgl. Ebenda. S. 1093. und Vgl. Eröffnungsrede des Ministers für Volksbildung, Margot Honecker, auf der Gründungsversammlung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik. In: Pädagogik. Heft 12/1970. S. 1100-1105. S. 1105.

²⁹³⁰ Vgl. Fliegner: Bericht. S. 1093-1097. Siehe auch Punkt 2.7.1.2.2.

²⁹³¹ Anm.: Zu Vizepräsidenten wurden K.-H. Günther, H. Kaiser und G. Wilms ernannt. (Vgl. Ebenda. S. 1093.) Diese gehörten neben der Volksbildungsministerin, dem Leiter Abteilung Volksbildung beim ZK der SED, dem Präsidenten, ausgewählten Direktoren, Arbeitsstellenleitern, Parteisekretär der SED-Grundorganisation und Gewerkschaftsorganisationsvorsitzendem zum zentralen Beratungs- und

früheren DPZI-Direktoren Siebert, Dorst, Kaiser und selbstverständlich Neuner sowie einige der langjährigen Sektionsleiter des DPZI.²⁹³²

In der Gründungsphase umfasste die APW zehn Institute – größtenteils unter der Leitung der jeweiligen ehemaligen Sektionsleiter²⁹³³; außerdem sechs Arbeitsstellen, vier Fachabteilungen,²⁹³⁴ das Forschungs- und Rechenzentrum in Dresden, die Pädagogische Zentralbibliothek, die Zeitschrift Pädagogik sowie so genannte Funktionalorgane²⁹³⁵. Im Zuge ihrer Gründung hatte die APW auch Struktureinheiten und Aufgaben anderer Institutionen übernommen und sich deren Planstellen gesichert. Dazu gehörten das Institut für Planung in Potsdam, die Pädagogische Zentralbibliothek, das Institut für Bauten der Volksbildung und die Arbeitsstelle der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Akademie der Wissenschaften.²⁹³⁶ Mundorf, bis 1958 Sektionsleiterin für Geschichte der Pädagogik im DPZI²⁹³⁷, welche die Arbeitsstelle in Nachordnung zu Alt leitete, wechselte jedoch nicht 1970 an die APW, sondern trat vorzeitig in den Ruhestand.²⁹³⁸ An „effektiv vorhanden(en)“ und damit für DPZI/APW verhandelbaren so genannten Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) standen laut Analyse der Abteilung Kader in der Arbeitsstelle sieben, im Potsdamer Institut 22, im Institut für Bauten 13 und in der Zentralbibliothek 38 zur Verfügung.²⁹³⁹ Auch, wenn offenbar nicht alle der Personalressourcen von der APW übernommen werden konnten, erreichte die Akademie im Vergleich zu den 282 wissenschaftlichen Stellen vor ihrer Gründung eine enorme Planstellenerweiterung. So gehörten, eigenen Angaben folgend, in den ersten Monaten ihres Bestehens 330 Beschäftigte im wissenschaftlichen Fachpersonal zur Akademie der

Entscheidungsgremium der Akademie, dem Präsidium. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 54f.)

²⁹³² Vgl. Fliegner: Bericht. S. 1093-1097.

²⁹³³ Anm.: Als *Institute* bildeten sich an der APW: das *Institut für pädagogische Theorie* (Leitung: Paul Klimpel); *Institut für Ökonomie und Planung des Volksbildungswesens* (Leitung: Klaus Korn); *Institut für Erziehung* (Leitung: Werner Lindner); *Institut für pädagogische Psychologie* (Leitung: Adolf Kossakowski); *Institut für Fremdsprachenunterricht* (Leitung: Herbert Uthess); *Institut für Didaktik* (Leitung: Edgar Drefenstedt); *Institut für mathematischen, naturwissenschaftlichen und polytechnischen Unterricht* (Leitung: Heinz Frankiewicz); *Institut für Unterrichtsmittel* (Leitung: Horst Weiß); *Institut für gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht* (Leitung: Heinz Sallmon); sowie das *Institut für Leitung und Organisation des Volksbildungswesens* (Leitung, ab 1971: Karl Tackmann). (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 60 und 69.) Bei Klimpel, Lindner, Uthess, Drefenstedt, Frankiewicz und Weiß handelte es sich um die ehemaligen Sektionsleiter der gleichnamigen Sektionen, die zum 23.2.1970 im DPZI gebildet worden sind. Sallmon fungierte zu diesem Zeitpunkt als stellvertretender Sektionsleiter der entsprechenden Sektion im DPZI. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4404. – Der Direktor. Hausanweisung Nr. 3/1970 zur Bildung neuer Struktureinheiten in Vorbereitung der Gründung der APW. 19.2.1970.)

²⁹³⁴ Anm.: Als *Arbeitsstellen* konstituierten sich: die Arbeitsstelle für westdeutsche Pädagogik; für Geschichte der Erziehung; für Körpererziehung; für Sonderpädagogik; für Bauten der Volksbildung sowie die Arbeitsstelle zweisprachiges Gebiet. Dazu kamen die (Fach-) *Abteilungen*: Internationale Verbindungen; Elektronische Datenverarbeitung; Publikationen; sowie Aus- und Weiterbildung. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 60.)

²⁹³⁵ Anm.: Dazu zählten z.B. das wissenschaftliche Sekretariat des Präsidenten, das Direktorat für Ökonomie und Verwaltung, außerdem das Direktorat für Forschung. Diese existierten jeweils auf einer Leitungsebene, für deren Leiter sie die Entscheidungen vorbereiteten. (Vgl. Ebenda. S. 56.)

²⁹³⁶ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Abteilung Kader. Aktennotiz zum Arbeitskräfteplan der APW. 16.9.1969.

²⁹³⁷ Vgl. Punkt 2.4.3.1.

²⁹³⁸ Vgl. Lost: Zwischen Politik und Pädagogik. S. 313/314.

²⁹³⁹ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11342 [APW]. – Abteilung Kader. Analyse Arbeitskräfteplan/Stellenplan. 5.3.1970.

Pädagogischen Wissenschaften.²⁹⁴⁰ Unter den 33 für die APW vorgesehenen Leitern waren 32 in der SED organisiert, einer in der LDPD.²⁹⁴¹ Darunter befanden sich zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder und zwei frühere Wehrmachtsoffiziere.²⁹⁴²

Auf oberster Leitungsebene, d.h. unter den Institutsdirektoren und Arbeitsstellenleitern gab es bei Akademiegründung keine Frauen.²⁹⁴³ Darin spiegelte sich letztendlich der im Vorfeld des Frauenkongresses 1969 von der Zentralen Parteileitung des DPZI als „kein positives Ergebnis“ bezeichnete Befund hinsichtlich der Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen im Institut der vorangegangenen acht Jahre wider.²⁹⁴⁴ Die „ideologische(n) Schranken“ selbst gegenüber Frauen mit den „gleichen Qualifikationsmerkmale(n)“ ihrer männlichen Kollegen²⁹⁴⁵ öffneten sich bis zum Ende der DDR in der APW sechsmal auf der obersten Leitungsebene der bis dahin insgesamt 26 gebildeten Institute, Arbeitsstellen und Forschungszentren²⁹⁴⁶. Damit konnten sich nur sechs Frauen als Führungskräfte etablieren – entsprechend des anspruchsvollen weiblichen Idealbildes²⁹⁴⁷ in der DDR, wie es auf dem Frauenkongress im Juni 1969 verkündet worden war. Als Ursachen hierfür wurden neben der „ideologischen Hemmnisse“ vor allem die Doppelbelastung der Frauen durch Familie und Beruf²⁹⁴⁸ ausgemacht.²⁹⁴⁹ In diesem Zusammen-

²⁹⁴⁰ Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11340 [APW]. – Diskussionsmaterial zur Planstellenentwicklung der APW 1970 bis 1975. 19.9.1972.

²⁹⁴¹ Anm.: Die Direktoren und stellvertretenden Direktoren waren ausnahmslos SED-Mitglieder. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11340 [APW]. – Überarbeitete Vorlage zur Gesamtstruktur der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Vorschlag zur Besetzung der Leitungsfunktionen in der APW. 12.5.1970.)

²⁹⁴² Vgl. Ebenda.

²⁹⁴³ Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 69/70.

²⁹⁴⁴ Anm.: Im Vorjahr der Akademiegründung habe es lediglich zwei Frauen in der Leitung der beiden kleinsten Abteilungen des Instituts gegeben. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 4212. – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. Entwurf Rechenschaftsbericht der Zentralen Parteileitung zur Delegiertenkonferenz am 15.4.1969.)

²⁹⁴⁵ Vgl. Ebenda.

²⁹⁴⁶ Anm.: Nur eine dieser Frauen fungierte (ab 1985) als Direktorin des Instituts für Fremdsprachenunterricht. Die anderen wurden auf den Gebieten „Theorie und Methodik der Lehrerbildung“, Vorschulerziehung, Unterstufe und Sonderpädagogik eingesetzt. (Vgl. Malycha: Bildungsforschung für Partei und Staat? S. 69/70.)

²⁹⁴⁷ Anm.: Neben diesen „Erfahrungen in der Leitungstätigkeit“ sollte die „Frau der siebziger Jahre“: über eine hohe Allgemeinbildung sowie Berufsausbildung verfügen und sich ständig weiterbilden; zudem sich als gefestigte Sozialistin, vielseitig interessiert, sachkundig, verantwortungsbewusst, mutig und selbstbewusst, geistig-kulturell interessiert, sportlich, charmant und geistreich, für die sozialistische Gemeinschaft engagieren. Außerdem müsse sie als „gleichberechtigte Partnerin“ eine „gute Gefährtin des Mannes“ sein und für die Entwicklung aller Familienmitglieder, deren glückliches, inhaltsreiches und schönes Leben sorgen; ebenso den „Kindern als liebevolle Mutter eine noch verständnisvollere Freundin“ werden und sie stets für ihre Zukunft motivieren. Im Übrigen habe die „Frau der siebziger Jahre“ ihre „Freizeit sinnvoll (zu) nutzen“. (Vgl. Aus der Entschließung des 2. Frauenkongresses der DDR. 13.6.1969. Dokumentation der Zeit. 21. Jg./Nr. 16. August 1969. S. 12. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 174.] DDR. Dokumente. S. 307.)

²⁹⁴⁸ Anm.: So gaben in einer Studie von 1968 42,5 Prozent der Wissenschaftlerinnen an, dass ihre Ehemänner gar nicht oder nur selten im Haushalt mithelfen würden. (Budde, Gunilla-Friederike: Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Hrsg. von Helmut Berding, Jürgen Kocka, Paul Nolte, Hans-Peter Ullmann und Hans-Ulrich Wehler. Bd. 162. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht: 2003. S. 346. Budde bezieht sich auf: Hildebrand, K.: Einige Bedingungen der Heranbildung eines sozialistischen wissenschaftlichen Nachwuchses. Diss. Rostock 1968. S. 209 und 212f.)

Außerdem könnten Frauen aus Gründen der Kinderbetreuung nicht wie ihre männlichen Kollegen auf viele Sitzungen und Beratungen von Pädagogischen Räten gehen. Dazu würden einzelne Leiter

hang erging an die Männer jedoch lediglich der zwanglose Aufruf, zur Unterstützung der Frauen im Haushalt und bei der Kindererziehung mitzuhelfen.²⁹⁵⁰ Das stellte jedoch, wie die gesamte Familienpolitik der DDR dieser Zeit, ein „halbherziges Unterfangen“²⁹⁵¹ dar.²⁹⁵²

Die APW konstituierte und verfestigte sich damit als Domäne einer parteilichen, ehrgeizigen und vorwiegend männlichen Wissenschaftlergeneration, die an der Etablierung einer angesehenen Akademie mitwirkte und dafür auch das Abhängigkeitsverhältnis vom Ministerium für Volksbildung unter M. Honecker in Kauf nahm.

überhöhte Maßstäbe bei der ohnehin ungenügenden Auswahl „qualifizierter und bewährter Frauen“ für „leitende Funktionen bzw. für die Kaderreserve“ an diese anlegen. (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 3010. – Schreiben von Direktor Neuner an das MfV. 29.5.1963.)

²⁹⁴⁹ Vgl. Ebenda. und Vgl. Aus dem Bericht von Inge Lange und Lotte Ulbricht zur Frauenemanzipation. Dies.: Ein Beschluss zur rechten Zeit. In: Neues Deutschland. 21. Jg./Nr. 351. 22.12.1966. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 165.] DDR. Dokumente. S. 295/296.

²⁹⁵⁰ Vgl. Bericht zur Frauenemanzipation. Ebenda.

²⁹⁵¹ Vgl. Budde: Frauen der Intelligenz. S. 311f.

²⁹⁵² Anm.: So legte das Familiengesetz von 1966 einerseits fest, dass die Ehegatten „ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten“ hätten, dass „beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können“. (Aus dem Familiengesetzbuch der DDR. 1.4.1966. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. 1966. Teil I. S. 2ff. Abgedruckt in: [Dokument Nr. 164.] DDR. Dokumente. S. 294/295.) Dies, wie auch die mit dem Gesetz erteilte gemeinschaftliche Aufgabe beider Elternteile in der Kindererziehung, nahm das Gesetz jedoch wieder zurück, indem es festschrieb, dass das Verhältnis der Ehepartner zueinander so zu gestalten wäre, dass „die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann“. (Helwig, G.: Einleitung. In: Frauen in Deutschland 1945-1992. Hrsg. von G. Helwig und H.M. Nickel. Berlin 1993. S. 9-21. S. 11ff. Zitiert nach: Budde: Frauen der Intelligenz. S. 313.)

3 Zusammenfassung/Ergebnisse

1. Das DPZI wurde im September 1949 in der Tradition des seit 1915 bestehenden Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht als eine dem Volksbildungsministerium direkt unterstellte Einrichtung mit dem Ziel gegründet, im Interesse der Bildungs- und Gesellschaftsreform Lehrerbildungs- und Lehrplanaufgaben zu erfüllen. Sowohl in der pädagogischen Wissenschaft als auch im Schulwesen hatten in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg pädagogische Ansätze der Weimarer Republik dominiert. Hingegen wurde das Forschungs- und Aufgabenprofil des DPZI an den Bedürfnissen der Bildungspolitik von SMAD und SED-Führung ausgerichtet. In diesem Sinne sollte das Institut auf pädagogisch-wissenschaftlicher Ebene als wissenschaftspolitisches Steuerungsinstrument gegenüber den Pädagogischen Fakultäten der Universitäten fungieren und generell die bildungspolitische Tendenzwende im Zeitraum seit der DDR-Gründung erziehungswissenschaftlich begleiten.

Als dem Ministerium für Volksbildung direkt nachgeordnete Einrichtung fungierte das DPZI als erster zentraler Ansprechpartner der bildungspolitischen Administration in pädagogisch-wissenschaftlichen Angelegenheiten. Insofern können die institutionellen Entwicklungen der ca. zwanzigjährigen Geschichte des DPZI als richtungweisend und exemplarisch für die Herausbildung der pädagogischen Wissenschaft in der DDR gelten. In den Zäsuren und Entwicklungsphasen der DPZI-Geschichte bildet sich die Geschichte von Bildungspolitik und (wissenschaftlicher) Pädagogik in der DDR ab – die Stalinisierung der 1950er Jahre, die Tauwetterperiode und die bildungspolitischen Disziplinierungswellen sowie die mit der steigenden gesellschaftspolitischen Stabilität verbundene stärkere Versachlichung, und zwar parallel zur zunehmenden Ökonomisierung und bildungspolitischen Überwachung der Pädagogik in den 1960er Jahren. Die politisch-ideologische Steuerung von Wissenschaft mit ihren totalitären Ansprüchen auf der kognitiven, personellen und strukturellen Ebene kann insgesamt kaum bestritten werden, stieß jedoch in der komplexen Realität des Institutslebens auch auf ihre Grenzen.

2. Die mehrfachen, nahezu permanenten strukturellen und personellen Umbrüche im DPZI während der gesamten Zeit seines Bestehens müssen in den Kontext des mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Verhältnissen verbundenen sich (mehrfach) wandelnden Wissenschaftsverständnisses und den damit einhergehenden neuen Anforderungen an die pädagogische Wissenschaft bzw. deren Akteure eingeordnet werden. Dabei sind die Bedingungen der 1950er und 1960er Jahre, die durch die Krisenjahre 1959-1961 miteinander verbunden sind, grundlegend zu differenzieren – im Hinblick auf die veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und bildungspolitischen Hintergründe vor und nach dem Mauerbau, die sich in unterschiedlicher Weise auf der personellen, strukturellen und kognitiven Ebene, d.h. vor allem in den untersuchten inhaltlichen Schwerpunkten der Institutsarbeit, ausgewirkt haben. Die strukturellen Umgestaltungen der 1950er Jahre waren in stärkerem Maße auf die wissenschaftliche Profilierung gerichtet als in den 1960er Jahren, in denen bildungspolitische Abforderungen des MfV, Kriterien der Rationalisierung bzw. Kosteneinsparungen sowie die Schaffung effektiver Leit- und Kontrollstrukturen in den Vordergrund rückten. Ebenso standen in den personellen Umbrüchen der 1950er Jahre kaderpolitische Erwägungen im Mittelpunkt, nach dem Generationenwechsel im Bildungswesen in den 1960er Jahren hingegen die Profilierung des Instituts und der Ausbau von Forschungsdisziplinen nach den Vorstellungen der bildungspolitischen Administration.

Dabei kann die Situation der Wissenschaftler in den 1950er Jahren als ein Lavieren „zwischen Parteilichkeit und Professionalität“²⁹⁵³ plakatiert werden, während sie sich in den 1960er Jahren zunehmend auf dem Weg zur „Parteilichkeit in der Professionalität“²⁹⁵⁴ befanden. Möglich machte dies der mit einem umfassenden Kaderaustausch verbundene Generationenwechsel auf der Leitungsebene, der sich im DPZI in drastischer Weise 1958 vollzog. Erst die in der DDR ausgebildete Generation von Wissenschaftlern schien durch ihre vergleichsweise größere Bereitschaft, Wissenschaft in den Dienst der Politik zu stellen, in der Lage, eine Verbindung von Parteilichkeit und Wissenschaft herzustellen – zumindest auf wissenschaftlicher und parteiorganisatorischer *Führungsebene* des DPZI. Lückenlos setzte sich die politische Instrumentalisierung der Pädagogik auf der personellen Ebene bis zum Ende des DPZI nicht durch. Dabei offenbarten sowohl die strukturellen als auch die personellen Bewegungen der 1960er Jahre die Schwachstellen in den administrativen Steuerungsversuchen.

Diese zeitlich versetzte Betrachtung beider Ansätze zur DDR-Wissenschaft im Hinblick auf das Institut äußerte sich auch besonders im Verhältnis des DPZI als (im Selbstverständnis) Vertreter der pädagogischen Wissenschaft zum Ministerium für Volksbildung als Repräsentant der Bildungsadministration, das in den 1950er Jahren von Widerstand und Unterwerfung, in den 1960er Jahren von weitgehendem Arrangement und Beteiligung an der Bildungsadministration gekennzeichnet war.

3. Im Laufe der DPZI-Geschichte änderte sich mit den Anforderungen der SED-Politik an die Wissenschaft auch im Institut das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Verständnis der wissenschaftlichen Akteure.

Das Verständnis von pädagogischer Wissenschaft und Forschung in ihrem Verhältnis zur Politik prägten in den 1950er Jahren Wissenschaftler, die nach den traditionellen akademischen Vorstellungen der Weimarer Republik ausgebildet worden waren, d.h. im Sinne einer Trennung von Wissenschaft und Politik.

In den restriktiven stalinistisch geprägten Anfangsjahren des DPZI, in denen sich das Schulwesen den Lehrplänen der UdSSR und die Pädagogik der DDR den politischen Vorgaben der SED, d.h. der Orientierung am sowjetischen Vorbild, zu unterwerfen hatte, standen die Wissenschaftler im DPZI diesen Anforderungen teilweise ratlos gegenüber – auch noch nach dem ersten vom DPZI durchlebten Personalaustausch im Jahre 1950/51. Bei den durch den Überhang von Aufgaben in der Lehrerbildung und Lehrplanarbeit *begrenzten* Möglichkeiten zur Theoriediskussion zeigten sich dennoch Ansätze einer empirisch basierten, originären (ost-) deutschen Pädagogik. In der darauf folgenden so genannten Tauwetterperiode mischten sich Mitarbeiter des DPZI in öffentliche wissenschaftliche Diskussionen ein und stellten sich, auf die eigene fachwissenschaftliche Kompetenz gestützt, notfalls auch gegen bildungspolitische Vorgaben von Vertretern der Administration im MfV. Zudem ermöglichte der 1955 zur Führung der pädagogischen Wissenschaft gegründete Wissenschaftliche Rat am Institut, dem auch namhafte Universitätswissenschaftler angehörten, und die seit 1950 vom DPZI herausgegebene Fachzeitschrift „Pädagogik“ mit der 1953 eingeführten Rubrik „Pädagogische Diskussion“ eine aktive Beteiligung an den fachwissenschaftlichen Diskussionen der DDR. Dabei wirkte sicherlich unterstützend, dass vor dem Hintergrund, dass die SED-Spitze während der 1950er Jahre von parteiinternen Machtkämpfen mehrfach zerstritten war, auf lange Sicht keine einheitliche schulpolitische Leitlinie administrativ durchgesetzt werden konnte. Die jeweiligen Leitlinien, wie die Erforschung

²⁹⁵³ Vgl. Jaraus: Vom Zusammenbruch zur Erneuerung.

²⁹⁵⁴ Vgl. Sabrow: Parteiliches Wissenschaftsideal. S. 202.

der patriotischen Erziehung oder der polytechnischen Bildung und Erziehung, wurden nur beiläufig in die laufenden wissenschaftlichen Arbeiten aufgenommen. Dennoch ergab sich für das DPZI die brisante Chance, sich zwischen einem in sich uneinigen und häufig wechselnden bildungspolitischen Führungspersonal sowie der durchaus abgeforderten Beteiligung an den schultheoretischen Diskussionen pädagogisch-wissenschaftlich zu positionieren. Damit boten sich zum einen Gelegenheiten, eigene fachwissenschaftliche und schultheoretische Ansichten zu begründen und mitunter sogar offensiv zu vertreten. Zum anderen trug das DPZI in der Konsequenz der dem Institut zugemessenen bildungspolitischen Bedeutung weitaus schwerer an der parteipolitisch veranlassten Disziplinierung 1958, wobei rund 50 Prozent des wissenschaftlichen Personals aus dem Institut entfernt wurden gegenüber nur zehn Prozent im MfV. Betroffen waren vor allem diejenigen Institutsmitarbeiter, die sich in schulpolitisch unerwünschter Weise öffentlich geäußert, d.h. beispielsweise für die Stoffentlastung der Lehrpläne plädiert hatten. Die verbliebenen wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden wieder auf schul- und wissenschaftspolitischen Kurs der SED gebracht und im unmittelbaren Interesse der Bildungsadministration für die Popularisierung und Legitimierung von Richtlinien der SED-Schulpolitik sowie für die Kontrolle der Schulpraxis funktionalisiert.

Bei der seit den Krisenjahren 1960/61 institutionell angestrebten Neuformierung des DPZI als Forschungsinstitut konnte sich das Institut auf eine in der DDR ausgebildete und in der SED organisierte Wissenschaftlergeneration stützen, welche den Marxismus-Leninismus als wissenschaftstheoretische Grundlage ihrer Arbeit verinnerlicht hatte. Die neue Wissenschaftlergeneration übernahm nun die Führungspositionen im Institut, die sich mit der gleichzeitigen Errichtung von bleibenden (Leitungs-) Strukturen im DPZI verfestigte und Nachwuchswissenschaftlern künftig die Aufstiegsmöglichkeiten verschloss. Das eigene Bekenntnis zur SED-Bildungspolitik korrespondierte mit dem Anspruch, das DPZI unter Anerkennung eines nicht nur parteilichen, sondern auch ökonomistisch geprägten Wissenschaftsverständnisses zur pädagogisch-wissenschaftlichen Leitinstitution in der DDR zu profilieren. Aufgabe der pädagogischen Wissenschaft war es nach dem weitgehenden Ausschluss von Diskussionen über Mängel in der Schulpolitik und -pädagogik mit dem Bildungsgesetz von 1965, die bis dahin geschaffenen bildungspolitischen Grundlagen zu verwalten, legitimieren, verbreiten und theoretisch zu differenzieren. In diesem weitaus stabileren gesellschaftlichen, aber auch insgesamt politisch-ideologisch abgeschotteteren Rahmen als in den 1950er Jahren schienen diese Wissenschaftler tendenziell mehr dazu bereit, die Indienstnahme der institutseigenen Forschungen für die Umsetzung von gesellschaftspolitischen Zielen und Vorgaben der SED zu akzeptieren als es ihre früheren Vorgesetzten gewesen sind. Dennoch wurde diese tendenzielle Bereitschaft, die wissenschaftliche Arbeit in den Dienst der SED-Politik zu stellen, zumindest aus Sicht des Leitungspersonals des DPZI auch immer wieder durchbrochen. So konnten im Institut einzelne wissenschafts- und schulpolitische Richtlinien nicht vollständig durchgesetzt werden. Immer wieder klagte trotz aller Steuerungsbemühungen durch Verordnungen und Pläne auch in den 1960er Jahren das Leitungspersonal des DPZI über mangelnde Berücksichtigung von schulpolitischen Vorgaben in den Hauptarbeitspunkten sowie über die Trennung von fachlicher und ideologischer Arbeit zugunsten der fachlichen Arbeit, d.h. die vermeintliche Verweigerung der „Einheit von Wissenschaft und Parteilichkeit“. Offenbar beschränkte sich also das Engagement verschiedener wissenschaftlicher Mitarbeiter des DPZI für die Parteilichkeit in der Wissenschaft auf das Minimum. Die gelegentlichen Bestrebungen im Institut, sich den parteipolitischen Forschungsvorgaben in der pädagogischen Wissenschaft zugunsten eigener Forschungsinteressen zu entziehen, brachten in der Folge eine immer größere Ausweitung der Leitungs- und Kontrollstrukturen hervor. Der ständige Ausbau von Leitungsstrukturen durch Personal,

Pläne und Ordnungen verweist damit aber auch unzweifelhaft auf die Schwächen in den totalitären Kontroll- und Überwachungsbestrebungen der bildungspolitischen Administration über die pädagogische Wissenschaft.

4. Im Zusammenhang mit den wechselnden parteipolitischen Leitlinien der SED sowohl in gesellschaftlichen Fragen, als auch die Wirtschaft, die Wissenschaft und das Bildungswesen der DDR betreffend sowie der damit verbundenen Ressourcenverteilung veränderten sich auch im DPZI die Arbeitsschwerpunkte und der strukturell-institutionelle Aufbau.

In den gesellschafts- und wissenschaftspolitisch besonders wechselhaften 1950er Jahren erwiesen sich die schulpraktisch relevanten Aufgaben, insbesondere die Lehrerbildung und die Lehrplanerarbeitung, als verlässliche Stütze in Krisenzeiten, wenn das Institut in der Kritik stand. Überdies dienten sie von Anfang an als Abgrenzungskriterium zu den Universitäten, damit als Legitimation des Instituts und wurden vom DPZI selbst wiederholt als Schwerpunkte der eigenen wissenschaftlich-pädagogischen Arbeit forciert – vor allem, da die zentrale Forschungs koordinierung dem DPZI von der Bildungsadministration zwar zuerkannt worden war, jedoch noch nicht verwirklicht werden konnte. Andererseits führte der Druck der Erwartungen von Schulpraxis und politischer Administration besonders zu Anfang der 1950er Jahre dazu, dass die Grundlagenarbeit für die pädagogische Wissenschaft der DDR im DPZI weitgehend in den Hintergrund gedrängt wurde.

Während der Tauwetterperiode Mitte der 1950er Jahre intensivierte das DPZI seine Bestrebungen, eigene theoretische Grundsätze zu entwickeln. Im Zusammenhang damit wurden nicht nur das nationale pädagogische Erbe und die Psychologie als strukturelle Schwerpunkte institutionalisiert, es begann auch die verstärkte Beschäftigung mit empirischer Forschung in der Pädagogik bzw. mit der hypothesengleiteten experimentellen Empirie. Empirische Untersuchungen richteten sich dabei (zunächst) über die Lehrplanerprobung hinaus auch auf die Erforschung pädagogischer Grundsätze. Mit dem Ende der Tauwetterperiode mussten sich die nach der personalpolitischen Disziplinierung von 1958 verbliebenen Wissenschaftler im DPZI jedoch der ideologischen Offensive der SED beugen, die sich von der Popularisierung und Durchsetzung des sozialistischen Erziehungszieles im Bildungswesen bis hin zur Neuausrichtung des empirischen Forschungsbereichs erstreckte. Denn in der Experimentalforschung markierte nunmehr die Hinterfragung von Zielen der Bildung und Erziehung die erziehungswissenschaftliche Tabuzone und damit gewann die Erforschung der Methoden zur (möglichst effektiven) Vermittlung von Bildungs- und Erziehungszielen im DPZI immens an Bedeutung. Durch diese rigorose Orientierung der theoretischen und empirischen Forschungs- sowie der Entwicklungsarbeiten auf die Verwertung für die pädagogische Praxis kehrte das Institut zum Betätigungsfeld seiner Gründungszeit zurück: Lehrerbildung und Lehrplanarbeit. Unterrichtsmethodische und -theoretische Probleme standen dabei im Mittelpunkt und führten teilweise sogar zu Kontroversen, z.B. im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichts. Als weiterer schulpolitischer Schwerpunkt wurde auf Geheiß der Bildungsadministration im DPZI auch das Gebiet der Polytechnik strukturell-institutionell ausgebaut, d.h. zur Sektion erweitert. Die Bereiche Psychologie und Geschichte der Pädagogik wurden dagegen institutionell ausgegliedert bzw. zurückgestuft, die vom Institut angestrebte pädagogische Grundlagenforschung wiederum auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die theoretischen Grundlagen der wissenschaftlichen Pädagogik blieben somit auf der Strecke, Inhalte und deren Gewichtung ungeklärt. Nicht zuletzt waren es solche Unsicherheiten in den theoretischen Grundsätzen, die zu den unzähligen Strukturmaßnahmen im DPZI beitrugen. Aber auch durch die Forcierung schulpolitischer Schwerpunkte am Institut durch die

bildungspolitische Administration entstand ein äußerst brüchiges strukturelles Institutsgefüge, in dem einzelne Strukturen nicht arbeitsfähig waren und später wieder korrigiert werden mussten. Im Zusammenhang damit ragte die Gründung der Sektion für Polytechnik besonders heraus. Die Gründung erfolgte, obwohl noch keine entsprechenden Bedingungen, vor allem personeller aber auch finanzieller Art, im DPZI vorhanden waren. Dass die Neugründung misslang, deutet zudem die Grenzen der administrativen Verfügungsgewalt an.

Mit der nach dem Mauerbau einsetzenden stabileren gesellschaftlichen Lage befasste sich das DPZI stärker mit grundlegenden empirisch-methodologischen Fragen. Bedeutung erlangte dieses Gebiet vor allem bei dem mit der Orientierung auf die Wirtschaft verbundenen künftigen Aktualisierungsauftrag an die pädagogische Wissenschaft, nach dem der Bildungsinhalt den jeweiligen Neuerungen von Technik und Kultur angepasst werden sollte. Eine neue Qualität erreichte die Aktualisierungs- und Anpassungsfunktion der pädagogischen Wissenschaft mit der „prognostischen Vorlaufforschung“. Dem DPZI fiel dadurch die Aufgabe zu, über die auf empirische Untersuchungen gestützte Lehrplanentwicklung der Volkswirtschaft geeignete Fachkräfte zuzuführen. Mit der Ausrichtung der Pädagogik auf die Ökonomie etablierten sich auf struktureller Ebene im DPZI neue Fachdisziplinen wie die Kybernetik, die Bildungsökonomie, die Bildungssoziologie, der Programmierte Unterricht sowie Perspektiven und Prognose im Bildungswesen, um Lernprozesse effizienter steuern und an die Forderungen von Wirtschaft und Politik anpassen zu können. Überdies wurden diejenigen bereits bestehenden Disziplinen, z.B. die außerschulische und ideologische Erziehung sowie die pädagogische Psychologie und Polytechnik, institutionell gefördert, von denen sich die politischen Machthaber eine effizientere Vermittlung von Bildungs- und Erziehungszielen versprachen bzw. eine hohe Anpassung an wirtschaftliche Forderungen – beispielsweise im Sinne der Ausrichtung der Polytechnik auf die Produktionsprozesse der Volkswirtschaft für die Ausbildung künftiger Facharbeiter. Doch nicht nur auf die Schulpraxis bezogen rückten ökonomische Aspekte in den Mittelpunkt, sondern auch auf strukturell-institutioneller Ebene. Von den wirtschaftlichen Reformbestrebungen der 1960er Jahre ausgehend beschloss das MfV aus Kostengründen die Zusammenlegung dreier nachgeordneter Institute: DPZI, Deutsches Zentralinstitut für Lehrmittel (DZL) und Deutsches Institut für Berufsbildung (DifB). Dem DPZI fielen damit weitere schulpraktisch relevante Betätigungsfelder zu, im Bereich der Lehrmittelentwicklung und zumindest zeitweilig in der Berufsbildung. Dabei gelang es dem DPZI sogar, (Personal-) Kosten einzusparen und seinen Kaderbestand zulasten der beiden anderen Institute aufzustocken. Das ökonomische Primat erreichte aber über diese strukturelle Ebene hinaus auch die Organisationsformen von pädagogischer Wissenschaft und Forschung im DPZI, die auf die wirtschaftlichen Grundsätze der Effektivität bzw. der Kosten-Nutzen-Optimierung ausgerichtet wurden. Dieser Druck von der Wirtschaft, Schulpraxis und Bildungsadministration verhinderte erneut bis Mitte der 1960er Jahre, pädagogische Grundlagenforschung im DPZI zu etablieren oder zumindest begrifflich zu klären, obwohl der Wissenschaftliche Rat des MfV die Grundlagenforschung für die prognostischen Arbeiten in der Pädagogik als relevant erachtete. Insgesamt zielten die Umstrukturierungen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre und der personelle Ausbau auf die Realisierung von wirtschafts- und bildungspolitischen Bedürfnissen der politischen Administration ab, d.h. auf die effiziente Institutionalisierung von praxiswirksamen pädagogischen Disziplinen (Lehrplanentwicklung, Unterrichtsmittelentwicklung und vor allem die Berufsausbildung; später Bildungsökonomie, -soziologie und -planung). Die personellen Ressourcen wurden dabei entsprechend der administrativen Anliegen zugeteilt. Unter diesen Umständen musste Grundlagenforschung auch in den 1960er Jahren im Institut zurückbleiben. So beugte sich eine Hälfte der Institutsarbeit noch 1969

den unmittelbaren Erfordernissen der Schulpraxis, die andere Hälfte verteilte sich auf Forschungsleitung und -kontrolle sowie Perspektivplanung.

5. Die dem DPZI zugeordneten Arbeitsschwerpunkte bestimmten nicht nur dessen strukturellen Aufbau, sondern insgesamt betrachtet auch seine Funktion und seinen Status. Das sowohl innerhalb des DPZI als auch administrativ unklar definierte bzw. wechselnde institutionelle Aufgabenprofil führte in diesem Zusammenhang zu den häufigen, das Institut belastenden Umstrukturierungen. Dabei sah sich das DPZI bzw. dessen Leitung, welche für das Institut die Funktion eines zentralen leitenden pädagogischen Forschungsinstituts der DDR anstrebte, immer wieder mit der Realität einer dem MfV nachgeordneten Dienststelle konfrontiert. Eng gekoppelt an die Behandlung des DPZI als nachgeordnete Dienststelle und das diesem Umstand konträr entgegenstehende Bestreben des DPZI, leitendes Forschungsinstitut sein zu wollen, war zudem die sich verändernde Beziehung zwischen MfV und Institut.

In den 1950er Jahren entwickelte sich das Verhältnis zwischen dem DPZI und dem MfV zu einem spannungsgeladenen Tauziehen. Zum einen war das MfV auf das DPZI angewiesen, z.B. bezüglich der Ausarbeitung von Dokumenten wie Bildungsgesetzen oder der Vorbereitung von Pädagogischen Kongressen und Konferenzen. Außerdem wäre ohne dessen Fachkompetenz die Lehrerbildung und die Lehrplanentwicklung nicht möglich gewesen. Dafür sprechen die gescheiterten Versuche in den 1950er Jahren, beides dem MfV zu übertragen sowie auch der vergleichsweise geringe Akademisierungsgrad im Ministerium. Das DPZI konnte in diesem Bewusstsein den Status eines leitenden Forschungsinstituts als Gegenleistung einfordern. Zum anderen übte das MfV über die Ressourcenzuteilung finanziellen Druck auf das DPZI aus und überwachte auf diesem Weg auch die institutionellen Entwicklungen.

Bis 1953 prägte ein stärker repressives Verhalten von ministerieller Seite aus die Beziehungen zwischen MfV und DPZI als in der Tauwetterperiode. Der zum Gründungszeitpunkt im Statut festgelegte Auftrag zur Theoriebildung und Forschungsleitung fiel schon kurz nach der Gründung hinter die Anforderungen von staatlich organisierter Schulpraxis und Lehrerbildung zurück. Zudem belasteten das DPZI in seiner Konstituierungszeit die vergleichsweise schlechten materiellen Bedingungen. Die verfügbaren finanziellen Ressourcen, z.B. für Personal (sowohl die Höhe des Gehalts als auch die Planstellenanzahl betreffend) waren gemessen an den Verhältnissen in den Universitäten und sogar an den Schulen ausgesprochen gering. Das Institut nahm nicht nur in seiner Position als nachgeordnete Einrichtung des MfV, sondern auch in Besoldungsfragen mehr den Status einer Verwaltungsinstitution als den eines leitenden Forschungsinstituts ein. Überdies verweigerte das Ministerium dem DPZI die Kontrolle über die pädagogische Wissenschaft und Forschung in der DDR sowie weitgehend über eigene Forschungsinteressen. In diesem Kontext scheiterte auch 1952 der Versuch des DPZI, sich teilweise in seiner institutionellen Anbindung vom MfV zu lösen und gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen die Forschungsleitung zu übernehmen.

Während der Tauwetterperiode Mitte der 1950er Jahre prallten die Ansprüche des DPZI, sich als leitendes Forschungsinstitut zu profilieren, und die des MfV, seine nachgeordnete Dienststelle zur Raison zu bringen, am stärksten aufeinander und die Beziehungen zwischen DPZI und MfV verschlechterten sich zusehends. In dieser Zeit des „Tauwetters“ in der DDR bemühte sich das DPZI um ein institutionelles Gefüge mit neuen strukturellen Schwerpunkten. Damit verknüpft war die Hoffnung, sich endlich als zentrales Forschungsinstitut profilieren zu können, statt weiterhin auf die ministerielle

Zuarbeit beschränkt zu werden und überdies einen hohen Aufwand für Verwaltungsarbeit betreiben zu müssen. Im Ausgleich zu den geforderten Forschungskompetenzen richtete sich das DPZI im Kontext der Legitimationsproblematik der Pädagogik sowie auch des Instituts selbst zwar weiter auf die Schulpraxis aus, wodurch die auch von administrativer Seite abverlangte wissenschaftliche Anleitung und Koordinierung der Arbeit auf pädagogischem Gebiet in der DDR durch das DPZI nicht geleistet werden konnte. In der Verteilung personeller Ressourcen gelang es dem Institut aber, eigene Vorstellungen zum Profil des DPZI unterzubringen – bei gleichzeitiger Beachtung des Hauptinteresses des MfV: der Lehrplanarbeit. Das zunehmend selbstbewusste und fordernde Auftreten des DPZI im Gefolge der mit den gesellschaftlichen Entwicklungen einhergehenden Schwächung der Administration trübte das Verhältnis von MfV und DPZI jedoch deutlich. Trotz der Wahrung der parteipolitischen Linie der SED durch das DPZI nach dem 17.6.1953 kam es zu enormen Spannungen zwischen dem MfV und dem Institut. Besonders die unklare Aufgabenverteilung bzw. -abstimmung zwischen beiden Einrichtungen, z.B. bezüglich der Lehrplanarbeiten, hatte den Konflikt noch zusätzlich geschürt. 1954 musste das DPZI seine Arbeit betreffend vom Ministerium scharfe Kritik entgegennehmen. Außerdem versuchte das MfV, seine kaderpolitischen Interessen im Institut durchzusetzen. Wenngleich dem MfV auf personeller Ebene damit Erfolge gelangen, wies das DPZI Angriffe auf die inhaltliche Arbeit zumindest intern heftig zurück und rückte auch nicht mehr von seinen immer neuen Forderungen nach struktureller und personeller Expansion ab. Die in der Tauwetterperiode mit den gelockerten wissenschaftspolitischen Bedingungen und der stärkeren eigenmotivierten Umsetzung von Forschungsinteressen des DPZI im Institut aufkeimenden freieren Diskussionen im DPZI bzw. von Institutsangehörigen in der pädagogisch-wissenschaftlichen Öffentlichkeit galten dem MfV kurz darauf als Warnung bezüglich der politischen Zuverlässigkeit des Instituts.

Mit der parteipolitischen Disziplinierung Ende der 1950er Jahre setzte das Ministerium für Volksbildung seine strukturellen Forderungen im DPZI wieder rigoros durch und band sie strikt an schulpolitische Vorgaben. Das Ministerium für Volksbildung bzw. die stellvertretende Ministerin M. Honecker setzte alles daran, das Institut auf die Funktion der nachgeordneten Dienststelle zu verweisen. Der Wissenschaftliche Rat des DPZI wurde auf Geheiß der Bildungsadministration als forschungsleitendes Gremium der Pädagogik in der DDR aufgelöst und am Ministerium für Volksbildung ein eigener Wissenschaftlicher Rat gegründet, der die frühere Funktion des Rates des DPZI übernahm. Dennoch schien im DPZI die Hoffnung auf den Status als führendes pädagogisches Forschungsinstitut der DDR noch nicht aufgegeben worden zu sein. Unter dem Eindruck der Zugeständnisse an das MfV auf struktureller und personeller Ebene sowie die Arbeitsschwerpunkte betreffend erhoffte sich das DPZI eine maßgebende oder zumindest gleichberechtigte Teilhabe an der Leitung von pädagogischer Wissenschaft und Forschung in der DDR. Symptomatisch hierfür war beispielsweise die Vorstellung eines „Viererkopfes“, die 1959 kursierte und eine Gleichberechtigung von MfV, DPZI, Verlag Volk und Wissen und dem Lehrmittelinstitut im Bildungswesen unterstellte. Außerdem plante das Institut für die Nachfolge seines aufgelösten Wissenschaftlichen Rates einen Forschungsrat mit weit reichenden Befugnissen in der Koordinierung der pädagogischen Forschung in der DDR. Wie die Idee des „Viererkopfes“ verschwand jedoch wenig später auch die des Forschungsrates am DPZI. Das MfV stellte bezüglich der angestrebten Leitungskompetenzen in der pädagogischen Wissenschaft durch das DPZI die untergeordnete Funktion des Instituts eindeutig klar und machte alle Hoffnungen des Instituts auf eine gleichberechtigte Existenz *neben* und Zusammenarbeit *mit* dem Ministerium zunichte. Die Wissenschaftler des Instituts behandelte das MfV wie ministerielle Zuarbeiter, die es für die pädagogische Propaganda instrumentalisierte.

Anfang der 1960er Jahre integrierte das Ministerium führende Vertreter des DPZI dann aber zunehmend in seinen Wissenschaftlichen Rat und beteiligte das Institut damit wieder allmählich und unter ministerieller Aufsicht an forschungsleitenden Aufgaben. Das Verhältnis zwischen MfV und DPZI differenzierte sich auf diesem Wege besonders auf der persönlichen Ebene. Unter der Maßgabe der Akzeptanz der Vorherrschaft der bildungspolitischen Administration (d.h. für das DPZI in erster Linie des MfV) schien im Institut die Erkenntnis heranzureifen, dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen pädagogisch-wissenschaftliche Arbeit nur mit, aber nicht gegen das MfV möglich war. Mit der Bündelung der ministeriellen Kontrolle über DPZI, DZL und DfB bei deren institutioneller Zusammenlegung an einer Stelle konnten über mehrjährige binnenstrukturelle Maßnahmen im DPZI Leitungsstrukturen ausgebaut und auch stabile Strukturen in Vorbereitung der APW-Gründung aufgebaut werden. Diese Entwicklungen nährten im DPZI die Hoffnung auf künftige langfristige Forschungsmöglichkeiten und die Profilierung des DPZI bzw. der APW als leitende Forschungsinstitution. Jedoch ließ es sich das MfV nicht nehmen, sowohl die Gründung als auch die künftigen Tätigkeiten der Akademie genau zu überwachen. In diesem Sinne fand die APW-Gründung „von oben“ durch das Ministerium und die Leitung des DPZI statt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des DPZI besaßen kein Mitspracherecht und standen letztendlich vor vollendeten Tatsachen. Ende der 1960er Jahre und bei der Akademiegründung hatte das DPZI somit zwar formal die Funktion eines leitenden pädagogischen Forschungsinstituts der DDR erreicht, blieb aber prinzipiell eine nachgeordnete Verwaltungsinstitution des MfV. Da sein Einflussbereich auf die pädagogische Wissenschaft und Forschung vom MfV auf ein Minimum zurechtgestutzt worden war, stand sein Status als leitendes, selbstständiges, selbstbestimmtes Forschungsinstitut weitgehend in Frage. Andererseits verschmolz das Institut in manchen Bereichen auch mit der Bildungsadministration – auf der personellen Ebene im Wissenschaftlichen Rat des MfV, auf der kognitiven Ebene arbeitete das DPZI an den Forschungs- und Perspektivplänen sowie am Bildungsgesetz von 1965 mit (jedoch ohne letztinstanzliche Entscheidungskompetenzen bezüglich der Inhalte).

Das frühere Tauziehen im Verhältnis zwischen Ministerium und DPZI darum, ob die administrative oder fachwissenschaftliche Autorität im Bildungswesen größeren Einfluss haben müsse, wich einem vom Arrangement geprägten Verhältnis. Mit der wachsenden Versachlichung des Umgangs der einzelnen Vertreter beider Einrichtungen trat eine Normalisierung im pädagogischen Wissenschaftsalltag ein. Auf der Grundlage von Kontrolle und Beteiligung wurden die Leitungsstrukturen in den 1960er Jahren sukzessiv ausgebaut und profiliert sowie schließlich *versucht*, diese in der APW zu manifestieren.

Anhang A – Formale Grundsätze

Ergänzend zur Einleitung, die bereits verschiedene Punkte zum Aufbau der Studie darlegt, sollen hier noch kurz ein paar formale Aspekte angesprochen werden.

Die Namen der einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen des DPZI bleiben weitgehend anonym – zum einen aus Gründen des Datenschutzes, zum anderen ist die namentliche Aufführung jedes/r Wissenschaftlers/in für die Forschungszwecke dieser Studie unerheblich und würde darüber hinaus deren Rahmen sprengen. Lediglich die Mitarbeiter/innen auf den obersten Leitungsebenen, die auch Einfluss auf die Forschungsplanung hatten, werden aus Gründen der Forschungsrelevanz namentlich erfasst. Dadurch lassen sich beispielsweise die Kontinuitäten und Brüche auf der personellen Ebene nachzeichnen. Abgesehen davon sind die Namen des leitenden Personals des DPZI mit ihren dortigen Funktionen hinlänglich aus z.B. zeitgenössischen Periodika sowie aus veröffentlichten biographischen Selbstzeugnissen ehemaliger leitender DPZI-Mitarbeiter (Neuner, Günther) bekannt.

Aus den vielen möglichen Standards zur wissenschaftlichen Zitierweise wird hier einer derjenigen verwendet, der die Quellenangabe in der Fußnote vornimmt. Bei der Erstnennung der Sekundärquelle wird diese vollständig wiedergegeben, danach in verkürzter Form, die sich nach den Angaben im Literaturverzeichnis richtet.²⁹⁵⁵ Primärquellen, in diesem Fall die archivalischen Quellen, werden jedesmal vollständig angegeben und zwar nach den diesbezüglichen Hinweisen der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung zur Zitierweise.²⁹⁵⁶ Bei Quellen aus zweiter Hand werden zwei verschiedene Möglichkeiten zur Zitatangabe verwendet.²⁹⁵⁷ Liegt das Gewicht auf der ursprünglichen Quelle oder wird diese direkt zitiert, dann erfolgt deren Angabe an erster Stelle und zwar genauso, wie sie in der Quelle genannt ist, aus der sie zitiert wird.²⁹⁵⁸ Liegt das Gewicht dagegen auf der Schlussfolgerung oder Aussage in einer Quelle, die sich dabei auf eine andere Quelle bezieht, so wird diejenige Quelle zuerst angegeben, deren Aussage oder Schlussfolgerung zitiert wird. An zweiter Stelle folgt die Bezugsquelle – wiederum genauso, wie sie darin angegeben ist, woraus zitiert wird.²⁹⁵⁹

Ist die Fußnote vor einem Komma gesetzt, bezieht sich die Quellenangabe auf diesen Teilsatz bzw. den Satzteil bis zur vorhergehenden Fußnote. Steht sie hinter einem Komma, gilt sie für alle vorherigen Teilsätze. Ebenso gilt eine Quellenangabe vor einem Punkt für den letzten

²⁹⁵⁵ Anm.: Als Beispiel: Erstnennung: Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2000.

Im Folgenden: Geißler: Geschichte des Schulwesens.

²⁹⁵⁶ Siehe dazu auch die Homepage der BBF: www.bbf.dipf.de. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass alle archivalischen Quellen als unpaginiert gelten können, die nicht anders angegeben sind (z.B.: „Bl. 102-104.“).

²⁹⁵⁷ Anm.: Auch Eco differenziert bei Quellen aus zweiter Hand in zwei verschiedene Zitierweisen. (Vgl. Eco, Umberto: Wie man eine wissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt. Doktor-, Diplom-, und Magisterarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ins Deutsche übersetzt von Walter Schick. 11. unveränderte Auflage der deutschen Ausgabe. Heidelberg. C.F. Müller: 2005. S. 226f.)

²⁹⁵⁸ Anm.: Als Beispiel: BAB, DR 2/416, Bl. 21, DVfV. Vermerk, Besprechung mit Prof. Mitropolski am 15.11.1947. Zitiert nach: Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2000. S. 188.

²⁹⁵⁹ Anm.: Als Beispiel: Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2000. S. 402. Geißler bezieht sich auf: BAB, DR 2/5699, Bl. 2. Überprüfung der Oberschule Herzberg. 12.12.1954.

Teilsatz bzw. den Satzteil bis zur vorhergehenden Fußnote, hinter einem Punkt für den gesamten Satz. Ist die Fußnote an einen bestimmten Begriff gesetzt, der in der Anmerkung erläutert wird, gilt eine etwaige hinter den Teilsatz oder Satz gesetzte Quellenangabe dennoch für den gesamten Teilsatz oder Satz.

Für die Schreibweise von Zahlen gilt für diese Arbeit die Regel, dass alle Zahlen bis zwölf ausgeschrieben werden – es sei denn, es handelt sich nicht um die Angabe einer Anzahl, sondern um eine Nummerierung wie z.B. bei „Klasse 4“ oder „Abteilung 2“.

Da an dieser Stelle nicht alle in dieser Arbeit zur Anwendung gebrachten Grundregeln zur formalen Gestaltung von wissenschaftlichen Arbeiten aufgeführt werden können, bleibt abschließend nur zu bemerken, dass die formale Gestaltung im Bemühen darum vorgenommen wurde, „in sich stimmig“ zu sein und „konsequent angewendet“ zu werden²⁹⁶⁰.

²⁹⁶⁰ Anm.: Nach Eco können unter dieser Voraussetzung auch andere „Grundgesetze“ beim Zitieren angewendet werden. (Vgl. Eco: Wie man eine wissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt. S. 203.)

Anhang B – Abkürzungen

Abt.	Abteilung
APO	Abteilungsparteiorganisation
APW	Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
Arb.gr./AG	Arbeitsgruppe/Arbeitsgemeinschaft
BBF	Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung)
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
Bl.	Blatt
BPO	Betriebsparteiorganisation
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DifB	Deutsches Institut für Berufsbildung
DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
DLZ	Deutsche Lehrerzeitung
DPZI	Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut
DZfV/DVV	Deutsche (Zentral-) Verwaltung für Volksbildung
DZL	Deutsches Zentralinstitut für Lehrmittel
EOS	Erweiterte Oberschule
ESP	Einführung in die Sozialistische Produktion
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FG	Fachgebiet
HA	Hauptabteilung
IfL	Institut für Lehrerbildung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MdI	Ministerium des Innern
MDN	Mark der deutschen Notenbank
MfV	Ministerium für Volksbildung
MKO	Max-Kreuziger-Oberschule
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
OS	Oberschule

PH	Pädagogische Hochschule
PI	Pädagogisches Institut
Ref.	Referat
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAPMO- BArch.	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR – Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TZ	Technisches Zeichnen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UTP	Unterrichtstag in der Produktion
VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigungen Volkseigener Betriebe
VWV	Volk und Wissen Verlag
ZK	Zentralkomitee

Anhang C – Personenverzeichnis

Ahrbeck, H.	S. 182, 183
Alt, R.	S. 10, 53, 159, 174, 181, 182, 186, 362
Apel, E.	S. 309
Bargherr, E.	S. 14
Bauer, H.	S. 288
Becker, H. H.	S. 182, 183, 187, 217
Becker, H.	S. 288
Bennewitz, H.	S. 337
Benze, R.	S. 14
Berger, H.	S. 255/256, 288
Biermann, W.	S. 310
Brauer, H.	S. 258, 260
Breschnew, L. I.	S. 310
Bulganin, N. A.	S. 153
Chruschtschow, N. S.	S. 153, 171, 230, 310
Deiters, H.	S. 14, 144, 174, 175, 181, 182, 187
Diesterweg, A.	S. 10, 13, 26, 29, 158, 214
Dietzel, K.	S. 319
Dorst, W.	S. 35, 41, 44, 45, 50-53, 62, 66, 70, 71, 80-84, 113, 116, 121, 122, 134, 136, 137, 140, 144, 150, 165, 167, 168, 174, 177, 180, 187-189, 195, 221, 235, 255, 344, 362
Drefenstedt, E.	S. 257, 259, 336
Engels, F.	S. 91
Frankiewicz, H.	S. 257, 260, 280, 296, 322, 338, 339
Fröbel, F. W. A.	S. 10
Gehrisch, W.	S. 227, 259, 319
Gießmann, E.-J.	S. 331
Gontscharow, N. K.	S. 63, 148
Grotewohl, O.	S. 76, 94
Günther, K.-H.	S. 251, 256, 257, 268, 317, 373
Hager, K.	S. 184, 186, 356
Harich, W.	S. 172
Harig, K.	S. 174
Havemann, R.	S. 172
Herbart, J. F.	S. 158
Herrnstadt, R.	S. 95
Hilker, F.	S. 14
Hofmann, H.-G.	S. 256, 258, 260, 267, 281, 343, 348, 359, 361
Honecker, E.	S. 310, 311, 345
Honecker, M.	S. 216, 228, 234, 239, 252, 255, 271, 313, 315, 318-321, 327, 331,

	351, 361, 364, 371
Hortzschansky, W.	S. 277
Hruschka, E.	S. 53, 69, 71, 144, 145, 163
Jessipow, B.P.	S. 63
Kairow, I. A.	S. 63, 64
Kaiser, H.	S. 239, 242, 256, 257, 262, 266, 338, 362
Kath, W.	S. 197, 224, 258, 259, 265
Kennedy, J. F.	S. 231
Kerschensteiner, G.	S. 156, 187
Klauß, G.	S. 163, 167, 168, 181, 195-197, 220
König, H.	S. 320
Koreng, B.	S. 288
Korn, K.	S. 315, 319, 320, 324
Laabs, H.-J.	S. 97, 137, 139, 141, 142, 144, 145, 153, 165, 173, 174, 186, 188, 189, 191, 213
Lange, F.	S. 97, 145-147, 155, 160, 173, 179, 192
Lange, M. G.	S. 29
Lange, W.	S. 337
Leibniz, G. W.	S. 158
Lemnitz, A.	S. 192
Lenin, W. I.	S. 91
Lindner, H.	S. 258, 359
Lindner, W.	S. 197, 259, 280-282, 359
Litt, Th.	S. 183, 187, 217
Lorenz, W.	S. 191
Mader, O.	S. 336
Makarenko, A. S.	S. 102, 119, 120
Marquardt, E.	S. 15, 16, 21
Marx, K.	S. 91, 114
Mendyk, I.	S. 258
Mieskes, H.	S. 151, 152
Mitropolski, K. D.	S. 19, 29
Müller, E.	S. 337
Müller, H.	S. 196
Müller, M.	S. 196, 255
Mundorf, G.	S. 142, 156, 196, 197, 251, 362
Neigenfind, F.	S. 336
Neugebauer, W.	S. 162, 214
Neumann, A.	S. 184
Neuner, G.	S. 115, 175, 182, 234, 248, 256-258, 261, 265, 267, 273-275, 277, 278, 307, 308, 338, 342, 348, 350, 356, 357, 359, 361, 362, 373
Oelßner, F.	S. 94, 184, 185
Oppermann, L.	S. 257
Pallat, L.	S. 14

Pawlow, I. P.	S. 102, 103, 139, 148-151, 168
Piek, W.	S. 76
Radzioch, W.	S. 121, 122
Ratke, W.	S. 158
Rebisch, K.	S. 188, 189
Regener, L.	S. 81, 82
Rossa, E.	S. 336
Rücker, F.	S. 71
Sauer, J.	S. 197, 260, 353
Sauermann, E.	S. 234
Schrader, K.	S. 121, 182
Schirdewan, K.	S. 171, 184, 185
Scholze, F.-Th.	S. 196
Selbmann, F.	S. 184
Senf, H.	S. 281
Schdanow, A. A.	S. 24
Siebert, H.	S. 20, 22, 26-29, 32, 33, 49, 174, 175, 187, 257, 259, 362
Sothmann, K.	S. 15, 35, 44, 53, 75, 77
Spranger, E.	S. 187
Stalin, J. W.	S. 24, 60, 67-70, 91, 93, 101, 102, 106, 109, 119, 120, 159, 170, 232
Steinbach, W.	S. 277
Thälmann, E.	S. 161
Topp, E.	S. 292, 353
Torhorst, M.	S. 216
Uhlmann, W.	S. 53, 150, 178, 197
Ulbricht, W.	S. 26, 41, 94, 95, 107, 132, 143, 159, 169-171, 184, 185, 190, 231, 232, 270, 310, 345, 346
Wagner, K.-D.	S. 174, 175
Wandel, P.	S. 16, 20, 23, 30, 55, 59, 68, 77, 79, 82, 83, 88, 184, 185
Wander, K. F. W.	S. 26
Weiß, H.	S. 353
Weitendorf, F.	S. 336
Wilms, G.	S. 306
Winde, K.	S. 140
Wolf, W.	S. 181, 182
Wollweber, E.	S. 184, 185
Zaisser, E.	S. 32, 35, 50, 52, 94, 97, 98
Zaisser, W.	S. 52, 94, 95, 97
Ziller, G.	S. 184

Anhang D – Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Angestrebter Personalbestand im DPZI von Juni und September 1950.....	38
Abbildung 2: Tatsächliche personelle Besetzung im DPZI von Juni und September 1950	38
Abbildung 3: Anteil der im DPZI beschäftigten Frauen, 1950.....	39
Abbildung 4: Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen im DPZI, 1950	40
Abbildung 5: Personalbestand des DPZI von 1950 und 1951 im Vergleich	52
Abbildung 6: Stellenplan und tatsächliche personelle Besetzung des DPZI im Vergleich, Juni 1953.....	127
Abbildung 7: Stellenplan und tatsächliche personelle Besetzung des DPZI im Vergleich, September 1953.....	128
Abbildung 8: Personalbestand des DPZI von 1954 bis 1956 im Vergleich.....	164
Abbildung 9: Personalbestand des DPZI von 1956 und 1957 im Vergleich	179
Abbildung 10: Der Personalbestand im Leitungs- und wissenschaftlichen Fachpersonal des DPZI von 1957 bis 1959 im Vergleich.....	199
Abbildung 11: Der wissenschaftliche Personalbestand von DPZI, DIfB und DZL, erstes Halbjahr 1962.....	279
Abbildung 12: Aufgliederung des wissenschaftlichen Personalbestands im Vereinigten DPZI, zweites Halbjahr 1962.....	279
Abbildung 13: Struktureller Aufbau des Vereinigten DPZI, August 1962.....	284
Tabelle 1: Sektionsübergreifende Strukturveränderungen im DPZI von 1965 bis 1967...	341

Anhang E – Quellen- und Literaturverzeichnis

Verwendete Akten

BBF/DIPF/Archiv	Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung/Archiv
BBF/DIPF/Archiv, DPZI	1, 45, 46, 47, 48, 75, 126, 167, 247, 248, 379, 384, 492, 607, 709, 802, 1017, 1018, 1018a, 1019, 1026, 1161, 1172, 1173, 1184, 1191, 1195, 1281, 1380, 1403, 1556, 1840, 1846, 1862, 1874, 1879, 1882, 1937, 1938, 1942, 1954, 1956, 2012, 2013, 2015, 2022, 2099, 2106, 2116, 2128, 2129, 2342, 2366, 2367, 2399, 2420, 2421, 2422, 2423, 2437, 2459, 2485, 2487, 2574, 2616, 2703, 2725, 2728, 2734, 2747 III, 3006, 3009, 3010, 3011, 3013, 3014, 3094, 3095, 3354, 3356, 3359, 3416, 3423, 3432, 3433, 3445, 3477, 3489, 3490, 3846, 3895, 3889h, 3893f, 3898a, 3898c, 4174, 4211, 4212, 4213, 4248a, 4248c, 4248d, 4251, 4400, 4404, 4558, 4596, 6428, 6429, 6430, 6432, 6438, 6439, 8150
BBF/DIPF/Archiv, APW	11340, 11341, 11342

Internetquellen

Amos, Heike: Die Machtkämpfe in der Führung der SED in den 50er Jahren. (Referat, gehalten am 11.12.2003 im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv).

www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/8.pdf. Zugriff: 14.9.2007.

Homepage der BBF: www.bbf.dipf.de. Stand: 15.3.2009.

Stalin, J.W.: Unterredung mit dem Englischen Schriftsteller H.G. Wells. 23. Juli 1934. In: Werke. Bd. 14. Februar 1934-April 1945. Nach der Ausgabe J.W. Stalin. Werke. Dortmund. 1976. Zitiert nach: www.marxistische-bibliothek.de/band14.pdf. Zugriff: 25.4.2007.

Literaturverzeichnis

Anweiler, Oskar: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen. Leske und Budrich: 1988.

Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Hrsg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Reihe B/Bd. 1. Akademische Verlagsanstalt. Leipzig: 2002.

- Barck, Simone: Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen „Kampfkonzpts“ Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. In: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin. Akademie-Verlag: 1993. S. 327-344.
- Baske, Siegfried: Pädagogische Wissenschaft. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 137-158.
- Baske, Siegfried: Schulen und Hochschulen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 159-226.
- Benner, Dietrich/Sladek, Horst: Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946-1961. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1998.
- Benser, Günter: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang. Hefte zur DDR- Geschichte. Nr. 75. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 2002.
- Bertelsmann Universal Lexikon. Hrsg. vom Lexikon-Institut Bertelsmann. Gütersloh. Bertelsmann Lexikon Verlag: 1990.
- Beschluss der Arbeitstagung pädagogischer Wissenschaftler. In: Pädagogik. 14. Jahrgang. Heft 8/1959. S. 629-633.
- Beschluss der Konferenz über Fragen der Psychologie. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 1/1953. S. 14-19.
- Bildungspolitik in der DDR 1963-76. Dokumente. Hrsg. und erl. von Siegfried Baske. 1. Aufl. Wiesbaden. Harrassowitz: 1979. (Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 11.)
- Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Hrsg., eingeleitet und erläutert von Oskar Anweiler, Hans-Jürgen Fuchs, Martina Dorner, Eberhard Petermann. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung: 1992. (Schriftenreihe Bd. 311. Studien zur Geschichte und Politik.).
- Bollenbeck, Georg: Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „semantischer Umbau der Geisteswissenschaften“. In: Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945. Hrsg. von Georg Bollenbeck und Clemens Knobloch. Heidelberg. Universitätsverlag Winter: 2001. S. 9-40.
- Bollinger, Stefan: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR. Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Konfliktmanagements. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 30. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1996.

- Budde, Gunilla-Friederike: Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Hrsg. von Helmut Berding, Jürgen Kocka, Paul Nolte, Hans-Peter Ullmann und Hans-Ulrich Wehler. Bd. 162. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht: 2003.
- Budde, Gunilla-Friederike: Wettkampf um Gerechtigkeit. Frauenförderung und Arbeiterkinder in den Hochschulreformdebatten in Ost und West. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 123-142.
- Cloer, Ernst: Theoretische Pädagogik in der DDR. Eine Bilanzierung von außen. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1998.
- Cyž, Beno: Die DDR und die Sorben. Eine Dokumentation zur Nationalitätenpolitik in der DDR. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1969.
- Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von einem Redaktionskollegium unter Leitung von Karl-Heinz Günther. 3. bearb. Aufl. Berlin. Volk und Wissen: 1989.
- DDR. Dokumente zu Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985. Hrsg. von Hermann Weber. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 1986.
- Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007.
- Domowina. Ein geschichtlicher Abriss. Verfasst von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Jurij Grós. Gekürzte und bearb. deutsche Fassung von Manfred Thiemann. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1977.
- Dorst, Werner: Besonderheiten des pädagogischen Experiments. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 9/1954. S. 629-641.
- Drefenstedt, Edgar: Sozialistische Unterrichtstheorie. Entwicklung in der DDR von 1945-1965. Berlin (Ost). Volk und Wissen: 1977. (Hrsg. von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR).
- Drefenstedt, Edgar/Neuner, Gerhart: Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung. 2. Auflage. Berlin (Ost). Verlag Volk und Wissen: 1969.
- Eco, Umberto: Wie man eine wissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt. Doktor-, Diplom-, und Magisterarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ins Deutsche übersetzt von Walter Schick. 11. unveränderte Auflage der deutschen Ausgabe. Heidelberg. C.F. Müller: 2005.

- Eichler, Wolfgang/Uhlig, Christa: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 115-126.
- Ellger-Rüttgardt, Sieglind: Das Sonderschulwesen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 233-254.
- Entwurf einer Grundkonzeption für das Lehrplanwerk der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Ausgearbeitet vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut Berlin. Volk und Wissen: 1959.
- Eröffnungsrede des Ministers für Volksbildung, Margot Honecker, auf der Gründungsversammlung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik. In: Pädagogik. Heft 12/1970. S. 1100-1105.
- Festschrift anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des DPZI. Hrsg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Berlin. Volk und Wissen: 1969.
- Fliegner, Elfriede: Bericht über die Veranstaltungen zur Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. In: Pädagogik. Heft 12/1970. S. 1092-1100.
- Fraunholz, Uwe/Schramm, Manuel: Hochschulen als Innovationsmotoren? Hochschul- und Forschungspolitik der 1960er Jahre im deutsch-deutschen Vergleich. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 25-44.
- Fulbrook, Mary: „Entstalinisierung“ in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 39. Jg. Heft 1/2006. S. 35-42.
- Gatzemann, Thomas: Das Projekt der ideologisch-verwissenschaftlichten Menschenbildung. Bildungstheoretisch-problemgeschichtliche Analysen zu Indoktrination und politischer Bildung in Deutschland zwischen 1945 und 1970. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2003.
- Geißler, Gert: Das schulpolitische System der SBZ/DDR. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996. S. 1-159.
- Geißler, Gert: Die bildungspolitische Tendenzwende 1947-1949. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 41-68.

- Geißler, Gert: Die erziehungswissenschaftliche Diskussion 1955-1958. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 69-104.
- Geißler, Gert: Dokumente. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 207-281.
- Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2000.
- Geißler, Gert: Kurzbiographien. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 303-325.
- Geißler, Gert: Perioden einer Bildungsgeschichte der SBZ und DDR. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 1-24.
- Geißler, Gert: Sachannotationen. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 283-302.
- Geißler, Gert: Vom Zurückbleiben der Schulreform. Bemerkungen zum Bildungswesen im Umkreis der Staatsgründung der DDR. In: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR. Hrsg. v. Dierk Hoffmann und Hermann Wentker. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000. S. 207-220.
- Geißler, Gert: Zäsuren in der Schulpolitik der SBZ und der DDR 1945-1965. In: Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 1. Die Teilung der Pädagogik (1945-1965). Hrsg. von Dietrich Hoffmann und Karl Neumann. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1994. S. 41-55.
- Geißler, Gert: Zur Gründungsgeschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI). In: Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme. Hrsg. v. Gert Geißler und Ulrich Wiegmann. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. S. 137-148.
- Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin. Basis Druck Verlag: 1996.
- Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Bildungshistorische Forschung zur SBZ/DDR nach der „Wende“. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI. 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. Hrsg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck. München. C.H. Beck: 1998. S. 397-408.
- Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996.

- Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR: Studien und Dokumente. Neuwied; Kriftel; Berlin. Luchterhand: 1995.
- Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Wehrfähig und allseitig. Zu einigen Aspekten der schulischen Wehrerziehung in der DDR. In: Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext. Hrsg. von Sonja Häder und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1997. S. 99-118.
- Geschichte der Erziehung. 9. Aufl. Redaktion: Karl-Heinz Günther, Franz Hofmann, Gerd Hohendorf, Helmut König, Heinz Schuffenhauer. Berlin (Ost). Volk und Wissen Verlag: 1969.
- Geschichte der Erziehung. Hrsg.-Kollegium: Karl-Heinz Günther (Leiter). 16. Auflage. Berlin (Ost). Volk und Wissen: 1988.
- Günther, Karl-Heinz.: Geschichte der Pädagogik in der DDR – Einige Anmerkungen aus der Erinnerung. In: Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung. Hrsg. von Ernst Cloer und Rolf Wernstedt. Mit Beiträgen von Ernst Cloer u.a. Weinheim Deutscher Studien Verlag: 1994. S. 115-128.
- Günther, Karl-Heinz: Rückblick. Nach Tagebuchnotizen aus den Jahren 1938 bis 1990. Von Gert Geißler zur Drucklegung ausgewählt und bearbeitet. (Studien zur Bildungsreform. Bd. 41.) Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Lang: 2002.
- Günther, Karl-Heinz: Über pädagogische Traditionen. Aus Schriften und Reden zur Geschichte der Erziehung. Berlin. Volk und Wissen: 1988.
- Günther, Karl-Heinz: Zur Eröffnung der konstituierenden Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die 3. Arbeitsperiode. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 3-5.
- Häder, Sonja: Kollektiver Protest. Das „Memorandum der Pädagogischen Fakultäten in der DDR zur Lehrerbildung“ vom 9.12.1953 im Kontext der Ereignisse vom Juni 1953. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 39-67.
- Häder, Sonja: Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins. In: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin. Akademie-Verlag: 1993. S. 191-213.
- Harrison, Hope M.: Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU. Die Verhinderung politischer Korrekturen in der DDR, 1956-58. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 39. Jg. Heft 1/2006. S. 43-53.
- Impressum der Pädagogik. 13. Jahrgang. (1958); 14. Jahrgang. (1959); 15. Jahrgang (1960).

- Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005.
- Jaraus, Konrad H.: Vom Zusammenbruch zur Erneuerung: Überlegungen zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. In: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. von Konrad H. Jaraus. Berlin. Akademie Verlag: 1991. S. 13-32.
- Jessen, Ralph: Akademie, Universitäten und *Wissenschaft als Beruf*. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949-1968. In: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990. Hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 9. Akademie-Verlag: 2002. S. 95-113.
- Jessen, Ralph/John, Jürgen: Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Editorial. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Bd. 8(2005). Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Gasthrsg. Ralph Jessen und Jürgen John. Stuttgart. Franz Steiner Verlag: 2005. S. 7-24.
- Jugendlexikon. Hrsg. von einem Herausgeberkollegium unter Leitung von Annelies Müller-Hegemann. Leipzig. VEB Bibliographisches Institut: 1968.
- Kath, Werner/Manthey, Hubert: Zur Frage der „Pädagogischen Tatsachenforschung“ an der Universität Jena – eine kritische Stellungnahme. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 2/1953. S. 144-155.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 4. ergänzte Auflage. Ulm. Franz Spiegel Buch GmbH: 1986.
- Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch/Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung. Hrsg. von Jürgen Kocka und Renate Mayntz. (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd. 6. Berlin. Akademie Verlag: 1998. S. 435-461.
- Korn, Klaus: Zu den Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates im Perspektivzeitraum bis 1970. (Auszüge aus dem Referat) In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 7-27.
- Koziolk, Helmut: Das Scheitern eines Reformversuchs. In: Das große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR. Hrsg. von Hans Modrow. Berlin. Edition Ost: 1996. (Rote Reihe) S. 54-78.
- Krüger, Heinz-Hermann: „Wie Ernst Thälmann treu und kühn ...“. Zur Politisierung des Studien- und Forschungsalltags in der DDR am Beispiel der Pionierleiterausbildung. In: Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität. Hrsg. von Heinz-Hermann Krüger und Winfried Marotzki. Opladen. Leske und Budrich: 1994. S. 275-294.

- Kulosa, Cornelia: Zur Entwicklung und zu den Aufgaben des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts in den Jahren 1952 bis 1958. Berlin. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Diss.: 1990.
- Kurz, Ernst-Otto: Kritische Einschätzung der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Jahre 1953. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 1/1954. S. 69-77.
- Kurz, Ernst-Otto: Kritische Einschätzung der Arbeit des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts im Jahre 1953 (Schluss). In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 2/1954. S. 155-161.
- Laabs, Hans-Joachim: Fünf Jahre Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 9/1954. S. 617-629.
- Lehrplan Deutsche Sprache und Literatur Klasse 5 bis 10. In: Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Hrsg. von der Regierung der DDR. Ministerium für Volksbildung. Berlin. Volk und Wissen: 1959.
- Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung. Ausgearbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Edgar Drefenstedt. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut. 2. Auflage. Berlin (Ost). Verlag Volk und Wissen: 1970.
- Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Bd. 1. 2. akt. u. erw. Aufl. Paderborn, München, Wien, Zürich. Schöningh: 1997.
- Lorenz, Werner: Zur Eröffnung der konstituierenden Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die 3. Arbeitsperiode. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 6/7.
- Lost, Christine: Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR – Seine Entwicklung an Beispielen. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 139-148.
- Lost, Christine: „Sowjetpädagogik“. Zur Verabschiedung untauglicher Interpretationsmuster von der Bildungs- und Pädagogikgeschichte der SBZ/DDR. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. Hrsg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Weinheim; München. Juventa-Verlag: 1998. S. 299-341.
- Lost, Christine: Zwischen Politik und Pädagogik. Wirkungsmöglichkeiten der Pädagoginnen Erika Hoffmann, Gertrud Klauss und Gerda Mundorf im östlichen Deutschland der Nachkriegszeit. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. Hrsg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Bd. 1. Weinheim; München. Juventa Verlag: 1993. S. 301-318.
- Malycha, Andreas: „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus“: Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952. In: Deutschland-Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 34 (2001) 3. S. 410-426.

- Malycha, Andreas: Bildungsforschung für Partei und Staat? Zum Profil und zur Struktur der APW. In: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007. S. 39-76.
- Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR (1945-1961). In: Gewalten, Gestalten, Erinnerungen: Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945. Hrsg. von Manfred Weißbecker. Jena. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft: 2002. S. 25-47.
- Malycha, Andreas: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der DDR: Funktion und Struktur einer Wissenschaftsinstitution unter Bildungsministerin Margot Honecker 1970-1990. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. 12(2006). S. 205-236.
- Malycha, Andreas: Die Intellektuellen und der 17. Juni 1953. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 115-140.
- Malycha, Andreas: Frost nach dem Tauwetter. Wissenschaft und Politik in der DDR in den fünfziger Jahren. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 35. Jahrgang. Heft 2/2002. S. 237-252.
- Malycha, Andreas: Neue Forschungen zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Aspekte des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik. In: Archiv für Sozialgeschichte. 41 (2001). S. 663-676.
- Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990: Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Deutschland-Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 38 (2005) 4. S. 650-659.
- Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990: Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Reformzeiten und Wissenschaft. Hrsg. von Clemens Burrichter und Gerald Diesener. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Reihe B/Bd. 2. Akademische Verlagsanstalt: 2005. S. 181-205.
- Max Gustav Lange. Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft. Texte zur soziologischen Begründung der Pädagogik 1946-1950. Hrsg. v. Wolfgang Eichler und Horst Sladek. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Lang: 2007.
- Mentschinskaja, N.A./Sokolow, M.W./Schemjakin, F.N.: Die Ergebnisse der Konferenz über Fragen der Psychologie. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 1/1953. S. 1-14.
- Methodischer Brief zum Lehrplan für das Fach Deutsche Sprache und Literatur. Hrsg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut/Sektion Unterrichtsmethodik und Lehrpläne. Berlin. Volk und Wissen: 1959.
- Meumann, Eberhard: Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts 1949 bis 1952 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung und Verbreitung der marxistisch-

- leninistischen Pädagogik in der DDR. Diss. B. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Berlin. (Tag der Verteidigung: 5.2.1982).
- Meyers Neues Lexikon. Bd. 12. Hrsg. von der Lexikonredaktion des VEB Bibliographisches Institut Leipzig. 2. Auflage. 1975.
- Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 37-41.
- Mocek, Reinhard: Wissenschaftspolitik in der DDR. In: Deutsche Zeitgeschichte von 1945-2000. Gesellschaft, Staat, Politik. Ein Handbuch. Hrsg. v. Clemens Burrichter. Dietz. Berlin: 2006. S. 947-982.
- Monumenta Paedagogica. Hrsg. von der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Band VII/1. Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR, Teil 2: 1956-1967/68, 1. Halbband. Reihe C. Entwicklung des Bildungswesens und der Pädagogik nach 1945. Ausgewählt von Karl-Heinz Günther unter Mitarbeit von Christine Lost. Berlin. Volk und Wissen: 1969.
- Neuner, Gerhart: Die Lehrplanarbeit in der DDR. In: Geschichte und Gegenwart des Lehrplans. Josef Dolchs „Lehrplan des Abendlandes“ als aktuelle Herausforderung. Hrsg. von Rudolf W. Keck und Christian Ritzi. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2000. S. 279-300.
- Neuner, Gerhart: Zwischen Wissenschaft und Politik. – Rückblick aus lebensgeschichtlicher Perspektive. Köln; Weimar; Wien. Böhlau: 1996. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 61.)
- Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung. Hrsg. von Ernst Cloer und Rolf Wernstedt. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1994.
- Pädagogisches Forum: Für konkrete Pläne und Gemeinschaftsarbeit auf wissenschaftlich-pädagogischem Gebiet. In: Pädagogik. 15. Jahrgang. Heft 10/1960. S. 929-936.
- Pädagogisches Wörterbuch. Hrsg. von H.-J. Laabs, Edgar Drefenstedt, K.-H. Günther, u.a. Berlin (Ost). Volk und Wissen: 1987.
- Pasternack, Peer: Einheit von Forschung und Lehre? Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 35. Jg. Heft 1/2002. S. 43-51.
- Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik. In: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. 41. Jahrgang. Heft 3/2008. S. 510-519.
- Pawlow-Kommission beim Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 12/1954. S. 990/991.

- Pehnke, Andreas: Widerständige sächsische Schulreformer im Visier stalinistischer Politik (1945-1959): biografische Skizzen, neue Befunde und eine tschechische sowie ungarische Vergleichsstudie/Andreas Pehnke. Unter Mitarbeit von Marie Vichrová und Jiří Zounek, sowie András Németh und Géza Sáska. In: Greifswalder Studien zur Erziehungswissenschaft (Bd. 12). Hrsg. von Andreas Pehnke. Frankfurt/Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien. Lang: 2008.
- Podewin, Norbert: Ulbrichts Weg an die Spitze der Macht. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 49. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1998.
- Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958. 6. und 7. Verhandlungstag. Berlin. Dietz Verlag: 1959.
- Quellen zur Geschichte der Erziehung. Ausgewählt von Karl-Heinz Günther, Franz Hofmann, Gerd Hohendorf, Helmut König, Heinz Schuffenhauer. 7. Auflage. Berlin. Volk und Wissen: 1975.
- Rang, Brita: Historische Pädagogik = Politische Pädagogik? Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Geschichte der Erziehung in der DDR. In: Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Hrsg. von Heinz-Hermann Krüger und Winfried Marotzki. Opladen. Leske und Budrich: 1994. S. 177-192.
- Rang, Brita: Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR. Entwicklung und Entwicklungsbedingungen der pädagogischen Historiographie 1945-1965. Frankfurt/Main, New York. Campus Verlag: 1982.
- Sabrow, Martin: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969. (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit. Bd. 8. Hrsg. von Dietrich Beyrau, Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael.) München. Oldenbourg Wissenschaftsverlag: 2001.
- Sabrow, Martin: Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989). In: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. von Martin Sabrow und Peter Th. Walther. Leipzig. Leipziger Universitätsverlag: 1995. S. 195-225.
- Sammeln, bewahren, forschen. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. Berlin. 2000.
- Schaub, Horst/Zenke, Karl G.: Wörterbuch Pädagogik. 6. Aufl. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 2006.
- Scherstjanoi, Elke: Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen. In: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR. Hrsg. v. Dierk Hoffmann und Hermann Wentker. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000. S. 39-54.

- Schiller, Dieter: Disziplinierung der Intelligenz. Die Kulturkonferenz der SED vom Oktober 1957. Hefte zur DDR-Geschichte. Nr. 44. Hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V. Helle Panke e.V. Berlin. 1997.
- Sektionen des Wissenschaftlichen Rates des Ministeriums für Volksbildung. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten. 7. Jahrgang. Heft 2/1966. S. 42.
- Smirnow, A.A.: Die Lage der Psychologie und ihre Umgestaltung auf der Grundlage der Lehre I.P. Pawlows. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 2/1953. S. 106-138.
- Šolta, Jan: Abriss der sorbischen Geschichte. Bautzen. VEB Domowina-Verlag: 1976.
- Sparschuh, Vera: Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft. (Beiträge zur Osteuropaforschung. Bd. 11.) Hamburg. Krämer: 2005.
- Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Anlage zur Anordnung über das Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Vom 30. Oktober 1954. In: Zentralblatt. Nr. 44. 6.11.1954. S. 534-538.
- Statut des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und seiner Zweigstellen. Vom 2. März 1950. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 23. Berlin. 14. März 1950. S. 155/156.
- Steiner, André: Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen 60er Jahre in der DDR. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 218-247.
- Sywottek, Arnold: Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 54-76.
- Tenorth, Heinz-Elmar: Die APW im Kontext außeruniversitärer Bildungsforschung in Deutschland. In: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. Peter Lang: 2007. S. 15-38.
- Tenorth, Heinz-Elmar/Kudella, Sonja/Paetz, Andreas: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition. Weinheim. Deutscher Studien Verlag: 1996.
- Teplow, B.M.: Über die objektive Methode in der Psychologie. (Gekürzt) In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 6/1953. S. 440-452.
- Thieke, Dr. Boris: Für eine sozialistische Erziehung. In: Pädagogik. 13. Jahrgang. Heft 1/1958. S. 57-59.

- Über pädagogische Gesetze. Bericht von der Fortsetzung der Diskussion über die Bedeutung der letzten Arbeit Stalins für die Pädagogik. In: Pädagogik. 8. Jahrgang. Heft 7/1953. S. 539-542.
- Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. München. R. Oldenbourg Verlag: 2000.
- Weber, Hermann: DDR: Grundriss der Geschichte. Vollst. überarb. u. erg. Neuauflage. Hannover. Fackelträger-Verlag: 1991.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München. Deutscher Taschenbuch Verlag: 1985.
- Wiegmann, Ulrich: Allgemeinbildungstheorie anstatt Allgemeiner Pädagogik. Zum Verhältnis von bildungspolitisch-doktrinärer Selbstdisziplinierung und gesellschaftspolitischer Instrumentalisierung pädagogischer Wissenschaften in der SBZ und DDR. In: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 37. Kindheit, Jugend und Bildungsarbeit im Wandel – Ergebnisse der Transformationsforschung. Hrsg. von Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim/Basel: Beltz: 1997. S. 433-454.
- Wiegmann, Ulrich: Der 17. Juni und die pädagogische Wissenschaft in der DDR. In: „Am Rande des Bankrotts ...“. Intellektuelle und Pädagogik in Gesellschaftskrisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 in der DDR, Ungarn und der ČSSR. Hrsg. von Sonja Häder und Ulrich Wiegmann. Baltmannsweiler. Schneider Verlag Hohengehren: 2004. S. 17-37.
- Wiegmann, Ulrich: Die Machtverhältnisse im Übergang zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied, Kriftel, Berlin. Luchterhand: 1995. S. 105-125.
- Wiegmann, Ulrich: Erziehungsideologie und -praxis des MfS. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt am Main. Lang: 1996. S. 161-256.
- Wiegmann, Ulrich: Robert Alt – Reformpädagogik und Erziehungsbegriff. In: Reformpädagogik in Berlin – Tradition und Wiederentdeckung. Hrsg. von Wolfgang Keim und Norbert H. Weber. (Studien zur Bildungsreform, Bd. 30). Frankfurt am Main; Berlin; Bern; New York; Paris; Wien. Lang: 1998. S. 291-320.
- Wiegmann, Ulrich: SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Hrsg. v. Peter Dudek und Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim; Basel. Beltz: 1994. S. 75-88.
- Wiegmann, Ulrich: Selbstbiografien ranghöchster DDR-pädagogischer Wissenschaftler im Vergleich: Karl-Heinz Günther und Gerhart Neuner. In: Der Bildungsgang des Subjekts: bildungstheoretische Analysen. Hrsg. von Sonja Häder. Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 48. Weinheim. Beltz: 2004. S. 137-152.
- Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen in der DDR der 60er Jahre. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hrsg. von

Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers. 2. Auflage. Hamburg. Hans Christians Verlag: 2003. S. 624-641.

Ziegler, Franz/Günther, Karl-Heinz: Einige Probleme bei der Planung, Organisation und Leitung der pädagogischen Forschung in der DDR (1959 bis 1964). In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 5. Jahrgang (1964). Nr. 3/4. S. 4-15.

Ziegler, Franz/Keiderling, Jörgen: Bericht der Jahreshaupttagung des Wissenschaftlichen Rates. In: Pädagogische Forschung. Wissenschaftliche Nachrichten des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. 5. Jahrgang (1964). Nr. 5/6. S. 101-109.

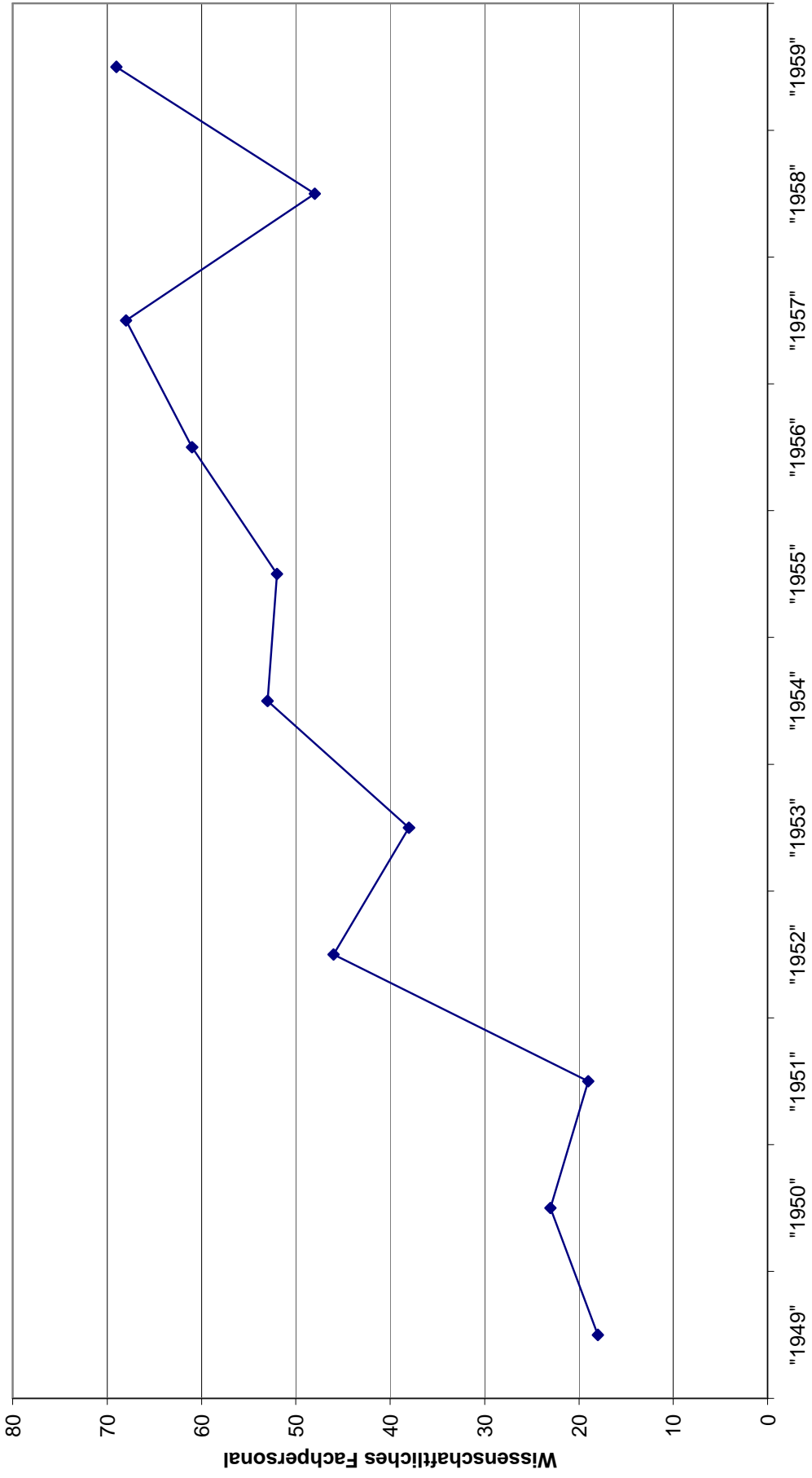
Zur Geschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Erarb. und zsgest. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Eberhard Meumann. APW der DDR, Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik. Berlin. 1989.

Zur Verordnung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen vom 4. März 1954. In: Pädagogik. 9. Jahrgang. Heft 5/1954. S. 321.

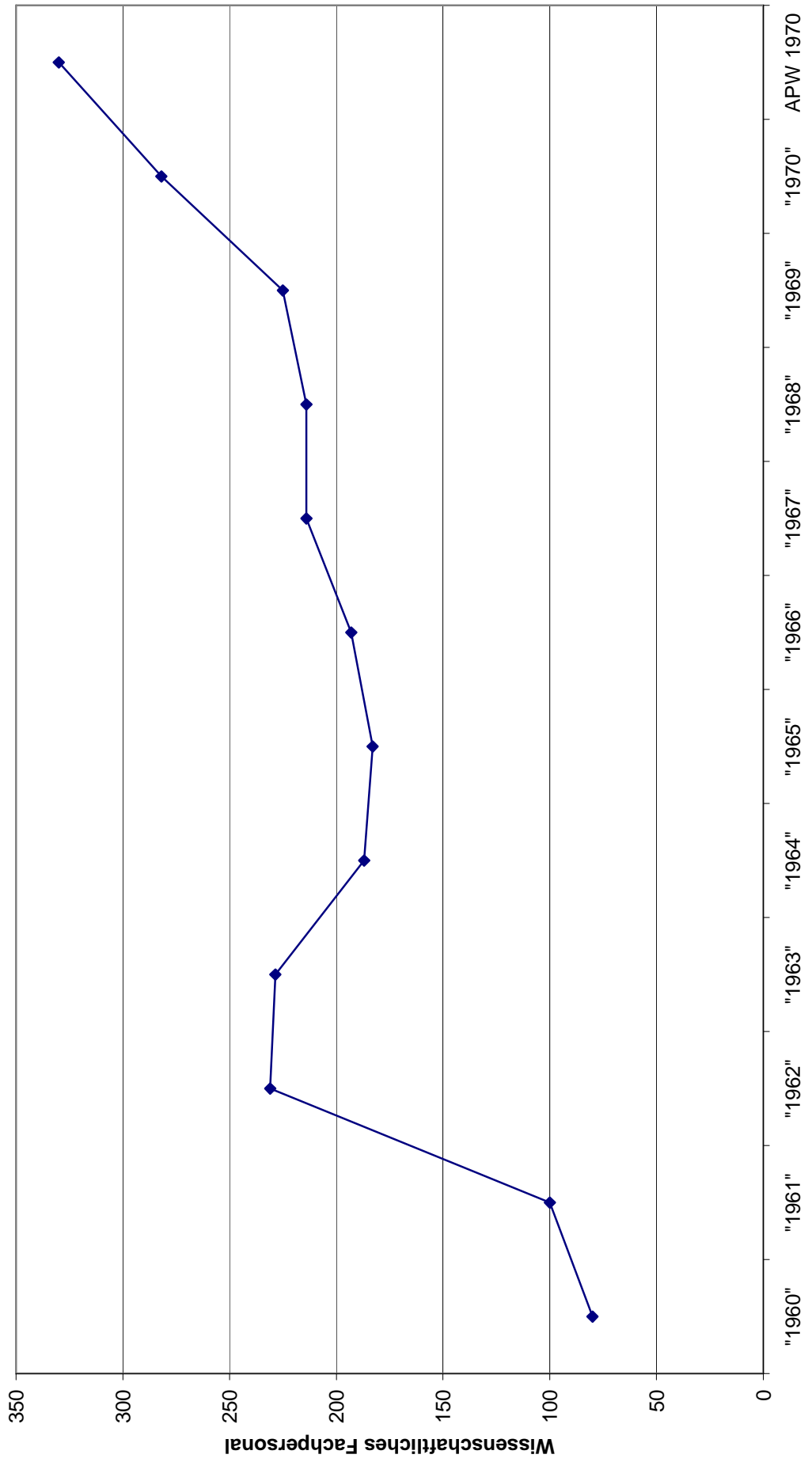
Anhang F – Personalentwicklungsgrafiken²⁹⁶¹

²⁹⁶¹ Anm.: Die Zahlen, welche für die Grafiken verwendet werden, gründen sich auf die entsprechenden Darstellungen im Text. Eingang findet ausschließlich das wissenschaftliche Fachpersonal des zentralen DPZI, wobei, den Erfassungsgruppen in den jeweiligen Dokumenten folgend, von 1949 bis 1959 das Leitungspersonal (z.B. der Direktor) nicht mit inbegriffen ist; ab 1960 hingegen mit dazu gerechnet wird. Die Zahlen von 1950 bis 1964 zeigen die vom DPZI statistisch erfassten im Institut tätigen Wissenschaftler; die von 1949 sowie von 1965 bis 1970 beruhen auf den entsprechenden Stellenplänen, welche in diesem Zeitraum als nahezu vollständig erfüllt gelten können. Die Grafik zum Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich des DPZI spiegelt dessen Höhe- bzw. Tiefpunkte wider – Zahlen aus weiteren Jahren lassen sich dem Text entnehmen.

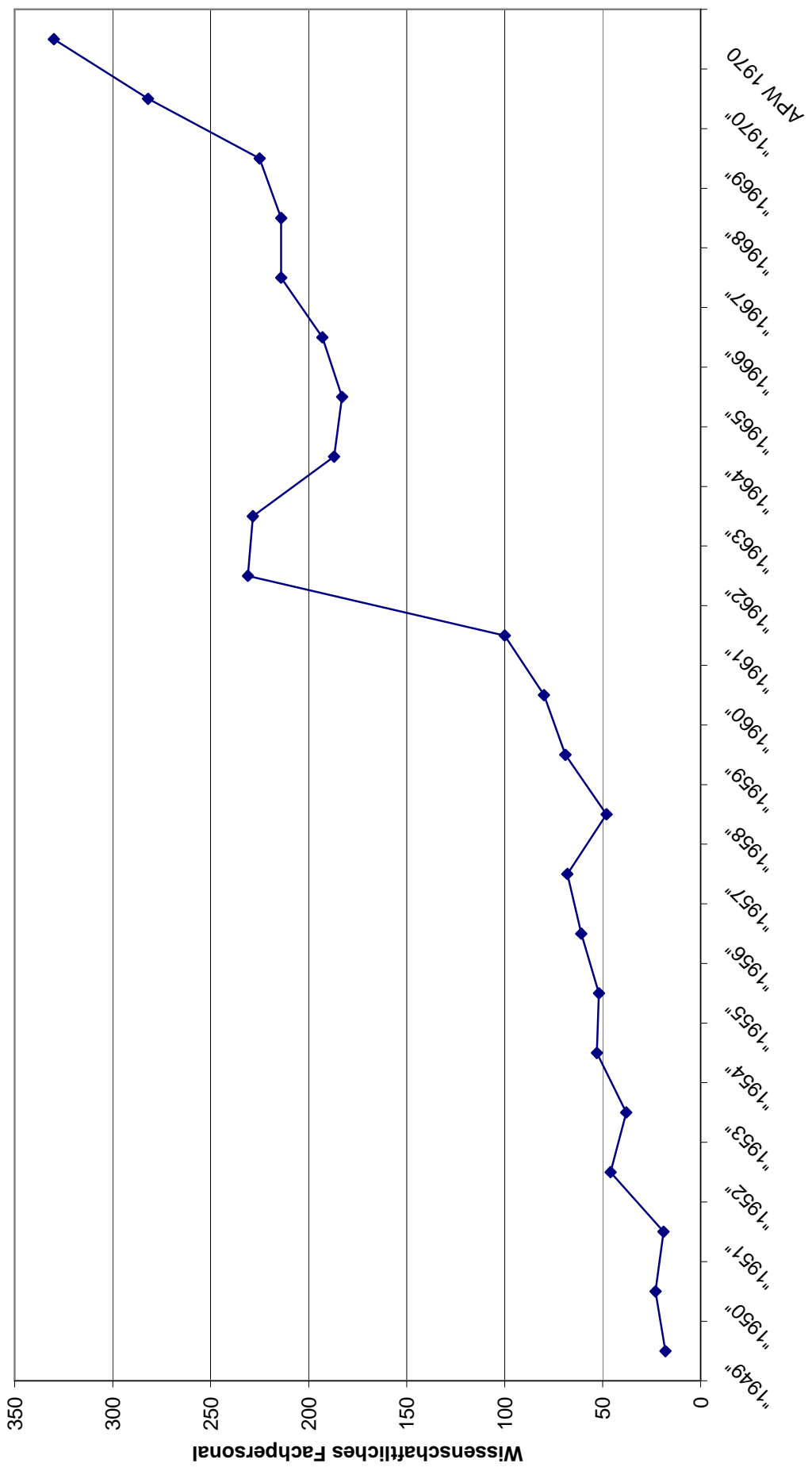
Personalentwicklung DPZI 1949-59



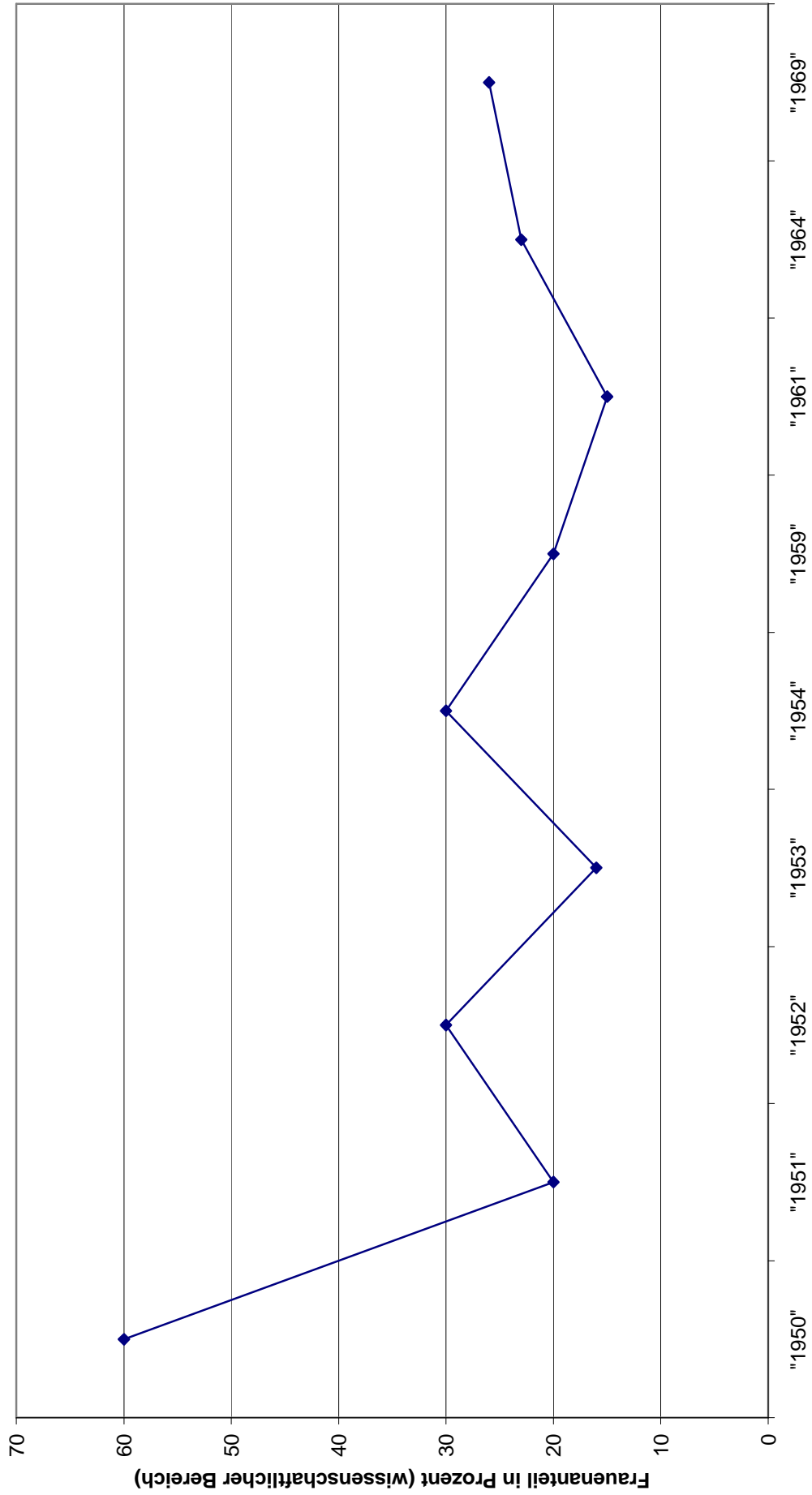
Personalentwicklung DPZI 1960-70



Personalentwicklung DPZI/APW



Wissenschaftlerinnen im DPZI



Anhang G – Strukturpläne²⁹⁶²

²⁹⁶² Anm.: Die Strukturpläne des *zentralen* DPZI haben lediglich Überblickscharakter und gründen sich auf die entsprechenden Darstellungen im Text. Berücksichtigt wurde der strukturelle Aufbau der Fachsektionen bzw. Fachabteilungen, der nichts über die personelle Besetzung der Struktureinheiten aussagt. Informationen hierzu wie auch zum Rat des DPZI, den Fachzeitschriften, usw. sind dem Text zu entnehmen.

